

Nationalsozialismus in der Region

Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Sondernummer

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller
Redaktion: Norbert Frei und Hans Woller

R. Oldenbourg Verlag München 1996

Nationalsozialismus in der Region

Beiträge zur regionalen
und lokalen Forschung
und zum internationalen Vergleich

Herausgegeben

von

Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler

R. Oldenbourg Verlag München 1996

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

[Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe]

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / im
Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. – München :
Oldenbourg.

Früher Schriftenreihe

Schriftenreihe zu: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NE: HST

Nationalsozialismus in der Region. – 1996

Nationalsozialismus in der Region : Beiträge zur regionalen
und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich /
hrsg. von Horst Möller . . . – München : Oldenbourg, 1996

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte :

Sondernummer)

ISBN 3-486-64500-5

NE: Möller, Horst [Hrsg.]

© 1996 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: Appl, Wemding

ISBN 3-486-64500-5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
<i>Horst Möller</i> Regionalismus und Zentralismus in der neueren Geschichte. Bemerkungen zur historischen Dimension einer aktuellen Diskussion	9
I. Die Regionalgeschichte des Nationalsozialismus als historiographisches Problem	
<i>Andreas Wirsching</i> Nationalsozialismus in der Region. Tendenzen der Forschung und methodische Probleme	25
<i>Werner K. Blessing</i> Diskussionsbeitrag: Nationalsozialismus unter „regionalem Blick“	47
<i>Gerhard Brunn/Jürgen Reulecke</i> Diskussionsbeitrag	57
II. Regionale Profile des Nationalsozialismus vor 1933	
<i>Hellmuth Auerbach</i> Regionale Wurzeln und Differenzen der NSDAP 1919–1923	65
<i>Ursula Büttner</i> „Volksgemeinschaft“ oder Heimatbindung: Zentralismus und regionale Eigenständigkeit beim Aufstieg der NSDAP 1925–1933	87
III. Zentralismus, partikulare Kräfte und regionale Identitäten im NS-Staat	
<i>Michael Ruck</i> Zentralismus und Regionalgewalten im Herrschaftsgefüge des NS-Staates	99
<i>Volker Dahm</i> Kulturpolitischer Zentralismus und landschaftlich-lokale Kulturpflege im Dritten Reich	123
<i>Walter Ziegler</i> Gae und Gauleiter im Dritten Reich	139
<i>Kurt Düwell</i> Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates	161
<i>Heinz-Jürgen Priamus</i> Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer	175

IV. Soziale Milieus, lokale Gesellschaft und Nationalsozialismus

Wolfram Pyta

Ländlich-evangelisches Milieu und Nationalsozialismus bis 1933 199

Cornelia Raub-Kühne

Katholisches Sozialmilieu, Region und Nationalsozialismus 213

*Jeremy Noakes*Nationalsozialismus in der Provinz: Kleine und mittlere Städte im Dritten Reich
1933–1945 237*Detlef Schmiechen-Ackermann*

Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945 253

V. Nationalsozialistisches „Zentrum“ und auslandsdeutsche „Peripherie“

*Christoph Boyer/Jaroslav Kučera*Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der
Nationalsozialismus 273*Cornelia Wilhelm*

„Deutschamerika“ zwischen Nationalsozialismus und Amerikanismus 287

VI. Regionalismus und Zentralismus in außerdeutschen faschistischen Bewegungen
und autoritären Regimen*Roger Engelmann*

Regionalismus und Zentralismus in der faschistischen Bewegung Italiens 305

*Walther L. Bernecker*Regionalismus und Zentralismus im spanischen „Faschismus“ bzw. im
Franco-Regime 313*Ernst Hanisch*Peripherie und Zentrum: die Entprovinzialisierung während der NS-Herrschaft
in Österreich 329

Auswahlbibliographie 335

Register der Orte und geographischen Eigennamen 343

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer 347

Die Autoren 349

Vorwort

Der Entschluß, einen Band zum Thema „Nationalsozialismus in der Region“ vorzulegen, entstand aus der Überlegung, daß das Phänomen der nationalsozialistischen Herrschaft, mit dem Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit sich nach wie vor auseinandersetzen müssen, keineswegs bereits vollständig erfaßt ist. Trotz vieler verdienstvoller Arbeiten und Forschungsdiskussionen, insbesondere zur Machtergreifung, zur Struktur der Herrschaft Hitlers, zur sozialen Basis ihrer Anhänger, zum NS-Terrorssystem und zum Widerstand gibt es nicht wenige Bereiche, die noch nicht oder kaum erforscht, ja manchmal kaum im Blick sind. Dazu gehört die Frage, welche Bedeutung die regionale Struktur Deutschlands in der Zeit des Dritten Reiches gehabt hat.

Diese Fragestellung ist nicht identisch mit der nach dem Schicksal bestimmter Orte und Landschaften im Dritten Reich, wofür es bereits eine Fülle verschiedenartigster lokaler und regionaler Studien gibt. Vielmehr geht die Frage nach der Region im Nationalsozialismus von diesen lokalhistorischen und landesgeschichtlichen Arbeiten aus, bündelt und systematisiert sie und versucht die Frage zu beantworten, wie das Verhältnis von Zentralismus und Regionalismus im Dritten Reich grundsätzlich zu bewerten ist. Diese Spannung existierte und gewann im Lauf der Zeit an Bedeutung, wie bereits durch mannigfache Arbeiten zur Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur deutlich geworden ist; dies zeigen seine regionalen Wurzeln ebenso wie Rivalität der NS-Gaue und schließlich der Zerfall des Gesamtreiches in Einzelregionen am Ende des Krieges.

Zur näheren Bestimmung dieses Fragenkomplexes veranstalteten das Institut für Zeitgeschichte und der Lehrstuhl für Bayerische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München im Oktober 1993 ein dreitägiges Symposium, das solche regionalen Strukturen in der Frühzeit und der Regimephase des Nationalsozialismus, im Bereich von Kultur und Widerstand sowie im Vergleich mit außerdeutschen Vorgängen untersucht und intensiv diskutiert hat. Von den damals gehaltenen Vorträgen wird der größte Teil hier, mit Nachweisen versehen, wiedergegeben; ihre Zahl wurde jedoch vermehrt durch eine Reihe weiterer Arbeiten, insbesondere zum konfessionellen Milieu, sowie durch zwei längere Diskussionsbeiträge. Die Herausgeber sind zuversichtlich, damit das Phänomen der Region im Nationalsozialismus in den wichtigsten Umrissen und Problemen erfaßt zu haben.

Für die Erstellung des Bandes ist zuerst den Autoren und den Teilnehmern des Kolloquiums zu danken, die mit großem Engagement die Verwirklichung des Konzepts mitgetragen und stets verständnisvoll begleitet haben. Sodann gilt der Dank den Organisatoren der Tagung und der Publikation, wobei Herr Verwaltungsleiter Georg Maisinger (Institut für Zeitgeschichte) und Herr Akademischer Rat Dr. Ferdinand Kramer (Lehrstuhl für Bayerische Geschichte) besonders hervorzuheben sind. Finanzielle Zuschüsse leisteten die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst. Für die unmittelbare Vorbereitung des Bandes haben sich daneben, für Schreibarbeiten, bibliographische Hinweise und Redaktion sowie die Erstellung des Registers, Frau Reinhilde Staudé, Frau Ingrid Baass und Herr

Karl B. Murr große Verdienste erworben. Die Betreuung seitens des R. Oldenbourg Verlags übernahm Frau Anne Meister. Ihnen allen sind die Herausgeber zu Dank verpflichtet.

München, im April 1995

Horst Möller
Andreas Wirsching
Walter Ziegler

Horst Möller

Regionalismus und Zentralismus in der neueren Geschichte

Bemerkungen zur historischen Dimension einer aktuellen Diskussion

Im Oktober 1993 eröffnete der französische Staatspräsident Mitterand in Straßburg den XIX. Europatag der Gemeinden und Regionen. Ungefähr 2000 Kommunal- und Regionalpolitiker aus ganz Europa berieten „über den Stand der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf die unteren Gebietskörperschaften“. Neben Fragen der Zusammenarbeit der Kommunen und Regionen wollten die Delegierten sich vor allem „mit der Rolle der Gebietskörperschaften bei der Verwirklichung des europäischen Sozialraums befassen“¹.

Lassen wir die Frage beiseite, was hier „europäischer Sozialraum“ bedeutet, wenngleich dieser Begriff einigermaßen paradox erscheint. Vom „Europa der Regionen“ ist aus einem doppelten Grund immer wieder die Rede,

1. weil sich Regionalbewegungen in unitarisch verfaßten europäischen Staaten von der europäischen Einigung eine Schwächung nationalstaatlichen Zentralismus und Stärkung ihrer Autonomie erhoffen und

2. weil der Prozeß der europäischen Integration zu einem bürokratischen Zentralismus der Brüsseler EU-Kommission geführt hat, der als abstrakt empfunden wird, also der täglich erfahrenen Individualität einer Vielzahl unterschiedlicher geographischer Lebensräume nicht entspricht.

Tatsächlich bildete die anschaulich erfahrene eigene Lebenswelt, die als das Vertraute und Heimatliche empfunden wird, schon immer den Nährboden regionaler und lokaler Bewegungen gegen allmächtige Zentralisierungstendenzen der durch den modernen Staat geschaffenen rationalen Administration, deren umfassende Regelungswut zu einer wasserköpfigen, fernen Zentrale zu führen scheint. Dieser Zusammenhang verweist auf eine grundsätzliche Dimension des Regionalismus in Europa: Er definiert sich in unitarisch oder förderativ verfaßten Staaten unterschiedlich. Um diese beiden Haupttypen zu charakterisieren, vergleiche ich exemplarische deutsche und französische Erscheinungsformen. Da Regionalismus ein aktueller, weniger aber ein epochenspezifischer, historischer Begriff ist, versuche ich, seine geschichtliche Spezifik durch diese dialektische Dimension von Gegenwart und Vergangenheit zu erhellen.

I.

Ich beginne mit einigen grundsätzlichen Überlegungen, um den Begriff des Regionalismus zu exemplifizieren.

¹ FAZ vom 21.10.1993.

Spannungen zwischen Metropole und Umland, Metropole und Provinz begünstigen den Regionalismus ebenso wie strukturelle gesellschaftliche Differenzen und unterschiedliche lebensweltliche Erfahrungen und Normen. Verbinden sich solche Spannungen mit konfessionellen und politischen Antagonismen, so gewinnen sie oft eine erhebliche Brisanz. So war der blutig niedergeschlagene Aufstand der Vendée sowie in Teilen des Poitou, der Bretagne und des Anjou 1793 bis 1796 nicht bloß eine monarchistische Verschwörung gegen die Revolution, sondern zugleich Widerstand der stärker durch traditionale Lebensformen geprägten Provinz gegen die revolutionäre Metropole.

Provinz und Metropole unterliegen einem unterschiedlichen historischen Rhythmus, unterschiedlichen Modernisierungsschüben, einer differierenden Veränderungsdynamik. Kaum je haben Bauernrevolten in der frühen Neuzeit sich zur revolutionären Machtergreifung verdichtet. Politische Revolutionen der Neuzeit konnten andererseits nur erfolgreich sein, wenn sie die Metropolen ergriffen, in der Regel gingen sie sogar von ihnen aus.

Daß Deutschland demgegenüber nie eine alles beherrschende Metropole besaß, wie beispielsweise Frankreich, hat immer wieder politische Konsequenzen in revolutionären Umbruchsituationen gezeitigt, so am Ende des 18. Jahrhunderts, so während der Revolutionen 1848/49 und so auch 1918/19. Ja man kann sogar feststellen: Die Partikularisierung revolutionärer Bewegungen in Deutschland federte Revolutionen ab, mäßigte sie und führte jeweils zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Unitarismus und Föderalismus in der deutschen Geschichte.

In demokratischen Staaten der Gegenwart versuchen die Regierungen, Spannungsverhältnisse zwischen Zentrale und Regionen oftmals durch gezielte gesetzliche oder politische Maßnahmen zu beseitigen. So setzte die erste sozialistisch geführte Regierung der V. Republik in Frankreich 1982 und 1983 verstärkt Dezentralisierungen durch, die den Regionen den Status von Gebietskörperschaften zugestanden: regionale Mitbestimmung sollte durch einen aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangenen „Conseil régional“ legitimiert werden. Eine eigene regionale Exekutive, der Präsident des Regionalrats, trat nun dem Vertreter der Zentrale, dem ebenfalls neu institutionalisierten Regionalpräsidenten (Préfet de région) gegenüber.

Allerdings hatte diese politische Gestaltung regionaler Interessen historische Vorläufer: So waren beispielsweise schon während der Zwischenkriegszeit in Form eines Zusammenschlusses regionaler Industrie- und Handelskammern 19 Wirtschaftsregionen geschaffen worden. Bereits die Vichy-Regierung hatte 1941 Regionalpräsidenten installiert, die aber im Zuge der Libération 1944/45 wieder abgeschafft wurden. Auch während der 1950er und 1960er Jahre begegnet man regionalpolitischen Aktivitäten der französischen Regierungen bis hin zur 1960 erfolgten Zusammenfassung administrativer Gliederungen in 21 Regionen. Unter Staatspräsident Giscard d'Estaing führten regionalpolitische Initiativen 1972 zu institutionellen Konsequenzen, als die Region den Status eines „établissement public régional“ erhielt. Ein aufsehenerregendes Beispiel der Dezentralisierung bildete schließlich die von der Regierung Edith Cresson 1991 verfügte Verlegung der berühmten École Nationale d'Administration, der ENA, von Paris nach Straßburg.

All diesen Maßnahmen ist gemeinsam, daß sie, von der Zentrale ausgehend, ein Stück Dezentralisierung beinhalten und damit die Regionen politisch, administrativ und finanziell aufwerten; all diese Reformen werden aber nach wie vor als unzureichend, wenngleich als Schritte in die richtige Richtung empfunden.

Dem Beispiel eines nach wie vor unitarisch verfaßten, nach wie vor außerordentlich zentralistisch regierten Staates müssen einige Hinweise auf die Bundesrepublik Deutsch-

land als eines föderativ organisierten Staates hinzugefügt werden, der zudem von starken kommunalen Selbstverwaltungstraditionen seit den Steinschen Reformen des frühen 19. Jahrhunderts geprägt worden ist. Diese Ansätze wurden nach der „Gleichschaltung“ zwischen 1933 und 1945 beispielsweise durch die britische Besatzungspolitik nach 1945 wiederbelebt.

Von jeher waren zentralistische Tendenzen in der deutschen Geschichte weniger wirkungsmächtig als zum Beispiel in Frankreich. Auch neuere Tendenzen der Dezentralisierung hatten insofern in der gesamtstaatlichen Politik eine erheblich geringere Bedeutung: Dezentralisierung brauchte nicht inauguriert, sondern nur fortgesetzt zu werden.

Die Diskussion über die Verlagerung oberster Bundesgerichte in die neuen Bundesländer zeigt dies. Eher am französischen Beispiel orientiert ist bekanntlich seit den Montgesschen Reformen des frühen 19. Jahrhunderts Bayern, wo nun ebenfalls Behörden bzw. staatliche Institutionen aus der Landeshauptstadt wegverlegt werden bzw. werden sollen, so das Haus der Bayerischen Geschichte nach Augsburg, das Landesjugendamt nach Passau usw. Doch sind wir damit schon bei einer Besonderheit der föderativen Struktur der Bundesrepublik, die innerhalb der Länder durchaus verschiedene Gestaltungsformen, eher unitarische oder eher dezentralisierende, zuläßt.

Jenseits dieser Verfassungsstruktur kennt auch die Bundesrepublik Formen der Regionalplanung, die kommunen- bzw. länderübergreifend sind. Dabei handelt es sich um regionale Strukturpolitik, die ein Teil der Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder ist. Ziel ist die Wahrung vergleichbarer Lebensverhältnisse bzw. die Sicherung gewerblicher oder industrieller Standorte in Zeiten rapiden Strukturwandels.

Die Finanzreform von 1969 definiert solche Aufgaben als Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a Absatz 1 des Grundgesetzes, die durch das Gesetz zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur vom 6. Oktober 1969 die spezifizierende Rechtsgrundlage erhalten haben.

Schließlich besitzt die EG-Kommission seit der Reform des europäischen Regionalfonds 1989 die Möglichkeit, selbständig Fördergebiete festzulegen, die nicht mit der nationalen Regionalförderung identisch sein müssen. Einen Anwendungsfall für solche EG-Förderung bilden nicht nur sogenannte strukturschwache Gebiete in Süd- und Südwesteuropa, sondern auch die neuen Bundesländer.

Wir haben es hier mit einem scheinbar paradoxen Phänomen zu tun, geht doch die Regionalisierung offenkundig mit Europäisierung oder Internationalisierung einher. Das Schlagwort vom „Europa der Regionen“ besitzt folglich mehrere Dimensionen, es richtet sich nicht allein gegen die zentralisierende Brüsseler EG- bzw. EU-Politik, sondern setzt sie zugleich voraus. Sie wendet sich nicht nur gegen die „große Politik“ der europäischen Kabinette, sondern versucht darüber hinaus, transnationale Regionalbewegungen zu etablieren, die das Gewicht der Regionen gegen die eigenen gesamtstaatlichen Regierungen und zum Teil unabhängig von ihnen auf europäischer Ebene zur Geltung bringen. Diese Form der Regionalisierung versucht, kulturelle und landsmannschaftliche Autonomiebewegungen mit Hilfe ihrer europäischen Dimension zu instrumentalisieren, und stellt insofern eine Alternative zu militanten separatistischen Bewegungen dar, zum Beispiel denen in Nordirland oder im Baskenland.

Wird in den erwähnten eher lebensweltlich-kleinräumigen regionalen oder lokalen Initiativen der individuelle oder kollektive Erfahrungshorizont der Anschaulichkeit zum Maß der Dinge gemacht, so leben in den regionalen Autonomiebestrebungen in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Staaten eher objektive Kriterien wieder auf,

beispielsweise ethnische, sprachlich-kulturelle oder historische Charakteristika minoritärer Bevölkerungsgruppen oder kleinerer Territorien in größeren staatlichen Einheiten.

Ohne jeden Zweifel haben wir es mit Partikularisierungs-, in nicht wenigen Fällen mit Entstaatlichungsprozessen zu tun, die man zwar auf den ersten Blick als postkolonial oder als postnational in bezug auf die nationalstaatlichen Bestrebungen des 19. und 20. Jahrhunderts bzw. die Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnen könnte, die aber zugleich eine unverkennbare Revitalisierung nationaler oder gar nationalistischer oder auch ethnisch-territorialistischer Bewegungen enthalten.

Wir alle haben Beispiele zuhauf vor Augen, seien es nun die immer kleinräumigeren Auflösungserscheinungen in einzelnen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, zum Beispiel in Georgien, im ehemaligen Jugoslawien oder aber in zahlreichen afrikanischen Staaten. So sind etwa während der dreißigjährigen Unabhängigkeit Nigerias inzwischen statt ursprünglich drei über zwanzig Gliedstaaten entstanden.

Ethnische, konfessionelle, sprachlich und historisch bedingte kulturelle Unterschiede sind in fast allen Fällen die objektivierbaren Ursachen. Nationale Emanzipationsprozesse sind nach jahrzehntelanger Unterdrückung leicht nachvollziehbare Reaktionen gegen jeglichen Zentralismus. Doch ist in kaum einem der Fälle bisher ausgemacht, ob diese Territorien und Bevölkerungsgruppen die Fähigkeit zu staatsbildender Kraft und die ökonomische Potenz, die zu den Voraussetzungen politischer Selbständigkeit gehören, aufbringen werden. Anders gewendet: Der bloße Antizentralismus reicht nicht für eine konstruktive, nationalstaatliche Politik aus: Es gilt, sich an die vornehmste Staatsaufgabe, nämlich Friedenswahrung nach außen und innen, zu erinnern, um die Problematik zu erkennen, die einem antistaatlichen Regionalismus neben positiven Elementen ebenfalls innewohnt.

Und dies gilt nicht allein in bezug auf militante Regionalbewegungen, es gilt kaum minder, wenngleich auf friedlichere Art, für lokale und regionale Initiativen, gewissermaßen für sogenannte basisdemokratische Bewegungen überhaupt: Die Stadtteilperspektive kann städtische Verkehrsplanung ebensowenig ersetzen wie Regionalpolitik den umfassenderen gesamtstaatlichen Zusammenhang, der die nationale Wirtschaftspolitik in den europäischen und den Welthandel einbettet. Ob wir wollen oder nicht, wir können nicht in bloß regionalen Bezügen leben, wir sind zugleich Bürger von Städten, des Landes, des Bundes und Europäer. Auf den Staat kann dabei nicht verzichtet werden, ob mancher dies glaubt oder nicht, die Bundesrepublik kann nicht bloß die Provinz ihrer Menschen sein, sie ist ein europäischer Staat, der ohne seine politische und weltwirtschaftliche Einbettung nicht lebensfähig wäre.

II.

Versucht man aus der hier skizzierten aktuellen Problematik die historische Dimension zu erschließen, so zeigt sich sogleich: Der Terminus „Regionalismus“ ist als historisch-politische Ordnungskategorie² kaum verwendbar. Dies liegt zum einen an der Unbestimmtheit

²Zum Regionalismus vgl. u.a.: Dietrich Gerhard, Regionalismus und ständisches Wesen als ein Grundthema Europäischer Geschichte, in: Ders., Alte und Neue Welt in vergleichender Geschichtsbetrachtung, Göttingen 1962, S. 13–39; Heinz Gollwitzer, Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 27 (1964), S. 523–552; Karl-Georg Faber, Was ist eine Geschichtslandschaft?, in: Pankraz Fried (Hg.), Probleme und Methoden der Landesgeschichte, Darmstadt 1978, S. 390–424; Friedrich Prinz, Geschichte und Regionalismus, in: Bohemia. Jahrbuch des

des Begriffs Regionalismus, zum anderen in der Frage, ob er für die deutsche Geschichte tatsächlich aufschließende Kraft besitzt.

Was ist aber Region, was Regionalismus? Wie ist er von anderen, eher traditionellen Begriffen abzugrenzen, welche Bedeutung schließlich kommt diesem Terminus für die Geschichtsschreibung zu, was ist und zu welchem Ende betreibt man „historische Regionalforschung“?

Der Begriff „Region“ ist unschärfer als andere politisch, administrativ, staats- oder völkerrechtlich definierte Termini, die Territorien bezeichnen, er ist aber auch unklarer als klassische Begriffe wie „Landschaft“, die geographisch, historisch oder aber – für die frühe Neuzeit – verfassungsrechtlich definiert sind. Schließlich ist der Begriff Region sogar transnational anwendbar, beispielsweise heute mit der Bildung von Wirtschaftsräumen wie der Region „Saar-Lor-Lux“, für die Regional- bzw. Landespolitiker gemeinsame Interessen als konstituierendes Merkmal erkannt haben. Solche wirtschaftsräumlichen Einheiten hat es in Geschichte und Gegenwart immer wieder gegeben, so wurde beispielsweise 1920 der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk gebildet, so existiert ein Kommunalverband Ruhrgebiet, der für diesen größten deutschen und europäischen Industriebezirk an der Raumplanung mitwirkt.

Weder diese Region noch das Rhein-Main-Gebiet sind mit Länder-, Kreis-, Stadt- oder Regierungsbezirksgrenzen identisch. Sicher aber hat das Ruhrgebiet, um bei diesem Beispiel zu bleiben, seit dem 19. Jahrhundert eine Geschichte, die nicht einfach identisch ist mit derjenigen der früheren preußischen Provinz Westfalen, der früheren Rheinprovinz oder dem nicht aufgrund historischer Traditionen, sondern durch Willen der britischen Besatzung entstandenen Land Nordrhein-Westfalen. Und im Zuge der Urbanisierung entstanden seit dem 19. Jahrhundert zunehmend metropolitane Ballungsräume, die Planungseinheiten mit gemeinsamen Strukturmerkmalen vor allem ökonomischer und gesellschaftlicher Art wurden, wie etwa die durch Gesetz von 1920 geschaffene Verwaltungseinheit Groß-Berlin.

In bezug auf wirtschaftsräumliche Gebietseinheiten scheint mir der Begriff Region für die geschichtswissenschaftliche Anwendung am ehesten fruchtbar zu sein. In dieser thematischen Akzentuierung haben Wirtschaftshistoriker auch historische Regionalfor-

Collegium Carolinum 19 (1978), S247–254; Karl Möckl, Föderalismus und Regionalismus im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Von der freien Gemeinde zum föderalistischen Europa. Festschrift für Adolf Gasser. Hg. von Fried Esterbauer u. a., Berlin 1983, S.529–549 (dort auch weitere neuere Literatur); Lothar Gall u. Dieter Langewiesche (Hg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995 (Historische Zeitschrift, Beiheft 19); Walter Först (Hg.), Provinz und Staat, Troisdorf 1971; Föderalismus in Deutschland und Europa (Zeitschrift zur Politischen Bildung und Information 4/90); Adolf M. Birke und Hermann Wentker (Hg.), Föderalismus im deutsch-britischen Meinungsstreit. Historische Dimension und politische Aktualität, München u. a. 1993. Hans Maier, Das Freiheitsproblem in der deutschen Geschichte, Heidelberg 1992. Grundsätzlich zum Föderalismus: Ernst Deuerlein, Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips, München 1972 (materialreich) sowie problemorientiert: Thomas Nipperdey, Der Föderalismus in der deutschen Geschichte, in: Ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S.60–109 (dort weitere Literatur); zum Gegenpol von Föderalismus und Regionalismus u. a.: Otto Büsch u. James J. Sheehan (Hg.), Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart, Berlin 1985, sowie Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, Göttingen 1991. Dieter Stievermann, Absolutistischer Zentralismus oder ständischer Regionalismus? Preußen und seine westlichen Provinzen im 17. und 18. Jahrhundert, in: Westfälische Zeitschrift 138 (1988), S. 51–65.

schung betrieben, insbesondere in bezug auf die Geschichte der Industrialisierung, so wenn Knut Borchardt für die Zeit um 1800 von Fortschrittskernen in Sachsen und im Bergischen Land spricht, in denen schon lange vor Mitte des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland Industrialisierung einsetzte, so Sidney Pollard, Wolfgang Köllmann, Jürgen Reulecke und andere, die dem Zusammenhang von regionaler Entwicklung und Industrialisierung nachspürten³.

Schwieriger definierbar als solche historisch gewachsenen Wirtschaftsräume erscheint schon die geschichtswissenschaftliche Erfassung naturräumlich definierter Regionen, zumal dann, wenn sie historisch gänzlich unterschiedlich entwickelte Teile umfassen. Diese Schwierigkeit ergibt sich selbst dann, wenn die Thematik so ganzheitlich angelegt wird wie in Fernand Braudels berühmtem Werk „La Méditerranée et le monde méditerranéen“, das aber immerhin auf die Epoche Philipps II. eingeschränkt ist. Insofern gilt es einem historisch erfaßbaren Zeitabschnitt⁴. Doch bleibt ein methodisches Problem: Die geographischen Determinanten, die ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft der Anrainerstaaten des Mittelmeers besaßen, dominieren derart über andere wesentliche Faktoren, beispielsweise politische, daß entscheidende Sektoren der historischen Realität aus dem Blick geraten.

Insofern hat die Methode der Annales-Historiker trotz großartiger Leistungen ihre deutlichen Mängel, die etwa die klassische Landesgeschichtsschreibung, die ebenfalls naturräumliche Konstanten in die Analyse einbezieht, durch die thematische Eingrenzung auf historisch gewordene Territorien und ihre politische Entwicklung vermeidet, ohne deswegen andere wesentliche Dimensionen aus dem Auge zu verlieren.

Die Erforschung regionaler Entwicklungen, zum Beispiel politischer Verhaltensweisen in bestimmten Regionen, die keine administrativen Einheiten sind, ist durchaus aufschlußreich, wie entsprechende Untersuchungen zur Weimarer Republik und, herausragend, des Projekts „Bayern in der NS-Zeit“, demonstrieren⁵. Doch stellt sich dort, wo die jeweilige Thematik nicht landesweit und insofern landesgeschichtlich verfolgt wird, immer der Begründungszwang für Auswahl und Abgrenzung des angenommen exemplarischen Charakters der gewählten Regionen. Sicher hat auch die Landesgeschichte ihre Themen, die nicht durch die Landesgrenzen abgesteckt sind und auch nicht zwangsläufig durch Regierungsbezirke definiert werden, denken wir nur an Franken, die Oberpfalz,

³ Wolfgang Köllmann, Die Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 43–50. Sidney Pollard (Hg.), Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Regionen in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte, Göttingen 1980; Jürgen Reulecke, Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 202–208; Jürgen Bergmann u. a., Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1989.

⁴ Deutsche Ausgabe unter dem Titel, Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II., 3 Bde. Frankfurt/Main 1990.

⁵ Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde, hg. von Martin Broszat u. a., München u. Wien 1977–1983; prinzipiell auch: Kurt Düwell, Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur „Praxis im kleinen Bereich“, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 9 (1983), S. 287–344; Ulrich von Hehl, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Problem einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 56 (1993), S. 111–129 (dort weitere Literatur); sowie speziell: Martin Broszat, Reichszentralismus und Parteipartikularismus. Bayern nach dem neuen Aufbaugesetz vom 30. Januar 1934, in: Das Unrechtsregime, Bd. 1: Ideologie – Herrschaftssysteme – Wirkung in Europa, hg. von Ursula Büttner u. a. (Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag), Hamburg 1986, S. 178–202.

Schwaben, Nieder- und Oberbayern. Doch geht es hier immer auch um chronologisch klar bestimmbare Integrationsprozesse in den Gesamtstaat mit eindeutig erkennbaren territorialen Abgrenzungen.

In jedem Fall ist die kulturräumliche Definition der Regionen innerhalb größerer Territorien durch die historische Regionalforschung schwieriger als durch die klassische Landesgeschichte, die ja im übrigen ebenfalls methoden- und themenpluralistisch vorgeht und den Vorzug der Betrachtung langer Dauer, das heißt epochenübergreifender Strukturen besitzt.

Die historische Regionalforschung definiert die thematisierten Regionen oftmals durch eine Kombination bestimmter Kriterien, die auswechselbar sind, mit anderen Worten: Region in diesem Sinne, etwa der wirtschaftsräumlichen Einheit, muß nicht epochenübergreifend sein. Sie kann – etwa in bezug auf die Industrialisierungsregionen des 19. Jahrhunderts – historisch relativ spät greifbar werden, nachdem schon eine jahrhundertlange Vor-Geschichte bestand.

Der Begriff Region ist also auf ein Gebiet gerichtet, dessen geographische, ökonomische, sprachliche oder kulturelle Einheit anhand jeweils genannter Kriterien bestimmt wird, ohne daß dies auf einzelne Epochen bezogen sein muß oder überhaupt historisch definiert wird. Demgegenüber umfaßt der Begriff Regionalismus eine Gegenbewegung, eine Reaktion zur Bewahrung so definierter Eigenheiten in zentralistisch verfaßten Staaten, deren Ziel in aller Regel die Berücksichtigung kultureller und sprachlicher Besonderheiten einer Region ist. Die Auseinandersetzung mit der Zentrale dient aber gleichzeitig der Besinnung auf die eigene kulturelle Identität, regionalistische Bewegungen in diesem Sinne können also identitätsstiftende Kampfbewegungen sein.

Es ist kein Zufall, daß der Begriff als Beschreibung eines politischen Phänomens zunächst in Frankreich eine Rolle spielte und historisch-politische Analysen, etwa das Buch von J. C. Brun, „Le régionalisme“ (1911), zuerst dort erschienen⁶. Eine katalysierende Wirkung für den politischen Regionalismus erlangte die Amtszeit des französischen Marschalls und zweiten Präsidenten der Dritten Französischen Republik, Patrice de MacMahon 1873 bis 1879, dessen zentralistische, restaurativ-antiparlamentarische Regierung regionalistische Gegenbewegungen provozierte, die sich bis zur Jahrhundertwende verstärkten und schließlich auch andere Staaten, beispielsweise Spanien und Italien, ergriffen.

Aus diesen historischen und verfassungsmäßigen Voraussetzungen ergibt sich, daß der Begriff Regionalismus in Deutschland keine vergleichbare Bedeutung erlangen konnte, wie auch der Begriff Zentralismus in bestimmten historischen Phasen zwar eine gewisse Tendenz bezeichnete, für die Mehrzahl der Epochen der deutschen Geschichte aber keine größere Rolle spielte. Ohnehin sind die nicht identischen, aber am ehesten analogen Phänomene mit den Begriffen Föderalismus und Unitarismus für die deutsche Geschichte treffender und präziser bezeichnet.

⁶ Vgl. grundsätzlich Peter Häberle, Der Regionalismus als werdendes Strukturprinzip des Verfassungsstaates und als europarechtspolitische Maxime, in: Archiv des Öffentlichen Rechts, Bd. 118 (1993), S. 1–44; sowie aus der ausufernden Literatur zum französischen Regionalismus R. Lafont, La révolution régionaliste, Paris 1967; C. Gras/G. Livet (Hg.), Régions et Régionalisme en France du XVIII^e siècle à nos jours, Paris 1977; Gontcharoff u. a., La décentralisation, 7 Bde., Paris 1983–1986; Lothar Albertin, Frankreichs Regionalisierung. Abschied vom Zentralismus, in: Ders. u. a. (Hg.), Frankreich-Jahrbuch, 1988, Opladen 1988, S. 135–165; Fernand Braudel, Frankreich. Raum und Geschichte, Stuttgart 1989 (frz. Original, Paris 1986). Allgemeiner: J. Blaschke (Hg.), Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, Frankfurt/Main 1980; Rainer S. Elkar (Hg.), Europas unruhige Regionen, Stuttgart 1981.

Dies besagt allerdings nicht, daß es nicht auch in der deutschen Geschichte kleinere homogene, kulturelle, ethnische oder wirtschaftliche Räume innerhalb größerer territorialer, föderativer oder staatlicher Einheiten gegeben hätte. Das anschaulichste Beispiel dafür sind sicher die landschaftlich geprägten sprachlichen Eigenheiten, die Dialekte.

III.

Charakteristisch für die deutsche Geschichte ist nun einerseits, daß es Regionalismus in einem ursprünglichen Sinne immer gegeben hat, er andererseits als politische Bewegung nahezu bedeutungslos war – es sei denn in den staatsrechtlich und verfassungsgeschichtlich erkennbaren Formen der Territorialgeschichte, der reichsstädtischen und später kommunalen Selbstverwaltung oder der einzelstaatlichen Geschichte. In diesem Sinne kennzeichnet die deutsche Geschichte im Vergleich zur französischen zeitweise sogar die umgekehrte Tendenz. Zu Zeiten des sich in Frankreich ausbildenden politischen Regionalismus verstärkt sich im gerade gegründeten Bismarck-Reich die unitarische, ja in mancher verfassungspolitischen Beziehung sogar die zentralistische Tendenz.

Doch so einfach verläuft die Geschichte leider nicht, daß wir eine so allgemeine Feststellung unkommentiert stehen lassen könnten, hat doch die neuere Forschung, zumal seit Hedwig Hintzes berühmtem, aber lange Zeit unbeachtetem Buch „Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution“⁷ herausgearbeitet, wie sehr der unitarisch-zentralistische Charakter des französischen Ancien régime überschätzt worden ist. Und ganz analog hat die historische Ständeforschung⁸ demonstriert, wie unterschiedlich nicht allein moderner Totalitarismus und frühneuzeitlicher Absolutismus sind, sondern auch, in welchem Maße es den ständischen und provinziellen – kurz: den intermediären und in gewisser Weise regionalen – Gewalten während des 17. und 18. Jahrhunderts im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gelang, die ihnen nach dem alten Recht zustehenden Hoheitsrechte zu bewahren.

Mit anderen Worten: Für die mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte Deutschlands kann man mit viel größerem Recht von Regionalismus sprechen als für das 19. und 20. Jahrhundert; der deutsche Regionalismus ist gewissermaßen das vormoderne Prinzip der deutschen Geschichte.

Als Otto Brunner 1939 in seinem grundlegenden Werk „Land und Herrschaft“ die territoriale Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter analysierte, zerstörte er die an den Begriffen von Staat und Gesellschaft des 19. Jahrhunderts orientierte, bis dahin dominierende Interpretation und bewies, daß für die mittelalterlichen Epochen von einem Staat im modernen Sinne ebensowenig die Rede sein konnte wie von Gesellschaft. Indem er

⁷ Das zuerst 1928 erschienene Buch von Hedwig Hintze, *Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution*, erlebte 1989 eine Neuauflage, Frankfurt/Main, mit einem instruktiven Vorwort von Rolf Reichardt.

⁸ Vgl. u. a. Otto Hintze, *Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes*, in: Ders., *Staat und Verfassung*, 3. erw. Aufl. hg. von Gerhard Oesterreich, Göttingen 1967, S. 120ff.; Kurt von Raumer, *Absoluter Staat, korporative Libertät, persönliche Freiheit*, in: *Historische Zeitschrift* 183 (1957), S. 55–96; Gerhard Oesterreich, *Geist und Gestalt des frühmodernen Staates*, Berlin 1969; Dietrich Gerhard, *Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert*, 2. Aufl. Göttingen 1974; *Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen*, hg. von Peter Baumgart, Berlin u. New York 1983 (dort weitere Literatur) sowie: *Absolutismus*, hg. von Walther Hubatsch, Darmstadt 1974.

zum Beispiel in Auseinandersetzung mit Heinrich Mitteis für die vorstaatliche Sphäre territorialer Herrschaft auf die zeitgenössische Quellsprache zurückgriff, eröffnete er methodisch neue Wege und arbeitete die durch das Land geprägte, territoriale Struktur spätmittelalterlicher und teilweise auch noch frühneuzeitlicher Herrschaft heraus⁹.

Die politischen Implikationen Brunners, die paradoxerweise seine Fragestellungen beeinflussten, lagen in der zeitgenössischen, die überkommene Verfassungsstruktur des modernen Staates auflösenden nationalsozialistischen Machtausübung. Diese hob die Organisation staatlicher Gewalt im personalen Herrschaftsverständnis der Führerdiktatur auf, das bewußt auf altertümliche Formen von Herrschaft und Gefolgschaft zurückgriff. Die Rolle der die staatlichen Behörden überlagernden, sie paralyisierenden und partikularisierenden Parteiinstanzen fand zum Beispiel ihren typischen Ausdruck in der Installierung von Gauleitern, die immer häufiger in Personalunion das klassische Amt politischen Beamtentums in Preußen, das der Oberpräsidenten, übernahmen¹⁰.

Wesentlich ist die durch Otto von Gierkes „Genossenschaftsrecht“ beeinflusste Unterscheidung des Personenverbandsstaats des frühen Mittelalters vom späteren Flächenstaat. Im Personenverbandsstaat wird das Personalitätsprinzip mit der das Recht des einzelnen konstituierenden Zugehörigkeit zu Geburtsständen sowie sonstigen sozialen und rechtlichen Verbänden kombiniert. In dem während des späten Mittelalters sich ausbildenden Flächenstaat wird die regionale Komponente deutlich, die auf den differenten Bezug zu dieser neuen, territorialen Staatlichkeit verweist. Erst diese Rationalisierung territorialer Herrschaft ermöglichte einen umfassenden Untertanenverband auf einem klar definierten Territorium und eine darauf aufbauende moderne staatliche Verwaltung und ihre zentralisierende Politik.

So hat Dietmar Willoweit in bezug auf die Frühe Neuzeit bemerkt: „Das Kernproblem der neuzeitlichen Verfassungsgeschichte besteht in der unaufhebbaren Spannung zwischen der zentralistischen Organisation der dem Fürsten zur Verfügung stehenden Machtmittel – Zentralbehörden, Polizei, Heer, merkantilistische Wirtschaftslenkung usw. – und der für jede partikulare Herrschaftseinheit jeweils gesondert zu untersuchenden Frage nach dem Rechtstitel der Territorialgewalt.“¹¹

Wir müssen für unsere Überlegung festhalten, daß das Heilige Römische Reich Deutscher Nation bis zum Reichsdeputationshauptschluß 1803 aus 314 selbständigen Territorien und über 1400 Reichsritterschaften bestand. Das Reich war kein Staat, weshalb ihm Rousseau¹² auch friedensichernde Funktionen zugestand, während viele Aufklärungsschriftsteller wie etwa Johann Pezzl 1784 das „Elend der Polykratie“ in Deutschland beklagten. Er kritisierte

⁹ Otto Brunner, *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Spätmittelalter*, 5. Aufl., Wien 1965. Für die gegenteilige Position vgl. Heinrich Mitteis, *Der Staat des hohen Mittelalters*, 3. Aufl., Weimar 1948. Zur Auseinandersetzung mit Otto Brunner vgl. auch Heinrich Mitteis, *Land und Herrschaft*, in: Ders., *Die Rechtsidee in der Geschichte*, Weimar 1957, S. 343–381. Dort charakterisierte Mitteis Brunners Buch als „Durchbruch einer neuen, fruchtbaren und sachgemäßen Methode, die aus den Quellen schöpft und der Neigung zu modernen Konstruktionen entschlossen Fehde ansagt.“ (S. 380).

¹⁰ Vgl. Horst Möller, *Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 30 (1982), S. 1–26; Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969.

¹¹ Dietmar Willoweit, *Rechtsgrundlage der Territorialgewalt. Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit*, Köln und Wien 1975, S. 3.

¹² Jean-Jacques Rousseau, *Considérations sur le gouvernement de Pologne et sur sa réformation projetée*, in: Ders., *Œuvres complètes*, Bd. 3, Paris 1964, S. 951–1041.

die „Quadratmeilen-Monarchen“ und „Miniatur-Höfe“: „Es sitzt dort manches Fürstlein auf dem Thron, das kaum zwölf Hühner zu regieren im Stande wäre.“ Unser Autor kritisierte die „Greuel der deutschen Vielherrschaft“ und wünschte „zum Heil der Nation, daß sie einst unter Ein Oberhaupt komme und dies je eher desto besser“¹³.

Aber dieser deutsche Partikularismus bildete keine Gegenbewegung zu einem Zentralismus, wie das für den modernen Regionalismus gilt, sondern stärkte immer wieder den Ruf nach einem Reichspatriotismus, lange bevor von einer politischen Nationalbewegung die Rede sein konnte: Sie bildete sich erst in Reaktion auf die Französische Revolution und die napoleonische Herrschaft in Deutschland voll aus, an deren Ende eine Bereinigung der deutschen Landkarte stand, wie immer wieder gesagt worden ist. Das Ergebnis bestand in der Reduzierung der Landesherrschaften, die in 39 Einzelstaaten, darunter vier Freien Reichsstädten aufgingen, sie bildeten gemeinsam den Deutschen Bund. Die Wiener Schlußakte griff insofern in die Rechte der Einzelstaaten ein, als ihnen eine landständische Verfassung bindend vorgeschrieben wurde.

Die föderative Struktur Deutschlands bewirkte, daß die moderne Staatsbildung im Alten Reich auf territorialstaatlicher Ebene erfolgte, nicht aber auf Reichsebene. In diesen Territorialstaaten standen den Fürsten die Landstände gegenüber, sie waren das Land. Der dynastische Fürstenstaat ist bis an sein Ende durch diesen Dualismus expandierender territorialstaatlicher Zentralgewalt gegenüber landständischen, intermediären Gewalten geprägt worden. Das heißt, der durch Verwaltung, Heer und Rechtswesen zentralisierenden Macht der Landesherrn waren Grenzen gesetzt, im strengen Sinn war ihr Absolutismus eine politische Zielvorstellung, aber keine unangefochtene historische Realität.

Trotzdem sollte man nicht den Fehler der älteren Verfassungsgeschichtsschreibung umkehren und die Leistung der frühmodernen Staatsbildung verkennen. Sie traf tatsächlich überall auf Privilegien, die aus dem alten Recht hergeleitet wurden. Die dynastischen Fürstenstaaten leisteten gerade im Hinblick auf die regionale Parzellierung Bedeutendes, im Bereich unserer Thematik beispielsweise die Rechtsvereinheitlichung, die in vielen Territorialstaaten ein Werk des durch die Aufklärung geprägten Reformabsolutismus gewesen ist. Das eindrucksvollste Beispiel bildet zweifellos die nach einer jahrzehntelangen mühevollen Entstehungsgeschichte schließlich 1794 in Kraft gesetzte Rechtskodifikation des „Allgemeinen Landrechts für die Preußischen Staaten“, mit dem gegenüber den vielfältigen regionalen, lokalen und provinziellen Rechten ein einheitliches, für ganz Preußen gültiges subsidiäres Recht geschaffen wurde, selbst wenn viele der ursprünglichen aufgeklärten Ziele nicht erreicht werden konnten.

Halten wir fest: Der frühmoderne Territorialstaat hat innerhalb der föderativen und zum Teil partikularen Strukturen des Alten Reiches administrativ, politisch und juristisch vereinheitlichend und zentralisierend gewirkt, wenngleich Residuen altständischer Rechte und regional begründeter Privilegien bis weit ins 19. Jahrhundert fortbestanden. Die beiden langeligsten Phänomene dieser Art waren die bis zur Revolution 1918 andauernde landständische Verfassung Mecklenburgs und die sogar bis 1927 im Freistaat Preußen existierenden ostelbischen Gutsbezirke¹⁴, die Restbestände grundherrlicher Rechte bis in die Weimarer Demokratie retteten.

¹³ Vgl. Horst Möller, Fürstenstaat und Bürgernation. Deutschland 1763–1815, Berlin 1989, S. 70 u. 239ff. sowie speziell Ferdinand Magen, Reichsexekutive und regionale Selbstverwaltung im späten 18. Jahrhundert, Berlin 1992.

¹⁴ Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen, 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 473ff.

Was der Reformabsolutismus in den größeren deutschen Territorialstaaten leistete, war in Frankreich ein Werk der Revolution und mehr noch Napoleons.

Auch im scheinbar durch den klassischen Absolutismus seit Ludwig XIV. regierten Frankreich existierten bis zum napoleonischen Code civil von 1804 etwa 400 unterschiedliche Rechtsgebiete, in denen differierende alte Gewohnheitsrechte, die „coutumes“ galten. Die vereinheitlichende Rezeption des römischen Rechts hatte nur in einem Teil Frankreichs stattgefunden. Von der aufgeklärten Rationalität der napoleonischen Rechtskodifikationen, die zu einem wesentlichen Baustein des französischen Zentralismus wurden, gingen weltweite rechtspolitische Wirkungen bis ins 20. Jahrhundert aus, zum Beispiel in Lateinamerika.

Und noch größere politische Bedeutung gewann die Entwicklung der Theorie der modernen Repräsentation durch die Französische Revolution, insbesondere durch den Abbé Sieyes. Sie traf jeglichen Regionalismus im Kern und begründete durch die Verfassungsberatungen der Französischen Nationalversammlung das Repräsentationsmodell des heutigen Parlamentarismus: Mit ihm wird nicht mehr das Land, sondern das Volk, die Nation repräsentiert. Die Entwicklung dieses modernen Repräsentationsgedankens war eine schwierige Operation. So waren die Mitglieder des englischen House of Commons zunächst Vertreter ihrer counties und boroughs bis hin zu der Ärgernis erregenden Mandatur für die völlig entvölkerten „rotten boroughs“. Erst die englischen Wahlrechtsreformen seit 1832 schufen hier Abhilfe¹⁵.

Der heutige Grundsatz, die Abgeordneten seien Vertreter des ganzen Volkes und nicht nur ihres Wahlkreises, hat zwar schon Vorläufer auch im englischen Parlamentarismus, findet aber in der ersten französischen Revolutionsverfassung von 1791 seinen Niederschlag. Die Deputierten der Assemblée nationale repräsentierten zunächst noch beides, das Land und das Volk; eine regionale Komponente blieb also erhalten, ja sie prägte anfangs noch die politische Fraktionierung, ein Beispiel bilden die Girondins.

Doch wußte der Abbé Sieyes sehr gut, daß so die Einheit der Nation nicht erreichbar war. Die Formulierung des Artikels 1 des Titels II der Verfassung von 1791 war also konsequent: „Le royaume est un et indivisible; son territoire est distribué en 83 départements.“ Das demokratische Wahlrecht muß von der Gleichheit der Stimmen ausgehen, die historisch gewachsenen Korporationen sozialer, ökonomischer, territorialer oder lokaler Provenienz können also nicht Maßstab der Wahlkreiseinteilung sein, die schematisch erfolgt¹⁶.

In Deutschland opponierten noch während der Weimarer Verfassungsberatungen vor allem die Deutschnationalen, aber auch die DVP gegen die, wie sie meinten, Atomisierung und Formalisierung des Wahlrechts. Statt dessen propagierten sie eine Repräsentation organisch gewachsener Einheiten wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Art, näherten sich also einem vorrevolutionären Repräsentationsmodell an. Und auch die Räteemodelle der Revolution 1918/19 stehen wie die plebiszitären und basisdemokratischen Zielsetzungen, die seit 1968 wiederbelebt wurden, in Widerspruch zu dem bis heute gültigen Repräsentationsprinzip moderner parlamentarischer Verfassungen, die einen vor 1789 gar nicht denkbaren Zentralisierungsschub bewirkt haben.

¹⁵ Vgl. zuletzt Andreas Wirsching, *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1990, insbesondere S. 133ff.; insgesamt auch Gerhard A. Ritter, *Parlament und Demokratie in Großbritannien. Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems*, Göttingen 1972.

¹⁶ Vgl. insgesamt Möller, *Parlamentarismus*, S. 181ff.

Dies galt selbst für das Bismarck-Reich, das – allerdings nur auf den ersten Blick¹⁷ – staatsrechtlich gesehen ein Fürstenbund war, doch politisch eine zunehmende Stärkung zentralisierender Elemente enthielt. Diese Entwicklung setzte sich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs in der Stärkung des Reichstags fort. Und bezeichnend war, daß während der Bismarck-Zeit mit dem Aufbau einer obersten Reichsverwaltung begonnen wurde¹⁸, unbeschadet des auch auf dieser Domäne hegemonialen Preußen. Mit der „Märchenwelt des Partikularismus“, mit der Heinrich von Treitschke boshaft abgerechnet hatte, war es in der Tat vorbei¹⁹.

Nach den einzelstaatlichen Revolutionen von 1918/19, die am 9. November Berlin, und mit der Reichshauptstadt auch das Reich, ergriffen, stellte sich die Frage des Verhältnisses von Föderalismus und Unitarismus erneut. Sozialdemokraten und Liberale wollten, jedenfalls solange sie nicht selbst einzelstaatliche Regierungen bildeten, eine unitarische Reichsverfassung. Hugo Preuß hätte sie am liebsten nicht nur in Preußen mit provinziellen Selbstverwaltungseinheiten, nicht aber Ländern oder gar Einzelstaaten kombiniert: Dezentralisierter Einheitsstaat lautete seine Devise²⁰. Demgegenüber entwickelten sich zuweilen paradox anmutende Konstellationen; so versuchte Kurt Eisner, den föderativen Charakter der Revolutionsbewegung für seine politischen Ziele zu instrumentalisieren, weil ihm die Regierung der Volksbeauftragten, vor allem Friedrich Ebert, politisch zu gemäßigt war²¹.

Wieder stand das Problem politischer Repräsentation auf der Tagesordnung, wiederum war es verbunden mit der Frage unitarischer oder föderativer Gestaltung der Reichsverfassung. So problematisch sich in verschiedenen Krisen der Republik, insbesondere derjenigen des Jahres 1923 und später während ihrer Auflösung, das Verhältnis von Reich und Ländern entwickelte, 1918/19 setzte sich die Zentrale in den Kernfragen durch.

Dies bedeutete gemäß der Forderung Friedrich Eberts, daß einer konstituierenden, nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählten Nationalversammlung das ungeschmälerte Entscheidungsrecht zustehe. Diese durch die Mehrheitssozialdemokraten auf dem „Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands“ durchgesetzte Entscheidung bedeutete im Dezember 1918 zwar keinen Sieg des Unitarismus, aber doch die Erhaltung der Reichseinheit und letztlich eine Stärkung der Reichskompetenzen. Aufgrund der Erzbergerschen Finanzreform von 1919 blieb das Reich auch nicht wie das Bismarck-Reich Kostgänger der Länder, vielmehr wurde dieses Verhältnis umgekehrt, zugleich aber ein kompliziertes System des Finanzausgleichs zugunsten der ärmeren Länder installiert.

Während der Weimarer Republik wirkten sich indes neue Partikularisierungen und auch Regionalismen aus, nicht als Programm, aber als geschichtsmächtige Probleme. Aus einer Reihe von Gründen konnte ein gesellschaftlicher Grundkonsens, den eine in dieser Bezie-

¹⁷ Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, München 1992, S. 85ff.

¹⁸ Rudolf Morsey, *Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867–1890*, Münster 1957.

¹⁹ Heinrich von Treitschke, *Bundesstaat und Einheitsstaat (1864)*, in: Ders., *Aufsätze, Reden und Briefe*. Hg. von Karl-Martin Schiller, Bd. 3, Merseburg 1929, insbesondere S. 11ff.

²⁰ Vgl. Hugo Preuß, *Staat, Recht und Freiheit*. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte (1926), Hildesheim 1964, insbesondere S. 368ff., 394ff., 421ff.; sowie Ders., *Um die Reichsverfassung von Weimar*, Berlin 1924.

²¹ Insgesamt Horst Möller, *Weimar, Die unvollendete Demokratie*, 5. Aufl., München 1994, S. 111ff. Vgl. *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918–19*. Erster Teil, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Pothhoff, Düsseldorf 1969, insbes. S. 199ff.

hung einheitliche nationale Repräsentation zum Ausdruck gebracht hätte, nicht erreicht werden. Einer der Gründe dafür war das die parlamentarische Willensbildung erschwerende reine Verhältniswahlrecht, das eine Vielzahl kleinerer Parteien in den Reichstag gelangen ließ, was sich angesichts der extremistischen Obstruktionsparteien von links und rechts besonders negativ auswirkte.

Ein weiterer wesentlicher Grund lag in der Regionalisierung des deutschen Parteiwesens, die wiederum auf konfessionelle, sozialökonomische und kulturelle Besonderheiten verweist. Sie spielten zwar für den Aufstieg des Nationalsozialismus direkt oder indirekt eine Rolle, haben ihn aber in mancher Beziehung auch verzögert: die Wirkung war also ambivalent.

Die begrenzte Integrationskraft der Weimarer Parteien resultierte nicht allein aus konfessionellen Begrenzungen wie etwa des Zentrums auf die Katholiken und der liberalen Parteien und der DNVP im wesentlichen auf Protestanten, sondern vor allem aus den jeweiligen regionalen Beschränkungen der Parteien. Dabei ging es nicht bloß – wie heute – um „Hochburgen“ oder für eine Partei schwache Wahlkreise, sondern darum, daß keine der großen Parteien der Weimarer Zeit wirklich reichsweit überall einen nennenswerten Anteil an Wählerstimmen erreichte. Diese auf extreme Weise regionalisierte Parteien- und Wählerlandschaft war durch ökonomische, soziale und kulturelle Eigenheiten geprägt. Die Parteien, die zum größeren Teil als soziale Interessenvertretungen auftraten, wurden durch diese Klassenbindung zusätzlich beeinträchtigt. Alle großen Parteien besaßen Hochburgen, in denen sie die stärkste Kraft bildeten, zugleich aber blieben sie in vielen anderen Wahlkreisen bloß Splittergruppen.

Dies galt in eingeschränkter Weise selbst für die NSDAP, die seit 1932 überall einen Massenanhang mobilisieren konnte und in ihrer Erfolgsphase in nahezu allen Wahlkreisen nennenswerte Erfolge erzielte. Immerhin waren auch im Falle der NSDAP die Wahlergebnisse regional äußerst unterschiedlich, so lagen sie etwa bei der Preußischen Landtagswahl vom 24. April 1932 zwischen 50,8 % in Schleswig-Holstein und durchschnittlich 45 % in den ländlichen Regionen Ostelbiens. Demgegenüber erzielte die NSDAP nur 22,5 % im Köln-Aachener Raum, 24,4 % in Westfalen-Nord; alle westdeutschen, katholisch geprägten Regionen hatten – wie auch Berlin mit 24,1 % – damals für die NSDAP weit unterdurchschnittliche Ergebnisse. In der KPD-Hochburg Merseburg, einer Region, die stark durch die Industriearbeiterschaft bestimmt wurde, verdrängte die NSDAP, die sich zwischen 1928 und 1932 von 2,7 % auf 41,8 % steigerte, die KPD von der Spitze²².

In jedem Fall liefert die Wahlgeographie instruktive Einsichten in eine Vielzahl regionaler Besonderheiten. In staatsrechtlicher Hinsicht bedeutete das Ende der Weimarer Demokratie und die nationalsozialistische Revolution eine schlagartige Veränderung des historisch entwickelten Verhältnisses von Zentralismus, Föderalismus und Regionalismus. Der erste Schritt dazu erfolgte am 20. Juli 1932. Mit dem sogenannten Preußenschlag Franz von Papens wurde eine Art Reichsreform²³ erzwungen, die das vermeintliche Preußen-Problem löste, indem sie das bei weitem größte deutsche Land faktisch zum Reichsland machte. Der bayerische Ministerpräsident Held war damals auf Seiten Preußens, weil er völlig zu Recht im Angriff auf den mit Abstand größten deutschen Einzelstaat einen An-

²² Möller, *Parlamentarismus*, S. 241.

²³ Ebenda, S. 570ff. Zuletzt Gerhard Schulz, *Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933*, Berlin u. New York 1992, S. 916ff.

griff auf den deutschen Föderalismus sah²⁴. Und tatsächlich wurden 1932/33 die wesentlichen föderativen Strukturen Deutschlands beseitigt, keine Epoche der deutschen Geschichte war anti-föderalistischer als die nationalsozialistische; jegliche Länderautonomie, auf welchem Gebiet auch immer, hätte dem totalen Herrschaftsanspruch der NS-Diktatur entgegengestanden.

IV.

Auch insofern sie keine Form der Territorialstaatlichkeit zuließ, fiel die Führerdiktatur in vormoderne Herrschaftsformen zurück. Personenverbandsstaatliche, personalistische und korporative Elemente, die alle Bevölkerungsgruppen als Kollektive der Herrschaft unterordnen wollten, traten an die Stelle freier gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Verbände, demokratischer Willensbildung und geregelter staatlicher Administration.

Auf der anderen Seite gelang es der nationalsozialistischen Diktatur nicht, überall ordnungsgemäßes staatliches Verwaltungshandeln auszuhebeln, zum nicht geringen Teil blieb sie auf eine funktionierende Administration sogar angewiesen. Diese Überlagerung staatlicher Verwaltung und Gerichte durch Parteinstanzen und Sondergerichte zählt sicher gemeinsam mit der institutionalisierten Konkurrenz der Ämter, die in personaler Bindung alle auf den Führer ausgerichtet waren, zu den Strukturmerkmalen nationalsozialistischer Herrschaft, wie sie besonders Martin Broszat analysiert hat²⁵.

Die NS-Diktatur verband vormoderne Herrschaftsformen mit revolutionären ideologischen Inhalten und modernsten Techniken der Machtausübung: Sie untergruben die vergleichsweise rationale Herrschaftsstruktur des modernen Staates, überlagerten und durchlöcherten sie. Im Ergebnis bewirkten sie die Zerstörung des Rechtsstaates, doch konnten regionale Besonderheiten weniger leicht durch zentrale Steuerung beseitigt werden als rechtlich definierte Institutionen und Verfassungsorgane. Entstaatlichungsprozesse konnten Regionen nicht im Kern treffen, weil sie selbst vorstaatlichen Charakter besaßen und besitzen. Sie können deshalb auch nicht von der zentralen Entscheidungsebene her zureichend erfaßt werden, weshalb gerade für die NS-Diktatur trotz der vorliegenden grundlegenden Forschungen weitere Studien notwendig sind, um zu klären, welche Rolle Regionen und „Regionalismus“ für den Nationalsozialismus und seine Herrschaftsstruktur spielten.

²⁴ Vgl. Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977, S. 327.

²⁵ Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969 (zahlreiche Neuauflagen). Zur nationalsozialistischen „Reichsreform“ vgl. grundlegend Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates in Karl Dietrich Bracher/Gerhard Schulz/Wolfgang Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Bd. 2 Frankfurt/Main/Berlin/Wien 1974, S. 254ff. (Taschenbuchausgabe); Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940, München 1990; sowie grundsätzlich Hans Mommsen, Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 60–101.

I. Die Regionalgeschichte des Nationalsozialismus als historiographisches Problem

Andreas Wirsching

Nationalsozialismus in der Region

Tendenzen der Forschung und methodische Probleme

Rund drei Jahrzehnte intensiver regional- und lokalgeschichtlicher Erforschung des Nationalsozialismus haben unsere Kenntnisse erheblich erweitert, ohne daß man sagen könnte, zum Thema „Nationalsozialismus in der Region“ bestünde so etwas wie ein allgemein akzeptierter Forschungsstand¹. Der in quantitativer Hinsicht wohl auch für den Fachmann kaum mehr zu überblickenden Vielfalt orts- und regionenbezogener Einzelforschung entspricht die Fragmentierung ihrer Ergebnisse sowie eine gewisse Unklarheit darüber, was sie denn eigentlich zum besseren Verständnis des Nationalsozialismus beizutragen vermag. Eine leitende Fragestellung des Symposiums, aus dem dieser Sammelband hervorgegangen ist, galt daher dem Problem, inwieweit regionale Komponenten und Eigenständigkeiten, die in Deutschland stets von hoher Bedeutung gewesen sind, durch Bewegung und Diktatur des Nationalsozialismus zurückgedrängt und verschüttet wurden. Hatte eine solche Zurückdrängung, so wäre weiter zu fragen, eine Radikalisierung des Regimes zur Folge? Wirkten lokale und regionale Traditionen und (Teil-)autonomien auf den Nationalsozialismus im Einzelfall mäßigend und begrenzten sie seinen Totalitätsanspruch? Oder gewann der NS-Staat auch dort an Dynamik, wo er sich zwar nicht über bestehende regionale Eigenständigkeiten hinwegsetzte, diese möglicherweise aber für die eigenen Mobilisierungszwecke instrumentalisierte? Daß auf solche Fragen gegenwärtig nur Teilantworten möglich sind und dabei eine gewisse Unschärfe in Kauf genommen werden muß, mag zum einen in den ganz unterschiedlichen Erkenntnisinteressen und methodischen Zugriffsweisen begründet liegen, mit denen die Regionalgeschichte des Nationalsozialismus

¹ Zur Forschungssituation vgl. Ulrich von Hehl, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Probleme einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 56 (1993), S. 111–129; Kurt Düwell, Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur „Praxis im kleinen Bereich“, in: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 9 (1983), S. 287–344. Düwells Beitrag zeichnet sich durch eine umfangreiche, nach Ländern und Landesteilen geordnete Bibliographie aus, auf die hier ausdrücklich verwiesen sei. Neben wichtigeren älteren Arbeiten stehen im folgenden primär die neuere und neueste Literatur sowie manche Einzelbeiträge dieses Bandes im Mittelpunkt. Ein ausführlicher Literaturbericht bei Johnpeter Horst Grill, Local and Regional Studies on National Socialism. A Review, in: Journal of Contemporary History 21 (1986), S. 253–294. Siehe des weiteren: Horst Kuss, Die Ausbreitung nationalsozialistischer Herrschaft im westlichen Teil des Deutschen Reiches. Ein Bericht über neuere regional- und lokalgeschichtliche Arbeiten, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 121 (1985), S. 539–582. Zum Raum Westfalen vgl. die regelmäßigen Sammelrezensionen über neue regionale und lokale Studien zur NS-Zeit von Bernd Hey, in: Westfälische Forschungen 34 (1984), S. 175–184; 36 (1986), S. 177–183; 38 (1988), S. 309–325; 40 (1990), S. 661–687; 43 (1993), S. 724–746. Siehe jetzt auch die umfangreiche Bibliographie von Michael Ruck, Bibliographie zum Nationalsozialismus, Köln 1995.

erforscht wird. Zum anderen aber offenbart das Thema insofern ein grundsätzliches methodisches und forschungspraktisches Problem, als die in ihm verschränkten historischen Gegenstände gleichsam quer zueinander liegen: Bedarf doch die Erforschung einer Region der langfristigen Perspektive, der „langen Dauer“, innerhalb welcher regionalspezifische Strukturen und Mentalitäten allererst erkannt, verortet und bewertet werden können². Der Nationalsozialismus hingegen konstituiert einen historischen Gegenstand „kurzer Dauer“, eine Periode extremer Beschleunigung, und zu seiner Analyse führen in der Regel andere Interessen als der diachrone, regionalgeschichtliche Zugriff. Die Erforschung der dynamischen Prozesse der NS-Zeit scheint daher zunächst fast notwendig andere Perspektiven und Methoden zu verlangen, als sie in der Landes- und Regionalgeschichte üblich sind.

Dem entspricht es, daß die frühe Forschung über den Nationalsozialismus und das NS-Regime für regionale und lokale Studien nur wenig Interesse zeigte. Vielmehr richtete sich das Erkenntnisinteresse zunächst auf die „großen“ Themen der jüngsten Zeitgeschichte, die damals zweifellos auch den größten Erklärungswert und besondere „Relevanz“ für sich beanspruchen konnten³: Im Mittelpunkt stand die Person Hitlers⁴, der Prozeß der „Machtergreifung“⁵, das Polizei- und Terrorssystem des „SS-Staates“⁶, die Vernichtung der Juden⁷ und last not least der Widerstand⁸. Seit Ende der sechziger Jahre hat sich nun gleichwohl das Interesse an der regionalen und lokalen Dimension des Themas in nachgerade stürmischer Weise entwickelt. Vorstellung und Begriff der „Region“ oszillieren dabei zwischen politisch-administrativen, räumlich-geographischen, sozialökonomisch-strukturellen, sozio-kulturellen und mentalen Kategorien⁹. Gerade weil „Region“ ein solch oszillierender, gleichsam „weicher Begriff“ (Reulecke) ist – was sich im übrigen auch auf dem Symposium immer wieder zeigte –, wird im folgenden auf eine eingehende Definitionsdebatte verzichtet¹⁰. Vielmehr muß der Begriff der Region je nach Ausgangsfrage, Problemstellung und spezifischem Untersuchungsgegenstand immer wieder neu konstituiert wer-

² Dementsprechend konzentrieren sich die Themenbereiche einer strukturalistisch verstandenen Regionalgeschichte überwiegend auf Felder wie die historische Demographie, Agrar- und Industrialisierungsgeschichte, Siedlungsgeschichte sowie der Mentalitätsgeschichte, zeitlich auf das „Alteuropa“ bis zur Schwelle zum Industriezeitalter. Siehe als Beispiel Sidney Pollard (Hg.), *Region und Industrialisierung*. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 42), Göttingen 1980. Vgl. Ernst Hinrichs, *Regionalgeschichte*, in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hg.), *Landesgeschichte heute*, Göttingen 1987, S. 16–34, hier S. 20f. Allgemein zur Entwicklung des Verhältnisses von Zeitgeschichte und Regionalgeschichte vgl. den Literaturüberblick von Hans-Joachim Behr, *Zeitgeschichte in Land und Region*. Anmerkungen und Hinweise, in: *Geschichte im Westen* 4 (1989), S. 181–197 (mit Bibliographie).

³ Vgl. von Hehl, *Nationalsozialismus*, S. 113f.

⁴ Alan Bullock, *Hitler. A Study in Tyranny*, London 1952.

⁵ Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Stuttgart u. Düsseldorf 1955; Ders./Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln u. Opladen 1960.

⁶ Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München 1946.

⁷ Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, London 1961.

⁸ Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung*, Krefeld 1949; Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954.

⁹ Vgl. dazu die Bemerkungen von Horst Möller in diesem Band, oben S. 13f.

¹⁰ Siehe dazu mit weiterführender Literatur Peter Steinbach, *Zur Diskussion über den Begriff der „Region“ – eine Grundsatzfrage der modernen Landesgeschichte*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 31 (1981), S. 185–210.

den. In besonderem Maße gilt dies für ein so überaus komplexes Thema wie die Regional- und Lokalgeschichte des Nationalsozialismus, in dem mannigfache Forschungsinteressen, -perspektiven und -methoden konvergieren. Zur Diskussion des Themas eignet sich daher ein induktives Verfahren, das zeigt, wie sich das Interesse am Begriff der Region überhaupt erst aus den sich verändernden Prioritäten der Forschung entwickelt hat.

Zumindest fünf, zwar weitgehend distinkte, sich im einzelnen freilich immer wieder überlappende Entwicklungsstränge lassen sich aufweisen, die diesen Prozeß in Gang setzten und beförderten.

1. *Die Region als Fallstudie*: Wichtige Impulse zur kleinräumigen Untersuchung des Nationalsozialismus und seines Herrschaftssystems gingen in den sechziger und siebziger Jahren insbesondere von der anglo-amerikanischen Forschung aus. Die Beschreibung der Verhältnisse und Vorgänge „vor Ort“ diente als Fallstudie, deren Repräsentativität zwar nicht unbestritten sein konnte, die aber doch neue Erkenntnisse über Ursachen und Funktionsweise des nationalsozialistischen Aufstiegs versprach. So beobachtete William S. Allen in seiner vielzitierten Modellstudie über das niedersächsische Northeim, daß die Machtergreifung „von unten“ erfolgte und nicht denkbar gewesen wäre ohne die tiefe Verankerung der NSDAP auf lokaler Ebene. Von der Erforschung des „kleinen“ Raums erhoffte sich Allen daher neue Antworten auf die „große“ Frage: wie es nämlich möglich werden konnte, daß eine „zivilisierte Demokratie“ einer „nihilistischen Diktatur“ verfiel¹¹. Allens Studie wirkte auf die weitere Forschung überaus anregend und provozierte neue Fragestellungen. Allen selbst hatte in erster Linie das lokalspezifische „setting“ des Nationalsozialismus, das Milieu, in dem er gedeihen konnte, untersucht. Andere Autoren legten den Schwerpunkt auf Organisation und Propaganda der NSDAP. Jeremy Noakes erforschte in seiner Fallstudie über Niedersachsen eingehend die Art und Weise, wie es der NSDAP gelang, die Tendenzen des Protests an der Basis propagandistisch aufzunehmen, durch eigene Parteiorganisationen zu kanalisieren und schließlich in Wahlerfolge umzusetzen¹². Desgleichen beschrieben Geoffrey Pridham den Weg der NSDAP zur Machtergreifung in Bayern, Rainer Hambrecht in Mittel- und Oberfranken¹³. In seiner umfassenden Arbeit über die NS-Bewegung in Baden verknüpfte schließlich Johnpeter Horst Grill die Erforschung der inneren, regionalen Parteiorganisation mit der Untersuchung des Verhältnisses von Partei und Staatsverwaltung und der ideologisch gelenkten Gesellschaftspolitik nach 1933¹⁴. Der Begriff der Region, den diese und andere vergleichbare Studien¹⁵ zugrunde leg-

¹¹ William Sheridan Allen, *The Nazi Seizure of Power. The Experience of a Single German Town 1930–1935*, Chicago 1965, S. ix. (dt. u. d. T. „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935, 1966).

¹² Jeremy Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933*, Oxford 1971.

¹³ Geoffrey Pridham, *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923–1933*, London 1973; Rainer Hambrecht, *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933)*, Nürnberg 1976.

¹⁴ Johnpeter Horst Grill, *The Nazi Movement in Baden, 1920–1945*, Chapel Hill/N. C. 1983.

¹⁵ Siehe u. a. Eberhart Schön, *Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen*, Meisenheim am Glan 1972; Winfried Böhnke, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 106), Bonn-Bad Godesberg 1974; Thomas Schnabel (Hg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933* (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6), Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982; Peter Heinacher, *Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933)*, 2 Bde., Flensburg 1986; Volker Franke, *Der Aufstieg der NSDAP in*

ten, definierte sich räumlich-geographisch und politisch-administrativ, indem eine zumeist auch aktenmäßig erfassbare geschlossene kommunale bzw. territoriale Einheit zur Fallstudie erhoben wurde. Aus diesen Arbeiten ist eine Vielzahl neuer Erkenntnisse über die sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen des Aufstiegs der NSDAP in der Endphase der Weimarer Republik und über die Machtergreifung hervorgegangen. So haben lokale und regionale Fallstudien gezeigt, daß die NSDAP ihren Erfolg der Unterwanderung bestehender Organisationen und z. T. auch dem Bündnis mit lokalen Honoratioren verdankte. Nach der Machtergreifung profitierten die Nationalsozialisten von der aktiven Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden und der Duldung durch die Kirchen. Konkrete Einzelheiten solcher Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur lassen sich tatsächlich nur im „kleinen Raum“ erforschen. Und in jedem Fall behält das Motiv, mittels einer regionalen oder lokalen Fallstudie zur Beantwortung solcher übergreifender Fragen beizutragen, seine bleibende Berechtigung. Bis heute ist dies für viele „mikroanalytischen“ Arbeiten ein entscheidender Impuls. In diesem Band unternimmt es *Jeremy Noakes*, die vorliegenden Fallstudien zur Geschichte des Nationalsozialismus in Klein- und Mittelstädten zu inventarisieren und nach systematischen Fragestellungen auszuwerten. Bei allen Gemeinsamkeiten im Grundsätzlichen war doch in diesen Städten die Machtergreifung durch eine ganze Reihe von Unterschieden gekennzeichnet. Z. B. besteht keineswegs eine einheitliche Antwort auf die schon von Allen gestellte Frage, ob es sich bei der Machteroberung durch die lokalen Nazis eher um „von oben“, etwa durch die Gauleitung gesteuerte Prozesse handelte oder um relativ autonome, von der „Basis“ ausgehende Bewegungen. Auch war das Maß an Terror und Gewalt, das die Nationalsozialisten einsetzten, sehr unterschiedlich; in der Regel hing es vom Grad des Widerstandes ab, den z. B. ein relativ geschlossenes lokales Milieu zu leisten imstande war. Vor allem aber war die Machtübernahme durch taktische Flexibilität charakterisiert, deren Ziel es war, die totale Macht unter möglichst geringer Störung des regulären Gemeindelebens zu erlangen. Nicht zufällig verringerte sich die Chance der Bürgermeister, auch über die Machtergreifung hinaus im Amt zu bleiben, mit der Größe der Stadt. Je kleiner hingegen der in Frage stehende Ort war, desto mehr suchten die lokalen Nationalsozialisten, allzu große Disruptionen zu vermeiden und auf personelle Kontinuität zu setzen.

2. *Region und „totaler Staat“*: Ein weiterer wichtiger Entwicklungsstrang für die Untersuchung kleinerer geographischer Einheiten entstammte der allmählichen Abkehr von der Totalitarismustheorie¹⁶. Während der unmittelbaren Nachkriegszeit herrschte überwiegend noch der Eindruck vor, den das Regime selbst durch die Propaganda seiner Allmacht erzeugt hatte: der Eindruck eines totalen Führerstaates, dessen Herrschaft einheitlich-hierarchisch, von oben nach unten durchgeformt war und in den letzten Winkel der Gesellschaft reichte. Zwar fehlte es schon in den fünfziger Jahren nicht an Stimmen, die nach-

Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987; Gerhard Paul, Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987; Uwe Rennspieß, Aufstieg des Nationalsozialismus. Eine vergleichende Lokalstudie der Bergbaustädte Ahlen und Kamen i. W., Essen 1993. Einen Überblick über die regional- und ortsgeschichtliche Literatur unter dem Aspekt des Antisemitismus in der nationalsozialistischen Propaganda 1929–1933 vermittelt Oded Heilbronner, *The Role of Nazi Antisemitism in the Nazi Party's Activity and Propaganda. A Regional Historiographical Study*, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* 35 (1990), S. 397–439.

¹⁶ Vgl. Düwell, *Regionale Geschichte*, S. 287f.

drücklich auf die „Risse im Monolith“ hinwies¹⁷, und bereits früh wurde mit Blick auf das Herrschaftssystem des NS-Staates der Begriff der „Polykratie“ verwendet¹⁸. Doch mehrten sich seit den sechziger Jahren Forschungen, die unterstrichen, daß die nationalsozialistische Herrschaft keineswegs so durchorganisiert geschlossen funktionierte, wie es die strukturanalytisch verfahrenende Totalitarismustheorie z.T. suggeriert hatte¹⁹. Aus den Arbeiten, die dieses Bild auf der Reichsebene relativierten und das teilweise chaotische, „polykratische“ Nebeneinander konkurrierender Kompetenzen zum Ausgangspunkt einer neuen Deutung des NS-Regimes machten, entstand eine intensive Debatte über die innere Herrschaftsstruktur des NS-Regimes und die Rolle Hitlers in ihm²⁰. Zugleich aber forderte das Problem zur intensiveren Erforschung der NS-Herrschaft im lokalen und regionalen Kontext auf. Zum Teil unter expliziter Absetzung von totalitarismustheoretischen Ansätzen untersuchten etwa Horst Matzerath die Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung im Nationalsozialismus²¹, Karl Tepe die Provinzialverwaltung im Dritten Reich am Beispiel Westfalens²² und Jochen Klenner das Verhältnis von Partei und Staat in Bayern²³. Eine neue Synthese gelang in jüngerer Zeit Dieter Rebentisch. Auf breiter Quellengrundlage beruhend und ausgewogen in der Beurteilung, schilderte er die Verwaltungsstruktur des Dritten Reiches während der Kriegszeit mit ihrer spezifischen Dialektik zwischen den zentralisierenden Tendenzen des „Führerstaats“ und den partikularen Kräften der Mittelinstanzen und der Ressortpolykratie²⁴. Einen Eindruck von dieser Dialektik vermittelt *Michael Ruck* in seinem Beitrag für den vorliegenden Band. Er zeigt, daß von einer

¹⁷ Karl. W. Deutsch, Risse im Monolith: Möglichkeiten und Arten der Desintegration in totalitären Staaten (1953), in: Bruno Seidel u. Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismus-Forschung (Wege der Forschung 140), Darmstadt 1974, S. 197–227.

¹⁸ Gerhard Schulz, Der Begriff des Totalitarismus und des Nationalsozialismus (1961), in: Seidel u. Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, S. 438–465, hier S. 444. Demgegenüber ist die Behauptung, die ältere Literatur sei grundsätzlich von einer monolithischen Geschlossenheit des NS-Regimes ausgegangen, nicht zutreffend. Vgl. dazu mit weiterer Literatur Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945 (Frankfurter Historische Abhandlungen 29), Stuttgart 1989, S. 15f.

¹⁹ Siehe v. a. Carl J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957.

²⁰ Siehe insbesondere: Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969; Hans Mommsen, Art.: Nationalsozialismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. IV, Freiburg 1971, S. 695–713; Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945 (Münchener Studien zur Politik 9), München 1969. Auf die in der Folgezeit geführte Debatte zwischen „Intentionalisten“ und „Funktionalisten“ braucht hier nicht im einzelnen eingegangen zu werden. Vgl. zur Diskussion den Sammelband von Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 8), Stuttgart 1981; Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich (Oldenbourg Grundriß der Geschichte), 4. Aufl., München 1991, S. 178ff.; Enrico Syring, Intentionalisten versus Strukturalisten. Von einem noch immer ausstehenden Dialog, in: Uwe Backes u. a. (Hg.), Die Schatten der Vergangenheit, Frankfurt/Main 1990, S. 169–194.

²¹ Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften 29), Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970, u. a. S. 10f.

²² Karl Tepe, Provinz – Partei – Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich untersucht am Beispiel Westfalens (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen 38), Münster 1977.

²³ Jochen Klenner, Verhältnis von Partei und Staat 1933–1945. Dargestellt am Beispiel Bayerns, München 1974, u. a. S. 8.

²⁴ Rebentisch, Führerstaat.

monokratischen „Territorialherrschaft“ etwa der Gauleiter bis Ende der dreißiger Jahre nicht die Rede sein konnte. Im Konfliktfall, zumal in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, obsiegten in der Regel die Zentralbehörden. Erst gegen Ende des Zweiten Weltkrieges begannen sich die Handlungsspielräume der Gauleiter so zu vergrößern, daß sich auch in der Verfassungsrealität z. T. Zustände entwickelten, die dem Bewußtsein mancher Gauleiter von ihrer „gauterritorialen Quasisouveränität“ (Teppe) entsprachen. Insgesamt freilich dürften die Gauleiter aufgrund ihrer unbedingten und existenznotwendigen „Führerloyalität“ eher zur Dynamisierung des Regimes auf regionaler Ebene beigetragen haben. Anders verhielt es sich auf der Ebene der Länderverwaltungen. Insbesondere im südwestdeutschen Raum, den Ruck eingehend untersucht hat, gelang es den bodenständigen Verwaltungseliten zumindest teilweise, mitunter auch in Zusammenarbeit mit regionalen NS-Größen, den zentralisierenden Einfluß des Regimes zurückzudrängen. Im besonderen galt dies für die Personalpolitik. So wurde in Baden und Württemberg das Eindringen genuin nationalsozialistischer Außenseiter in die Ministerialbürokratie verhindert und deren regional geprägter, korporativer Charakter über das Kriegsende hinaus im wesentlichen bewahrt.

Auf dem Gebiet der Kulturpflege untersucht *Volker Dahm* das Widerspiel zwischen Zentralismus und manchen teilautonomen Bereichen auf regionaler und lokaler Ebene. Auf der einen Seite waren demzufolge die kulturpolitischen Zentralisierungsbemühungen des NS-Staates – vor allem unter Goebbels – unverkennbar, wobei deren Effizienz freilich durch die typischen „polykratischen“ Kompetenzkonflikte gemindert wurde. Auf der anderen Seite hätten aber, so das Ergebnis Dahms, zahlreiche völkische Ideologieelemente der nationalsozialistischen Weltanschauung gestanden, die auf die kulturelle Eigenständigkeit des kleinen Raums verwiesen: Blut und Boden, Landschaft und Heimat, Volkstum und Stamm seien ideologische Schlüsselbegriffe, die nach partikularen kulturellen Aktivitäten geradezu verlangten. In der Praxis sei die kulturpolitische Zentralgewalt daher nur von begrenzter Reichweite gewesen und habe – freilich bei grundsätzlicher Durchsetzung nationalsozialistischer Maximen – den Gauen und Kommunen nicht unerhebliche Spielräume gelassen, etwa bei Theatern, Büchereien, Kulturpreisen u. a. Weitere Forschungen werden freilich erweisen müssen, wie weit solche Spielräume „vor Ort“ im Einzelfall tatsächlich reichten²⁵ und welche Rolle sie für das Regime im ganzen spielten. Vermochte etwa eine partiell fortbestehende kulturpolitische Autonomie den Totalitätsanspruch des Systems wirksam zu begrenzen? Oder konnte sie auch, etwa im Sinne des „vorausweisenden Gehorsams“ lokaler Amtsträger, zu seiner weiteren Dynamisierung und Stabilisierung beitragen?

Ein weiteres, für die innere Geschichte und Herrschaftsstruktur des Dritten Reiches bedeutsames, zugleich aber auf die Regionalgeschichte verweisendes Thema, stellen die Gauleiter dar. Sieht man von der grundlegenden Studie Peter Hüttenbergers sowie vereinzelt biographischen Arbeiten ab²⁶, so sind die Gauleiter bislang eher ein Stiefkind der Forschung gewesen. Als „Vizekönige“ Hitlers verbanden sie den absoluten Anspruch der Partei mit der

²⁵ Vgl. etwa die diesbezüglich erheblich skeptischere Einschätzung von Noakes, unten S. 249. Eine wichtige Fallstudie über die Kulturpolitik in der Provinz stammt von Karl Ditt, *Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945*, Münster 1988. Ditt kommt zu dem Ergebnis, daß sich im NS-Staat zwar einerseits eine Politisierung des Provinzialverbandes durch Anpassung vollzog, sich faktisch aber im Bereich der Kulturpolitik nur wenig änderte, „da die Aufgaben, das Personal und das regionalistische Selbstverständnis unverändert blieben“. Ebd., S. 383.

²⁶ Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19), Stuttgart 1969. Für weitere Literaturhinweise siehe unten den Beitrag von Walter Ziegler.

konkreten Etablierung ihrer persönlichen Machtposition. Zwar legten sie bei der Durchsetzung ihres eigenen kleinen „Führerstaates“ zumeist die für das System charakteristische Brutalität und Rücksichtslosigkeit an den Tag. Zugleich aber mußten sie sich dem regionalen Profil ihres Gaues und seiner spezifischen Interessenstruktur anpassen²⁷. Und wenn tatsächlich, wie Reichsinnenminister Frick 1939 betonte, „die Gauselbstverwaltung das Mittel zur Durchführung eigener landschaftsgebundener Gemeinschaftsaufgaben“ war²⁸, dann stellt sich der Forschung um so nachdrücklicher die Frage nach der spezifischen Funktion der Gauleiter am Schnittpunkt zwischen totalitärer Zentralgewalt und regionaler Partikularität. Unter der leitenden Fragestellung „Gau und Region“ widmet denn auch *Walter Ziegler* den Gauleitern einen eigenen Beitrag. Ausgehend von der Beobachtung, daß die Gaue den historisch gewachsenen Landschaften in der Regel besser entsprachen als die mediatisierten Länder, erkennt Ziegler in den Gauen „konstitutive Regionen“. Als solche bildeten sie den räumlich-kulturellen Rahmen für jene über die Parteitätigkeit im engeren Sinne hinausgehenden Aktivitäten, die die Gauleiter häufig als „inneren Aufbau“ verstanden und aus der sie die hauptsächliche Identifikation mit „ihrem“ Gau schöpften. Eine illustrative Fallstudie hierzu liefert *Heinz-Jürgen Priamus* mit seinem Beitrag über die Tätigkeit des Gauleiters von Westfalen Nord, Alfred Meyer. Besonders deutlich wird hier, wie der Appell an die kulturelle Identität der drei in sich relativ homogenen Regionen, die Meyers Gau umfaßte, zur parteipolitischen Mobilisierung und zur Systemstabilisierung funktionalisiert wurde.

Einblick in die Binnenstruktur der Gauverwaltung erlaubt schließlich die Studie von *Kurt Düwell* über „Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates“. Im Schnittpunkt zwischen Gauleitung und staatlicher Verwaltung liegend, bilden die Kreisleiter einen Untersuchungsgegenstand, der in besonderem Maße geeignet ist, zentralistische und regionale Aspekte der NS-Herrschaft zu analysieren. So kann Düwell zeigen, daß eine monolithische Geschlossenheit innerhalb des „Gaubetriebes“ keineswegs die Regel war und daß sich der Gauleiter nicht selten gegen persönlich und lokalpolitisch motivierte Widerstände der Gauverwaltungsorgane sowie der Kreisleiter durchzusetzen hatte²⁹.

3. *Widerstand in der Region*: Die ersten regionalen und lokalen Studien zum (Arbeiter-) Widerstand entstanden in der DDR. Bei allem z. T. vorhandenem Materialreichtum blieb ihr Wert allerdings durch ihr unverkennbares Interesse begrenzt, den kommunistischen Widerstand zur politischen Legitimation des SED-Regimes zu instrumentalisieren³⁰.

²⁷ Siehe die in dieser Hinsicht instruktive Fallstudie von Frank Bajohr, Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 267–295.

²⁸ Reichsminister Frick über Selbstverwaltung und Kunstpflege, in: Die Kulturverwaltung 6 (1942), S. 15f., zit. nach Volker Dahm, Nationale Einheit und partikuläre Vielfalt. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 221–266, hier S. 226. Vgl. auch unten den Beitrag von Dahm in diesem Band, S. 128.

²⁹ Zu den Kreisleitern siehe auch Barbara Fait, Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke u. Hans Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), München 1988, S. 213–299.

³⁰ Vgl. hierzu kritisch Günter Plum, Widerstand und Antifaschismus in der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961), S. 50–65. Siehe des weiteren die durch eigene Forschungserfahrungen illustrierte Bilanz von Werner Bramke, Widerstandsforschung in der Regionalgeschichtsschreibung der DDR. Eine kritische Bilanz, in: Klaus Schönhoven u. Dietrich Staritz (Hg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1993, S. 451–466. Allgemein zu regionalgeschichtlichen Arbeiten in der

Dagegen konzentrierte sich die frühe Widerstandsforschung im Westen – analog zur damaligen Zeitgeschichtsschreibung über den Nationalsozialismus insgesamt – zunächst auf die „großen“ Ereignisse des kirchlichen und militärischen Widerstandes, insbesondere auf die Geschichte des 20. Juli 1944. Im Kontext des breiteren gesellschaftlichen und kulturellen Umbruchs sowie z. T. auch als Folge der Renaissance (neo-)marxistischer Positionen im Westen, schließlich parallel zu der erwähnten Infragestellung totalitarismustheoretischer Ansätze, erfolgte seit Ende der sechziger Jahre eine allmähliche Erweiterung der für die Widerstandsforschung konstitutiven Gegenstandsbereiche. Das Interesse am Arbeitswiderstand verwies dabei nachdrücklich auf den regional- bzw. lokalgeschichtlichen Zugriff. Maßgebend war die Überlegung, „daß man von ‚unten‘, zum Beispiel der Wirklichkeit einer Stadt her ansetzen muß, um Wesen und Probleme des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus zu erfassen und anschaulich zu machen“³¹. Aus solchen Erwägungen heraus nahm etwa die Friedrich-Ebert-Stiftung die Geschichte des Widerstandes in den Städten Dortmund, Duisburg und Essen in ihr Forschungsprogramm auf. Die aus diesem Projekt hervorgegangenen monographischen Studien³² trugen maßgeblich dazu bei, das Paradigma „Widerstand und Verfolgung“ in der regionalgeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus zu etablieren. Überdies traf die Umsetzung dieses Forschungsparadigmas im kleinen Raum bei kommunalen Entscheidungsträgern und Interessenverbänden auf ein hohes, bis heute ungebrochenes Interesse. Davon zeugt u. a. die Vielzahl der Ausstellungsprojekte und Dokumentationen, die unter das entsprechende Motto gestellt wurden³³.

DDR vgl. den Literaturbericht von Peter Sonnet, *Heimat und Sozialismus. Zur Regionalgeschichtsschreibung in der DDR*, in: *Historische Zeitschrift* 235 (1982), S. 121–135.

³¹ Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), Hannover 1969, S. 13.

³² Neben der Arbeit von Klotzbach (wie vorige Anm.): Hans-Josef Steinberg, *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), Hannover 1969; Kuno Bludau, *Gestapo-geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 98), Bonn-Bad Godesberg 1973. Als weitere frühe Forschungen zur regionalen Widerstandsgeschichte sind zu nennen: Heike Bretschneider, *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933 bis 1945*, München 1968; Hans-Robert Buck, *Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945*, München 1969; Helmut Beer, *Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933–1945* (Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg 20), Nürnberg 1976.

³³ Siehe z. B. die Ausstellungskataloge: *Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln*, Köln 1974; *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Ständige Ausstellung und Dokumentation im Auftrage des Rates der Stadt Dortmund* erstellt vom Stadtarchiv, Dortmund 1981; *Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933–1945*, Düsseldorf 1990; *Widerstand und Verfolgung in Essen. Dokumentation zur gleichnamigen Ausstellung*, Essen 1981. Einen besonderen Stellenwert nehmen ferner die zahlreichen lokalgeschichtlichen Veröffentlichungen aus dem Umkreis des VVN ein, die im Röderberg-Verlag, Frankfurt publiziert wurden. Siehe z. B. Ursel Hochmuth u. Gertrud Meyer, *Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945*, Frankfurt/Main 1969; Barbara Mausbach-Bromberger, *Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933–1945*, Frankfurt/Main 1976; Gerda Zorn, *Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946*, Frankfurt/Main 1977; siehe auch *Tatort Duisburg 1933–1945. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus*, hrsg. v. Rudolf Tappe u. Manfred Tietz für die Geschichtskommission der VVN – Bund der Antifaschisten/Kreis Duisburg, 2 Bde. Essen 1989 u. 1993. Trotz ihrer politisch zumeist einseitigen Sichtweise sind diese Arbeiten aufgrund ihres Materialreichtums für die Geschichte des lokalen Widerstandes unentbehrlich.

Seitdem hat sich der Arbeiterwiderstand als fester Bestandteil der regionalen und lokalen Widerstandshistorie etabliert³⁴. Zugleich aber konnte das Paradigma „Widerstand und Verfolgung“ gerade für die Regional- und Lokalgeschichte des Nationalsozialismus auf die Dauer nicht befriedigen, suggerierte es doch eine in der historischen Wirklichkeit des kleinen Raums nur ausnahmsweise vorfindbare Bipolarität³⁵. Daß darüber hinaus vor allem die breiten Grauzonen des alltäglichen Verhaltens zwischen Anpassung und „Resistenz“ untersucht werden müßten, bildete denn auch einen Leitgedanken des großangelegten Forschungsprojekts „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945“, das 1973 vom Institut für Zeitgeschichte in Zusammenarbeit mit den Staatlichen Archiven Bayerns in Angriff genommen wurde. Der regionalgeschichtliche Ansatz sollte die sozialen und kulturellen Strukturbedingungen der NS-Herrschaft und ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz exemplarisch offenlegen; die intensive Nutzung lokaler und regionaler Quellen erlaubte gleichsam eine „regionale Soziographie der Wirkungsgeschichte des NS-Regimes“ und damit einen Baustein zur nach wie vor ausstehenden Geschichte der deutschen Gesellschaft im Nationalsozialismus³⁶. Über das „Bayern-Projekt“ führte der Weg von der Erforschung des Widerstandes im engeren Sinne zur Analyse seines sozialgeschichtlichen Umfeldes und damit zur Strukturgeschichte des kleinen Raumes³⁷. Ein solcherart erweitertes Verständnis von der Geschichte des Widerstandes, die nun immer häufiger auch alltagsgeschichtliche Faktoren sowie Methoden der „oral history“ berücksichtigte³⁸, prägt die meisten der neueren regionalen und lokalen Widerstandsstudien in der einen oder anderen Weise³⁹. Insbesondere liegt es auch dem seit Mitte der achtziger Jahre bearbeiteten For-

³⁴ Siehe insbesondere Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980; vgl. Detlev Peukert, *Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945*, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), *Nationalsozialistische Diktatur. Eine Bilanz*, Düsseldorf 1983, S. 633–654.

³⁵ Vgl. dazu die – allerdings sehr summarischen – Bemerkungen von Michael Zimmermann, „Widerstand und Verfolgung“. Zu den Möglichkeiten der Entwicklung und Grenzen eines Untersuchungsansatzes für die Regionalforschung, in: Frank Bajohr (Hg.), *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 100–108.

³⁶ *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde., hrsg. v. Martin Broszat u. a., München u. Wien 1977–1983. Das Zitat aus dem Vorwort von Martin Broszat in Bd. I, S. 12. Zum Begriff der Resistenz: Ders., *Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. IV, S. 691–709.

³⁷ Siehe etwa Gerhard Hetzer, *Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. III, München u. Wien 1981, S. 1–233; Klaus Tenfelde, *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. IV, München u. Wien 1981, S. 1–382; Zdenek Zofka, *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936*, München 1979; Ludwig Eiber, *Arbeiter unter der NS-Herrschaft. Textil- und Porzellanarbeiter im nordöstlichen Oberfranken 1933–1939*, München 1979; Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945*, Oxford 1983. Aus dem „Bayern-Projekt“ ist ebenfalls hervorgegangen die Studie von Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern (Studien zur Zeitgeschichte 17)*, Stuttgart 1980.

³⁸ Zur Verwendung von „oral history“-Methoden siehe insbesondere die aus dem Projekt „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960“ hervorgegangenen Bände von Lutz Niethammer (Hg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin u. Bonn 1983; sowie Ders. (Hg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schief gegangen ist“. *Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin u. Bonn 1983.

³⁹ Beispiele: Inge Marßolek u. René Ott, *Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung*, Bremen 1986; Barbara Dorn u. Michael Zimmermann, *Bewährungsprobe. Herne und Wanne-Eickel 1933–45. Alltag, Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus*, Bochum 1987;

schungsprojekt „Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945“ zugrunde, von dessen Ergebnissen mittlerweile zwei Bände vorliegen⁴⁰. In methodischer Anlehnung an das „Bayern-Projekt“ des Instituts für Zeitgeschichte – bzw. in „fruchtbarer Reibung“ mit ihm – geht es den Autoren darum, die abstrakte Bipolarität von „Herrschaft“ und „Widerstand“ zu überwinden und die „Gemengelage aus Mitmachen, Adaption, Umbiegen, Sichnutzbar-Machen, Eigen-Sinn und Widerstehen“ herauszuarbeiten⁴¹. Insgesamt bewerten Mallmann und Paul das Verhalten der Bevölkerung kritischer als das „Bayern-Projekt“, lehnen daher den Begriff der „Resistenz“ ab und plädieren statt dessen für „loyale Widerwilligkeit“⁴².

4. *Die Region zwischen „Strukturgeschichte“ und „Erfahrungsgeschichte“*: Die hier nur skizzenhaft dargestellten Entwicklungslinien in der Widerstandshistoriographie koinzierten mit analogen Trends in der Landes- und Regionalgeschichte. Ohne daß dies hier im einzelnen ausgeführt werden könnte, sei doch auf einige solcher Trends verwiesen, die keineswegs zufällig eine spezifische Parallelität zur Entwicklung in der Regionalgeschichtsschreibung des Nationalsozialismus aufweisen. Für die klassische Landesgeschichte selbst bildeten die Zeitgeschichte und damit auch der Nationalsozialismus zumindest bis in die jüngere Zeit keinen wirklich eigenständigen Untersuchungszeitraum⁴³. Vielmehr blieb sie überwiegend auf ihre traditionellen Arbeitsfelder konzentriert wie etwa die Edition mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Quellen, die historische Topographie, die Siedlungs- und Verfassungsgeschichte⁴⁴. Ebenso wenig gehörte der Begriff der „Region“ zum Kanon der klassischen Landesgeschichte, insofern sie sich ja herkömmlicherweise an den politisch-administrativen Einheiten orientierte⁴⁵. Wenn also die regionalgeschichtliche Erforschung des Nationalsozialismus „nicht aus

Annette Zehnter, *Widerstand und Verfolgung in Bochum und Wattenscheid 1933–1945*, Essen 1992, sowie die Sammelbände von Erich Matthias u. Hermann Weber (Hg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim*, Mannheim 1984; Anselm Faust (Hg.), *Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945* (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalen 7), Köln 1992; Hans-Dieter Schmid (Hg.), *Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945*, Leipzig 1994; *Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken*, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg durch Thomas Schnabel, Ulm 1994.

⁴⁰ *Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945*, hrsg. v. Hans-Walter Herrmann, Bd. I: Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul, *Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler*, Bonn 1989 (Sammlung von ca. 50 Einzelbiographien saarländischer Widerstandskämpfer); Bd. II: Dies., *Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich*, Bonn 1991.

⁴¹ Ebd., S. 13.

⁴² Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul, *Resistenz oder loyale Widerwilligkeit. Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 41 (1993), S. 99–116.

⁴³ Für eine moderne „Landeszeitgeschichte“ plädiert Heinrich Küppers, *Zum Begriff der Landeszeitgeschichte*, in: *Geschichte im Westen* 7 (1992), S. 23–27. Zur – dem Forschungsstand häufig nicht mehr entsprechenden – Behandlung der NS-Zeit in landesgeschichtlichen Handbüchern vgl. Ulrich von Hehl, *Die nationalsozialistische Zeit in Handbüchern der Landesgeschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 127 (1991), S. 91–114, hier v. a. S. 97ff.

⁴⁴ Siehe den repräsentativen Forschungsüberblick von Hans Patze, *Landesgeschichte*, in: *Jahrbuch für Historische Forschung* 1980, S. 15–40 u. 1981, S. 11–33. Vgl. auch die Einleitung von Pankraz Fried, in: Ders. (Hg.), *Probleme und Methoden der Landesgeschichte (Wege der Forschung 492)*, Darmstadt 1978, S. 1–12.

⁴⁵ Vgl. Karl Bosl, *Der deutsche, europäische und globale Sinn einer modernen Regionalgeschichte*, in: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 36 (1977), S. 1–18, hier S. 3f.

der Landesgeschichte heraus motiviert“ war⁴⁶, so gilt ähnliches auch für die sich seit Mitte der sechziger Jahre etablierenden „neuen“ (west-)deutschen Sozialgeschichte. Diese wandte sich bekanntlich in programmatischer Weise von früheren Formen einer eher staatsbezogenen Geschichtsschreibung ab und stellte die Untersuchung sozialökonomischer Strukturen sowie die Paradigmen Herrschaft, soziale Ungleichheit und Modernisierung in den Mittelpunkt. Damit benannte die „Historische Sozialwissenschaft“ der siebziger und achtziger Jahre⁴⁷ nicht wenige Themenbereiche und Hypothesen, die zur empirischen Erforschung und Überprüfung „am Ort“ nachgerade herausforderten. Von der „Historischen Sozialwissenschaft“ führte so ein mehr oder minder direkter Weg zu einer modernen, sich als Struktur- und Sozialgeschichte verstehenden und sich von der traditionellen Landesgeschichte absetzenden Regionalgeschichte, wobei Einflüsse aus der anglo-amerikanischen Geschichtswissenschaft sowie z.T. auch aus der französischen „Annales“-Schule unverkennbar sind⁴⁸. Inwieweit freilich die methodische Gegenüberstellung solcher Regionalgeschichte und der traditionellen Landesgeschichte forschungsgeschichtlich zutrifft, ist durchaus umstritten⁴⁹. Jedenfalls erscheint der methodische Anspruch, Regionalgeschichte könne gleichsam als „die auf den kleinen Raum übertragene Anwendung der Historischen Sozialwissenschaft“ gelten⁵⁰ als zu exklusiv. Denn auch die „Historische Sozialwissenschaft“ stellte primär „große“ Fragen an die deutsche Geschichte. Im Mittelpunkt ihres Themenkanons standen zunächst Probleme wie die soziale Funktion vorindustriell-„spätfeudaler“ Traditionen, die Interessenpolitik der Verbände im Kontext der forcierten Industrialisierung, die obrigkeitstaatliche Herrschaftsstruktur des Kaiserreiches und die Bedingungen politisch-sozialer „Modernisie-

⁴⁶ Von Hehl, Nationalsozialismus, S. 116. Freilich darf darüber nicht die Vielzahl der einschlägigen Dissertationen und sonstigen Einzelarbeiten übersehen werden, die in jüngerer Zeit an den Universitätsinstituten für Landesgeschichte angeregt und erarbeitet wurden. Sie haben die regionale Erforschung des Nationalsozialismus ganz ohne Zweifel vorangetrieben.

⁴⁷ Paradigmatisch, Hans-Ulrich Wehler, *Geschichte als Historische Sozialwissenschaft*, Frankfurt/M. 1973; Ders., *Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung. Studien zu Aufgaben und Traditionen deutscher Geschichtswissenschaft*, Göttingen 1980; Jürgen Kocka, *Sozialgeschichte – Strukturgeschichte – Gesellschaftsgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 15 (1975), S. 1–42.

⁴⁸ Zur Rezeption der „Historischen Sozialwissenschaft“ durch die Vertreter einer „modernen“ Regionalgeschichte, die sich von der älteren Landesgeschichte explizit abzuheben sucht, siehe v.a. Wolfgang Köllmann, *Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 15 (1975), S. 43–50; Ernst Hinrichs, *Regionale Sozialgeschichte als Methode der modernen Geschichtswissenschaft*, in: Ders. u. Wilhelm Norden, *Regionalgeschichte. Probleme und Beispiele*, mit einem Beitrag von Brigitte Menssen und Anna-Margarete Taube (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 34, Bd. 6), Hildesheim 1980, S. 1–20; Ders., *Regionalgeschichte*.

⁴⁹ Siehe insbesondere, unter Verweis auf das methodische Innovationspotential einer an Lamprechts Kulturbegriff anknüpfenden Landesgeschichte und mit weiterführender Literatur, Luise Schorn-Schütte, *Territorialgeschichte – Provinzialgeschichte – Landesgeschichte – Regionalgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung*, in: *Civitas Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. Festschrift für Heinz Stoob zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. Helmut Jäger u.a., Teil 1, Köln u. Wien 1984, S. 390–416, hier S. 392f. u. passim. Welchen Sinn im übrigen eine methodologische Polarisierung zwischen traditioneller Landesgeschichte und „moderner“ Regionalgeschichte überhaupt macht, ist fraglich und mag hier dahingestellt bleiben. Vgl. von Hehl, *Nationalsozialistische Zeit*, S. 92f. Vermittelnd die Position von Jürgen Reulecke, *Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte*, in: *Geschichte im Westen* 6 (1991), S. 202–208.

⁵⁰ Hinrichs, *Regionalgeschichte*, S. 19.

rung⁵¹. In der Frage nach dem deutschen „Sonderweg“ und nach möglichen Kontinuitäten vom Kaiserreich zum Dritten Reich bündelten sich diese Forschungsansätze zur Perspektive einer explizit gesellschaftsgeschichtlichen, dem Postulat historisch-politischer Aufklärung verpflichteten Synthese der neuesten deutschen Geschichte. Dementsprechend sah die „strukturalistische“ Regionalgeschichte, die sich an der „Historischen Sozialwissenschaft“ orientierte, ihren Gegenstand weniger in „autonomen Geschichtslandschaften“ als in denjenigen Strukturen und Prozessen, deren Relevanz sich aus „übergreifenden Fragestellungen“ ergab. Ohne einen solchen Bezug drohe die Regionalgeschichte methodisch der „älteren romantisierenden Heimatgeschichtsschreibung verhaftet“ zu bleiben⁵².

Künftige Linien der Auseinandersetzung waren damit vorgezeichnet. Denn die Reaktion auf den tendenziell integrativen Anspruch der „Historischen Sozialwissenschaft“ blieb nicht aus. In der Folgezeit, etwa seit den späten siebziger Jahren, meldeten sich immer eindringlicher solche Stimmen zu Wort, die Sozialgeschichte nicht nur als Herausarbeitung gleichsam „seelenloser“ Strukturen verstanden wissen wollten, in denen die Menschen als Individuen keine Rolle mehr spielten⁵³. Einerseits erhielten – im Kontext basisdemokratischer Mobilisierung und Bürgerinitiativenbewegung sowie als Reflex „postmoderner“ Alternativkultur – sogenannte „Geschichtswerkstätten“ immer größeren Zulauf⁵⁴; andererseits begannen auch professionelle Historiker, eine stärkere Berücksichtigung „subjektiver“, erfahrungsbezogener Faktoren in der sozialgeschichtlichen Forschung einzuklagen, wobei insbesondere auf Methoden der ethnologischen Feldforschung hingewiesen wurde⁵⁵. In den achtziger Jahren mündete dies in eine breite und z. T. überaus kontrovers ge-

⁵¹ Vgl. die Bemerkungen über die der Historischen Sozialwissenschaft eigene „zentristische Sichtweise der Geschichte“ von Hans Medick, „Missionare im Ruderboot“. Ethnologische Erkenntnisweisen als Herausforderung an die Sozialgeschichte (1984), in: Alf Lüdtke (Hg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt/Main u. New York 1989, S. 48–84, hier S. 49.

⁵² Köllmann, *Bedeutung*, S. 49 (Der Begriff der „autonomen Geschichtslandschaften“ geht auf Otto Brunner zurück). Vgl. zuletzt auch Alex Flügel, *Der Ort der Regionalgeschichte in der neuzeitlichen Geschichte*, in: Stefan Brakensiek u. a. (Hg.), *Kultur und Staat in der Provinz. Perspektiven und Erträge der Regionalgeschichte*, Bielefeld 1992, S. 1–28, hier S. 16: Die Regionalgeschichte „hat mit den Untersuchungen auf der Makroebene die Probleme und Ziele und weitgehend auch die Methoden gemein ... Die Probleme, die sie behandelt, sind nicht ihrem eigenen Feld entnommen, sondern entstammen aus den Fragen der politischen oder strukturellen Geschichte.“ Zur Kritik hierzu Detlef Briesen, „Kultur“ oder „Gesellschaft“ als Paradigmen für die Regionalgeschichte? Eine Replik, in: *Westfälische Forschungen* 43 (1993), S. 572–587.

⁵³ So bereits Lawrence Stone, *The Revival of Narrative: Reflections on a New Old History*, in: *Past & Present* Nr 85 (November 1979), S. 1–24, der die Krise der quantifizierenden, strukturalistischen „scientific history“ in Frankreich und im anglo-amerikanischen Raum u. a. als Ende einer Ära bezeichnete, als Ende des Versuchs, eine kohärente wissenschaftliche, gleichsam exakte Erklärung für die Veränderungen in der Vergangenheit beizubringen.

⁵⁴ Vgl. dazu Peter Schöttler, *Die Geschichtswerkstatt e. V. Zu einem Versuch, basisdemokratische Geschichtsinitiativen und -forschungen zu „vernetzen“*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 421–424; bilanzierend: Thomas Lindenberger u. Michael Wildt, *Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 29 (1989), S. 393–411.

⁵⁵ Dazu insbesondere Medick, „Missionare“; Ute Daniel, „Kultur“ und „Gesellschaft“. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 69–99, hier v. a. S. 74ff. Die stärkere Berücksichtigung „subjektiver Momente“ in der nationalsozialistischen Bewegung forderte 1980: Eike Hennig, *Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für „mikroanalytische Studien“ zur Erforschung der NSDAP*, in: *Politische Vierteljahrsschrift* 21 (1980), S. 152–173.

führte Theoriedebatte um die sogenannte „Alltagsgeschichte“. Wurde der „Historischen Sozialwissenschaft“ nicht selten ein zunehmend steriler Begriffs- und Theoriefetischismus vorgehalten, so lautete der Gegenvorwurf Theoriefeindlichkeit, antianalytisches Vorurteil, Ressentiment gegen quantifizierende Methoden, Romantizismus, Neohistorismus⁵⁶. Im Ergebnis führte diese – mittlerweile überwiegend abgeschlossene⁵⁷ – Debatte, wenn nicht zu einem neuen sozialgeschichtlichen Konsens, so doch zu einer Aufwertung jener erfahrungs- und alltagsbezogener „Wärmeströme des subjektiven Faktors“ in der sozialhistorischen Geschichtsbetrachtung. Daß sie mindestens eine notwendige *Ergänzung* zur Analyse der großen Strukturen und zur „kalten Logik modernisierungstheoretischer oder politökonomischer Geschichtskonstruktionen“ sein sollten, wird heute kaum mehr bestritten⁵⁸.

Die Debatte um die „Alltagsgeschichte“ kann also als Teil einer „umfassenden historiographischen Wende“ verstanden werden⁵⁹, in deren Verlauf sich die Sozialgeschichte um neue Wege der theoretischen und analytischen Vermittlung von Individuum und Gesellschaft bemüht. Im Rückgriff auf ältere Vorbilder – von Lamprecht bis Lepsius gleichsam – und Anregungen aus der angelsächsischen, z. T. auch aus der französischen Geschichtswissenschaft aufnehmend, sind den „großen“ sozialökonomischen Strukturen erfahrungsgeschichtlich angereicherte Paradigmen wie „Kultur“, „Mentalität“, „Lebenswelt“ und „Milieu“ zur Seite gestellt worden⁶⁰.

⁵⁶ Paradigmatisch Hans-Ulrich Wehler, Neoromantik und Pseudorealismus in der neuen „Alltagsgeschichte“, in: Die Zeit, 18.9. 1981, wiederabgedr. in: Ders., Preußen ist wieder chic ... Politik und Polemik, Frankfurt/M. 1983, S. 99–106; Jürgen Kocka, Klassen und Kultur? Durchbrüche und Sackgassen in der Arbeitergeschichte, in: Merkur 36 (1982), S. 955–965, hier v. a. S. 956ff.; Klaus Tenfelde, Schwierigkeiten mit dem Alltag, in: Geschichte und Gesellschaft 10 (1984), S. 376–394. Zur Diskussion vgl. v. a. Peter Borscheid, Alltagsgeschichte – Modetorheit oder neues Tor zur Vergangenheit?, in: Wolfgang Schieder u. Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland Bd. III, Göttingen 1987, S. 78–100; Carola Lipp, Writing History as Political Culture. Social History versus „Alltagsgeschichte“. A German Debate, in: Storia della Storiografia, Heft 17, 1990, S. 66–100; Wolfgang Hardtwig, Alltagsgeschichte heute. Eine kritische Bilanz, in: Winfried Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, S. 19–32. Vgl. auch die kritische Diskussion bei Jürgen Kocka, Sozialgeschichte zwischen Strukturgeschichte und Erfahrungsgeschichte, in: Wolfgang Schieder u. Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang Bd. I, Göttingen 1986, S. 67–88.

⁵⁷ Als ein vorläufiger Abschluß kann die Podiumsdiskussion gelten, die auf dem Historikertag in Hannover unter dem Titel „Was kommt nach der Alltagsgeschichte“ veranstaltet wurde und deren Beiträge nunmehr publiziert vorliegen: Schulze (Hg.), Sozialgeschichte.

⁵⁸ Zitate bei Volker Ullrich, Entdeckungsreise in den historischen Alltag. Versuch einer Annäherung an die „neue Geschichtsbewegung“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 36, S. 403–414, hier S. 405. Vgl. zum neuen Konsens auch Gerhard A. Ritter, Die neuere Sozialgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jürgen Kocka (Hg.), Sozialgeschichte im internationalen Überblick. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung, Darmstadt 1989, S. 19–88, hier v. a. S. 20; Briesen, „Kultur“, S. 584f.

⁵⁹ Hardtwig, Alltagsgeschichte, S. 19.

⁶⁰ Siehe dazu insbesondere Daniel, „Kultur“. Vgl. auch die zugespitzten Thesen in: Dies., Quo vadis, Sozialgeschichte? Kleines Plädoyer für eine hermeneutische Wende, in: Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, S. 54–64. Entgegen der Auffassung der Autorin muß jedoch konstatiert werden, daß eine entsprechende „hermeneutische Wende“ schon seit längerem auf breiter Front zu beobachten ist. So steht nicht mehr unbedingt die „Sozialgeschichte“ der Arbeiterschaft im Vordergrund, sondern die Geschichte der „Arbeiterkultur“ (Ähnliches gilt für die Geschichte des „Bürgertums“); weniger der „politischen Sozialgeschichte“ einzelner Sozialgruppen gilt das Interesse als vielmehr der historischen Erforschung der „politischen Kultur“; auch die „Strukturgeschichte“ des Kaiserreiches – einst die Domäne der „Historischen Sozialwissenschaft“ – ist auf dem besten Wege, von einer politischen „Kulturgeschichte“ abgelöst zu werden.

Im Schnittpunkt von Struktur und Erfahrung, von individualisierender Hermeneutik und strukturanalytischem Verfahren, liegt indessen der kleine Raum. Überwiegend im regionalen oder lokalen Bereich eröffnet sich einer hermeneutisch verfahrenen Sozialgeschichte der empirische Zugang zu jenen von ihr bevorzugten Gegenständen, die durch lebensweltliche Erfahrung und durch mentale Deutungsmuster determiniert sind. Im größeren Zusammenhang mit dem erwähnten historiographischen Paradigmenwechsel der späten siebziger und der achtziger Jahre, der z. B. die Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ebenso prägte wie die Diskussion um die „Alltagsgeschichte“, hat sich denn auch eine neuere Form der Regionalgeschichte als „Subdisziplin“ etabliert, die nicht mit der klassischen Landesgeschichte identisch ist. Region wird in diesem Kontext nicht als „objektiv“ vorgegebene, politisch-administrative Einheit verstanden; vielmehr handelt es sich um einen „weichen“ Begriff, der durch die historische Rekonstruktion spezifischer Erfahrungs- und Deutungsmuster allererst zu konstituieren ist. Regionen werden aus dieser Perspektive zu „mental maps“ zu „mental maps“, die ihre Identität aus spezifischen Handlungs- und Kommunikationszusammenhängen gewinnen⁶¹. Anders als dies die Vertreter einer regionalgeschichtlich operierenden „Historischen Sozialwissenschaft“ tun, geht dieses Konzept von einer individuellen Autonomie des zu untersuchenden kleinen Raums aus. „Das Lokale und Regionale war eben nicht nur Widerspiegelung der allgemeinen Prozesse auf der unteren Ebene, die man ‚vor Ort‘ exemplarisch besser greifen konnte, sondern besaß auch eine eigene Qualität, eine Qualität sui generis“⁶².

5. *Region und „Milieu“*: Als gegenwärtig aktuellster Zugang zu einer Geschichte des Nationalsozialismus im kleinen Raum, die „objektive“ Realitäten und Strukturen mit „subjektiv“-lebensweltlichen Erfahrungen vermittelt, kann der Milieuansatz gelten. Im Rückgriff auf die Anregungen, die M. Rainer Lepsius Mitte der sechziger Jahre gab⁶³, wird von einer wachsenden Anzahl zumeist jüngerer Autoren das „sozialmoralische Milieu“ als zentrale Untersuchungskategorie konstituiert. Gegenüber dem Klassenbegriff betonte Lepsius den Vorteil des weiter gesteckten Bezugsrahmens, der dem Milieubegriff innewohne: Vornehmlich mit Blick auf das katholische und sozialdemokratische Milieu des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts stand der Begriff als Bezeichnung „für soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden“⁶⁴. Im Zusammenhang mit dem Aufschwung der politischen Kultur- und historischen Wahlforschung sind Lepsius' Anregungen seit den frühen achtziger Jahren zunächst vor allem von der bundesrepublikanischen Politikwissenschaft stark rezipiert wor-

⁶¹ Reulecke, Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte; vgl. Ders., Stadtgeschichte, Urbanisierungsgeschichte, Regionalgeschichte – einige konzeptionelle Bemerkungen, in: Heinz-Jürgen Priamus u. Ralf Himmelmann (Hg.), Stadt und Region – Region und Stadt. Stadtgeschichte – Urbanisierungsgeschichte – Regionalgeschichte, Bochum 1993, S. 13–26. Siehe ferner die Beiträge von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke sowie von Werner K. Blessing in diesem Band.

⁶² Reulecke, Landesgeschichte, S. 203.

⁶³ M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966), in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 100), Göttingen 1993, S. 25–50, hier v. a. S. 37ff.

⁶⁴ Ebd., S. 38.

den⁶⁵. Und vor dem Hintergrund der erwähnten Theoriedebatte der achtziger Jahre ist es keineswegs überraschend, daß seit einiger Zeit auch die Geschichtswissenschaft den Milieuansatz für ihre Untersuchungen fruchtbar zu machen sucht. Zwar wird dies erkauft durch eine gewisse Unschärfe, die dem Milieubegriff notwendig innewohnt⁶⁶. Doch ist es gerade die – im Vergleich zum Klassen- und Schichtenbegriff – „weichere“, weniger festgelegte und für erfahrungsgeschichtliche Aspekte offenere Aggregatsebene, die den Milieubegriff für neuere regionalgeschichtliche Ansätze so attraktiv macht. Zugespißt formuliert erfüllte der Milieubegriff die gleichsam „subjektivistische Sehnsucht“ einer neuen Generation von Sozial- und Regionalhistorikern der achtziger Jahre. „Neben geographischen, historischen und wirtschaftlichen Forschungsaspekten können mit gleicher Berechtigung sprachliche, volkskundliche und soziologische“ Perspektiven verfolgt werden⁶⁷.

Zweifellos kann der Milieuansatz für die Regional- und Lokalgeschichte des Nationalsozialismus besondere Relevanz beanspruchen⁶⁸. Schon Lepsius formulierte die These, daß die allmähliche, seit 1928/29 forcierte Erosion der Milieus eine entscheidende Voraussetzung für den Aufstieg des Nationalsozialismus bildete. Im besonderen galt dies für das bürgerlich-protestantische Milieu, das parteipolitisch überdies schon seit jeher in Liberale und Konservative gespalten war, während das katholische und sozialistische Milieu bekanntlich größere Kohäsions- und Widerstandskraft entwickelten⁶⁹. Der Geschichtswissenschaft stellen sich in diesem Kontext mehrere Aufgaben. Zum einen gilt es, die tatsächliche „Milieu-realität“ zwischen Konstitution und Zerfall seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu erforschen⁷⁰. Lassen sich Lepsius' Thesen von Stabilität und Erosion durch konkrete empirische Forschung „am Ort“ verifizieren, oder sind abweichende Befunde zu konstatieren? Kon-

⁶⁵ Siehe dazu: Karl Rohe, Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: *Historische Zeitschrift* 234 (1982), S. 337–357, hier v. a. S. 351f.; Ders., Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?, in: Dieter Oberndörfer und Karl Schmitt (Hg.), *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus 28)*, Berlin 1991, S. 17–37; Ders., Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert (Neue Historische Bibliothek), Frankfurt/M. 1992, v. a. S. 19ff. Vgl. auch Heinrich Best, Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur: theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen, in: Ders. (Hg.), *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen 22)*, St. Katharinen 1989, S. 3–18, hier v. a. S. 7f., sowie Eike Hennig, Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: ebd., S. 119–154, hier v. a. S. 120ff.; Ders./Manfred Kieserling/Thomas Schlegel-Batton, Die zeitverschobene Wende zur NSDAP. Zur Auswirkung sozialmoralischer Milieus auf die Wahlergebnisse in drei ländlichen hessischen Kreisen, in: Detlef Lehnert u. Klaus Megerle (Hg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990, S. 293–334.

⁶⁶ Vgl. Adelheid von Saldern, Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland 1930–1933, in: Bajohr (Hg.), *Norddeutschland*, S. 20–52, hier S. 21.

⁶⁷ Arnold Klein, *Katholisches Milieu und Nationalsozialismus. Der Kreis Olpe 1933–1939*, Siegen 1994, S. 32.

⁶⁸ Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die Tagung „Politische Kultur, Soziale Milieus und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Verweigerung und Widerstand im regionalen Vergleich“, die im Februar 1994 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin stattfand. Ein Tagungsband wird von Detlef Schmiechen-Ackermann vorbereitet.

⁶⁹ Lepsius, *Parteiensystem*, S. 36f.

⁷⁰ Vgl. dazu mit weiterführender Literatur den Problemaufriß des Arbeitskreises für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG), Münster, *Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe*, in: *Westfälische Forschungen* 43 (1993), S. 588–654.

kret auf den Nationalsozialismus bezogen heißt dies zum anderen, daß im einzelnen geprüft werden muß, ob die Bewegung sich gleichsam auf den Ruinen zerfallener Milieus durchsetzte oder inwieweit es ihr gelang, noch weitgehend intakte sozio-kulturelle Lebenszusammenhänge für die eigenen Zwecke politisch stillzulegen oder gar zu instrumentalisieren. So hat z. B. Rudy Koshar gezeigt, wie es den Nationalsozialisten in Marburg seit Mitte der zwanziger Jahre gelang, in das bürgerliche Vereinswesen der Stadt einzudringen, ein Prozeß, der sich nach den Septemberwahlen von 1930 beschleunigte. Erkauft wurde dies freilich durch die Zurschaustellung einer eher traditionellen, „apolitischen“ Haltung, was wiederum, so Koshar, die Dynamik von Partei und Regime auf der lokalen Ebene abschwächte⁷¹. Zwar mangelt es insgesamt noch an „systemübergreifenden“ Studien, die die Milieuentwicklung über die Brüche der politischen Entwicklung hinaus in eine langfristige Perspektive stellen. Erste interessante Forschungsergebnisse liegen jedoch bereits vor. Für den Fall Aurichs und Emdens hat eine kürzlich erschienene Untersuchung gezeigt, daß die Brüche zwischen der Spätphase der Weimarer und der Anfangsphase der bundesrepublikanischen Zeit in allererster Linie den politischen Bereich betrafen; in die Milieustrukturen selbst – wie sie sich in Vereinen, Verbänden und Kirchengemeinden manifestierten – drang der totalitäre Anspruch des Nationalsozialismus dagegen nur unvollkommen ein. Die Nationalsozialisten blieben eine vorübergehende, milieufremde Elite. Nach ihrer raschen Auswechslung im Jahre 1945 kam es denn auch zu einer schnellen Rekonstruktion des traditionellen milieuspezifischen Vereinswesens. Eine tatsächliche Erosion des etwa in Aurich besonders gefestigten bürgerlich-protestantischen Milieus erfolgte dann erst seit der Gründung der Bundesrepublik unter den Bedingungen der Demokratie und des Modernisierungs- und Mobilisierungsschubes der fünfziger Jahre⁷². Auch im badischen Ettlingen blieb der hier dominierende katholische Milieuverband lange Zeit relativ intakt und wurde nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erst allmählich aus der lokalen Öffentlichkeit verdrängt; das neue NSDAP-Establishment rekrutierte sich demgegenüber ebenfalls aus ganz überwiegend milieufremden, erst seit relativ kurzer Zeit in Ettlingen ansässigen Personen und besaß kaum gesellschaftliche Verbindungen mit den traditionellen Sozialmilieus der Stadt⁷³.

⁷¹ Rudy Koshar, *Social Life, Local Politics, and Nazism. Marburg, 1880–1935*, Chapel Hill/N.C. 1986, S. 263ff. u. 270f. Vgl. Ders., *Two „Nazisms“: the social context of Nazi mobilization in Marburg and Tübingen*, in: *Social History* 7 (1982), S. 27–42. Zum Verhältnis von bürgerlicher Vereinskultur und Nationalsozialismus vgl. auch Peter Fritzsche, *Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany*, Oxford 1990, v. a. S. 191ff. (Niedersachsen); für das katholische Schwarzwaldgebiet ist kürzlich ebenfalls der Zusammenbruch des bürgerlichen (katholischen) Vereinswesens konstatiert worden: Oded Heilbronner, *Der verlassene Stammtisch. Vom Verfall der bürgerlichen Infrastruktur und dem Aufstieg der NSDAP am Beispiel der Region Schwarzwald*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 178–201.

⁷² Dietmar von Reeken, *Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der historischen Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich und Emden, Hildesheim 1991*; Ders., *Emden und Aurich 1928–1948. Zum Verhältnis von Bruch und Kontinuität sozialmoralischer Milieus*, in: Bajohr (Hg.), *Norddeutschland*, S. 53–66. Ähnliche Ergebnisse – allerdings ohne explizite Verwendung des Milieubegriffs – bei Werner K. Blessing, *„Deutschland in Not, wir im Glauben . . .“ Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949*, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke u. Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26)*, München 1988, S. 3–111, hier v. a. S. 82ff. Vgl. auch Norbert Sahrhage, *Bünde zwischen „Machtergreifung“ und Entnazifizierung. Geschichte einer westfälischen Kleinstadt von 1929 bis 1953*, Bielefeld 1990.

⁷³ Cornelia Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu und Kleinstadtesellschaft. Ettlingen 1918–1939*, Sigmaringen 1991.

Einen besonderen Aufschwung haben in jüngster Vergangenheit Forschungen zum Verhältnis zwischen katholischem Milieu und dem Nationalsozialismus genommen⁷⁴. Dies kann nicht überraschen, wenn man bedenkt, daß in der katholischen Zeitgeschichte lange Zeit eine Betrachtungsweise vorherrschte, die auf der wahlhistorischen und parteipolitischen Makroebene die besondere „Resistenz“ der katholischen Wähler gegenüber der NSDAP sowie die stabilisierende Rolle hervorhob, die das Zentrum in der Weimarer Republik spielte. Im Zusammenhang mit der erwähnten historiographischen Wende seit den achtziger Jahren ging es darum, dies durch eine Perspektive zu ergänzen, die über Wahlstatistik, Parteipolitik und Episkopat hinaus das „reale“ politische Verhalten der katholischen Bevölkerung zu verdeutlichen imstande ist. In ihrem Beitrag für diesen Band diskutiert *Cornelia Rauh-Kühne* Möglichkeiten, Probleme und vorläufige Ergebnisse einer solchen Perspektive im regionalgeschichtlichen Kontext. Wenn katholisches Kirchenvolk und Kirche demzufolge von Gestapo und SD übereinstimmend als „gefährlichster Feind“ eingeschätzt worden seien, so habe es sich zwar durchaus um den Reflex einer tatsächlich nachweisbaren Milieustabilität, auf politischer Ebene jedoch um eine „Fehlperzeption“ der Verfolgungsbehörden gehandelt. Denn der über 1933 hinaus fortbestehende symbolische Gruppenzusammenhalt der Katholiken habe keineswegs eine politische Absage an das Regime bedeutet; vielmehr sei die aus ihm teilweise resultierende „Resistenz“ häufig aus einem allgemeineren „antimodernistischen Traditionalismus“ und „unpolitischen Parochialismus“ gespeist worden, „einer Haltung, die sich ebenso in geringer Ideologiebereitschaft wie in Ignoranz gegenüber allen die eigenen Interessen nicht unmittelbar berührenden Fragen äußerte“⁷⁵. Zur Beantwortung der gegenwärtig umstrittenen Frage, inwieweit sich solches Verhalten politisch in den Kategorien Anpassung und Verweigerung, Loyalität und Resistenz werten läßt⁷⁶, bedarf es weiterer Einzelforschung.

Wenn die vorstehend knapp resümierte Forschungssituation darauf schließen läßt, daß die seinerzeit von Lepsius aufgestellte These von der Erosion und forcierten Liquidation der „sozialmoralischen Milieus“ bis 1933 mit Blick auf das katholische Milieu revisionsbedürftig ist, so scheint Ähnliches auch für das sozialdemokratische Arbeitermilieu zu gelten. Insbesondere die systematische Untersuchung der sozialistischen Milieuorganisationen zur Zeit der Weimarer Republik deutet darauf hin, daß von ihrer Erosion kaum, noch weniger von einer Abweichung ihres Klassencharakters infolge des „Hineinwachsendens“ der SPD in den Weimarer Staat gesprochen werden kann. Zumindest in quantitativer Hinsicht scheint es vielmehr zu einer Expansion der sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen gekommen zu sein, die zusammen eine in sich und nach außen abgeschlossene „Solidargemeinschaft“ bildeten⁷⁷. Dieser Befund würde die These stärken, daß weniger

⁷⁴ Blessing, „Deutschland“; (AKKZG), Katholiken; Klein, Katholisches Milieu; Rauh-Kühne, Katholisches Milieu; Breuer, Verordneter Wandel?

⁷⁵ Unten S. 232.

⁷⁶ Dazu unten Rauh-Kühne, S. 232 f.

⁷⁷ Diese These beruht in erster Linie auf einem größeren Forschungsprojekt über „Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik“, das unter der Leitung von Peter Lösche, Göttingen, durchgeführt wurde. Erschienen sind: Franz Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990; Franz Walter, Viola Denecke u. Cornelia Regin, Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991; Dietmar Klenke, Peter Lilje u. Franz Walter, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992; Siegfried Heimann u. Franz Walter, Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993. Die Ergebnisse des Projekts zusammenfassend: Peter Lösche u. Franz Walter, Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokra-

der Niedergang der traditionellen Milieus die Durchsetzung des Nationalsozialismus begünstigt habe als vielmehr die Fragmentierung der politischen Kultur in der Weimarer Republik⁷⁸.

Im vorliegenden Band weist *Detlef Schmiechen-Ackermann* die partielle Widerstandskraft sozialistischer Milieuorganisationen auch über 1933 hinaus auf. Nachdem die Macht ergreifung in den Großstädten (i. e. Städte über 400 000 Einwohner) vor allem auch die Besetzung von Terrain, von quasi feindlichem „sozialen Gelände“ bedeutete, betraf die Verbotswelle des Jahres 1933 zunächst vor allem die politisch exponierten Milieuorganisationen. Gegenüber den eher „unpolitischen“ Vereinen wie Konsumgenossenschaften, Arbeiterchören und z.T. sogar auch Arbeitersportvereinen legte die Gestapo jedoch ein eher pragmatisches Vorgehen an den Tag. Erst in der Konsolidierungsphase erfolgte eine rigide Überprüfung auch dieser sozialistischen Vorfeldorganisationen. Gleichwohl konstatiert Schmiechen-Ackermann für die Hochburgen der Arbeiterbewegung noch bis an die Schwelle des Zweiten Weltkrieges die Existenz einer „legalen Infrastruktur für eine informelle sozialdemokratische Solidargemeinschaft“⁷⁹. Mithin scheint es den Nationalsozialisten gelungen zu sein, bestehende, noch weitgehend intakte Milieus politisch zu neutralisieren, ohne sie gänzlich zu zerschlagen und ihre Herrschaft „vor Ort“ durch ihre eigene, „milieufremde“ Gefolgschaft zu sichern.

Anders verhielt es sich in ländlichen Gebieten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung. Die bekannte Tatsache, daß die ländlich-protestantische Stimmbürgerschaft in weit überdurchschnittlichem Maße NSDAP wählte, wird in diesem Band von *Wolfram Pyta* ebenfalls unter Rückgriff auf das Milieu-Konzept aufgegriffen. Während die meisten Autoren zumindest unausgesprochen davon ausgehen, es handle sich bei einem historischen Milieu-Ansatz primär um einen individualisierenden, regional- oder lokalgeschichtlichen Zugang, konstruiert Pyta gleichsam den Idealtyp eines nationalen ländlich-protestantischen Milieus. In dessen Zentrum stand die Dorfgemeinschaft als „sozial weitgehend abgeriegelter Lebensraum“, in dem Politik – dies eine Parallele zum von Rauh-Kühne beschriebenen katholischen Milieu – eher als „Fremdkörper“ galt und an einige wenige Honoratioren „delegiert“ wurde. In dem Maße, wie es die NSDAP verstanden habe, solche dörflichen Vermittler zwischen Milieu und Politik wie etwa Pfarrer und Lehrer auf ihre Seite zu ziehen – zumindest im Sinne einer wohlwollenden Neutralität –, sei es ihr gelungen, in der Nachfolge der DNVP gleichsam zu *der* Milieupartei des protestantischen flachen Landes zu werden. Als solche habe sie sich auf dem Land primär als national-konservative Partei präsentiert und die völkisch-antisemitischen Absichten bewußt in den Hintergrund gestellt.

Es wird die Aufgabe weiterer Einzelforschung sein, die vielversprechenden Ansätze einer „historischen Milieuforschung“ weiter zu vertiefen und zu systematisieren. Was nun

tische Arbeitermilieu, in: Lehnert/Megerle (Hg.), *Teilkulturen*, S. 161–187; z.T. identisch mit: Dies., *Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 511–536.

⁷⁸ Vgl. Detlef Lehnert u. Klaus Megerle, *Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*, in: Dirk Berg-Schlösser u. Jakob Schissler (Hg.), *Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektive der Forschung* (PVS-Sonderheft 18), Opladen 1987, S. 80–95.

⁷⁹ Siehe unten S. 258.

die eingangs gestellte Leitfrage betrifft, inwieweit nämlich längerfristige regionale Komponenten und Besonderheiten vom Nationalsozialismus zurückgedrängt wurden und welche Auswirkungen dies auf die Natur des Regimes insgesamt hatte, so lassen sich bislang nur sehr vorläufige bzw. fragmentarische Antworten geben. Einstweilen spricht indes vieles dafür, eine Art labilen Schwebezustand anzunehmen, dessen konkrete Ausformung „vor Ort“ freilich stark variieren konnte. Zwar war die zentralisierende und uniformierende Intention des Nationalsozialismus unverkennbar. Auf dem Gebiet von Politik und Ideologie erfolgte die kompromißlose Durchsetzung seines zentralistischen totalitären Herrschaftsanspruches und die Verfolgung von Gegnern und Minderheiten. Unterhalb der eigentlich politisch-ideologischen Ebene dagegen scheinen regionale Traditionen, Lebenszusammenhänge und kulturelle Brauchtümer durch die NS-Diktatur lediglich zurückgedrängt, keineswegs jedoch zerstört worden zu sein. Auch potentielle Gegenkräfte wie etwa der Katholizismus konnten – um den Preis ihrer politischen Stillelegung – gegebenenfalls noch über teilautonome Handlungsfelder verfügen.

Am Schnittpunkt zwischen der methodologischen Aufwertung „subjektiver“ Faktoren und hermeneutischer Verfahren in der Sozialgeschichte einerseits und dem Interesse am Verständnis massenhaften Verhaltens unter der NS-Diktatur andererseits liegen die meisten neueren regional- oder lokalgeschichtlichen Arbeiten zur Geschichte des Nationalsozialismus. Nicht zufällig waren es z. B. gerade die Erfahrungen des „Bayern-Projektes“, die Martin Broszat dezidiert für eine kontrollierte Verwendung qualitativer Quellen und hermeneutischer Methoden plädieren ließen⁸⁰. In diesem Band geben *Jürgen Reulecke* und *Gerhard Brunn* Anregungen, die für den weiteren Dialog zwischen Regionalhistorikern und NS-Historikern fruchtbar gemacht werden könnten. Insbesondere schlagen sie vor, bei Forschungen über den Nationalsozialismus im kleinen Raum die gewohnte Perspektive umzudrehen und das Thema gleichsam von der Region her zu denken. Die in den jeweiligen Untersuchungsräumen vorzufindende regionalspezifische „kognitive Kartographie“ und besondere „Semantik“ begreifen Brunn und Reulecke als „Filter“, der bei der Durchsetzung des Nationalsozialismus je nach dem hemmend oder fördernd wirken konnte. Eine eingehende Untersuchung dieser „Filter“ könnte somit Aufschlüsse darüber vermitteln, warum sich manche Regionen als resistenter, andere dagegen als anfälliger für den Nationalsozialismus erwiesen haben. Insbesondere dürfte hier ein forschungsstrategischer Ansatzpunkt bestehen, um das eingangs erwähnte methodische Dilemma zu überwinden, das sich im Widerspruch zwischen der regionalgeschichtlichen „langen Dauer“ und den kurzfristig-dynamischen Prozessen der nationalsozialistischen Zeit äußert.

Neben der spezifisch bayerischen Frühgeschichte der NSDAP, die *Hellmuth Auerbach* im vorliegenden Band nachzeichnet, gilt es vor allem die Durchsetzungsphase der NSDAP unter regionalgeschichtlichen Gesichtspunkten zu untersuchen. Zu keinem Zeitpunkt läßt sich die je unterschiedliche „Filterfunktion“ einzelner Regionen so gut analysieren wie in der Zeit von 1925 bis 1933. Das überraschend schnelle Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung in Teilen Schleswig-Holsteins etwa motivierte schon Zeitge-

⁸⁰ Martin Broszat, Plädoyer für Alltagsgeschichte. Eine Replik auf Jürgen Kocka, in: *Merkur* 36 (1982), S. 1244–1248; Ders., in: *Alltagsgeschichte der NS-Zeit. Neue Perspektive oder Trivialisierung?* Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte am 17. 11. 1983, München 1984, S. 11–20. Eine erste alltags- und regionalgeschichtlich orientierte Quellensammlung zur NS-Zeit veröffentlichte Franz Josef Heyen, *Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard am Rhein* 1967.

nossen zur Erforschung möglicher regionalspezifischer Gründe⁸¹. In diesem Band gibt *Ursula Büttner* einen Überblick über die regionale „Erfolgsbilanz“ des Nationalsozialismus vor 1933. Auch wenn sich dabei einmal mehr bestätigt, daß die Konfession wohl *die* ausschlaggebende Determinante des Wahlverhaltens überhaupt bildete⁸², so wird doch deutlich, daß vorschnelle Verallgemeinerungen fehl am Platze sind. So weist Büttner etwa auf das regional durchaus unterschiedliche Profil des Protestantismus hin. Insbesondere im lutherischen Württemberg, wo alle strukturellen Daten für einen überdurchschnittlichen Erfolg der NSDAP gesprochen hätten, blieb die Partei bis zu den Märzahlen 1933 deutlich unter dem Reichsdurchschnitt. Die von Büttner angeschnittene Frage, welche Bedeutung möglicherweise pietistische Traditionen für diese Sonderentwicklung besaßen, könnte einen Anstoß für weitere Forschungen geben. Insgesamt vertritt Büttner die Auffassung, der Nationalsozialismus habe bewußt und erfolgreich regionale Eigenständigkeiten zurückgedrängt; habe er dagegen an solche Traditionen appelliert und sie sich nutzbar zu machen versucht, so habe es sich zumeist um bloß symbolische Zugeständnisse gehandelt.

In jedem Fall liegt der Versuch, die Geschichte des Nationalsozialismus mittels eines integrativen Ansatzes umfassend „von unten“ zu beschreiben, sie analytisch mit längerfristigen sozialökonomischen Strukturen und kulturell determinierten Verhaltensmustern zu verknüpfen, an der Wurzel der meisten unter den neueren regionalen und lokalen Einzelstudien. Dem konstatierten „neuen Konsens“ entsprechend, suchen diese Arbeiten in der einen oder anderen Weise „objektive“ und „subjektive“ Faktoren der Geschichte, quantitative und qualitative Quellen, analytische und hermeneutische Methoden miteinander zu verbinden⁸³. Aus je unterschiedlicher Perspektive plädieren in diesem Band *Werner*

⁸¹ Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6), Stuttgart 1963. Zu Schleswig-Holstein vgl. auch: Gerhard Stoltenberg, *Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 24), Düsseldorf 1962; Michelle Le Bars, *Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928–1932*, Bern u. Frankfurt/Main 1986.

⁸² Dies ist zuletzt eindrücklich nachgewiesen worden von Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991.

⁸³ Neben der bereits zitierten Literatur sind insbesondere zu nennen: Roland Müller, *Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1988; Eva Wolff, *Nationalsozialismus in Leverkusen*, Leverkusen 1988; Heidi Fogel, *Nationalsozialismus in der Dreieich. Aufstieg und Herrschaft im heterogen strukturierten Lebens- und Erfahrungsraum des südlichen Frankfurter Umlandes*, Darmstadt u. Marburg 1991; Benigna Schönhagen, *Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1991; Walter Struve, *Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt, Osterode am Harz 1918–1945*, Essen 1992; Thomas Breuer, *Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B, 60), Mainz 1992; Rita S. Botwinick, *Winzig, Germany, 1933–1946. The History of a Town under the Third Reich*, Westport/Conn. 1992; Peter Thrans, *Brühl im Nationalsozialismus*, 2 Bde., Köln 1993; Elmar Gasten, *Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–1944*, Frankfurt/M. 1993; Joachim Scherrieble, *Reichenbach an der Fils unterm Hakenkreuz. Ein schwäbisches Industriedorf in der Zeit des Nationalsozialismus*, Tübingen u. Stuttgart 1994; Helmut Halter, *Stadt unterm Hakenkreuz. Kommunalpolitik in Regensburg während der NS-Zeit*, Regensburg 1994; Peter Miesbeck, *Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition*, Rosenheim 1994. Siehe auch die Sammelbände von Bajohr (Hg.), *Norddeutschland*; Eike Hennig (Hg.), *Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen*, Frankfurt/Main 1983; Björn Mensing u. Friedrich Prinz (Hg.), *Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“*, Re-

K. Blessing und Cornelia Rauh-Kühne für ein entsprechend weites Verständnis von Begriff und Methode der Regionalgeschichte. Ob allerdings Regionalgeschichte als „Gesellschaftsgeschichte im umfassenden Sinne“⁸⁴ tatsächlich mehr sein kann als eine Art regulatives Postulat, muß dahingestellt bleiben. Zu Recht etwa verweist Blessing auf die vielfältigen praktischen und methodischen Schwierigkeiten, die sich diesem Konzept entgegenstellen, wie etwa die Inkongruenz zwischen Untersuchungsraum und Quellenüberlieferung⁸⁵.

Daß im übrigen kulturell autonome Handlungsfelder auch gerade unter völkisch-nationalsozialistischem Vorzeichen besetzt werden konnten, zeigen *Christoph Boyer*, *Jaroslav Kučera* und *Cornelia Wilhelm* in ihren Beiträgen über die auslandsdeutsche „Peripherie“ im Sudetenland und in den USA. Wenn auch unter völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen, wurde doch das nationalsozialistische Deutschland im Denken und Handeln beider „communities“ rasch zum alles überragenden Gravitationszentrum. Sympathisierende Organisationen wie die Sudetendeutsche Partei oder die „Freunde des Neuen Deutschland“ kämpften nach 1933 einen insgesamt erfolgreichen Kampf um die politisch-kulturelle Hegemonie in ihrer jeweiligen Volksgruppe. Im Namen eines völkischen Universalismus erfolgte die Adaption entscheidender Kennzeichen der nationalsozialistischen Agitation und Propaganda. Das „neue“ Deutschland wurde so bald zum wichtigsten Referenzpunkt der in ihrer ethnischen Identität unsicheren auslandsdeutschen Volksgruppen.

Ein weiteres Anliegen des Symposiums bestand von Beginn an darin, auch außerdeutsche „Faschismen“ in eine vergleichende Perspektive zu setzen. Welche Rolle spielte möglicherweise, so lautete dabei die leitende Frage, das Verhältnis von Zentralismus und Regionalismus für die Bewegung bzw. das Regime? Angesichts der Unschärfe bzw. Mehrdeutigkeit des Region-Begriffes war es naheliegend, auch mit konkurrierenden Modellen zu operieren. *Ernst Hanisch* etwa versucht in seinem Beitrag den Aufstieg des Nationalsozialismus in der österreichischen Provinz unter Rückgriff auf das von Stein Rokkan formulierte Konzept der Spannung zwischen Zentrum und Peripherie zu erklären. Die Durchsetzung des Nationalsozialismus in Österreich trug demzufolge vor allem auch die Züge eines Aufstandes der Provinz gegen das übermächtige Wien. Dagegen war der italienische Faschismus – wie *Roger Engelmann* zeigt – anfangs stark in den binnenlokalen und regionalen Interessen und Konflikten selbst verweben. Dies konterkarierte die ursprünglich auf eine nationale Politik ausgerichtete Strategie und beeinträchtigte den Einfluß der Mailänder Zentrale. In dem Maße wie die Faschisten auf regionaler Ebene bereits vor dem „Marsch auf Rom“ die Machtorgane des Staates lahmlegten oder sogar substituierten, entstanden kleine, in sich erstaunlich weitgehend abgeschlossene faschistische „Provinzfürstentümer“, von denen wiederum entscheidende Impulse für die Radikalisierung der Gesamtbewegung ausgingen. Im kleinen Maßstab antizipierten sie die faschistische Ordnung, die im nationalen Rahmen frühestens seit 1925 durchgesetzt wurde. Welch gänzlich andere Bedeutung dagegen die Kategorie der Region im spanischen Franco-Regime besaß, illustriert *Walther Bernecker*. Während die „faschistischen“ Tendenzen des Regi-

gensburg 1991; Dietrich Eichholtz (Hg.), *Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente*, Berlin 1993; Gerhard Nestler und Hannes Ziegler (Hg.), *Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft*, Landau/Pfalz 1993.

⁸⁴ So Cornelia Rauh-Kühne in ihrem Beitrag zu diesem Band, unten S. 213.

⁸⁵ Siehe unten S. 50, sowie den Tagungsbericht von Josef Henke, Internationales Symposium „Nationalsozialismus und Region“ vom 26.–28. Oktober im Institut für Zeitgeschichte in München, in: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv* 1/1994, S. 47.

mes in dem Maße rudimentär blieben, wie die Falange machtpolitisch hinter die Armee zurücktrat, verschärfte sich nach dem Ende des Bürgerkriegs der traditionelle und tief in der Geschichte Spaniens verankerte Konflikt zwischen der Zentrale und den Provinzen Baskenland und Katalonien. Noch während des Bürgerkrieges wurden alle regionalen Autonomieregelungen der Zweiten Republik außer Kraft gesetzt; Spanien wurde einem rigiden Zentralismus unterworfen, katalanische und baskische Eigenständigkeit wurde durch eine „systematische und brutale Politik der Unterdrückung“ bekämpft. In dem Maße, wie dies den Widerstand der regionalen Kräfte provozierte, bildete das Zentralismus-Regionalismus-Problem eine innenpolitische Dominante des Franco-Regimes und bis heute eine seiner schwersten Hypothesen.

In jedem Fall unterstreicht der internationale Vergleich einmal mehr die Schwierigkeit kommensurabler Begriffsbildungen. Im Kontext des Themas „Nationalsozialismus in der Region“ muß es daher das Ziel künftiger Forschung vor allem sein, zu interregional vergleichenden Studien vorzustoßen. Erst im Vergleich der verschiedenen regional- und lokalspezifischen „Kartographien“ kann letztlich ihre Relevanz für Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus bewertet werden. Anhand systematisch entwickelter Fragestellungen gilt es, die überaus disparate und partikularisierte Einzelforschung zu verarbeiten und zu inventarisieren. Damit könnte eine Erkenntnisebene erreicht werden, auf der sich auch der Dialog zwischen Regionalhistorikern im engeren Sinne und NS-Spezialisten fruchtbringend fortführen ließe.

Werner K. Blessing
Diskussionsbeitrag:
Nationalsozialismus unter „regionalem Blick“

1. Region als Horizont politischer Kultur

In auffallendem Maß hat sich die jüngere Forschung zum Nationalsozialismus in Deutschland von der Reichsebene in kleinere Bereiche, vom Herrschaftssystem zu gesellschaftlichen Einheiten bewegt. Unter sozial- und kulturgeschichtlichem Blick, der das Interesse verstärkt auf die Voraussetzungen und Folgen der politischen Vorgänge in der Bevölkerung lenkt, tritt eine Vielzahl von Szenarien als Ermöglichung jenes Systems in den Vordergrund. Deren Unterschiede und die jeweilige komplexe Struktur verkleinern zwangsläufig das Untersuchungsfeld. Die Erklärungskraft von Milieu- und Lokalstudien für Phänomene von nationaler Dimension, doch sichtlich heterogener Erscheinung, bei denen eine gesamtgesellschaftliche Perspektive allein nicht tief genug reicht, hat sich gerade in der NS-Forschung vielfach bewährt. Allerdings können solche Darstellungen den Befund in dem von ihnen erfaßten Sektor als einen weiter reichenden Zustand suggerieren. Sie neigen zu einer Reduktion der Faktoren, welche innerhalb des Reiches den Erfolg des Nationalsozialismus, die Art seiner Herrschaft und seine Grenzen bedingten. Wenn man sich zu sehr auf einen engen Gesellschaftsausschnitt konzentriert, wird die Schärfe des Bildes nicht selten mit einem eingeschränkten Zugang zum explanandum erkauft.

Leichter entgeht diesem Dilemma, wer einen größeren Bereich mit sozioökonomischer Vielfalt, verschiedenen Milieus sowie Stadt- und Landbevölkerung wählt – einen Raum mittlerer Reichweite zwischen Nationalstaat und lokalen bzw. sozialen Einheiten. Auch wenn die höhere Komplexität mehr methodischen und sachlichen Aufwand fordert, erlaubt sie, das Bündel soziogener Elemente politischer Kultur noch authentisch zu erfassen, ohne mit einem großräumigen Abstrahieren von den Zuständen ‚vor Ort‘ abzuheben. Arbeiten mit diesem Zugriff widmen sich meist einer ‚Region‘.

Das bedeutet in jedem Fall, daß der Raum einerseits die Sphäre des gewöhnlichen Umgangs, die Lebenswelten übergreift, aber andererseits eine konkreter und enger miteinander verbundene Bevölkerung besitzt als der Nationalstaat. Regionen in dem für die Geschichte politischen Verhaltens relevanten Sinn grenzen sich durch eine je eigentümliche Kohäsion voneinander ab, die sich in einem spezifischen Wir-Gefühl äußert. Sie beruht nicht mehr wie in den kleinen Räumen gesellschaftlicher Unmittelbarkeit auf ‚face to face-Kommunikation‘ oder wie in soziokulturellen Milieus auf der durchschlagenden Verbindungspotenz partikularer Werte und Interessen. Und sie wird nicht lediglich über Gemeinschaftsideen und politische Integrationsrituale großflächig vermittelt, welche – je nach dem Nationsbegriff – rechtliche oder ethnische Gemeinsamkeiten zu nationalen definieren. So zeigt sich regionale Identität dichter als diese weiträumige und allgemeiner als jene kleinräumige; sie wird weniger alltagsverhaftet als die eine, jedoch lebensnäher als die andere erfahren. Diese Vergesellschaftung auf einem Niveau zwischen rein pragmati-

scher und ganz ideologischer Interaktion verbindet in einer zunächst vopolitischen, aber vom politischen Prozeß erfaßten Weise.

Damit scheint die Region besonders geeignet, um zu untersuchen, wie sich gesellschaftliche ‚Basiszustände‘ und das politische Feld zueinander verhalten. In einem überschaubaren, aber eben doch vielfältigen Bereich zeichnen sich die typischen Einstellungen der verschiedenen Gruppen aus ökonomischer Lage, sozialem Ort, kultureller Tradition noch am ehesten ab – so schwierig ihre seriöse Rekonstruktion auch sein mag. Solche Einstellungen wurden mit der Demokratisierung politischer Öffentlichkeit seit dem 19. Jahrhundert für die Herrschaft im Staat und für die um sie konkurrierenden Kräfte zunehmend wichtig. Denn sie müssen deren Loyalitätsappellen und Ordnungsverlangen Resonanz geben. Regionen im hier gemeinten Sinn sind Einheiten einer weltanschaulich-politischen Topographie. D. h., es geht darum, im regionalen Horizont aus unterscheidbaren Verhältnissen die Dispositionen herzuleiten, welche gewöhnlich die politische Wahrnehmung, Orientierung und Entscheidung auf charakteristische Weise vorbestimmen. Gewöhnlich – denn diese Verknüpfung muß für die Spielräume individueller Abweichung offen sein. Wesentlich bei der Anlage der Untersuchung ist, daß die Unterscheidung langwährender Einstellungen, die geradezu habituell sein können, von den oft kurzfristig wechselnden Einflüssen meinungsführender Instanzen oder Personen möglich wird. Was solche Trennschärfe für die Erklärung und die Beurteilung politischen Verhaltens bedeutet, macht etwa das komplizierte Verhältnis des katholischen Milieus zum Nationalsozialismus mit seiner grundsätzlichen Distanz, aber teilweisen Anpassung sehr sichtbar.

In aller Regel werden Zusammenhänge, welche sich auf nationaler Ebene rasch zu pauschalen Volksstimmungsberichten und Wahldaten aggregieren, regional transparenter. Da der Nationalsozialismus durch seine Selbstdarstellung wie auch lange durch das Bild über ihn dezidiert als geschlossene nationale Kraft erschien, bedarf es besonders der Überprüfung, wie weit seine Einheitlichkeit jeweils wirklich reichte. Was für den institutionellen Bereich vor über zwei Jahrzehnten mit dem Polykratie-Modell aufgezeigt wurde, muß in räumlicher Hinsicht noch überwiegend geleistet werden. Das gilt sowohl für die Bewegung in ihrer spektakulären Ausbreitung von früh formierten Kerngebieten zur reichsweit stärksten Parteimacht wie dann für die Staatspartei mit ihrer trotz aller Gleichschaltung recht unterschiedlichen Wirkungstiefe.

Für die regionale Perspektive spricht auch das Verhalten der politischen Akteure selbst. Mehr oder weniger deutlich paßten sich alle, welche nicht durch eine herausragende Rolle auf dem nationalen Forum überregional populär waren, den Gegebenheiten des Raumes an, in dem sie agierten. Sie bezogen sich auf dessen Traditionen und spezielle Interessen, die auch der politischen Kultur raumtypische Akzente setzten und im Parteikampf wesentliche Erfolgsbedingungen stellten. Zwar schufen sich die NSDAP durch Führerkult, Parteinormen und Volksgemeinschaftsideologie eine reichsweit gleichförmige Präsenz. Doch unterhalb der Ebene solch propagierten Gleichsinns regionalisierte auch diese zentralisierte und zentralistische Partei ihre Werbung augenfällig. Und sie modifizierte ab 1933 ihre Herrschaft in der Praxis auf eine vielfach gebietscharakteristische Weise. Die Männer im zweiten und dritten Glied, auf Gau- und Kreisebene, richteten ihr Reden und Handeln durchaus auf die Zustände ihres Bezirkes aus – nicht nur auf die politischen. Die effektive Stellung dieser Satrapen hing nicht zuletzt von einem sichtlich regionalen Stil ab. Regionale Disposition und eine darauf gerichtete politische Präsentation konnten so ineinander greifen, daß der Agent der ‚nationalen Revolution‘ geradezu als Repräsentant der Region erschien. Ganz offenkundig trug der Nationalsozialismus in der Breite auch wesentlich regionale Züge.

2. Region als interessenabhängiges Konzept

Die Bedeutung der Regionen in Deutschland für das Gesellschaftsgefüge, für Identifikation und Orientierung ist eklatant. Wie kein anderer der großen Staatsräume Europas steht es unter den Nachwirkungen einer lange territorialisierten Geschichte. Moderne Staatlichkeit setzte sich nicht vor dem Beginn des 19. Jahrhunderts konsequent durch und das zunächst auf partikularer, einzelstaatlicher Stufe. Der Nationalstaat entfaltete seine Ordnung hier sehr spät, im letzten Jahrhundertdrittel, ja gelangte erst nach dem Ersten Weltkrieg zu unitarischer Form und das ohne dauerhaften Konsens. Daß die politische Arena dieses Landes und seine politische Kultur ohne die regionale Dimension kaum verstanden werden können, liegt auf der Hand.

Wie aber faßt man eine Region, was konstituiert sie und grenzt sie ab? Daß es keine allgemein gültige Bestimmung, *die* Region, gibt, lehrt heute jede Zeitungsnotiz aus der aktuellen Spannweite von Weltregionen bis zum kleinen regionalen Verkehrsverband. Region ist ein passepartout-Begriff, der nur als ein jeweils vom Erkenntnisinteresse generiertes Konzept etwas leistet. Erst die Frage nach einem bestimmten historischen Zusammenhang, der räumlich greifbar ist, gibt der Untersuchung den entsprechenden Raum vor. So definiert sich die Region gewissermaßen aus sich selbst – als das Gebiet innerhalb eines politischen, wirtschaftlichen, kulturellen usw. Horizonts, der von anderen Räumen derselben Kategorie mehr oder weniger klar getrennt ist. Mit den Räumen anderer Kategorien überlappt sie sich meist; die Koinzidenz zu einer einheitlichen multikategorialen Region, bei der administrativer, ökonomischer, sozialer, kultureller Raum übereinstimmen, ist selten. Welche Art von Region kommt in Frage, wenn man nach der Ermöglichung des Nationalsozialismus, d. h. der Beziehung zwischen politischer ‚Zumutung‘ und gesellschaftlicher Resonanz fragt? Bestimmte gängige Regionen eignen sich offenkundig nicht: rein staatlich-administrative Einheiten, Wirtschaftszonen oder kulturelle Bezirke, etwa des Brauchtums und der Sprache. Wenn es um politisches Verhalten als Ausdruck gruppentypischer Orientierung geht, muß die Region ein Kreis kollektiver Erfahrungen und Erwartungen sein, ein Beziehungsfeld gleichsinniger wie kontroverser Vermittlungen, ein Raum, den Kommunikation und bewußte Integration vernetzen.

Selbstverständlich gründet solch mentale Verbindung in den genannten realen Verbundenheiten. Herrschafts- und Verwaltungsgrenzen – darunter nicht selten noch immer die des Alten Reiches, dessen Territorien bis ins 20. Jahrhundert sehr gegenwärtig sein können –, Agrar- oder Industriedominanz, Konfession, Dialekt, Volkskultur u. ä. schaffen durch konkrete Zusammengehörigkeit auch Identifikation. Aber der hier als Region intendierte komplexe gesellschaftliche Raum mit einer spezifisch geprägten politischen Kultur verbindet in der Regel nicht nur jene monokausalen Horizonte in einer räumlich wie inhaltlich je unterschiedlichen Form. Er reicht vor allem in die Wissens- und Deutungssphäre, ist eine Größe kognitiver Topographie. Regionen bilden sich aus der Wirklichkeit verschiedener Lebensbereiche zusammen mit deren kollektiver Wahrnehmung und dem Umgang mit ihr. Reale Faktoren *und* Einstellungen, objektive *und* subjektive Faktoren bestimmen den Rahmen, in dem man politische Mentalität beobachten kann. Solche Regionen müssen sich identifizieren, vor allem in ihren Brennpunkten begreifen und voneinander abgrenzen lassen. Allerdings werden diese Grenzen oft nur Säume, diffuse Übergangszonen sein. Entscheidend ist, daß eine Region verschiedenartige Gruppen mit unterschiedlicher Orientierung in sich schließt, aber von einer erkennbar dominiert wird – erkennbar im Blickwinkel der Fragestellung, unter der primär eben diese Gruppe die Region charakterisiert.

Das Konzept birgt freilich Schwierigkeiten. Meist sind mehrere Komponenten von jeweils eigener Logik in Beziehung zu setzen sowie zu gewichten, Rang und Reichweite des Leitelements zu bestimmen, kontinuierliche Züge und Veränderungen abzuwägen. Dafür bietet sich kein generelles Modell an. Und die Quellenüberlieferung paßt häufig nicht auf das als Region definierte Gebiet. Denn Strukturdaten ebenso wie Verhaltensbelege, etwa Wahlergebnisse oder Polizeiberichte, entstammen in erster Linie staatlichen oder kommunalen Verwaltungsbezirken, auch den Institutionen wirtschaftlicher, kirchlicher, kultureller Netze, so daß sie dem Untersuchungsgegenstand räumlich nicht entsprechen. Vieles ist nicht ohne weiteres miteinander kompatibel. Deshalb wird sich eine ‚perfekt‘ gefügte und umgrenzte Region nur selten rekonstruieren lassen.

Dennoch kann man, wenn man nur die räumliche Dimension historischer Ordnungen, Vorgänge und Reaktionen in begrenztem Rahmen möglichst vielseitig mustert, Landschaften politischer Kultur so weit bestimmen und deren innere Kräfte erkennen, daß Politik besser aus ihren gesellschaftlichen Bedingungen verständlich wird. Wie sehr die Politik in Deutschland auch noch zur Zeit des Nationalstaates regional bestimmt war, ist bisher für das Kaiserreich weit besser erhellt als für die Weimarer Republik und das ‚Dritte Reich‘. Zwar hat die innere ‚Verreichung‘ neben den Einzelstaaten auch die Regionen zunehmend politisch, ökonomisch, sozial in nationale Zusammenhänge gezogen. Aber diese behielten nach wie vor merkliches Eigenleben. Und häufig war ihre Bevölkerung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zusätzlich in ihrem Eigenbewußtsein bestärkt, als man Regionen mit der ausgreifenden ‚Heimat‘-Ideologie auflud, an die sich gerne massive Partikularinteressen innerhalb der Länder Preußen, Bayern usw. hängten. Zum Teil wurde solch forcierte Identität im Zusammenwirken von Traditionspflege, Wissenschaft und Politik demonstrativ institutionalisiert. Früh hat den Weg zu solchen Räumen das ‚Bayern-Projekt‘ des Instituts für Zeitgeschichte gebahnt, auch wenn es primär dem größeren Rahmen eines Landes galt. Er sollte, in seiner Tragfähigkeit inzwischen mehrfach bestätigt, entschiedener beschritten werden.

Dieses Vorgehen scheint besonders geeignet, das außergewöhnliche Phänomen des Nationalsozialismus von der Mentalität und der politischen Wahrnehmung der Bevölkerung aus zu erklären. Nur wenn die Erscheinungen und Folgen einer Ausnahmezeit eng auf die jeweils ‚normalen‘ Einstellungen bezogen werden, entfaltet sich die tatsächliche Vielfalt dieser Bewegung unter den Deutschen – ihres Aufstiegs, der Machtergreifung und Gleichschaltung sowie der totalitären Herrschaft. ‚Verführung und Gewalt‘ (H.-U. Thamer) werden als wechselseitige Beziehung zwischen deren Agenten und den aktiven oder passiven Rezipienten aus der Nähe betrachtet. Sie erscheinen als Kommunikationsvorgang, der zu einer breiten Skala kollektiver Einstellungen von hoher Zustimmung bis zur vollen Verweigerung führte. Zwischen diesen Extremen lag, seit der Nationalsozialismus an der Macht war, häufig eine gespaltene Haltung unterschiedlicher Provenienz – fast als Normalität. Denn vielfach arrangierte sich, wer aus anderen weltanschaulich-politischen Sphären kam, pragmatisch mit der neuen Ordnung. Das geschah auf der Basis allgemeiner Werte wie Nation oder verbreiteter Ängste wie der vor dem Bolschewismus. Je nach dem Anpassungsdruck konnte sich dabei das Verhältnis von Konformität und partieller Resistenz rasch ändern. Gruppen recht verschiedener Traditionen und Interessen führten so auf gleiche Weise ein Leben im subtilen Widerspruch. Um ihm gerecht zu werden, scheint das in den USA entwickelte Konzept der ‚multiple loyalties‘ hilfreich.

Der Erkenntniswert des regionalen Blicks liegt in der horizontalen und vertikalen Differenzierung, in der genaueren Verbindung von Lage und Verlauf. Doch es versteht sich, daß

er stets auf das Allgemeine bezogen bleiben muß; der Nationalsozialismus als ein eminent nationales Phänomen verweist ständig auf diesen größeren Rahmen. Andernfalls würde Beschränkung zur Zersplitterung. Regionalgeschichte arbeitet im jeweils relevanten Zusammenhang und immer auch mit exemplarischem Anspruch, nicht als selbstgenügsame Heimatgeschichte. Wollte man jedoch die Realität des Nationalsozialismus allein auf nationaler Ebene suchen, hieße das letztlich, dessen Fiktion von Reich und Volk im nachhinein wissenschaftlich zu beglaubigen.

3. Franken als Exempel

Als Beispiel seien Kriterien einer weltanschaulich-politischen Topographie unter dem Aspekt des Nationalsozialismus für einen Raum angedeutet, in dem dessen Bahn besonders divergent verlief: an Franken. Frühe Hochburgen standen hier Gebieten breiter Residenz unmittelbar gegenüber.

Damit kommt Franken insgesamt, das einen Reichstagswahlkreis bildete, als Region nicht in Frage. Aber auch von seinen drei Regierungsbezirken Ober-, Mittel- und Unterfranken, zugleich Landtagswahlkreisen, war dafür keiner homogen genug. Wahlergebnisse, die Stärke und Präsenz von Parteien und Verbänden, das Presseprofil und die von den Behörden beobachtete Volksstimmung belegen das. Zwar gab es durchaus ein fränkisches Gemeinschaftsbewußtsein. Es gründete noch in der Kooperation des Fränkischen Reichskreises, der unter den überterritorialen Einheiten des Alten Reiches bis zu dessen Ende am wirksamsten gewesen war. Und es hatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Mittel der Selbstvergewisserung eine wichtige öffentliche Rolle gespielt, nachdem der Raum großenteils an das zentralistische, zunehmend konservative Staatsbayern gekommen war. Dieses Wir-Gefühl gipfelte im breiten liberalen Protest von 1848. Doch seit der Jahrhundertmitte wurde es im Zug weltanschaulicher Polarisierung und partieller Industrialisierung von inneren Gegensätzen überlagert; es schrumpfte zum politisch marginalen, zunehmend folkloristisch gepflegten Stammesgefühl. Auch wenn die NS-Bewegung in der Weimarer Zeit mit dem Appell an ‚fränkische Freiheit‘ Ressentiments gegen das ‚schwarze‘, das BVP-regierte Bayern pflegte und ‚fränkisches Wesen‘ als ausgeprägt deutsch hofierte – augenfällig besonders auf den Nürnberger Parteitaggen –, betraf das kein wesentliches Gemeinschaftselement. Überdies sprach es hauptsächlich nur das protestantische Franken an. Schon das aber mußte die Wirkung solchen Frankenkults einengen. Denn gerade die Konfession hatte in dem zwischen Lutheranern und Katholiken etwa gleich geteilten Raum als Identitätsfaktor während des 19. Jahrhunderts noch einmal Kraft gewonnen – durch religiöse Erneuerung, Protestantismus-Liberalismus-Affinität und Kulturkampf. In einer noch nicht breit durchmischten Bevölkerung lebten die tradierten Prägungen durch die einstigen Territorien, vor allem die katholischen Würzburg, Bamberg, Eichstätt und die protestantischen Ansbach, Bayreuth, Nürnberg, anhand neuer Gegensätze wieder vermehrt auf. Wie weit trotz wachsender Säkularisierung die Konfession, zumindest in der Form bestimmter mentaler Gewohnheiten, nach wie vor Orientierung gab und auch die politische Haltung wesentlich bestimmte, zeigen schon die ausgeprägt konfessionellen Parteipräferenzen bei den Wahlen der Weimarer Republik. Die Erfolgsgebiete des Nationalsozialismus waren fast ausschließlich protestantisch – dort, wo er schon früh, ab 1922, hörbar auftrat, sich zwischen 1924 und 1929, obgleich nur Splitterpartei, fest etablierte, danach im Durchbruch weit vordrang und nach 1933 hoher Zustimmung sicher sein konnte. Spiegelbildlich dazu stieß er in den katholischen Gebieten auf die Ablehnung

eines integrativen, kirchennahen Milieus, das politisch die Mehrheit hielt, zum Teil noch in den März-Wahlen 1933, und auch danach gegenüber seiner Macht überdurchschnittliche Distanz ermöglichte.

Nicht nur die Wahlkarten, auch Organisation, Versammlungsdichte, Presseverteilung der NSDAP erweisen, daß unter dem Aspekt des Nationalsozialismus in Franken regional nichts markanter unterschied als die Konfession. Das ist nun freilich im bikonfessionellen Deutschland fast trivial. Doch war die Schlüsselrolle der kirchlich verfaßten Bekenntnisse in unserem Raum besonders ausgeprägt. Denn protestantischer- wie katholischerseits kennzeichnete ihn eine überdurchschnittliche, d. h. vermutlich in höherem Maß gesellschaftsprägende Kirchlichkeit, die sich aus Kirchentraditionen und einer stark ländlich-kleinstädtischen Sozialstruktur ergab.

Die NS-Führer stellten sich darauf ein. Im protestantischen Bayreuther Gebiet agierte Hans Schemm – der Oberfranken zum Mustergau machte und schließlich den Großgau ‚Bayerische Ostmark‘ erhielt – bis 1934 mit demonstrativer Kirchennähe. Nicht ohne merklichen Erfolg warb er um die Pfarrer, sorgte für regen Kirchenbesuch der NS-Formationen, griff evangelische Paritätsforderungen im ‚katholischen‘ Bayern wie den Symbolfeiertag Karfreitag auf. Über den lutherischen Nationalismus suggerierte er gezielt Affinität. So erschien das evangelische Franken bis zum Kirchenkampf als ein Schauplatz der Verbindung von Reformation und nationaler Revolution. Selbst die Judenhetze des Nürnberger Führers Streicher fand Resonanz nicht nur durch die allgemein verbreiteten Ressentiments gegen die in Franken zahlreichen Juden, die den Landhandel beherrschten und in den Städten einflußreich waren. Ihr kam in seinem vorwiegend protestantischen Gau ‚Franken‘ gerade auch ein religiöser Antisemitismus entgegen, den das so bewußt deutsche Luthertum mehr als der Katholizismus nährte. Daß sich die Römische Kirche bis 1933 meist gegen den Nationalsozialismus stellte, bedingte in den katholischen Gebieten – mehrheitlich war das der Gau ‚Mainfranken‘, fast geschlossen der westliche Teil Oberfrankens – ein anderes Verhalten. Der Würzburger Gauleiter Hellmuth wie der Bamberger Kreisleiter Zahneisen profilierten sich aggressiv kirchenfeindlich. Das gab ihrem Wirkungsraum von Anfang an den Charakter eines Kampffeldes zwischen ‚arteigener‘ und ‚undeutscher‘ Weltanschauung.

Die Konfessionsregionen grenzten sich quer durch staatliche Verwaltungsbezirke und Parteigäue ab. Streckenweise kann man ihre Verzahnung, etwa zwischen dem Bamberger und dem Bayreuther oder dem Würzburger und dem Ansbacher Gebiet, noch für das frühe 20. Jahrhundert bis auf die Dorfebene herab verfolgen. Die Intensität des Bekenntnischarakters war in der Regel auf dem Land, wo die Religion meist noch mehr wog, höher als in der Stadt. In einigen ländlichen Kerngebieten beherrschte er Weltbild und Lebenshaltung nach wie vor fast absolut. Hingegen entzog sich ihm im urbanen Bereich, z. B. in Bamberg, auch ohne die säkularisierende Wirkung einer starken Industrie zum Teil eine kräftige Minderheit – aus Antiklerikalismus, den gerade der hohe Kircheneinfluß speiste. Man wird also die Konfessionsregionen in ihrer Bedeutung für die politische Kultur intern erheblich schattieren müssen.

Doch diese Zweiteilung bleibt zu grob. Im protestantischen Nordosten hob sich vom überwiegend agrarischen Bayreuther Land ein breiter Saum mit disperser Industrie an der thüringisch-sächsisch-böhmischen Grenze ab, der Hof zum Mittelpunkt hatte. Der wirtschaftliche Unterschied mit seinen Folgen für Sozialgefüge, Lebensformen und Umwelterfahrung überlagerte die konfessionelle Gemeinsamkeit. Im Bayreuthischen verband Bauern und die Mehrheit der Bürger – vorwiegend Beamte und gewerblicher Mittelstand

– eine konservative, entschieden nationale und meist monarchistische Grundeinstellung. Arbeiterinteressen und ein sozialistisches Zeitbild hatten eine eher punktuelle Geltung in den Städten. Im Hofer Gebiet dagegen traten sie der bürgerlich-bäuerlichen Orientierung breit und massiv entgegen. Indiz für die jeweilige Konstellation war die Parteiengewichtung. Im Bayreuthischen und ebenso, doch noch ausgeprägter und ausgedehnter im fast rein agrarischen, von kleineren, nahezu vorindustriellen Städten durchsetzten Ansbacher und Rothenburger Gebiet dominierte die DNVP als rechtskonservative, protestantische Sammlungspartei der – wie sie sich sahen – Opfer der Revolution und Gegner der Republik. Dagegen lag sie im Hofer Gebiet weit hinter der Sozialdemokratie.

Diese Partei der inneren Gewinner von 1918 überragte auch im zweiten industriellen Schwerpunkt Frankens, im Raum Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach, insgesamt die bürgerlichen Parteien – voran wieder die DNVP –, wenn auch aufgrund einer stärkeren industriellen Standortkonzentration mit größerem Stadt-Land-Gefälle. Doch unterschieden sich die Arbeiterbewegung und die primär von ihr bestimmte politische Kultur, d. h. auch die Reaktionsweise der bürgerlichen Seite, zwischen Hofer und Nürnberger Raum erheblich. In diesem, wo durch alte Gewerbetradition und eine gewichtige Metallproduktion die Arbeiterschaft relativ hoch qualifiziert und stark formiert war, stand ein eher wertkonservatives Arbeitermilieu im Vordergrund; es fügte sich ordnungsbewußt und kompromißpragmatisch den Weimarer Verhältnissen ein. In jenem Raum arbeitete in Textil- und Porzellanindustrie eine merklich geringer qualifizierte und organisierte, teilweise ländliche und oft wenig milieugefestigte Arbeiterschaft. Labil und erregbar, hatte sie – singular in Bayern – eine politische Radikalisierung im Zeichen der USPD und teilweise auch der KPD erfahren. Neben der Hauptstadt München war daher der hohe Nordosten Bayerns unruhigstes Gebiet in der Weimarer Zeit.

Diese Tatsache und die Art der Unruhe zeigte symptomatisch, wie nahe der Hofer Raum den benachbarten, sozioökonomisch ähnlichen Gebieten in Sachsen und Thüringen stand, mit denen er wirtschaftlich, sozial und kulturell vielfältig verflochten war. Obgleich staatlich ein Teil Bayerns, gehörte er nach den für die politische Kultur relevanten Umständen zu einer grenzenübergreifenden mitteldeutschen Region klein(st)bäuerlich-protoindustriell-protestantischer Genese. Der Nürnberger Raum, der den Typ differenzierter industriell-handwerklicher, städtischer Lebenswelt vertrat (der dritte Typ, das Schwerindustrieviertel, fehlte in Bayern), war von jenem nicht nur räumlich getrennt. Er bildete eine kleine Region zwischen den strukturell einander ähnlichen Teilen der Ansbach-Rothenburger und Bayreuther Region.

So stand der Nationalsozialismus im protestantischen Franken vor unterschiedlichen Bedingungen. Im letztgenannten Gebiet hatte er sich durch Streicher, den Rothenburger Stegmann und Schemm ungewöhnlich früh etabliert; für Bayreuth mit seinem eng der Honoratiorenschicht verbundenen Wagner-Kreis kam noch die persönliche Wirkung des oft anwesenden Hitler hinzu. So konnte die NSDAP die Erosion der deutschnationalen Restaurationshaltung – die der Sieg des ‚Landvolks‘ bei der Reichstagswahl 1930 nur noch einmal überdeckt hatte – rasch für hohe, ja für Spitzenerfolge in Stadt und Land nutzen. Aber auch der ‚rote‘ Nordosten, in dem sie strukturell schwach war, fiel ihr in der notvollen Endphase Weimars gleich den angrenzenden Bezirken Sachsens und Thüringens mehrheitlich zu: ein Umschwung, der jedoch schon 1924 im überraschenden Erfolg des ‚Völkischen Blocks‘ ein Vorspiel gehabt hatte. Am langsamsten drang die Hitler-Bewegung trotz des Verfalls der DNVP im Nürnberger Raum mit seinem dichten sozialdemokratischen Milieu vor; stärkste Partei war sie, wenngleich oft knapp, Ende 1932 allerdings auch hier.

Am frühesten, schon 1930, wurde der Nationalsozialismus zur führenden Kraft in einem weiteren protestantischen Gebiet. Es war erst 1920 an Bayern gekommen, trug kulturell mitteldeutsche Züge und teilte sich politisch aufgrund seiner gemischten Wirtschaft etwa gleich in bürgerlich-bäuerlichen Konservativismus und Sozialdemokratie: das Coburger Land. Zur Konfession – und zwar einem gegenüber dem fränkischen stark säkularisierten Luthertum – und zur sozioökonomischen Spannung zwischen agrarisch-kleinbürgerlichen und proletarischen Lebensformen kam hier als Faktor politischer Kultur eine besondere, zeitgemäß aktualisierte Herrschaftstradition. Durch sein Herzogshaus war der Kleinstaat im 19. Jahrhundert zu einem wichtigen Ort im dynastischen Europa und zugleich zu einem Zentrum deutschen Nationalkults geworden; beides hatte vor allem dem Bürgertum Selbstgefühl und politische Agilität über die Duodez-Enge hinaus vermittelt. Das gab in der Weimarer Zeit dem Engagement des letzten Herzogs, der eine Leitfigur blieb, für Hitler weite Resonanz. Hier, wo diesem 1922 der Durchbruch aus Südbayern gelungen war, entstand unter der aggressiven Führung des Kreisleiters Schwede eine Hochburg des Nationalsozialismus von reichsweiter Signalwirkung. Zweifellos stellt das Coburger Land, so sehr es mit Thüringen durch Struktur, Mentalität und andauerndem Umgang verbunden war, doch mit seinem eigentümlichen, noch immer vom ehemaligen Landesherrn abhängigen öffentlichen Profil eine eigene kleine Region zwischen Bayern und Mitteldeutschland dar.

Wesentlich gleichförmiger als das protestantische erscheint das katholische Franken. Schlagend demonstrierte dies die zwar schrumpfende, aber bis zur Reichstagswahl im März 1933 wenig durchbrochene BVP-Mehrheit in allen überwiegend katholischen Gebieten. Ein dichtes, schichtenübergreifendes kirchennahes Milieu, das Weltbild, Umweltverständnis und Umgang nachdrücklich prägte, dominierte die politische Kultur in Stadt und Land. Bei näherem Hinsehen relativiert sich allerdings die großflächige Gleichförmigkeit, die jene Wahlerfolge suggerieren. Die politische Stellung des Katholizismus, d. h. das Verhältnis zur proletarischen Linken, zu deutschnationalen oder liberalen Kräften und zum rechtsradikalen Populismus, aber auch seine eigene Erscheinung waren räumlich durchaus verschieden. Zum einen wurde das Bild durch ein Gefälle vom Meinungsmonopol bis zu harter Konkurrenz modifiziert, das zwischen Dorf und Stadt wie zwischen rein agrarischen und wirtschaftlich gemischten Gebieten bestand. Bei der Reichstagswahl Mai 1924 etwa kam in Bamberg der ‚Völkische Block‘ der BVP nahe, während diese im Umland vier Fünftel der Stimmen hielt. Und am gewerbereichen Untermain waren die Sozialdemokraten mit einem Viertel immerhin halb so stark wie die BVP. Fremdkörper wie die überwiegend protestantische Industriestadt Schweinfurt, deren selbstbewußte Arbeiterschaft z. B. 1930 SPD und KPD fast die Hälfte der Stimmen brachte, durchbrachen punktuell den mentalen Zusammenhang katholischen Lebensraums.

Zum zweiten waren nicht nur die Prinzipien dieses Lebensraumes auch unter denen, die ‚katholisch‘ wählten, verschieden verbindlich, so daß der kirchlichen Haltung zum Nationalsozialismus gewiß nicht alle in gleicher Weise folgten. Die Katholizität selbst trat räumlich verschieden auf. Denn die Diözesen hatten manche pastorale Eigenart, die z. B. einen Würzburger und einen Bamberger Stil unterscheiden ließ. Und auf divergierende gesellschaftliche Verhältnisse reagierten die kirchlichen und andere Milieustellen in jeweils spezieller Weise. In diesem Sinn hob sich der Westen des Bistums Würzburg, der Untermain samt Spessart mit dem Zentrum Aschaffenburg, ab durch seine eigene, kurmainzische territoriale Tradition, die wirtschaftliche Ausrichtung auf den Frankfurter Raum und einen höheren Gewerograd, der die Sozialdemokratie stärkte. Das führte zu einem

westdeutschen‘, einem in Bayern sonst nicht vorhandenen sozialen, ‚linken‘ Profil des Katholizismus. Er wich politisch zeitweise von der BVP offen ab. Vieles erschien hier eher rheinisch als würzburgisch. Gegen den Radikalismus der letzten Weimarer Phase war man zwar wieder geeint und das mit vergleichbarem Echo. Aber man nahm doch das Vordringen des Nationalsozialismus sowie die Machtergreifung, eine zeitweise Anpassung und die schließliche Konfliktbeschleunigung zum Kirchenkampf aus einer etwas anderen Perspektive als in Würzburg, Bamberg, Eichstätt wahr und zeigte sich aus etwas anderen Motiven des gemeinsamen katholischen Arsenal partiell resistent und vereinzelt widerständig. Hier lag ganz offensichtlich ein Raum mit eigener Disposition.

Es spricht einiges dafür, innerhalb des weiträumigen Zusammenhangs, in dem die Teilkultur ‚katholisches Milieu‘ vorherrschte, Regionen in einem Zweischritt zu bilden. Anders als im protestantischen Bereich hat dabei die Kirche primäre Bedeutung: Für Gläubige besaß sie noch immer eine konkurrenzlos hohe, durch ein Netz ‚vorgelagerter‘ Einrichtungen lebensweltlich verankerte Autorität. Das galt zumal unter der Gleichschaltung im NS-Staat, als den Bischöfen eine erhöhte Leitfunktion zukam und ihre jeweilige Haltung zwischen Loyalität und Widerspruch für kollektive Einstellungen besonderes Gewicht hatte. Man wird also zunächst, um den gesellschaftlichen Rang katholischer Identität räumlich abzustufen und ihre Reichweite zu fassen, vom institutionellen Rahmen der Diözesen auszugehen und ihn aufzugliedern suchen: nach Kerngebieten wie dem ‚Bamberger Land‘, dem Hauptteil des ehemaligen Hochstifts, einer klassischen katholischen Landschaft, Schüttermzonen wie dem Südosten des Bistums Würzburg und großen Diasporakonzentrationen wie der etwa zur Hälfte katholischen, doch stark entkirchlichten Arbeiterschaft Nürnbergs. Der letzte Fall weist bereits auf das zweite Kriterium. Es sind ökonomische, soziale, kulturelle Faktoren, welche die graduellen kirchlichen Unterschiede mitbewirken, aber auch innerhalb eines Raumes vergleichbarer Geltung eine Binnenteilung in Zonen verschiedenen Stils schaffen können.

Solche Raumdifferenzierung wird freilich oft nur vage gelingen. Vielfach wiegen die Unterschiede, soweit sie für die Haltung zum Nationalsozialismus bedeutsam sind, gegen die Gemeinsamkeiten weit weniger als in den früher skizzierten Regionen. Man wird vielleicht nur von Subregionen sprechen können. Dennoch – voneinander abgehoben werden sollten auch diese Konstellationen politischer Kultur, die insgesamt eine im Grundsatz einheitliche katholische Orientierung dominierte. Das bietet die Chance, die ‚katholische‘ Wahrnehmung des Nationalsozialismus, seine Rezeption und das Verhalten unter seiner Herrschaft hinreichend subtil und doch in einer vergleichstauglichen Größenordnung nach Motiven und Handlungsweisen aufzufächern.

4. Fazit

Allemaal geht es um diesen Erklärungswert für die NS-Forschung, um deren möglichst gesellschaftsadäquaten Blick, nicht um eine Regionenfindung an sich. Dennoch wird man nicht vom Nationalsozialismus ausgehen, sondern von der Region. Unter der von ihm geleiteten Perspektive gilt es, zunächst die mentale Topographie darzustellen, die seine gesellschaftliche Verortung, seine Verlaufsgeschichte als ‚Rezeptionsgeschichte‘ erst erlaubt. Das hier skizzierte Vorgehen setzt die möglichst dichte Rekonstruktion der Geschichtslandschaft als Erhebung der politisch relevanten Faktoren voraus. Wie weit man dabei den Rahmen spannt, ob um eine oder mehrere Regionen, ist lediglich von forschungspraktischen Gesichtspunkten – Größe, politisches Gewicht, Repräsentativität u.ä. – her zu ent-

scheiden. Denn jede Untersuchung dieser Art kann nur ein Zwischenergebnis sein, das zum Vergleich weiterführt. Ihr Endzweck ist der Beitrag zu einem nationalen Gesamtbild; darauf ist sie auszurichten.

Wie sie diesen Beitrag leistet, das vermag allerdings nur der regionale Blick. Er bietet neben anderen Ansätzen der NS-Forschung seinen spezifischen Zugang zum Nationalsozialismus, mit eigenen Fragen, Quellen und Methoden. Auch in der am stärksten zentralistischen Phase der deutschen Geschichte bleibt eine Dimension, die den Part der Regionalgeschichte erfordert.

Gerhard Brunn/Jürgen Reulecke

Diskussionsbeitrag

Zunächst einige allgemeine Hinweise zu unserer Ausgangsposition: Die in den letzten Jahren zu beobachtende Schärfung des regionalgeschichtlichen Blicks auf Ereignisse und Prozesse des 19. und 20. Jahrhunderts im Kontext mentalitäts-, kultur- und wahrnehmungsgeschichtlicher Fragestellungen hat auch zu beachtlichen neuen Denk- und Interpretationsanstößen geführt, um das Verhältnis des nationalsozialistischen Führerstaats und seiner Herrschaftshierarchien zu den facettenreichen regionalen, landsmannschaftlichen und provinztypischen Ausprägungen der deutschen Gesellschaft zu analysieren. Dies halten wir deshalb für wichtig und notwendig, weil auf diesem Wege grundsätzlich eine noch bessere Kenntnis des nationalsozialistischen Verführungspotentials erwartet werden kann, vor allem aber Antworten auf die Frage zu erhoffen sind, womit die regional unterschiedlich ausgeprägte bzw. auf unterschiedliche mentale Grundlagen zurückzuführende Akzeptanz des Nationalsozialismus, eventuell auch verschiedene Formen der Resistenz gegen die allgemeine „Gleichschaltung“ erklärt werden können. Wir meinen, daß der Begriff „Region“, der eher zu den „weichen“ Konzepten gehört, weil eine eindeutige Definition Schwierigkeiten bereitet und er daher zu Kontroversen einlädt, dennoch durch die Hinzuziehung des in einem bestimmten Sinne verstandenen Begriffs „Regionalkultur“ eine reizvolle forschungsleitende Ausgangsbasis liefern kann. Auszugehen ist dabei von der relativ trivialen Annahme, daß Menschen in ihrer jeweiligen Zeit über eine je differenzierte „kognitive Kartographie“ verfügen, die unter anderem auch zu unterschiedlichen Identifikationen mit den verschiedenen Ebenen führt, die zusammengenommen – von der Identifikation mit der Nation bis zu der mit der unmittelbaren Nachbarschaft – ihre subjektiv wahrgenommene Lebenswelt mit Sinn erfüllen und für sinnvoll gehaltenes Handeln ermöglichen. Daß Identifikation dabei keineswegs als bloß zweckrationale Selbstzuordnung zu verstehen ist, sondern vielerlei emotionale und mentale Komponenten enthält, liegt ebenso auf der Hand wie die Tatsache, daß spezifische Arten von Identität zur Herausbildung von mehr oder weniger konsistenten Milieus führen, die sich oft mit regionalen Besonderheiten verbinden. Indem die neuere Regionalgeschichte ihr Interesse jener mittleren Ebene zuwendet, die zwar keineswegs unbeeinflusst von den allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Prozessen in den Köpfen konkreter Menschen existiert, aber dennoch im Sinne von „Heimat“ durch eine spezifische und eigenständige Art der Sinnzuschreibung und Identifikation Gestalt gewinnt, versucht sie, sich dem von der traditionellen Sozialgeschichte weitgehend ausgeblendeten Problem der zeittypischen Wahrnehmung und deren Konsequenzen für den Geschichtsprozeß anzunähern. Der Begriff „Kultur“ bezeichnet in diesem Kontext die Austausch-, Deutungs-, und Vergesellschaftungsprozesse, über die Gesellschaften, gerade auch regionale Gesellschaften, hergestellt werden. Mit anderen Worten: „Mit „Kultur“ ist ein von symbolischen Formen geprägtes, ständig im Fluß befindliches „System [gemeint], mit dessen Hilfe die Menschen ihr Wissen vom Leben und ihre Einstellungen zum Leben mitteilen, erhalten und weiter-

entwickeln“¹. Dies geschieht insbesondere in der Nahwelt, d. h. in einem von Traditionen und kollektiven Mentalitäten stark bestimmten Umfeld. „Region“ ist also in erster Linie davon abhängig, ob die Bewohner eines bestimmten Raumes ihn als einen besonderen erleben und sich mit ihm identifizieren. Insofern ist Region ein mentales Konstrukt und trägt unter Umständen in beachtlicher Weise zur „Konstruktion von Wirklichkeit“ bei.

Daß in Deutschland die Fraktionierung in vielerlei Regionalkulturen historisch bedeutender war als in anderen Nationen, ist bekannt. Dennoch hat sich – so eine Beobachtung James Sheehans aus dem Jahre 1981 – wenig daran geändert, daß französische Historiker das hochzentralisierte Frankreich in starkem Maße von seinen Regionen her untersuchen, während Deutschland als das am stärksten fraktionierte politische Gebilde (West-)Europas von seinen Historikern so behandelt wird, als sei es eine kompakte Einheit. Die von Sheehan angesprochene Fraktionierung umfaßte am Ende der Weimarer Republik nicht nur das Weiterbestehen institutioneller, materieller und ideeller Traditionen der im Jahre 1871 zusammengeschlossenen deutschen Staaten, sondern auch von Regionen als territorialen Einheiten eigener Art. Das Thema der Binnengliederung Deutschlands besaß in den Jahren vor der nationalsozialistischen Regierungsübernahme im Rahmen der Überlegungen zur Reichsreform eine besondere Aktualität. In den Debatten um die politische Neugliederung des Reichsgebietes spielte neben den allgemein politischen, den ökonomischen und administrativen Argumenten das Konzept der historisch gewachsenen „organischen“ Kulturräume eine prominente Rolle. Dieses Konzept konnte gegen Ende der zwanziger Jahre auf eine hundertjährige Geschichte bis in die Zeit der Romantik zurückblicken, in der die intellektuellen Instrumente entwickelt worden waren, die es erlaubten, Territorien oder Landschaften geistig als Persönlichkeiten, als „Wesenslandschaften“ zu konstruieren, in deren Kultur, Sprache, Geschichte, Siedlungsweise, Trachten und Bräuchen, Sagen, Märchen und Liedern sich der Volksgeist als spezifische Konkretisierung der Nation äußerte. Mit solchen Denkkonstruktionen verbanden sich im 19. Jahrhundert zusammenhängende Diskurse und kanonisierte Vorstellungen über die Regionen (Landschaften etc.), die sich zu Stereotypen und Autostereotypen – Pfalz und Pfälzer, Rheinland und Rheinländer – verdichteten. Der Gesamtgehalt regionaler Eigen- und Fremdthematisierung kondensierte nach 1871 zunehmend in dem Leitbegriff der Heimat. „Heimat“ wurde auf der einen Seite nach der Jahrhundertwende durch die 1904 gegründete Heimatschutzbewegung gesamtstaatlich im antimodernen, antiurbanen, antiindustriellen Sinne ideologisiert und politisiert. Auf der anderen Seite aber diente dieser Begriff regionalen Eliten als Instrument zur Selbstvergewisserung, zur Untermauerung ihres Anspruchs auf Definierung des Regionalen und der regionalen Interessen wie deren Vertretung nach außen sowie zur Verortung und Funktionszuschreibung der Region im Nationalstaat. In der Zeit der Weimarer Republik avancierten die Konstrukte Heimat, Heimatliebe oder Siedlungsraum zu Instrumenten der großen Politik, um in den Grenzgebieten Ansprüche der Siegermächte abzublocken. Darüber hinaus ging die Wissenschaft im Zusammenspiel verschiedener Disziplinen wie Geographie, Geschichte und Volkskunde daran, den holistischen Vorstellungen von den Kulturräumen als Einheit von Volk und Raum, als ganzheitliche Organismen und Gemeinschaften, als Heimat eine allgemeingültige, wissenschaftlich abgesicherte Legitimation zu geben. Die wissenschaftlichen Aktivitäten wurden von regio-

¹ Clifford Geertz, Religion als kulturelles System, in: Ders., Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt/M. 1983, S. 46.

nenalen Eliten, z.B. im preußischen Westfalen, intensiv gefördert, mit Institutionen ausgestattet und in Anspruch genommen, um das Bild der Region zu konkretisieren, das regionale Bewußtsein zu fördern und zu stärken sowie die politischen Ansprüche zu untermauern, bei einer eventuellen Neuordnung des Reiches die räumliche Integrität zu wahren oder gar Forderungen nach räumlicher Erweiterung zu rechtfertigen.

Die Regionen oder Landschaften waren also keineswegs rein geistige Raumkonstrukte mit symbolischer und ideologischer Dimension oder analytische Referenzräume zur logischen Ordnung des nationalen Territoriums. In der Regel waren mit den realen politischen Grenzziehungen der Neuzeit, welche „die prägendsten Anschlußveränderungen, konsequentesten Umwälzungen und tiefsten symbolischen Brüche nach sich zogen“², nicht nur Binnenfunktionsräume mit unterschiedlicher Kompetenzausstattung als Referenzrahmen für Kommunikations- und Handlungszusammenhänge geschaffen worden, sondern diese Grenzziehungen steckten auch die Räume für die regionale Artikulation ab. Sie wurden mit vielerlei kulturellen Konstrukten aufgefüllt, wobei die geistige Konzeption der Kulturräume mit Hilfe bürgerlicher Vereine materialisiert wurde, indem diese die von ihnen beschworene Volkskultur entsprechend ihren Perzeptionen wiederbelebten, überformten oder auch ganz neu erfanden. Die auf diese Weise geschaffenen Regionalkulturen trugen wesentlich zu einem spezifischen regionalen Beziehungsgefüge bei, zu intensiven persönlichen, sozialen, institutionellen, kulturellen Verflechtungen, regionalen Netzwerken, wie man heute sagt. Region und Nation stellten in dem Selbstverständnis derjenigen, die Regionalität artikulierten, keinen Gegensatz dar, sondern waren nur unterschiedliche Konkretionen. Die abstrakte Nation verkörperte sich gewissermaßen als spezifische Teilversion konkret in der Region. Die Nationalvorstellung regionaler Eliten, so hat es zumindest Celia Applegate für die Pfalz nachgewiesen, gründete auf der Vorstellung, daß die Nation gewissermaßen als ein „multiple self“ die Summe der regionalen Vielfalt darstelle; und sie stellt in ihrer Studie zur Rheinpfalz die These auf, daß die deutsche Identität seit der Reichsgründung von 1871 überhaupt auf der Idee der Heimat bzw. der vielen Heimaten beruhe³. Zweifellos stellte der Nationalstaat die am stärksten symbolisierte räumliche Ebene dar, und seine von der räumlichen Dimension unabhängige Legitimität, Rationalität und Funktionalität durchdrang mit Hilfe vielfältiger institutioneller Praktiken wirkungsmächtig die Regionen. Andererseits ist jedoch mit Grabher davon auszugehen, daß sich in diesen Handlungszusammenhängen und Kommunikationssystemen das regionale Selbstverständnis fortwährend konkretisierte – nicht in der Form „eines über alle Kommunikationssysteme hinweg unveränderlichen und homogenen ‚Selbstbildnisses‘ der Region als vielmehr [durch] die Herausbildung einer spezifischen ‚Semantik‘, vermittels derer die Region in den verschiedenen Handlungszusammenhängen und Kommunikationssystemen Identität [gewann]“⁴ und in diesen Zusammenhängen auf eine spezifische Art und Weise agierte.

Was ergibt sich daraus für Forschungen mit Bezug auf das Beziehungsgeflecht zwischen Regionen und Nationalsozialismus? Zunächst einmal ist Folgendes zu sagen: Auch wenn

² Rüdiger Gans, Regionalbewußtsein und regionale Identität, in: Regionalgeschichte – ein Ansatz zur Erforschung regionaler Identität (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/1993), hg. v. der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, S.786.

³ Celia Applegate, A nation of provincials: The German idea of homeland in the Rhenish Pfalz 1870–1955, Diss., Stanford/Cal. 1987.

⁴ Zit. n. Identität und Region, in: WBZ – Mitteilungen (Wissenschaftszentrum Berlin), Nr.64, Juni 1994, S.28.

inzwischen eine Fülle von Studien zur Herrschaftspraxis des Regimes, zu Widerstand und Verfolgung in einzelnen Orten und Regionen (vgl. z. B. das bekannte Bayern-Projekt des Instituts für Zeitgeschichte) vorliegt und auch die Binnengliederung von nationalsozialistischen Organisationen bis auf die Gau- und Ortsebene hinunter untersucht worden ist, mangelt es noch – abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen – an Forschungen, die konsequent die umgekehrte Perspektive verfolgen, d. h. die die Rolle und Funktion der Regionen im Vorfeld, bei der Durchsetzung und beim Ausbau der nationalsozialistischen Herrschaft untersuchen. Anders und als These ausgedrückt: Die je regionalspezifische „kognitive Kartographie“ und die oben erwähnte besondere „Semantik“ haben wie ein Filter zwischen den nivellierenden und zentralistischen Ansprüchen „von oben“ bzw. „von außen“ und den Menschen in der jeweiligen Region gewirkt. Ein solcher Filter konnte dabei – je nachdem wie die neuen Machthaber mit ihm umgingen oder wie ihn die regionalen Eliten handhabten – befördernd oder hemmend bei der Durchsetzung des NS-Herrschaftssystems sein. Regionale Wahrnehmungs- und Deutungstraditionen, regional verwurzelte Milieus mit relativ festem Normengefüge, die vielen Elemente der überkommenen regionalen Alltagskultur usw. waren (neben den in der Bevölkerung vorherrschenden allgemeineren sozioökonomischen und politischen Einstellungen, Sehnsüchten und Ängsten) wichtige Domänen, die die Nationalsozialisten erst einmal erobern mußten, wenn sie die dem „System von Weimar“ unterstellte individualistische Zersplitterung der Gesellschaft in vielerlei egoistisch verteidigte Eigenbereiche zugunsten einer alles umfassenden Volksgemeinschaft überwinden wollten.

Und wie in vielen anderen Handlungsfeldern des gesellschaftlichen Lebens gab es auch hier verschiedene Möglichkeiten des strategischen Umgehens mit solchen Bereichen, die ein ausgeprägtes Eigenleben für sich reklamierten: Sie reichten von massiver Unterdrückung einschließlich der Ausschaltung der Wortführer über partielle Adaption der Regionalkultur und deren Umdefinition im nationalsozialistischen Sinn bis hin zur vollständigen Vereinnahmung mit der Behauptung, zwischen der jeweiligen regionalen Eigenart und den Zielen des NS-Führerstaats gebe es keine Differenzen. Da es bei all solchen Strategien meist nicht simpel nur um die Umsetzung von am gesellschaftspolitischen Reißbrett entworfenen Planungen, sondern um das konkrete Agieren von Menschen in einem vielschichtigen Handlungsraum geht, stellt sich gleichzeitig die Frage nach den „kognitiven Kartographien“ und mentalen Fixierungen einerseits der Inhaber der bisherigen kulturellen Deutungshegemonie in den Regionen und andererseits der in diese Phalanx hineindrängenden neuen Machtträger und NS-Sinnstifter. Es liegt auf der Hand, daß in stark konfessionell geprägten Regionen die Spannbreite zwischen Loyalität und Resistenz besonders gut herausgearbeitet werden kann, wie neuere Untersuchungen z. B. zu Westfalen exemplarisch zeigen. Aber auch das traditionsreiche Vereinswesen im Bereich von Regionalgeschichte, Volkskultur und Heimatschutz stand in einem zum Teil recht ambivalenten Verhältnis zum Regime, ein Verhältnis, das nicht zuletzt wegen eines unterschiedlichen Verständnisses des Begriffs „Volkstum“ oft belastet war, wie Karl Ditt in seiner Studie über die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923 bis 1945 nachgewiesen hat⁵: Während der zentralistisch argumentierende NS-„Reichsbund Volkstum und Heimat“ behauptete, es habe in früheren Zeiten eine einheitliche deutsche Volkskultur gegeben, die dann der Liberalismus zerstört habe und die es als Basis der neuen Volksgemein-

⁵ Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen. 1923–1945, Bielefeld 1988.

schaft wiederzubeleben gelte, gingen die regionalen Heimatschützer von den landschaftlichen Besonderheiten aus und setzten auf die Stärkung der regionalen Identität. Die Konflikte gingen so weit, daß einige „Landschaften“ nicht mehr bereit waren, Beiträge an den Reichsbund abzuführen. Wenn man die offiziellen Gaupublikationen wie z.B. den Band „Volk und Kultur im Gau Westfalen-Süd“ oder Broschüren zu einzelnen Gautagen durchsieht, dann fällt sofort ins Auge, mit welchen Argumenten sich die Nationalsozialisten von den traditionellen regionalen Leitbildern absetzten und dennoch dabei den Stolz der Menschen auf ihre Heimat beschworen. Vor allem wird aber sichtbar, was auch schon Ditt beobachtet hat, daß sich nämlich die Brauchtums- und Volkstumspropaganda der Parteigliederungen in erster Linie an die Jugend und an die Arbeiterschaft richtete, während die regionale Heimatbewegung von den bürgerlichen Honoratioren und von Menschen mittleren und höheren Alters getragen wurde. Generationenspezifische Konstellationen verschmolzen mit regionalen Besonderheiten übrigens auch bei jener jugendlichen Protestbewegung, die unter dem Namen „Edelweißpiraten“ bekannt geworden ist, und bei vielen weiteren Konfliktfeldern.

Dies alles sind nur einige Hinweise auf Möglichkeiten, wie und an welchen Stellen eine kulturgeschichtliche Regionalforschung mit Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus das Konzept der „Regionalkultur“ in innovativen Projekten umsetzen kann. Die These, der gelegentliche Rekurs der Nationalsozialisten auf die regionalen Eigenheiten habe lediglich den Charakter einer „symbolischen Kompensation“ besessen (U. Büttner), scheint uns jedenfalls die gesamte Lebenswirklichkeit im Dritten Reich aus einer nur sehr engen Perspektive zu berücksichtigen. Die Gründe für Loyalität und Dissens, Bereitschaft zum Mitmachen und Abständigkeit lassen sich nicht nur auf eine klare Polarität zwischen NS-Herrschaft hier und Gesellschaft dort reduzieren, sondern entstammten einer Gemengelage recht heterogener sozialer und mentaler Grundtatbestände, die auch zu einer Fragmentierung innerhalb des Nationalsozialismus führte. Wenn man das Beziehungsgeflecht zwischen den „kulturellen“ Bedürfnissen der Menschen in den zwanziger und dreißiger Jahren und dem Herrschaftsapparat bzw. den NS-Organisationen und -Funktionären besser verstehen will, dann liefert u.E. besonders der regionalgeschichtliche Zugriff einen aussichtsreichen Zugang. Die von Ian Kershaw mit Erstaunen registrierte Beobachtung, das Ausmaß von Dissens im Dritten Reich sei frappierend, noch mehr aber dessen Vereinbarkeit mit einer grundsätzlichen Übereinstimmung mit den Hauptlinien der NS-Politik, fände dann vielleicht einleuchtendere Erklärungen als bisher.

II. Regionale Profile des Nationalsozialismus vor 1933

Hellmuth Auerbach

Regionale Wurzeln und Differenzen der NSDAP 1919–1923

Die NSDAP ist bekanntlich in München entstanden, aber sie war in ihren Anfängen keine rein Münchner Erscheinung. In den Jahren bis 1923 entwickelte sie in Bayern und außerhalb regionale Schwerpunkte und Besonderheiten. Es war auch keineswegs so, daß Adolf Hitler als „Führer“ von Anfang an diktatorisch den Weg der Partei bestimmte. Gerade in Bayern mußte er sich erst durchsetzen und die Konkurrenz anderer völkischer Propagandisten in und außerhalb der Partei abwehren. Der folgende Beitrag soll vor allem diese Entwicklung und die regionalen Differenzen in der Frühzeit der Partei aufzeigen.

Die Vorläuferorganisationen

München war schon während des Ersten Weltkriegs ein Hauptagitationszentrum der sich im Kampf gegen die Politik Bethmann Hollwegs und seiner Nachfolger ständig steigenden nationalistischen und alldeutschen Bewegung geworden. Im Verein damit wurde es dies sehr bald auch für den völkischen Antisemitismus. Im Juli 1916 entstand in München ein „Volksausschuß für die rasche Niederkämpfung Englands“, dem eine Reihe einflußreicher Adeliger und Universitätsprofessoren angehörte. Fast die gleichen Leute gaben in dem ein gutes Jahr später entstehenden bayerischen Landesverband der Deutschen Vaterlandspartei den Ton an¹. Ein gesellschaftlicher und geistiger Mittelpunkt dieser Kreise wurde das Haus des Verlegers Julius F. Lehmann, der ab 1917 die alldeutsch-völkische Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ herausbrachte, zu deren Herausgebern u.a. der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Heinrich Claß, und der Rassentheoretiker Houston Stewart Chamberlain gehörten. Auch der 1912 auf Initiative von Theodor Fritsch entstandene völkische Geheimbund „Germanen-Orden“ war in München aktiv; am 1. November 1918 soll er allein in München ca. 200 Mitglieder gehabt haben, in ganz Bayern waren es ca. 1500². Da der Germanen-Orden nicht an die Öffentlichkeit treten wollte, gründeten einige seiner Mitglieder Ende 1917 einen Verein namens „Thule-Gesellschaft“, der bald die ganze Prominenz der Völkischen in München zu seinen Mitgliedern zählte³. Es war ein ausgesprochen großbürgerlicher Verein mit starkem studentischen Ein-

¹ Zum Volksausschuß und zum bayerischen Landesverband der Deutschen Vaterlandspartei vgl. Willy Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912–1918, Berlin 1968, S. 164 f. u. S. 286 f.

² Zum Germanenorden vgl. Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 61 ff.

³ Dazu vor allem Reginald H. Phelps, „Before Hitler came“. Thule Society and Germanen Orden, in: Journal of Modern History (JMH) 35 (1963), S. 245–261; Hermann Gilbhard, Die Thule-Gesellschaft – Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 1994.

schlag, streng antisemitisch auf der völkischen Ideologie aufbauend, man dekorierte mit Hakenkreuzen, trieb Runenkunde und schwärmte für die Germanen, wie man sie sich in solchen Kreisen vorstellte. Natürlich glaubte man auch an die Idee einer „jüdischen Weltverschwörung“ und fand an Gottfried Feders Theorie von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ Gefallen⁴. Feder war Mitglied der Thule-Gesellschaft, ebenso Dietrich Eckart, Alfred Rosenberg und andere, die man später in der NSDAP wiederfindet.

Vorsitzender der auf München beschränkten Thule-Gesellschaft war ein Freiherr von Sebottendorff⁵ – von obskurer, ursprünglich bürgerlicher Herkunft, aber offensichtlich vermögend. Er mietete in einem Seitenteil des Hotels „Vier Jahreszeiten“ einige Räume an, die bald auch von anderen völkisch-antisemitisch gesinnten Gruppierungen in München benutzt wurden, vor allem in der Revolutions- und Rätezeit, als es für rechtsgerichtete Organisationen ratsam schien, im Hintergrund zu bleiben. Die Thule-Gesellschaft betätigte sich während dieser Zeit konspirativ im gegenrevolutionären Sinne, versuchte eine antimarxistische Bürgerwehr mit aufzubauen und vermittelte Freiwillige in entstehende Freikorps. Einige Mitglieder haben Waffenlager angelegt und zu Sabotagezwecken Ausweise und andere Papiere der KPD und der Roten Armee entwendet und gefälscht. Sebottendorff verließ München am 16. April 1919. Bei einer kurz danach von den Roten durchgeführten Durchsuchung der Räume der Thule-Gesellschaft wurden u. a. Mitgliederlisten gefunden, die zu einer Verhaftungsaktion führten. Ihr fielen aber vor allem solche Leute zum Opfer, die an der Konspiration nicht beteiligt waren. Sieben von ihnen wurden bei dem berüchtigten sogenannten „Geiselmord“ am 30. April 1919 im Luitpoldgymnasium in München erschossen⁶.

Die propagandistische Ausnützung dieses „Geiselmordes“ durch die „Weißen“ und das rechtsgerichtete Bürgertum in München steigerte noch die Rache-Stimmung und die antisemitische Haltung in der bürgerlichen Bevölkerung und unter den Soldaten. Man sah die Münchner Revolution und ihre Folgen als ein Werk der Juden und Bolschewisten an. Diese Stimmung setzte sich fort in den Wehrverbänden und nationalen Vereinen und prägte im Verein mit der Gegnerschaft gegen das „rote“ Berlin stark das politische Klima in München und Oberbayern in den frühen 20er Jahren. Davon profitierten natürlich auch die Nationalsozialisten und ihre Vorgänger. Die Niederschlagung der Revolution bereitete also den Rechtsradikalen den Boden.

Sebottendorff konnte im Juni 1918 nach dem Tode des Verlegers Franz Eher dessen Lokalblatt „Münchener Beobachter“⁷ erwerben, das bald mit dem Untertitel „Unabhängige Zeitung für deutsche und völkische Politik“ erschien. Nach dem Ende der Revolution firmierte es offen auch als „Ankündigungsblatt nationaler Vereine“. Der Verlag des „Münchener Beobachters“ befand sich anfangs in der Thierschstraße, dann in der Schellingstraße und wurde von Hans Georg Grassinger⁸ geleitet, einem Mitglied der Deutschsozialisti-

⁴ Albrecht Tyrell, Gottfried Feder and the NSDAP, in Peter D. Stachura (Hg.), *The Shaping of the Nazi State*, London 1978, S. 48–87.

⁵ Ellic Howe, Rudolph Freiherr von Sebottendorff, hg. v. Albrecht Götz von Olenhusen, Freiburg i. Br. 1989 (unveröffentlichtes Manuskript im Institut für Zeitgeschichte, künftig IfZ); Rudolf von Sebottendorff, *Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung*, 2. Aufl. München 1934.

⁶ Dazu insbes. Heinrich Hillmayr, *Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges*, München 1974, S. 100ff.

⁷ Adolf Dresler, *Der „Münchener Beobachter“ 1887–1918*, Würzburg 1940.

⁸ IfZ ZS 50, Zeugschrifttum Georg Grassinger.

chen Partei. Ab 1. Januar 1920 erschien das Blatt unter dem Namen „Völkischer Beobachter“ (VB)⁹.

Einer der Mitarbeiter des „Münchener Beobachters“ war der Journalist Karl Harrer, wie Grassinger ebenfalls Mitglied der Thule-Gesellschaft und von dieser beauftragt, gleichgesinnte, also national eingestellte Leute in der Arbeiterschaft zu finden. Harrer stieß am 2. Oktober 1918 auf den Werkzeugschlosser Anton Drexler, ein Mitglied der Deutschen Vaterlandspartei, der im März 1917 einen „Freien Arbeiterausschuß für einen guten Frieden“ gegründet hatte und an diesem Tag erstmals mit einer öffentlichen Versammlung um Mitglieder warb. Drexler verstand sich als nationaler Sozialist¹⁰. Harrer gewann ihn für einen „politischen Arbeiterzirkel“ innerhalb der Thule-Gesellschaft. Drexler wollte aber öffentlich wirken und gründete am 5. Januar 1919 eine „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP), deren Vorsitz er übernahm. Harrer behielt jedoch großen Einfluß auf die neue Partei und sorgte für deren Unterstützung durch die Thule-Gesellschaft.

Die Anhänger Drexlers, großenteils Handarbeiter der Münchner Eisenbahnwerkstätten, betrachteten sich als Handwerker und nicht als Proletarier. Zum Selbstverständnis der Arbeiter, die die neue Partei ansprechen wollte, heißt es in deren Richtlinien: „Die DAP will die Adeligkeit des deutschen Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zu dem Mittelstand gerechnet zu werden. Zwischen Arbeiter und Proletarier soll ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden . . .“¹¹ In seiner Bekenntnisschrift „Mein politisches Erwachen“ schreibt Drexler: „In der neuen kommenden Weltordnung muß ein neues geeinigtes Deutschland erstehen. Parteienhader, Klassenkampf und Bruderhaß müssen einem festen Nationalismus weichen. Aus den politischen *Obdachlosen*, die zu Hunderttausenden unter den Beamten, Kleinbürgern und Arbeitern aus Unzufriedenheit mit ihren alten Parteien entstanden sind, soll ein neuer ‚nationaler Bürgerbund‘ (oder wie man es sonst nennen will) entstehen.“¹² „Der Jude“ wird von Drexler als „Verräter an der Arbeiterschaft“ gesehen; der jüdische Bolschewismus wolle auch die Ausrottung des Mittelstands. Die Sozialdemokratie sei „die Kampftruppe des Judentums“. Die Mitglieder der DAP und dann der NSDAP waren weniger Arbeiter als vielmehr Kleinbürger, die am Stammtisch ihren nationalen Sehnsüchten nachgingen. Dazu kamen völkisch gesinnte Studenten, die die Thule-Gesellschaft und der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund auf die neue nationale Partei aufmerksam machten. Viele dieser Leute traten ihr bei. Um die Jahreswende 1919/20 hatte die DAP etwas über 200 Mitglieder.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund war im Frühjahr 1919 aus dem Alldeutschen Verband hervorgegangen. Geistige Grundlage seiner Tätigkeit war vor allem die Schrift des Verbandsvorsitzenden des ADV, Justizrat Heinrich Claß, die 1912 unter dem

⁹ Vgl. Sonja Noller, Die Geschichte des „Völkischen Beobachters“ von 1920–1923, Diss. phil., München 1956; Roland V. Layton jr., The Voelkischer Beobachter, 1925–1933. A Study of the Nazi Party Newspaper in the Kampfzeit, Diss. phil., Univ. of Virginia 1965; Roland V. Layton jr., The Völkischer Beobachter, 1920–1933: The Nazi Party Newspaper in the Weimar Era, in: Central European History (CEH) 3 (1970), S. 353–382.

¹⁰ Zu Drexler: Reginald H. Phelps, Anton Drexler – Der Gründer der NSDAP, in: Deutsche Rundschau 87 (1961), S. 1134–1143; Max H. Kele, Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor, 1919–1933, Chapel Hill N. C. 1972, S. 31 ff.; Anton Joachimsthaler, Die Anfänge der NSDAP, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“, Ausstellungskatalog, München 1993, S. 83–96.

¹¹ Die Richtlinien vom 5. Januar 1919 zit. n. Georg Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung 1919–1922, Preußisch Oldendorf 1974, S. 114.

¹² Anton Drexler, Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters, München 1919, S. 25 (Hervorhebung im Original).

Titel „Wenn ich der Kaiser wär“ erschienen war¹³. Der über ganz Deutschland verbreitete Schutz- und Trutz-Bund war der Versuch einer übergreifenden Formierung der völkisch-antisemitischen Bewegung, eine Arbeitsgemeinschaft aller völkischen Verbände mit lockerem Zusammenhalt. Er wuchs dank der Mitarbeit vieler Verbände schnell an: Ende 1919 hatte er schon annähernd 30 000 Mitglieder, bis Oktober 1920 über 100 000. Bis zu seiner Auflösung im Sommer 1922 erreichte der Bund eine Gesamtzahl von ca. 200 000 Mitgliedern; sie waren aufgegliedert in Ortsgruppen, die Gesamtheit der Ortsgruppen eines Landes war zu einem Gau zusammengefaßt.

In München bildete sich im Sommer 1919 eine Ortsgruppe unter der Leitung des Stadtschulrats a. D. Wilhelm Rohmeder, der zugleich Vorsitzender des Deutschen Schulvereins war. Fast die ganze Thule-Gesellschaft trat auch dem Schutz- und Trutz-Bund bei, der ihre Räume im Hotel „Vier Jahreszeiten“ mitbenutzte. Eine Doppelmitgliedschaft in verschiedenen nationalen und antisemitischen Vereinigungen war damals nicht nur in München gang und gäbe. Im Juli 1920 war der Schutz- und Trutz-Bund mit fast 40 000 Mitgliedern die stärkste Organisation der völkischen Bewegung in München¹⁴. Auch Hitler anerkannte später, daß der Bund der „große Vorkämpfer in der Judenfrage“ war.

Hitlers Anfänge

Es ist hier nicht der Ort, noch einmal zu berichten, wie Hitler am 12. September 1919 als V-Mann eines Aufklärungskommandos der Reichswehr zur DAP stieß, sich von Drexler anwerben ließ und für die Partei als „Werbeobmann“ fungierte¹⁵. Nach seinem Eintritt brachte Hitler neue Leute in die Partei. In der jungen DAP bildeten sich bald zwei Gruppen: die Drexler-Harrer-Gruppe (Arbeiter, Handwerker und kleine Geschäftsleute) und die Hitler-Gruppe (größtenteils ehemalige Frontsoldaten, die nichts mit den bürgerlichen Lebensidealen zu tun hatten). Beide Gruppen waren völkisch-nationalistisch orientiert. Drexler stand zwischen Harrer und Hitler, tendierte aber zu letzterem. Die Frage, ob die DAP eine Loge – ähnlich der Thule-Gesellschaft, wie Harrer es wollte – oder eine Massenbewegung sein sollte, wurde im Sinne Hitlers gelöst. Harrer zog sich Anfang 1920 von der Partei zurück, im Zusammenhang mit der Führungskrise im Sommer 1921 wurde er ganz ausgeschlossen.

Da Hitler bei der Reichswehr, aus der er am 3. März 1920 ausschied, und auch sonst nichts zu tun hatte, konnte er für die kleine Partei viel Zeit und Energie einsetzen und seine Position dort ausbauen. Nachdem er am 7. Januar 1920 eine große, erfolgreiche antisemitische Massenveranstaltung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes miterlebt hatte, setzte er es trotz großer Bedenken seiner Parteifreunde durch, daß die DAP eine ähnliche Massenversammlung einberief. Sie fand am 24. Februar 1920 im Festsaal des

¹³ Vgl. dazu Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 20; Hellmuth Auerbach, *Nationalsozialismus vor Hitler*, in: Wolfgang Benz, Hans Buchheim, Hans Mommsen (Hg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt/M. 1993, S. 22ff.

¹⁴ Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 293.

¹⁵ Vgl. Hellmuth Auerbach, *Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)* 25 (1977), S. 1–45; Reginald H. Phelps, *Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei*, in: *American Historical Review* 68 (1963), S. 974–986; Anton Joachimsthaler, *Hitlers Eintritt in die Politik und die Anfänge der NSDAP*, in: *München – „Hauptstadt der Bewegung“*, S. 71–82; Gilbhard, *Thule-Gesellschaft*, S. 149ff.

Hofbräuhauses statt und soll von etwa 2000 Leuten besucht worden sein, darunter aber viele Gegner. Hauptredner des Abends war der durch sein Auftreten im Schutz- und Trutz-Bund und durch seine Schriften bekannte Mittelstandspolitiker Dr. Johannes Dingfelder. Nach ihm gab Hitler das neue Programm der Partei bekannt, die sich nun „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) nannte¹⁶. Die 25 Programmpunkte sind von Drexler entworfen und von Hitler redigiert worden. Als ihre geistigen Paten müssen aber Dietrich Eckart, der nationale Dichter, und Gottfried Feder, der Propagandist der „Brechung der Zinsknechtschaft“ gelten. Die Hauptpunkte des Programms sind national kleinbürgerlich, keineswegs national sozialistisch¹⁷. Für Hitler stand das Programm ohnehin nicht im Vordergrund. Er hielt sich vor allem an die vier ersten Punkte: 1. Schaffung eines Großdeutschland, 2. Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain, 3. Schaffung von „Lebensraum“ für das deutsche Volk, 4. Kampf gegen die „jüdische Rasse“. Im „Völkischen Beobachter“ vom 28. Februar 1920 wurde kurz über die Versammlung der DAP vom 24. des Monats und ihre Umwandlung in die NSDAP berichtet. Über das Programm der neuen NSDAP heißt es, daß dieses „in den Grundzügen dem Programm der Deutsch-sozialistischen Partei nahe kommt“¹⁸.

Der „Völkische Beobachter“ erschien ab 1. April 1920 dreimal wöchentlich. Zu seiner Unterstützung wurde am 28. Juli 1920 ein „Bund der Beobachterfreunde“ gegründet, an dessen Gründungsversammlung auch Hitler teilnahm¹⁹. Die NSDAP war sehr an einer Zeitung interessiert. Als der „Beobachter“ Ende des Jahres 1920 in finanzielle Schwierigkeiten geriet und zum Verkauf stand, griff Hitler deshalb zu. Durch Vermittlung von Dietrich Eckart und dem Augsburger Fabrikanten Dr. Gottfried Grandel konnte er das nötige Geld aufbringen, um die Zeitung am 17. Dezember für die NSDAP zu erwerben. 60 000 Mark hat Oberst Ritter von Epp auf Fürsprache Röhms aus einem Reichswehrgeld zugeschossen. 120 000 Mark Schulden wurden nur langsam von der Partei abgetragen²⁰. Am Inhalt des VB änderte die Übernahme durch die NSDAP vorerst gar nichts²¹. Als Hauptschriftleiter setzten die Nationalsozialisten Hugo Machhaus ein, der den Posten aber nur bis August 1921 behielt. Sein Nachfolger wurde bis März 1923 Dietrich Eckart, dann Alfred Rosenberg. Erst am 8. Februar 1923 wurde der „Völkische Beobachter“ eine Tageszeitung. Die NSDAP hatte damit ein Presseorgan, mit dem sie weit über München hinaus Propaganda machen konnte und dessen Auflage rasch bis November 1923 auf ca. 25 000 Exemplare anstieg²².

Der Aufstieg der NSDAP im Laufe der Jahre 1920 und 1921 vollzog sich in bewußter Anlehnung an den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, viele seiner Mitglieder wurden auch Mitglieder der NSDAP. Hitler kam es in dieser Zeit vor allem darauf an, die Partei und ihre Parolen bekanntzumachen und Aufsehen zu erregen. Die NSDAP hat-

¹⁶ Die DAP sollte ursprünglich in „Deutsche sozialistische Arbeiterpartei“ umbenannt werden. Um sich von der Deutsch-sozialistischen Partei abzugrenzen, setzten Drexler und Hitler den Namen NSDAP durch (ebd. S. 77).

¹⁷ Das Programm im Auszug in: München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 74 f.

¹⁸ Völkischer Beobachter Nr. 17 vom 28. Februar 1920, S. 3; Noller, Geschichte, S. 173.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 233 f.; Albrecht Tyrell, Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 91 f.

²⁰ Zum Erwerb des VB durch die NSDAP vgl. vor allem den Exkurs ebd., S. 175 ff.

²¹ Noller, Geschichte, S. 322.

²² Charles F. Sidman, Die Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters und die Entwicklung des Nationalsozialismus, Dezember 1920–November 1923, in: VfZ 13 (1965), S. 112–118.

te ein sehr dichtes Veranstaltungsprogramm, im September 1920 vier Großveranstaltungen hintereinander im Münchner Kindl-Keller, ab Februar 1921 oft im Zirkus-Krone-Bau, jeweils mit mehreren Tausenden von Zuhörern. Hitler überflügelte damit den Schutz- und Trutz-Bund. Er war der weitaus häufigste Redner bei solchen Veranstaltungen und bald bekannt als der wirkungsvollste Agitator gegen die Juden, die Alliierten, den Versailler Vertrag und gegen die ganze Berliner Reichsregierung. In einer Zeit ohne Radio und ohne Fernsehen waren die großen Massenveranstaltungen ein attraktives Spektakel; man liest immer wieder davon, daß Hitlers leidenschaftliche Reden der damaligen Zeit auf viele Leute faszinierend wirkten²³. Er wurde von den völkisch-national gesinnten Kreisen dementsprechend protegirt. Auch die Partei profitierte von seiner Attraktivität. Der Parteigründer, Drexler, trat dagegen für die Öffentlichkeit ganz in den Hintergrund.

Der Aufbau der NSDAP

Dank Hitler übertraf die NSDAP die anderen völkisch-nationalistischen Gruppen²⁴ in München zwar an Propagandawirkung, aber sie war nur eine unter vielen solchen Gruppen und bei weitem nicht die stärkste. Nach den neuesten Forschungen²⁵ soll die NSDAP Ende 1920 ca. 2350 Mitglieder gehabt haben, Ende 1921 4300, 1922 8200; bis November 1923 sei sie auf über 55 000 angestiegen, was wohl auf die zunehmende Agitation und auf die inzwischen erfolgte Auflösung der Einwohnerwehren und Freikorps zurückzuführen ist. Die stellungslos gewordene Soldateska und die revolutionär gesinnte Jugend gingen nun zur NSDAP und zur SA. Für das starke Anwachsen der Partei 1923 waren aber auch die wachsende Inflation, die verstärkten französischen Forderungen nach Reparationszahlungen und die drohende Besetzung der Ruhr verantwortlich zu machen.

Die Feststellung der sozialen Zusammensetzung²⁶ der frühen NSDAP gestaltet sich etwas schwierig angesichts der unsicheren Quellenlage (auch hinsichtlich der Berufsangaben in den Mitgliederlisten) und des Umstands, daß sich die Sozialhistoriker nicht darüber einig sind, ob ein ausgebildeter Facharbeiter zum unteren Mittelstand gerechnet werden kann oder nicht. Man bestreitet aber nicht, daß die NSDAP von Anfang an eine Volkspartei war, in der alle Klassen repräsentiert waren. Der untere Mittelstand (Handwerker und kleine Kaufleute, Angestellte und untere Beamte) bildete die Hauptmasse der

²³ Vgl. Wilfried Rudloff, Auf dem Weg zum „Hitler-Putsch“: Gegenrevolutionäres Milieu und früher Nationalsozialismus in München, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 97–104, hier S. 99; Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre, S. 26.

²⁴ Zum völkisch-nationalistischen Milieu und den einzelnen Gruppen in München vor allem Hans Fenske, Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969; Bruno Thoss, Der Ludendorff-Kreis 1919–1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch, München 1978.

²⁵ Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung. 3. Aufl. Frankfurt/M. 1990, S. 115 (nach Madden und Kater).

²⁶ Hierzu vor allem Michael H. Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in: VfZ 19 (1971), S. 124–159; James Paul Madden, The Social Composition of the Nazi Party, 1919–1930, Diss. phil., University of Oklahoma 1976; Paul Madden, Some Social Characteristics of Early Nazi Party Members, 1919–23, in: CEH 15 (1982), S. 34–56; Wolfgang Schieder, Die NSDAP vor 1933. Profil einer faschistischen Partei, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 19 (1993), S. 141–154; Jürgen W. Falter u. Michael H. Kater, Wähler und Mitglieder der NSDAP. Neue Forschungsergebnisse zur Soziographie des Nationalsozialismus 1925 bis 1933, in: GG 19 (1993), S. 155–177, dort weitere Literaturhinweise.

Mitglieder. Die Aussage, der typische Nationalsozialist in München sei ein „Münchner Durchschnittsbürger“ gewesen, dürfte allerdings für die Zeit nach 1925 eher gerechtfertigt sein²⁷. Aber die These vom „Extremismus der Mitte“ trifft für die frühe Zeit der NSDAP sicher in besonderem Maße zu²⁸. Gerade in dieser Zeit überzog auch sehr stark das männliche Element. Aber unter denjenigen, die in den ersten Monaten nach der Wiedegründung der NSDAP Ende Februar 1925 in München der Partei beitraten, waren immerhin 44,6% Frauen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder war niedrig (27 bis 33 Jahre). Die frühe Entscheidung der DAP-Führung, jedes Leitungsgremium einer Ortsgruppe sollte aus 70% Arbeitern bestehen, wurde weitgehend unbeachtet gelassen oder war unmöglich zu erfüllen. Keine der Ortsgruppen hatte mehr als 5% Mitglieder aus der Arbeiterklasse²⁹.

Die Münchner Ortsgruppe der NSDAP war Mitte 1921 in sieben Sektionen aufgeteilt worden: Lehel (= Innere Stadt), Haidhausen, Neuhausen, Giesing, Schlachthausviertel, Westend und Schwabing. Der Zusammenhalt innerhalb der Sektionen war gerade in den ersten Jahren oft sehr eng. Man traf sich nicht nur einmal in der Woche zu Parteiversammlungen, Sprechabenden und ähnlichem, sondern veranstaltete auch gemeinsame Feiern und Ausflüge³⁰. Es ging eher familiär zu. Kristallisationspunkt der Sektionen und in kleineren Orten der Ortsgruppen war das Stammlokal; in der frühen NSDAP spielte wie bei den meisten anderen Vereinen der Stammtisch eine große Rolle³¹. Gerade dort entwickelte man ein politisches Heimatgefühl, man fühlte sich unter sich und pflegte seine Vorurteile. In dieser kleinbürgerlich geprägten völkisch-nationalistischen Gesinnungsgemeinschaft träumte man von der großdeutschen „Volksgemeinschaft“ und sah sich im Kampf gegen die „jüdische Weltverschwörung“, die man für alles Unglück in Deutschland verantwortlich machte. Wie Rainer Lepsius gezeigt hat, lag diesem sozialen Milieu des Mittelstands ein moralischer Geltungsanspruch zugrunde, der sich mit einem latenten, für diese Schicht spezifischen Nationalismus verband³².

Die NSDAP außerhalb Münchens

Die NSDAP beschränkte ihre Aktivität in den ersten beiden Jahren faktisch auf München und einige oberbayerische Orte, deren Ortsgruppen mehr zufällig aufgrund privater Initiativen einzelner Hitler-Anhänger entstanden. Die erste solche Ortsgruppe außer-

²⁷ Helmut K. Anheier u. Friedhelm Neidhardt, Soziographische Entwicklung der NSDAP in München 1925 bis 1930, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 179–186, hier S. 179.

²⁸ Vgl. dazu Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre, S. 28, Anmerkung 118.

²⁹ Donald Morse Douglas, The Early Ortsgruppen: The Development of National Socialist Local Groups 1919–1923, Diss. phil., Kansas State University 1968, S. 270; zur Zusammensetzung der Münchner Ortsgruppe speziell Donald M. Douglas, The Parent Cell: Some Computer Notes on the Composition of the First Nazi Party Group in Munich, 1919–21, in: CEH 10 (1977), S. 55–72.

³⁰ Vgl. Mathias Rösch, Das Parteimilieu der NSDAP-Sektion Schwabing, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 187–188.

³¹ Auf die Bedeutung des Stammtisches auch für die Entwicklung der frühen NSDAP haben vor allem hingewiesen: Rudy Koshar, Social Life, Local Politics, and Nazism. Marburg, 1880–1935, Chapel Hill/N. C. 1986, S. 179ff.; Rudy Koshar, From Stammtisch to Party: Nazi Joiners and the Contradictions of Grass Roots Fascism in Weimar Germany, in: JMH 59 (1987), S. 1–24; Oded Heilbroner, Der verlassene Stammtisch. Vom Verfall der bürgerlichen Infrastruktur und dem Aufstieg der NSDAP am Beispiel der Region Schwarzwald, in: GG 19 (1993), S. 178–201.

³² Siehe M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (zuerst 1966), in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50.

halb Münchens wurde schon am 18. April 1920 in Rosenheim gegründet³³. Initiator war der Regierungsrat in der Bauinspektion der Reichsbahn, Theodor Lauböck, der durch Vermittlung eines Mitglieds des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Drexlers Schrift „Mein politisches Erwachen“ bekam und mit diesem Verbindung aufnahm. Die Ortsgruppe wuchs schnell auf über 200 Mitglieder. Obwohl Rosenheim Eisenbahnwerkstätten hatte und der Anteil der Arbeiterschaft in der Bevölkerung nicht klein war, war die NSDAP-Ortsgruppe im wesentlichen mittelständisch orientiert. Ihr gehörten 19,6 % der leitenden Angestellten Rosenheims, 10,1 % der freiberuflichen Akademiker, 11,4 % der Handwerksmeister, 11,2 % der Kaufleute, aber nur 3,5 % der ungelerten Arbeiter, 6 % der Facharbeiter und 1,3 % der Wohlfahrtsempfänger der Stadt an. Der erste Ortsgruppenführer der Partei war allerdings ein Werkmeister. Wie in der Münchner NSDAP gab es auch in der Rosenheimer Parteiführung Meinungsverschiedenheiten über den sozialistischen Aspekt des Partei-Programms. Hitler, der 1920/21 mehrmals in Rosenheim sprach, mußte im Februar 1921 Hermann Esser und Oskar Körner nach Rosenheim schicken³⁴, um die Ortsgruppe wieder auf die richtige Linie zu bringen. Von Rosenheim aus wurden auch schon 1920 die Parteigenossen in Kolbermoor und Bad Aibling betreut.

Die zweite auswärtige Ortsgruppe entstand im August 1920 in Starnberg. Dort wohnte der schon in Germanen-Orden und Thule-Gesellschaft aktive Dentist Friedrich Krohn, der Hitler seine Bibliothek völkischer Schriften zur Verfügung stellte³⁵. Krohn zog sich aber schon 1921 aus Protest gegen Hitlers diktatorische Gelüste aus der Partei zurück. Wohl wegen der Nähe zu München und der kräftigen Aktivität der Münchner dort blieb Starnberg in der frühen Zeit eher eine Zahlstelle als eine eigene Ortsgruppe. Im Herbst 1920 entstand nach Landsberg am Lech und Straubing Anfang Oktober die stärkste und aktivste südbayerische Ortsgruppe in Landshut³⁶. Ende Juli 1921 hat es in Bayern neun Ortsgruppen gegeben³⁷, alle in Südbayern. Schwaben und Franken lagen zu dieser Zeit im Einzugsbereich der Deutschsozialistischen Partei (DSP).

Auf der NSDAP-Tagung in München am 11./12. August 1921 wurde – offensichtlich auf Wunsch einiger auswärtiger Ortsgruppenleiter – eine erste organisatorische Gliederung der Partei vorgenommen. Hitler war davon zwar nicht sehr angetan und hielt das eher für ein verbales Zugeständnis, wie spätere Briefe zeigen. Immerhin entstand bei dieser Gelegenheit eine Anschriftenliste³⁸, die erstmals die regionale Aufteilung der NSDAP dokumentiert: Unter der „Landesleitung Bayern“ sind die Ortsgruppen München, Tegernsee, Starnberg, Landsberg, Rosenheim, Kolbermoor, Augsburg, Rothenburg ob der Tauber, Scheinfeld, Markt Bibart, Landshut, Straubing, Passau, Bernau, Amberg und Grevembroich (!) angeführt. Zum „Landesverband Baden“ gehörten die Ortsgruppen Mannheim und Lampertheim, zum „Landesverband Württemberg“ die Ortsgruppen Stuttgart und Pforzheim. Unter dem „Landesverband Thüringen“ sind die Orts-

³³ Zu Rosenheim vgl. die beiden Ausstellungsbände: Rosenheim in den 20er Jahren. Kleinstadtleben in Politik, Wirtschaft und Kultur, hg. v. Kulturamt der Stadt Rosenheim, Rosenheim 1986; Rosenheim im Dritten Reich. Beiträge zur Stadtgeschichte, hg. v. Kulturamt der Stadt Rosenheim, Rosenheim 1989.

³⁴ Douglas, Early Ortsgruppen, S. 87.

³⁵ Vgl. Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung, S. 115.

³⁶ Auf Landshut werden wir im Zusammenhang mit Gregor Straßer zurückkommen.

³⁷ Vgl. Douglas, Early Ortsgruppen, S. 192 ff.

³⁸ IfZ, MA 736, IV, 5 (Mikrofilm von Beständen des ehem. Hauptarchivs der NSDAP).

gruppen Halle an der Saale und Meiningen genannt; der „Landesverband Westfalen“ bestand nur aus der Ortsgruppe Dortmund, auch Hannover bildete einen eigenen Landesverband.

Soweit in der folgenden Zeit bis November 1923 auch in anderen bayerischen Regierungsbezirken Ortsgruppen der NSDAP entstanden, gingen diese fast immer auf die Initiative einzelner zurück und hatten ihren Ursprung im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund³⁹. Wo die NSDAP in Schwaben und Franken Fuß fassen konnte, waren es vor allem protestantische Gemeinden, die den Anfang machten. In katholischen Gebieten entwickelte sich die Partei langsamer und später. So ging beispielsweise die Aktivität des späteren Gauleiters Dr. Hellmuth und seines völkischen Kampfbundes „Frankenland“ von dem betont protestantischen Kitzingen aus.

Auf die Ortsgruppen der NSDAP außerhalb Bayerns kann hier nur cursorisch eingegangen werden; einige besonders charakteristische Beispiele seien herausgegriffen: Fast überall sind auch dort die Ortsgruppen der NSDAP aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund hervorgegangen, weniger aus der DSP. In manchen Orten, vor allem im Rhein-Ruhrgebiet, nannten sie sich nach dem Verbot der NSDAP infolge des Republik-schutzgesetzes vom 21. Juli 1922 „Bund der Beobachterfreunde“, weil sie den VB weiterhin abonniert hatten. In diesen frühen Jahren waren ja, wie schon erwähnt, Doppelmitgliedschaften in mehreren völkischen Verbänden sehr häufig⁴⁰.

Nach einem Auftreten Hitlers beim Schutz- und Trutz-Bund in Stuttgart soll sich dort im Mai 1920 eine „wilde“ Ortsgruppe der NSDAP gebildet haben, die aber noch ein unselbständiges Dasein führte und finanzielle Schwierigkeiten hatte. In Mannheim war der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund im Januar 1921 für die NSDAP aktiv, schwenkte aber im Februar zur DSP über mit der Begründung, die DSP sei eine echte sozialistische Partei, keine „Säbel-Rassel-Partei“. Es gab also hier Auseinandersetzungen, welche der beiden Parteien man unterstützen sollte. Hitler wollte am 5. März in Mannheim sprechen, das wurde aber verschoben und Ernst Ulshöfer aus Stuttgart als Ersatz geschickt.

³⁹ Zur Entwicklung der NSDAP in anderen bayerischen Regierungsbezirken wären vor allem folgende Arbeiten zu nennen, wobei diese vielfach Fallstudien sind, in denen die Zeit vor 1923 nur mehr oder weniger knapp behandelt wird. Zu Franken: Rainer Hambrecht, *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933)*, Nürnberg 1976; Roland Flade, „Es kann sein, daß wir eine Diktatur brauchen“. Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg, Würzburg 1983; Carsten Pollnick, *Die Entwicklung des Nationalsozialismus und Antisemitismus in Aschaffenburg 1919–1933*, Aschaffenburg 1984. Zur Oberpfalz bzw. Regensburg: Erich Zweck, *Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922–1933*, in: *Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg* 124 (1984), S. 149–260. Zu Schwaben: Zdenek Zofka, *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936*, München 1979. Zur Pfalz: Hans Fenske, *Die Pfälzische NSDAP 1921–1932*, in: *Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz* 85 (1987), S. 347–381.

⁴⁰ Dazu schreibt beispielsweise einer der führenden Völkischen aus Göttingen und spätere Gauleiter der NSDAP von Hannover-Süd (1924–1928), Ludolf Haase 1942 in seinen Erinnerungen: „Woher kamen diese Männer? Ganz allgemein kann man von ihnen sagen: Aus dem völkischen Lager, denn eigentlich gehörte man damals überall hin. Alle gehörten in den ‚Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund‘, ebenso waren sie Mitglieder der Ehrhardt-Brigade, des NDO. (Nationalverband deutscher Offiziere) oder VNS. (Verband nationalgesinnter Soldaten), des ‚Deutschen Herolds‘ usw. Es waren immer dieselben Leute.“ *Aufstand in Niedersachsen. Der Kampf der NSDAP 1921/24*, 1. Halbband, 2. vermehrte und verbesserte Niederschrift, 1942, S. 91 (als Kopie im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv, Sign. Hann. 310 I G Nr. 1).

Er fungierte ab 26. Januar 1921 als Bevollmächtigter der NSDAP in Württemberg und Baden⁴¹.

Ähnliche Spannungen gab es auch in der Ortsgruppe der NSDAP in Hannover, die im Juli 1921 ebenfalls aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund entstand⁴². Sie hatte anfangs nur 25 Mitglieder und suchte sich deshalb mit anderen völkischen Gruppen zu verbünden, auch mit der DSP. Von der Münchner Zentrale forderte sie Blanko-Mitgliedskarten an, um schneller Mitglieder aufnehmen zu können. Das wurde aber von dort abgelehnt. Anfang September 1921 bekam der Hannoveraner Ortsgruppenleiter Seifert einen ziemlich scharfen Brief von Hitler, er solle sich auf die eigene Ortsgruppe konzentrieren, eine Verbindung mit anderen Gruppen sei unerwünscht. Die Hannoveraner hielten sich aber nicht daran: aufgrund ihrer Bemühungen trat am 20. Januar 1922 die ganze DSP-Gruppe Hannover der NSDAP bei, die damit auf fast 100 Personen anwuchs. München blieb demgegenüber reserviert. Die Hannoveraner DSP-Mitglieder mußten individuell der NSDAP beitreten und bekamen ihre Mitgliedskarten aus München.

Soweit im Rhein-Ruhr-Gebiet 1920 bis 1922 NSDAP-Ortsgruppen entstanden, kamen deren Mitglieder ebenfalls größtenteils aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund. Auch sie waren hauptsächlich bürgerlicher Herkunft⁴³. Der Leiter der ältesten, 1920 entstandenen Ortsgruppe Dortmund, Wilhelm Ohnesorge, war zum Beispiel ein Oberpoststrat. Später im „Dritten Reich“ wurde er Reichspostminister. In Berlin dagegen gründeten die Freikorpsangehörigen Gerhard Roßbach, Heinz Oskar Hauenstein und Albert Leo Schlageter erst im August 1922 eine NSDAP-Ortsgruppe, nachdem sie kurz vorher Hitler in München kennengelernt hatten. Sie warben Mitglieder in zwei Ablegern des Schutz- und Trutz-Bundes, der Deutschsozialistischen Partei und der Deutschsozialen Partei, die Anfang 1921 von dem alt-konservativen Berliner Antisemiten Richard Kunze gebildet worden war. Kunze verbreitete in seiner Partei auch die Schriften von Anton Drexler, so daß da schon früh geistige Beziehungen bestanden⁴⁴.

Die NSDAP wurde nach der Auflösung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes im Juli 1922 zum Sammelbecken seiner aktiven Teile – allerdings nicht lange, denn schon Mitte November 1922 wurde die NSDAP aufgrund des Republikschutzgesetzes in Preußen und in den meisten anderen deutschen Staaten in Norddeutschland verboten. Als Nachfolgeorganisation der NSDAP trat im Dezember die Deutschvölkische Freiheitspartei auf⁴⁵.

Die auswärtigen Ortsgruppen wurden von der Münchner Parteizentrale hinsichtlich der Mitgliedschaft und der Finanzen am straffen Zügel gehalten. Für die Anerkennung einer neuen Ortsgruppe wurden vier Bedingungen gestellt: es mußte ein Grundstock von Mit-

⁴¹ Zu Stuttgart und Mannheim vgl. Douglas, *Early Ortsgruppen*, S. 70 ff. u. S. 238 ff.; Johnpeter Horst Grill, *The Nazi Movement in Baden, 1920–1945*, Chapel Hill/N. C. 1983.

⁴² Douglas, *Early Ortsgruppen*, S. 177 ff.; Jeremy Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933*, Oxford 1971, S. 16 ff. und das in Anmerkung 40 zitierte Manuskript von L. Haase. In anderen norddeutschen Orten verlief die Entwicklung der NSDAP aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund sehr ähnlich. Hier sei lediglich hingewiesen auf die Beispiele Hamburg (vgl. Thomas Krause, *Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP von 1921–1933*, Hamburg 1987) und Flensburg (vgl. Peter Heinacher, *Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg [1919–1933]*, Teil 1 und 2, Flensburg 1986, hier bes. Teil 1, S. 145 ff.).

⁴³ Vgl. dazu vor allem Wilfried Böhnke, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933*, Bonn 1974; Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 317 ff.

⁴⁴ Bernd Kruppa, *Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928*, Berlin 1988, bes. S. 137 ff.

⁴⁵ Dazu Reimer Wulff, *Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928*, Diss. phil., Marburg 1968.

gliedern vorhanden sein, diese mußten die Bedingungen anerkennen, die auf dem Aufnahme-Antrag genannt waren, die Ortsgruppe mußte ausreichende finanzielle Unterstützung aus den eigenen Reihen bekommen, die monatlichen Abrechnungen und Berichte der lokalen Gruppen mußten nach München geschickt werden. Die Mitglieder hatten außerdem deutscher Abstammung zu sein und monatlich mindestens 50 Pfennig Mitgliedsbeitrag an die Zentrale zu zahlen, ab Januar 1921 auch nochmals denselben Betrag für die Unterstützung des VB. Die Ortsgruppen außerhalb Münchens waren ansonsten auf sich selbst gestellt und bekamen keine Unterstützung aus München⁴⁶. Finanzielle Beihilfe leistete die Parteizentrale in dieser Zeit nur an zwei bayerische Ortsgruppen: Landshut und Passau. Dagegen wurden innerhalb Bayerns von der Münchner Zentrale häufig Propagandaredner gestellt.

In den ersten Jahren ihres Bestehens waren die Bemühungen der NSDAP fast gänzlich auf Bayern beschränkt. Die Entstehung der Ortsgruppen außerhalb Bayerns förderte man nicht. Hitler vertrat gegenüber der Parteileitung den Standpunkt, nicht die Zahl, sondern die Leistungsfähigkeit der Ortsgruppen sei ausschlaggebend⁴⁷. Vor Juli 1921 trat Hitler selbst nur einmal als Redner außerhalb Bayern auf, und zwar im Mai 1920 in Stuttgart vor dem Schutz- und Trutz-Bund, Hermann Esser dagegen mehrmals. Er trug die Hauptlast als Propagandist außerhalb Münchens. Nach dem Juli 1921 wurde Esser der Propaganda-Chef der NSDAP.

Die Deutschsozialistische Partei

Etwa zur gleichen Zeit wie die DAP in München entstand auch im nördlichen Teil Deutschlands aus der alldeutsch-völkischen Gemengelage eine neue Partei, die betont sozialistisch sein wollte, „völkisch links“ – in Abgrenzung zum „Herrenstandpunkt“ der Alldeutschen und Deutschnationalen. Der altvölkische Düsseldorfer Ingenieur Alfred Brunner⁴⁸ verbreitete im Dezember 1918 mit Hilfe des „Germanen-Ordens“ einen Entwurf (später Denkschrift) „zur Gründung einer deutsch-sozialistischen Partei auf judenreiner und kapitalloser Grundlage“. Im Laufe des nächsten Jahres entstanden unabhängig voneinander in mehreren Städten deutschsozialistische Parteigruppierungen. Ende 1919 gab es solche Ortsgruppen oder Arbeitsgemeinschaften in Düsseldorf, Kiel, Frankfurt am Main, Dresden, Nürnberg und München. Die Münchner Gruppe, im Oktober 1919 entstanden, wurde von zwei Redakteuren des „Münchener Beobachter“, Hans Georg Grassinger und Max Sesselmann, geleitet, in dessen Räumen (Thierschstraße 15) befand sich auch die Geschäftsstelle der Partei. Die DSP in München hatte 1921 300 bis 400 Mitglieder, blieb also wesentlich kleiner als die NSDAP. Sie löste sich im Spätherbst 1922 auf. Die Mitglieder gingen größtenteils zur NSDAP⁴⁹.

Die Deutschsozialistische Partei besaß von Anfang an eine dezentrale Struktur. Auf einem Parteitag in Hannover am 24./25. April 1920 wählte man zwar Brunner als geistiges Oberhaupt der Bewegung zum „Obmann“, den Vorsitz übernahm aber ein anderer. Ab Mitte November 1920, nachdem Berlin zur Zentrale der Partei bestimmt worden war, wurde dies der Berliner Lehrer Emil Holtz. Der Vorstand blieb schwach, die DSP hatte

⁴⁶ Vgl. Douglas, Early Ortsgruppen, S. 118 f.

⁴⁷ Siehe die diesbezüglichen Zitate Hitlers bei Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung, S. 262 f.

⁴⁸ Zu Alfred Brunner und die DSP vgl. Tyrell, Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘, S. 65 ff.

⁴⁹ Zeugenschriftum Grassinger (wie Anm. 8); vgl. auch Gilbhard, Thule-Gesellschaft, S. 154 ff.

aber im Herbst 1920 immerhin schon 35 Ortsgruppen und ca. 2000 Mitglieder. Die Ortsgruppen waren relativ selbständig, die Kräfte dadurch zersplittert. Aber man verstand sich als Partei, wollte sich im Unterschied zu Hitler an Wahlen beteiligen und war, wenn auch mit Einschränkungen, demokratisch organisiert; die Meinungsbildung erfolgte durch Abstimmungen. Die DSP vertrat einen Legalitätskurs und war gegen Umsturz und Gewaltmaßnahmen. Sie entwickelte kein umfassendes Programm, Brunners Denkschrift diente als Richtlinie. Anton Drexler kannte sie, denn sie war unter dem Titel „Unser politisches Programm“ am 31. Mai 1919 im „Münchener Beobachter“ abgedruckt worden. Der Redakteur Sesselmann war ja einer der Leiter der Münchner Ortsgruppe der DSP, die aber angesichts der Konkurrenz der Hitlerpartei 1920/21 immer mehr ein Schattendasein führte. Sesselmann bemühte sich deshalb auch um eine Fusion zwischen DSP und NSDAP.

Eine Gegenüberstellung der Brunnerschen Denkschrift und des Drexler-Hitlerschen Parteiprogramms zeigt viel Übereinstimmung⁵⁰. Beide bieten einen Querschnitt durch den prononciert „antikapitalistischen“ Teil des völkischen Ideenkonglomerats. Die Brunnersche Denkschrift war stärker wirtschaftspolitisch ausgerichtet, das NSDAP-Programm in vielen Punkten rigoroser. Auch die DSP sah ihre Hauptaufgabe in der „Aufklärung der Öffentlichkeit“, war aber für eine Daueragitation im Stile Hitlers viel zu schwach und auch nicht rabiat genug. Die Leitung der DSP auf Reichsebene war sehr bürgerlich (Akademiker, höherer Mittelstand), größtenteils altgediente Völkische aus der Vorkriegszeit. In der NSDAP waren die Leute jünger, gehörten dem unteren Mittelstand an und vertraten radikalere Forderungen.

Die Unterschiede in der Mentalität der führenden Vertreter beider Parteien traten bei den Fusionsabsichten offen zu Tage. Offizielle Verhandlungen scheiterten meist. Aber viele Ortsgruppen der DSP wurden ab Herbst 1922 durch bloße Umbenennung Keimzellen der NSDAP; die Mitglieder mußten sich aber individuell in die NSDAP aufnehmen lassen. Diese Ortsgruppen bestanden nicht lange unter diesem Namen. Am 18. November 1922 wurde die NSDAP in Preußen verboten, die meisten Länder folgten diesem Beispiel. Die NSDAP-Ortsgruppen firmierten nun unter dem Namen „Großdeutsche Arbeiterpartei“.

Die Deutschsozialisten hatten schon 1919 Verbindung zur Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Wien aufgenommen, die seit 1903 in der K. u. K. Monarchie bestand. Die DNSAP hatte auch schon früh Kontakte mit der Müncher DAP. Sie lud die Bruderparteien zu einem gemeinsamen „großdeutschen Parteitag“ ein, der Anfang August 1920 in Salzburg stattfand⁵¹. An ihm nahmen Vertreter der Deutschsozialisten, der NSDAP, der österreichischen und der böhmischen DNSAP teil. Drexler und andere hatten die Vorstellung von einer lockeren Föderation aller nationalsozialistischen Parteien über die Reichsgrenzen hinweg. Man konnte sich darüber aber nicht einigen und schuf lediglich eine „Salzburger Kanzlei“ als gemeinsame Koordinationsstelle, die auch das nächste Treffen arrangieren sollte, das man immerhin in Aussicht nahm. Auch eine Verschmelzung der beiden deutschen Parteien war geplant. Vorerst wurde aber nur eine regionale Aufteilung vereinbart: die NSDAP sollte auf Bayern, Württemberg und Baden beschränkt bleiben. Darüber kam es aber bald zu Reibereien. Julius Streichers DSP-Gruppe in Nürnberg wollte unabhängig bleiben bzw. sich nicht der Münchner NSDAP anschlie-

⁵⁰ Ein Vergleich der beiden Programme bei Tyrell, vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘, S. 76 ff.

⁵¹ Zu den Kontakten zur DNSAP und zum Salzburger Treffen vgl. ebd., S. 95 ff.; Douglas, Early Ortsgruppen, S. 52 ff.

ßen und auch ihren Einflußbereich in Franken behalten. Vor allem Hitler hatte Vorbehalte gegen eine solche föderative Partei. Die Deutschsozialisten sahen in dem „fanatischen Gernegroß“ Hitler den hauptsächlichlichen Störenfried. Auf dem nächsten Föderationspartei-tag in Zeitz im März 1921 nahm Hitler nicht teil, sondern nur Drexler, der aber keine Vollmachten des Parteivorstands hatte. Der in Zeitz ausgearbeitete Kompromiß einer Fusion von DSP und NSDAP wurde unter dem Druck des maßlos verärgerten Hitler zwei Wochen später am 14. April von den Münchnern torpediert. Hitler betrachtete so etwas als „Kapitulation“. Das Problem der Fusion oder Abweisung der DSP schob er weiter vor sich her; er war in dieser Frage unsicher und entschlußlos.

Julius Streicher in Franken

Schon in Salzburg hatte man eine bemerkenswerte Ausnahme gemacht: Die starken deutschsozialistischen Ortsgruppen in Franken, meist mehr oder weniger fest unter der Führung Streichers, sollten bestehenbleiben. Im vorwiegend protestantischen Mittel- und Oberfranken hatte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund von Anfang an eine starke Position, bildete zahlreiche Ortsgruppen und entfaltete eine rege antisemitische Agitation. Der Schutz- und Trutz-Bund wurde auch hier zur Basis der Deutschsozialistischen Partei. Deren Nürnberger Ortsgruppe wurde im November 1919 gegründet. Der Volksschullehrer Julius Streicher⁵² trat ihr im Januar 1920 bei. Schon im April 1920 wurde er Mitglied des Reichsvorstands der DSP und mit der Herausgabe der ab Juni 1920 erscheinenden Parteizeitung „Deutscher Sozialist“ betraut. Auch aus dem Schutz- und Trutz-Bund kommend, war Streicher ein Kenner der antisemitischen Literatur, stark von Theodor Fritsch beeinflusst, und kannte viele Leute aus dem völkischen Lager. Streicher führte ein sehr selbstherrliches Regime und war auf seine Unabhängigkeit bedacht. Die Nürnberger Ortsgruppe der DSP wuchs schon im Sommer 1920 auf über 300 Mitglieder an. Streicher hat in der DSP eine ähnliche Stellung eingenommen wie später Hitler in der NSDAP. Daraus ergab sich eine mehr oder weniger offene Rivalität zwischen beiden um die Führung der süddeutschen Antisemiten⁵³.

Als der „Deutsche Sozialist“ im Herbst 1921 in finanzielle Schwierigkeiten kam, half ihm Otto Dickel in Augsburg aus. Streicher ging nun mit der ganzen DSP-Ortsgruppe Nürnberg (damals an die 800 Mitglieder) zu Dickels „Deutscher Werkgemeinschaft“ über und nannte seine Zeitschrift in „Deutscher Volkswille“ um. Nach einem Jahr war Streicher wieder in Geldnöten und kam wegen der Schulden mit Dickel in Streit. Die Deutsche Werkgemeinschaft hatte inzwischen auch an Popularität verloren, da der „Deutsche Volkswille“ für den Metallarbeiterstreik eintrat. Dickel gefiel der heftige Antisemitismus Streichers nicht. Streicher trat am 19. September aus der Deutschen Werkgemeinschaft aus. Am 8. Oktober 1922 schrieb er an Hitler und bot sich diesem samt seiner Zeitschrift und seinen zahlreichen Anhängern in Franken an. Streicher erreichte von Hitler die Übernahme seiner Schulden und eine Anleihe von 70 000 Mark für die Erhaltung

⁵² Zu Streicher vgl. vor allem Robin Lenman, Julius Streicher and the Origins of the NSDAP in Nuremberg, 1918–1923, in: Anthony Nicholls u. Erich Matthias (Hg.), German Democracy and the Triumph of Hitler, London 1971, S. 129–159; Carol J. Ehlers, Nuremberg, Julius Streicher and the Bourgeois Transition to Nazism, 1918–1924, Part I, II, Diss. phil., Univ. of Colorado 1975; Hambrecht, Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (siehe Anm. 39).

⁵³ Vgl. ebd., S. 23.

des „Deutschen Volkswillens“. Er verkaufte sich also praktisch an die NSDAP. Diese hatte inzwischen beim „Deutschen Tag“ in Coburg am 14./15. Oktober 1922⁵⁴ einen großen Propaganda-Erfolg erzielt. Es war das erste Mal, daß die NSDAP zusammen mit der SA (mehr als 600 Leute) massiv außerhalb Münchens auftrat, und es war der entscheidende Durchbruch der Partei in Nordbayern. Im Laufe der nächsten Tage und Wochen entstanden dort in vielen Orten neue Stützpunkte der NSDAP. Vielfach gingen DSP-Ortsgruppen geschlossen zur NSDAP über.

Wenige Tage nach dem effektvollen SA-Auftritt in Coburg gründete Streicher in Nürnberg eine NSDAP-Ortsgruppe in Anwesenheit Hitlers. Der größere Teil seiner DSP-Leute folgte ihm. Die neue Nürnberger Ortsgruppe der NSDAP wuchs schnell und gewann ihre Anhänger hauptsächlich aus dem seit langem antisemitisch gesinnten kleinen Mittelstand Frankens, nicht zuletzt dank Streichers rabiater Reden und Pamphlete. Damit hatte er ja schon Dickel und andere maßvollere Kreise des völkischen Lagers vor den Kopf gestoßen. Als er am 20. April 1923 die erste Nummer des „Stürmer“ herausbrachte, rief diese auch bei der Münchner Parteileitung Bestürzung hervor. Streicher provozierte in Nürnberg laufend Prozesse gegen sich, die er bewußt als Propagandamittel einsetzte. Auch innerhalb der Nürnberger NSDAP-Ortsgruppe gab es ständig Streitigkeiten, so mit dem Chefredakteur des „Deutschen Volkswillens“, Walter Kellerbauer, den Streicher selbst im Sommer 1922 auf Empfehlung Dickels eingesetzt hatte und der von Amann in München gestützt wurde. Hitler war nicht in der Lage, die innerparteilichen Nürnberger Querelen zu schlichten. Erstmals tauchte damit das Problem auf, wie auf selbständige Entscheidungen pochende regionale Teile der NSDAP von der inzwischen die ganze Autorität fordernden Münchner Zentrale geführt werden konnten, wenn die Partei nicht in einzelne Fragmente zerfallen sollte. Streichers Gefolgsleute in Nürnberg dachten tatsächlich an eine Trennung von München. Erst im Sommer 1923 konnte ein Kompromiß geschlossen werden: Streicher bekam in Nürnberg beträchtliche Freiheit in der Parteiführung und Propaganda, Kellerbauer mußte die Parteizeitung abgeben. Die Münchner Parteizentrale erlangte dafür eine effektive Kontrolle der Nürnberger SA. Am 16. August 1923 schrieb Amann an Streicher, jetzt, da er ja die fränkische Parteizeitung in seiner Regie habe, sei doch eigentlich kein Bedarf mehr am „Stürmer“ vorhanden⁵⁵. Alle überregionalen Publikationen und Propagandamaterialien sollten unter der direkten Leitung der Münchner Zentrale stehen. Damit kam er aber bei Streicher schlecht an. Der „Stürmer“ blieb in Streichers Händen und erschien weiter in der gleichen Art als antisemitisches Hetzblatt.

Der Verlauf des „Deutschen Tages“ in Nürnberg am 1./2. September 1923⁵⁶ wurde aber ein persönlicher Erfolg Hitlers und das Vorbild für die späteren Reichsparteitage der NSDAP. Bei dieser Gelegenheit – es war gleichzeitig der „Sedantag“ – nahmen neben Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, Theodor Fritsch, General Erich Ludendorff und zahlreichen anderen Generalen und Offizieren die Führer der „vaterländischen“ Verbände in Bayern teil. Aus NSDAP, „Bund Oberland“ und „Reichsflagge“ bildete sich der „Deutsche Kampfbund“.

⁵⁴ Zu den Coburger Ereignissen siehe Jürgen Erdmann, Coburg, Bayern und das Reich 1918–1923, Coburg 1969; Nicholas F. Hayward u. D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988.

⁵⁵ Vgl. Lenman, Julius Streicher, S. 149f.

⁵⁶ Siehe Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, hg. v. Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 166f.; Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre, S. 39.

Otto Dickel in Augsburg

Auch in Augsburg verlief die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in den Anfangsjahren nicht im Sinne der Münchner Führung. Ab 1919 war hier der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund aktiv, gefördert vor allem durch den Fabrikanten Dr. Gottfried Grandel⁵⁷, der zugleich Dietrich Eckarts Zeitschrift „Auf gut deutsch“ finanziell unterstützte und im März 1920 das Flugzeug besorgte, mit dem Eckart und Hitler während des Kapp-Putsches nach Berlin flogen. Grandel trat im August 1920 der NSDAP bei und zog andere Völkische mit sich. Wie schon erwähnt, spielte er beim Erwerb des VB durch die NSDAP eine wichtige Rolle als Bürge. Hitler zeigte sich dadurch erkenntlich, daß er bei den ersten größeren Werbeveranstaltungen der Augsburger NSDAP als Hauptredner auftrat. Wie einer der Teilnehmer berichtete, waren dabei fast „lauter Doktoren, Ingenieure usw., nur keine Arbeiter“ zugegen. Schon beim ersten Mal, am 12. Januar 1921, sprach in der Diskussion der Augsburger Studienrat Dr. Otto Dickel⁵⁸. Hitler fand wenig Gefallen an Dickels politischen Äußerungen und verließ Augsburg in schlechter Laune. Eine zweite und letzte Veranstaltung der NSDAP in diesem Jahr fand am 10. Mai statt, mit Hitler als Hauptredner und Esser als Versammlungsleiter.

Dickel war auch Mitglied der NSDAP, gründete aber im März 1921 eine eigene Organisation, nämlich die „Deutsche Werkgemeinschaft“, die zwar für eine „wahrhaft deutsche Volksverfassung“ mit Ständecharakter und ohne Parteien und für ein auf „germanischer Wesensart“ basierendes deutsches Recht kämpfte, im übrigen aber durchaus sozial- und lebensreformerische Vorstellungen und eine Bodenreform in Anlehnung an Adolf Damaschke vertrat. Dickels Antisemitismus war sehr viel gemäßigter als der Hitlers und Streichers. Anfang 1921 veröffentlichte Dickel einen Anti-Spengler, ein Buch mit dem Titel „Die Auferstehung des Abendlandes. Die abendländische Kultur als Ausfluß des planetarischen Weltgefühls“. Dickel war nach seiner naturwissenschaftlichen Promotion lange Jahre in China und Indien gewesen, hatte also eine größere Welterfahrung als die meisten Nationalsozialisten. Auch schuf er 1922 im Norden Augsburgs auf einem Moorgrundstück eine Siedlung für Kleingärtner und Kleintierzüchter, die heute noch besteht und den Namen „Dickelsmoor“ trägt. Dickels Werkgemeinschaft machte der NSDAP in Augsburg in den Jahren 1921/22 eine starke und erfolgreiche Konkurrenz.

Dickel und seine Werkgemeinschaft hatten auch gute Beziehungen zu gewissen Gewerkschaftskreisen in Augsburg, die der USPD nahestanden und eher nationalbolschewistische Ziele vertraten. In ihnen sah er den Werkgemeinschaftsgedanken in Ansätzen realisiert. Erster Vorsitzender der Augsburger Werkgemeinschaft war nicht Dickel selbst, sondern ein Carl Böhler, von Beruf Eisendreher und in der Räterepublik 1919 Volkskommissar für das Wohnungswesen. Ende März 1922 befürwortete Dickel öffentlich den Streik der Augsburger Metallarbeiter. In derselben Versammlung mit etwa 2500 Leuten sprach auch Streicher und hielt eine seiner üblichen antisemitischen Hetzreden, was Dickel nur

⁵⁷ Vgl. Tyrell, Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘, S. 110 u. S. 255.

⁵⁸ Ebd., S. 110 ff.; Bayer. Hauptstaatsarchiv, M Inn 737 320, Wochenberichte d. Regierungspräsidenten, bes. vom 3. 4. 1922 (darin auch das Programm der Deutschen Werkgemeinschaft); Gerhard Hetzer, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. III, hg. v. Martin Broszat u. a., München 1981, S. 1–233, hier S. 51 f.; Gerhard Hetzer, Von der Reichsgründung bis zum Ende der Weimarer Republik 1871–1933, in: Günther Gottlieb u. a. (Hg.), Geschichte der Stadt Augsburg von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart 1984, S. 568–592, hier S. 588 f.

noch mehr Schwierigkeiten brachte; seine nächsten Veranstaltungen wurden verboten. Trotzdem sprach Dickel bald darauf auch in Nürnberg; bis Oktober dieses Jahres gehörten ja Streicher und seine Leute zur Deutschen Werkgemeinschaft. Dickel war Hitler geistig weit überlegen; er war auch ein guter Redner und konnte seine Überzeugungen vehement vortragen, zudem hatte er ebenfalls ein starkes Sendungsbewußtsein. Hitler spürte in ihm einen ernsthaften Rivalen.

Hitler wird Parteiführer

Anfang Juni 1921 verließ Hitler München auf unbestimmte Zeit, um in Berlin Geldmittel für den vor dem Konkurs stehenden VB aufzutreiben. Zur Überbrückung seiner Abwesenheit lud die Parteileitung Otto Dickel als Redner nach München ein. Kurz vorher war sein Buch vom „Völkischen Beobachter“ sehr empfohlen worden. Am 24. Juni sprach Dickel im Hofbräuhaus-Festsaal „mit größtem Erfolg“. Man dachte, in ihm einen zweiten zugkräftigen Redner neben Hitler gefunden zu haben. Am 10. Juli 1921 trafen sich Abordnungen der Münchner Nationalsozialisten und der Nürnberger Deutschsozialisten mit Dickel in Augsburg zur „Vorbereitung einer Einigung“. Überraschend platzte da Hitler in großer Erregung in die Besprechung, um eine solche Einigung zu verhindern – er war offensichtlich von Esser laufend über die Geschehnisse informiert worden. Als Dickel mit seinen Vorstellungen einer Reform des Parteiprogramms bei Eckart, Drexler und Lauböck auf Gegenliebe stieß, wurde Hitler wütend und verließ die Tagung. Am folgenden Tag erklärte er seinen Austritt aus der Partei. In seiner umfangreichen Austrittserklärung vom 14. Juli 1921 wettet Hitler vehement gegen Dickel, zitiert aus dessen Buch, vermeidet es aber, Dickels Namen zu nennen⁵⁹.

Nach Vermittlung durch Eckart kapitulierte der Partei-Ausschuß einige Tage später, um seinen erfolgreichen Werbe-Obmann nicht zu verlieren. Hitler stellte sechs Bedingungen für seinen Wiedereintritt in die Partei⁶⁰:

1. forderte er den Posten des ersten Vorsitzenden mit „diktatorischer Machtbefugnis zu sofortiger Zusammenstellung eines Aktionsausschusses, der die rücksichtslose Reinigung der Partei von den in sie eingedrungenen fremden Elementen durchzuführen hat“.
2. Sitz der Bewegung müsse immer München bleiben.
3. Jegliche Namens- oder Programmänderung solle unterbleiben „ein für allemal zunächst auf die Dauer von sechs Jahren“.
4. Jede Fusion mit der DSP solle unterbleiben.
5. Jegliche Verhandlungen in dieser Hinsicht dürften nur mit seiner persönlichen Einwilligung stattfinden.
6. Der für August in Linz geplante Parteitag solle nicht besucht werden.

Wie Albrecht Tyrell plausibel dargelegt hat, entsprang dieses Vorgehen Hitlers eher einer Affekthandlung angesichts des drohenden Verlustes der Ausnahmestellung seiner Agita-

⁵⁹ Hitlers Austrittserklärung und seine Äußerungen über Dickel siehe Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hg. v. Eberhard Jäckel. Stuttgart 1980, S. 436 ff.

⁶⁰ Siehe dazu Tyrell, *Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘*, S. 116 ff. Zur innerparteilichen Entwicklung ab Sommer 1921 vgl. auch Wolfgang Horn, *Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933)*, Düsseldorf 1972 (2. Aufl.: *Der Marsch zur Machtergreifung. Die NSDAP bis 1933*, Königstein/Ts. 1980).

tionstätigkeit und nicht etwa einer vorgeplanten Taktik zur Durchsetzung eines diktatorischen Führungsanspruchs über die Partei. Hitler ging es um die Durchsetzung seiner Vorstellungen vom politischen Kurs der Partei. Die innerparteiliche Organisation überließ er seinen Vertrauten. Der ehemalige Feldwebel Max Amann schien ihm dafür der geeignetste Mann.

Eine zum 29. Juli 1921 einberufene Mitgliederversammlung der NSDAP demonstrierte die Unterordnung der Partei unter die Führung Hitlers. Dabei kam der auf dieser Versammlung verabschiedeten Satzung erhebliche Bedeutung zu. Sie setzte das von Hitler verlangte „diktatorische Prinzip“ durch. Nach ihm war die neue Führungsstruktur der Parteispitze ausgerichtet: die verantwortliche Leitung der Partei lag ausschließlich bei deren Erstem Vorsitzenden. Hitler stand nun *über* dem Leitungs-Ausschuß. Anton Drexler wurde zum „Ehrenvorsitzenden“ der Partei ernannt und damit vom Entscheidungsprozeß ausgeschaltet. Entsprechend dem „diktatorischen Prinzip“ waren nun demokratische Gepflogenheiten wie Abstimmungen in der NSDAP verpönt. Hitler bemühte sich in der Folgezeit um eine Straffung der Parteioorganisation. Er wollte die auswärtigen Ortsgruppen stärker in den Griff bekommen, auch dort sollten autoritäre Organisationsmaxime gelten und die einzelnen Ortsgruppen der Parteizentrale untergeordnet sein. Das gelang verhältnismäßig leicht bei den südbayerischen Ortsgruppen, die auf Hitler ausgerichtet waren. Sehr viel langsamer und schwieriger erreichte man das dagegen bei den weiter entfernten Ortsgruppen im Norden und außerhalb Bayerns, die ja vielfach ganz unabhängig von Hitler und der Münchner Zentrale entstanden waren. Die meisten dieser Ortsgruppen beharrten bis 1923 beim herkömmlichen Vereinsstil. Dem Zweck einer Stabilisierung der Partei diente auch die erste Generalmitgliederversammlung der NSDAP vom 30. Januar 1922. Es war das erste Mal, daß Vertreter auswärtiger Ortsgruppen in größerer Zahl in München zusammentrafen; 718 Vertreter auswärtiger Gruppen und 200 Münchner Parteimitglieder nahmen daran teil. Eine geschickte Regie verstand es, den Teilnehmern den Eindruck geschlossener Einigkeit in der Partei zu vermitteln. Otto Dickel, den Hitler in seiner Austrittserklärung als „extremsten Gegner“ der Partei bezeichnet hatte, wurde in einem Rundschreiben der Parteileitung vom 10. September 1921 aus der NSDAP ausgeschlossen. Eine hitlertreue NSDAP-Ortsgruppe entstand in Augsburg aber erst im Oktober 1922 auf Initiative des Stadtamtmanns Dr. Adolf Frank. Bis weit in das Jahr 1923 hinein blieb Otto Dickels Werkgemeinschaft in Augsburg die bestimmende völkische Kraft⁶¹.

⁶¹ Der Wortlaut des Rundschreibens Nr. 4 mit dem Ausschluß Dickels in: Führer befiehlt... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, hg. v. Albrecht Tyrell, Düsseldorf 1969, S. 29ff. Dickel hat sich nach seinem Ausschluß aus der NSDAP immer weiter von Hitler entfernt. Wegen seiner negativen Einstellung zum Nationalsozialismus wurde er im Oktober 1934 für zehn Monate inhaftiert und mußte aus dem Schuldienst ausscheiden. Die Deutsche Werkgemeinschaft e. V. wurde 1933 „gleichgeschaltet“, das heißt der Vorstand mit NSDAP-Mitgliedern besetzt. Dickel hatte in den Kriegsjahren Kontakte zu Oppositionskreisen. Nachdem er sich im Frühjahr 1944 mit Gesinnungsgenossen in Karlsruhe getroffen hatte, wurde er bald darauf an seinem damaligen Wohnort im Kreis Reutlingen von der Gestapo aufgesucht. Kurz vor seiner Verhaftung gelang es ihm, sich auf einer Toilette mit einer Pistole das Leben zu nehmen. Für die Überlassung von Unterlagen über Dickel und dessen Werkgemeinschaft dankt der Verfasser sehr dem Stadtarchivar von Friedberg, Herrn Georg Kerle.

Gregor Straßer in Landshut

Nach Streicher/Nürnberg und Dickel/Augsburg soll noch auf eine dritte nationalsozialistische Figur, die schon vor November 1923 in Bayern regionale Bedeutung erlangte und nicht zur Entourage um Hitler gehörte, kurz hingewiesen werden: auf Gregor Straßer in Landshut, der schon bald nach seinem Eintritt in die NSDAP zum wichtigsten Mann der Partei in Niederbayern wurde. Das Bild von seinen Anfängen in der NSDAP blieb lange getrübt durch die Legenden, die seine Brüder Otto und Paul in die Welt gesetzt hatten⁶².

Die Ortsgruppe Landshut der NSDAP ist am 4. Oktober 1920 gegründet worden; sie gehörte neben Rosenheim und Passau zu den aktivsten der frühen Zeit. Von hier aus wurden zahlreiche weitere Ortsgruppen in Niederbayern gegründet. Auch in der Landshuter NSDAP überwog der untere Mittelstand. 1922 hatte die Partei dort ca. 34 % Facharbeiter, Handwerker und Inhaber kleinerer Geschäfte, fast 32 % waren Beamte, Angestellte und Akademiker, nur 0,9 % Soldaten und Offiziere, 1,8 % ungelernete Arbeiter. Der „Gedankenaustausch“ zwischen der Ortsgruppe und der Münchner Zentrale war in dieser Zeit auch hier recht einseitig: „Der Willensbildungsprozeß wurde von oben herab vollzogen. Nur selten übte eine Ortsgruppe Kritik an der Parteileitung in München. Dem ‚Brieftagebuch‘, einem Verzeichnis der bei der Parteigeschäftsstelle ein- und ausgehenden Briefe mit stichwortartigen Inhaltsangaben, ist als eine der wenigen Ausnahmen eine Kritik von seiten der Ortsgruppe Landshut zu entnehmen. Im März 1921 hatte sich Landshut beschwert, da verschiedene Widerrufungen, die die NSDAP nach einigen Reden durch Urteile vornehmen mußte, eine ‚schädliche Wirkung‘ hätten.“⁶³

Hitler selbst hatte diese Angelegenheit „persönlich erledigt“. Er besuchte Landshut Ende Februar und Ende März 1921. Daß er bei einer solchen Gelegenheit im Hause Straßer erstmals mit Ludendorff zusammengetroffen sei, ist aber ein Märchen⁶⁴. Gregor Straßer trat erst im Oktober 1922 der NSDAP und der SA bei. Bald danach wurde er stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe, im März 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern der SA. Beim SA-Aufzug am 1. Mai 1923 in München vertrat er mit Oberstleutnant Kriebel zusammen einen harten Kurs und wollte Hitler vom Einlenken gegenüber Reichswehr und Polizei abhalten. Am Putschversuch des 9. November war er nur am Rande beteiligt. Er hatte lediglich die Wittelsbacher Brücke besetzt zu halten und zog am Abend unbehelligt mit seinen SA-Leuten wieder nach Landshut ab; dort sind sie entwaffnet worden. Straßer wurde erst im Februar 1924 verhaftet und stand beim zweiten Prozeß gegen die Putschisten am 2. Mai vor Gericht; er bekam eine Haftstrafe auf Bewährung. Obwohl er damals in Untersuchungshaft saß, wurde er am 6. April 1924 als Abgeordneter des Völkischen Blocks in den Bayerischen Landtag gewählt. Gregor Straßer verhielt sich in den frühen Jahren Hitler gegenüber völlig loyal.

Die SA als Propagandainstrument

Auf der Mitgliederversammlung der NSDAP am 29. Juli 1921 wurde auch die Organisation einer Turn- und Sport-(Sturm-)Abteilung beschlossen, deren Zweck im Schutz der Versammlungen, in der Abstellung des Sicherungs- und Ordnungsdienstes und der gegen-

⁶² Dazu jetzt Gabriele Goderbauer, Gregor Straßer und die Anfänge der NSDAP in Bayern, insbesondere in Niederbayern und Landshut, Bd. 1 und 2, unveröff. Mag.-Arbeit München 1986.

⁶³ Ebd., Bd. 1, S. 82 f.

⁶⁴ Ebd., S. 87.

seitigen Unterstützung bei gefährdeten Versammlungen bestand. Die Aufstellung dieser Sturmabteilung, bald kurz SA genannt, war ein persönliches Anliegen Hitlers. Nach seiner Ansicht sollte sie auch eine wesentliche propagandistische Funktion haben. Sie sollte gleichzeitig „Sturmbock“ der nationalsozialistischen Bewegung wie „Trägerin des Wehrgedankens“ sein. Ihr Aufbau wurde dem Leutnant a.D. Ulrich Klintzsch aus der „Organisation Consul“ des Kapitäns Ehrhardt anvertraut⁶⁵. Der Stab der SA wurde in den ersten Monaten aus der Kasse Ehrhardts finanziert. Als im Frühjahr 1923 der im Ersten Weltkrieg berühmt gewordene Kampfflieger Hermann Göring zur NSDAP stieß, wurde ihm die Leitung der SA übertragen. Die SA-Einheiten erhielten schon unter Klintzsch eine militärische Grundausbildung und durch Vermittlung des Reichswehrhauptmanns Ernst Röhm die entsprechende Bewaffnung. Im Oktober 1921 gab es im Raum München 21 SA-Gruppen mit insgesamt 280 bis 300 Mitgliedern. Schon aus 40 bis 60 Mann wurde eine „Hundertschaft“ gebildet⁶⁶. Im September 1922 gab es auch „Hundertschaften“ in Freising, Landshut und Bad Tölz. Anlässlich einer Kundgebung der Vaterländischen Verbände Bayerns am 16. August 1922 fand auf dem Königsplatz in München ein erster öffentlicher Auftritt der SA mit Hakenkreuzfahrten statt. In den nächsten Wochen und Monaten dehnte sich die SA schnell im Bayern südlich der Donau, Franken und Schwaben aus. Am 11. Dezember 1922 gab es einen schweren Zusammenstoß der SA mit sozialistischen Gruppen in Göppingen⁶⁷. Es war das erste Mal, daß ein geschlossener Verband der SA zur „Demonstration“ in einen Ort außerhalb Bayerns fuhr; auch ein fränkischer Verband beteiligte sich daran. Vorbild war wohl das Auftreten der SA beim „Deutschen Tag“ in Coburg drei Monate vorher. Nicht von ungefähr ging dem Aufbau der SA die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren und des „Freikorps Oberland“ voraus. Aus diesen Verbänden gingen viele Leute zur SA über. Die SA wurde attraktiv als nationaler Wehrverband, und die NSDAP insgesamt gewann dadurch in den nationalistischen Kreisen an Prestige und Anerkennung.

Viele SA-Einheiten führten innerhalb der NSDAP-Ortsgruppen ihr Eigenleben, und sie hielten auch zusammen, als die NSDAP in Preußen und anderen norddeutschen Staaten verboten wurde. Ab 1923 arbeitete die Parteizentrale vielfach mehr mit der SA zusammen als mit den Ortsgruppenleitungen. Die SA gewann an Eigenbewußtsein und ließ sich von einem politischen Ortsgruppenleiter nicht viel sagen. Diese Selbständigkeit der SA wurde noch dadurch begünstigt, daß die SA regional, nach militärischem Vorbild zusammengefaßt wurde, während Hitler die Bildung von Zwischeninstanzen in der politischen Gliederung damals ausdrücklich ablehnte⁶⁸. Nach dem Vorbild von Coburg wurde die SA zum Aushängeschild der Partei, sie hatte schließlich die Hauptlast der Parteiaktivität zu tragen. Ihr verdankte die Partei in erster Linie ihr wachsendes Ansehen im Jahre 1923. Im Februar 1923 wurde die NSDAP dank der SA Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände“ in Bayern. Deren martialische Demonstration am 1. Mai

⁶⁵ Zu Klintzsch und den Anfängen der SA vgl. Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München 1962, S. 28 f.; Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: „Wehrverband“, „Parteitruppe“ oder „Revolutionsarmee“? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933, Diss. phil., Erlangen 1964; zu Ernst Röhrs Bedeutung für die SA siehe auch Peter Longeric, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

⁶⁶ Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 47.

⁶⁷ Dazu ebd., S. 61 f.

⁶⁸ Die Selbständigkeit der SA wird besonders hervorgehoben bei Douglas, Early Ortsgruppen, S. 278 ff.; Wolfgang Schieder, NSDAP vor 1933 (Anm. 29), S. 148 f.

1923 gegen die Versammlung der Arbeiterbewegung endete zwar in einem Fiasko, aber der „Deutsche Tag“ in Nürnberg am 1./2. September 1923 brachte einen gewissen Ausgleich, denn Hitler stand nun gleichberechtigt neben dem nationalen Heros, General Ludendorff. Wie schon erwähnt, wurden bei dieser Gelegenheit auf Betreiben Hitlers und Röhms NSDAP, Bund Oberland und Röhms Wehrverband „Reichsflagge“ zum „Deutschen Kampfbund“ zusammengeschlossen, der bald darauf, am 8./9. November 1923, den bekannten Putsch versuchte, der kläglich scheiterte und der NSDAP ein vorläufiges Ende bereitete, das allerdings kaum mehr als ein Jahr dauerte. Eines der wenigen auswärtigen NSDAP-Mitglieder, die an dem Putschversuch aktiv teilnahmen, war Julius Streicher, der vor dem Münchner Rathaus unter dem Schutz eines Stoßtrupps eine Propagandarede hielt und an der Feldherrnhalle in der ersten Reihe des Demonstrationzuges mitmarschierte, ohne verwundet zu werden. Er sollte in der geplanten „provisorischen Nationalregierung“ Hitlers die Redner-Propaganda leiten.

Beim Prozeß gegen Hitler und die Hauptbeteiligten des Putsch-Versuches im Februar und März 1924 konnte der Führer der NSDAP nochmals einen persönlichen Propaganda-Erfolg einheimen, dessen Auswirkungen sich einen Monat später bei den bayerischen Landtagswahlen zeigten: der „Völkische Block“ wurde im Stadtgebiet München zur stärksten Partei: er errang 35 % der Stimmen. Der Völkische Block wurde mit 17,1 % auch zur zweitstärksten Partei in Bayern. Nicht viel besser sah es bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 aus: in ganz Bayern erreichte der Völkische Block 16,0 % (nach Mecklenburg war das der zweithöchste Stimmenanteil, auf Reichsebene blieben es 6,6 %), in München 28,5 %, in Mittelfranken 24,7 %, in Niederbayern 18,7 %, in der Oberpfalz 9,8 %⁶⁹.

Hitler war durch den Prozeß gegen ihn keineswegs ausgeschaltet, er hatte weiterhin eine große Anhängerschaft in München, das gleiche galt für Julius Streicher in seinem Agitationsbereich Mittelfranken.

*

In Reaktion auf die linke Revolution von 1918/19 war die „Ordnungszelle Bayern“ zum Refugium der Rechten in Deutschland geworden. Die völkisch-nationalistischen Gruppen und Parteien konnten sich hier ungestört entwickeln, von den national-konservativ eingestellten Regierungen Kahr und Knilling nicht nur geduldet, sondern eher gefördert. Auf bayerischem Boden, in Bamberg, war 1919 der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund entstanden. Aus ihm rekrutierten sich sowohl die Deutschsozialistische Partei, in der Julius Streicher eine große Rolle spielte, wie die (Nationalsozialistische) Deutsche Arbeiterpartei, die bald von Adolf Hitler beherrscht wurde. Beide Parteien hatten fast das gleiche Programm. Der in seiner Weltanschauung fanatischere Hitler setzte sich durch, Streicher schwenkte auf ihn ein. Trotzdem blieb eine latente Rivalität zwischen beiden noch lange bestehen. Während Hitler Dickel, Harrer, Drexler und andere ihm nicht gänzlich willfährige Parteimitglieder ausschalten konnte, mußte er Streicher Konzessionen machen.

Die Konfessionszugehörigkeit der Parteiführer innerhalb der NSDAP spielte in dieser frühen Zeit keine Rolle. Sie waren alle überzeugt völkisch gesinnt und mehr oder weniger

⁶⁹ Nach Dietrich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, Düsseldorf 1973, S. 132 ff.; Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 301 f.

stark antisemitisch eingestellt. Man kann aber feststellen, daß der Weg vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund über die Deutschsozialistische Partei zur NSDAP, den viele gingen, ein Weg der Radikalisierung war.

Daß die NSDAP in München entstand und zuerst in Bayern Fuß faßte, hat mehr mit der „Ordnungszelle“ zu tun als mit der Katholizität des Landes. Der Katholik Streicher hat seine ersten Erfolge unter den antisemitisch gesinnten Protestanten Mittelfrankens erungen. Auch in anderen Gebieten Bayerns waren es eher mittelständische Animositäten, ein unzufriedenes Kleinbürgertum und die allgemeine Kommunistenfurcht weiter Kreise, die der NSDAP Anhänger zuführten. Diese Stimmung war in den Städten ausgeprägter als auf dem Lande. Ähnlich lag es auch in den Orten außerhalb Bayerns. Es gab da noch weniger nationalsozialistische Ortsgruppen, deren Aktivität über Stammtisch-Gespräche hinausging. Schwerpunkte waren, soweit man in dieser frühen Zeit überhaupt schon von solchen sprechen kann, in Stuttgart, Hannover, Dortmund und einigen anderen Städten des Rhein-Ruhrgebiets.

Als Hitler anlässlich des Kapp-Putsches mit Dietrich Eckart nach Berlin geflogen war, soll er sich dem Kapitän Ehrhardt als Propaganda-Redner angeboten haben - als Reichswehrsoldat hatte er da ja schon Erfolge erzielt. Ehrhardt soll ihn aber unwirsch abgewiesen haben: Man könne ihn nicht brauchen; mit seiner österreichischen Aussprache könne er hier nichts erreichen. Dieser und anderer Berliner Erfahrungen eingedenk, konzentrierte sich Hitler deshalb anfangs bewußt auf die „Ordnungszelle Bayern“ und scheute davor zurück, außerhalb deren Grenzen öffentlich aufzutreten. Die NSDAP ist zwar in Bayern groß geworden, das heißt aber nicht, daß man ihre Anfänge als eine speziell bayerische Angelegenheit ansehen kann.

Ursula Büttner

„Volksgemeinschaft“ oder Heimatbindung: Zentralismus und regionale Eigenständigkeit beim Aufstieg der NSDAP 1925–1933

In keinem Bereich der Zeitgeschichte haben regional- und lokalhistorische Arbeiten eine solche Bedeutung erlangt wie bei der Erforschung des Nationalsozialismus. Hier zeichnet sich ein Trendwechsel in der Forschung ab. Regionalgeschichte hatte es in Deutschland – anders als in Frankreich oder in den angelsächsischen Ländern – lange Zeit schwer, als gleichrangige sozialhistorische Methode anerkannt und beachtet zu werden. Auch bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus dominierten zunächst die großen, auf die politischen Entwicklungen und Entscheidungen auf Reichsebene sowie die Struktur des Herrschaftssystems zielenden Gesamtanalysen. Die wegweisende, der wahlsoziologischen Forschung der zwanziger Jahre verpflichtete Arbeit von Rudolf Heberle über die Durchsetzung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein¹ konnte bezeichnenderweise erst 1963 aufgrund der Initiative Martin Broszats erscheinen; andere frühe Regional- oder Lokalstudien stammten überwiegend von angelsächsischen Autoren, so das berühmte Buch über Northeim von William Sheridan Allen von 1965, die Studie von Noakes über Niedersachsen (1971) und die von Pridham über Bayern (1973)². Seit den 70er Jahren hat sich das Bild jedoch wesentlich verändert. Die Verlagerung des Interesses auf die Frage, wie der Massenerfolg der Nationalsozialisten zu erklären sei, und später die Hinwendung zur Alltagsgeschichte der „kleinen Leute“ ließen eine Fülle von Regionalstudien entstehen; denn nur im begrenzten Raum waren klare konfessionelle und sozialstrukturelle Verhältnisse, eindeutige historische Traditionen, ideologische Prägungen und politische Konstellationen zu finden, war die Interdependenz zwischen diesen Faktoren zu ermitteln.

Zwei Zielsetzungen lassen sich bei den Arbeiten zur Geschichte des Nationalsozialismus in einer Region oder Stadt unterscheiden: Zum einen soll das lokale Interesse an der eigenen Geschichte befriedigt und zum Teil durch Betroffenheit über das Geschehen in der unmittelbaren Nähe eine pädagogische Wirkung erreicht werden. Zum anderen verste-

¹ Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932*, Stuttgart 1963.

² William S. Allen, „Das haben wir nicht gewollt!“ *Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935*, Gütersloh 1965; Jeremy Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933*, Oxford 1971; Geoffrey Pridham, *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923–1933*, London 1973. Als Vorläufer von seitens der deutschen Sozialgeschichtsforschung war 1963 die vielbeachtete Dokumentation von Werner Jochmann erschienen: *Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933*, Frankfurt/M. 1963. Es folgten als relativ frühe deutsche Arbeiten mit zehnjährigem Abstand: Eberhart Schön, *Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen*, Meisenheim 1972 und Wilfried Böhnke, *Die NSDAP im Ruhrgebiet, 1920–1933*, Bonn-Bad Godesberg 1974.

hen die Autoren ihre Untersuchungen als „Fallstudien“, deren exemplarische Ergebnisse die *generelle* Kenntnis über die Entstehungs- und Wirkungsbedingungen des Nationalsozialismus erweitern sollen. Die Regionalstudie sei „ein Baustein zur Gesamtgeschichte der NSDAP“³, so oder ähnlich äußern sich die meisten Autoren. Das erkenntnisleitende Interesse gilt nicht der Region, sondern die regionale Begrenzung ist das Mittel, um zu fundierten allgemeingültigen Aussagen zu gelangen. Sehr deutlich wird das bei der historischen Wahlforschung⁴. Die Umschreibung der „Region“ wird bei diesen Arbeiten durch das Forschungsinteresse bestimmt: Es sind Räume, die sich durch ihre spezifische wirtschaftliche und soziale Struktur, die konfessionelle Prägung, die geschichtliche Erfahrung und die Identifikation der Bewohner mit der näheren Umgebung von anderen unterscheiden und zugleich – das ist bei der Frage nach den Gründen für politisches Verhalten unerlässlich und zwingt oft zu Kompromissen – als politische Einheiten (Länder, Wahlkreise) faßbar sind.

Da es bei den wissenschaftlichen Untersuchungen primär um den Nationalsozialismus und nur sekundär um die Geschichte der Region geht, fanden Gebiete das meiste Interesse, in denen die NSDAP besonders große Wahlerfolge erzielte oder in denen sie ungewöhnlich schlecht abschnitt. Gebiete mit durchschnittlichen Ergebnissen, wie z.B. die Provinz Brandenburg (Potsdam I + II), das Weser-Ems-Gebiet um Bremen, Sachsen (Dresden, Leipzig) und Baden, wurden dagegen verhältnismäßig wenig beachtet.

Die vielen inzwischen vorliegenden Regionalstudien und die ebenfalls auf regionaler Detailanalyse basierende Wahlforschung bestätigen eine Reihe von Aussagen, die sich aufgrund sorgfältiger Interpretation von Einzelbeobachtungen auch schon in der älteren Literatur finden⁵: Die Wiedergründung der NSDAP 1925 erfolgte überall durch einzelne einheimische Aktivisten; von ihren Fähigkeiten und ihrem Einsatz hing in den nächsten drei bis vier Jahren die Entwicklung der Partei ab. Erst nach dem Anwachsen zur Massenpartei seit 1929/30 sind für die jeweilige Region typische Unterschiede in der Geschichte der NSDAP zu erkennen. Die wichtigsten sollen kurz genannt werden:

Ihre weitaus besten Ergebnisse erzielten die Nationalsozialisten nach 1929 in evangelischen Landgebieten wie Schleswig-Holstein, Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Hessen, Ober- und Mittelfranken, und zwar besonders in den Dörfern sowie den Klein- und Mittelstädten⁶. In eindrucksvollem Gegensatz dazu blieben sie in eingesprengten katholischen Landesteilen, z.B. dem Oldenburger Münsterland (Vechta, Cloppenburg), dem Raum um die Bistümer Fulda oder Limburg und Unterfranken, weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Selbst Nachbardörfer wählten völlig verschieden: evangelische Dörfer im Fuldaer Raum zu 90 bis 100% Hitler bei der Reichspräsidentenwahl 1932, katholische Dörfer dagegen zu 90 bis 100% den Protestanten Hindenburg⁷. In evangelischen

³ Böhnke, Ruhrgebiet, S. 12.

⁴ Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991.

⁵ So bei Gerhard Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Frankfurt/M. u. a. 1975, S. 355–398.

⁶ Vgl. u. a. Falter, *Hitlers Wähler*, S. 163, S. 175–188.

⁷ Dies kann z. B. Klaus Schönekeas für die Kreise Gersfeld und Hünfeld im Raum Fulda nachweisen: Klaus Schönekeas, „Christenkreuz über Hakenkreuz und Sowjetstern“. Die NSDAP im Raum Fulda, in: Eike Hennig (Hg.), *Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen*, Frankfurt/M. 1983, S. 127–179, hier S. 140; das gleiche Bild ergibt sich bei einer Gegenüberstellung der katholischen und protestantischen Ämter in Oldenburg, vgl. die Graphik bei Klaus Schaap, *Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933*, Düsseldorf 1978, S. 288.

Landgebieten gab es kein ähnlich festgefügtes Sozialmilieu wie im katholischen Bereich, so daß der Wechsel der parteipolitischen Präferenzen leichter möglich war. Überall verloren die konservativen und liberalen bürgerlichen Parteien zwischen 1924 und 1928 einen Großteil ihrer Wähler an wirtschaftliche Interessenparteien (die Bauern an die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, den gewerblichen Mittelstand an die Wirtschaftspartei) oder auch an regionale Sonderparteien wie die Welfenpartei in Hannover; und da diese weder die Folgen der Agrarkrise noch die als vernichtend erlebte Regierungspolitik abzuwenden vermochten, wanderten die Wähler seit 1929 weiter zur radikalsten Protestpartei, der NSDAP. Günstige Voraussetzungen für die Aufnahme der NS-Ideologie hatten überall die Verbände geschaffen: die völkischen und nationalen Organisationen, die Wehrverbände und Kriegerbünde, die Heimat- und Kulturvereine und besonders die angeblich unpolitischen Berufsverbände.

Bei näherem Zusehen in den Regionen zeigen sich jedoch viele Unterschiede: Der Zusammenhang zwischen antisemitischer Indoktrination und der Anfälligkeit für nationalsozialistische Parolen scheint auf der Hand zu liegen. Tatsächlich machte die NSDAP in Hessen die größten Fortschritte in Bezirken, in denen um die Jahrhundertwende die Antisemitenpartei des Dr. Böckel ihre Hochburgen gehabt hatte (Marburg-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, Oberhessen)⁸. In Schleswig-Holstein dagegen, wo die Antisemiten um Friedrich Raab ebenfalls eine starke Position gehabt und 1898 ein Reichstagsmandat erobert hatten, gab es keine solche Kontinuität. 80% ihrer Wähler waren in Angeln im Landkreis Flensburg beheimatet gewesen; gerade hier aber konnte sich die NSDAP erst sehr viel später durchsetzen als in der übrigen Provinz, nämlich erst 1932⁹. Der Grund war in der sozialen Abschottung der standesbewußten Großbauern von den kleinen ländlichen Gewerbetreibenden und Landarbeitern zu suchen. Für die Bauern Angeln war die NSDAP noch 1930 eine „linke“, „sozialistische“ Partei, die ihren Besitz bedrohte und mit deren Anhängern sie sich nicht gemein machen wollten. Soziale Barrieren waren in diesem Fall stärker als ideologische Affinitäten.

Sehr unterschiedlich war auch die Rolle der Agrarverbände in den verschiedenen Regionen des Reichs; aber nirgendwo in den evangelischen Landgebieten – mit der einen Ausnahme Württembergs – hielten sie den Zulauf zur NSDAP auf¹⁰. Ganz ohne Mitwirkung der Verbände, spontan von der Basis her, entstand in Schleswig-Holstein auf dem ersten Höhepunkt der Agrarkrise Anfang 1928 die Landvolkbewegung; durch immer militantere Formen des Protests bis hin zu Bombenanschlägen und anderen direkten Angriffen auf die Staatsgewalt bereitete sie den radikalsten Kämpfern gegen das System, den Nationalsozialisten, den Weg. In Oldenburg und Niedersachsen sicherten sich die Landbünde Einfluß auf die Bewegung¹¹, und in den übrigen Teilen Nord- und Ostdeutschlands übernahmen sie selbst die Führung des Protests, aber nicht gegen die NSDAP, sondern indem sie ihre eigenen Forderungen immer mehr radikalisierten und die vorzeitige „Gleichschaltung“ seit 1931 hinnahmen (Wahl von Nationalsozialisten in Landbundvorstände und Landwirt-

⁸ Schön, Hessen, S. 8–15, S. 97, S. 179.

⁹ Peter Heinacher, Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933), Flensburg 1986, Bd. 1, S. 55–68, S. 77, S. 336, S. 332, S. 346.

¹⁰ In diesem Abschnitt folge ich Jürgen Bergmann u. Klaus Megerle, Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924–1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: Jürgen Bergmann u. a., Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1989, S. 200–287.

¹¹ Schaap, Oldenburg, S. 34–39.

schaftskammern). Mehr Widerstandskraft zeigten allein die Bauernvereine im katholischen Westen und Süden Deutschlands. Trotz aller Unzufriedenheit gingen ihre politischen Forderungen nicht über einen maßvollen Verfassungswandel im Sinne des Präsidialsystems hinaus. Sie waren Teil des insgesamt resistenten katholischen Sozialmilieus.

Völlig aus dem Rahmen fiel dagegen Württemberg¹². Obwohl in dem Land, dessen Bewohner zu 68% evangelisch waren und zu 41% in der Landwirtschaft arbeiteten, alle strukturellen Voraussetzungen gegeben waren, die sonst den Aufstieg der NSDAP begünstigten, lagen ihre Wahlergebnisse immer, sogar noch im März 1933, beträchtlich unter dem Reichsdurchschnitt. Als Gründe für diese Sonderentwicklung lassen sich eine ganze Reihe von Faktoren anführen: die Stärke eines bodenständigen Liberalismus, die Stabilität der Regierungsverhältnisse und das relativ gute Funktionieren des parlamentarischen Systems, der desolate Zustand der nationalsozialistischen Organisation und die Tatsache, daß die auf eine vielseitige Veredelungswirtschaft eingestellten bäuerlichen Familienbetriebe flexibler auf die Agrarkrise reagieren konnten als die Landwirtschaft im Norden und Osten Deutschlands. Unklar ist noch, welche Bedeutung der besonderen Prägung des Protestantismus, nämlich der Stärke eines Laienfrömmigkeit und basiskirchliches Engagement fördernden Pietismus, zukommt. Auffallend ist jedenfalls, daß die „Württembergische Sozietät“ im Dritten Reich ein Zentrum kirchlicher Resistenz bildete und daß besonders viele württembergische Pfarrer an Bemühungen zur Rettung von Juden beteiligt waren¹³. Wie das Beispiel zeigt, ist die Funktion der evangelischen Kirche im Aufstiegsprozeß des Nationalsozialismus noch näher zu klären: Vermochte sie nur keine Schranke gegen ihn aufzurichten, oder förderte sie eine für ihn günstige Mentalität? Es scheint, daß dort, wo ein starkes protestantisches Sozialmilieu bestand, es das Vordringen des Nationalsozialismus ebenfalls behinderte. Hier ist weitere Arbeit nötig. Eines aber läßt sich schon heute sagen: Eine *einfache* Rückführung der nationalsozialistischen Erfolge auf konfessionelle und sozialstrukturelle Faktoren, so zeigt sich in Württemberg, ist nicht möglich. Die NSDAP erzielte zwar in evangelischen Agrarregionen ihre besten Ergebnisse, aber nicht alle diese Gebiete waren in gleicher Weise für ihre Agitation anfällig.

Soweit einige Ergebnisse der vergleichenden Beobachtung von Schwerpunktgebieten der NSDAP. Wenden wir uns nun der Betrachtung der für sie schwierigen Regionen zu. Auch in ihnen lassen sich einige generelle Trends erkennen:

Das katholische Sozialmilieu behinderte den Aufstieg des Nationalsozialismus durchweg am stärksten. Wie immer die Gebiete sonst strukturiert waren, im überwiegend katholischen Teil Deutschlands blieben die Wahlergebnisse der NSDAP weit unter dem Durchschnitt¹⁴. Am schwersten hatte sie es in den Dörfern und kleinen Städten, wo eine starke

¹² Thomas Schnabel, Die NSDAP in Württemberg 1928–1933. – Die Schwäche einer regionalen Parteiorganisation, in: Ders. (Hg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Stuttgart u. a. 1982, S. 49–80; Detlef Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the sociology of the Nazi movement, London u. New York 1991, S. 50–83. Vgl. auch Roland Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, S. 12–24.

¹³ Hinweise bei Theodor Dipper, Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Kirchenkampfes im Dritten Reich, Göttingen 1966. Über ein „Netz“ von evangelischen Pfarrhäusern in Württemberg, in denen Juden und Christen jüdischer Abstammung zeitweise Unterschlupf fanden, berichten Ute Klingemann u. Jürgen W. Falter, Hilfe für Juden während des Holocaust. Sozialpsychologische Merkmale der nichtjüdischen Helfer und Charakteristika der Situation, in: Günther B. Ginzler (Hg.), Mut zur Menschlichkeit. Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit, Köln 1993, S. 115–145, insbes. S. 127 f.

¹⁴ Falter, Hitlers Wähler, S. 169–188.

Sozialkontrolle abweichendes Verhalten und auch abweichende Wahlentscheidungen mit Sanktionen belegte. Aber auch in den großen Städten wirkte das kirchliche Verdikt gegen den Nationalsozialismus, wenn auch in geringerem Maße. Wo sich freilich einmal ein katholischer Pfarrer offen zur NSDAP bekannte, brauchte sie um ein gutes Wahlergebnis in dem Dorf nicht zu fürchten¹⁵, und als die Bischöfe 1933 ihre Ablehnung des Nationalsozialismus aufgaben, verlor das katholische Sozialmilieu viel von seiner Resistenzkraft.

Eine weitere alte These wird durch die Regional- und Wahlforschung bestätigt: Neben dem Katholizismus bildete die sozialistische Arbeiterbewegung das zweite Sozialmilieu, das dem Werben der Nationalsozialisten widerstand, wenn auch nicht mit gleicher Sicherheit und im gleichen Ausmaß, wie vor allem die Untersuchungen Falter und seiner Gruppe ergaben¹⁶. Die Arbeiterschaft insgesamt war unter den Wählern und Mitgliedern der NSDAP zwar unterrepräsentiert, aber doch ziemlich stark vertreten. Landarbeiter gaben ihr überproportional häufig die Stimme, und es gab besonders 1932 auch Wechselwähler, die von der SPD und KPD zur NSDAP stießen, darunter wie Schaap für Oldenburg feststellte, nicht nur – tendenziell – weniger klassenbewußte gewerbliche Arbeiter, sondern seit 1931 auch Metallarbeiter¹⁷.

Dieser Befund widerspricht der früher vorherrschenden Auffassung, daß die NSDAP ihren Aufstieg hauptsächlich der „Panik im Mittelstand“, der Unterstützung von Bauern, selbständigen Gewerbetreibenden, Beamten und Angestellten, verdankte. Die These wird noch von einer anderen Seite her in Frage gestellt: Die bisher angenommene besondere Affinität der Angestellten zum Nationalsozialismus läßt sich nach den Untersuchungen von Falter und anderen wahlstatistisch nicht nachweisen¹⁸. Für Hamburg, die Stadt mit dem größten Angestelltenanteil unter allen deutschen Großstädten (28,3% gegen 27%), bin ich allerdings zu einem anderen Ergebnis gekommen¹⁹. Trotzdem ist Falter in einem Punkt recht zu geben: Es sind sehr viel differenziertere Arbeiten über die Angestelltenschaft nötig, die auch regionale Unterschiede berücksichtigen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV), der als ideologischer Wegbereiter des Nationalsozialismus bisher die meiste Beachtung gefunden hat, war offenbar vor allem in den Klein- und Mittelstädten zuhause (1930: 400 000 Mitglieder in ca. 2000 Ortsgruppen). In der nach Übersee gewandten Großstadt Hamburg konnte der sozialistische Zentralverband der Angestellten (ZdA) ebenso viele und der liberale Gewerkschaftsbund der Angestell-

¹⁵ Gerhard Paul, *Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987*, S. 209.

¹⁶ Falter, *Hitlers Wähler*, S. 198–230; Mühlberger, *Hitler's Followers*, S. 26–49; Schön, *Hessen*, S. 181; Böhnke, *Ruhrgebiet*, S. 180; Schönekas, *Christenkreuz*, S. 144; Heidi Fogel u. Dieter Rebentisch, *Organisation und Struktur der NSDAP in südhessischen Arbeiterwohngemeinden 1928–1932*, in: Henning, *Hessen unterm Hakenkreuz*, S. 318–349; Jürgen Pastowski, *Auf dem Weg in die Katastrophe. Wahlen im Gebiet der heutigen Stadt Gelsenkirchen 1924–1930*, in: Heinz-Jürgen Priamus (Hg.), *Deutschlandwahn und Wirtschaftskrise. Gelsenkirchen auf dem Weg in den Nationalsozialismus. Teil 1: Die antidemokratische Allianz formiert sich*, Essen 1991, S. 13–74.

¹⁷ Schaap, *Oldenburg*, S. 148 f.; vgl. auch Ingrid Buchloh, *Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg. Eine Fallstudie*, Duisburg 1980, S. 30.

¹⁸ Falter, *Hitlers Wähler*, S. 232–241.

¹⁹ Hierzu und zum folgenden Ursula Büttner, *Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931*, Hamburg 1982, S. 295–298, S. 310–312, S. 326 f. Auch die Arbeit von Michael Prinz, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, München 1986, insbes. S. 82 f. weist in die von mir am Beispiel Hamburgs beschriebene Richtung.

ten (GdA) mehr als doppelt so viele Mitglieder an sich binden wie der DHV. Beide, auch der GdA, das ist gegen Priamus zu betonen²⁰, gingen bis zum Ende der Weimarer Republik keine Kompromisse mit dem Nationalsozialismus ein, trotzdem ist eine Abwendung der Mitglieder nicht festzustellen. Ihre überdurchschnittlich guten Wahlergebnisse in Angestelltenwohngebieten verdankte die NSDAP außer jungen DHV-Mitgliedern hauptsächlich den vielen unorganisierten und erwerbslosen Angestellten.

Um die relative Stärke oder Schwäche der NSDAP zu ergründen, sind trotz der Breite der vorliegenden Regionalforschung noch weitere Studien über Gebiete mit anderen sozialen Strukturen und historischen Erfahrungen erforderlich, z. B. über weltmarktorientierte Handelsregionen wie Hamburg – gab es in ihnen auch anderswo ein der NSDAP hinderliches liberales Sozialmilieu? – oder über mitteldeutsche Länder, wie Thüringen und Sachsen, die in den Anfangsjahren der Republik reine Linksregierungen erlebt hatten und später rechte Hochburgen wurden. Insgesamt betreffen die Unterschiede aber nur Tempo und Ausmaß der nationalsozialistischen Erfolge. Mit gewissen zeitlichen Verschiebungen setzte sich die NSDAP überall durch. Wie es ihr gelang, Menschen aus allen sozialen Schichten in der „Volkspartei des Protests“²¹ zu sammeln, so war sie auch in allen Regionen auf dem Vormarsch.

Diese Feststellung führt uns zu der Frage, ob durch die Untersuchung der NSDAP-Geschichte nach Regionen die Einheitlichkeit der Parteientwicklung zu sehr überdeckt und eine Eigenständigkeit der Gaue bzw. Ortsgruppen suggeriert wird, für die es in Wahrheit keinen Spielraum gab. Wir müssen deshalb das Verhältnis von Zentrale und NS-Organisationen im Land näher betrachten.

Auch in der Zeit des NSDAP-Verbots hatten an vielen Stellen Deutschlands kleine nationalsozialistische Zirkel weiterbestanden – unter vielfältigen Tarnungen –, die sich trotz notgedrungener Anlehnung an die Deutschvölkischen ausschließlich der Partei Hitlers zugehörig und verpflichtet fühlten²². Nach der Wiedergründung der NSDAP am 27. Februar 1925 waren es solche örtlichen Kräfte, die den Wiederaufbau der Organisation außerhalb Bayerns betrieben und trugen. Von München ging keine Initiative aus²³; im Gegenteil beklagten die Aktivisten in Nord- und Nordwestdeutschland das Fehlen von Anweisungen

²⁰ Heinz-Jürgen Priamus, *Angestellte und Demokratie. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1979, S. 117–131, S. 190–196, S. 203–207. Argumente für meine abweichende Bewertung bei Büttner, *Staatskrise*, S. 296–297 u. S. 310–312.

²¹ So die Formulierung bei Falter, *Hitlers Wähler*, S. 371; ebenso Mühlberger, *Hitler's Followers*, S. 207. Auf anderem Weg, durch die Untersuchung der politischen Einstellungen und Affinitäten und der Ursachen für ihre Veränderung, bin ich 1982 zu einem entsprechenden Ergebnis gelangt: Büttner, *Staatskrise*.

²² Dazu und zum folgenden: Schulz, *Aufstieg*, S. 355–375; Werner Jochmann, *Die revolutionäre Kaderpartei*, in: Hans-Adolf Jacobsen u. Werner Jochmann, *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945. Kommentar*, Bielefeld 1966, S. 27–40; Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung – Struktur – Folgen des Nationalsozialismus*, 7. Aufl. Köln 1993, S. 141–146; Gerhard Schildt, *Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26*, Diss., Freiburg 1964, S. 13–49; Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19), Stuttgart 1969, S. 13–19; Hanna Behrend, *Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921–1933*, Frankfurt/M. u. Bern 1981, S. 49–74; Schön, *Hessen*, S. 33–53; Böhnke, *Ruhrgebiet*, S. 54–86; Noakes, *Lower Saxony*, S. 25–43; Rudolf Rietzler, *„Kampf in der Nordmark“*. *Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928)*, Neumünster 1982, S. 187–234, S. 343–365.

²³ Dies betont sehr stark Rietzler, *Nordmark*, S. 204.

für die Gestaltung der Satzung, für die Agitation und die programmatische Arbeit. Hilfesuchende Briefe nach München blieben meistens ohne Antwort. Hitler war die Entwicklung der NSDAP außerhalb Bayerns zwar keineswegs gleichgültig, wie die Tatsache zeigt, daß er Gregor Straßer noch *vor* der offiziellen Wiedergründung der Partei mit ihrem Aufbau in Norddeutschland beauftragte. Straßer begnügte sich aber damit, den äußeren Rahmen abzustecken: die von regionalen Gremien gewählten Gauleiter im Namen Hitlers zu bestätigen, die Gaugrenzen festzulegen, bei Kompetenzkonflikten schlichtend einzugreifen und vor allem als attraktiver Redner bei unzähligen Versammlungen die Bemühungen der Gaue und Ortsgruppen zu unterstützen²⁴. Die geforderte engere und permanente Verbindung nach München konnte er nicht gewährleisten, dafür war der zentrale Parteiapparat damals noch nicht leistungsfähig genug.

Das Defizit an zentraler Leitung versuchten die NSDAP-Führer in Nord- und Westdeutschland auszugleichen, indem sie nach eigenem Gutdünken agitierten und organisierten. Die nordwestdeutsche NSDAP erhielt dadurch zeitweilig ein gewisses eigenes Gepräge, das in der Forschung zum Teil stark betont wird²⁵. In Regionen mit einer starken Industriearbeiterschaft wie dem Ruhrgebiet wurde die „sozialistische“ Komponente des Programms herausgestrichen, in Landgebieten wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen gab es erste Ansätze für eine Agrarpropaganda²⁶. Manche Führungskräfte zeigten nationalrevolutionäre Tendenzen und einige Sympathien für den Nationalbolschewismus. Es kam zu organisatorischen Besonderheiten, z. B. im März 1926 zum selbständigen Zusammenschluß der Gaue Westfalen und Rheinland-Nord zum Großgau Ruhr und – noch bemerkenswerter – zur kollektiven Leitung dieses Gaus durch ein Triumvirat: Goebbels, Kaufmann und Pfeffer v. Salomon, die allerdings schon drei Monate später durch die Wahl Kaufmanns zum alleinigen Gauleiter im Beisein Hitlers beendet wurde²⁷. Bei alledem wollten die beteiligten Nationalsozialisten aber nicht die NSDAP verändern, sondern im Sinne Hitlers handeln, dessen Willen sie mangels klarer Anweisung errahnen mußten. Selbst die „Arbeitsgemeinschaft der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter“ war kein Oppositionszentrum, sondern der Versuch, die vermißte zentrale Koordination und Leitung der Parteiarbeit durch überregionale Zusammenarbeit zu ersetzen. Heftige Angriffe gegen die „Münchener Bonzen“ und auch der Vorschlag, die Parteileitung nach Elberfeld zu verlegen²⁸, richteten sich gegen das Versagen des Parteiapparats, nicht Hitler. Das Ziel war nicht weniger Zentralismus, sondern die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Zentrale. Als Hitler bei der Bamberger Gauleitertagung am 14. Februar 1926 die Bemühungen der Nordwestdeutschen desavouierte, Programmdiskussionen untersagte und am 1. Juli alle Arbeitsgemeinschaften in der NSDAP verbot, fügten sich die Zurechtgewiesenen sofort²⁹.

Das innerparteiliche „Führerprinzip“ wurde festgeschrieben und mit der Ernennung Goebbels' zum Gauleiter von Berlin zum 1. November 1926, der Absetzung des stellver-

²⁴ Schildt, Arbeitsgemeinschaft, S. 42–49; Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 29–31; Volker Franke, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987, S. 99f.; Böhnke, Ruhrgebiet, S. 91–110.

²⁵ Am nachdrücklichsten von Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim 1966; differenzierter bei Schildt, Arbeitsgemeinschaft; Behrend, Beziehungen, S. 104–136.

²⁶ Buchloh, Duisburg, S. 48f.; Schildt, Arbeitsgemeinschaft, S. 58–95, S. 126–130; Kühnl, Nationalsozialistische Linke, S. 64–79. Rietzler, Nordmark, S. 402–405; Noakes, Lower Saxony, S. 104–106.

²⁷ Böhnke, Ruhrgebiet, S. 106–109, S. 116–119. Hüttenberger, Gauleiter, S. 33–38.

²⁸ Franke, Düsseldorf, S. 107.

²⁹ Dazu inbes. Schildt, Arbeitsgemeinschaft, und Hüttenberger, Gauleiter, S. 26–38.

tretenden schlesischen Gauleiters Rosikat im Frühjahr 1927 und vielen anderen Personalentscheidungen Hitlers in die Tat umgesetzt. Die Entsendung des Rheinländers Goebbels nach Berlin war symptomatisch für den ein gutes Jahr nach der Wiedergründung in der NSDAP herrschenden Zentralismus. Während die ersten gewählten Gauleiter noch überwiegend aus den Regionen stammten, spielte die Herkunft bei Hitlers Entscheidung keine Rolle. Für ihn zählten allein Leistung und Loyalität. Hitler ließ den regionalen Führern Spielraum für eigenständiges Handeln, solange sie Erfolg hatten und seine Pläne nicht durchkreuzten. Wenn das geschah, griff er aber rücksichtslos durch, ohne auf nennenswerten Widerstand in den regionalen Parteiorganisationen zu stoßen.

Nach der Ernennung Goebbels' zum Reichspropagandaleiter im April 1930 wurde auch die gesamte politische Werbearbeit zentral zusammengefaßt und geleitet. In einer Anweisung vom 5. August 1930 hieß es: „Die Reichspropaganda-Abt. hat die Wahlpropaganda für das ganze Reich einheitlich gestaltet, wodurch der größtmögliche Erfolg erzielt wird. Überall in ganz Deutschland kleben dieselben Schrift- und Bildplakate, werden dieselben Flugblätter verteilt und tauchen dieselben Klebezettel auf. Das Volk wird systematisch bearbeitet. Die Sektionen treiben deshalb keine Wahlpropaganda auf eigene Faust und verzichten auf die Herstellung eigenen Werbematerials“³⁰. So geschah es nicht nur bei dieser, sondern bei allen Wahlen mindestens seit 1930. Sogar für Kommunalwahlen wurden die Plakate zentral hergestellt und bei Bestellung nur die jeweilige Listennummer der NSDAP eingesetzt³¹. Auf lokale oder regionale politische Ereignisse oder spezifische historisch-kulturelle Traditionen konnte diese Propaganda nicht eingehen. Genau wie bei der mündlichen Agitation, die ja zu einem großen Teil von reichsweit eingesetzten, zugkräftigen Wanderrednern getragen wurde, blieb es bei den allgemeinen Schlagworten und Parolen: Kampf gegen die „Young-Sklaverei“, gegen „Marxismus“ und Liberalismus, gegen die angeblich korrupten und verlogenen „Systemparteien“ und vor allem gegen den Inbegriff alles Schlechten: die Juden³². Es gab Werbematerial für die verschiedenen Berufsgruppen, das in deren Hochburgen gezielt verteilt wurde, aber keines für die einzelnen Regionen.

Die mythische Überhöhung des Preußentums, die im Dritten Reich solche Bedeutung erlangte, spielte in der NS-Propaganda dieser Zeit offenbar noch keine große Rolle³³. Allein

³⁰ Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Fasc. Nr. 9114, Prop. Rundschreiben Nr. 16 der Propaganda-Abteilung der NSDAP-Gauleitung Groß-Berlin vom 5. August 1930.

³¹ Ebd., Rundschreiben der Reichspropagandaleitung vom 27. 2. 1931.

³² Dies stellt u. a. Heinacher, *Aufstieg*, S. 310f., für Flensburg fest, ebenso Schaap, *Oldenburg*, S. 95, für Oldenburg, Franke, *NSDAP in Düsseldorf*, S. 55f., für Düsseldorf, Rennspieß für Kamen (*Uwe Rennspieß, Von der Weltwirtschaftskrise zur Gleichschaltung. Stadtgeschichte und Kommunalpolitik Kamens 1929–1933*, Essen 1992, S. 218–223), Paul, *NSDAP des Saargebietes*, S. 157–171, für das Saargebiet. – Die Redner der NSDAP wurden zentral in zwölfmonatigen Fernkursen der offiziellen Rednerschule der Partei unter Fritz Reinhardt (am 6. Mai 1929 als solche anerkannt) ausgebildet und von diesem seit dem 1. Juli 1928 auch in 14tägigem Abstand mit Redematerialien und -dispositionen versorgt. Vgl. Kissenkoetter, *Straßer*, S. 58.

³³ Sabine Höner, *Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928–1934*, Bochum 1984, weiß über die Instrumentalisierung des Preußen-Mythos für die Zwecke der NSDAP nichts zu berichten. Goebbels operierte allerdings im Landtagswahlkampf 1932 mit der Gleichsetzung von Preußentum und Nationalsozialismus. Siehe Manfred Schlenke, *Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum. Bericht über ein Forschungsprojekt*, in: Otto Büsch (Hg.), *Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposions*, Berlin 1981, S. 241–261, hier: S. 248. Wie in anderen Ländern versicherten führende Nationalsozialisten außerdem, die Selbständigkeit und territoriale Unversehrtheit Preußens verteidigen zu wollen (Hö-

die Bewohner des kleinen Landes Lippe sahen sich im Januar 1933 im Wahlkampf auf ihre große historische Vergangenheit angesprochen: Sie wurden als das „Hermannsvolk“ gefeiert, das wie einst der Cheruskerfürst für die Einheit Deutschlands und seine Befreiung von der Fremdherrschaft kämpfte³⁴. Doch mußte der Landesleiter der NSDAP zuerst nach München reisen und Hitler für seine Idee gewinnen, bevor er sie umsetzen konnte. Im übrigen war die Landespolitik auch im lippischen Wahlkampf der NSDAP kein Thema³⁵.

Nehmen wir noch hinzu, daß die Parlamentsarbeit der nationalsozialistischen Abgeordneten in den Ländern von München angeleitet wurde³⁶ und daß Hitler die ersten der NSDAP zufallenden Ministerposten mit Landfremden besetzte: mit dem Pfälzer Wilhelm Frick in Thüringen und dem Schleswig-Holsteiner Anton Franzen in Braunschweig, dann wird deutlich, wie zentralistisch die NSDAP strukturiert war. Der Kompensation dienten symbolische Gesten, mit denen sie sich dem Bürgertum dennoch als bodenständige Partei empfahl: die feierliche Verleihung der Nummer des örtlichen Traditionsregiments an einen SA-Sturm, die Beteiligung der SA am Trauerzug für den ehemaligen Großherzog von Oldenburg, der gezielte Einsatz von Angehörigen der alten Herrscherhäuser im Wahlkampf oder die betonte Freude über die Anwesenheit zahlreicher Bauern in ihrer *heimischen Tracht*³⁷. Alles dies war nicht mehr als ästhetisches Beiwerk des „Kampfes um die Macht“.

Die Mißachtung regionaler Traditionen wurde von den Gegnern der NSDAP als Argument gegen sie stark herausgestellt. In Oldenburg warnten die bürgerlichen Parteien vor der Landtagswahl 1931, bei einem nationalsozialistischen Sieg würden Landfremde das Staatsministerium bilden³⁸; ein Jahr später, am 16. Juni 1932, wurde Gauleiter Carl Röver, immerhin ein Einheimischer, dennoch zum Ministerpräsidenten gewählt. In Hamburg appellierte die Regierungsparteien SPD, Staatspartei und DVP gemeinsam an das Selbstverständnis der Hanseaten, sich durch Besonnenheit und nüchterne Überlegung auszuzeichnen: „Hanseaten, gebt Euch nicht selber auf! Hat je der sein Schicksal gestaltet, der die Verantwortung anderen zugeschoben hat? Haben nicht gerade wir die Pflicht, als Freiwillige der Vernunft das Beispiel zu geben, zu warnen und vor Unheil zu bewahren, wir, in

ner, Zugriff, S. 155). Vgl. auch Hans Mommsen, Preußentum und Nationalsozialismus, in: Wolfgang Benz, Hans Buchheim, Hans Mommsen (Hg.), Der Nationalsozialismus. Studien zu Ideologie und Herrschaft, Frankfurt/M. 1993, S. 29–41.

³⁴ Jutta Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, München 1976, S. 226–233. Vgl. den Beitrag von H. J. Priamus in diesem Band.

³⁵ Ebd., S. 242–245. Ähnliches stellt u. a. Rennspieß, Weltwirtschaftskrise, S. 224, für Kamen fest; vgl. auch Anm. 32.

³⁶ Dies ist für Oldenburg (Schaap, Oldenburg, S. 178) und Hessen (Schön, Hessen, S. 196) belegt.

³⁷ Schaap, Oldenburg, S. 175; Ciolek-Kümper, Lippe, S. 97–99. – Der Einsatz des Hohenzollern-Prinzen August Wilhelm für die NSDAP ist bekannt. Auch das Waldeckische Fürstenhaus unterstützte sie offen. Siehe Günter Steiner, Waldecks Weg ins Dritte Reich. Gesellschaftliche und politische Strukturen eines ländlichen Raumes während der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reichs, Kassel 1990, S. 17. Im Tätigkeitsbericht der NSDAP Gau Hessen-Nassau-Nord vom 6. 1. 1931 wurde über eine Veranstaltung mit General Litzmann berichtet: „In Berfa, einem Ort von 700 Einwohnern, lauschten 1200 Schwälmer Bauern und Waldarbeiter, in die malerischen Trachten gekleidet, begeistert den Worten des greisen Heerführers.“ Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Fasc. Nr. 9114. In einem Bericht des zuständigen Landrats über einen SA-Aufmarsch am 3. August 1930 wurde ebenfalls vermerkt, daß sich eine Gruppe von „achtzig Schwälmer Bauern in Tracht und mit Parteiabzeichen“ dem Zug anschloß (Schön, Hessen, S. 177).

³⁸ Schaap, Oldenburg, S. 145.

deren Obhut Deutschlands Tor zur Welt gestellt ist?“³⁹ Kurz darauf hatte die Regierungskoalition bei der Bürgerschaftswahl am 27. September 1931 ihre Mehrheit verloren und die NSDAP mehr als ein Viertel der Wähler hinter sich vereinigt. Die Beschwörung regionalen Sonderbewußtseins nützte nichts mehr.

Zu den Parteien, deren Wähler 1930 in großer Zahl zur NSDAP übergangen, gehörten auch verschiedene Regionalparteien: die Deutsch-Hannoversche (Welfen-) Partei in Niedersachsen, die Landespartei (Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie) in Schleswig-Holstein. Beide hatten sich zum Anwalt regionalen Sonderbewußtseins gegen Berlin gemacht, das als Synonym stand für die ungeliebte Weimarer Republik, für die vermeintliche politische Benachteiligung der Landwirtschaft, für Verstädterung und Modernisierung⁴⁰. Nutznießer dieser umfassenden Negation alles Bestehenden wurde die NSDAP, die den radikalsten Willen zur Veränderung zeigte, dabei freilich für regionale Eigenentwicklung keinen Raum ließ. Konfessionelle und einzelstaatliche Sonderwünsche hätten zurückzustehen „hinter dem hohen Ziel eines einigen großdeutschen Vaterlandes“, so hatten die hessischen Nationalsozialisten schon im Januar 1926 gegen die deutschvölkischen Konkurrenten postuliert⁴¹. So wie die NSDAP divergierende wirtschaftliche und soziale Interessen im grundsätzlichen Protest und Ruf nach Neuem zusammenfassen konnte, so überwand sie auch regionale Präferenzen.

Die fast widerstandslose Preisgabe der Länderrechte im Dritten Reich war damit vorgezeichnet. Die Gleichschaltung der Länder gelang Zug um Zug ohne Probleme. Ihre bisherigen politischen Repräsentanten waren nach dem schleichenden Schwund ihrer Handlungsmöglichkeiten in der Weltwirtschaftskrise demoralisiert und räumten sang- und klanglos das Feld. Der von vielen seit 1918 erstrebte zentralistische Einheitsstaat war erreicht, wenn auch in wesentlich anderer Form, als es sich die Hauptbefürworter, Sozialdemokraten und Demokraten, gedacht hatten. Für den Verlust an Macht und Eigenständigkeit entschädigten die Nationalsozialisten die Bayern, Rheinländer, Niedersachsen, Schlesier usw. nach erprobtem Muster durch symbolische Zugeständnisse an regionale Traditionen: das Schauspiel in der Potsdamer Garnisonskirche, die Berufung alteingesessener angesehenere Persönlichkeiten in repräsentative, aber weitgehend einflußlose Ämter, die Pflege heimatlichen Brauchtums und Kulturguts in den „Gauen“ etc. Lange Zeit reichte das. Erst mit der generellen Distanzierung vom Nationalsozialismus seit 1943 entstand Raum für die Rückbesinnung auf eigene kulturelle Werte und geschichtliche Leistungen. So konnte regionales Selbstbewußtsein nach dem Zusammenbruch der zentralistisch organisierten Diktatur wieder politische Bedeutung und Wirkungskraft erlangen.

³⁹ Ursula Büttner u. Werner Jochmann, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich, Entwicklungsjahre 1931–1933, Hamburg 1983, S. 81.

⁴⁰ Rietzler, Nordmark, S. 93–100; Noakes, Lower Saxony, S. 112–114.

⁴¹ Schön, Hessen, S. 76.

III. Zentralismus, partikulare Kräfte und regionale Identitäten im NS-Staat

Michael Ruck

Zentralismus und Regionalgewalten im Herrschaftsgefüge des NS-Staates

I.

„Der nationalsozialistische Staat entwickelte sich zu einem *gesetzlichen* Zentralismus und zu einem *praktischen* Partikularismus.“¹ In dürren Worten brachte Alfred Rosenberg, der selbsternannte Chefideologe des „Dritten Reiches“, die institutionellen Unzulänglichkeiten totalitärer Machtaspirationen nach dem „Zusammenbruch“ auf den Punkt. Doch öffnete keineswegs erst die Meditation des gescheiterten „Reichsministers für die besetzten Ostgebiete“² in seiner Nürnberger Gefängniszelle den Blick auf die vielfältigen Diskrepanzen zwischen zentralistischem Herrschaftsanspruch und fragmentierter Herrschaftspraxis im polykratischen „Machtgefüge“ des NS-Regimes³. Bis in dessen höchste Ränge hinein hatte sich diese Erkenntnis je länger desto mehr Bahn gebrochen.

So beklagte der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Hans-Heinrich Lammers, Spitzenrepräsentant der administrativen Funktionseliten im engsten Umfeld des „Führers“, zu Beginn der vierziger Jahre die fortschreitende Aufsplitterung der Reichsverwaltung in eine Unzahl alter und neuer Behörden, deren unklare Kompetenzen ein geordnetes, an Rationalitäts- und Effizienzkriterien orientiertes Verwaltungshandeln zusehends erschwerten⁴. Der tiefgreifenden Frustration, welche sich der Ministerialbürokratie ob dieser Zustände bemächtigte, hatte Fritz-Dietlof von der Schulenburg schon

¹ Alfred Rosenberg, *Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution*, Göttingen 1955, S. 260; Hervorhebungen im Original. Vgl. dazu Dieter Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945*, Stuttgart 1989, S. 262; ders., *Verfassungswandel und Verwaltungsstaat vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung*, in: Jürgen Heideking u. a. (Hrsg.), *Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz*, Berlin/New York 1989, S. 123–150, hier: S. 148.

² Zur „geballte(n) Unfähigkeit Rosenbergs und seiner Berater“, die sich rasch in einem selbsterzeugten Organisationschaos und endlosen Kompetenzkonflikten verfangen, vgl. Rebentisch, *Führerstaat*, S. 309–331, hier: S. 319.

³ Vgl. dazu eingehend (mit weiteren Hinweisen) Michael Ruck, *Führerabsolutismus und polykratisches Herrschaftsgefüge – Verfassungsstrukturen des NS-Staates*, in: Karl D. Bracher u. a. (Hrsg.), *Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*, 2. Aufl., Bonn 1993, S. 32–56. Rebentisch, *Führerstaat*, S. 14, plädiert mit einsichtigen Argumenten dafür, den NS-Staat nicht als „Herrschaftssystem“, sondern als „Machtgebilde“ oder „Herrschaftsgefüge“ zu qualifizieren. Die Begriffe „Macht-“ und „Herrschaftsgefüge“ hat Kurt Düwell bereits vor geraumer Zeit verwendet; siehe ders., *Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur „Praxis im kleinen Bereich“*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* [JWL] 9 (1983), S. 287–344, hier: S. 287 u. 302.

⁴ Vgl. Rebentisch, *Führerstaat*, S. 289; ders., *Verfassungswandel*, S. 149.

1937 bereden Ausdruck verliehen⁵. Und ein weiterer Verwaltungsmann, der sich aus fundamentaler Enttäuschung darüber vom NS-Sympathisanten zum Widerstandskämpfer wandelte – Ulrich von Hassell – quittierte 1939 einen ähnlichen Bericht des Hannoveraner Regierungspräsidenten und ersten Gestapo-Chefs Rudolf Diels mit dem lapidaren Verdikt, die NS-Machthaber wüßten eben „im Grunde gar nicht, was ein Staat ist“⁶.

Doch nicht nur unter den Protagonisten des autoritären Verwaltungsstaates, auch in den oberen Etagen der NS-Hierarchie wurde die fortschreitende Desorganisation der Reichsverwaltung teilweise mit wachsender Sorge quittiert. So warnte Karl Waldmann, Staatssekretär des Stuttgarter Gauleiters und Reichsstathalters Murr, Anfang 1938 unter der Überschrift „Einheit der Verwaltung“ öffentlich vor „Überorganisation“, „Kompetenzkonflikte(n)“ und der „gefährlich(en)“ Tendenz zur Schaffung immer „neue(r) Sonderverwaltungen“: „De(r) Versuch der Parteien des Weimarer Systems, die Einheit des Reichs mit Mitteln der Verwaltung herzustellen statt mit politischen Mitteln sicherzustellen, [. . .] führten zur Zersplitterung und Unübersichtlichkeit des Behördenaufbaus [. . .]. Gleichzeitig wurde der Ressortpartikularismus gestärkt, der weder auf andere Verwaltungszweige noch auf die Länderverwaltung Rücksicht nahm.“ Dieser vorgebliche Hinweis auf die schlechten „Erfahrungen der überwundenen Periode“ war unverkennbar auf die Situation der Jahreswende 1937/38 gemünzt⁷.

Im Herbst 1941 sah auch der Leiter der Parteikanzlei, Reichsleiter Martin Bormann, „für die Staatsführung ernste Gefahren“ heraufziehen, wenn dieser Prozeß nicht alsbald unter Kontrolle gebracht werde⁸. Allerdings konnte Hitlers neuer Intimus daran – allen seinen (partei)bürokratischen Neigungen zum Trotz⁹ – letzten Endes gar nicht interessiert sein. Eröffnete ihm doch gerade und allein die polykratische „Kompetenzanarchie“ des totalitären Führerstaates¹⁰ die Chance, als alleiniger Wächter am „Korridor zur Seele

⁵ Denkschrift über die Krise des Beamtentums v. September 1937; abgedr. in: Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966, S.146–149; vgl. ebd., S.57f.; Jane Caplan, Government without Administration. State and Civil Service in Weimar and Nazi Germany, Oxford 1988, S.321f.

⁶ Friedrich Freiherr Hiller von Gaetringen (Hrsg.), Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom anderen Deutschland, rev. u. erw. Neuausgabe, 2. Aufl., Berlin 1989, S.137f. (1.11.1939); Hervorhebung von mir. Zur Frustration einstmaliger NS-Sympathisanten unter der höheren Beamtenschaft vgl. Caplan, Government, S.324f.; vgl. auch den Hinweis bei Martin Broszat, Reichszentralismus und Parteipartikularismus. Bayern nach dem Neuaufbaugesetz vom 30. Januar 1934, in: Ursula Büttner u. a. (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag, Bd.1, Hamburg 1986, S.178–202, hier: S.199.

⁷ Der Artikel des auch auf Reichsebene exponierten NS-Verwaltungspolitikers wurde in Nr.1/1938 der von ihm herausgegebenen „Württembergischen Verwaltungszeitschrift“ publiziert; das Gauorgan druckte den „richtungweisenden Aufsatz“ alsbald nach (Regierungsanzeiger, Nr.12, S.2f.; Beilage zum Stuttgarter NS-Kurier, Nr.47, 29.1.1938); Hervorhebungen von mir. Zur Bedeutung Waldmanns vgl. den Hinweis bei Rebentisch, Innere Verwaltung, S.751.

⁸ Zit. nach: Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, S.383f.; vgl. danach Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986, S.677.

⁹ Vgl. dazu Peter Longrich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München u. a. 1992; ferner Rebentisch, Führerstaat, S.528f.

¹⁰ Rebentisch, Führerstaat, S.552; vgl. Broszat, Staat Hitlers, S.171.

des Machthabers“ im „Vorraum“ der absoluten Macht¹¹ zum „Super- und Kontrollminister der Reichsregierung“¹² aufzusteigen.

Die personalistische Verfassungs- und Verwaltungsdoktrin Hitlers und seiner engsten Gefolgsleute war je länger desto weniger vereinbar mit jenem traditionell-obrigkeitsstaatlichen Zentralismus der prussifizierten Ministerialbürokratie in Berlin, den sich ihr politischer Exponent, Reichsinnenminister Wilhelm Frick, von Beginn an zu eigen gemacht hatte¹³. Deren hierarchisch-autoritäre, tendenziell statische Ordnungsvorstellungen standen diametral zu jenem ausgeprägten Anti-Institutionalismus, den Hitler nicht als bloße Attitüde, sondern als Kernelement seiner autokratischen Herrschaftstechnik in dynamisierender Absicht pflegte¹⁴. Die Demontage traditioneller Instanzenzüge zugunsten eines diffusen, ausschließlich auf seine Person zentrierten Geflechts personaler Herrschaftsbeziehungen gehörte zum machttechnischen Arkanbereich des Diktators¹⁵.

Als wolle er das formalistische Raunen, welches aus den ministeriellen Amtsstuben bis in seine Vorzimmer drang, ein für allemal zum Schweigen bringen, trieb Hitler den Führerabsolutismus 1942 auf die Spitze. Nachdem er im Januar die Leitung der Reichsverwaltung vom Innenminister auf seine Reichskanzlei übertragen hatte, ließ Hitler den Großdeutschen Marionetten-Reichstag am 26. April 1942 proklamieren, daß er sich „in seiner Eigenschaft als Führer der Nation, als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, als Regierungschef und oberster Inhaber der vollziehenden Gewalt, als oberster Gerichtsherr und als Führer der Partei“ mit seinen sogenannten „Führerbefehlen“ nach eigenem Gutdünken „jederzeit“ über „bestehende Rechtsvorschriften“ und „vorgeschriebene Verfahren“ hinwegsetzen könne¹⁶.

¹¹ Carl Schmitt, Gespräche über die Macht und den Zugang zum Machthaber [1954]. Gespräch über den Neuen Raum, Berlin 1994, S. 17–20. Mit Blick auf den Zugang zu Hitler hatte Schmitt dieses treffende Bild bereits 1947 bemüht; vgl. Lothar Gruchmann, Die „Reichsregierung“ im Führerstaat. Stellung und Funktion des Kabinetts im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Günter Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973, Hamburg 1973, S. 187–223, hier: S. 207, 222.

¹² Broszat, Staat Hitlers, S. 391–395, hier: S. 394; vgl. ferner Rebenitsch, Führerstaat, S. 82–84, 411 f. (relativierend), 441–463; ebenfalls relativierend Longerich, Hitlers Stellvertreter, S. 177–179.

¹³ Zu Hitlers Führungsgrundsätzen vgl. Rebenitsch, Führerstaat, S. 196, 227, 250 f., 536 ff. et passim; Wolfgang Benz, Expansion und Konkurrenz. Zum Verhältnis von Regierungsapparat und NSDAP [1986], in: ders., Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte, Frankfurt a. M. 1990, S. 47–62, hier: S. 50 f. Zur Linie des Reichsinnenministers siehe Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1992; vgl. Rebenitsch, Führerstaat, S. 97–101. Zur „Verpreußung der Reichsregierung“ während der dreißiger Jahre vgl. Broszat, Staat Hitlers, S. 156; ders., Reichszentralismus, S. 187 f.; Rebenitsch, Führerstaat, S. 93 f.

¹⁴ Vgl. Hans Mommsen, Ausnahmezustand als Herrschaftstechnik des NS-Regimes, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976, S. 30–45; ders., Der Nationalsozialismus und die Auflösung des normativen Staatsgefüges, in: Wolfgang Luthard/Alfons Söllner (Hrsg.), Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis, Opladen 1989, S. 67–75. Zusammenfassend nunmehr Rebenitsch, Führerstaat, S. 29–46, 395–424, 552.

¹⁵ Zu dem aus der „Kampfzeit“ beibehaltenen, extrem personalisierten Führungsstil Hitlers vgl. Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party, Bd. 1: 1919–1933, Bd. 2: 1933–1945, Pittsburgh 1969/1973, hier: Bd. 1, S. 81 ff. u. Bd. 2, S. 7–13.

¹⁶ Abgedr. in: Martin Hirsch u. a. (Hrsg.), Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945, Köln 1984, S. 187; vgl. dazu Rebenitsch, Führerstaat, S. 418–422; Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945, Düsseldorf 1992, S. 181–196.

Dieser bizarre Führerabsolutismus *und* dessen polykratischer Unterbau waren komplementäre Schlüsselemente der monokratischen NS-Diktatur¹⁷. An den inneren Spannungen, die daraus erwachsen, ist der Staat Hitlers bis zu seiner militärischen Niederwerfung nicht zugrunde gegangen – im Gegenteil: gerade daraus bezog dieses Machtgefüge seine verheerende Dynamik bei Wahrung relativer Stabilität. Es gehört zu den vordergründigen Widersprüchen der NS-Herrschaft, daß das Regime Zeit seines Bestehens darum besorgt war, sich gleichwohl nach außen als festgefügtter Machtblock zu präsentieren. Auch diese Selbststilisierung hat nachhaltig gewirkt. Obwohl bereits die klassische Totalitarismusforschung auf „Risse im Monolith“ und die Existenz einer „totalitären Polykratie“ in Deutschland aufmerksam gemacht hatte¹⁸, wurde lange Zeit – bisweilen auch heute noch – verbreitet, zwischen 1933 und 1945 habe „die äußerste Form eines Zentralstaates auf deutschem Boden“ existiert¹⁹. Erst vor dem Hintergrund dieser „zentralistischen“ Gesamtdeutung des Dritten Reiches²⁰ vermochte die (Wieder-)Entdeckung mannigfacher Einzelinteressen und Sonderinstitutionen zu dem teleologischen Kurzschluß verleiten, der „schwache Diktator“ Hitler habe einer Anarchie präsidiiert, deren destruktive Entwicklungsdynamik von vornherein auf ihren Untergang programmiert gewesen sei²¹.

„Selbst ein innerlich ruiniertes Staatsgebilde“, ist dazu treffend bemerkt worden, „(hätte) allein durch den Terror seiner Beherrscher noch relativ lange Zeit fortexistieren oder sich sogar wieder ‚konsolidieren‘ können“²² – zumal sich die deutsche Bevölkerung bis zum bitteren Ende nicht auf breiter Front von „ihrem Führer“ abwandte²³. Doch nicht nur die realhistorische Erfahrung, sondern auch theoretische Erwägungen sprechen dagegen, dem NS-Herrschaftsgefüge seinen monokratisch-totalitären Charakter und die Persistenz seiner vitalen Funktionen abzuspochen, weil es seinen ideologisch-propagan-

¹⁷ Vgl. Ruck, Führerabsolutismus, S. 39, 44.

¹⁸ Karl W. Deutsch, Risse im Monolith. Möglichkeiten und Arten der Desintegration in totalitären Systemen [1954], in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, 3. Aufl., Darmstadt 1974, S. 197–227; Karl D. Bracher, Stufen der Machtergreifung, in: Karl D. Bracher u. a., Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960, S. 29–368, hier: S. 218f.; Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, in: ebd., S. 369–681, hier: S. 680; ders., Der Begriff des Totalitarismus und der Nationalsozialismus, in: Soziale Welt 12 (1961), S. 112–128, hier: S. 120; vgl. (mit weiteren Hinweisen) Ruck, Führerabsolutismus, S. 39f.

¹⁹ Karl Holl, Föderalismus zwischen Partikularismus und Zentralismus. Zur Geschichte und zur Übertragbarkeit des deutschen Modells, in: Gerhard Stuby (Hrsg.), Föderalismus und Demokratie. Ein deutsch-sowjetisches Symposium, Baden-Baden 1992, S. 43–48, hier: S. 45; vgl. in diesem Sinne etwa Karl D. Erdmann, Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1939. (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 20), München 1980, S. 92.

²⁰ Ulrich von Hehl, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Probleme einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 56 (1993), S. 111–129, hier: S. 114; vgl. dazu Kurt Düwell, Vergleichende Strukturfragen einer Regionalgeschichte der NS-Zeit, in: Staatliches Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Studienmaterialien, H. 25, Speyer 1979, S. 92–116, hier: S. 92f.; ders., Regionale Geschichte, S. 287f.

²¹ Vgl. Ruck, Führerabsolutismus, S. 42f. (mit Hinweisen auf die einschlägigen Beiträge Martin Broszats und Hans Mommsens).

²² Düwell, Strukturfragen, S. 93.

²³ Vgl. etwa Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980; Hans-Jürgen Eitner, Hitlers Deutsche. Das Ende eines Tabus, Gernsbach 1991; Marlies G. Steinert, Deutsche im Krieg: Kollektivmeinungen, Verhaltensmuster und Mentalitäten, in: Bracher u. a., Deutschland 1933–1945, S. 474–487.

distischen Zentralisierungsanspruch – vermeintlich – nicht eingelöst hat. Denn jenseits solcher Deklamationen hatte der *totalitäre* Zentralismus des NS-Staates mit dem bürokratisch-obrigkeitsstaatlichen Zentralismus traditioneller Prägung nur wenig gemein. In der Substanz war es kein territorial-institutioneller, sondern zuvörderst ein *Führerzentralismus sui generis*²⁴. Dieser neue, *autokratische* Zentralismus zielte nicht auf die flächendeckende Integration des Herrschaftsgebietes durch hierarchische Regierungsinstitutionen, sondern auf die umfassende Mobilisierung der personellen und materiellen Ressourcen des deutschen Reiches durch *Führungspersonen*.

Zwar beanspruchte Hitler nach der Etablierung der „souveränen Diktatur“ in seiner Eigenschaft als unumschränkter Herr des permanenten Belagerungszustands²⁵ eine entgrenzte Generalkompetenz für sämtliche Entscheidungen des Regimes. Praktisch indes behielt er in aller Regel nur Fragen von strategischer Bedeutung für die Vorbereitung und Verwirklichung der territorialen Expansionspläne seiner persönlichen Entscheidung vor²⁶. Gleichsam den Maximen eines totalitären Subsidiaritätsprinzips folgend, überließ der Diktator ansonsten die operative Politik den jeweiligen Fachressorts und jenen Sonderbehörden, welche in der Grauzone zwischen Staat und Staatspartei auf sein Geheiß oder mit seiner Billigung wie Pilze aus dem Boden schossen. In der Folge entwickelte sich ein grassierender *Ressortegoismus* mit der Tendenz zur vertikalen Versäulung des Herrschaftsgefüges²⁷. Daran vermochte auch der Chef der Reichskanzlei nichts wesentliches zu ändern, obwohl Lammers seit Mitte 1936 im Auftrage Hitlers das „letztinstanzliche Prüfungs- und Vortragsrecht“ in allen Angelegenheiten der laufenden Gesetzgebung ausübte²⁸.

Noch deutlicher als auf der *funktionalen* bildete sich auf der *horizontalen* Ebene ein „Geflecht personalistischer Herrschaftsbeziehungen“ heraus²⁹. Die fragmentierenden Wirkungen dieses Prozesses der territorialen De-Institutionalisierung sind in pointierte Wendungen gekleidet worden: Ausgehend von den besetzten und annektierten Gebieten habe sich seit Kriegsbeginn eine starke „Tendenz zur Auflösung des ‚Großdeutschen Reiches‘ in regelrechte Satrapien“ Bahn gebrochen – „gewissermaßen Lehensherrschaften, in denen Hitlers ‚Vizekönige‘ nach eigenem Gutdünken schalten und walten sollten“; und diese revolutionäre Entwicklung an der Peripherie habe die NS-Gauleiter im sogenannten „Altreich“ dazu ermuntert, ihre „monokratische Territorialherrschaft“ verstärkt auszubauen³⁰.

²⁴ Vgl. Schulz, Anfänge, S. 579f., 679f.; Broszat, Staat Hitlers, S. 167; Rebutisch, Führerstaat, S. 232f.

²⁵ Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat. Recht und Justiz im Nationalsozialismus, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1984, S. 26f. (amerikan. Originalausgabe 1941) unter Rückgriff auf eine Begriffsbildung Carl Schmitts von 1921.

²⁶ Vgl. Rebutisch, Führerstaat, S. 36–46 u. S. 395–424, insbes. S. 413f., 416.

²⁷ Vgl. dazu eingehend Broszat, Staat Hitlers, S. 326ff.; Rebutisch, Führerstaat, S. 283ff.; vgl. ferner den Überblick bei Ruck, Führerabsolutismus, S. 44ff.

²⁸ Dieter Rebutisch, Hitlers Reichskanzlei zwischen Politik und Verwaltung, in: ders./Karl Teppe (Hrsg.), Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System, Göttingen 1986, S. 65–99, hier S. 85; vgl. ders., Reichskanzlei und Partei-Kanzlei im Staat Hitlers. Anmerkungen zu zwei Editionsprojekten und zur Quellenkunde der nationalsozialistischen Epoche, in: Archiv für Sozialgeschichte 25 (1985), S. 611–633, hier: S. 616–620; ders., Führerstaat, S. 46–67, 424–441.

²⁹ Rebutisch, Verfassungswandel, S. 147.

³⁰ Rebutisch, Verfassungswandel, S. 146f. Von „nationalsozialistischen Satrapien der Ostgaue“ sprach bereits Martin Broszat, Staat Hitlers, S. 171; vgl. auch ders., Reichszentralismus, S. 198.

Diese Formulierungen lassen darauf schließen, im Staat Hitlers habe sich – in zwei Hauptschüben – ein *neuartiger Territorial-„Partikularismus“* herausgebildet; terminologisch wecken sie jedoch zugleich Reminiszenzen an die Verfassungszustände im Alten Reich. In der „*res publica composita*“ des 17. und 18. Jahrhunderts war aber die staatliche Souveränität („*summa potestas*“) zwischen dem Oberstaat und den Unterstaaten *geteilt* gewesen – durch das Reichslehnsrecht aneinander gekettet, konnten Kaiser und Landesherren sie nur *gemeinsam* wahrnehmen. Mit kopfschüttelndem Blick auf die amorphe Struktur des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation und die mitunter grotesken Emanationen duodezfürstlichen Souveränitätsstrebens ist der Begriff „Partikularismus“ von der nationalstaatlichen Einigungsbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts negativ besetzt worden. Unterlegt mit einem latenten „Separatismusverdacht“ ging er nach 1866/1871 als „pejorative Fremdbezeichnung“ für sämtliche Gegner der kleindeutsch-preußischen Reichseinigung und als „Ausdruck unterschwelliger Sorge um den Bestand des Reiches“ in das Arsenal der politischen Alltagssprache ein³¹. Der Historiker Fritz Rörig hat ihn 1936 noch einmal auf den Punkt gebracht.

Bevor er sich „über die machtpolitischen oder, besser gesagt: ohnmachtspolitischen Auswirkungen“ des „deutschen staatlichen Partikularismus“ im Alten Reich und im Deutschen Bund verbreitete, kreiste Rörig seinen Erkenntnisgegenstand definitorisch ein: „Deutsche(r) staatliche(r) Partikularismus. Das heißt: das Vorhandensein einer Vielheit von Staatenbildungen innerhalb *eines* Volkes, das sich nicht nur als eine völkische Einheit fühlt, sondern auch ein das Ganze umfassendes staatliches Band kennt“. Dieser „bedeutet deshalb nicht nur ein Nebeneinander der verschiedenen Partikularstaaten, sondern zugleich ein Übereinander, ein ständiges Spannungsverhältnis zwischen partikularer Staatlichkeit und einer die Gebiete der verschiedenen Partikularstaaten umfassenden Staatlichkeit“. Durch die Hegemonie Preußens, der „erfolgreichste(n) jener partikularen Staatenbildungen, die in allmählicher Zerstörung des alten Reiches entstanden waren“, sei „der ewig labile Spannungszustand zwischen Reich und Partikularstaat“ zwar machtpolitisch entschärft, grundsätzlich jedoch nicht gelöst worden. Erst die Regierung Hitlers habe „das alte deutsche Problem des staatlichen Partikularismus“ aus der Welt geschafft. Mit der Übertragung der Länderhoheitsrechte auf das Reich seien die „erstarrten Zeugnisse eines ganz anders gearteten politischen Wollens, nämlich dem des dynastischen Machtkampfes“, beseitigt worden. Damit sah Rörig die Bahn freigeräumt für eine „auf weite Sicht gestaltende Staatsführung, die [...] den deutschen Menschen in die gänzlich unproblematische, endlich spannungslose Einheit von Reich und Volk hineinwachsen“ lasse, ohne in dessen „den landschaftlich gegliederten Reichtum deutschen Lebens (zu) zerstöre(n)“³².

Es wird nun zu klären sein, ob die unablässig changierende Realverfassung des NS-Staates angesichts solcher histor(iograph)ischer Konnotationen überhaupt mit dem überkommenen Bild „Zentralismus versus Partikularismus“ begrifflich angemessen zu fassen ist³³. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung des Verhältnisses zentripetaler und zentrifugaler Tendenzen auf der administrativ-politischen Ebene. Dabei konzentriert sich das Au-

³¹ Irmeline Veit-Brause, Artikel „Partikularismus“, in: Otto Brunner u. a. (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 735–766, hier S. 766.

³² Fritz Rörig, *Ursachen und Auswirkungen des deutschen Partikularismus*. (Vortrag, gehalten auf der Hauptversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine zu Karlsruhe am 22. September 1936), Tübingen 1937, S. 3, 18, 32f.

³³ Skeptisch schon Broszat, *Reichszentralismus*, S. 185.

genmerk auf die Intentionen und das jeweilige Gewicht der maßgeblichen *Akteure* des territorialen Kräftermessens im Verlauf seiner Hauptetappen. Schließlich soll die Schlüsselfrage bedacht werden, ob und inwieweit jene territorialen Fragmentierungstendenzen, welche aus der Regierungspraxis Hitlers und der spezifischen Funktionsweise seines Regimes – wenn schon nicht zwangsläufig so doch folgerichtig – erwachsen, zu irgendeinem Zeitpunkt dysfunktionale, herrschaftsbedrohende Dimensionen gewannen.

II.

Nachhaltige institutionelle und politische Wirkungen vermag regionales Sonderbewußtsein nur dort zu entfalten, wo es in den Mentalitäten wesentlicher Teile der Bevölkerung kulturell verankert ist. Der symbolische Appell an land(smann)schaftliche Identitäten hatte denn auch bis 1933 zu den Requisiten jener populistischen Mobilisierungsstrategie gehört, mit deren Hilfe die Hitlerbewegung das Berliner „System“ von der Peripherie her zu strangulieren trachtete³⁴. Und nach der Machtübernahme diente sie dem NS-Regime dazu, bei Maifeiern, Erntedankfesten und anderen Anlässen des NS-Feierjahres seine totalitären Zentralisierungsabsichten hinter einer Fassade der Brauchtümelei zu verbergen³⁵. Autochthonen Äußerungen des Kulturregionalismus indessen begegneten die zentralen Instanzen des NS-Staates mit äußerstem Argwohn. Sobald sich daraus auch nur Ansätze autonomistischer Identitätsbildung zu entwickeln schienen, traf sie das sanktionenbewehrte Verdikt des Kultur-„Partikularismus“ oder gar des Kultur-„Separatismus“³⁶.

Bezeichnenderweise vermochte sich die landschaftliche und regionale Traditionspflege in ihren traditionellen Formen nur dort weitgehend unbehelligt von solchen Interventionen zu behaupten, wo dies den starken Männern der NS-Staatspartei in der Provinz politisch opportun erschien³⁷. Doch dies ist nicht das Thema dieser Skizze³⁸. Hier interessiert die *administrative* und *politische* Dimension des territorialen „Partikularismus“ im „Dritten Reich“, insbesondere die Entwicklung der gemeinhin als solche bezeichneten „Partikulargewalten der Oberpräsidenten, Reichsstatthalter und Landesminister“³⁹. Von konservativen Exponenten des autoritären Verwaltungszentralismus wurde bereits nach wenigen Jahren beklagt, daß sich die NS-„Gaufürsten“ als „viel hartnäckigere Föderalisten als vor

³⁴ Zur regionalen Verankerung des NS vor 1933 siehe den Beitrag von Ursula Büttner in diesem Band. Thomas Schnabel, *Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46*, Stuttgart u. a. 1986, S. 111; Kay Dohnke, „Platdeutsch als Waffe im politischen Kampfe“. Anmerkungen zur Verwendung des Niederdeutschen in nationalsozialistischer Agitation und Propaganda, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus*, Hildesheim u. a. 1994, S. 149–206; vgl. ferner die kursorischen Hinweise bei Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990, S. 85–88, 92, 209.

³⁵ Vgl. etwa Michael Ruck, *Vom Demonstrations- und Festtag der Arbeiterbewegung zum nationalen Feiertag des deutschen Volkes. Der 1. Mai im Dritten Reich und die Arbeiter*, in: Inge Marbolek (Hrsg.), *100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai*, Frankfurt a. M. 1990, S. 171–188.

³⁶ Vgl. etwa Jan Wirrer, *Sprachlicher Regionalismus, sprachlicher Partikularismus, sprachlicher Separatismus. Eine Kontroverse aus dem Jahre 1938*, in: Edith Slembek (Hrsg.), *Von Lauten und Leuten. Festschrift für Peter Martens zum 70. Geburtstag*, Frankfurt a. M. 1989, S. 207–216.

³⁷ Vgl. den Beitrag von Walter Ziegler in diesem Band; vgl. ferner Eike Hennig, *Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für „mikroanalytische Studien“ zur Erforschung der NSDAP*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 21 (1980), S. 152–173, hier: S. 155 f.; Düwell, *Regionale Geschichte*, S. 304.

³⁸ Zur Kulturpolitik vgl. den Beitrag von Volker Dahm in diesem Band.

³⁹ Broszat, *Staat Hitlers*, S. 161.

ihnen die Länderministerpräsidenten“ gebärdeten⁴⁰. An die Stelle des traditionellen Länderpartikularismus, scholl es von dort zurück, sei mittlerweile der in Berlin grassierende Ressortpartikularismus getreten⁴¹.

Offenkundig hatte die altbekannte Rivalität zwischen Reichszentralgewalt und regionalen Herrschaftszentren die *erste Phase* der NS-Unitarisierungspolitik – NS-Machtübernahme und „Gleichschaltungs“-aktionen 1933/34 – überdauert, allerdings in gewandelter Form. Denn der *staatliche* Föderalismus war durch die NS-Usurpation der Landesregierungen im März 1933, die beiden Gleichschaltungsgesetze vom 31. März und 7. April 1933 sowie das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 und die Aufhebung der Länderkammer am 14. Februar 1934 ebenso beseitigt worden wie die Selbstverwaltungs- und teilstaatlichen Mitwirkungsrechte der preußischen *Provinzen*⁴². Die faktische Integration der preußischen Staatsregierung und -verwaltung in die Reichsregierung, die Gleichschaltung und Auflösung der Landesparlamente und der provinziellen Vertretungskörperschaften, die Inauguration von NSDAP-Gauleitern zu Reichsstatthaltern und preußischen Oberpräsidenten durch Hitler, die Ernennung der Regierungschefs und Länderminister durch diese „Vizekönige des Reiches“⁴³ in der Provinz (seit 1935 durch den „Führer und Reichskanzler“ selbst), die Liquidierung des Reichsrats – alles dies schien „an die Stelle der bundesstaatlichen Struktur“ in der Tat jenen „rigorose(n) staatliche(n) Zentralismus“⁴⁴ zu setzen, zu dem sich Hitler am 1. September 1933 nochmals bekannt hatte: Die nationalsozialistische Bewegung sei „nicht der *Konservator* der

⁴⁰ Reichsfinanzminister Graf von Schwerin Krosigk; zit. nach Broszat, *Staat Hitlers*, S. 154.

⁴¹ So der NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Sauckel (Thüringen) in seiner umfangreichen Denkschrift v. Januar 1936; zit. nach: Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969, S. 112–117, hier: S. 116; vgl. Rebetisch, *Führerstaat*, S. 261; ders., *Verfassungswandel*, S. 140.

⁴² Siehe allgemein Bracher, *Stufen*, S. 136–144, 170f.; Schulz, *Anfänge*, S. 584–612; Peter Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945*, München 1969, S. 37–73; Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 74–91; Broszat, *Staat Hitlers*, S. 130–161; ders., *Reichszentralismus*; Hans-Jürgen Sengotta, *Der Reichsstatthalter in Lippe 1933–1939. Reichsrechtliche Bestimmungen und politische Praxis*, Detmold 1976; Gotthard Jasper, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt 1986, S. 139–153; vgl. zusammenfassend Dieter Rebetisch, *Innere Verwaltung, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus*, hrsg. von Kurt G. A. Jeserich u. a., Stuttgart 1985, S. 732–774, hier: S. 744–748. Zur Entwicklung in Preußen siehe Sabine Höner, *Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928–1934*, Bochum 1984, S. 409–499; Karl Teppe, *Provinz, Partei, Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich. Untersuchung am Beispiel Westfalens*, Münster 1977; ders., *Die preußischen Oberpräsidenten 1933–1945*, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), *Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945*, Boppard 1981, S. 219–248, 335–338; ders., *Die Oberpräsidenten der Provinz Westfalen 1919–1945. Eine sozialhistorische Studie, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag*, Göttingen 1982, S. 260–274; Horst Romeyk, *Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914–1945*, Düsseldorf 1985; ders., *Der Gau Moselland in der nationalsozialistischen Reichsreform*, in: *JWL 11* (1985), S. 247–269; Kurt Jürgensen, *Die Gleichschaltung der Provinzialverwaltung. Ein Beitrag zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Herrschaft in Schleswig-Holstein (1932–1934)*, in: Erich Hoffmann/Peter Wulf (Hrsg.), *„Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein*, Neumünster 1983, S. 393–422.

⁴³ Hitler auf der Reichsstatthalter-Konferenz v. 22. März 1934; zit. nach: Broszat, *Staat*, S. 150; vgl. zur weiteren Verwendung des Begriffs Rebetisch, *Führerstaat*, S. 538.

⁴⁴ Erdmann, *Deutschland*, S. 92.

Länder der Vergangenheit“, proklamierte ihr Führer auf der Nürnberger Heerschau seiner siegreichen Bewegung, „sondern ihr *Liquidator* zugunsten des Reiches der Zukunft“⁴⁵.

In der Tat wurden 1933/34 zwei konstitutive Elemente der Bundesstaatlichkeit eliminiert: die regionalen Gebietskörperschaften büßten ihre autonomen Rechtsetzungskompetenzen gänzlich ein, und sie wurden von der Teilhabe an den gesamtstaatlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen rigoros ausgeschlossen. *Formal* war das Deutsche Reich aus der „Nationalen Revolution“ als dezentralisierter Einheitsstaat hervorgegangen, dessen territoriale Untergliederungen ihre Handlungsbefugnisse durch einseitige, jederzeit widerrufliche Delegationsakte der Zentralgewalt verliehen bekamen⁴⁶. *Praktisch* allerdings wirkten die föderalen Strukturen traditioneller Prägung⁴⁷ nachhaltig in den NS-Staat hinein und über ihn hinweg – nur ein weiteres Beispiel dafür, daß die politische „Revolution“ von 1933 durch beachtliche Momente institutioneller wie gesellschaftlicher Kontinuität unterlegt gewesen ist⁴⁸.

Verantwortlich dafür waren in erster Linie die machtpolitischen Zwänge, denen sich Hitler nach der Machtübernahme einstweilen noch unterworfen sah. Der Führer der NSDAP konnte als Regierungschef nur reüssieren, sofern maßgebliche Teile der alten Macht- und Funktionseliten die Errichtung seiner „kommissarischen Diktatur“⁴⁹ mehr oder minder billigend hinnahmen⁵⁰. Um sich ihrer Kooperationsbereitschaft zu versi-

⁴⁵ Völkischer Beobachter v. 2. 1. 1933; zit. nach: Diehl-Thiele, Partei, S. 62 (Hervorhebungen von mir); vgl. Walter Baum, Die „Reichsreform“ im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [VfZ] 3 (1955), S. 36–56, hier: S. 40f.; Broszat, Reichszentralismus, S. 187.

⁴⁶ Vgl. Arnold Brecht, Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preussens, Bonn 1946, S. 192f.

⁴⁷ Siehe dazu im einzelnen Ernst Deuerlein, Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips, München 1972; Thomas Nipperdey, Der Föderalismus in der deutschen Geschichte [1980], in: ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, 2. Aufl., München 1986, S. 60–109; Rudolf Vierhaus, Historische Grundlagen des Bundesrates. Politische Einheit und Staatenvielfalt in der deutschen Verfassungsgeschichte, in: Vierzig Jahre Bundesrat, hrsg. vom Bundesrat, Baden-Baden 1989, S. 21–41.

⁴⁸ Vgl. Karl D. Bracher, Tradition und Revolution im Nationalsozialismus [1976], in: ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, 5. Aufl., München/Zürich 1984, S. 63–79; Thomas Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte [1978], in: ders., Nachdenken, S. 186–205. Zum revolutionären Charakter des politischen Umbruchs von 1933 vgl. Horst Möller, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Revolution oder Konterrevolution? In: Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Machtverfall und Machtergreifung. Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus, München 1983, S. 121–139; Richard Löwenthal, Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ – eine Revolution? Ihr Platz unter den totalitären Revolutionen unseres Jahrhunderts, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin, Berlin 1983, S. 42–74; Bedrich Löwenstein, Nationalsozialistische Revolution. Einige Fragezeichen zur historischen Begrifflichkeit, in: Thomas Nipperdey u. a. (Hrsg.), Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, Frankfurt/Berlin 1993, S. 122–134.

⁴⁹ Fraenkel, Doppelstaat, S. 27.

⁵⁰ Vgl. etwa Hans Mommsen, Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase [1976], in: ders. Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. Zum 60. Geburtstag, hrsg. von Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod, Reinbek 1991, S. 39–66; ders., Die deutschen Eliten und der Mythos des nationalen Aufbruchs von 1933, in: Merkur 38 (1984), S. 97–102; Michael Geyer, Traditional Elites and National Socialist Leadership, in: Charles S. Maier u. a. (Hrsg.), The Rise of the Nazi Regime. Historical Reassessments, Boulder, Col./London 1986, S. 57–73; Alf Lüdtke, Funktionseliten: Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des deutschen Faschismus, in: ders. (Hrsg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 559–590.

chern, mußte Hitler ihnen die Illusion vermitteln, daß zwar die pluralistische Parteien- und Verbändedemokratie von Weimar, nicht aber essentielle Strukturelemente des Rechts- und Verfassungsstaates beiseite geräumt würden. Unter den Bedingungen, welche das Zentrum an seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz geknüpft hatte, stand eine Bestandsgarantie für die Länder ganz oben. So bekannte sich der Diktator in spe am 23. März 1933 in der Berliner Kroll-Oper ausdrücklich zum Fortbestand der föderalen Grundordnung, und in Artikel 2 des Staatsstreichs in Gesetzesform wurde die Institution des Reichsrates für unantastbar erklärt⁵¹. Bei diesen und anderen Lippenbekenntnissen handelte es sich lediglich um eine „bewußt eingesetzte Herrschaftstechnik“ Hitlers⁵², mit deren Hilfe die quasi-revolutionäre Kette von Verfassungsbrüchen auf dem Weg in den totalitären Führerstaat kaschiert werden sollte.

Neben der Loyalität der Reichswehr war die reibungslose Zusammenarbeit der administrativen Funktionseliten von strategischer Bedeutung für die Konsolidierung des NS-Regimes. Zwar schuf sich die „Regierung der Nationalen Einheit“ mit dem sogenannten „Berufsbeamtengesetz“ (BBG) Anfang April 1933 ein Instrument für die pseudo-legale Säuberung der Verwaltungen von politisch mißliebigen Beamten⁵³. Doch es wurde in Süd- und Südwestdeutschland kaum angewandt, und auch in Preußen erfüllte das BBG seinen Zweck in der Hauptsache als Mittel kollektiver Einschüchterung⁵⁴. Im übrigen suchten Hitler, Reichsinnenminister Frick und seine führenden Gefolgsleute die Beamtenschaft mit Angeboten aus dem Repertoire des autoritären Obrigkeitsstaates für ihr Regime einzunehmen.

⁵¹ Rudolf Morsey (Hrsg.), Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, Düsseldorf 1992, S. 49, 76; vgl. Baum, Reichsreform, S. 37 f. Zum pseudo-legalen Charakter des Ermächtigungsgesetzes siehe Bracher, Stufen, S. 167 f.; Diemut Majer, Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip – Sonderrecht – Einheitspartei, Stuttgart u. a. 1987, S. 70–73.

⁵² Karl D. Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, 5. Aufl., Köln 1976, S. 233.

⁵³ Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 7. 4. 33 (RGBL. I, S. 175 f.); faks. abgedr. in: Hirsch u. a., S. 299 f. Entwürfe und eingehende Darstellung der Genese siehe Mommsen, Beamtentum; vgl. Caplan, Government, S. 141–149; Jörg Grotkopp, Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft, Frankfurt u. a. 1992, S. 105–131.

⁵⁴ Siehe dazu eingehend Michael Ruck, „... und dann kam ich in das Dritte Reich, einfach als Berufsbeamter.“ Zur Rolle der administrativen Eliten in Südwestdeutschland 1928 bis 1972, Habilitationsschrift Mannheim 1994, Kapitel II (München, i. E.); vgl. ders., Administrative Eliten in Demokratie und Diktatur. Beamtenkarrieren in Baden und Württemberg von den zwanziger Jahren bis in die Nachkriegszeit, in: Cornelia Rauh-Kühne/Michael Ruck (Hrsg.), Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930 bis 1952, München 1993, S. 37–69, hier: S. 46–56; ders., Kollaboration – Loyalität – Resistenz. Administrative Eliten und NS-Regime am Beispiel der südwestdeutschen Innenverwaltung, in: Thomas Schnabel/Angelika Hauser-Hauswirth (Hrsg.), Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, Stuttgart u. a. 1994, S. 124–152, hier: S. 129–131; vgl. allgemein Günter Püttner, Der Öffentliche Dienst [1933–1945], in: Deutsche Verwaltungsgeschichte IV, S. 1082–1098, hier: S. 1084–1086; Bernd Wunder, Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt 1986, S. 138–140; Caplan, Government, S. 138–149; vgl. ferner Walter H. Pehle, Die nationalsozialistische Macht ergreifung im Regierungsbezirk Aachen unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen und kommunalen Verwaltung 1922–1933, Diss. Düsseldorf 1976; Klaus Schönhoven, Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933–1945, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5, München/Wien 1983, S. 541–646, hier: S. 618–634.

Dazu gehörte der Verzicht auf die mancherseits erwartete Angleichung der Verwaltungsgrenzen an die Gaueinteilung der NSDAP⁵⁵ ebenso wie die Einsetzung von Reichsstatthaltern und die Umgestaltung der preußischen Provinzialverwaltung. In typischer Manier wurde dabei auf Versatzstücke aus der Reichsreformdebatte der zwanziger und frühen dreißiger Jahre zurückgegriffen, diese jedoch ihres demokratisch-parlamentarischen Kontextes entkleidet und damit „ins Gegenteil“ verkehrt⁵⁶. Dieses Vorgehen bediente einerseits jene technokratisch-vordemokratischen Aspirationen der preußischen und der Reichsministerialbürokratie, welche durch das Scheitern der republikanischen Reichsreform in zentralistischer Hinsicht enttäuscht worden waren⁵⁷. Andererseits trug es der Tatsache Rechnung, daß der deutsche Föderalismus respektive „Partikularismus“ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zuvörderst ein „gouvernementaler“ gewesen war, als dessen tragende Säulen sich die regionalen Verwaltungseliten begriffen und an dessen Existenz sich ihr Status einer herausgehobenen, teilautonomen Schlüsselgruppe der deutschen Gesellschaft knüpfte⁵⁸.

Nach der raschen Ausschaltung seiner innenpolitischen Gegner und der massenhaften Selbstgleichschaltung der traditionellen Eliten hatte Hitler unmittelbare Anfechtungen seiner „kommissarischen Diktatur“ nur noch aus den eigenen Reihen zu gewärtigen. Mit der Proklamation des Endes der „nationalsozialistischen Revolution“ am 6. Juli 1933 waren die weitreichenden Machtansprüche vor allem der SA noch längst nicht von der politischen Tagesordnung radiert⁵⁹. Vielmehr bedurfte es einer umfassenden Domestizierungsstrategie, um die Parteirevolution in den regionalen Herrschaftszentren des Reiches unter Kontrolle zu bringen. Die spontane Einsetzung der Reichsstatthalter auf persönliche Weisung Hitlers war ein erster Schritt in diese Richtung gewesen.

Seit der Jahresmitte 1933 wurde im Reichsinnenministerium mit Hochdruck an Plänen gearbeitet, das Reich unter funktionalen und herrschaftstechnischen Gesichtspunkten territorial zu reorganisieren. Vordergründiges Ziel der *konstitutionellen* Strategie dieser

⁵⁵ Vgl. Brecht, Föderalismus, S. 202.

⁵⁶ Vgl. Brecht, Föderalismus, S. 208 f. (Zitat), 179 f., 194, 197 f.; Schulz, Anfänge, S. 585, 591. Zum Anknüpfen des NS-Regimes an die technokratischen Reformkonzepte der späten Weimarer Republik vgl. auch Caplan, Government, S. 142–152; ferner Broszat, Reichszentralismus, S. 193; Rebertisch, Führerstaat, S. 234 f.

⁵⁷ Zur traditionellen Frontstellung der Berliner Ministerialverwaltungen gegen den (nicht nur rheinischen) „Provinzialegoismus“ vgl. Veit-Brause, Partikularismus, S. 740 f. Zur antiparlamentarischen Ausrichtung des Föderalismus im Kaiserreich vgl. Nipperdey, Föderalismus, S. 83 f. Zur Kontinuität technokratisch-antiparlamentarischer Einstellungen der höheren Beamenschaft nach 1918 vgl. etwa Peter-Christian Witt, Konservatismus als „Überparteilichkeit“. Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik 1900–1933, in: Dirk Stegmann u. a. (Hrsg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum, Bonn 1983, S. 231–280, hier: S. 267–270; vgl. ferner Rebertisch, Verfassungswandel, S. 127 f. Zu den zentralistisch-antiparlamentarischen, auf eine Wiederherstellung bürokratischer Dominanz zielenden Intentionen der Brüning'schen Reichsreform-Pläne vgl. Hans Mommsen, Die Stellung der Beamenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning, in: VfZ 21 (1973), S. 151–165, hier: S. 162 f. Zur Reichsreform allgemein vgl. (mit weiteren Hinweisen) Werner Frotzcher, Organisation der Reichsverwaltung und der Länderverwaltungen einschließlich Vorschläge zur Reichsreform, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte IV, S. 112–137, hier: 130 ff.; Rebertisch, Verfassungswandel, S. 129–132; vgl. weiterhin Brecht, Föderalismus, S. 126–180.

⁵⁸ Vgl. Veit-Brause, Partikularismus, S. 741; Vierhaus, Historische Grundlagen, S. 41.

⁵⁹ Zit. nach: Albrecht Tyrell, Auf dem Weg zur Diktatur: Deutschland 1930 bis 1934, in: Bracher u. a., Deutschland 1933–1945, S. 15–31, hier: S. 28; vgl. Schulz, Anfänge, S. 585.

zweiten Phase der NS-Unitarisierungspolitik war die Effektivitätssteigerung der Reichsverwaltung durch Zentralisierung und Vereinheitlichung. Dahinter verbarg sich jedoch die Absicht, im Zuge der normativen Verankerung eines autoritären Zentralismus die im Frühjahr 1933 versäumte Zerschlagung der traditionellen Verwaltungsstrukturen nachzuholen. Vor allem aber sollten die Gauleiter in ihrer Eigenschaft als Reichsstatthalter oder preußische Oberpräsidenten fest in den zentralisierten Instanzenzug eingebunden und so jeglichen Sonderbestrebungen von vornherein enge Grenzen gezogen werden. Nach dem Verlust ihrer führerunmittelbaren Ausnahmestellung und ihres administrativen Rückhalts in den gewachsenen Verwaltungsapparaten, so das Kalkül des Reichsinnenministers Frick und seiner Verfassungsreferenten Nicolai und Medicus, hätten die regionalen Parteiführer seinen Mediatisierungsbestrebungen nur noch wenig entgegenzusetzen gehabt⁶⁰.

Gegen diese Pläne regte sich alsbald heftiger Widerstand in den Ländern und Provinzen, aber auch innerhalb der Reichsregierung. So unterstützte der preußische Ministerpräsident Göring im März 1934 wohl prinzipiell die vom Innenminister betriebene Schaffung sogenannter „Reichsgaue“ anstelle der bisherigen Länder; doch ein Vierteljahr darauf veranschlagte er für diesen Umstellungsprozeß mindestens eine Dekade – im NS-Sprachgebrauch das Synonym für den St. Nimmerleins-Tag. Göring lehnte also die Reichsreformpläne Fricks strikt ab. Der Hinweis des Ministerpräsidenten auf die Fortexistenz des preußischen „Staatsbegriff(s)“ unterstrich das ebenso wie seine kategorische Absage an einen „scharf zentralisierte(n) Einheitsstaat romanischer Prägung“⁶¹.

Hitler teilte diese Aversion gegen ein „zentralistisches Reichsverwaltungssystem autoritärer Prägung“⁶². Schritt um Schritt rückte der Diktator von den hochfliegenden Zentralisierungsplänen seines Innenministers ab. Bereits Ende 1933/Anfang 1934 hatte er darauf zusehends dilatorisch reagiert. Nach der gewaltsamen Lösung der innerparteilichen Machtfrage am 30. Juni/1. Juli 1934 schieden Domestizierungsgesichtspunkte für Hitler endgültig aus. Und nach der am 1. August 1934 vom Reichstag, am 19. August von der Wahlbevölkerung akklamierten Selbstinauguration zum lebenslangen Diktator⁶³ gab es für den „Führer des deutschen Reiches und Volkes“ erst recht keinen Grund mehr, seine Allmacht durch kodifizierte Regularien und die institutionelle Stärkung der Ministerialbürokratie einschränken zu lassen⁶⁴. Eine Zeitlang ließ Hitler die bürokratischen Sandkastenspieler noch gewähren. Als Frick jedoch mit dem Zweiten Reichsstatthalter-Gesetz vom 30. Januar 1935 die obligatorische Personalunion von Reichsstatthaltern und Regierungschefs einführen wollte, um die Gauleiter über ihre staatliche Funktion seiner Kontrolle zu unterwerfen, wandelte Hitler diese Gesetzesvorschrift kurzerhand in eine „Kann-Bestimmung“ um⁶⁵. Und im März 1935 ließ er diesem Affront die Weisung folgen, auch die

⁶⁰ Vgl. Baum, Reichsreform, S. 41 f.; Schulz, Anfänge, S. 579–599; Diehl-Thiele, Partei, S. 61–66; Broszat, Staat, S. 150 f.; Broszat, Reichszentralismus, S. 187 f.; Martyn Housden, Helmut Nicolai and Nazi Ideology, Houndsmills/London 1992.

⁶¹ Denkschrift v. 21. 3. 1934; zit. nach: Rebutisch, Führerstaat, S. 234; Rede v. 18. 6. 1934 vor dem Preußischen Staatsrat; zit. nach: Baum, Reichsreform, S. 49. Zu den Vorbehalten Görings, Bayerns und anderer Regionalgewalten gegen die Reichsreform vgl. Broszat, Reichszentralismus, S. 188–191. Zu den Reichsgau-Planungen des Reichsinnenministeriums vgl. Rebutisch, Führerstaat, S. 235 f.

⁶² Rebutisch, Führerstaat, S. 235. Zur Position Hitlers vgl. ebd., S. 204, 223, 228, 267, 326 f.

⁶³ Vgl. Ruck, Führerabsolutismus, S. 32–34.

⁶⁴ Vgl. Broszat, Staat, S. 151–153, 159 f.

⁶⁵ Vgl. Schulz, Anfänge, S. 607; Diehl-Thiele, Partei, S. 72 f.; Rebutisch, Führerstaat, S. 236.

internen Erörterungen der Reichsreform einzustellen⁶⁶. Jede öffentliche Debatte darüber war bereits im November 1933 und im Februar 1934 untersagt worden, um die ideologisch-propagandistische Fiktion der vollkommenen Einmütigkeit des NS-Regimes nicht trüben zu lassen⁶⁷.

Solcherart in seinen Bemühungen um eine normative Fixierung des Verhältnisses von Reichszentralgewalt und regionalen Gewalten im NS-Staat gestoppt, konzentrierte sich Frick darauf, die *Verfassungswirklichkeit* in seinem Sinne umzuformen. Diese *institutionelle* Strategie bestimmte die *dritte Phase* des territorialen Kräftemessens von 1934/35 bis 1938/39.

Im Verlauf dieses Jahrfünfts wurde mit verstärktem Nachdruck jenes „Zentralregiment der inneren Verwaltung“ errichtet, welches das Reichsinnenministerium – sehr zum Bedauern seiner Beamten – mangels eines eigenen Behördenunterbaus im föderalen Staat von Weimar nicht einmal ansatzweise hatte realisieren können⁶⁸. Durch das Neuaufbaugesetz vom 30. Januar 1934 wurden die Innenverwaltungen der Länder den Weisungen des Reichsinnenminister unterworfen und die Reichsstatthalter seiner Dienstaufsicht unterstellt⁶⁹. Die Übernahme des Preußischen Ministeriums des Innern am 1. Mai 1934 und dessen organisatorische Eingliederung in das Reichsressort schienen aus der vielbespöttelten „Dame ohne Unterleib“⁷⁰ die dominierende Exekutivbehörde des Deutschen Reiches zu machen⁷¹. Zum „Superminister mit zentraler Befugnis“ indessen vermochte sich Frick zu seinem Leidwesen niemals aufzuschwingen⁷². Denn parallel zum Aufstieg seines Hauses unterhöhle die forcierte „Verreichlichung“ von Aufgabenbereichen, die seit jeher zur Prerogative der Länder und der provinziellen Selbstverwaltung gehört hatten, sowohl Fricks zentralistischen Führungsanspruch als auch die Handlungsautonomie der regionalen Herrschaftszentren.

Mit der Kultur- und Bildungspolitik wurde die traditionelle Domäne der Länder frühzeitig geschleift: im März und September 1933 zogen das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und die Reichskulturkammer, in Personalunion geleitet von dem Berliner Gauleiter Joseph Goebbels, wichtige Kompetenzen an sich⁷³. Im Mai 1934 folgte das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung des Braunschweiger Gauleiters Bernhard Rust⁷⁴. Zwar gelang es Hans Kerrls Mitte Juli 1935 gegründetem

⁶⁶ Vgl. Broszat, Staat, S. 157.

⁶⁷ Baum, Reichsreform, S. 42, 47.

⁶⁸ Schulz, Anfänge, S. 590f.; vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 92f.

⁶⁹ Vgl. Baum, Reichsreform, S. 42–47; Schulz, Anfänge, S. 593–599; Diehl-Thiele, Partei, S. 63–73; Neliba, Wilhelm Frick, S. 99–123.

⁷⁰ So das bekannte Diktum des langjährigen Verfassungsreferenten Medicus; zit. nach: Schulz, Anfänge, S. 590.

⁷¹ Vgl. Broszat, Staat, S. 156; ders., Reichszentralismus, S. 192; Neliba, Wilhelm Frick, S. 124–128.

⁷² Schulz, Anfänge, S. 599–607, hier: 600.

⁷³ Vgl. für vieles Willi A. Boelcke, Volksaufklärung und Propaganda, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte IV, S. 949–958; Eugen Schöndienst, Kulturelle Angelegenheiten, in: ebd., S. 988–998; Volker Dahm, Anfänge und Ideologie der Reichskulturkammer. Die „Berufsgemeinschaft“ als Instrument kulturpolitischer Steuerung und sozialer Reglementierung, in: VfZ 34 (1986), S. 53–84. Zu den Auswirkungen auf die regionale und kommunale Kulturpolitik vgl. die eindringliche Situationsbeschreibung des Hallenser Oberbürgermeisters vom Juni 1936; zit. in: Schulz, Anfänge, S. 624f.

⁷⁴ Vgl. Philipp Eggers, Bildungswesen [1933–1945], in: Deutsche Verwaltungsgeschichte IV, S. 966–988; Horst Diere: Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. – Zur Entstehung, Struktur und Rolle einer zentralen schulpolitischen Institution im faschistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte 22 (1982), S. 107–120; Neliba, Wilhelm Frick, S. 126–128.

Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten nicht, sich gegen die mächtige Konkurrenz des Reichsführers SS und des Stellvertreters des Führers zur Schaltstelle der NS-Kirchenpolitik aufzuschwingen⁷⁵. Doch der Einflußverlust der regionalen NS-Repräsentanten verstärkte sich durch die polykratische Konkurrenz zentraler Institutionen auf diesem heiklen Feld der Innenpolitik eher noch. Allerdings wurde ihnen mit Blick auf die ganz unterschiedlichen Verhältnisse vor Ort im Rahmen der strategischen Vorgaben ein vergleichsweise großer Ermessensspielraum belassen⁷⁶.

Im April 1935 fand die von Reichsminister Franz Gürtner seit 1933 gegen erhebliche regionale Widerstände vorangetriebene Verreichlichung des Justizwesens ihren Abschluß⁷⁷. Und als die Sicherheits- und Ordnungspolizei im Juni 1936 dem Reichsführer SS als „Chef der Deutschen Polizei im Reichsinnenministerium“ unterstellt wurde, büßten nicht nur die Länder einen weiteren Kernbereich ihrer Teilstaatlichkeit ein⁷⁸; zugleich nahm Heinrich Himmler, dessen „Machtaufstiegsweg über die Länder“ geführt hatte⁷⁹, damit auch eine entscheidende Hürde auf dem Weg zur Formierung einer „führerunmittelbaren, außernormativen Sonderexekutive“, dem Ursprung des hyperzentralistischen „SS-Staates“⁸⁰.

Zu allem Überfluß wurden den NS-Führern in der Provinz bereits frühzeitig die Instrumente regionaler Strukturpolitik aus der Hand genommen⁸¹. Auf der Grundlage seines

⁷⁵ Vgl. Ulrich von Hehl, Die Kirchen in der NS-Diktatur. Zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstand, in: Bracher u. a., Deutschland 1933–1945, S. 153–181, hier: S. 163; vgl. eingehender John S. Conway, Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933–1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge, München 1969, insbes. S. 136–159; Leonore Wenschkewitz, Zur Geschichte des Reichskirchenministeriums und seines Ministers, in: Helmut Baier u. a., Kirche und Nationalsozialismus. Zur Geschichte des Kirchenkampfes, München 1969, S. 185–206; Ludwig Volk, Hitlers Kirchenminister. Versuch einer Gesamtdarstellung des Kirchenkampfes im NS-Staat [1970], in: Dieter Albrecht (Hrsg.), Katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Aufsatzsammlung, Mainz 1976, S. 211–218; Heinz Boberach, Organe der nationalsozialistischen Kirchenpolitik. Kompetenzverteilung und Karrieren in Reich und Ländern, in: Karl D. Bracher u. a. (Hrsg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992, S. 305–331.

⁷⁶ Vgl. etwa Schnabel, Württemberg, S. 403–518, insbes. S. 465 f., 506.

⁷⁷ Vgl. Karl E. Claussen, Justizverwaltung [1933–1945], in: Deutsche Verwaltungsgeschichte IV, S. 1044–1054; Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933 bis 1940. Verwaltung, Anpassung und Ausschaltung in der Ära Gürtner, 2. Aufl., München 1990.

⁷⁸ Vgl. Volkmar Götz, Polizei und Polizeirecht [1933–1945], in: Deutsche Verwaltungsgeschichte IV, S. 1017–1031; Gerhard Werle, Justiz – Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich, Berlin/New York 1989; Johnpeter H. Grill, The Nazi Movement in Baden, 1920–1945, Chapel Hill, N. C. 1983, S. 260 f.; Friedrich Wilhelm, Die württembergische Polizei im Dritten Reich, Diss. Stuttgart 1989 S. 142–147.

⁷⁹ Broszat, Reichszentralismus, S. 196; vgl. Schulz, Anfänge, S. 601 f.

⁸⁰ Wolfgang Benz, Partei und Staat im Dritten Reich, in: Martin Broszat/Horst Möller (Hrsg.), Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, 2. Aufl., München 1986, S. 64–82, hier: 78–80; Thamer, Verführung, S. 371; vgl. (mit weiteren Hinweisen) Ruck, Führerabsolutismus, S. 52 f.

⁸¹ Vgl. etwa Gerhard Kratzsch, Der Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd, in: Rebentisch/Teppe, Verwaltung, S. 173–207, hier: S. 182; ders., Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung – „Arisierung“ – Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd, Münster 1989, S. 46 f., 501, 503; Hans Fenske, Josef Bürckel und die Verwaltung der Pfalz (1933–1940), in: ebd., S. 153–172, hier: S. 159; Dieter Wolfanger, Populist und Machtpolitiker. Josef Bürckel: Vom Gauleiter der Pfalz zum Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, in: Gerhard Nestler/Hannes Ziegler (Hrsg.), Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau 1993, 63–86, hier: S. 68 f.; Wolfgang Burth u. a., Nationalsozialistische Wirtschaftslenkung und württembergische Wirtschaft, in: Rauh-Kühne/Ruck (Hrsg.), Regionale Eliten, S. 195–219.

„Neuen Plans“ und des (Ermächtigungs-)Gesetzes über wirtschaftliche Maßnahmen vom 3. Juli 1934 trieb der neue Reichswirtschaftsminister, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, die zentrale Lenkung der Binnen- und Außenwirtschaft voran⁸². In Konkurrenz dazu forcierte seit 1936 die Vierjahresplan-Administration des preußischen Ministerpräsidenten Göring den Prozeß des „sich Zug um Zug verstärkenden Wirtschaftsdirigismus“ im Zeichen der ökonomischen Kriegsvorbereitungen⁸³.

Von einer „monokratischen Territorialherrschaft“ der Gauleiter, Reichsstatthalter und Oberpräsidenten konnte mithin während der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre nirgends wirklich die Rede sein. Vielmehr sahen sie sich durch die fortschreitende Auszehrung der Länderkompetenzen auf breiter Front in die „Defensive“ gedrängt⁸⁴. Die bisweilen spektakulären Eigensinnigkeiten selbstbewußter Regionalpotentaten der NSDAP können nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Konfliktfall – zumal in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung – in aller Regel die Zentralbehörden obsiegten⁸⁵. Selbst besonders tatkräftigen Gauleitern wie dem Pfälzer Reichsstatthalter Josef Bürckel wurden nur allzu bald die enggesteckten Grenzen ihrer Handlungsautonomie aufgezeigt⁸⁶. Die fortschreitende Verselbständigung der Fachressorts verursachte im Reichsinnenministerium denn auch ungleich stärkere Kopfschmerzen als die gelegentlichen Extratouren mancher Gauleiter⁸⁷.

Gleichwohl wurde auch die Übermacht der zentralen Institutionen durch eine Reihe von Faktoren in ihrer Nachhaltigkeit gebremst. Zum einen verhinderten die vertikale Versäulung der Reichsverwaltung und die erbitterte Konkurrenz der Obersten Reichsbehörden untereinander, daß ein ungebrochener Zentralisierungsdruck auf die sogenannte „Mittelinstanz“ ausgeübt wurde; zum anderen stand dem die Fortexistenz der hergebrachten Gebietskörperschaften entgegen. Abgeschirmt durch die faktische Bestandsgarantie Hitlers und Görings erstarkten die regionalen Herrschaftszentren allmählich wieder. Neben der Mediatisierung der Kommunalverwaltungen⁸⁸ trug dazu vor allem die Entwicklung von Gegenstrategien bei, welche den spezifischen Bedingungen der NS-Polykratie angepaßt waren.

Nicht zum ersten Mal in der neueren deutschen Geschichte schlossen die regionalen Verwaltungseliten in Süd- und Südwestdeutschland und ihre politische Führung ein unausgesprochenes Zweckbündnis gegen Berliner Zentralisierungsbestrebungen. Diesen ging es darum, ihre territoriale Machtbasis vor einer Erosion durch Kompetenzabflüsse an die

⁸² Vgl. Schulz, *Anfänge*, S. 785–828; Willi A. Boelcke, *Wirtschaftsverwaltung*, in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte IV*, S. 774–793; Albrecht Ritschl, *Wirtschaftspolitik im Dritten Reich – Ein Überblick*, in: Bracher u. a., *Deutschland 1933–1945*, S. 118–134; Harold James, Hjalmar Schacht – *Der Magier des Geldes*, in: Ronald M. Smelser u. a. (Hrsg.), *Die braune Elite*, Bd. 2, Darmstadt 1993, S. 206–218.

⁸³ Willi A. Boelcke, *Die Finanzpolitik des Dritten Reiches. Eine Darstellung in Grundzügen*, in: Bracher u. a., *Deutschland 1933–1945*, S. 95–117, hier: S. 97; vgl. dazu Dietmar Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968.

⁸⁴ Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 112.

⁸⁵ In diesem Sinne Broszat, *Staat*, S. 161; Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 112; vgl. aber auch Rebutisch, *Führerstaat*, S. 264.

⁸⁶ Vgl. Fenske, *Josef Bürckel*, S. 154, 159, 162, 172. Zur Person siehe die Hinweise in Anm. 81 u. 113.

⁸⁷ Rebutisch, *Führerstaat*, S. 239; vgl. allgemein Schulz, *Anfänge*, S. 599 ff. Schon Ende 1938 begann Frick darob zu resignieren; vgl. Broszat, *Reichszentralismus*, S. 195.

⁸⁸ Vgl. Horst Matzerath, *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung*, Stuttgart u. a. 1970, insbes. S. 433–436; Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 91–107; Albert von Mutius, *Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik*, in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte IV*, S. 1055–1081.

expandierenden Reichsbehörden zu bewahren; für jene stellte die Verteidigung der eingeschränkten Verwaltungsautonomie ihrer Länder ein Kernstück ihrer korporativen Selbstbehauptung als soziale Elite dar⁸⁹. Das affektive Bindeglied dieser regionalen Interessenkollisionen gegen den wachsenden Mediatisierungsdruck aus Berlin bildeten jene antipreußischen Ressentiments, welche seit Jahrzehnten im Mittelpunkt süd(west)deutschen Strebens nach Wahrung der einzelstaatlichen Identität gegenüber der Hegemonialmacht im Norden standen⁹⁰.

„Dem ‚*Berliner Schwindel*‘ mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen“, gab etwa ein leitender Beamter des badischen Innenministeriums 1947 wahrheitsgetreu zu Protokoll, „war damals üblich und zur Wahrnehmung von *Landesinteressen* manchmal wohl auch notwendig.“⁹¹ Solches Abwehrverhalten reichte im Einzelfall bis zur abgestimmten Obstruktion. So zeichnete der württembergische Innen- und Wirtschaftsminister Jonathan Schmid im August 1940 einen vorbesprochenen Aktenvermerk ab, in dem lapidar festgestellt wurde: „Der Erlaß des Reichsministers des Innern beweist, daß dort die Verhältnisse, wie sie wirklich liegen, nicht immer richtig durchschaut werden können. [...] Man kann wohl von der Herausgabe des Reichserlasses absehen.“⁹² Freilich scheuten seine Spitzenbeamten sich nicht, im Bedarfsfall auf entgegenstehende *Reichsrichtlinien* zu verweisen, um Forderungen lokaler und regionaler NS-Gliederungen zu konterkarieren⁹³.

Angesichts des beständigen Abflusses sachlicher Kompetenzen konzentrierten sich die Reichsstatthalter, Landesregierungen und Oberpräsidenten darauf, zumindest die Personalpolitik unter ihrer Kontrolle zu behalten⁹⁴. Dieses entsprach sowohl der personalistischen Führungsdoktrin des NS-Regimes als auch dem zeitlos gültigen Erfahrungssatz, daß „eine gute Personalpolitik zu den Fundamenten einer guten Verwaltung“ gehört⁹⁵. In der Folge kam es ständig zu Konflikten mit allen möglichen Obersten Reichsbehörden, vor allem aber mit dem Reichsinnenminister und mit dem Stellvertreter des Führers. Denn die versuchten seit 1935 ihrerseits maßgeblichen Einfluß auf die Ausbildung, Rekrutierung, Beförderung und Versetzung der Beamtenschaft in der Mittelinstanz zu erlangen⁹⁶.

⁸⁹ Vgl. Grill, *Nazi Movement*, S. 260–262; vgl. für Bayern Broszat, *Reichszentralismus*, S. 188–190.

⁹⁰ Vgl. Grill, *Nazi Movement*, S. 262; vgl. für Bayern Broszat, *Reichszentralismus*, S. 190; gemünzt auf den pfälzischen Gauleiter Bürckel Rebentisch, *Führerstaat*, S. 241. Zu den Ursprüngen und Auswirkungen der anti-preußischen Zielrichtung des (süd)deutschen Föderalismus und des rheinischen Regionalismus vgl. Veit-Brause, *Partikularismus*, S. 747, 750f., 757f.

⁹¹ Schriftsatz des Leiters der Polizeiabteilung im badischen Innenministerium, Regierungsdirektor August Schneider, v. 11.4. 1947 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart [HSTAS], EA 1/150, Bü. 1513); Hervorhebungen von mir.

⁹² Vermerk v. 14.8. 1940 betr. Förderung der SA-Wehrmannschaften (HSTAS, E 151/41, Bü. 770, Qu. 450).

⁹³ Vgl. diverse Vorgänge in den Akten des württembergischen Innenministeriums über kommunale Leistungen an die NSDAP und ihre Gliederungen (HSTAS, E 151/41, Bü. 769–771).

⁹⁴ Vgl. Rebentisch, *Führerstaat*, S. 260, 264.

⁹⁵ „Erklärung“ des vormaligen Ministerialrats Hermann Reihling für das Spruchkammerverfahren des früheren Kanzleidirektors und Personalreferenten im Stuttgarter Innenministerium, Ministerialrat Gustav Himmel, v. 9.3. 1947 (Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/20, Az. 37/5/11672); vgl. in diesem Sinne Horst Romeyk, *Zwischen Anpassung und Auflehnung. Zum Verhalten der Beamtenschaft in Rheinland und Westfalen 1933 bis 1945*, in: Friedrich G. Schwegmann (Hrsg.), *Zwischen Gehorsampflucht und Widerstandsrecht: ein unlösbares Dilemma der Beamtenschaft? Gelsenkirchen 1989*, S. 137–165, hier: S. 151.

⁹⁶ Vgl. eingehend Caplan, *Administration*, S. 130–188; Longerich, *Hitlers Stellvertreter*, S. 40–73; ferner Mommsen, *Beamtentum*, S. 62–90; Teppe, *Provinz*, S. 69–79.

Diesen Bemühungen war regional sehr unterschiedlicher Erfolg beschieden. Eine Aufstellung des Reichsinnenministeriums vom Frühjahr 1943 spiegelt im wesentlichen das Endresultat nationalsozialistischer Gleichschaltungs- und Penetrationsversuche in der als „politisch“ eingestuften landrätlichen Verwaltung wider. Ihrzufolge amtierten im Gebiet des Altreichs Anfang 1943 615 Landräte. Jeder vierte von ihnen war kein Volljurist⁹⁷. Allerdings variierte die Quote dieser NS-„Parteibuchbeamten“ stark nach Regionen. Zahlmäßig stellten die „Außenseiter“ in Preußen mit einem guten Drittel das bei weitem größte Kontingent⁹⁸. Doch auch hier unterstreicht ein Blick auf ihre Verteilung über die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke den hohen Stellenwert regionaler Einflußfaktoren auf die Besetzung dieser Schlüsselpositionen. So waren in Ostpreußen, Hessen-Nassau⁹⁹ und Teilen der Rheinprovinz mehr als die Hälfte der seit April 1933 ernannten Landräte NS-Außenseiter, während diese sich in Pommern wie in einzelnen Regierungsbezirken anderer Provinzen mehr oder minder klar in der Minderheit befanden. Und die beiden preußischen Landräte in den Hohenzollernschen Landen (Sigmaringen), welche zum Bezirk der Stuttgarter Gauleitung gehörten, überstanden die gesamte nationalsozialistische Herrschaft, obwohl sie bereits 1924/25 als Zentrumsleute ins Amt gelangt waren.

Auch sonst hob sich Südwestdeutschland von dem allgemeinen Trend deutlich ab. Was die Außenseiter anbelangte, fielen Baden und Württemberg – zusammen mit dem süddeutschen Nachbarn Bayern¹⁰⁰ – markant aus dem Gesamtbild heraus. Anfang 1943 waren sämtliche dort tätigen Landräte Volljuristen. Ein Blick auf die regionale Herkunft des höheren Personals der beiden Innenverwaltungen insgesamt bestätigt die ausgeprägte personelle Beharrungskraft der regionalen Verwaltungseliten beider Länder. Im Januar 1933 waren neun von zehn badischen Beamten im Lande geboren, zwölf Jahre später immerhin noch acht; in Württemberg lagen die Anteile ein wenig höher.

Daraus, daß man sich den traditionell überaus bodenständigen Verwaltungsapparat im eigenen Interesse nicht von Berlin aus der Hand nehmen lassen wollte, machte die Stuttgarter NS-Führung keinen Hehl: Es sei unverkennbar, „daß die württembergische Verwaltung sich in einer Reihe von Punkten auf Grund der ganzen Entwicklung von den Verwaltungszuständen in anderen Ländern nicht unerheblich unterscheidet“, hielt Innen- und Wirtschaftsminister Schmid dem Reichsinnenminister Mitte 1937 persönlich vor, „daß aber nach Auffassung der württembergischen Stellen gerade diese Eigenarten der württembergischen Verwaltung nicht zuletzt für die [sic!] wirtschaftliche Entwicklung Württembergs und für den [sic!] Wohlstand dieses Landes erheblich beigetragen hätten“¹⁰¹.

Tatsächlich hat das personalpolitische Abwehrbündnis der administrativen Funktionselemente mit den regionalen NS-Machthabern im Südwesten die Versuche der Zentralinstanzen weitgehend neutralisieren können, durch politische Protektion, interregionale Versetzungen und gezielte Nachwuchsrekrutierung die Innenverwaltungen Badens und Würt-

⁹⁷ Vgl. dazu und zum folgenden Ruck, *Administrative Eliten*, S.43 ff. mit Tab.1 u. 2, S.64 f.

⁹⁸ Rebenitsch erkennt, daß die von ihm angeführten Zahlen von 1941 für Preußen weder für dieses Land als Ganzes noch für das gesamte Altreich repräsentativ sind; vgl. ders., *Führerstaat*, S.546; ders., *Verfassungswandel*, S.141 f.

⁹⁹ Vgl. dazu Thomas Klein, *Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945*, Darmstadt/Marburg 1988, S.73–77 sowie seine Kurzbiographien der betreffenden Landräte.

¹⁰⁰ Vgl. Schönhoven, *Katholizismus in Bayern*, S.618–634; Broszat, *Reichszentralismus*, S.198 f.

¹⁰¹ Begrüßungsrede v. 15.8.1937 in Schwäbisch Hall anlässlich einer Landesbereisung Fricks (Stuttgarter NS-Kurier, Nr.377, 16.8.1937, S.3).

tembergs in ihrer korporativen Identität merklich zu beschädigen¹⁰². Der – wenn auch nicht dramatisch – höhere Anteil von Nicht-Landeskindern unter den Jahrgängen der 1900 und später Geborenen in den vierziger Jahren weist indessen auf die längerfristigen Grenzen dieser Defensivstrategie hin.

Während sich im Altreich trotz des Festhaltens an der hergebrachten Territorialstruktur¹⁰³ die Gewichte mehr und mehr zu Lasten der Regionalgewalten verschoben, bahnte sich dort im Saarland (1935) und in Groß-Hamburg (1937) allmählich die *vierte Phase* im Verhältnis von Zentral- und Regionalgewalten des NS-Staates an¹⁰⁴. Ihr Kennzeichen waren Personalunionen führerunmittelbarer Partei- und Verwaltungschefs außerhalb des herkömmlichen Instanzenzuges. Deren weitreichende Handlungsvollmachten sollten einer „politischen Verwaltung“ den Weg bahnen, welche als Instrument der Unterdrückungs-, Ausbeutungs-, Germanisierungs- und Vernichtungspolitik Hitlers und seiner Gefolgsleute reibungslos funktionierte¹⁰⁵. Das Grundkonzept hatten einzelne Regionalpotentaten wie der hessische Gauleiter Sprenger oder seine Amtskollegen Bürckel (Pfalz) und Sauckel (Thüringen) bereits mit begrenztem Erfolg im Altreich zu praktizieren versucht¹⁰⁶. In den Jahren seit 1938 trat der Stellvertreter des Führers als energischer Protagonist seiner Übertragung auf Österreich und die dem Reich direkt einverleibten Teile der Tschechoslowakei und Polens auf den Plan.

Obwohl sich diese Initiativen kaum verhohlen gegen den zentralen Lenkungsanspruch seiner Behörde richteten, fanden sie die Unterstützung des Reichsinnenministers. Frick und seine Zuarbeiter glaubten offenbar, zunächst im Bündnis mit der Parteileitung die angestrebte „Einheit der Verwaltung“ auf der Mittelstufe gegen die Ressortegoismen durchsetzen zu können. In einem zweiten Schritt sollten den Chefs der neuen Reichsgaue sodann im Zuge einer großen Verwaltungs- und Territorialreform von Berlin aus wieder straffe Zügel angelegt werden¹⁰⁷. Diese Vorstellungen erwiesen sich nur zu rasch als pure Illusion. Der Reichsgau Sudetenland, die sieben „Alpen- und Donau-Reichsgaue“ Österreichs, vor allem aber die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland entwickelten sich nach ihrer Errichtung im Frühjahr/Herbst 1939 unaufhaltsam zu teilautonomen Herrschaftsbezirken, deren Chefs den „verwaltungsmaßige(n) Ausnahmezustand“ zum beispiellosen Ausbau ihrer persönlichen Machtstellung nutzten¹⁰⁸.

¹⁰² Zum vorstehenden vgl. eingehend Ruck, „... und dann kam ich in das Dritte Reich“, Kap. II–III u. Tabellenanhang.

¹⁰³ Vgl. Rebentisch, Innere Verwaltung, S. 752. Zu den wenigen Modifikationen vgl. ebd., S. 749; ders., Führerstaat, S. 192; Broszat, Reichspartikularismus, S. 191.

¹⁰⁴ Zur administrativen Entwicklung des Saarlandes nach der Rückgliederung 1935 vgl. Broszat, Staat, S. 164; Rebentisch, Innere Verwaltung, S. 752f.; ders., Führerstaat, S. 206–210. Zur Sonderentwicklung in Groß-Hamburg, wo der Reichsstatthalter 1937 auch die alleinige Leitung der Stadtverwaltung übernahm, vgl. ebd., S. 192, 247; Broszat, Staat, S. 167.

¹⁰⁵ Zum „engen Zusammenhang“ von regelloser Form und verbrecherischem Inhalt der NS-Herrschaft in den annektierten und besetzten Gebieten vgl. Broszat, Staat, S. 168f.; vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 248–251, 313, 326.

¹⁰⁶ Vgl. Rebentisch, Innere Verwaltung, S. 751f.; ders., Führerstaat, S. 246, S. 217–223 et passim (Sprenger), 237–239 (Sauckel). Zu Bürckels Ambitionen vgl. Anm. 81 u. 113.

¹⁰⁷ Zu den diametralen Zielsetzungen, welche der Reichsinnenminister und der Stellvertreter des Führers/Chef der Parteikanzlei mit der Reichsgau-Errichtung verbunden, vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 266f., 273–277; Longerich, Hitlers Stellvertreter, S. 132–145.

¹⁰⁸ Sudetenland: Rebentisch, Innere Verwaltung, S. 755; ders., Führerstaat, S. 244. Österreich: Rebentisch, Innere Verwaltung, S. 753f.; ders., Führerstaat, S. 203–206, 240–244, 246. Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland: Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945,

Das konzeptionslos zwischen den alten und neuen Regionalgewalten auf der einen sowie den Zentralbehörden der Kriegswirtschaft und des SS-Staates auf der anderen Seite lazierende Reichsinnenministerium wurde Anfang der vierziger Jahre zusehends marginalisiert. Auch seine zweite Reichsreform-Initiative blieb 1940/41 im Gestrüpp widerstreitender Einzelinteressen hängen¹⁰⁹. Die „sukzessive Zurückdrängung der ministeriellen Bürokratie aus dem politischen Entscheidungsprozeß im Dritten Reich“ hat dieser abermalige Mißerfolg des Innenressorts, das auch organisatorisch mehr und mehr zerfiel, nur noch beschleunigt¹¹⁰.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion Mitte 1941 und der schrittweise Übergang zum „Totalen Krieg“ markieren die *fünfte Phase* der Auseinandersetzungen zwischen zentralen und regionalen Gewalten im nunmehrigen „Großdeutschen Reich“. Nun erst nahmen die – während der dreißiger Jahre vielfach gebremsten – Selbstständigkeitsbestrebungen der Regionalherrschaften Formen an, welche die Herrschaftswirklichkeit teilweise mit jenem „Bewußtsein einer gauterritorialen Quasisouveränität“¹¹¹ zur Deckung brachte, in dem manche Gauleiter zu agieren versuchten. Das galt nicht nur für die neuen Reichsgaue in den angegliederten Gebieten, sondern in der Tendenz auch für die Länder und Provinzen im Altreich.

Besonders deutlich traten nun Symptome des „wirtschaftlichen Gaupartikularismus“¹¹² in Erscheinung. Der Südwesten des Reiches bietet dafür ein anschauliches Beispiel. Bis 1939 bei Auftragsvergaben an die Rüstungsindustrie stets unterdurchschnittlich bedacht, hatte das strukturell benachteiligte „Grenzland“ Baden länger und stärker als andere Regionen unter den Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise zu leiden gehabt, und auch der „Kriegsboom“ setzte dort erst mit erheblicher Verzögerung ein. Die nachteiligen sozialen Folgen der peripheren Lage veränderten im Krieg lediglich ihre Erscheinungsformen und führten unverkennbar auch zu politischer Unzufriedenheit unter der Bevölkerung. Führende Vertreter der NSDAP in Baden sahen sich dadurch veranlaßt, die wirtschaftlichen Sonderinteressen ihres Herrschaftsgebietes mit Nachdruck zu vertreten. Von den ständigen Streitereien mit Berliner Zentralbehörden, welche daraus entsprangen, ließ sich Reichsstatthalter Robert Wagner (Karlsruhe/Straßburg) im Bewußtsein seiner führerunmittelbaren Stellung als Leiter eines exponierten „Grenzgaus“ und Chef der Zivilverwaltung im Elsaß ebensowenig anfechten, wie sein gleichrangiger Nachbar im Norden,

Stuttgart 1961; Diemut Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, 2. Aufl., Boppard 1993; Rebentisch, Innere Verwaltung, S. 756 f.; ders., Führerstaat, S. 163–188.

¹⁰⁹ Vgl. Rebentisch, Innere Verwaltung, S. 766–770; ders., Führerstaat, S. 189–215, insbes. S. 210; Neliba, Wilhelm Frick, S. 318–324, 327–333.

¹¹⁰ Karl Teppe, Die NSDAP und die Ministerialbürokratie. Zum Machtkampf zwischen dem Reichsministerium des Innern und der NSDAP um die Entscheidungsgewalt in den annektierten Gebieten am Beispiel der Kontroverse um die Einsetzung der Gauräte 1940/41, in: Der Staat 15 (1976), S. 367–380, hier: S. 379. Zum „progressiven Machtverfall“ des Reichsinnenministers Anfang der vierziger Jahre vgl. auch Neliba, Wilhelm Frick, S. 324–353; ferner Diehl-Thiele, S. 190–197. Zur fortschreitenden Auflösung seines Ministeriums als einheitliche Verwaltungsbehörde vgl. Rebentisch, Innere Verwaltung, S. 742–744. Zu den zerstörerischen Konsequenzen für die „Rechts- und Verwaltungseinheit des Hitler-Staates“ vgl. Broszat, Staat, S. 167; vgl. Benz, Expansion, S. 61 f.

¹¹¹ Teppe, Die preußischen Oberpräsidenten, S. 271; vgl. Hüttenberger, Gauleiter, S. 195; Rebentisch, Führerstaat, S. 263 f.

¹¹² Rebentisch, Verfassungswandel, S. 258.

der überaus robuste und bodenständige Josef Bürckel (Pfalz/Westmark)¹¹³. Gestützt auf seine Sondervollmachten als Reichsverteidigungskommissar¹¹⁴ setzte sich der badische Gauleiter im Verein mit seinem Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Walter Köhler immer wieder erfolgreich gegen Eingriffe im Rahmen der Kriegskommandowirtschaft zur Wehr, die aus ihrer regionalen Sicht kontraproduktiv wirken mußten. Gemeinsam unterbanden sie manche Betriebsverlagerungen und Dienstverpflichtungen von „Gefolgschaftsmitgliedern“ badischer Betriebe, um der grassierenden Mißstimmung entgegenzuwirken¹¹⁵.

Augenscheinlich vermag die abschätzig Bezeichnung „*Gaupartikularismus*“ die wirtschaftlichen Sonderbestrebungen in den einzelnen Regionen nicht angemessen zu umschreiben. Denn zum einen handelte es sich dabei um ein situationsgebundenes Phänomen, das keineswegs nur unter den Bedingungen der NS-Herrschaft auftrat¹¹⁶. Und zum zweiten erfüllte es auch eine stabilisierende Funktion für das *gesamte* Herrschaftsgefüge des NS-Staates, indem potentielle Unruheherde an der Peripherie des Altreichs rechtzeitig befriedet werden konnten. Ein Beispiel mehr dafür, daß die Funktionsweise der nationalsozialistischen Polykratie – auf der funktionalen wie auf der territorialen Ebene – nicht durchweg als „kumulative Radikalisierung“ mit selbstzerstörerischer Qualität¹¹⁷ interpretiert werden sollte.

Die Unzufriedenheit über kriegswirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen und organisatorische Defizite beschränkte sich mitnichten auf das Grenzland Baden. Im ökonomisch be-

¹¹³ Zur Tendenz, aus der Grenzlage territoriale Sonderrechte abzuleiten, vgl. mit Blick auf Bayern Martin Broszat, *Der Despot von München. Gauleiter Martin Wagner – eine Zentralfigur der bayerischen NS-Geschichte*, in: SZ am Wochenende. Feuilleton-Beilage der Süddeutschen Zeitung, Nr. 76, 30./31. 3. 1985; ders., *Reichszentralismus*, S. 190; Rebentisch, *Innere Verwaltung*, S. 749. Zur Person und Politik Wagners vgl. Horst Ferdinand, *Die Misere der totalen Dienstbarkeit: Robert Wagner (1895–1946), NSDAP-Gauleiter, Reichsstatthalter von Baden, Chef der Zivilverwaltung im Elsaß*, in: *Eberbacher Geschichtsblätter* 91 (1992), S. 97–209 u. 92 (1993), S. 208–223; Johnpeter H. Grill, *Robert Wagner – Der „Herrenmensch“ im Elsaß*, in: Smelser u. a., *Braune Elite II*, S. 254–268. Zu den allfälligen Konflikten Bürckels mit Rüstungsminister Speer vgl. Wolfanger, *Bürckel*, S. 78; Lothar Meinzer, *Von der Dauerkrise in die Staatskonjunktur. Die pfälzische Industrie in der Zwischenkriegszeit*, in: Nestler/Ziegler, *Pfalz*, S. 161–184, hier: S. 175. Zur Person und Politik Bürckels vgl. auch Lothar Meinzer, *Der Gauleiter – ein Volksfreund? Josef Bürckel (1895–1944)*, in: Günther List (Hrsg.), *„Deutsche, laßt des Weines Strom sich ins ganze Reich ergießen.“ Die Pfälzer und ihre Weinstraße – ein Beitrag zur alternativen Landeskunde*, Heidelberg 1985, S. 80–105; Fenske, *Josef Bürckel; Rebentisch, Führerstaat*, S. 241 et passim; Gerhard Paul, *Josef Bürckel – Der rote Gauleiter*, in: Smelser u. a., *Braune Elite II*, S. 51–65. Zur Entwicklung im Elsaß und in Lothringen vgl. Rebentisch, *Innere Verwaltung*, S. 757–759; Lothar Kettenacker, *Die Chefs der Zivilverwaltung im Zweiten Weltkrieg*, in: Rebentisch/Teppe, *Verwaltung*, S. 396–417; Rebentisch, *Führerstaat*, S. 305–309.

¹¹⁴ Vgl. allgemein Karl Teppe, *Der Reichsverteidigungskommissar. Organisation und Praxis in Westfalen*, in: Rebentisch/Teppe, *Verwaltung*, S. 278–301; Rebentisch, *Innere Verwaltung*, S. 763f.; ders., *Führerstaat*, S. 132–143, 278–281.

¹¹⁵ Vgl. Roland Peter, *NS-Wirtschaft in einer Grenzregion. Die badische Rüstungsindustrie im Zweiten Weltkrieg*, in: Rauh-Kühne/Ruck, *Regionale Eliten*, S. 171–193; ders., *Rüstungspolitik in Baden. NS-Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion*, München 1995. Zum Konflikt zwischen den Gauleitern und dem Rüstungsministerium vgl. allgemein Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 182–187; vgl. auch den Beitrag von Walter Ziegler in diesem Band.

¹¹⁶ Das räumt auch Rebentisch, *Verfassungswandel*, S. 258, beiläufig ein.

¹¹⁷ Hans Mommsen, *Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes*, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, 9. Aufl., Bd. 16, Mannheim u. a. 1976, S. 785–790; vgl. Martin Broszat, *Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus*, in: VfZ 18 (1970), S. 392–409, hier: S. 398.

günstigen Württemberg litt die regionale Wirtschaftspolitik ebenfalls unter dem polykratischen Kompetenzchaos im Lande, aber auch unter Überbürokratisierung und unter den fehlgeschlagenen Versuchen, die Kriegswirtschaft zentral von der Reichshauptstadt aus zu lenken. Oft mußten eigenmächtige Maßnahmen lokaler Parteifunktionäre durch die Stuttgarter Gauleitung oder irgendwelche Berliner Stellen wieder aufgehoben werden. Andererseits machten in Württemberg wie im Gau Baden regelmäßige lokale und regionale Koalitionen zwischen Betriebsleitungen, Partei- und Verwaltungsstellen Front gegen zentral verordnete Kontingentierungen, „Auskämmaktionen“, Betriebsverlagerungen oder Einquartierungen¹¹⁸. Unter Hinwegsetzung über den zuständigen Innen- und Wirtschaftsminister nahm Gauleiter und Reichsstatthalter Wilhelm Murr in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar die Wahrung der ökonomischen Interessen seines Bezirks gegenüber Berlin persönlich in die Hand. Für diesen Zweck schuf er sich einen eigenen Verwaltungsapparat, und die anstehenden Wirtschaftsfragen klärte er „weitgehend im unmittelbaren Benehmen“ mit dem Stuttgarter Kommissar des Rüstungsministers Speer. Daß alles dies „in Abweichung von den Reichsvorschriften“ geschah, wie ein betroffener Ministerialbeamter später indigniert berichtete, kümmerte Murr nicht im geringsten¹¹⁹.

Dieses Beispiel ist besonders geeignet, das im Laufe des Krieges wachsende Machtbewußtsein der regionalen NS-Führer zu illustrieren. Denn Murr gehörte seit jeher zu den schwächeren Mitgliedern des Hitlerschen Gauleiterkorps¹²⁰. Dessen kollektiver Zuwachs an Selbstvertrauen ist wohl auch durch die verschiedenen Formen des zivilen Besatzungsregiments gefördert worden, mit denen Hitlers „Vizekönige“ ihre „Satrapien“ – hier erscheint der Rückgriff auf antikes Vokabular noch am ehesten angemessen – die eroberten Territorien vor allem in Osteuropa unter Kontrolle zu halten versuchten¹²¹. Dies allein schon deshalb, weil die dort teilweise eingesetzten Gauleiter des Altreichs ihre Reichskommissariate und ihre angestammten Herrschaftsbezirke in Personalunion führten – was nicht ohne Rückwirkungen im Stil ihres Regiments in der Heimat bleiben konnte. Allerdings sollten diese Momente nicht überbewertet werden. Denn erstens erforderte die *Beherrschung* okkupierten Terrains im Kriege fundamental andere Strukturen und Methoden als die *Verwaltung* des eigenen Staatsgebiets. Zweitens war das eklatante Verwaltungschaos im Osten herrschaftstechnisch derart kontraproduktiv, daß es selbst eingefleischte Protagonisten der personalistisch-institutionenfeindlichen NS-Herrschaftsideologie

¹¹⁸ Vgl. Burth u. a., Nationalsozialistische Wirtschaftslenkung. Zu ähnlichen Vorgängen im preußischen Gau Westfalen-Süd vgl. Kratzsch, Gauwirtschaftsapparat, S. 49f., 509 et passim.

¹¹⁹ Bericht des Ministerialrats Kurt Göbel (Stuttgart) v. 12. 6. 1945 (HSTAS, E 151/21, Bü. 261, zwischen Qu. 198 u. Qu. 199).

¹²⁰ Zur Person Murrs vgl. Kurt Gayer, Wilhelm Murr. Gauleiter und Reichsstatthalter von 1933–1945, in: ders. u. a., Die Villa Reitzenstein und ihre Herren. Die Geschichte des baden-württembergischen Regierungssitzes, Stuttgart 1988, S. 119–130.

¹²¹ Siehe dazu (mit weiteren Hinweisen) Klaus Oldenhege, Die Verwaltung der besetzten Gebiete, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte IV, S. 1132ff.; Diemut Majer, „Fremdvölkische“; dies., Führerunmittelbare Sondergewalten in den besetzten Ostgebieten. Entstehung und Wirksamkeit, in: Rebentisch/Tepe, Verwaltung, S. 374–395; Czesław Madajczyk, Die Herrschaftssysteme in den Okkupationsgebieten der Achsenmächte (1938–1945). Ein Vergleich, in: Ger van Roon (Hrsg.), Europäischer Widerstand im Vergleich. Die internationalen Konferenzen Amsterdam, Berlin 1985, S. 16–37; ders., Chaos, Systemhaftigkeit oder Systeme? Das Dritte Reich in der Phase der Militärischen Expansion, in: Ralph Melville u. a. (Hrsg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit (Festschrift von Aretin), Stuttgart 1988, 2. Halbbd., S. 931–954; Rebentisch, Führerstaat, S. 309–331.

schwerlich als Modell für das erweiterte Altreich betrachten konnten. Und drittens verschaffte sich dort auch die stärkste *zentralistische* Kraft des NS-Regimes eine *territoriale* Basis¹²². Himmler hatte seinen „SS-Staat“ mehr und mehr zu *der* machtpolitischen Klammer des „Großdeutschen Reiches“ ausgebaut. Mit der Ablösung von Reichsinnenminister Frick, des gescheiterten Verfechters eines „autoritären Ordnungsstaates“¹²³, suchte der Reichsführer SS seinen extra-institutionell begründeten Führungsanspruch seit dem August 1943 auch etatistisch zu untermauern¹²⁴.

Doch es entsprach der inneren Funktionslogik des polykratischen Führerstaates, daß sich diesem Hegemonialanspruch alsbald Konkurrenten aus dem engsten Umfeld des Diktators entgegenstellten. Goebbels, Gebieter über den straff organisierten Propagandaapparat, gelang es Ende Juli 1944, sich von Hitler zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz ernennen zu lassen¹²⁵. Während Reichsminister Lammers und dann auch der zeitweilige Wirtschaftsdiktator Speer aus dem innersten Kreis der Macht abgedrängt wurden, schwang sich gleichzeitig der Chef der Parteikanzlei vollends zum Medium des absoluten Führerzentralismus auf¹²⁶. Parallel dazu versuchte Bormann, die Parteiorganisation der NSDAP im allgemeinen und die Gauleiter im besonderen auf ihre Loyalität gegenüber der Reichsleitung einzuschwören¹²⁷. Dahinter stand nicht zuletzt das Bestreben, das Vordringen Himmlers zu stoppen¹²⁸.

Wiederum überlagerten und blockierten sich die Ambitionen zentraler Herrschaftsapparate, während der Staat Hitlers in eine Phase fortschreitender Agonie einzutreten begann. Hinzu kam, daß mit Goebbels Ernennung zugleich auch den Reichsverteidigungskommissaren erweiterte Vollmachten auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft eingeräumt worden waren¹²⁹. Die Spannung zwischen konkurrierenden Zentralinstanzen und regionalen Herrschaftszentren wurde in immer neuen Konstellationen aktualisiert. Unter diesen Voraussetzungen konnte das personell ausgezehrte Reichsverwaltungssystem dem Druck des militärischen und kriegswirtschaftlichen Desasters nicht standhalten. Auch die absurde Flut von Verhaltensmaßregeln und Einzelanweisungen, mit denen Bormann die unteren Ebenen der Parteiorganisation überschütten ließ, vermochten den um sich greifenden „Gebietsegoismus“ nicht mehr zu unterdrücken¹³⁰. Niemals waren die regionalen und lokalen NS-Repräsentanten unabhängiger und in ihrem jeweiligen Herrschaftsgebiet mächtiger als in den Monaten vor dem Untergang ihres Regimes.

¹²² Vgl. Broszat, Staat, S. 169–171; Benz, Expansion, S. 54, 62; Rebenitsch, Führerstaat, S. 182, 296 f., 301, 304, 324.

¹²³ Broszat, Staat, S. 171. Zur Vorgeschichte und zum Vollzug der Abschiebung Fricks nach Prag siehe Neliba, Wilhelm Frick, S. 324–356. Zum „Scheitern der politischen Konzeption“ Fricks und seiner Abdrängung „aus dem Kreis der Mitentscheidenden“ vgl. schon Mommsen, Beamtentum, S. 89 f.

¹²⁴ Zum Aufstieg des SS-Staats vgl. allgemein (mit weiteren Hinweisen) Ruck, Führerabsolutismus, S. 55 f. Zur Ernennung und zum Wirken Himmlers als Reichsinnenminister siehe Diehl-Thiele, Partei, S. 197–200; Rebenitsch, Innere Verwaltung, S. 771 f.; ders., Führerstaat, S. 499–512; Birgit Schulze, Heinrich Himmler, das Reichsministerium des Innern und das Verhältnis von Staat und Partei 1943–1945, in: Klaus Moltgen (Hrsg.), Kriegswirtschaft und öffentliche Verwaltung im Ruhrgebiet 1939–1945, Dortmund 1990, S. 9–30.

¹²⁵ Vgl. Rebenitsch, Führerstaat, S. 512–523.

¹²⁶ Vgl. Ruck, Führerabsolutismus, S. 56. Zur Frontstellung der regionalen NS-Hierarchie gegen Speer vgl. Hüttenberger, Gauleiter, S. 182–187; Rebenitsch, Führerstaat, S. 141.

¹²⁷ Vgl. Hüttenberger, Gauleiter, S. 195 ff.; vgl. den Beitrag von Walter Ziegler in diesem Band.

¹²⁸ Vgl. Hüttenberger, Gauleiter, S. 182.

¹²⁹ Vgl. Hüttenberger, Gauleiter, S. 186 f.

¹³⁰ Rebenitsch, Führerstaat, S. 527–531.

III.

Mit Blick auf den Staat Hitlers mutet der histor(iograph)isch aufgeladene Begriff „Partikularismus“ nicht nur seltsam unzeitgemäß an. Er reproduziert auch eine von obrigkeitsstaatlich-technokratischem Denken in Kategorien vermeintlicher Effizienz geprägte Geringschätzung dezentraler Entscheidungsstrukturen, welche die Berliner Ministerialbürokratie auf nationaler und die deutschen Länderbürokratien auf teilstaatlicher Ebene seit jeher zum normativen Postulat „rationalen“ Verwaltungshandelns erhoben hatten. Dabei geraten allzu sehr Gesichtspunkte politisch-administrativer Mobilisierungskraft, der Reaktionsfähigkeit auf regionale Problemlagen und der loyalitätssichernden Wirkung kultureller Vielfalt ins Hintertreffen¹³¹. Hitler und manche seiner herausgehobenen Gefolgsleute besaßen dafür durchaus ein Gespür. Selbst bei der Aufteilung Österreichs in sieben „Alpen- und Donau-Reichsgaue“ 1939/40 gab der Diktator der Rücksichtnahme auf den österreichischen „Länderpatriotismus“ Vorrang vor bürokratischen Effizienzerwägungen¹³². Das bewußte Festhalten an der „verworrenen Territorialstruktur des nationalsozialistischen Einheitsstaates“¹³³ war mitnichten das Werk eines „schwachen Diktators“, der sich – den Grundsätzen des „divide et impera“ folgend – nur durch die Inszenierung eines administrativen Chaos glaubte an der Macht halten zu können. Vielmehr sind dieser Politik zweckrationale Momente nicht abzuspüren.

Mit Blick auf die herrschaftstechnischen Herausforderungen, die aus seinen Expansionsplänen folgten, nahm Hitler in Kauf, daß sich das Verhältnis zwischen Zentralgewalt und Regionalgewalten keineswegs so „spannungslos“ gestaltete, wie dies Fritz Rörig 1936 vorausgesagt hatte und wie es der NS-Propagandaapparat unablässig verkündete. Eine zentrifugale Tendenz mit separatistischen Implikationen, welche der Begriff „Partikularismus“ nahelegt, ist jedoch in keinem der zahllosen Konflikte erkennbar¹³⁴. Zwar nahmen Hitlers Statthalter in der Provinz die ihnen ausdrücklich eingeräumten Handlungsspielräume¹³⁵ extensiv wahr. Diese weitreichende Aktionsfreiheit war jedoch an zwei elementare Voraussetzungen geknüpft: erstens die unbedingte persönliche Loyalität gegenüber dem Führer¹³⁶ und zweitens den Verzicht auf jegliche Einmischung in die strategischen Entscheidungsprozesse der Reichspolitik¹³⁷. Kaum einer der Gauleiter mißachtete diese Grenzen. Mit wenigen Ausnahmen, die jeweils drakonisch geahndet wurden, blieben sie Hitler bis zum Ende „sklavisch“ ergeben¹³⁸. Und Versuche, von der Peripherie her direkten Einfluß

¹³¹ Die implizite Neigung, Zentralisierung und Deföderalisierung *an sich* bereits mit Rationalisierung und Modernisierung gleichzusetzen, wird etwa deutlich bei Caplan, *Government*, S. 332f. et passim; Rebentisch, *Führerstaat*, S. 228 et passim (auf S. 258 offenkundige Orientierung am grundgesetzlichen Leitbild „Einheitlichkeit der Lebensbedingungen“).

¹³² Rebentisch, *Führerstaat*, S. 203f.

¹³³ Rebentisch, *Führerstaat*, S. 228f.

¹³⁴ En passant hat Gerhard Schulz, *Anfänge*, S. 580 schon vor Jahrzehnten von den „herrschenden lokalen, dann regionalen Gewalten“ des NS-Staates und der alsbaldigen totalitären „Ausschaltung selbst von ansatzweise vorhandenen partikulären Gewalten“ gesprochen; Hervorhebungen von mir.

¹³⁵ Vgl. insbes. Hitlers Ermunterungen auf der Reichsstatthalterkonferenz v. 22. 3. 1934; zit. in: Broszat, *Staat*, S. 150.

¹³⁶ Vgl. Rebentisch, *Führerstaat*, S. 250.

¹³⁷ Vgl. den Beitrag von Walter Ziegler in diesem Band.

¹³⁸ Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 211. Zur Ablösung der insgesamt sechs verstoßenen Gauleiter vgl. ebd., S. 200–211.

auf die Reichspolitik zu nehmen, hat es ebensowenig gegeben wie Ansätze einer gemeinsamen Fronde gegen die Metropole.

Ihre unbedingte Führerloyalität hinderte die regionalen Exponenten des NS-Regimes allerdings nicht daran, sich in der Endphase des Krieges mehr und mehr von den zentralen Weisungen abzukoppeln. Doch dieser Prozeß vollzog sich erst unter den außerordentlichen Bedingungen der Zusammenbruchphase 1944/45. Mit „Partikularismus“ – sei er nun traditionellen oder totalitären Ursprungs – hatten die territorialen Desintegrationsercheinungen der letzten Kriegsphase nichts zu tun. Allenfalls wäre von einem situationsgeborenen Katastrophen-Partikularismus zu sprechen¹³⁹. Denn im Angesicht des nahenden Untergangs verloren übergeordnete Zusammenhänge und Prinzipien zusehends an Bedeutung gegenüber dem existentiellen Primat des Durchkommens vor Ort. Aus dieser Phase lassen sich mithin ebensowenig teleologische Rückschlüsse auf die immanenten Entwicklungstendenzen des NS-Herrschaftsgefüges bis in die frühen vierziger Jahre hinein ziehen, wie von den improvisierten Unterdrückungs- und Vernichtungs-„Verwaltungen“ der frisch eroberten Territorien im Osten.

In hybrider Selbstüberschätzung hatte die politische Führung mit ihrem militärischen Expansionskurs die Möglichkeiten des Deutschen Reiches in jeder Hinsicht weit überzogen. Auch eine im klassischen Sinne wohlorganisierte, hochzentralisierte Reichsverwaltung hätte diesen Tatbestand nicht aus der Welt schaffen können. Im Gegenteil: vermutlich hat überhaupt nur die polykratische Konkurrenz der Unterführer des NS-Regimes jene Ressourcen mobilisieren helfen, die es ihm erlaubten, den Zusammenbruch so lange hinauszuzögern. Daß sich der Kollaps schließlich nicht nach den Regeln des bürokratischen Instanzenzuges vollzog, ist nicht bemerkenswert – eher schon der Umstand, daß anarchische Zustände im eigentlichen Sinne des Wortes fast nirgends eintraten. Selbst im Angesicht der totalen Niederlage blieben die gesamtstaatliche Loyalität und die Autorität der regionalen Gewalten in der Substanz ungebrochen. Das Machtgefüge des „Dritten Reichs“ ist zuvörderst nicht an den strukturellen Ungereimtheiten funktionaler oder territorialer Provenienz, sondern an den ideologischen Obsessionen und an den politischen Fehlentscheidungen seiner Spitze gescheitert.

¹³⁹ So mag Hüttenberger, Gauleiter, S.211 „wie dem Verhalten einiger anderer Gauleiter [...] dem Bürckels Elemente der Resistenz gegenüber der Katastrophenpolitik Hitlers in den letzten Kriegsjahren nicht absprechen“.

Volker Dahm

Kulturpolitischer Zentralismus und landschaftlich-lokale Kulturpflege im Dritten Reich¹

Der Versuch, die Auswirkungen der Kulturpolitik des nationalsozialistischen Staates auf das kulturelle Leben in den Regionen zu bestimmen, begegnet erheblichen kategorialen Schwierigkeiten. So sehr sich der Begriff der Region anbietet, um in allen möglichen Zusammenhängen größere und kleinere räumliche Einheiten voneinander abzugrenzen, so beliebig erscheint seine literarische Verwendung. Was aber soll konkret im Deutschen Reich, das als Folge dynastischer Territorialherrschaft durch mehr oder weniger willkürliche innere Grenzen und staatliche Einheiten von extrem unterschiedlicher Größe gekennzeichnet war, unter „Region“ verstanden werden? Kleinere Einheiten der staatlichen und nichtstaatlichen Verwaltung, also Länder, Provinzen und Regierungsbezirke bzw. Landkreise und kommunale Landschaftsverbände? Die hiervon vielfach abweichenden Hoheitsgebiete der NSDAP? Oder auch und vielleicht sogar vorrangig quer zu aller Verwaltungsgliederung liegende, sich historisch, landschaftlich, konfessionell, sprachlich oder eben kulturell definierende Einheiten?

Die Verkoppelung der Begriffe Region und Kultur liegt nahe, macht die begrifflichen Schwierigkeiten aber keineswegs kleiner. Denn offensichtlich eignet sich Kultur nicht als Ganzes, sondern nur in Teilen zur Artikulation und Befriedigung partikularer Bedürfnisse und zur Stiftung regionaler Identitäten. Die hohen Künste, die im landläufigen Verständnis den Inbegriff von Kultur bilden, sind in ideeller Hinsicht universal und praktisch eher an eine bestimmte Gesellschaftsschicht als an einen bestimmten Raum gebunden. Die ihnen entstammenden massenkulturellen Phänomene tendieren zur Überwindung aller räumlichen und gesellschaftlichen Barrieren. Nur bestimmte, sozial niedriger legitimierte Varianten der Künste sind eindeutig Ausdruck und Movers regionalkulturellen Bewusstseins: die dialektale Literatur, Volksmusik und Volkstanz, Volkskunst und landschaftsgebundenes Bauen.

Versteht man Kultur in allgemeiner Definition als „Gesamtheit der typischen Lebensformen einer Bevölkerung einschließlich der sie tragenden Geistesverfassung“², so vermehren sich selbstverständlich die regionalkulturell relevanten Phänomene. Eindeutig regionalen oder gar lokalen Charakter haben Aufgaben und Tätigkeiten wie Denkmalschutz, Denkmalpflege, Heimatschutz, das kommunale Schulwesen, Schriftgutpflege, Brauchtumpflege, Ortsbilderhaltung, Landschafts- und Naturschutz. Die Wissenschaft

¹ Der unter dem Titel „Die Zentralisierung der Kulturpolitik im Nationalsozialismus“ vorgetragene Text wurde, erheblich überarbeitet und erweitert, unter dem Titel „Nationale Einheit und partikulare Vielfalt. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich“ in Heft 2, 1995 der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (VfZ) veröffentlicht. Im vorliegenden Beitrag werden die Hauptergebnisse dieses Aufsatzes resümiert.

² Brockhaus s. Enzyklopädie, 17. Aufl., Bd. 10, 1970, s. v. Kultur, nach W. B. Mühlmann.

ten sind meist universal oder mit nichtdeutschen Gegenständen befaßt und daher weder in nationalen noch gar in regionalen Zusammenhängen verwendbar. In Frage kommen vor allem die historischen Fächer (darunter natürlich auch Fächer wie Technik- und Rechtsgeschichte) mit der Möglichkeit, räumlich definierte Spezialdisziplinen (Landesgeschichte, Stadtgeschichte, Heimatkunde) herauszubilden, die Volkskunde sowie die deutsche Literatur- und Sprachwissenschaft mit der dialektalen Literaturgeschichte und den Dialektphilologien.

Wenn man alle diese kulturellen Phänomene einbezieht und den Begriff der Region offenhält, so daß er sich im jeweiligen Verwendungszusammenhang neu konkretisieren kann, um etwa auch die Kommunen als wichtigsten Faktor des öffentlichen Kulturlebens berücksichtigen zu können, dann erscheint es durchaus sinnvoll, der hier gestellten Frage nachzugehen.

Der Prozeß der Neuformierung der kulturpolitischen Verhältnisse nach 1933 hatte vier Komponenten: Kultur wurde unter prinzipieller Beibehaltung einer bürgerlichen, die Individualität des künstlerischen Schöpfungsaktes und die kommerzielle Kulturvermittlung bejahenden Kulturauffassung in den Rang einer Staatsaufgabe erhoben; die Kulturpolitik des Staates wurde rigoros zentralisiert; die diesbezüglichen Kompetenzen wurden neu verteilt; die Partei organisierte und kontrollierte bisher der privaten Initiative überlassene Aktivitäten und versuchte darüber hinaus staatliche Kompetenzen zu usurpieren.

Im Bereich des Staates erfolgte diese Neuordnung innerhalb der ersten beiden Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Danach waren die kulturpolitischen Zuständigkeiten im wesentlichen auf drei Zentralbehörden verteilt, auf das „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ (RMfVuP), das „Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ (RMfWEuV) und das „Reichsministerium des Inneren (RMdI)“.

Mit Fachabteilungen für Rundfunk, Presse, Film, Theater, Schrifttum, Bildende Kunst und Musik bildete das Propagandaministerium das eigentliche Reichskulturministerium. Als „Unterbau“ wurde durch Reichsgesetz vom 22. September 1933 eine Reichskulturkammer (RKK) auf berufsständischer Grundlage geschaffen³. In ihren Fachkammern für Presse, Rundfunk, Film, Theater, Schrifttum, bildende Künste und Musik wurden alle auf diesen Gebieten tätigen Personen zwangsweise zusammengefaßt. Organisationsrechtlich waren die Kammern Körperschaften des öffentlichen Rechts, faktisch nachgeordnete Einrichtungen des Ministeriums. Während die Reichskulturkammer als Gesamtgebilde Goebbels in seiner Eigenschaft als Präsident der RKK unterstand, waren die von Präsidenten geleiteten Fachkammern den entsprechenden Fachabteilungen des Ministeriums und damit Goebbels in seiner Eigenschaft als Propagandaminister nachgeordnet.

Zur Durchsetzung seiner Kulturpolitik in den Ländern bediente sich Goebbels nicht der weiterbestehenden Länderverwaltungen, vielmehr schuf er neue Mittelbehörden, die institutionell und personell mit der Partei verkoppelt waren. Die territoriale Zuständigkeit der „Landesstellen“ des Ministeriums, die 1937 die Bezeichnung „Reichspropagandaämter“ erhielten, deckte sich stets mit den Gauen der NSDAP, und die Leiter dieser Behörden waren in Personalunion immer die Goebbels als Reichspropagandaleiter der NSDAP unterstehenden Leiter der Gaupropagandaämter. 1934 wurden diese zusätzlich zu sogenannten Landeskulturwaltern ernannt und mit der Leitung der Gaugliederungen der RKK beauftragt; in diesem Amt unterstanden sie Goebbels in seiner Eigenschaft als RKK-Präsident. Durch die Zusammenlegung der Ämter des Reichspropagandaleiters der NSDAP,

³ RKK-Gesetz vom 22.9. 1933, in: Reichsgesetzblatt (RGBl.) I 1933, S. 661 f.

des Reichspropagandaministers und des Präsidenten der RKK sowie der Ämter des Gaupropagandaleiters, des Reichspropagandaamtsleiters⁴ und des Landeskulturwalters entstand ein neuer, nationalsozialistischer Typus von Reichsbehörde, die sich in der Mittelinstanz selbst vertrat und lediglich auf der unteren Ebene der Kreis- und Kommunalverwaltung auf die traditionellen Behörden angewiesen war.

Goebbels verfügte aber nicht nur über diesen eigenen, von der Länderverwaltung abgekoppelten Apparat, er war für die in seiner Zuständigkeit liegenden Gebiete auch der alleinige Herrscher über das Kulturrecht. Wenn es im Geschäftsbereich anderer Ressorts noch Reste von Landesrecht und Landesgesetzgebung gab, so war das gesamte, unter den gegebenen totalitären Bedingungen riesige Ausmaße annehmende Kulturrecht völlig neu geschaffenes Reichsrecht und lag die Gesetzgebung vollständig in der Hand des Propagandaministers. Durch die Kammern übte Goebbels die unbeschränkte Kontrolle über die personelle Zusammensetzung der kulturellen Berufsstände aus. Auch die Zensur lag – nach anfänglich chaotischen Kompetenzverhältnissen – ab 1936 ganz in der Gewalt des Reiches und hier in der Hand des Propagandaministers.

Anders als Goebbels bedienten sich der Reichserziehungs- und der Reichsinnenminister in der Mittelinstanz der Reichsstatthalter in den Ländern bzw. der von diesen kontrollierten Länderverwaltungen. Der Reichserziehungsminister hatte die Zuständigkeiten für Wissenschaft, Erziehung und Unterricht, für die Erwachsenenbildung und das Volksbüchereiwesen, für die Angelegenheiten des Deutschen Sprachpflegeamts und des Deutschen Sprachvereins sowie für die Denkmalpflege. Die Zuständigkeit für den Heimatschutz teilte er mit dem Reichsinnenminister. In dessen Portefeuille lagen außerdem der Denkmalschutz, der Schriftdenkmalschutz, der Schutz des national wertvollen Kunstgutes und die Reichsarchive. Darüber hinaus war der Reichsinnenminister durch die von ihm ausgeübte Kommunalaufsicht an der kulturpolitischen und kulturellen Tätigkeit der Gemeinden, Landkreise, Bezirks-, Provinzial- und Zweckverbände beteiligt.

Schwieriger und langwieriger war die Entwicklung bei der NSDAP, die zum Zeitpunkt der Machtergreifung über keine kulturpolitischen Einrichtungen verfügte, wenn man von der fast bedeutungslosen Abteilung „Volksbildung“ in der Reichsleitung und Alfred Rosenbergs parteinahem, nie parteiamtlichem „Kampfbund für Deutsche Kultur“ absieht. 1934 errichtete Rosenberg auf Grund eines Führerauftrags eine neue kulturpolitische Dienststelle mit der Bezeichnung „Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ („Reichsüberwachungsamt“) mit Ämtern bzw. Abteilungen für Schulung, Kunstpflege, Schrifttumspflege, Vor- und Frühgeschichte, Wissenschaft u. a. m. Rosenbergs Hauptbastion aber war bis 1937 die „Nationalsozialistische Kulturgemeinde“ (NSKG), eine Theaterbesucherorganisation, die 1934 durch pseudolegale Verschmelzung des „Verbandes der freien Volksbühnen“ und des „Bühnenvolksbunds“ entstand. Die organisatorisch bis auf Kreisebene präsenste NSKG stand in einem äußerst schwierigen, teils durch Kooperation, teils durch schärfste Konflikte gekennzeichneten Verhältnis zu dem Anfang 1934 gegründeten Kulturamt der zur Deutschen Arbeitsfront (DAF) gehörenden „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“ (NSG KdF). In der Leitung von KdF bestand außerdem seit Ende 1933 ein „Amt für Volkstum und Heimat“, dem der nur vorübergehend bestehende, parteiamtliche „Reichsbund Volkstum und Heimat“ angeschlossen war. Anfang 1936 wurden

⁴ Die Bezeichnung „Reichspropagandaamt“ darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um ein Amt auf Gauebene handelte.

die beiden KdF-Ämter als Abteilungen im neuen „Amt Feierabend“ vereinigt. In der Folge sich ständig verschärfender Auseinandersetzungen zwischen DAF-Chef Robert Ley und Rosenberg ging die NSKG durch eine Entscheidung Hitlers 1937 in der NSG KdF auf, wo die Millionen von der NSKG übernommenen Theaterbesucher vom Amt Feierabend betreut wurden.

Ein zweites KdF-Amt mit massenkultureller Wirksamkeit war das im Juni 1936 gegründete Amt „Deutsches Volksbildungswerk“. Seine Aufgabe war die „Betreuung und Förderung der bestehenden sowie die Errichtung neuer Volksbildungsstätten und ähnlicher Einrichtungen“ und die „Einrichtung und Durchführung von Vortragsreihen, Volksbildungskursen, Arbeitsgemeinschaften sowie Volksbildungsabenden in den Betrieben, in der Stadt und auf dem Lande“⁵. Mit diesem Programm trat das KdF-Amt in direkte Konkurrenz zu den Kommunen, die den überwiegenden Teil der Volkshochschulen unterhielten. Um die Verhältnisse neu zu ordnen, wurde eine „Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung“ gegründet, der u. a. Vertreter der Kommunen und des „Deutschen Volksbildungswerks“ sowie des fachlich zuständigen Reichserziehungsministers angehörten. Auf Grund von „Richtlinien“ dieser Arbeitsgemeinschaft, die durch den Reichsinnenminister am 18. April 1939 in Kraft gesetzt wurden⁶, ging die Trägerschaft der Volkshochschulen und Volksbildungsvereine zu diesem Zeitpunkt auf das KdF-Volksbildungswerk über.

Erst verhältnismäßig spät kam es zur Gleichschaltung der zahllosen Heimat-, Volkstums-, Brauchtums- und Laienkunstvereine. Ein Teil von ihnen war nach der Auflösung des „Reichsbunds Volkstum und Heimat“ Anfang 1935 wohl unter der Obhut des KdF-Amts „Volkstum und Heimat“ geblieben, andere – wie der „Deutsche Bund Heimat-schutz“ – waren zur NSKG abgewandert und nach deren Eingliederung in KdF vielleicht wieder dort angebunden worden; wieder andere – wie die Vereine des Sängerbunds – gehörten Verbänden der Kulturkammer, also staatlichen Verbänden an, offenbar nicht wenige Vereine waren weder in einem Reichs- noch in einem Gauverband organisiert. Noch 1941 sprach Robert Ley von einem „Chaos der vielen Laienverbände“⁷.

Nachdem ein Plan, die NSGKdF in den Rang einer Volkskulturkammer im Rahmen der RKK zu erheben und dadurch mit einem gesetzlichen Erfassungsanspruch auszustatten, gescheitert war, wurde durch Verfügungen Goebbels' vom 24. April und 7. Mai 1942 in der Reichspropagandaleitung der NSDAP ein nationalsozialistisches Volkskulturwerk errichtet. Zweck des „NS-Volkskulturwerks“ war es, „die einheitliche kulturpolitische Ausrichtung der volkskulturellen Verbände und Gemeinschaften sicherzustellen, alle für ihren Einsatz bei der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbände erforderlichen Maßnahmen zu treffen, sowie die gemeinsamen Angelegenheiten seiner Mitglieder zu bearbeiten und eine enge Zusammenarbeit unter ihnen herbeizuführen“⁸. Die Gründung des Volkskulturwerks im Rahmen der Partei bedeutete den Verzicht auf die zunächst angestrebte zwangsweise Erfassung der einschlägigen Vereine und Verbände. Um

⁵ Zit. n. Wolfhard Buchholz, Die Nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Freizeitgestaltung und Arbeiterschaft im Dritten Reich, Diss. phil. München 1976, S. 237.

⁶ Neugestaltung der Erwachsenenbildung, Runderlaß des RMdI vom 18. 4. 1939, in: Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministers des Inneren (MiBlIV), Jg. 4 (1939), S. 939.

⁷ Ley an Rosenberg, 6. 8. 1941, IfZ-Archiv MA-596, Bl. 965–967.

⁸ Bundesarchiv (BA) R 55 (RMfVuP)/409, Bl. 261, Anordnung über das NS-Volkskulturwerk vom 7. 5. 1942; die Verfügung vom 24. April ist nicht in den Akten. Die vor der Transferierung der Reichs- und Parteiakten nach Potsdam benutzten Akten des Bundesarchivs werden mit den alten Signaturen des Bundesarchivs Koblenz zitiert.

diese zum „freiwilligen“ Beitritt zu bewegen, genügten aber zweifellos entsprechende Aufforderungen der Parteiorganisation auf Reichs-, Gau- oder Kreisebene.

Erst mit dieser späten Aktion kam die politische Neuordnung der kulturellen Verhältnisse, der Prozeß der totalen Erfassung, der Zentralisierung und der Machtverteilung, zu einem gewissen Abschluß. Schematisch läßt sich die daraus hervorgegangene kulturpolitische Organisationsstruktur mit der Formel „Verwaltung contra Menschenführung“ (D.Rebentisch) beschreiben. Während es Aufgabe des Staates war, den kulturellen Bestand zu sichern und die kulturelle Produktion und Distribution zu steuern und zu überwachen, oblag es der Partei, den kulturellen Konsum zu aktivieren, zu organisieren und auszurichten. Es handelte sich, dem Dualismus von Staat und Partei entsprechend, um eine Doppelstruktur, deren hervorstechendstes Merkmal ein extremer Zentralismus war.

Dieser kulturpolitische Zentralismus war den politischen Zielen des Regimes vollkommen adäquat. Nach nationalsozialistischer Überzeugung hatte der Weimarer Staat ein gedemütigtes, von fremden Mächten ausgeplündertes, von inneren Gegensätzen zerrissenes und durch den Klassenkampf gelähmtes Volk hinterlassen. Die Wiederherstellung der nationalen Größe und der inneren Einheit, die Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“ wurden so zu erstrangigen Aufgaben von Staat und Partei. Die Volkskräfte sollten entfesselt und zugleich gebündelt werden, um Wirtschaft, Technik und Gesellschaft an den internationalen Standard heranzuführen und die revisionistisch-expansionistischen außenpolitischen Pläne verwirklichen zu können. Daraus erwuchs auch das Bedürfnis nach kultureller innerer Einheit, das ideologisch dem Rassendenken entsprach und auch entsprechend begründet wurde.

Auf der anderen Seite konfliktierte dieser kulturpolitische Unitarismus grundlegend mit den völkischen Ideologemen der nationalsozialistischen Weltanschauung, die geradezu nach partikularen kulturellen Aktivitäten verlangten. Blut, Boden, Volkstum, Stamm, Landschaft, Heimat und Verwurzelung sind ideologische Schlüsselbegriffe, die in unzähligen Propaganda- und Legitimationstexten bis zum Überdruß benutzt wurden. Damit wurde der traditionellen Orientierung der Bevölkerung an überschaubaren und vertrauten Strukturen entsprochen und den mit den industriellen Modernisierungsprozessen verbundenen Entwurzelungs- und Existenzängsten entgegengewirkt. Die Liebe der Menschen zur angestammten Heimat und Mundart, ihre landschaftliche Prägung und ihre Einbindung in regionale und lokale soziokulturelle Milieus waren wichtige Faktoren der Lebenswirklichkeit, die sich in vielfältigen Formen von Kultur-, Heimat- und Brauchtumspflege artikulierten und von keiner auf Massenwirksamkeit bedachten politischen Formation ignoriert werden konnten. Darüber hinaus diente die Volkstumsideologie dem Nationalsozialismus dazu, die völkischen und nationalkonservativen Gruppen und Aktivisten, die diese Bedürfnisse vertraten, nicht zuletzt die Exponenten der regionalkulturellen Strömungen, in die nationalsozialistische Bewegung und später den nationalsozialistischen Staat zu integrieren. Der „Volkstumsgedanke“ wurde so zur „regionalen Ergänzung zu Nationalismus und Rassismus“⁹, eine höchst widersprüchliche Ergänzung freilich, weil sich rassistisch-unitaristisch-nationales Denken mit völkischem „Stammes“- und Raumdenken ebensowenig vereinbaren ließ wie sich die antizivilisatorischen Affekte, die antimodernen Einstellungen und das bürgerlich-elitäre Kulturverständnis der völkischen Kreise mit den egalitären Tendenzen, der wirtschaftlichen und technischen Modernität und der massenkulturellen Orientierung des Nationalsozialismus vertrugen.

⁹ Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen, 1923–1945, Münster 1988, S. 307.

Politisch bildeten sich diese Gegensätze im Widerspruch zwischen einer zentralistischen Kulturpolitik und dem Beharren auf landschaftlicher und lokaler kultureller Eigenständigkeit ab. Dieser Widerspruch wurde selbstverständlich auch damals wahrgenommen und reflektiert. Zum Beispiel erklärte Alfred Rosenberg auf einer 1941 abgehaltenen Kulturtagung des Deutschen Gemeindetages: „Politisch wird Deutschland künftig von einer zentralen Führung geleitet sein, es wird aber kulturelle Kräfte im ganzen Reiche unterstützen, wo sich solche zeigen. Es wird kein Reich sein, wo es nur eine Hauptstadt Berlin gibt und das übrige nur als Provinz angesehen werden kann, sondern eine Vielfachheit in einer höheren Einheit. [...] Eine Einheit ohne jede Aufgabe der Persönlichkeit und eine Vielgestaltigkeit ohne Züge der Zerrissenheit, das zu formen ist das große Problem, das unserer Revolution übertragen worden ist [...]. Wenn wir diese Einheit in der Vielgestaltigkeit und die Vielgestaltigkeit in dieser Einheit begreifen, dann, glaube ich, haben wir das tiefe Gesetz des schöpferischen Lebens erfaßt.“¹⁰

Anlässlich der Verkündung des Ostmarkgesetzes vom 14. April 1939 führte Reichsinnenminister Frick zum Verhältnis von Reichsverwaltung und Gauselbstverwaltung folgendes aus: „Weitgehende Selbstverwaltung, die keineswegs mit nationalsozialistischen Grundsätzen, insbesondere dem Führerprinzip im Widerspruch steht oder die Gefahr von Absonderungsbestrebungen in sich einschließt, entspricht nicht nur gesunden Verwaltungsgrundsätzen, insbesondere dem [...] Grundsatz der Dezentralisation im Sinne weitgehender Aufgabenverlagerung nach unten, sondern auch bestem deutschen landschaftsgebundenem Denken. Ja man wird mit Recht sagen können, daß aus der tatsächlichen und natürlichen Gegebenheit der Landschaft heraus primär die Gauselbstverwaltung das Mittel zur Durchführung eigener landschaftsgebundener Gemeinschaftsaufgaben ist. [...] Die auf geographischen Gegebenheiten, gemeinsamer Geschichte, weitgehend einheitlicher wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Struktur und Entwicklung beruhenden landschaftlichen Lebenseinheiten und landschaftsverbundenen Lebensgemeinschaften sind organische Glieder des vielgestaltigen deutschen Volkstums. Ein organischer Aufbau des Reiches, dessen Ziel die Weckung aller Kräfte der deutschen Nation ist, kann nicht anders als an diese gewachsenen landschaftlichen Lebenseinheiten anknüpfen.“¹¹

So nebulös solche „Sowohl-als-auch-Konzepte“ auch waren, so geht aus ihnen doch dreierlei hervor: erstens, daß die kulturpolitische Reichsgewalt nicht unbegrenzt sein sollte, zweitens, daß die regionale und lokale Kulturpflege im Staatsinteresse lag, und drittens, daß zwischen dem Reich und den regionalen und lokalen Kulturträgern eine Aufgabenteilung stattfinden sollte, die dem Reich die Verantwortung für das Ganze, den partikularen Gewalten die Zuständigkeit für das jeweils Eigene gab. Anders als in einem föderalistischen System, wo die Zuständigkeiten zwischen der Zentralgewalt und den Partikulargewalten unter sachlichen Gesichtspunkten, also horizontal, aufgeteilt werden, erfolgte hier eine vertikale Teilung. Von bestimmten exklusiven Reichsaufgaben abgesehen (Gesetzgebung, Berufszulassung, Zensur), waren die partikularen Kulturträger im Rahmen ihrer gebietlichen Hoheitsgewalt für sämtliche Kulturfragen zuständig, teilten diese Zuständigkeit aber mit dem Reich, das darüber wachte, daß ihre Arbeit „im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung ausgerichtet ist und ihre Kulturpolitik mit den großen Richtlinien des Reiches übereinstimmt“¹².

¹⁰ Zit. n.: Die Kulturverwaltung, Zeitschrift für gemeindliche Kulturpflege, Jg. 5 (1941), S. 3 f.

¹¹ Reichsminister Frick über Selbstverwaltung und Kunstpflege, in: Die Kulturverwaltung, Jg. 6 (1942), S. 15 f.

¹² Kerber, Die Gemeinde und die Kulturpflege, in: Die Kulturverwaltung, Jg. 2 (1938), S. 2–7, hier S. 7.

Da sich die nicht inhaltlich, sondern hierarchisch definierten Zuständigkeiten von Reich, Gau, Kreis und Kommune ebenso wie ihre ideellen Äquivalente, „Einheit und Vielfalt“, theoretisch kaum voneinander abgrenzen ließen, mußte sich die tatsächliche Aufgabenverteilung – kooperativ oder konfliktär – in der kulturpolitischen und kulturellen Tätigkeit selbst herausbilden.

Die Beobachtung der Praxis zeigt, daß die kulturpolitische Zentralgewalt tatsächlich nur von begrenzter Reichweite war. So bereitete es dem Propagandaminister erhebliche Schwierigkeiten, seine formalen Zuständigkeiten immer und überall im Reich durchzusetzen. Noch 1942 kam es zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Ministerium und den Gauleitern, die seit 1941 in verstärktem Maße eigene kulturpolitische Aktivitäten entwickelten, wobei offenbar die ungehemmte Art der Gauleiter in den neuen Reichsgauen, ihren Gau „nach eigenem Belieben“ zu regieren und „nach persönlichem Gutdünken maßzuschneidern“¹³, auch auf das Altreich zurückwirkte. Am 3. März 1942 machte der Reichsinnenminister auf Veranlassung des Propagandaministers die Gauleiter/Reichsstatthalter in den neuen Reichsgauen aus gegebenem Anlaß darauf aufmerksam, daß kulturelle Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Propagandaministers fielen, in der Gaustufe ausschließlich im Reichspropagandaamt zu bearbeiten seien. Eine Bearbeitung solcher Angelegenheiten auch in der Reichsstatthalterbehörde müsse zwecks Vermeidung von Überschneidungen und Doppelarbeit entfallen¹⁴. Nachdem eine Reihe von Gauleitern auch im Altreich eigene Gaukulturverbände oder Gauheimatwerke gegründet hatten, die mit den staatlich kontrollierten Kommunal- und Provinzialverbänden konkurrierten, kam es zu einer Besprechung zwischen Innen-, Wissenschafts- und Propagandaministerium, Gemeindetag und Partei-Kanzlei, die zwar zu dem Ergebnis führte, daß die NSDAP keine eigenen Kultureinrichtungen gründen, sondern nur die „Kulturarbeit als Motor“ betreuen sollte, faktisch aber nicht die Einstellung der parteieigenen Kulturaktivitäten nach sich zog¹⁵. In diesem Zusammenhang hatten sich acht Gauleiter im „Altreich“ auch persönliche Kulturreferenten attachiert. Das Propagandaministerium versuchte, mit fraglichem Erfolg, in persönlichen Schreiben des Staatssekretärs Gutterer, in denen dieser auf die Zuständigkeit der Reichspropagandaämter hinwies, die Gauleiter im Interesse einer „einheitlichen Reichsverwaltung“ zur Rücknahme dieser Bestellungen zu bewegen¹⁶.

Neben diesem Gaupartikularismus bereitete dem Ministerium auch die zu große Eigenständigkeit der Gemeinden Sorgen. Schon in dem Erlaß vom 3. März waren die Reichsstatthalter aufgefordert worden, hinsichtlich der kulturellen Tätigkeiten der Gemeinden und Landkreise die Beteiligung der Reichspropagandaämter sicherzustellen. Aber noch im März 1944 erschien ein gemeinsamer Erlaß des Innen- und Propagandaministers nötig, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Reichspropagandaämtern und den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden zu erreichen. „Nach wie vor“ sollten deren kulturelle Einrichtungen „in erster Linie den örtlichen und landschaftlichen Bedürfnissen gerecht werden“, jedoch müßten die regionalen und lokalen Instanzen die Propagandaämter „über alle wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Kulturpflege, vor allem

¹³ Karl Teppe, Provinz, Partei, Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich. Untersucht am Beispiel Westfalens, Münster 1977, S. 224 bzw. S. 225.

¹⁴ BA R 55/618, Bl. 5, RMdI an die Reichsstatthalter in den Reichsgauen, 3. 3. 1942.

¹⁵ Vgl. Ditt, Raum, S. 200f.

¹⁶ BA R 55/618, Bl. 4, RMfVuP an diverse Gauleiter.

über besondere Veranstaltungen künstlerischer Art unterrichten und ihre kulturpolitische Linie mit ihnen abstimmen¹⁷.

Von solchen praktischen Schwierigkeiten abgesehen, war die kulturpolitische Reichsgewalt auch durch ihre Zielorientierung begrenzt. Sie zielte nämlich nicht darauf, die regionalen und lokalen Verhältnisse zu steuern und zu reglementieren, sondern beschränkte sich auf die Wahrnehmung einer allgemeinen Fachaufsicht. Dies soll am Beispiel der Maßnahmen des Reiches auf dem Gebiet der Kunst- und Literaturpreise verdeutlicht werden, wo sich zentrale und partikuläre Interessen in geradezu prototypischer Weise überlagerten, weil die Vergabe solcher Preise eine traditionelle Aufgabe der Länder und Kommunen war, während die Zuständigkeit des Reiches nur durch die allgemeine Verordnung über die Aufgaben des Propagandaministeriums vom 30. Juni 1933¹⁸, nicht aber durch eine spezielle gesetzliche Regelung gegeben war.

Erst 1937 wurde im Propagandaministerium erkannt, daß auf diesem Gebiet kulturpolitischer Regelungsbedarf bestand. Internen Ermittlungen zufolge wurden im Deutschen Reich zu dieser Zeit jährlich 65 Literaturpreise vergeben, vier durch das Reich, sechs durch Zentralämter der NSDAP, 19 durch Länder, Gaue und Oberpräsidien, 13 durch Städte und 23 durch private Stifter. Am 24. August 1937 verfügte Goebbels in einem nicht veröffentlichten Erlaß an die Reichsstatthalter und Landesregierungen, daß die Verleihung von Kunstpreisen aus öffentlicher Hand seiner Zustimmung bedürfe und daß ihm deshalb „jeweils rechtzeitig vor einer Verleihung Mitteilung über die Person des in Aussicht genommenen Preisträgers“ zu machen sei. Mangels einer eindeutigen gesetzlichen Zuständigkeit vertraute Goebbels darauf, daß die Länder- und Gemeindeverwaltungen „das notwendige Verständnis für die Gesamtbelange der deutschen Kultur aufbringen und im Einzelfall ihre örtlichen Interessen zurückstellen, wenn dies für notwendig gehalten wird“¹⁹. Als sich das Ministerium in der Folge darauf beschränkt sah, von den Vergabegremien getroffene Entscheidungen nachträglich abzusegnen, wirkte es erfolgreich darauf hin, die territorial zuständigen Leiter der Reichspropagandaämter bzw. deren Kulturreferenten an den Gremien zu beteiligen, um selbst auf die Wahl des Preisträgers Einfluß nehmen zu können.

Am 26. Januar 1939 wurde die Anweisung vom 24. August 1937 durch Ausführungsbestimmungen präzisiert. Danach bedurfte die Verleihung aller Kunstpreise, die mit 2000.–RM und mehr dotiert waren, der Zustimmung des Propagandaministers. Die in Aussicht genommenen Preisträger waren dem Ministerium wenigstens vier Wochen vor der Preisvergabe zu benennen. Falls die Auswahl des Preisträgers durch ein Gremium vorgenommen wurde, mußte diesem der Leiter des zuständigen Reichspropagandaamts angehören²⁰.

1942 wurden die Kunstpreise in drei Gruppen eingeteilt, in „I. reichswichtige Kunstpreise, II. wichtige Kunstpreise von lokaler Bedeutung, III. Kunstpreise von lokaler Bedeutung“. Gemäß Verfügung vom 21. Juli 1942 mußte vor Verleihung eines in den Gruppen I und II aufgeführten Preises die Zustimmung des Ministers eingeholt werden. Bei der

¹⁷ Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, Runderlaß des RMdI und des RMfVuP vom 16.3. 1944, MiBlV, Jg. 9 (1944), S. 298.

¹⁸ RGBl. I 1933, S. 449.

¹⁹ BA R 55/122, Bl. 1, Goebbels an die Reichsstatthalter und Landesregierungen sowie an den RMdI, 24.8. 1937.

²⁰ Anordnung des RMfVuP über die Verleihung von Kunstpreisen vom 26. 1. 1939, in: Karl Friedrich Schrieber, Alfred Metten, Herbert Collatz, Das Recht der Reichskulturkammer, 2 Bde., Berlin 1943, RKK III, 24 (S. 25).

Gruppe III mußte nicht die Verleihung, aber die Schaffung neuer Preise vom Minister genehmigt werden. Über Kunstpreise der Gruppe I durfte in der gesamten Reichspresse, über die der Gruppe II nur in der Gau- und Lokalpresse und über die der Gruppe III nur in der Lokalpresse berichtet werden²¹.

Welche Absichten wurden mit den geschilderten Maßnahmen verfolgt? Der Erlaß vom 24. August 1937 wurde intern damit begründet, daß es nicht darum gehe, „den einzelnen Städten das Recht, Kunst- oder Literaturpreise zu verleihen, zu nehmen, sondern nur darum, eine Wahl- und Planlosigkeit auf diesem Gebiet unmöglich zu machen“. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda müsse insbesondere in der Lage sein, zu niedrig dotierte Preise zu untersagen bzw. eine Erhöhung zu erwirken und eine Namensänderung zu verlangen, „wenn der Name andere Preise beeinträchtigt oder wenn staatspolitische Gesichtspunkte eine Änderung erforderlich machen“²². In diesem Zusammenhang setzte sich die Schrifttumsabteilung des Ministeriums mit der Fehlentwicklung auf dem Gebiet der Literaturpreise auseinander. Die große und zunehmende Zahl von Preisen habe zu einer „Entwertung der Literaturpreise in der öffentlichen Meinung“ geführt, „die sich bis in die Spitzenpreise hinauf bemerkbar“ mache. Es sei eine „Tatsache, daß es im Jahre 50 preiszukronende Dichter und Schriftsteller nicht“ gebe. Mangels geeigneter Bewerber, seien „junge Talente bereits für ihr erstes oder zweites Buch preisgekrönt worden“. So frühe Auszeichnungen könnten sich aber „schädigend auf das weitere Schaffen der Ausgezeichneten auswirken“. Es sei deshalb erwünscht, die Zahl der Preise zu vermindern²³.

Auf solchen Überlegungen beruhte dann die alle Kunstpreise betreffende Verfügung vom 26. Januar 1939. In Anbetracht der zahlreichen, nach verschiedenen Gesichtspunkten verliehenen Preise könnten nur durch zentrale Aufsicht „kulturpolitisch unerwünschte Entscheidungen“ vermieden werden. Für die Anordnung, daß Preise in Höhe von 2000.–RM und mehr der Zustimmung des Ministers bedürften, sei auch der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, „daß die Verleihung dieser Preise für den öffentlichen Aufstieg der prominenteren Kräfte von erheblicher Bedeutung“ sei²⁴.

Die Interessen, die die Aufsichtspflicht des Reiches über das Kunstpreiswesen begründeten, waren also sehr allgemeiner Art: die Sicherung einer finanziellen Mindestausstattung der Preise, die Wahrung des öffentlichen Ansehens des Preises, das Bedürfnis nach signifikanten, nicht konkurrierenden und politisch opportunen Preisbezeichnungen und der Wunsch, die wichtigeren Künstler bevorzugt zu fördern. Die öffentlichen Stiftungsträger wurden, gewissermaßen der Kommunalaufsicht des Reichsinnenministers vergleichbar, der Dienstaufsicht der zuständigen Fachverwaltung des Reiches unterworfen. Diesem Befund entspricht die Praxis der Vergabe des 1934 vom Provinzialverband Westfalen gestifteten „Westfälischen Literaturpreises“. Die zweijährliche Preisverleihung wurde zwar durch einen Beirat vorbereitet, dem auch ein Vertreter des Reichspropagandaamts angehörte, je-

²¹ BA R 55/122, Bl. 386, RMfVuP an die Reichspropagandaämter, 21. 7. 1942.

²² BA R 55/122, Bl. 150, Interner Vermerk RMfVuP (RKW. Schmidt-Leonhardt) vom 14. 7. 1937.

²³ BA R 55/122, Bl. 137–141, Interner Vermerk RMfVuP, Abt. Schrifttum (Erckmann), vom 13. 12. 1937.

²⁴ BA R 55/122, Bl. 309, Goebbels an die Reichsstatthalter, Landesregierungen u. a., 26. 1. 1939. Mit Erlaß vom 8. Februar 1943 wurde die Schaffung neuer und die Erweiterung bestehender Preise durch die öffentliche Hand für die Dauer des Krieges untersagt; das Verbot wurde mit den Notwendigkeiten des totalen Krieges begründet. (BA R 55/122, Bl. 396 f., RMfVuP, StS Gutterer, an die Reichsstatthalter u. a., 8. 2. 1943).

doch wurde die Entscheidung satzungsgemäß durch den Landeshauptmann getroffen, der sich ab 1939 mit den Gauleitern von Westfalen-Nord und Westfalen-Süd abstimmte²⁵.

Das Beispiel der Kunst- und Literaturpreise zeigt, daß sich die zentralen kulturpolitischen Ambitionen und Maßnahmen des Regimes im allgemeinen auf die Durchsetzung übergeordneter, nationalkultureller Intentionen und Interessen reduzierten, die die regionalen und lokalen kulturellen Verhältnisse zwar tangieren konnten, sie aber als solche nicht in Frage stellten. Andererseits sind aber auch keine besonderen Anstrengungen zur Förderung regionaler und landschaftlicher Kulturen erkennbar. Wie sich die partikularen kulturellen Bedürfnisse und Bestrebungen unter diesen Bedingungen entwickelten, kann nur durch Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse festgestellt werden.

Hierzu ist es zum Beispiel lohnend, einen Blick auf den Bereich der öffentlichen Theater und Orchester zu werfen. Wie schon vor 1933 wurde der ganz überwiegende Teil dieser Einrichtungen von den Kommunen getragen und unterhalten. Unter Reichsverwaltung standen 1941 18 Orchester und Bühnen, darunter das Berliner Philharmonische Orchester, alle großen Berliner Bühnen, das Wiener Burgtheater und die Wiener Staatsoper, das Deutsche Theater in Wiesbaden und die „Deutschen Theater“ in Lille, Oslo und Prag – alles nachgeordnete Einrichtungen des Propagandaministeriums. Aber nur ein Teil dieser Reichsbühnen wurde durch das Ministerium selbst beaufsichtigt. Die „Notwendigkeit, die Theater nach landschaftlichen und örtlichen Gesichtspunkten“ zu leiten, veranlaßte das Ministerium, die Leitung außerhalb der Reichshauptstadt gelegener Bühnen, zum Beispiel der Wiener Oper und des Wiener Burgtheaters, an die territorial zuständigen Reichsstatthalter zu delegieren²⁶. Sie blieben damit zwar formell unter Reichsverwaltung, unterstanden aber faktisch der Länderverwaltung bzw. – in den neuen Reichsgauen – der Gauselbstverwaltung. 1938 gab es insgesamt ca. 120 öffentliche Theater, von denen ca. 80 von den Gemeinden und Gemeindeverbänden und ca. 12 von den Ländern getragen wurden, wobei diese Staatstheater von den Standortgemeinden subventioniert wurden. Ähnlich wie bei den Theatern war das Verhältnis bei den Kulturorchestern. Von ca. 100 Orchestern wurden rund 70 von den Gemeinden und etwa 15 von Ländern und Gemeinden gemeinsam getragen²⁷.

Aufschlußreich ist auch in diesem Zusammenhang der Bereich der Literaturpreise. Die schrittweise durchgesetzte Fachaufsicht durch das Propagandaministerium änderte nichts an deren Zahl und Vielfalt. Neben wenigen Reichspreisen (Deutscher Nationalpreis für Kunst und Wissenschaften, Nationalpreis des 1. Mai bzw. Nationaler Buchpreis, Schillerpreis, Verdun-Preis) und Preisen der Reichsleitung der NSDAP (u. a. Preis der NSDAP für Kunst- und Wissenschaft, „Hilf mit!“-Preis, Hans-Schemm-Preis für deutsches Jugendschrifttum) gab es zahlreiche Landschafts- und Städtepreise. Von den Landschaftspreisen seien beispielhaft genannt: der Preis der Westmark, der Preis zur Förderung des deutschen Schrifttums in der Provinz Sachsen, der Schlesische Literaturpreis, der Literaturpreis der Provinz Hannover, der Badische Kulturpreis, der Lessing-Preis (Hamburg), der Mecklenburgische Literaturpreis, der Johann-Hebel-Preis für deutsche Dichtung (Ba-

²⁵ Vgl. Ditt, Raum, S. 362 ff.

²⁶ O[tto] B[ennecke], Kulturelle Zusammenarbeit, in: Die Kulturverwaltung, Jg. 8 (1944), S. 20–23, hier S. 21.

²⁷ Ebd.; Gemeinkulturtagung Gau Köln-Aachen, in: Die Kulturverwaltung, Jg. 2 (1938), S. 49–51, hier S. 49 (Bericht über die Rede des Beigeordneten des Deutschen Gemeindetags, Otto Bennecke, über Aufgaben der gemeindlichen Kulturpflege).

den), der Westfälische Literaturpreis und der Schwäbische Dichterpreis. Städtepreise wurden verliehen von Berlin, München, Frankfurt, Heidelberg, Hamburg, Braunschweig, Dessau, Dresden, Jena, Wandsbek, Magdeburg, Wuppertal, Düsseldorf (Immermann-Preis), Leipzig, Chemnitz, Stuttgart, Babenhausen, Rostock und Tilsit²⁸. Dabei handelt es sich nur um Preise von größerer Bedeutung. Die regionale Verzweigung des Preissystems veranschaulichen die ausschließlich oder unter anderen an niederdeutsche Autoren vergebenen Preise im niederdeutschen Raum: Klaus-Groth-Preis für plattdeutsche Lyrik, Schleswig-Holsteinischer Literaturpreis, John-Brinckmann-Preis, Mecklenburgischer Schrifttumspreis, Hermann-Boßdorf-Preis, Emanuel-Geibel-Preis der Stadt Lübeck, Literaturpreis der Provinz Hannover, Dietrich-Eckart-Preis, Münchhausen-Preis, Johann-Hinrich-Fehrs-Preis für plattdeutsche Prosadichtung, Goldener Spatz von Wuppertal²⁹.

Sowenig die Fachaufsicht des Propagandaministeriums über die Kunst- und Literaturpreise zu einer Einschränkung der regionalen und lokalen Preise oder zu einer die Autonomie der Vergabegremien prinzipiell in Frage stellenden zentralen Steuerung der Preisvergabe führte, sowenig waren die öffentlichen Kultureinrichtungen bloße Befehlsempfänger der Reichsgewalt, solange sie sich an die vom Reich gesetzten politisch-ästhetischen Normen (keine Juden, keine Kommunisten, keine „Verfallskunst“) und an einzelne kulturpolitische Direktiven (z. B. keine Feindliteratur während des Krieges, keine Berücksichtigung bestimmter Autoren) hielten.

Das zeigte sich auch bei den Theatern. Die Gestaltung der Spielpläne lag wie vor 1933 in der Verantwortung der – jetzt natürlich politisch selektierten – Intendanten. Der nach 1945 mehr berüchtigte als vor 1945 gefürchtete „Reichsdramaturg“ in der Theaterabteilung des Propagandaministeriums (1934–1945 Rainer Schlösser) beschränkte sich darauf, die Intendanten kollegial auf neue aufführungswürdige Stücke hinzuweisen, ohne deren Aufführung zu fordern oder gar zu erzwingen. Die Nichtbeachtung solcher Anregungen hatte für die Theater keinerlei Folgen. Für den Bereich der Oper wurde ermittelt, daß Schlössers Empfehlungen, soweit sie nicht ohnehin etablierte Komponisten betrafen, so gut wie erfolglos waren. Umgekehrt gab es auch keine Spielplankontrolle im Sinne einer systematischen Vorzensur. Der Reichsdramaturg nahm die von den Intendanten zur Genehmigung vorgelegten Spielpläne im wesentlichen zur Kenntnis. Hielt er ausnahmsweise ein Stück für ungeeignet, so versuchte er den Intendanten auf gütlichem Wege zu veranlassen, dieses zurückzuziehen oder abzusetzen. Regelrechte Aufführungsverbote, die sich der Propagandaminister gesetzlich vorbehalten hatte³⁰, waren offenbar sehr selten³¹.

Schwieriger stellen sich die Verhältnisse zum Beispiel bei den durchweg von den Gemeinden unterhaltenen Volksbüchereien dar, die sich an ein Massenpublikum wandten und deshalb im Konzept der totalen Erfassung und ideologischen Durchdringung der Bevölkerung eine besonders wichtige Rolle spielten. Nach einer Phase der rigiden staatlichen

²⁸ BA R 55/122, Bl. 142–145, Verzeichnis der deutschen Literaturpreise [1937]; BA R 55/122, Bl. 320–323, Verzeichnis der deutschen Literaturpreise [1939]; Deutsche Literaturpreise, in: Die Kulturverwaltung, Jg. 2 (1938), S. 87f.

²⁹ Kay Dohnke, Norbert Hopster, Jan Wirrer (Hg.), Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus, Hildesheim 1994, S. 324f.

³⁰ § 5 des Theatergesetzes vom 15. 5. 1934, § 14 der Verordnung zur Durchführung des Theatergesetzes vom 18. 5. 1934, RGBl. I 1934, S. 411–415.

³¹ Vgl. hierzu Konrad Dussel, Ein neues, ein heroisches Theater? Nationalsozialistische Theaterpolitik und ihre Auswirkungen in der Provinz, Bonn 1988, S. 88–100, S. 227–239; Ders.: Provinztheater in der NS-Zeit, in: VfZ 38 (1990), S. 75–111, hier S. 93–98.

Kontrolle durch die im Reichserziehungsministerium ressortierende „Reichsstelle für volkstümliches Büchereiwesen“ bzw. die ihr nachgeordneten Büchereiberatungsstellen kam es aber auch hier ab 1936/37 zu einer deutlichen Liberalisierung der Bestimmungen, durch die die Autonomie der Großstadtbüchereien wiederhergestellt und die Abhängigkeit der Mittel- und Kleinbüchereien von den staatlichen Stellen verringert wurde³².

Das Volksbüchereiwesen ist auch ein gutes Beispiel für die nach 1933 zu beobachtende Vermehrung regionaler und lokaler kultureller Dienststellen und Einrichtungen. Im Jahre 1933 gab es nur ca. 6231 als akzeptabel anzusehende Volksbüchereien. Bis 1940 wurden weitere 7677 Büchereien neu gegründet oder funktionsfähig gemacht, wobei sich das Tempo von Jahr zu Jahr steigerte. 1933–1936 handelte es sich um jeweils 650, 1937 um 1086, 1938 um 2265 und noch im ersten Kriegsjahr um 1644 Büchereien, die neu gegründet oder reorganisiert wurden, die weit überwiegende Zahl in Kleinstädten und auf dem Lande³³.

Auffällig hoch ist auch die Zahl neu eingerichteter regionaler und lokaler Kulturbehörden, Kulturverbände und kulturwissenschaftlicher Institute. Eine Einrichtung ganz neuer Art waren zum Beispiel Musikbeauftragte in den Städten und Landkreisen. Neue Kulturämter entstanden u. a. in Erfurt, Wien, Schneidemühl und Reichenberg, Gemeindekulturverbände u. a. in Sachsen, Württemberg und Hessen, in Braunschweig und im Gau Mainfranken. Ausstellungen bodenständiger Maler, Bildhauer und Veranstaltungen mit einheimischen Musikern und Schriftstellern sind Legion. In großer Zahl entstanden neue Bühnen, nicht zuletzt als Wanderbühnen konzipierte Regionaltheater. Auf die enorme Zunahme der Kunstpreise wurde bereits hingewiesen. Diese beruhte hauptsächlich auf neuen Landes-, Gau- und Städtepreisen³⁴.

Die neue kulturpolitische Zentralgewalt hat also nicht zu einer Einschränkung oder gar Lähmung partikularer kultureller Bestrebungen geführt. Für die im Gegenteil zu konstatierende Zunahme solcher Aktivitäten sind drei Gründe erkennbar. Erstens ist darauf hinzuweisen, daß es im Zuge der totalitären Neuformierung von Staat und Gesellschaft zu einem geradezu hypertrophen Zuwachs an Organisationen, Verbänden und Behörden kam, die sich in der Regel auch auf Gau- und Kreisebene etablierten. Beispielhaft seien die Landeskulturwaltungen der RKK, die Landesleitungen ihrer Einzelkammern, die Gau- und Kreisämter von KdF und die kulturpolitische Abteilung des Deutschen Gemeindetags mit ihren Landes- und Provinzialvertretungen als sachlich zuständige Einrichtungen genannt, aber etwa auch die Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP, die sich nach 1933 gemäß dem Muster der Politischen Organisation überall im Reich verzweigten. Alle diese Dienststellen mußten ihre regionale oder lokale Existenz durch regional- oder lokalspezifische Aktivitäten legitimieren. Dem Totalitätsprinzip des Nationalsozialismus entsprechend, wurden dabei auch Ämter, deren Aufgaben eigentlich auf anderen Gebieten lagen, kulturell aktiv. Zweitens ist die Zunahme partikularer kultureller Aktivitäten auf die – dem Nationalsozialismus wie jedem anderen „revolutionären“ Regime eigene – Hyperaktivität und auf das Konkurrenzdenken zwischen den einzelnen Gauen und Kreisen zurückzuführen. Schließlich ist, drittens, auf die Wirkungskraft der Volkstums-

³² Vgl. hierzu Engelbrecht Boese, *Das öffentliche Bibliothekswesen im Dritten Reich*. Bad Honnef 1987, S. 95–271, S. 311–352 passim; Ders.: *Die Bestandspolitik der öffentlichen Büchereien im Dritten Reich*, in: *Bibliotheksdienst* 17 (1983), S. 263–282.

³³ Vgl. Boese, *Bibliothekswesen*, S. 131 und 311.

³⁴ Zahllose Hinweise auf regionale und lokale kulturelle Veranstaltungen und Ereignisse finden sich in den Rubriken „Mitteilungen“ und „Ereignisse und Erfolge“ der Zeitschrift „Die Kulturverwaltung“, von der hier die Jahrgänge 2 (1938) bis 6 (1942) benutzt wurden.

ideologie hinzuweisen. Sowohl Nationalsozialisten wie NS-nahe und auch nichtnationalsozialistische Vertreter der landschaftlichen und lokalen Kulturszene konnten aus der Tatsache, daß die völkischen Ideologeme Teil der Staatsideologie geworden waren, den – freilich trügerischen – Schluß ziehen, daß nach der Ausmerzung der Weimarer „Verfallskultur“ jetzt auch die Tage der egalitären, alles Spezifische eliminierenden Massenkultur gezählt waren, und darauf hoffen, daß die vor 1933 im Niedergang begriffenen landschaftlichen Kulturen in der jetzt angebrochenen Zeit eine neue Blüte erleben würden, die es durch gesteigerte eigene Aktivitäten zu fördern galt.

Nun könnte hier eingewendet werden, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Reichsgewalt und Partikulargewalten, zwischen Reichsinteressen und regionalen und lokalen Interessen nur von nebensächlicher Bedeutung sei, wenn doch alle Behörden, Organisationen, Verbände und Vereine gleichgeschaltet waren, von Nationalsozialisten kontrolliert wurden und damit auch weltanschaulich im nationalsozialistischen Sinne ausgerichtet waren. Daß aber der Nationalsozialismus Deutschland, bei aller zu konstatierenden intellektuellen und kulturellen Verarmung, keineswegs in eine Wüste geistiger Uniformität verwandelt hat, läßt sich auf allen kulturellen Feldern belegen.

Instruktiv sind zum Beispiel die Verhältnisse bei den Volksbüchereien. Obwohl diese zwischen 1932 und 1936 einer rigorosen politischen Säuberung unterzogen wurden, obwohl der Neuaufbau der Bestände in den kleinen und mittleren Büchereien zentral gesteuert wurde, haben sich die Volksbüchereien nicht in nationalsozialistische Kampfbüchereien verwandelt. Der notorische Mangel an neuer nationalsozialistischer Literatur, die intellektuelle Begrenzung und kulturelle Unfruchtbarkeit der NS-Ideologie, aber auch die unabweisbaren informativischen Bedürfnisse einer modernen, arbeitsteiligen Industriegesellschaft haben eine solche Entwicklung gar nicht zugelassen. Zwar war ein Kernbestand an nationalsozialistischer und verwandter Literatur selbstverständlich überall vorhanden, doch war er von einem zwar „um entscheidende Bestandteile“ reduzierten, nichtsdestoweniger noch immer breiten „Literaturspektrum“ umgeben, „das auf die Verschiedenartigkeit der Benutzerschichten, mit denen es die Bücherei zu tun hatte, abgestimmt war und sich nicht in seiner Propagandafunktion erschöpfte“³⁵. Den Bibliothekaren blieb trotz des ihnen zgedachten politischen Erziehungsauftrags noch genügend Spielraum, an der bibliothekarischen Tradition festzuhalten, für ihre Leser „einen Querschnitt aus der zeitgenössischen Literaturproduktion“ bereitzuhalten³⁶ – und die war eben, auch eingedenk des Aderlasses durch Emigration und Zensur – alles andere als bloß nationalsozialistisch. Dem entspricht, daß aus den Münchener Stadtbüchereien nach 1945 nicht mehr als 20 Prozent der Bestände ausgesondert werden mußten³⁷.

Ähnlich lagen die Dinge bei den Theatern. Obwohl die Intendanten mit politisch zuverlässigen Persönlichkeiten besetzt wurden und trotz der Tätigkeit des Reichsdramaturgen, kann lediglich von nationalsozialistisch infizierten, nicht aber von nationalsozialistischen Spielplänen gesprochen werden. Gemäß den exemplarischen Spielplanuntersuchungen von Konrad Dussel, entfiel zwar in den „Revolutionsjahren“ 1933 33 Prozent der Aufführungen auf das „Theater der Rechten“, also nationalsozialistische oder NS-nahe Stücke, jedoch ging deren Anteil dann kontinuierlich wieder zurück, um sich in den Kriegsjahren bei nur noch 10 Prozent einzupendeln. Die Jahre 1934–1944 zusammenge-

³⁵ Boese, Bibliothekswesen, S. 344.

³⁶ Ebd., S. 270.

³⁷ Ebd., S. 255, Anm. 144.

nommen, ergeben sich folgende Werte: Klassiker 19,5 %, Theater der Rechten 16 Prozent und Unterhaltungstheater 52,5 Prozent³⁸.

Vergleichbare Beobachtungen hat Karl Ditt hinsichtlich der von dem nationalsozialistischen Landeshauptmann Karl Friedrich Kolbow, Parteigenosse seit 1921, und seinem nationalkonservativen Kulturdezernenten Ernst Kühl geführten kulturellen Einrichtungen des Provinzialverbands Westfalen gemacht. Der Westfälische Heimatbund steuerte „trotz aller Einbeziehung von Nationalsozialisten im Ursprungsbereich seiner konkreten Arbeit weiter den traditionellen [d.h. provinziell-konservativen] Kurs“ und wich auch, z.B. in Fragen des Landschaftsschutzes, nicht vor Konflikten mit Reichsbehörden zurück. Das „Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volkskunde“ und seine Kommissionen ließen in ihrer Tätigkeit „im großen und ganzen“ ebenfalls „keine nationalsozialistische Orientierung erkennen“. Und auch das „Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte und Kunstförderung“ bewahrte gegenüber der nationalsozialistischen Kulturpolitik seine Eigenständigkeit. Im „Provinzialmuseum für Naturkunde und Naturschutz“ kam es zwar zu einer bemerkenswerten Modernisierung der Bestände und der museumsdidaktischen Präsentation, jedoch nicht zu einer Umsetzung der NS-Rassenlehre³⁹.

Sowenig es in der Tätigkeit der staatlichen bzw. staatlich kontrollierten Institutionen zu einer alles Nichtnationalsozialistische eliminierenden ideologischen Durchdringung kam, sowenig war dies auch bei den gleichgeschalteten Verbänden und Vereinen der Fall. Selbst bei der Reichsschrifttumskammer, bei der es sich um einen jener bürokratischen Großapparate handelte, die nach Alfred Neumann die dort zwangsweise zusammengeschlossenen Menschen tendenziell aller Privatheit und Autonomie beraubten⁴⁰, ist eine differenzierte Betrachtung am Platze. Obwohl per Gesetz dazu bestimmt, ein dem nationalsozialistischen „Kulturwollen“ entsprechendes Schrifttum zu fördern⁴¹, wurde die RSK kaum in diesem Sinne aktiv; sie beschränkte sich – in Übereinstimmung mit der Schrifttumsabteilung des Propagandaministeriums – in der Praxis darauf, alles zu bekämpfen, was unter rassischen, politischen, sittlichen und ästhetischen Gesichtspunkten antinationalsozialistisch, regimegegenerisch und regimeabträglich war. Nationalsozialistische Literatur wurde gewünscht und gefördert, aber nicht gefordert oder gar erzwungen. Das von der Kammer geduldete Schrifttum umfaßte so, trotz des Verbots der sogenannten Verfallsliteratur, noch ein relativ breites Spektrum, das – gegenüber der Weimarer Zeit auf der Skala politischer Einstellungen deutlich nach rechts verschoben – von der Parteiliteratur und dem NS-nahen Schrifttum über die Fach-, Sach- und Unterhaltungsliteratur bis hin zur christlich-humanistischen Literatur der „Inneren Emigration“ und anderer nichtnationalsozialistischer Belletristik reichte⁴².

³⁸ Vgl. Dussel, Provinztheater, S. 80–93, besonders die Tabelle S. 82.

³⁹ Vgl. Ditt, Raum, S. 229 f., S. 241–348, bes. S. 277 f., S. 288, S. 290, S. 327, S. 348.

⁴⁰ Franz Neumann. Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944 (1942/44), hrsg. von Gert Schäfer, Köln 1977, S. 427–429.

⁴¹ Vgl. die erste Durchführungsverordnung vom 1. November 1933, § 3, RGBl. I 1933, S. 797–800 und die Amtliche Begründung zum RKK-Gesetz vom 26. 9. 1933, u. a. in: Handbuch der RSK, S. 6 f.

⁴² Diese Einschätzung beruht hauptsächlich auf der Auswertung von mehr als 2000 Mitgliedsakten der RSK und der Durchsicht der verschiedenen Verbotsverzeichnisse. Zu den Indizierungskriterien siehe Dietrich Aigner, Die Indizierung „schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ im Dritten Reich, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens, Bd. 11 (1971) (Separatdruck), Sp. 933–1034, hier Sp. 983–1006. Von literaturwissenschaftlicher Seite wird dieses Urteil bestätigt durch Hans-Dieter Schäfer, Das gespaltene Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945, München 1981.

Wer sich als Schriftsteller, Verleger und Buchhändler innerhalb dieses Spektrums bewegte, der bekam mit der Kammer keinerlei Schwierigkeiten und konnte fast so leben und arbeiten, als gäbe es sie gar nicht. Bei einer vom Institut für Zeitgeschichte 1988 unter noch lebenden Schriftstellern der NS-Zeit durchgeführten Fragebogenaktion erklärten von 85 Rücksendern mit verwertbaren Angaben nur *vier* (darunter ein ehemaliger RSK-Landesleiter), mit der Kammer in regelmäßigem Kontakt gestanden zu haben. Und nur ein Autor, Rolf Italiaander, der Probleme mit seinem Abstammungsnachweis hatte, antwortete, die Kammer sei ihm „während der ganzen Nazi-Zeit lästig, fast lebensbedrohend“ für seine „ganze Familie“ gewesen. Dagegen meinten 79 Autoren, also fast 93 %, mit der Kammer „selten“, „keinen“, „gar keinen“, „nicht den geringsten“ Kontakt gehabt zu haben⁴³. Mögen diese Antworten in einzelnen Fällen auf Erinnerungslücken und Verdrängungsleistungen zurückzuführen sein, so belegen sie doch im ganzen, daß die Kammer für die meisten ihrer Mitglieder ein „anonymes Büro“ (Albrecht Goes) gewesen ist, mit dem man im *Normalfall* nur durch die jährliche Beitragsveranlagung, gelegentliche Fragebogenzusendungen und routinemäßige Glückwünsche des Präsidenten anlässlich runder Geburtstage zu tun hatte. Dies wird auch durch das Studium einer genügend großen Zahl von Mitgliedschaftsakten der Reichsschrifttumskammer sehr deutlich⁴⁴.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das regionale und lokale kulturelle Leben durch zwei politische Parameter bestimmt wurde. Erstens durch eine unscharf begrenzte, vermutlich nicht in allen Territorien gleich große Autonomie der kulturell tätigen Institutionen und Individuen, zweitens durch eine unscharf begrenzte, vermutlich nicht in allen kulturellen Betätigungsfeldern gleich große Gestaltungsfreiheit. In einer mathematischen Figur dargestellt, handelt es sich um zwei randunscharfe Schnittmengen, deren Deckungsbereich den Freiraum für landschaftliche und lokale kulturelle Bestrebungen und Tätigkeiten bildet.

Diesen Freiraum näher zu inspizieren, wäre Aufgabe einer an kulturellen Fragen interessierten zeitgeschichtlichen Regional- und Lokalforschung. Diese hätte das kulturelle Leben in sinnvoll definierbaren Kulturräumen mit Konzentration auf die lebenswirklichen Verhältnisse, d. h. methodisch mit überwiegend empirischen Mitteln, zu untersuchen. Die Begrenzung solcher Studien auf bestimmte Territorien ist aus forschungsökonomischen Gründen unvermeidbar, sie darf aber nicht – wie das vor allem in lokalgeschichtlichen Studien der letzten Jahrzehnte vielfach geschehen ist – dazu verleiten, die politischen, historischen und interregionalen Zusammenhänge auszublenden. Zu wünschen wären thematisch oder räumlich ansetzende Einzelstudien mit diachronischer und synchronischer Perspektivierung.

Diese dürften sich nicht auf die Auswertung statistischer Erhebungen zu Umfang und Struktur der regionalen und lokalen kulturellen Produktion und Distribution beschränken. Sie hätten vielmehr auch deren Formen und Inhalte zu untersuchen, um herauszufinden, in welchem Umfang die kulturellen Veranstaltungen und Gegenstände nationalsozialistisch infiziert bzw. in welchem Umfang sie ideologieresistent waren oder sogar Raum für geistige Widersetzlichkeit boten – ob sie mehr dem Regime genützt oder mehr den Menschen geholfen haben, in einem durch die Allgegenwärtigkeit des Politischen bestimmten Alltag bei sich selbst zu bleiben, eine Sphäre der Privatheit und zwischen-

⁴³ Akten zur Fragebogenaktion, IfZ/Dahm.

⁴⁴ Berlin Document Center (jetzt Bundesarchiv Außenstelle Berlin-Zehlendorf), Reichskulturkammer/Reichsschrifttumskammer.

menschlicher Unmittelbarkeit zu erhalten, in der Geborgenheit des traditionellen sozialen oder konfessionellen Milieus weiterzuleben. Erst dadurch würde deutlich werden, wie erfolgreich der Nationalsozialismus die regionalen und lokalen kulturellen Bestrebungen und Aktivitäten für seine Zwecke zu instrumentalisieren vermochte. Umgekehrt wäre zu fragen, in welchem Umfang und mit welchem Erfolg regionale und lokale kulturelle Eliten – bewusst oder unbewußt – den Nationalsozialismus und seinen fanatischen Neuordnungswillen für ihre Interessen instrumentalisieren, indem sie eigene Vorstellungen und Ziele zu nationalsozialistischen erklärten und in der Maske nationalsozialistischer Rhetorik vertraten. Ein sachlich weites und methodisch schwieriges Feld, das im Rahmen dieses Beitrags nur vermessen werden konnte.

Walter Ziegler

Gaue und Gauleiter im Dritten Reich

Als im Januar 1931 der Fuldaer Ortsgruppenleiter und NS-Stadtrat Rudolf Jordan zu Hitler nach München gebeten wurde und zu seiner Überraschung, wie er selbst berichtet hat, die Gauleitung des Gaues Halle-Merseburg übertragen bekam, äußerte sich Hitler, wie sich Jordan noch nach dem Krieg erinnerte, auch über die Arbeit in den Gauen: Er lasse seinen Gauleitern bekanntlich in der Führung ihrer Gaue volle Bewegungsfreiheit, sofern nicht grundsätzliche Entscheidungen zu fällen seien: „Die eigentliche Frontarbeit der Partei liege in den Gauen. Er hasse die Gleichheit; jeder Gau solle – je nach der Persönlichkeit seines Führers und den besonderen Problemen der Bevölkerung – ein eigenes Gesicht haben“¹. Ein weiterer memoirenschreibender Gauleiter, der seit 1940 in Süd-Hannover-Braunschweig tätige junge Hartmann Lauterbacher, stellt in der Rückschau fest: „Als Gauleiter war man nicht nur der weltanschauliche Repräsentant der Partei und damit Adolf Hitlers, sondern auch der politische Arm der Reichsregierung und der Reichsleitung der NSDAP draußen im Lande. Es kam dabei darauf an, die Dinge nach den besonderen Eigenarten der Länder und der Bevölkerung auszurichten. Ein Gauleiter im Rheinland hatte sich ganz anders zu verhalten als einer in Bayern oder in Niedersachsen, d. h. Auftreten, Methoden und Taktik mußten natürlich jeweils den Gegebenheiten angepaßt sein“². Wenn die Gauleiter tatsächlich die Repräsentanten des Führers im Land und als „Frontgeneräle“ die Vertreter ihres Landes bei der Führung waren, also jene Vizekönige darstellten, wie Hitler sie einmal genannt hat, so erstaunt das relativ geringe Interesse, das bisher den Gauen und Gauleitern, vor allem in ihrer Bedeutung als Akteure im Land, gewidmet worden ist. Zu nennen ist als maßgebliche Studie eigentlich nur die 1969 von Peter Hüttenberger bei Bracher gefertigte Dissertation über die Gauleiter³, die durch ihre Zusammenstellungen und durch ihre Darstellung zwar wichtig bleiben wird, die jedoch, wie der Untertitel „Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP“ zeigt, vor allem das Auf und Ab in den Kompetenzen der Gauleiter gegenüber den Partei- und Staatsbehörden verfolgt, also weder das Gauleiterkorps noch gar die Tätigkeit der Gauleiter oder die Geschichte der einzelnen Gaue ins Visier nimmt. Das ist durch spätere Arbeiten nur wenig geändert worden, weder die – wenigen – allgemeinen Geschichten der NSDAP⁴

¹ Rudolf Jordan, *Erlebt und erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau*, Leoni 1971, S. 13.

² Hartmann Lauterbacher, *Erlebt und mitgestaltet. Kronzeuge einer Epoche 1923–45. Zu neuen Ufern nach Kriegsende*, Preußisch Oldendorf 1987, S. 169.

³ Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19), Stuttgart 1969.

⁴ Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party 1933–1945*, 2 Bde., London 1969–73; die Arbeit von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker, *Geschichte der NSDAP 1920–1945*, Köln 1981 ist nicht nur einseitig nach DDR-Maßstab gestaltet, sondern befaßt sich kaum mit der Partei als solcher. Das Werk von Jochen von Lang, *Die Partei. Mit Hitler an die Macht und in den Untergang. Ein deutsches Lesebuch*, Hamburg 1989, hat eher andere als fachwissenschaftliche Ziele.

noch die zahlreichen Untersuchungen zum Sozialprofil der Partei⁵ haben im einzelnen und zusammenfassend Grundlegendes zum Phänomen Gau und Gauleiter hervorgebracht. Die Gründe dafür sind nicht schwer zu finden. Neben der Konzentrierung der öffentlichen Diskussion und der Forschung in den ersten Zeiten nach dem Zusammenbruch auf Hitler und die großen Paladine in seiner Umgebung ist hier vor allem auf die schwerpunktmäßige Behandlung sozialgeschichtlicher Themen im Bereich der Strukturen von Herrschaft und Widerstand in den letzten Jahrzehnten zu verweisen, die kaum mehr Fragen nach dem administrativen Entscheidungsträgern im Lande stellen ließ. Das ist zu bedauern, da doch erst eben die reguläre Administration die Folie bildet für die Alltagserfahrung und für die Möglichkeiten von Resistenz. So weiß man heute noch kaum etwas über die Tätigkeit der preußischen und außerpreußischen Landesregierungen, und, wenn man diese im Hinblick auf die realen Machtverhältnisse für unwichtig hält, nicht viel mehr über die Gauleiter und die von ihnen geführten Gaue. Es fehlen bisher alle Gaugeschichten, die erst erkennen lassen könnten, was in den einzelnen Regionen geschehen ist, es fehlen weithin Arbeiten über die Tätigkeit und Bedeutung der Gauämter – wie wichtig deren Aufarbeitung wäre, haben erst kürzlich die Arbeiten zum Gauwirtschaftsamt im Gau Westfalen-Süd gezeigt⁶; von besonderer Bedeutung wäre auch die Betrachtung der Gaue im Krieg, wo mittlerweile durch eindringliche Studien zur Verwaltungsgeschichte die Gaue als maßgebliche Einheiten hervortreten⁷. Vor allem aber fehlen noch Biographien der Gauleiter, die doch die herausragenden und allgemein bekannten Gestalten in den einzelnen Teilen Deutschlands waren; neben Goebbels, Ley und Streicher ist bisher in einer eigenen Monographie nur der bereits 1935 ums Leben gekommene Gauleiter der Bayerischen Ostmark und Führer des NS-Lehrerbundes, Hans Schemm, behandelt worden⁸, für andere Gauleiter liegen nur Kurzdarstellungen in den landesgeschichtlichen Werken oder kleinere spezifische Beiträge vor⁹. Daß es zur Erarbeitung dieser Desiderate genü-

⁵ Vgl. z. B. Michael H. Kater, *The Nazi Party. A social profile of members and leaders 1919–1945*, Oxford 1983.

⁶ Gerhard Kratzsch, *Der Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd*, in: Dieter Rebentisch u. Karl Teppe (Hg.), *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*, Göttingen 1986, S. 173–207; Ders., *Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung, „Arisierung“, Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat* (Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe 27), Münster 1989.

⁷ Vgl. Dieter Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945*, Stuttgart 1989.

⁸ Franz Kühnel, *Hans Schemm, Gauleiter und Kultusminister (1891–1935)*, Nürnberg 1985; Rudolf Endres, *Hans Schemm, in: Fränkische Lebensbilder 15* (1993) S. 265–284.

⁹ In letzter Zeit sind an spezifischen Beiträgen zu den Gauen und Gauleitern erschienen (soweit bekannt): Allgemein: Karl Höffkes, *Hitlers Politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches*, Tübingen 1986; Jeremy Noakes, *Oberbürgermeister and Gauleiter. City Government between Party and State*, in: Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker (Hg.), *Der Führerstaat: Mythos und Realität*, Stuttgart 1981, S. 194–227. – Baden: Johnpeter Horst Grill, Robert Wagner, in: Ronald Smelser, Enrico Syring, Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite II*, Darmstadt 1993, S. 254–267. – Koblenz-Trier: Horst Romeyk, *Der Gau Moselland in der nationalsozialistischen Reichsreform*, in: *Zeitschrift für westdeutsche Landesgeschichte* 11 (1985) S. 247–269. – Hamburg: Frank Bajohr, *Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns (1900–1969)*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 267–295. – Mainfranken: Thomas Reuß, *Öffentlichkeit und Propaganda. Nationalsozialistische Presse in Unterfranken 1922–1945*, Bad Neustadt 1988; Peter Weidisch, *Die Machtergreifung in Würzburg 1933*, Würzburg 1990; E. D. R. Harrison, *The Nazi Dissolution of the Monasteries: A Case-Study*, in: *The English Historical Review* 109 (1994) S. 323–355. –

gend Quellenmaterial gibt – wenn auch in höchst unterschiedlicher Dichte –, kann man nach der Rückführung der Archivalien des Dritten Reiches nach Deutschland schon jetzt behaupten; für die Gauleiter selbst ist auch hinzuweisen auf eine nicht geringe Zahl von Publikationen von diesen selbst¹⁰, darunter mindestens sechs nach dem Krieg erfolgte Memoirenveröffentlichungen¹¹.

Aus dem Gesamtgebiet der Geschichte von Gauen und Gauleitern wird in diesem Beitrag, der Thematik der Tagung gemäß, der Aspekt „Gau und Region“ herausgegriffen, also der Frage nachgegangen, inwiefern die Gaue mit ihren Führern eine Art regionales oder vielleicht sogar föderales Pendant zum zentralistischen Einheitsstaat des Dritten Reiches darstellten. Angesichts des noch weithin bestehenden Mangels an Vorarbeiten können die folgenden Ausführungen freilich vielfach nur Überlegungen sein, die sich als Anstöße zur Diskussion, zur Ergänzung und Vertiefung darbieten und eher methodische Fragen als Antworten bringen. Vorgegangen wird dabei so, daß in einem ersten Teil grundlegende Tatsachen über die Gaue und ihre Gauleiter, soweit dies bisher herausgearbeitet worden ist, wiedergegeben werden, in einem zweiten die methodischen Überlegungen zum speziellen Thema Gau und Region vorgetragen werden; ein kurzer Blick auf die bayerischen Gauleiter soll das Referat beschließen.

Allgemeines zu Gauen und Gauleitern

Am 22. Mai 1926 legte die Satzung der NSDAP fest: „Der Verein besteht zunächst aus Ortsgruppen, die der Parteileitung unterstellt sind. Je nach Bedarf werden diese Ortsgruppen in Gauverbänden zusammengefaßt. Die Gauleiter werden von der Reichsleitung bestimmt ... Die Reichsleitung arbeitet nur mit Ortsgruppen und mit

München-Oberbayern: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Ausstellungskatalog, München 1993. – Pfalz: E. D. R. Harrison, Gauleiter Bürckel and the Bavarian Palatinate 1933–1940, in: Proceedings of the Leeds Philosophical and Literary Society, Literary and Historical Section 20, 3, 1986, S. 271–291; Dieter Wolfanger, Ernst Ludwig Leyser, Stellvertretender Gauleiter der NSDAP in der Saarpfalz, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 14 (1988) S. 209–217; Ders., Josef Bürckel, in: Gerhard Nestler u. Hannes Ziegler (Hg.), Die Pfalz unterm Hakenkreuz, Landau 1993. S. 63–86; Gerhard Paul, Josef Bürckel – Der rote Gauleiter, in: Smelser u. a., Elite II, S. 51–65. – Süd-Hannover-Braunschweig: Hanna Behrend, Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921–1933, Frankfurt 1981. – Thüringen: Peter W. Becker, Fritz Sauckel, in: H. Ronald Smelser u. Rainer Zitelmann (Hg.), Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, 3. Aufl. Darmstadt 1993, S. 236–245. – Westfalen-Nord: Heinz-Jürgen Priamus, Alfred Meyer – Selbstinszenierung eines Gauleiters, in: Ders. u. Stefan Goch (Hg.), Macht der Propaganda oder Propaganda der Macht? Inszenierung nationalsozialistischer Politik im Dritten Reich am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen, Essen 1992, S. 48–67. Vgl. auch den Beitrag von Heinz-Jürgen Priamus in diesem Band. – Wien: Peter Black, Odilo Globocnik, in: Smelser u. a., Elite II S. 103–115.

¹⁰ Zusammengestellt von Günter Plum, Bibliographie der Gauleiter der NSDAP, 1970 (Manuskript im Institut für Zeitgeschichte).

¹¹ Außer Jordan, Erlebt und erlitten, und Lauterbacher, Erlebt und mitgestaltet, noch: (Vor 1933) Alfred E. Frauenfeld, Und trage keine Reu. Vom Wiener Gauleiter zum Generalkommissar der Krim. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Leoni 1978; Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959 (Gau Hamburg); (Nach 1933) Karl Wahl, „... es ist das deutsche Herz“. Erlebnisse und Erkenntnisse eines ehemaligen Gauleiters, Augsburg 1954; Ders., Patrioten oder Verbrecher. Aus 50jähriger Praxis, davon 17 als Gauleiter, 3. Aufl. Heusenstamm 1975 (Gau Schwaben). Außerdem ist zu verweisen auf: Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967 (Gau Wien); Peter Schmidt, 20 Jahre Soldat Adolf Hitlers, 10 Jahre Gauleiter, Köln 1941 und auf die Goebbels-Tagebücher (Gau Berlin).

Gauen¹². Damit war die regionale Grundstruktur der Partei, die im August 1925 noch Landesverbände über den Gauen vorgesehen hatte¹³, sehr schnell so festgelegt worden, wie sie die längste Zeit des Dritten Reiches überdauert hat: nämlich mit den Gauen und Ortsgruppen als den eigentlich entscheidenden, denn auch etatisierten Organisationseinheiten. Die Begründung dafür, daß man die Partei nicht nach Ländern, sondern nach Gau-einheiten gliederte, wird in dieser Grundentscheidung nicht deutlich, doch wird man davon ausgehen dürfen, daß die Gaugliederung nicht nur von den Turn- und Sportverbänden seit dem 19. Jahrhundert her bekannt und weithin, besonders im nationalen Lager ge-läufig war¹⁴, sondern daß diese Gliederung, da von allen staatlichen Strukturen deutlich abgesetzt, einem Grundanliegen des Propagandisten Hitler entgegenkam, daß nämlich im Vordergrund der Organisation das Führertum stehe, die Organisation also nicht Selbst-zweck sei: Im Gründungsdokument vom Februar 1925 war ausdrücklich festgelegt, nicht die Wahlkreiseinteilung des Reiches, sondern Fragen der Zweckmäßigkeit, der Propagan-da und das vorhandene Führungspersonal seien maßgeblich für die Bildung von Unterver-bänden¹⁵, und Hitler wurde nicht müde, dies seinen Parteigenossen stets neu einzuschär-fen. Das entscheidende Grundprinzip war damit für die Gaugliederung gelegt: der Gaulei-ter erkämpft sich seinen Gau selbst, nur dort entstehen Gaue, wo kampfbereite National-sozialisten Erfolge erzielen¹⁶.

Dieses von Hitler propagierte Prinzip war freilich in der konkreten Wirklichkeit nur eines; das wird sogleich deutlich, wenn man auf die Karte der Gaue, wie sie seit 1933, nur wenig verändert, gültig blieb, sowie auf die konkrete Entwicklung der Gaue blickt¹⁷. Da in der „Kampfzeit“ das Parteileben vor allem von den einzelnen Wahlvorgängen geprägt war und die NS-Aktiven sich vornehmlich in größeren Städten ansiedelten, war nämlich entgegen dem Hitlerschen Prinzip tatsächlich eine weitgehende Parallelisierung von Reichswahlkreis und Gau eingetreten, im Norden etwa bei den Gauen Weser-Ems oder Ost-Hannover, im Westen in Köln-Aachen oder Koblenz-Trier, im Süden in Niederbayern (bis 1933) oder in der Pfalz – Hitler selbst trug dem dadurch Rechnung, daß er 1928 die Angleichung der Gaue an die Reichswahlkreise verfügte¹⁸. Andererseits zeigen Gaue wie Sachsen oder Fran-ken, auch Kurhessen oder Mecklenburg, denen keine Wahlkreise entsprachen, daß noch an-dere Prinzipien regionaler oder politischer Art die Gaubildung beeinflußt haben: In Berlin-Brandenburg etwa bedeutete die ständige Auseinandersetzung zwischen dem Hitler- und dem Straßer-Flügel 1929 die endgültige Trennung in einen Gau Berlin und einen Gau Bran-denburg (später Kurmark), im Rheinland wurde der 1926 gebildete Großgau Ruhr bis 1932 unter Versetzung der damit betrauten Führer in die Gaue Essen, Westfalen-Süd und West-falen-Nord zerlegt, in Bayern 1933 durch Absetzung der beiden Gauleiter von Oberpfalz

¹² Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, hg. v. Institut für Zeitge-schichte, Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP Februar 1925–Juni 1926, hg. v. Clemens Volln-hals, München u. a. 1992, S. 463.

¹³ Ebd. S. 149.

¹⁴ Vgl. etwa Christian Zentner u. Friedemann Bedürftig, *Das große Lexikon des Dritten Reiches*, München 1985, S. 203; auch der Rote Frontkämpferbund benutzte diese Gliederung.

¹⁵ Hitler. Reden I, S. 8.

¹⁶ Wie Frauenfeld, *Und trage keine Reu*, S. 32 f. berichtet, war dies in Österreich besonders ausgeprägt.

¹⁷ Vgl. Michael Freeman, *Atlas of Nazi Germany*, London 1987, S. 66 f.; Hüttenberger, *Gauleiter, pas-sim* und Karte S. 226.

¹⁸ Hitler, *Reden* Bd. III/1: *Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928–Februar 1929*, hg. v. Bärbel Du-sik u. Klaus A. Lankheit, München 1994, S. 56–62 (3. September 1928); Geoffrey Pridham, *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria 1923–1933*, London 1973, S. 94 ff.

und Niederbayern und die Übernahme der Gebiete durch den Bayreuther Gauleiter Schemm der Großgau Bayerische Ostmark geschaffen¹⁹, hier weniger um, wie die Propaganda verkündete, die Wacht gegen das Slawentum zu organisieren, als vielmehr um die im katholischen Osten Bayerns besonders darniederliegende NS-Partei durch den dynamischen Bayreuther Gauleiter zu stärken. Bayern und besonders München spielten übrigens eine Sonderrolle, da hier noch Ursprünge der Gesamtpartei sichtbar waren, etwa in der Ortsgruppe München, die bis 1929 mit der Reichsleitung verbunden war, in der starken Position Streichers in Nürnberg, in einer dynamischen Parteizelle in Augsburg; es ist bemerkenswert, daß hier die Anfangsstrukturen weitgehend erhalten blieben, nicht einmal der starke Adolf Wagner, seit 1929 Gauleiter in München, konnte trotz seiner engen Beziehungen zu Hitler das Bild entscheidend verändern²⁰. Insgesamt zeigt sich das Gausystem im Altreich, das seit 1933 kaum mehr Veränderungen erfuhr, als eine Mischung von gewachsenen Regionalitäten, praktischen Erwägungen, kämpferischen Erfolgen und personalpolitischen Eingriffen, das jedoch überschlagsweise, durch eine annähernd gegebene Mittelgröße der Gaue, dem zentralisierten Reich ein regionales System entgegengestellte.

„Die Gauleitung“, so das Organisationsbuch der NSDAP, „hat einen bestimmten Teil des Reichs politisch zu führen und gestaltend in ihm zu wirken. Innerhalb ihres Hoheitsbereiches ist der Gauleiter für die gesamte politische, kulturelle und wirtschaftliche Gestaltung aller Lebensäußerungen nach nationalsozialistischen Grundsätzen verantwortlich“²¹. So klar diese Sätze scheinen – was diese Feststellung nach der Machtübernahme, nachdem der Sieg errungen war, konkret bedeutete, war durchaus unklar, auch das Organisationsbuch spricht nur von Aufsicht und Erziehung des Gaues und schränkt dies noch ein durch Hinweis auf die Aufträge des Führers und die bestehenden Verordnungen. Plakativ faßte Gauleiter Wahl von Augsburg dies mit den Worten zusammen: „Ein Gauleiter war nichts anderes als ein von Hitler beauftragter Schwerstarbeiter, der in seinem Arbeitsgebiet für alles verantwortlich war“, also ein „Mädchen für alles“²². Diese offenkundige Reduktion der frühen Aufgaben und Machtstellung der Gauleiter, die einst den Kampf in ihrem Gebiet umfassend geführt hatten, auf Erziehungs- und Schulungsaufgaben, was übrigens bald von den Gauleitern gesehen und kritisiert wurde²³, hatte zwei grundlegende Folgen. Die erste wurde schon 1933 sichtbar, als, zum Teil von der obersten Führung gefördert, die Gauleiter mit staatlichen Ämtern betraut wurden, ja zum Teil in diese flüchteten: in die der preußischen Oberpräsidenten (1938: 7), der außerpreußischen Reichsstatthalter (1938: 10), der Chefs von Landesregierungen (1938: Sachsen, Hessen, Lippe, Hamburg) oder der Reichs- und Landesminister (Reich: Goebbels, Rust; Bayern: Wagner, Schemm); sogar als Regierungspräsidenten ließen sich einige verwenden²⁴. Dies konnte eine Vernachlässigung des Gaues mit sich bringen, so bei Rust in Hannover²⁵, mußte dies

¹⁹ Fritz Wächtler (Hg.), *Bayerische Ostmark. Vier Jahre nationalsozialistische Aufbauarbeit in einem deutschen Grenzgau, Bayreuth 1937*, S. 58 ff.; Hüttenberger, *Gauleiter* S. 70.

²⁰ Vgl. die Schilderung der Selbstbehauptung des Gaues Schwaben gegen Adolf Wagner bei Wahl, Herz, S. 90 ff.

²¹ Organisationsbuch der NSDAP, 5. Aufl. München 1938, S. 136.

²² Wahl, *Patrioten*, S. 42.

²³ Vgl. Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 118 ff.

²⁴ Karl Tepe, *Die preußischen Oberpräsidenten 1933–1945*, in: Klaus Schwabe (Hg.), *Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945*, Boppard 1985, S. 219–248 u. S. 335–338; Wolfgang Benz, *Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat*, Frankfurt 1990, S. 29 f.

²⁵ Vgl. Lauterbacher, *Erlebt und mitgestaltet*, S. 176.

aber nicht, wie etwa das Beispiel des Oberpräsidenten und Gauleiters Josef Wagner in Schlesien zeigt. Eine zweite, noch wichtigere Folge war, daß die Gauleiter, die als staatliche Beauftragte nun den Reichsbehörden unterstellt waren, als Parteiführer aber selbständig blieben, das ganze Dritte Reich über als vom Staat getrenntes Element für außerstaatliche, spezifisch politische, die staatliche Administration überlagernde Führungsaufgaben zur Verfügung standen, was Hitler, insbesondere seit Kriegsbeginn, in laufend stärkerem Maß entgegenkam. Die einzelnen Schritte, die bereits 1935 mit der Institutionalisierung des Parteinflusses gegenüber den Kommunen in der deutschen Gemeindeordnung begonnen hatten²⁶, wurden von Hüttenberger zusammenfassend dargelegt²⁷: sie reichen über die Ernennung 1939 zuerst von einigen, 1942 dann von allen Gauleitern zu Reichsverteidigungskommissaren mit umfassenden Vollmachten, über Beauftragungen zu intensiverer Propaganda und Kontrolle im Krieg und umfassende Kompetenzen für die Evakuierung bis hin fast zu unmittelbarer Kriegführung durch den Aufbau des Volkssturms und oberer Reichsverteidigungskommissariate 1944/45²⁸. Zeichen dieses ständigen Aufstiegs der Gauleitermacht in den späteren Jahren waren die Organisierung der neuen Reichsgebiete wie Österreich und Wartheland als Reichsgaue oder die Betrauung von Gauleiter Sauckel in Thüringen mit der Organisation des Arbeitseinsatzes in Deutschland.

Die Tatsache, daß ein Teil der Gauleiter mit staatlichen Aufgaben, seit Kriegsbeginn dann alle Gauleiter mit spezifischen Kriegsführungsaufgaben betraut waren, läßt erneut und nun in aller Schärfe danach fragen, ob denn die Gauleiter ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die politische Führung der Partei im Gau, überhaupt noch erkannten, worin diese Aufgaben eigentlich bestanden und wie sie ausgefüllt wurden. Wenn es hier zuerst scheinen könnte, als sei eben die eigentliche Gauparteiarbeit ganz in den Hintergrund getreten – 1935 waren nur 9 von 30 Gauleitern ohne Staatsamt²⁹ –, so stellt sich das, sieht man genauer zu, schnell als Irrtum heraus, und nicht nur weil zu den genannten neun so rührige Gauleiter wie Streicher, Bürckel, Jordan oder Grohé zählten, sondern weil offenbar tatsächlich eine erhebliche Zahl der Gauleiter die nichtstaatlichen Aufgaben im Gau, also Propaganda und Erziehung, dazu die Überwachung allgemeiner Art – „Menschenführung“ war der NS-Begriff –, sehr aktiv wahrnahm. Adolf Wagner etwa, obwohl schon zweifacher Landesminister in Bayern, war unentwegt mit nichtstaatlichen Organisationsaufgaben im Gau aktiv, 1936 führte er, den übrigen Gauen als Vorbild, die Kreistage der NSDAP ein; Gauleiter Lauterbacher, Oberpräsident in Hannover, bereiste eifrig die Kreise seines Gaues, hielt Sprechabende ab, veranstaltete gemeinsame Tagungen aller Hoheits-träger, um seinem Grundsatz „Führen und nochmals führen“ gerecht zu werden³⁰; Gauleiter Wahl versuchte im Krieg, mit einer Gau-Soldatenzeitung Verbindung zur Front zu halten³¹ – es ist vor allem auf den ganz ungenügenden Stand der Arbeiten über die NS-Gaue zurückzuführen, wenn man bisher den Eindruck hat, daß die Parteigae als solche bedeutungslos geworden seien. Hier wäre freilich das Tätigkeitsfeld der Gauleiter näher zu bestimmen, wofür die bekannten Idealgraphiken des Organisationsbuches nicht genügen:

²⁶ Peter Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich*, München 1969, S. 154 ff.

²⁷ Hüttenberger, *Gauleiter* S. 138 ff.

²⁸ Höffkes, *Generale* S. 22 f.

²⁹ Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 80 (Florian, Grohé, Jordan, Simon, Streicher, Wächtler, Weinrich, Telschow, Bürckel).

³⁰ Kreistage der NSDAP im Traditionsgau München-Oberbayern, München o. J.; Lauterbacher, *Erlebt und mitgestaltet*, S. 177 u. passim.

³¹ *Front und Heimat. Soldatenzeitung des Gaues Schwaben*, hg. v. Karl Wahl.

Von den dort aufgeführten Ämtern waren ja eine Reihe der Reichsleitung zugeordnet (Gauschatzamt, Gauorganisationsamt), eine Reihe nur in Verbindung mit den angeschlossenen Verbänden von Bedeutung und nur wenige, wie die Gauinspektion oder das Gaugeicht, originäre Machtpositionen der Gauleitung; auch das Verhältnis zu den Kreisen, deren Leiter nun den eigentlichen Dienst an der Basis taten, wäre zu untersuchen³². Aber auch wenn die Gauaktivitäten bisher noch nicht umfassend dargestellt sind, eines fällt schon bei der ersten Durchsicht zeitgenössischer Publikationen über die Gaue auf, wie sie etwa das „Buch der deutschen Gaue“ von 1938 repräsentiert³³: fast nie steht die Partei und ihre Organisation im Vordergrund, fast immer dagegen das Land und die Aufbauleitung für dieses, auf die die Partei und ihre Führer stolz sind.

Gauleiterherrschaft und charismatische Herrschaft Hitlers bedingten einander, hat Hüttenberger formuliert³⁴, und in der Tat sind noch heute von den verschiedenen Männern im Dritten Reich, die Geschichte machten, neben den Gestalten an der Reichsspitze vor allem die Gauleiter bekannt, von Kaufmann in Hamburg bis Murr in Württemberg, von Hofer in Tirol bis Terboven in Essen; daher sind die Gauleiter selbst hier noch mit wenigen Worten vorzustellen. Für die 30 Gaue – 1938–1944 waren es 42 – stellt Hüttenberger als die wichtigsten Gauleiter, die schon 1932 im Amt waren und dies lange Zeit blieben, 29 Persönlichkeiten vor³⁵; in der Tat ist ein erstes Mittel, um die Gesamtzahl der Gauleiter 1925–45 in den Griff zu bekommen – Hoeffkes³⁶ nennt 123 Gauleiternamen und 10 nicht klar einzuordnende Ergänzungen –, sie nach ihrer Bedeutung zu strukturieren. Von den über einen längeren Zeitraum nach 1933 amtierenden Gauleitern, also ohne Straßer, der 1929, oder Ley, der 1932 schon als Gauleiter abtrat, stachen neben Goebbels und Streicher einige besonders hervor: Koch in Ostpreußen, Josef Wagner in Westfalen und Schlesien und Mutschmann in Sachsen. Nach Orlow³⁷ waren diese in den 30er Jahren am mächtigsten und standen auch jeweils für einen bestimmten Gauleiter-Typ, Koch als Prototyp eines kolonialen Vizekönigs, der alle rivalisierenden Kräfte aus Partei und Staat systematisch sich unterordnete, Josef Wagner, seit 1935 zweifacher Gauleiter von Westfalen-Süd und Schlesien, dazu Reichskommissar für die Preisbildung, als ergebener Gefolgsmann Hitlers, der einst das Röm-verseuchte Schlesien gesäubert hatte, und König „Mu“ (Mutschmann), der seinen Gau wie ein patriarchalischer Gutsbesitzer des 19. Jahrhunderts regierte. Als weitere charakteristische, selbstbewußte und unabhängige Satrapen des Führers können gelten Adolf Wagner (München-Oberbayern), der aus der Münchner Clique Hitlers kam, als dessen Double fungierte und ihm an Fanatismus glich, Sauckel in Thüringen, stark kulturell interessiert, Terboven in Essen, der die Eroberung des Ruhrgebietes für die Partei sich zuschrieb, Bürckel in der Pfalz, bald Anschlußspezialist für die Saar und Österreich, und der Rheinländer Kaufmann, der seit 1929 Gauleiter in Hamburg

³² Gauleiter Wilhelm Kube (Kurmark): „Und wenn wir im Anfang unserer Partei- und Gauarbeit einst gezeigt haben, daß wir keine Arbeit scheuen und daß wir jede Arbeit bewältigen, so haben wir in größerer Verantwortung gezeigt, daß wir zu Adolf Hitlers Führerkorps gehören und den Gamaschendienst denen überlassen, die dazu bestimmt sind“ (Nationalsozialistisches Jahrbuch 1935, S. 220).

³³ Otto Dietrich (Hg.), Das Buch der deutschen Gaue. Fünf Jahre nationalsozialistische Aufbauleitung, Bayreuth 1938.

³⁴ Hüttenberger, Gauleiter S. 198.

³⁵ Ebd., S. 213–220.

³⁶ Höffkes, Generale.

³⁷ Orlow, History II, S. 156 f.; vgl. ebd., S. 54.

war und dort ganz zum Hanseaten wurde. Nach 1938 kamen als besonders bemerkenswert hinzu die Gauleiter Forster in Danzig und Greiser im Wartheland sowie Schirach in Wien und Rainer in Salzburg und später Kärnten. Demgegenüber standen andere im zweiten Glied, der beflissene Jordan in Halle-Merseburg, der brutale Wächtler, der 1935 den charismatischen Schemm in der Bayerischen Ostmark abgelöst hatte, oder der bescheidene Wahl in Augsburg.

Ein zweiter Zugriff ist der nach Generationen. Während das mittlere Alter der Gauleiter 1933 bei 40 Jahren lag und dann kontinuierlich mit den Jahren stieg – die jüngsten waren übrigens mehrheitlich Akademiker³⁸ –, gab es, dem Eintrittsalter nach, doch deutliche Unterschiede. Man kann dabei der Übersicht von Lauterbachers Memoiren folgen, der vier Generationen unterscheidet³⁹: Als erstes die Kämpfer der Frühzeit, die nach seiner Aussage fest mit dem Land verwurzelt waren, der Sachse Mutschmann, der Kölner Grohé oder in Mecklenburg Friedrich Hildebrandt; auch Straßer in Niederbayern wird man dazu rechnen können. Zum zweiten, ebenfalls noch vor 1933, der Ersatz für Ausfälle oder ganz neue Kräfte, die aber eher landfremd war, wie Kaufmann, Goebbels und Koch, die aus dem Ruhrgebiet kamen und einheimische Kräfte, in Berlin etwa den Märker Dr. Schlange, ablösten, oder Sauckel, der den früheren Kämpfer Dinter ersetzte (der seinerseits freilich aus dem Elsaß gekommen war – man sieht, daß solche Einteilungen nie ganz aufgehen). Als dritte Generation folgen die neuen Gauleiter in den Ostgebieten, wobei die österreichische Entwicklung, wo fast durchwegs die illegalen Gauleiter 1938 durch neue abgelöst wurden, ein besonderes Phänomen darstellt. Als letzte Gruppe sind junge meist erst im Krieg berufene Gauleiter zu nennen, so Lauterbacher selbst (1940), vorher stellvertretender Reichsjugendführer, Hanke in Niederschlesien (1941), vorher Mitarbeiter von Goebbels, oder Scheel, SS-Mann und Reichsstudentenführer, in Salzburg (1941). Deutlich ist bei dieser Klassifizierung eine Verschiebung von selbständigen und selbstbewußten Kräften der Frühzeit zu Funktionären des Parteiapparates, wobei Borman vor allem bemüht war, unter den Gauamtsleitern über den von ihm geschaffenen Gauführungstab Gauleiteranwärter erst durch Abordnung in der Parteikanzlei zu schulen, bevor sie im Gau eingesetzt wurden⁴⁰. Leider gibt es noch nicht einmal genaue und zuverlässige Zusammenstellungen, in welcher Reihenfolge die Gauleiter die einzelnen Gae verwaltet haben – die Voraussetzung vergleichender Arbeiten.

Schließlich zum Sozialprofil. Hier hat vor allem Rogowski gezeigt, daß keine Rede davon sein kann, daß es sich bei den Gauleitern um in ihrem Beruf gescheiterte Existenzen handelte, wie dies etwa bei Dinter oder Kaufmann festzustellen ist, daß vielmehr die Gauleiter eher am oberen Rand einer aufwärts strebenden Gruppe lagen, mit sicherer Berufsposition und großem Aufstiegswillen – extreme Beispiele sind dafür der studierte Bergwerksdirektor Adolf Wagner in München oder sein Namenskollege Robert Wagner in Baden, der bis 1923 Reichswehroffizier war⁴¹. Es ist aber auch gezeigt worden, daß das Gauleiterkorps schon sozial keineswegs eine Einheit darstellte, weshalb mit starken Spannungen unter den Gauleitern zu rechnen ist. In der Tat sind Konflikte unter den Gauleitern häufig, etwa wenn der junge Lauterbacher, als Reichsinspekteur für den Luftschutz, Dres-

³⁸ Kater, Party, S. 257.

³⁹ Lauterbacher, Erlebt und mitgestaltet, S. 170 ff.

⁴⁰ Hüttenberger, Gauleiter, S. 205 ff.

⁴¹ Ronald Rogowski, The Gauleiter and the social origins of Fascism, in: Comparative Studies in Society and History 19 (1977) S. 399–430, hier S. 406.

den besuchte und von Mutschmann des Gaus verwiesen und erst nach Intervention Hitlers zugelassen wurde⁴²; seit der Frühzeit gab es auch schon territoriale Grenzstreitigkeiten, etwa zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein oder zwischen Thüringen und Mainfranken⁴³. Natürlich waren die Gauleiter auch bezüglich der einzuschlagenden Politik oft verschiedener Meinung; daran änderten auch die – im ganzen nicht sehr häufig veranstalteten – Gauleitertagungen (zuletzt in Posen 1944) nichts, die namentlich nach dem Ausscheiden von Heß 1941 unter Bormann doch eher Appelle zum Durchhalten und Befehlsempfang wurden⁴⁴.

Wie die Beschäftigung mit den Gauleitern mit Hitler begann, so muß sie auch mit Hitler enden: im unmittelbaren Zugang zu ihm, der bis zuletzt, trotz Bormannscher Einschränkungen, erhalten blieb, lag ihre wahre Macht, in der „Hitler-Legende“, daß der Führer das Böse nicht kenne, nur schlechte Berater ihn verführten, ihre Selbstrechtfertigung bis über den Zusammenbruch hinaus. Daß Hitlers Macht über die Gauleiter eben deshalb grenzenlos war, das bezeugen nicht nur in den letzten Monaten vor der Katastrophe Gauleiter wie Forster, Lauterbacher oder Jordan, die mitten im Zusammenbruch in der Reichskanzlei von Hitler moralisch wieder aufgerichtet wurden und ihm bedingungslos gehorchten⁴⁵, das zeigt sich auch bei den – freilich nicht häufigen – Gauleiterabsetzungen, vor allem bei der des mächtigen Josef Wagner in Schlesien, den Hitler am 9. November 1941 im Braunen Haus in München vor allen Gauleitern wegen seiner religiösen Einstellung und seiner politischen Eigenständigkeit mit einem Eklat aus seinem Amt wies und ihn sogar aus der Partei ausschließen wollte; als im Februar 1943 das mit vier Gauleitern besetzte Parteigericht den Parteiausschluß, da unbegründet, nicht vollzog, setzte sich Hitler wütend darüber hinweg und stieß Wagner persönlich aus der Partei – Widerstand gab es im Gauleiterkreis dagegen keinen mehr⁴⁶. Auch sonst kam es nicht so selten vor, daß Hitler Gauleiter absetzte, etwa schon 1936 den Brandenburger Gauleiter Kube, 1940 Streicher in Nürnberg, oder noch 1943 Gauleiter Weinrich von Kurhessen, doch – anders als bei Josef Wagner, der überwacht und schließlich nach dem 20. Juli erschossen wurde – versorgte er sie meist mit anderen Ämtern oder ließ sie wenigstens unbehelligt (Kube und Streicher durften sogar ihren Titel behalten). Die Mitglieder seiner alten Garde waren ihm wohl zugleich Bausteine im Herrschaftskalkül wie nostalgische Erinnerung.

Gaue als konstitutive Regionen

Der zweite Teil des Beitrags stellt vor allem methodische Überlegungen an, wie nämlich die ins Auge gefaßte Frage, ob die Gaue und Gauleiter spezifisch regional bestimmt waren bzw. regional handelten, beantwortet werden könnte. Dabei soll zuerst ein Blick auf

⁴² Lauterbacher, *Erlebt und mitgestaltet* S. 208 u. S. 248.

⁴³ Krebs, *Tendenzen*, S. 210f.; Hans-Stephan Brather, *Der „Frosch-Mäuse-Krieg“ um die Exklave Ostheim vor der Rhön (1939–1945). Rivalisierende Gauführer im Gestrüpp ihrer Zuständigkeitsüberlagerungen*, in: Michael Gockel u. Volker Wahl (Hg.), *Thüringische Forschungen*, Weimar 1993, S. 533–562.

⁴⁴ Über die Gauleitertagungen vgl. die zahlreichen Hinweise in den Goebbels-Tagebüchern, z. B. Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, II 9, München 1993, S. 272 ff. (Tagung Februar 1943 in Posen), sowie in den Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1983–1992, passim.

⁴⁵ Joachim C. Fest, *Hitler*, Frankfurt 1973, S. 994 (Forster); Lauterbacher, *Erlebt und mitgestaltet*, S. 320; Jordan, *Erlebt und erlitten*, S. 266f.

⁴⁶ Teppe, *Oberpräsidenten*, S. 227f.

die Gaue als regionale Untergliederungen der Partei geworfen werden: übernahmen sie, so ist zu fragen, im zentralistischen Reich die regionale Funktion, die die Länder seit der Verreichlichung 1933/35 weitgehend verloren hatten?

Hier ist zu konstatieren, daß, ganz gleich wie die Gaue entstanden waren, sie besser den historischen Landschaften entsprachen als die alten Länder oder deren Provinzen⁴⁷. Daß Preußen, 1932 bereits gleichgeschaltet, seit 1933 schrittweise zum Reichsland gemacht und damit faktisch aufgelöst wurde, war, wenn auch nur das Ende einer langen Entwicklung, in dieser Hinsicht ein Fortschritt. Die Gaue entsprachen zum Teil historisch gewachsenen preußischen Provinzen (z. B. Ostpreußen, Pommern, Kurmark, Schlesien), zum Teil zerlegten sie übergroße wie die Rheinprovinz oder Hannover in kleinere Einheiten (z. B. Köln-Aachen, Koblenz-Trier), was, vor allem im letztgenannten Fall, sicher angemessener war als die staatliche Einteilung. Sehr bemerkenswert ist, daß Klein- und Restgebiete, wie etwa die Grenzmark Posen-Westpreußen, das preußische Emsland oder Lübeck mit größeren Gebieten vereinigt wurden (hier mit Pommern, Weser-Ems, Schleswig-Holstein) und daß anstehende territoriale Fragen wie die im Bereich von Hessen und Nassau oder von Thüringen bereinigt wurden – die Gaue Hessen-Nassau und Kurhessen stellen damit einen Trittstein dar von der alten hessischen Zersplitterung zum heute fast alle hessischen Gebiete umfassenden Bundesland. Wie bedeutungsvoll das sein konnte, sieht man am ewig zersplitterten Land Thüringen, dessen Neugründung 1920 die preußischen Teile um Erfurt und Nordhausen nicht umfaßt hatte: daß der Parteigau Thüringen demgegenüber alle historischen thüringischen Gebiete einschloß, hat schließlich 1944 auch die staatliche Verwaltung zur Änderung veranlaßt, wodurch der Weg zum heutigen Gesamtbundesland mit seiner Hauptstadt Erfurt erst frei gemacht worden ist; das 1945 begründete und 1990 wiederbegründete Land Thüringen ist mit dem Gau Thüringen identisch. Nicht überall hatten die Gaue diese modernisierende Funktion, die Gaue Baden und Württemberg etwa entsprachen den in der Napoleonzeit gebildeten Ländern, die wenig Rücksicht auf die historischen Einheiten genommen hatten, und in Bayern, das im Dritten Reich oft die traditionellsten NS-Strukturen aufwies, finden sich die territorialen Prinzipien gewissermaßen ganz gemischt: den Regierungsbezirksgauen Oberbayern, Schwaben und Unterfranken standen der als Landschaftsgau prätendierte Gau Franken um Nürnberg und im Osten wie im Westen je ein politisch-geographischer Grenzgau gegenüber, die Bayerische Ostmark nämlich und, seit 1940, die Westmark, wobei seit 1935/38 diese beiden Grenzgaue die alte bayerische Staatsgrenze überschritten, im Westen durch die Einbeziehung der Saar und dann Lothringens, im Osten durch den Anschluß des Böhmerwaldes an Bayern und durch bayerische Parteibetreuungsaufgaben im Protektorat. Insgesamt dürfte eine präzise Untersuchung, die noch aussteht, ergeben, daß die Gaue tatsächlich zum Teil Schrittmacherfunktion in der Auflösung der alten Länderstrukturen übernahmen und die Bedeutung der Regionen in Deutschland vermehrten, allerdings mit nicht wenigen, meist machtpolitisch begründeten Ausnahmen. Für die Administration war diese Einteilung vor allem deshalb wichtig, weil man stets auf die Reichsreform, die schon 1933 steckengeblieben war, wartete, durch die eine Angleichung von Gau und staatlichen Strukturen, wie dies später im Osten erreicht worden ist, geschaffen werden sollte. Selbst an Kleinigkeiten ist die Verwaltungsbedeutung der Gaue zu beobachten, etwa wenn 1941 bei der Einführung der ersten Postleitzahlen in Deutschland nicht die Länder, sondern die Gaue zur

⁴⁷ Vgl. die verschiedenen Karten bei Freeman, Atlas, oder bei Werner Hilgemann, Atlas zur deutschen Zeitgeschichte 1918–1948, München 1984.

Grundlage genommen wurden. Freilich, dies ist noch zu ergänzen, die Gaueinteilung war nicht die einzige, die damals neu sich über das Reich legte, auch SA, SS, die HJ, die DAF, der Reichsarbeitsdienst, der Reichsnährstand, weitere Organisationen und nicht zuletzt die Armee hatten spezifische regionale Einteilungen; wieweit diese wirksam und zukunfts-trächtig waren, ist noch nicht untersucht.

Sodann müssen wieder die Gauleiter und ihre Tätigkeiten betrachtet werden, ob und inwieweit sie sich selbst und in diesen sich regional verstanden oder nicht. Grundsätzlich, das hat schon Hüttenberger gezeigt, hat sich Hitler in die Einzelheiten der Gaue nicht eingemischt⁴⁸; diese waren in sich abgeschlossene und auf sich bezogene Einheiten, gemeinsame Verabredungen von Gauen gab es, mit Ausnahme der letzten Kriegszeit⁴⁹, nicht, noch viel weniger eine Einwirkung der Gaue auf die Zentrale: Hitler, so Wahl, ließ in Gausachen große Freiheiten, liebte keine Einmischung in die Nachbargaue, aber der Einfluß der Gauleiter auf Reichssachen war gleich Null⁵⁰. Hier ergibt sich nun als erste Frage die nach der Herkunft der Gauleiter: entstammten sie ihrem Gau oder waren sie von außen importiert? Geht man dem Geburtsort der (ab 1933) tätigen Gauleiter nach, so zeigt sich, daß von 70 Gauleitern in Deutschland jeweils mehr als die Hälfte nicht im Gau geboren waren, also von auswärts kamen, in Österreich nach 1938 ebenfalls, während in der illegalen Zeit dort etwa die gleiche Zahl aus dem Gau und von außen stammten⁵¹. Da hierbei aber große Unsicherheiten gegeben sind, etwa wenn zwar der Geburtsort außerhalb liegt (wie etwa bei Streicher, der im Schwäbischen geboren, dann aber ausschließlich in Nürnberg tätig war) oder wenn Verwaltungsgrenzen sich änderten, sagen Beobachtungen darüber, ob die berufliche Haupttätigkeit vor der Gauleiterernennung im Gau lag, mehr aus; hier kann deutlich werden, ob der Gauleiter aus dem Land herauswuchs oder ortsfremd von der Zentrale dorthin geschickt wurde. An der kleineren Zahl von 45 deutschen Gauleitern, die hier ins Auge gefaßt wurden, ergibt sich ein deutlich anderes Bild, daß nämlich vor 1933 weitaus die Mehrzahl, insgesamt 18, mit ihrem künftigen Gau bereits eng verbunden waren, bevor sie das Gauleiteramt erhielten, gegenüber fünf mit nur lockeren Bindungen und sechs völlig Ortsfremden⁵². Dabei ist auf der Seite der im Gau Verwurzelten die große Zahl bekannter Landespatriarchen zu finden, von Bürckel über Murr, Robert Wagner, Grohé und Lohse bis zu Terboven, Mutschmann, Streicher und Wahl, auf der Seite der beziehungslos Berufenen aber besonders aktive Kämpfer wie Goebbels, Koch, Forster und Kaufmann, freilich auch der eher milde Jordan und der unfähige Weinrich; bei Sauckel und Adolf Wagner in München, die an sich ortsfremd waren, gab es vorher immerhin schon eine Reihe von Beziehungen. Dieses Verhältnis verschiebt sich nun seit 1933 und besonders seit 1940 deutlich, jeweils stehen Männer ohne oder nur mit geringen Bindungen wie Schwede-Coburg, der 1934 nach Pommern, oder Giesler aus Westfalen, der 1942 nach München geschickt wurde, in der Mehrzahl den Einheimischen gegenüber. Der Einfluß der Parteikanzlei in den letzten Jahren ist hier deutlich zu spüren, etwa bei Paul Hofmann, der der Reichsleitung seit 1934 angehörte und auf verschiedenen Posten in ganz Deutschland diente, bis er 1943 Gauleiter in Westfalen-Süd

⁴⁸ Hüttenberger, Gauleiter, S. 199.

⁴⁹ Vgl. Jordan, Erlebt und erlitten, S. 261; Lauterbacher, Eggeling, Sauckel und Jordan (1945).

⁵⁰ Wahl, Patrioten, S. 42.

⁵¹ Von 70 Gauleitern: in Deutschland vor 1933: 14 im Gau geboren, 20 von außen; 1933–38: 1:3; 1939–1945: 4:6; Österreich vor 1938: 8:8; nach 1938: 1:5; Angaben nach Hüttenberger, Gauleiter.

⁵² 45 Gauleiter: Deutschland vor 1933: eng verwurzelt 18, lockere Bindung 5, ohne Bindungen 6; 1933–1939: 1:1:4; 1940–1945: 3:3:4; Österreich 1938–1945: verwurzelt 6, fremd 2.

wurde; aber auch jetzt noch gibt es Beispiele regionaler Bindung, etwa in Nürnberg bei Holz, der 1940 Streicher nachgefolgt ist. In Österreich übrigens stehen bei den 1938 eingesetzten Führern der Reichsgaue sechs im Land Beheimatete zwei Neuberufungen (Globocnik und Schirach in Wien) gegenüber. Man muß also sagen, daß von der Berufstätigkeit und vom Lebensfeld her ganz deutlich die regional in ihrem Gau beheimateten Gauleiter als frühe Gefolgsleute Hitlers an Zahl und Ansehen die ortsfremden, von der Zentrale in die Gaue ausgesandten Aktivisten, wenigstens bis in die Kriegszeit, weit überwo-gen.

Sodann ist danach zu fragen, ob und inwieweit sich die Gauleiter mit ihren Gauen regional identifizierten. Darauf gibt es vorläufig keine Antwort. Sie kann gesucht werden zum einen in institutionellen Bindungen, die zum Teil schon angesprochen wurden, wenn nämlich Gauleiter die Ämter von Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Ministern oder anderen staatlichen Führungspositionen übernommen hatten. Von besonderer Bedeutung war dabei zweifellos die Reichsstatthalterschaft, die Mutschmann in Sachsen, Murr in Württemberg, Robert Wagner in Baden, Röver in Oldenburg und Bremen, Saukel in Thüringen, Sprenger in Hessen, Kaufmann in Hamburg, Hildebrandt in Mecklenburg, Loeper und später Jordan in Anhalt und Braunschweig und Meyer in Lippe ausübten, dazu später die Gauleiter und Reichsstatthalter in den neuen Reichsgauen; wichtig ist natürlich auch die Führung von Landesregierungen, wie sie Mutschmann in Sachsen, Sprenger in Hessen, Meyer in Lippe, Kaufmann in Hamburg und seit 1944 auch Giesler in Bayern innehatten⁵³ – bei solchen administrativen Bindungen ist Bezogenheit auf das Land von vorneherein zu vermuten. Da für Preußen die Reichsstatthalterschaft wie die Ministerpräsidentenschaft vom vielbeschäftigten Goering verwaltet wurden, waren bei den preußischen Gauleitern vermutlich schon von daher die regionalen Bindungen schwächer, die nichtpreußischen Regionen also bevorzugt. Die Identifikation der Gauleiter ist jedoch vor allem daran zu messen, wie sie ihren Gau verstanden haben – dafür gäbe es in dem nicht geringen zeitgenössischen Schrifttum, von den Willkommensbroschüren für Fremde bis zu den Gau-Festschriften, genügend auswertbares Material, das, soviel jetzt schon zu sehen ist, tatsächlich die enge Identifikation von Gauleiter und beherrschter Region dartut. Dafür zwei Beispiele. In dem schon erwähnten „Buch der deutschen Gaue“, das 1938 von Otto Dietrich herausgegeben wurde und für jeden Gau die fünfjährige nationalsozialistische Aufbauarbeit schildern sollte⁵⁴, findet sich keineswegs, wie man erwarten möchte, eine Darstellung der Geschichte der Partei im Gau, vielmehr fast stets eine Schilderung von Landschaft, Geschichte, Kultur und neuen Initiativen, regionale Leistungsbilanzen also, die zwar in der Diktion, nicht aber in der Sache nationalsozialistisch waren. Noch deutlicher zeigt dies etwa das große zweibändige Werk über Mecklenburg („Werden und Sein eines Gaus“), das 1938 dem Gauleiter und Reichsstatthalter Hildebrandt zum 40. Geburtstag übergeben wurde, ausdrücklich veranlaßt, wie es in der Widmung heißt, durch „die tiefe Liebe, die der Gauleiter immer wieder für die Geschichte seiner engeren Heimat bekundet“⁵⁵. Dieses Werk wird nicht nur eingeleitet durch ein rein geschichtliches, nur auf Mecklenburg bezogenes Vorwort des Gauleiters, es weist auch in seinem Kartenband unter 32 Karten keine einzige zeitgeschichtliche Partei- oder

⁵³ Z. T. nur mit der Führung der Geschäfte der Landesregierung beauftragt.

⁵⁴ Dietrich, Buch.

⁵⁵ Gauamtsleiter Richard Crull (Hg.), Mecklenburg. Werden und Sein eines Gaus. 2 Bde., Bielefeld 1938.

Gaukarte auf, ist also trotz des Anlasses und trotz des Titels ein rein kulturgeschichtliches Werk, Gau ist hier allein als Region oder Land verstanden⁵⁶. Freilich gibt es auch Publikationen, die mehr den Kampf der Partei in den Vordergrund stellen⁵⁷, doch scheinen sie an Zahl weitaus den rein regionalen Veröffentlichungen unterlegen, wie solche etwa der Gauleiter Wächtler gewidmete Band „Gau Bayerische Ostmark“⁵⁸ oder der „Atlas Bayerische Ostmark“⁵⁹ darstellen, Arbeiten, die bis heute zu Recht von der Landesgeschichte benutzt werden. Auch die in der Kriegszeit entstandene Reihe „Gau- in Einzeldarstellungen“⁶⁰ trägt dieses Gesicht, wobei es übrigens interessant wäre, Unterschiede in den einzelnen Heften zu konstatieren. „Landschaft und Volk, Kultur und Brauchtum, der wirtschaftliche Aufbau“ und erst zuletzt „Kampf und Sieg“, wie eine Broschüre nach 1942 den Gau Oberbayern den hierher Evakuierten vorstell⁶¹, scheint die typische Reihenfolge und Gewichtung für das Selbstverständnis der Gaue gewesen zu sein. Schließlich wären hier Aktionen und Argumente zu sammeln, mit denen Gauleiter für ihren Gau eintraten, nicht nur verbal, sondern in der Sache, gewissermaßen als deren erste Lobbyisten – etwa wenn Wagner in Baden forderte, daß staatliche und Parteilstellen seines Gau- Geld nur auf badischen Banken (und nicht mehr in Berlin oder München) anlegen dürften⁶²; da solches in der nationalsozialistischen Zeit aber nicht allgemein bekannt gemacht wurde und nachher kaum Interesse fand, müßte freilich zuerst einmal danach gesucht werden. Am bekanntesten ist wohl der Fall des Gau Schwaben, nach welchem der mächtige Adolf Wagner in München im Gefolge der Röh- m-Affäre seine Hand ausstreckte und wo bereits durch Ley die Auflösungsverfügung ergangen war – der Augsburger Gauleiter sollte einen hohen Posten in München erhalten; Gauleiter Wahl erreichte eine direkte Aussprache bei Hitler, „und“, so Wahl, „der Gau Schwaben war gerettet“⁶³. Des weiteren sind die vielen Kompetenzkonflikte zu nennen, bei denen die Gauleiter gegen die zentralen Stellen des Reiches, im Krieg dann besonders auch gegen SS, SD und das Ministerium Speer, jeweils ihren Gaubereich verteidigten, bis hin zur berühmten Szene vom Oktober 1943, als die Gauleiter, voran Bürckel, sich gegen Minister Speer tumultartig empörten, der ihnen im Fall weiteren Widerstandes gegen Betriebsstillegungen in ihren Gauen schärfste Maßnahmen angedroht hatte. Übrigens fanden sie, wie immer, letztlich dabei die Hilfe Hitlers⁶⁴. In den letzten Jahren versuchten die Gauleiter oft auch ihren Gau gegen bombengeschädigte Obdachlose und gegen Flüchtlinge, die das Reich zu verteilen hatte, zugunsten der eigenen Gaubewohner zu verteidigen und abzuriegeln. Längst waren die Gauleiter die Vertreter ihrer Gaue gegen die Zentrale geworden, waren sie zum „Bewußtsein einer gauterritorialen Quasisouve-

⁵⁶ Ähnlich: Volk und Kultur im Gau Westfalen-Süd, Dortmund o. J.; R. Schneider-Baumbauer, Bollwerk im Westen. Gau Saarpfalz, Neustadt 1939.

⁵⁷ Vgl.: 10 Jahre Gau Ostpreußen, Königsberg 1938; Schmidt, 20 Jahre Soldat (über Grohé).

⁵⁸ Hans Scherzer (Hg.), Gau Bayerische Ostmark. Land, Volk und Geschichte, München 1940 (2. Auflage: Gau Bayreuth, München 1942). Der von dessen Bruder geplante Band „Gau Franken“ erschien erst nach dem Krieg (in veränderter Fassung): Conrad Scherzer (Hg.), Franken. Land, Volk, Geschichte und Wirtschaft, 2 Bde., Nürnberg 1955/59.

⁵⁹ Martin Kornrumpf, Atlas Bayerische Ostmark, Bayreuth 1939.

⁶⁰ Paul Meier-Benneckenstein (Hg.), Die deutschen Gaue in Einzeldarstellungen: z. B. Alois Roßmaier, München-Oberbayern, Berlin 1941; Hans Hertel, Thüringen, Berlin 1941.

⁶¹ Herzlich willkommen im Traditionsgau München-Oberbayern, o. O. o. J. (nach 1941).

⁶² Grill, Wagner, S. 262.

⁶³ Wahl, Patrioten, S. 49.

⁶⁴ Hüttenberger, Gauleiter S. 184.

ränität“ gelangt⁶⁵; die zentrale Parteiverwaltung wurde ihrer kaum mehr Herr⁶⁶. Wie weit sie als solche sich auch beim Zusammenbruch verhalten haben, wäre noch zu untersuchen; obwohl von einigen Gauleitern bekannt ist, daß sie sich bemüht haben, daß ihr Gau oder Teile des Gaues nicht bis zum letzten verteidigt werden sollten⁶⁷, scheinen es doch eher die weniger von der Zentrale beachteten Kreisleiter gewesen zu sein, die sich bei Übergabeverhandlungen engagierten.

Die eigentlich entscheidende Frage wird freilich sein, ob die Gauleiter in ihrem Gau Wertbeständiges geschaffen haben, und zwar in Bereichen, die über die eigentlichen Partei-Aktivitäten hinausgingen; dabei kann man natürlich darüber diskutieren, ob etwa Berufswettbewerbe oder Schwimmbadbauten zur normalen Gauleitertätigkeit gehört haben bzw. wie weit solche durch die Tätigkeit der Gauleiter im staatlichen Bereich begründet sind. Die Gaupublikationen sind, wie erwähnt, voll solcher Leistungsbilanzen inneren Aufbaus, etwa wenn für den Gau Thüringen schon 1931 die Winterhilfe, dann die Hilfsprogramme für die Rhön, der Ausbau der arisierten Suhler Waffenwerke und die neugegründete Thüringer Zellwolle AG als Erfolge gepriesen werden, desgleichen die Erhaltung und der Ausbau aller sieben thüringischer Landestheater⁶⁸. Doch müßte all dies erst durch die wissenschaftliche Landesgeschichte untersucht und gewertet werden, wofür es bisher aber noch kaum Beispiele gibt; meist geht man über solche Aktivitäten, ob sie nun positiv oder negativ einzuschätzen sind, verzerrend oder stillschweigend hinweg⁶⁹. Detailbetrachtungen wie eine hervorragende Untersuchung über die Stuttgarter Bauschule im Dritten Reich, die traditionelle Moderne betrieb, dabei sich aber deutlich vom Troost- und Speerschen Bauen absetzte, gleichwohl größte Ausstrahlung im Dritten Reich hatte, müßten noch auf das Verhältnis zum Gauleiter befragt werden⁷⁰, die im gleichen Gau Württemberg-Hohenzollern 1941 begründete wissenschaftliche Akademie des NS-Dozentenbundes, die eine Großhochschule Schwaben, eine „totale Universität“, verwurzelt in der Landschaft, hätte werden sollen und bis 1945 aktiv war, wäre ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten⁷¹. Besser sind die Aktivitäten der Gauleiter der neuen Reichsgaue erforscht, etwa die von Jury in Niederösterreich, der seinen Gau nach Mähren (mit einer Gauhauptstadt Brünn) ausdehnen und so gegenüber Wien selbständig machen wollte⁷²,

⁶⁵ Karl Teppe, Die Oberpräsidenten der Provinz Westfalen 1919–1945, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit (Festschrift Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag hg. v. Mitarbeitern u. Schülern), Göttingen 1982, S. 260–274, hier S. 271.

⁶⁶ Am 20. 5. 1943 stellte z. B. ein Verbindungsmann der Parteikanzlei im Reichpropagandaministerium fest, die geplante Einschärfung des Verbotes, daß die Gaue Leistungsberichte oder ähnliche Schriften veröffentlichen, sei nutzlos, da „die Gauleiter zuletzt doch tun, was sie wollen“: Akten der Partei-Kanzlei, II 4, S. 516 f., Regest Nr. 44 378.

⁶⁷ Wahl, Patrioten, S. 228 ff.; Jordan, Erlebt und erlitten, S. 259 ff.; Lauterbacher, Erlebt und mitgestaltet, S. 319 f.

⁶⁸ Hertel, Thüringen.

⁶⁹ Ein negatives Beispiel: Werner Bramke, Vom Freistaat zum Gau. Sachsen unter der faschistischen Diktatur 1933 bis 1939, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 31 (1983) S. 1067–1078. Völlig ohne Bezug zu den NS-Gau- und Regierungsaktivitäten Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986; aufschlußreich Otto Borst (Hg.), Das Dritte Reich in Baden und Württemberg, Stuttgart 1988.

⁷⁰ Wolfgang Voigt, Die Stuttgarter Bauschule, in: Borst, Reich, S. 250–271.

⁷¹ Hugo Ott, Universität und Hochschule, in: Borst, Reich, S. 137–148, hier S. 146 f.

⁷² Petr Nemeč, Gauleiter Dr. Hugo Jury und sein Wirken im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Thomas Winkelbauer (Hg.), Kontakte und Konflikte. Böhmen, Mähren und Österreich: Aspekte eines Jahrtausends gemeinsamer Geschichte, Horn 1993, S. 469–478.

oder von Eigruber in Oberösterreich, der seinen Gau gewissermaßen als „Mehrer des Reiches“ nicht nur auf Kosten Niederösterreichs und der Steiermark territorial erweitern konnte, sondern auch, immer mit Hilfe des an Linz besonders interessierten Führers, mehr Brücken- und Wohnungsbauten durchsetzte als andere Gaue, auch bei der Planung der Hütte Linz im Rahmen der Reichswerke eine erhebliche Rolle spielte⁷³. Im allgemeinen dürften die Gauleiteraktivitäten allerdings eher im kleineren, aber regional um so wichtigeren Rahmen geblieben sein, in Werbewochen etwa für die Wirtschaft, in Notstandsprogrammen für die Elendsgebiete, in Wohnungsbau-Aktivitäten, in Förderung von Sport- und Gesundheitsinitiativen, in der Sorge um regionale und kulturelle Einrichtungen, was alles als „Sozialismus der Tat“ firmierte. Es ist keine Frage, daß viele dieser Aktivitäten vor 1933 begonnen und von den Parteileuten nur in der Fertigstellung forciert wurden, aber es ist bemerkenswert, wie selbstverständlich die Gauleiter eben in die regionalen Traditionen der Vergangenheit eingetreten sind.

Die Kehrseite der Frage nach positiven Leistungen für den Gau ist die nach den Gauleiteraktivitäten mit negativen Wirkungen. Sie zielt dabei nicht auf die allgemeinen Folgen der Gauleiterherrschaft, die zu den Stützen des Systems gehörte und damit in der Sache wie in den Personen für die Aufrichtung und Aufrechterhaltung des nazistischen Unrechtsregimes verantwortlich war – die geringe Bereitschaft der Gauleiter selbst nach dem Zusammenbruch, sich von ihrem früheren Wirken zu distanzieren und ihr Unrecht einzugestehen, spricht hier eine deutliche Sprache. Die Verführung der Bevölkerung zu Nationalismus, Rassenhaß und Kriegsbereitschaft, die Besetzung von Stellen und Anweisung der Stelleninhaber nicht nach sachlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten, die Korruption in der Partei und der parteiabhängigen Verwaltung, die Willkür gegen jeden beliebigen nicht völlig konform gehenden Bürger bis hin zu Veranlassung von Haft und KZ-Einweisung, die – wenn auch in unterschiedlichem Maß – ihnen zur Last zu legen sind, können hier das Thema nicht sein. Zu fragen ist dagegen, ob in der Sache negative Maßnahmen ebenfalls regionsspezifisch, also auf den Gau bezogen sein konnten. Wenn dies zuerst, da die Unterdrückungsmechanismen allgemeiner Art waren, unwahrscheinlich scheint, so könnten doch dafür zwei Gebiete besonders in Frage kommen. Zum einen der Kirchenkampf, den mancher Gauleiter, etwa Hellmuth in Mainfranken, als für seinen Bezirk besonders wichtige Aufgabe begriff⁷⁴, während andere, etwa Schemm in Bayreuth (bis 1935), dies nicht so sahen⁷⁵; Gauleiter Kube in Brandenburg hatte sich 1933 sogar selbst auf religiösem Feld, als Promotor der Deutschen Christen, engagiert⁷⁶. Für die regionale Bestimmtheit des Kirchenkampfes waren freilich spezifische Bedingungen nötig, etwa die geschlossen katholische Bevölkerung des Oldenburger Münsterlandes, wo Gauleiter Röver 1936 den Kampf um die Schulkreuze vom Zaun brach und wo die Gegenseite, die letztlich triumphierte, deutlich regionale Argumente gebrauchte (. . . „kohlrabenschwarz . . . schon über 1000 Jahre mit unserem Landsmann Widukind an der Spitze“⁷⁷), oder ein lebendiges Brauchtum wie bei den Streitigkeiten um

⁷³ Harry Slapnicka, Oberösterreich – als es „Oberdonau“ hieß (1938–1945) (Beiträge zur Geschichte Oberösterreichs 5), Linz 1978, S. 130 u. S. 452 f.

⁷⁴ Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943. VI: Unterfranken, Mainz 1981, S. XLIX.

⁷⁵ Ebd. IV: Niederbayern und Oberpfalz, Mainz 1973, S. XXXIII ff.

⁷⁶ Vgl. Kurt Meier, Die Deutschen Christen, Halle 1964; Franz Menges, Wilhelm Kube, in: Neue Deutsche Biographie 13 (1982), S. 156 f.

⁷⁷ Joachim Kuropka (Hg.), Zur Sache – Das Kreuz!, Vechta 1987, S. 315.

die Maibäume in Bayern, die die Partei gegen die christlichen Vereine in Beschlag nehmen und im Rahmen moderner flächendeckender Organisation allgemein durchsetzen konnte, in diesem Fall als Förderer bayerischer Traditionspflege siegreich. Der zweite Bereich ist das Verhalten der Gauleiter bei der Verfolgung der Juden, die ihnen von Hitler immer wieder ganz persönlich ans Herz gelegt wurde. Hier wäre zu untersuchen, ob es regionale Unterschiede in der Juden-„Freimachung“ des eigenen Gaus gegeben hat, ob sich etwa der Verbalradikalismus des Augsburger Wahl bei relativer Milde in der Ausführung – wenn diese Deutung richtig ist⁷⁸ – vom wirklich todbringenden Radikalismus eines Goebbels regionalspezifisch unterschied; hier wäre auch das Verhältnis der Gauleiter zu den großen Konzentrationslagern – etwa Sauckels zu Buchenwald – zu untersuchen. Über diese beiden Bereiche hinaus wird man schließlich noch nach der sich oft negativ auswirkenden Gestaltung der Landschaft fragen können, nach regionalem Straßen- und Siedlungsbau, wenn er gewachsene und wertvolle Strukturen zerstörte, oder nach der Planung der Gauforen⁷⁹ und der Thingplätze, die oft erheblich in die bauliche Substanz eingriffen; allerdings dürfte auf diesem Feld das für das ganze Reich musterhaft Geplante vielfach das Regionale überwiegen.

Die bayerischen Gauleiter

Die bisher mehr strukturellen Betrachtungen und die vornehmlich methodischen Überlegungen haben die Realität der Gaus und die konkreten Persönlichkeiten der Gauleiter übermäßig in den Hintergrund treten lassen. Um dem entgegenzuwirken, empfiehlt es sich, nun zuletzt auf einige Gauleiter selbst zu blicken. Wenn als Feld dafür Bayern gewählt wird, so unter anderem deshalb, weil in den bayerischen Verhältnissen das, was man das Gesicht des Dritten Reiches genannt hat⁸⁰, besonders anschaulich wird. Blickt man auf diese Gauleiter, so erkennt man, daß Bayern geradezu ein klassisches Beispiel für die Selbsterkämpfung der Gaus darstellt. Das ist vor allem beim Nürnberger Julius Streicher sichtbar, der seine eigene frühe Parteigruppierung schon 1921 Hitler zugeführt hatte und sich nun als „Führer aller Franken“ gerierte, obwohl er schließlich nur das kleine Mittelfranken beherrschte; trotz aller Eigenmächtigkeiten und trotz vieler Korruptionfälle konnte er sich bis 1940 als Gauleiter halten, stets der Sympathie Hitlers sicher⁸¹, der ihm sogar beim Traditionsmarsch am 9. November zur Feldherrnhalle jeweils den ersten Platz überließ. In den letzten Kriegswochen, als sein Nachfolger Holz Nürnberg verteidigte, reaktivierte er sich selbst als Gauleiter und erlebte so das Kriegsende. In Konkurrenz zu den Bestrebungen Streichers, der bis 1928 Nordbayern (Gau Franken) als Untergau des Gaus Bayern geführt hatte, machten sich damals die Gauleiter von Unterfranken (das ab 1935 Mainfranken hieß) und Oberfranken selbständig. Gauleiter von Unterfranken wurde der Zahnarzt Dr. Otto Hellmuth, der schon lange der rechten Szene angehört hatte; Hellmuth, der sich 1934 als Regierungspräsident in die bayerische Verwaltung einbinden ließ, war keiner der starken Gauleiter, wurde aber bekannt durch

⁷⁸ Vgl. Edward N. Peterson, *The Limits of Hitler's Power*, Princeton/N.J. 1969, S. 348f.

⁷⁹ Winfried Nerdinger (Hg.), *Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945*, Ausstellungskatalog, München 1993, S. 20 ff., S. 28 ff., S. 54 ff.

⁸⁰ Joachim C. Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft*, München 1964; von den Gauleitern sind dort Goebbels und Baldur von Schirach behandelt.

⁸¹ Vgl. etwa Werner Jochmann (Hg.), *Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*, Hamburg 1980, S. 158 f. (Dezember 1941).

seine bösartigen antiklerikalen Nadelstiche gegen Geistlichkeit und Bischof in Würzburg⁸². Wesentlich bedeutender war der Lehrer Hans Schemm im oberfränkischen Bayreuth, der, eher der linksliberalen Szene entstammend, nach dem Hitlerputsch zur Partei stieß und durch sein die Zeitgenossen begeisterndes Redetalent schnell auf sich aufmerksam machte; wichtig war auch, daß es ihm gelang, seinen oberfränkischen NS-Lehrerbund zur reichsweiten Anerkennung zu bringen. Als Reichsleiter des Lehrerbundes stieg er 1933 dann schnell auf, er konnte die Gau Niederbayern und Oberpfalz an sich ziehen und wurde beim Umsturz 1933 bayerischer Kultusminister, als welcher er übrigens, wegen seiner verschwommen völkisch-religiösen Ideenwelt, erst einmal eher konservativ wirkte. Sehr profitiert hat von ihm seine Hauptstadt Bayreuth, in der seine Bauten noch heute eine Konstante bilden⁸³. Als Schemm 1935 tödlich verunglückte, wurde nicht sein Stellvertreter Ruckdeschel sein Nachfolger, sondern der thüringische Volksbildungsminister Wächtler, der, ohne Staatsamt, trotz vieler heftiger Initiativen sich keine echte Machtposition aufbauen konnte; er verstand sich übrigens als Spezialist für die Gauarbeit, insbesondere in der Abwehr gen Osten. Als er 1945 vor dem Feind auswich und daraufhin von einem SS-Kommando erschossen wurde, konnte Ruckdeschel doch noch für wenige Tage das Gauleiteramt von Bayreuth übernehmen. Auch Karl Wahl, der aus Württemberg stammte und nach dem Ersten Weltkrieg als Kanzleibeamter in Augsburg ansässig war, wurde 1928 Gauleiter, nämlich im Regierungsbezirk Schwaben. Daß er nach eigenen Angaben⁸⁴ von der Ernennung zum Gauleiter überrascht wurde, daß er stets für ordnungsgemäße Entwicklungen eintrat und sich wie der Würzburger als Regierungspräsident aufstellen ließ, kennzeichnet ihn ebenso als eher biedereren Verwaltungsbeamten wie die Tatsache, daß er Streicher für einen Schreier und Sadisten hielt⁸⁵. Wie schwach Wahl letztlich war, zeigt vor allem die bekannte Episode im Juli 1943, als er, offenbar in bester Absicht, als Reichsverteidigungskommissar mit dem Aufbau einer schwäbischen Gau-Heimatschutztruppe begann – ähnlich wie übrigens die Gauleiter von Baden und Hessen-Nassau –, aber auf heftigen Widerspruch von Himmler und der Parteikanzlei hin diese nach kurzer Zeit wieder auflösen mußte⁸⁶. Eine bemerkenswerte Persönlichkeit mit eigenständiger Politik war der Lehrer Josef Bürckel in der bayerischen Pfalz, der auch selbständige Wege in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, auch in der Schulpolitik ging und schon in den ersten Jahren keine Rücksicht mehr auf Bayern nahm; schon daß seine Gauleiterresidenz nicht in der Regierungshauptstadt Speyer, sondern in Neustadt, später in Saarbrücken war, die Hauptstadt des Reichskommissariats Saarpfalz dann in Kaiserslautern, zeigt diese Ablösung an, die ab 1940 faktisch die Pfalz für Bayern verloren gehen ließ⁸⁷. Die entscheidende Stelle der bayerischen NSDAP war aber natürlich München, wo Hitler ursprünglich den Gau Bayern sich selbst vorbehalten hatte. Als 1928 die Gau in Bayern selbständig und 1929 aus der Ortsgruppe München der Gau München, dann der Traditionsgau München-Oberbayern geschaffen wurde, begann der Aufstieg des Lothringers Adolf Wagner, Bergwerksdirektor und bald Gauleiter der Oberpfalz, eines der fanatischsten Gefolgsleute Hitlers in

⁸² Vgl. dazu vorläufig Reuß, Öffentlichkeit, S. 22 ff.

⁸³ Kühnel, Schemm.

⁸⁴ Wahl, Herz, S. 58 f.; Wahl, Patrioten, S. 37.

⁸⁵ Jochmann, Hitler, S. 431.

⁸⁶ Hüttenberger, Gauleiter S. 164 f.

⁸⁷ Hans Fenske, Josef Bürckel und die Verwaltung der Pfalz (1933–1940), in: Rebenisch, Teppe, Verwaltung, S. 135–172, hier S. 169.

Bayern⁸⁸; als Wagner 1933 Innen-, 1936 auch noch Kulturminister in Bayern geworden war, schien es, als könne er die ganze Macht in diesem Land an sich reißen⁸⁹; dies gelang ihm freilich nicht, da Hitler den Reichsstatthalter Epp, der seit 1933 die Staatsspitze in Bayern darstellte, nie fallen ließ und den Ministerpräsidenten Siebert, der ebenfalls seit 1933 amtierte, gegen Wagner deutlich unterstützte⁹⁰. Trotzdem stieg Wagner durch seine enge Verbindung mit Hitler, aber auch durch sein Organisationstalent und durch seinen eruptiven Aktivismus zum wahren Tyrannen in München auf, wie ihn Broszat bezeichnet hat; in einem fast renaissancehaften, durch Kunstbestrebungen verbrämten Gewaltregime übte er seine Herrschaft von der Gauleitung in der Prannerstraße und von seinem Residenzsitz in der Kaulbachstraße über München und ganz Bayern aus. Als er, 1942 durch Schlaganfall an weiterer Tätigkeit gehindert, 1944 starb, kam Hitler zu einem seiner letzten Auftritte nach München. Nachfolger Wagners wurde Paul Giesler aus Westfalen, der Bruder von Hitlers Architekt.

Überblickt man die bayerischen Gauleiter, deren Einzelaktivitäten hier nicht geschildert werden können⁹¹, so stellt sich zum Schluß noch einmal und vertieft die Frage: vertraten sie ihre Regionen, waren sie spezifisch bayerische Gauleiter, gab es eine bayerische NSDAP? Auch wenn die Frage hier nur gestellt werden kann und eine Antwort offen bleiben muß, ist doch schon deutlich geworden, daß die bayerischen Gauleiter, bis auf Wächtler und Giesler, in ganz exemplarischer Weise, durch den Kampf um ihren Gau und durch die Tätigkeit in ihren Gauen mit diesen eng verbunden waren, freilich auch, daß manche, und nicht nur Bürckel, eigentlich aus Bayern, zumindest aus dem bayerischen Staatsverband hinausdrängten, im Osten, im Westen und auch im fränkischen Norden – ob man sie als Vorläufer heutiger Regionalisierungsbestrebungen bezeichnen darf, sei dahingestellt. Festzustellen ist aber auch, was allerdings ebenfalls der wissenschaftlichen Untermauerung noch bedürfte, daß auch die Einheit Bayerns, der staatliche Rahmen also des zweitgrößten deutschen Landes und nun, nach der faktischen Auflösung Preußens, des einzig bedeutenden, einen Verteidiger unter den Gauleitern Bayerns gefunden hat, im mächtigsten nämlich unter ihnen. Wagner war zwar in unendliche Rivalitäten mit Siebert und Epp verstrickt, verlangte aber in seiner Eigenschaft als Führer im Traditionsgau, als doppelter Minister Bayerns und seit 1939 sogar als Reichsverteidigungskommissar von ganz Bayern in der Sache strikt und unnachgiebig die Unterordnung der zentrifugal tendierenden Gauleiter Bayerns unter sein Regiment, kehrte also letztlich zum alten Hitlerschen Gesamtgau Bayern zurück. Sein Nachfolger Giesler, der dann auch bayerischer Ministerpräsident wurde, konnte, da alle anderen Gauleiter in Bayern entweder schon ausgefallen waren oder gerade verdrängt wurden, in den letzten Tagen tatsächlich dieses Gesamterbe Bayerns antreten, um dann freilich selbst in den Abgrund zu stürzen.

Die Geschichte der NS-Gaue und NS-Gauleiter ist, auch wenn nicht nur Schatten zu verzeichnen waren, weder für das Reich noch für die deutschen Regionen ein Ruhmesblatt, ja in vielem, was die Persönlichkeiten und Durchsetzungsmethoden betrifft, für die deutschen Länder beschämend. Ohne Bedeutung waren sie nicht, und manches aus ihren

⁸⁸ Martin Broszat, Der Despot von München. Gauleiter Adolf Wagner, eine Zentralfigur der bayerischen NS-Geschichte, in: Süddeutsche Zeitung, 30./31. 3. 1985.

⁸⁹ Vgl. Walter Ziegler, München als politisches Zentrum Bayerns: Regierungssitz und Gauhauptstadt, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 212–218, hier S. 214 f.

⁹⁰ Vgl. Jochmann, Hitler, S. 154.

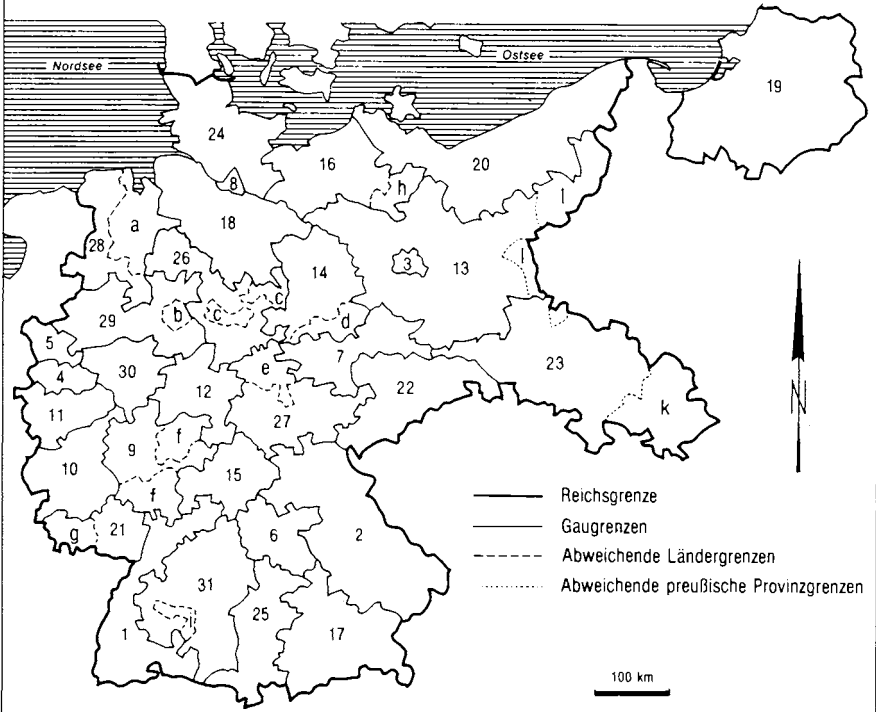
⁹¹ Vgl. meinen Aufsatz: Die nationalsozialistischen Gauleiter in Bayern, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 58 (1995), S. 427–460.

Unternehmungen, vor allem aber ihre enge Verbindung zu den Regionen, hat weiterreichende Wirkung gehabt, deren Untersuchung auf das Verhältnis von Zentralismus und Region im 20. Jahrhundert neues Licht werfen kann.

Gau und Gauleiter 1936/1943

(1936)	(Veränderungen 1943)	
1. Baden: Robert Wagner		
2. Bayerische Ostmark: – (Hans Schemm, gest. 1935)	Bayreuth:	Fritz Wächtler
3. Berlin: Dr. Joseph Goebbels		
4. Düsseldorf: Friedrich Karl Florian		
5. Essen: Josef Terboven		
6. Franken: Julius Streicher		Karl Holz
7. Halle-Merseburg: Rudolf Jordan		Joachim Albrecht Eggeling
8. Hamburg: Karl Kaufmann		
9. Hessen-Nassau: Jakob Sprenger		
10. Koblenz-Trier: Gustav Simon	Moselland	
11. Köln-Aachen: Josef Grohé		
12. Kurhessen: Karl Weinrich		
13. Kurmark: Wilhelm Kube	Mark Brandenburg:	Emil Stürtz Rudolf Jordan
14. Magdeburg-Anhalt: – (Friedrich Loeper, gest. 1935)		
15. Mainfranken: Dr. Otto Hellmuth		
16. Mecklenburg-Lübeck: Friedrich Hildebrandt	Mecklenburg	
17. München-Oberbayern: Adolf Wagner		Paul Giesler
18. Ost-Hannover: Otto Telschow		
19. Ostpreußen: Erich Koch		
20. Pommern: Franz Schwede-Coburg		
21. Pfalz-Saar: Josef Bürckel	Westmark	
22. Sachsen: Martin Mutschmann		
23. Schlesien: Josef Wagner	Niederschlesien: Oberschlesien:	Karl Hanke Fritz Bracht
24. Schleswig-Holstein: Heinrich Lohse		
25. Schwaben: Karl Wahl		
26. Süd-Hannover-Braunschweig: Bernhard Rust		Hartmann Lauterbacher
27. Thüringen: Fritz Sauckel		
28. Weser-Ems: Karl Röver		
29. Westfalen-Süd: Josef Wagner		Paul Giesler
30. Westfalen-Nord: Dr. Alfred Meyer		
31. Württemberg-Hohenzollern: Wilhelm Murr		
32.	Danzig-Westpreußen:	Karl Forster
33.	Wartheland:	Arthur Greiser
34.	Kärnten:	Friedrich Rainer
35.	Niederdonau:	Dr. Hugo Jury
36.	Oberdonau:	August Eigruber
37.	Salzburg:	Dr. Gustav Adolf Scheel
38.	Steiermark:	Dr. Siegfried Uiberreither
39.	Tirol-Vorarlberg:	Franz Hofer
40.	Wien:	Baldur von Schirach
41.	Sudetenland:	Konrad Henlein

Gaue der NSDAP 1937



Gaue:

- | | | |
|----------------------|------------------------------|-------------------------------|
| 1 Baden | 17 München-Oberbayern | a Oldenburg |
| 2 Bayerische Ostmark | 18 Ost-Hannover | b Lippe |
| 3 Berlin | 19 Ostpreußen | c Braunschweig |
| 4 Düsseldorf | 20 Pommern | d Anhalt |
| 5 Essen | 21 Saarpfalz | e Preußisches Thüringen |
| 6 Franken | 22 Sachsen | f Hessen-Darmstadt |
| 7 Halle-Merseburg | 23 Schlesien | g Saarland |
| 8 Hamburg | 24 Schleswig-Holstein | h Mecklenburg-Strelitz |
| 9 Hessen-Nassau | 25 Schwaben | i Hohenzollern |
| 10 Koblenz-Trier | 26 Süd-Hannover-Braunschweig | k Oberschlesien |
| 11 Köln-Aachen | 27 Thüringen | l Grenzmark Posen-Westpreußen |
| 12 Kurhessen | 28 Weser-Ems | |
| 13 Kurmark | 29 Westfalen-Nord | |
| 14 Magdeburg-Anhalt | 30 Westfalen-Süd | |
| 15 Mainfranken | 31 Württemberg-Hohenzollern | |
| 16 Mecklenburg | | |

Vorlage: Organisationsbuch der NSDAP, 1938

Kurt Düwell

Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates

Vorbemerkung

Nach dem 30. Januar 1933 und den ersten Schritten der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik hat das am 1. Dezember 1933 erlassene „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ der NSDAP das Machtmonopol einer Staatspartei verschafft. Aber die Präsenz des nationalsozialistischen Staates im Alltag der Menschen wurde weniger durch die Gegenwart eines fast „entrückten“ Führers bestimmt, der nur von Zeit zu Zeit im regionalen und lokalen Blickfeld der Zeitgenossen auftauchte, als vielmehr durch die Allgegenwart der Gauleiter, der stellvertretenden Gauleiter, der Gauamts-, Kreis- und Ortsgruppenleiter, die in das alltägliche Leben unmittelbar eingriffen. Dabei waren die Gauleiter als „Vizekönige“ Hitlers besonders hervorgehoben. Denn die Omnipräsenz der Partei im NS-Staat nach 1933 war in besonderem Maße auf deren Aktivitäten zurückzuführen. Die Gauleiter unterstanden unmittelbar dem Führer bzw. dessen Stellvertreter. Sie trugen ihm gegenüber „die Gesamt-Verantwortung für den ihnen anvertrauten Hoheitsbereich“¹. Sie wurden vom „Führer“ ernannt, wobei in der frühen Kampfzeit ihre Nominierung zuweilen auch durch das Votum der Kreisleiter zustande kommen konnte. In der Regime-Zeit waren dem Gauleiter sämtliche politischen Leiter seines Hoheitsbereichs disziplinar unterstellt, politisch darüber hinaus auch alle Parteimitglieder und die übrige Bevölkerung. Daraus ergab sich eine beträchtliche Machtfülle der Gauleiter, die das Recht hatten, in ihrem Hoheitsbereich politische Leiter zu ernennen und ihnen besondere Aufgaben zu übertragen, sie aber auch zu beurlauben oder abzuberufen, wobei allerdings die Bestimmungen des Personalamts der Partei in München zu berücksichtigen waren. Die Gauleiter trugen Hitler gegenüber auch die Verantwortung für die „weltanschauliche Erziehung und Ausrichtung“ der politischen Leiter, der Parteimitglieder und der Bevölkerung.

Für das Verhältnis zwischen Gauleiter und Kreisleiter war wesentlich, daß dem Gauleiter in seinem Gau ein Aufsichtsrecht „über sämtliche der Partei, deren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden als Aufgaben obliegenden Pflichten“ zustand. Er besaß das Recht und die Pflicht, Veranstaltungen und Handlungen, die der Zielsetzung der Partei zuwiderliefen, zu unterbinden. Diese durch Hitler und den Reichsorganisationsleiter der

¹ Vgl. Organisationsbuch der NSDAP, München 1936, S. 137. Über die Gauleiter vgl. in diesem Band den Beitrag Walter Zieglers und von den älteren Arbeiten die Untersuchung von Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19), Stuttgart 1969. An einer vergleichbaren zusammenfassenden Untersuchung über die Kreisleiter fehlt es noch immer, obwohl für einzelne Regionen, wie z. B. die unten genannten Studien von Horst Matzerath, Dieter Rebentisch und Karl Teppe zeigen, wichtige Vorstudien bereits vorliegen.

Partei festgelegten Bestimmungen grenzten das Aufsichtsrecht des Gauleiters aber zugleich auch ein, indem die in Verfolgung des Aufsichtsrechts notwendig werdenden Maßnahmen des Gauleiters sich an besonderen Vollmachten und Richtlinien zu orientieren hatten. Gewiß sah die Wirklichkeit dabei in vielem oft etwas anders aus, aber die Tatsache, daß die grundlegenden Daten der Gauleitervollmachten in allen sieben Auflagen des Organisationshandbuchs der NSDAP zwischen 1936 und 1943 im wesentlichen gleich blieben, zeigt doch, daß eine gewisse normierende Wirkung von diesen Vorgaben ausging. Die Unterordnung des stellvertretenden Gauleiters, der Gauamtsleiter, des Gauinspektors und der Kreisleiter unter den Gauführer war eine Folge des immer wieder zur Erklärung bemühten Führerprinzips. Dabei war die Rolle des stellvertretenden Gauleiters, des zweiten „Hoheitsträgers“ im Gau, grundsätzlich nur als eine den Gauleiter entlastende und an dessen Weisungen gebundene Tätigkeit gedacht. Sie war vor allem auf informatorische Aufgaben und auf die Kontrolle der Kreisleitungen und Kreisämter sowie die der Ortsgruppen bezogen, Aufgaben, die zur Entlastung des Gauleiters wahrgenommen werden sollten. Die rednerische Tätigkeit des stellvertretenden Gauleiters hing wesentlich von der Zustimmung seines Vorgesetzten ab. Nach 1933 waren die Anforderungen an die stellvertretenden Gauleiter deutlich angehoben worden. Sie sollten zuvor Kreis- oder Ortsgruppenleiter gewesen sein, möglichst aber aus der Gruppe der Gauamtsleiter (Gaugeschäftsführer, Gaupropaganda-, -schulungs-, -organisations-, -personalamtsleiter, Gauinspektore) stammen². Die dem stellvertretenden Gauleiter erteilten Vollmachten konnten aber von ihm nicht auf Gauamtsleiter weiter übertragen werden, während sehr wohl im Falle der Vakanz eines Gauamts dieses dem stellvertretenden Gauleiter vom Gauleiter selbst unterstellt werden konnte.

Wie beim stellvertretenden Gauleiter handelte es sich auch bei den Gauämtern – zumindest beim Gauschatzmeister bzw. beim Gaugeschäftsführer, der seit der Kampfzeit eine besonders hervorgehobene Stellung hatte, aber auch beim Gauorganisationsleiter, beim Gaupropaganda-, beim Gaupersonalamtsleiter und beim Gauinspekteur – um hauptamtliche Tätigkeiten. Eine Personunion mit anderen Ämtern war, mit einer Ausnahme beim Gaupropagandaleiter, ausdrücklich ausgeschlossen, um eine intensive Wahrnehmung der Gauamtsaufgaben zu gewährleisten. Die für den NS-Staat allgemein zu konstatierenden Ämterivalitäten traten auch auf dieser Gauebene häufig auf, weil die Gauamtsleiter die Aufgabe hatten, ihre Ämter in voller Verantwortlichkeit selbst zu leiten und nur in bestimmten Fällen die Genehmigung des Gauleiters bzw. der Reichsleitung einholen mußten. Sie waren allerdings dem Gauleiter verantwortlich und standen als „Gaustab“ zu ihm in einem besonderen Treueverhältnis, das bis zur „Cliquen“bildung führen konnte.

Eine herausgehobene Stellung hatten unter ihnen auch die Gauinspektore. In jedem Gau sollte es nach den frühen Vorstellungen der Organisationsleitung für je 1 Mio. Einwohner einen Gauinspekteur als Beauftragten des Gauleiters geben. Seine Aufgabe war es, Beschwerden nachzugehen und Sonderaufträge der verschiedensten Art für den Gauleiter auszuführen. Im Falle von Beschwerden konnte der Gauinspekteur die einzelnen Gauämter zur Prüfung einschalten. Auch war er für Gnaden-, Unterstützungs- und Darlehensgesuche zuständig.

Auch die Kreisleiter, aus deren Gruppe oft die Gauinspektore genommen wurden, waren dem Gauleiter unmittelbar unterstellt. Sie wurden auf Vorschlag des Gauleiters vom

² Organisationsbuch der NSDAP, 1936, S. 139. Ab 1942 kamen hierzu noch die Gaustabsamtsleiter, auf deren Auswahl z. T. die Parteikanzlei Einfluß nehmen konnte. Vgl. unten S. 170 ff.

„Führer“ ernannt, beurlaubt oder abberufen. Sie bildeten die unterste hauptamtlich geleitete Parteieinheit und waren an die fachlichen Weisungen der Gauamtsleiter gebunden. Die Zahl der Kreisleiter war im allgemeinen (ausgenommen kleine Gaue) größer als die Zahl der Ämter auf der Gauebene, und ihr Bereich deckte sich meist mit den staatlichen Verwaltungskreisen. Doch konnten auch mehrere Verwaltungskreise des Staates einen Parteikreis bilden. Dem Kreisleiter waren wiederum die politischen Leiter der Kreisämter, die vom Gauleiter ernannt wurden, unterstellt, aber auch die Ortsgruppen- und Stützpunktleiter eines Kreises. Für ihre, aber auch für die politische und weltanschauliche Erziehung der Parteimitglieder und der Bevölkerung war der Kreisleiter dem Gauleiter verantwortlich. Er besaß für seinen Hoheitsbereich ein besonderes Aufsichtsrecht und konnte Maßnahmen und Verbote treffen, in besonderen Fällen in Zusammenarbeit mit der Gauleitung oder sogar mit den Dienststellen der Gestapo. Im übrigen war seine Stellung als Beauftragter der NSDAP auch durch die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (RGBl. I, S. 49) und deren Ausführungsbestimmungen geregelt. Unter den herausgehobenen Stellen der Kreisämter befand sich meist der Kreisgeschäftsführer, der – häufig noch aus der Kampfzeit herrührend – oft auch politische Aufgaben erledigen konnte. Daneben besaßen der Kreisorganisations-, der Kreisschulungs-, der Kreispersonalamts-, der Kreispropaganda- und der Kreiskassenleiter eine besonders hervorgehobene Stellung. Diese Amtsträger durften gleichzeitig kein anderes Amt bekleiden.

Die Kreisleiter stellten das räumlich gesehen engmaschigste Netz der Parteiorganisation dar. In den Stadt- und Landkreisen außerhalb der Gauhauptstädte waren die Kreisleiter die am meisten sichtbaren Vertreter der Partei. Bis zum Erwerb des Sudetenlandes und dem Anschluß Österreichs, also für das Gebiet des sogenannten Altreichs, gab es um 1937/38 etwa 662 bis 687 Parteikreise. Hinzu kamen 1938 123 Kreise Österreichs und im Krieg 41 Kreise des Warthelands. Die Gesamtzahl unterlag aber dauernd einem gewissen Wechsel, da vor allem durch die Zusammenlegung von Parteikreisen die Zahl, wenn auch geringfügig, eher zurückging. Im Gau Kurmark ist dies sehr deutlich zu sehen, wo die Zahl der Parteikreise von 50 im Mai 1934 zunächst bis 1938 auf 37 reduziert und dann während der Kriegszeit nochmals auf 30 zurückgenommen wurde. In Bayern entfielen im Laufe der Jahre z. B. die eigenständigen Kreise Höchstadt (Gau Bayerische Ostmark), Scheinfeld und Uffenheim (Gau Franken), im Gau Süd-Hannover-Braunschweig der Parteikreis Harzburg. Dies hing z. T. auch mit Zusammenlegung einzelner Kreise zusammen, wie es z. B. für die Zusammenfassung der Kreise Münchberg und Naila (Gau Bayerische Ostmark, ab 1942 Gau Bayreuth) und im selben Gau auch für die Zusammenlegungen der Kreise Sulzbach-Rosenberg und Amberg zum Kreis Amberg-Sulzbach gilt. Im Gau Magdeburg-Anhalt wurden z. B. die Kreise Bernburg-Land und Bernburg-Stadt zum Kreis Bernburg und die Kreise Dessau-Land und Dessau-Stadt zum Kreis Dessau zusammengelegt, ähnlich die Kreise Quedlinburg und Ballenstedt zum Kreis Quedlinburg-Ballenstedt. Und auch die Schaffung des neuen Parteikreises Halberstadt stellte nach 1936 eine Zusammenfassung auf dem Gebiet der Parteikreise Wernigerode (Stadt) und Halberstadt (Stadt) sowie einiger Gemeinden im Umfeld Wernigerodes dar. Auch im Gau Ostpreußen und für den Gau Schwaben (Kreisleitungen Illertissen, Kaufbeuren und Schwabmünchen) lassen sich einzelne Zusammenlegungen nachweisen. Lediglich um Umbenennungen handelte es sich dagegen bei den Bezeichnungen der Kreise Bergstraße (vorher: Bensheim-Heppenheim) und Odenwald (vorher: Dieburg-Erbach) im Gau Hessen-Nassau. Die generelle Tendenz zur zahlenmäßigen Reduktion der Parteikreise wurde nur scheinbar durch die Erhöhung in Schlesien widerlegt, da hier durch den Krieg die zuvor

verlorenen oberschlesischen Teile als neue Kreise hinzukamen und sich ihre Zahl von 50 auf 60 erhöhte. Im übrigen ging die Zahl der Kreise aber insgesamt leicht zurück. Während des Kriegs wurde die Besetzung der Kreisleiterstellen vielfach zu einem personellen Problem.

Das den Alltag der Bevölkerung sehr stark bestimmende groß- und kleinregionale Koordinatensystem von Gau- und Kreisleitern zwingt die zeitgeschichtliche Forschung zu einer genaueren Wahrnehmung der Vorgänge auf diesen gleichsam mittleren und unteren öffentlichen Ebenen und einer Analyse der Makro- und Mikrobereiche des NS-Staates³. Gau- und Kreisleiterebene können dadurch im Vergleich eine kritische interpretatorische Vermittlung der zentralistischen und der regionalen Aspekte des NS-Staates ermöglichen⁴. In der folgenden Skizze soll daher versucht werden, die Stellung der Kreisleiter in Relation zu den Gauleitern und deren Gauämtern einerseits und zur staatlichen Verwaltung andererseits zu umreißen und insbesondere ihre Abhängigkeit von Gauleitern und stellvertretenden Gauleitern, je nach deren Rang in der Parteihierarchie, einzuschätzen. Dabei soll auch die Einflußnahme des Stellvertreters des Führers bzw. der Parteikanzlei, des Reichsschatzmeisters, der SS-Führung und einiger anderer Zentralstellen in den Grundzügen berücksichtigt werden.

Gau- und Kreisleiter in vergleichender Perspektive

Wie schon angedeutet, waren Gau- und Kreisleiter der NSDAP beide, wenn auch in unterschiedlicher Weise, mit wichtigen Kontroll- und Aufsichtskompetenzen ausgestattet. Beide konnten z. T. ihre Stellung auch durch zusätzliche staatliche Aufgaben verstärken. Wie Heinz Boberach für die Gaue Köln-Aachen und Koblenz-Trier (später „Moselland“) aufgezeigt hat, gab es in beiden Gauen 1933 65 Reichstagsabgeordnete und Mitglieder des Preußischen Landtags. Von ihnen waren neben den beiden Gauleitern Grohé und Simon 19 Kreisleiter und 11 Gauamtsleiter der Partei, außer weiteren 22 haupt- und nebenamtlichen Führern der SA, der SS und anderer Gliederungen. Die Kreisleiter kamen überwiegend aus dem unteren Mittelstand. Von 53, deren Lebensläufe Boberach untersuchen konnte, übten 22 ihr Parteiamt hauptberuflich aus, die übrigen Kreisleiter waren vor allem auf die Unterstützung durch den hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer angewiesen. Die Laufbahn eines hauptamtlichen Kreisleiters erwies sich oft als attraktiv für „alte Kämpfer“ aus dem unteren Mittelstand. Wie Boberach festgestellt hat, lagen die Monatsbezüge eines Kreisleiters 1939, je nach Größe des Kreises, zwischen 440 und 750 RM,

³ Vgl. Franz-Josef Heyen, Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 9), Boppard 1967, S. VIIff.; Kurt Düwell, Vergleichende Strukturfragen einer Regionalgeschichte der NS-Zeit, in: Probleme und Methoden vergleichender Landesgeschichte (Staatliches Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz, Studienmaterialien 25), Speyer 1979, S. 92–116; Ders., Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte (JbWLG) 9 (1983), S. 287–344.

⁴ Vgl. Kurt Düwell, Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942. Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde (Rheinisches Archiv. Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 65), Bonn 1968, S. 33f.; Ders., Der Nationalsozialismus im Spiegel regional- und lokalgeschichtlicher Entwicklungen. Neuere landesgeschichtliche Ansätze und das Problem der Gesamtsicht, in: Wolfgang Isenberg (Hg.), Debatten um die lokale Zeitgeschichte. Methoden, Träger, Themen, Formen (Bensberger Protokolle 67), Bergisch Gladbach 1990, S. 45–60.

d. h. zwischen den Endgehältern von Justizinspektoren und Landräten. Sie stiegen 1942 durch eine Besoldungsreform stärker an als die Beamtengehälter, so daß es z. B. ein früherer Schneider in einem rechtsrheinischen Landkreis als Kreisleiter auf 925 RM brachte – immerhin das Endgehalt eines Oberregierungsrats in einer Großstadt. Auch konnten, wie z. B. für den Kreis Trier Stadt für 1941 nachzuweisen ist, auch besondere Aufwandsentschädigungen für Kreisleiter als Gauinspektoren oder für besondere Aufgaben in einem Grenzkreis bezahlt werden⁵. Nach den Berechnungen Boberachs erreichte ein Kreisleiter in einem mittelgroßen Stadtkreis mit 1187 RM fast die Bezüge eines Regierungspräsidenten! Galt dies für hauptberufliche Kreisleiter, so erwies sich aber auch die Tätigkeit als nebenamtlicher Kreisleiter als attraktive Karrierebasis, indem hierfür eine Aufwandsentschädigung gezahlt wurde und viele Kreisleiter zu Landräten, Bürgermeistern und Beigeordneten mit vollem Gehalt ernannt wurden. Im Gau Koblenz-Trier verließ, wie die Informationsmitteilungen „Der Führer“ (1/1938) meldeten, ein nebenamtlicher Kreisleiter seinen Posten, weil er das Landratsamt vorzog. Ein anderer Kreisleiter wollte („Der Führer“ 9/1938) in seinen Beruf zurückkehren, ein dritter wurde Bürgermeister und schied als Kreisleiter aus. Auch im Gau Köln-Aachen zogen (laut „Der Führer“ 3/1938 und 6/1939) zwei Kreisleiter das Landratsamt vor, ein dritter übernahm schon 1936 das Gauschulungsamt, während umgekehrt ebenfalls 1936 ein Gauamtsleiter in ein Kreisleiteramt wechselte.

Sowohl die Gauamtsleiter- als auch die Kreisleiterstellen erwiesen sich vielfach als eine Karrierebasis für weiteren Aufstieg, auch über die Parteiorganisation hinaus. Nach derselben Quelle wechselte 1940 ein Kreisleiter des Gaus Köln-Aachen auf eine der dreizehn Stellen als Reichstreuhand der Arbeit, ein Gauamtsleiter des Gaus Koblenz-Trier wurde 1936 in die Reichspropagandaleitung nach München berufen. Ein Gauamtsleiter des Gaus Düsseldorf wurde 1936 Sparkassendirektor und gab sein Parteiamt auf. Ein Kreisleiter des Gaus Essen wurde 1938 Bürgermeister in Moers, etwa gleichzeitig ein Gauleiter desselben Gaus Hauptstellenleiter im Hauptamt Technik der Parteizentrale in München und bald darauf Amtschef im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.

Diese Fluktuation unterhalb der Gauleiterebene läßt sich auch für andere Gae immer wieder feststellen. Aus dem Gau Saarpfalz wurde ein Kreisleiter 1937 Oberbürgermeister von Saarbrücken. Ein anderer übernahm 1938 den Vorsitz im Gaugericht. Zwei Gauamtsleiter desselben Gaus schieden aus, weil der eine Oberbürgermeister, der andere Kreisleiter im selben Gau wurde. Auch im Gau Baden schied 1936 ein Gauamtsleiter aus und wurde zum Kreisleiter ernannt. Solche Übergänge vom Gauamts- zum Kreisleiter ließen sich vielfach belegen und können als Zeugnis für die herausgehobene Stellung der Kreisleiter bzw. für deren relativ günstigere Karrieremöglichkeiten verstanden werden. Zwei nebenamtliche Kreisleiter gaben 1936 ihr Parteiamt im Gau Baden auf, um besser Bürgermeister bleiben zu können. Ein anderer Kreismeister wurde 1937 Polizeipräsident von Karlsruhe und schied aus dem alten Parteiamt aus.

Es scheint, daß im Durchschnitt die Gauamtsleiter bei einem Wechsel weniger oft eine hauptamtliche Parteiposition verließen als die Kreisleiter, die sehr oft in ein staatliches Amt wechselten. Im Gau Westfalen-Nord schied 1938 ein Kreisleiter aus, um wieder Kreisschulrat zu sein, ein anderer wurde im selben Jahr Hauptschriftleiter. Doch findet sich auch der Übergang eines Kreisleiters in die Gauamtsleitung (NSV-Leitung des Gaus), während ein anderer Gauamtsleiter 1938 zum Amtsleiter im Stab des Stellvertreters

⁵ Bundesarchiv (BA), Außenstelle Berlin-Zehlendorf (früher BDC), 1 080 033 006 Parteikorrespondenz.

des Führers ernannt und ein weiterer ebenfalls in die Reichsleitung der Partei berufen wurde. Ein anderer Gauamtsleiter wurde 1938 im selben Gau zum Kreisleiter ernannt. Auch aus dem Gau Westfalen-Süd ging 1938 ein Gauamtsleiter als Hauptstellenleiter in die Reichsorganisation nach München, während ein nebenamtlicher Kreisleiter ausschied, um sich ganz seinem Amt als Landrat zu widmen. In der Kriegszeit übernahm im selben Gau anscheinend ein Kreisleiter auch das Amt eines (kommissarischen?) Gauamtsleiters. Möglicherweise ist es dann in den späteren Kriegsjahren auch in anderen Fällen aus Personalmangel zu solchen Verbindungen gekommen. Vereinzelt Belege ließen sich hierfür schon oben nennen.

Vor dem Krieg hatte die starke Fluktuation der Gauamts- und Kreisleiter dazu geführt, daß eigens für diese ausgeschiedenen Amtsträger das Recht eingeführt wurde, spezielle Ehrenuniformen für ehemalige Gauamts- und Kreisleiter zu tragen. Dieses Recht wurde dann wohl sogar auch noch auf Personen ausgedehnt, die nie Gauamts- oder Kreisleiter gewesen waren, aber wegen ihrer Verdienste um die Partei durch ein solches Zeichen geehrt werden sollten. In einzelnen Fällen kam es groteskerweise, wie z. B. im Gau Koblenz-Trier 1938, zur Verleihung des Rechts, die Uniform eines „ehemaligen Gauleiters“ oder, wie im Gau Saarpfalz geschehen, die eines „ehemaligen Stellvertretenden Gauleiters“ tragen zu dürfen.

Diese Beispiele mögen hier genügen, um das Ansehen und die starke Fluktuation der parteilichen Amtsstellenleiter unterhalb der Gauleiterebene besonders nach 1936 aufzuzeigen. Die Wechsel wurden anscheinend besonders durch die Aufhebung der Parteiaufnahmesperre im Jahre 1937 bedingt, als die Zunahme der Mitgliederzahlen sowohl in der regionalen Organisation der NSDAP als auch in der Parteizentrale in München zu personellen Verstärkungen zwang. Auf der Ebene der Gauleiter hat es dagegen bis dahin kaum personelle Veränderungen gegeben. Auch fanden nur sehr wenige Wechsel unter den Stellvertretenden Gauleitern statt. Allerdings sind diese Positionen bis 1936 überhaupt noch nicht überall besetzt gewesen. So hat es z. B. in den westlichen Gauen Essen, Westfalen-Nord und Westfalen-Süd anscheinend erst ab 1935 offiziell Stellvertretende Gauleiter gegeben. Sie waren als „Befehlsleiter“ den Gauamts- und den Kreisleitern übergeordnet und blieben meist auch in der Kriegszeit auf ihren herausgehobenen Parteistellen. Eine der relativ wenigen Ausnahmen war der Stellvertretende Gauleiter des Gau Koblenz-Trier („Moselland“), der nach 1942 zeitweise zum Obersten Parteigericht nach München abgeordnet war.

Angesichts der schon erwähnten relativ starken personellen Wechsel der Kreisleiter erwies sich in vielen Fällen das Verhältnis dieser Parteileute zur Zivilverwaltung, insbesondere zu den Landräten, als von großer Bedeutung und oft genug als ein Konfliktpunkt. Nicht selten kam es hier zu Spannungen, die schon bald nach dem 30. Januar 1933 deutlich wurden und unter dem Druck der Gauleitungen zu einer ganzen Reihe von Entlassungen von Landräten führten. Es gab dabei besonders krasse Fälle. Ein spektakulärer Fall war die im Juni 1933 im Landkreis Köln durch eine nationalsozialistische Demonstration erzwungene Ersetzung des Landrates durch den Kreisleiter der NSDAP. Horst Matzerath hat mehrere ähnliche Fälle auch im städtischen Bereich nachgewiesen⁶. Im Kreis

⁶ Vgl. Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970, S. 33ff.; Ders., Der Nationalsozialismus und die Oberbehörden und Großstadtverwaltungen in Rheinland und Westfalen, in: Kurt Düwell u. Wolfgang Köllmann (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Beiträge zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 3, Wuppertal 1984, S. 116–136. Zu Hannover und Westfalen vgl. auch Jeremy Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony, Oxford 1971 und Karl Teppe, Provinz, Partei, Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich, untersucht am Beispiel Westfalen, Münster 1977.

Trier-Land wurde ein dem Zentrum nahestehender Landrat durch eine telegrafische Denunziation beim Innenministerium zu Fall gebracht, indem berichtet wurde, der Landrat habe anlässlich einer Eberkörnung für das preisgekrönte Schwein den Namen Hitler vorgeschlagen⁷. Allein in den beiden Gauen Köln-Aachen und Koblenz-Trier wurden, wie Boberach feststellen konnte, zwischen 1933 und 1938 von 45 Landräten sieben entlassen und durch Nationalsozialisten ersetzt. In einem Fall wurde ein Reichsbahnassistent nach Meinung des zuständigen Referenten im Innenministerium nur deshalb zum Landrat ernannt, weil er die Prüfung für den Mittleren Dienst nicht bestanden und auch als Kreisleiter versagt hatte⁸.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg vorgelegten Geschichten einzelner Landkreise gehen auf die Spannungen zwischen den Landräten und den Kreisleitern der Partei nur relativ spärlich ein⁹. Hier hat sich allerdings seit 1991 mit den Arbeiten von Alfred Kurt und Otto Schlender über den Kreis Offenbach sowie einer Studie von Hartmut Lohmann über den Landkreis Stade ein deutlicher Wandel angebahnt¹⁰. Auf die hier bestehende Lücke haben zuvor 1988/89 schon Peter Hüttenberger und Dieter Rebentisch hingewiesen¹¹. Denn gerade auf der Kreisebene kam die Spannung zwischen nationalsozialistischer Parteiorganisation und ziviler Verwaltung oft sehr kraß zum Ausdruck, zumal durch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 die Stellung der Landräte, nicht als Selbstverwaltungsorgan der Kreise, aber als staatliche Instanz, wesentlich gestärkt worden war. Anders als im italienischen Faschismus, wo Mussolini das Prinzip der Substitution staatlicher Gewalt durch die Partei zum Prinzip erklärt und die parallel zu staatlichen Institutionen auch auf der regionalen und lokalen Ebene betriebene „Doppelung“ („duplicazione“) der Parteieinrichtungen in Konkurrenz zu staatlichen Stellen systematisch vollzogen hatte, war in Deutschland die staatliche Seite von Hitler vielfach eher stabilisiert worden. Trotzdem kam es zu zahlreichen Konflikten zwischen Landräten und Kreisleitern bzw. zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Reichsinnenministerium, dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsorganisationsleiter der Partei, der dabei seine Ordensjunker unterbringen wollte, über die Besetzung der Landratsstellen, eine Auseinandersetzung, auf die

⁷ Vgl. Heinz Boberach, Funktionäre und Mitläufer. Struktur und Träger der nationalsozialistischen Herrschaft. Funkmanuskript des WDR, Landesredaktion, vom 26. Juli 1969, S. 14.

⁸ Ebd., S. 15. Vgl. zu dieser Region auch Leo Haupts u. Georg Mölich (Hg.), Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft im Rheinland (Geschichte in Köln, Sonderheft 3), Köln 1983.

⁹ Vgl. Hans-Gerd Dick, Die Zeit des Nationalsozialismus in Kreisgeschichten. Bestandsaufnahme und neue Fragestellungen, in: Geschichte im Westen 9 (1994), S. 75–83.

¹⁰ Vgl. Alfred Kurt u. Otto Schlender, Der Kreis Offenbach und das Dritte Reich. Leben und Politik, Verfolgung und Widerstand im Kreis, 1930–1945, Dreieich 1991; Hartmut Lohmann, „Hier war doch alles nicht so schlimm“. Der Landkreis Stade in der Zeit des Nationalsozialismus (Beiträge des Landkreises Stade zu regionalen Themen 8), hg. v. Landkreis Stade, Stade 1991. – Einen wichtigen neuen, wenn auch nicht durchgehend realisierten Ansatz enthält auch die inzwischen veröffentlichte Dissertation von Manfred Kieserling, Faschisierung und gesellschaftlicher Wandel. Mikroanalyse eines nordhessischen Kreises, 1928–1935, Wiesbaden 1991. Hinzuweisen ist hier auch noch auf die umfangreiche Arbeit von Wolfgang Dietz, Der Landkreis Neuwied. Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Nachkriegszeit, hg. v. Landkreis Neuwied, Neuwied 1992.

¹¹ Vgl. Peter Hüttenberger, Die Entwicklung der rheinisch-westfälischen Landkreise, in: 100 Jahre Kreisordnung in Nordrhein-Westfalen, hg. v. Landkreistag Nordrhein-Westfalen, München 1988, S. 17; Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S. 25. Vgl. als Ansatz auch Ders. (Hg.), Dreieich zwischen Parteipolitik und „Volksgemeinschaft“. Fünf Gemeinden in Dokumenten aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit, Frankfurt/M. 1984, S. 287ff.

schon Hans Mommsen 1966 hingewiesen hat¹². Aber obgleich selbst die Parteikanzlei schließlich eine Personalunion von Kreisleitern und Landräten ebenso ablehnte wie eine Personalunion zwischen dem neugeschaffenen Amt des Präsidenten der Gauwirtschaftskammer und dem Gauwirtschaftsberater, ist es doch, mindestens in den besetzten Ostgebieten, vielfach zu einer Personalunion von (oft kommissarischen) Landräten und Kreisleitern gekommen. Ähnliches wurde für eine Personalunion von Kreisleiter und Bürgermeister geplant. Die von Hans Mommsen publizierten Dokumente zeigen, daß dies nach Kriegsbeginn unter den besonderen Bedingungen des Ostens, vor allem durch die besondere Stellung des Reichsstatthalters Arthur Greiser im „Reichsgau Wartheland“, möglich war und daß es hierbei vielfach um die Versorgung von Parteimitgliedern ging, die teils vom Reichsinnenministerium, teils vom Stellvertreter des Führers und teils vom Reichsorganisationsleiter der Partei vorgeschlagen wurden. Frick lehnte es jedoch in mehreren Fällen ab, die von Greiser in seiner Eigenschaft als Reichsstatthalter recht willkürlich eingesetzten Kreisleiter als Landräte anzuerkennen, weil er dadurch eine erhebliche Qualitätsminderung der Verwaltung kommen sah. Es war nämlich nach Kriegsbeginn mehr und mehr damit zu rechnen, daß auch im Altreich freiwählende Landratsstellen mit Kreisleitern der Partei besetzt würden, wobei der Gau Saarpfalz schon Ende 1939 voranging und man im Reichsinnenministerium mit weiteren Anträgen aus Bayern rechnete¹³. Bürckel als Gauleiter der Saarpfalz, dann zugleich Reichsstatthalter von Österreich und schon seit September 1939 auch Reichsverteidigungskommissar, konnte in der Landratsfrage gegenüber dem Reichsinnenministerium unabhängiger auftreten als seine benachbarten Gauleiter Simon (Koblenz-Trier) und Grohé (Köln-Aachen), die über soviel staatliche Macht nicht verfügten. Im Westen war es nur der badische Gauleiter Robert Wagner, der als Reichsstatthalter aus seiner größeren Unabhängigkeit heraus ebenfalls versuchte, in seinem Gau das Amt des Landrats mit dem des Kreisleiters zu vereinigen¹⁴.

Diese Versuche waren z. T. die Folge davon, daß 1937 die Anstrengungen Fricks gescheitert waren, durch ein Kreisverfassungsgesetz den Einfluß der Partei in der ländlichen Selbstverwaltung eher einzuschränken. Vor allem war es Heß, dem das Nichtzustandekommen einer deutschen Kreisordnung zuzuschreiben war. Dies hatte umgekehrt dazu geführt, daß dem Kreisleiter als Sonderbeauftragtem der Partei für Gemeindefragen faktisch eine stärkere Stellung zuwuchs. Das lag z. T. aber auch daran, daß – worauf schon Horst Matzerath hingewiesen hat – den Kreisleitern nicht nur durch ihre Personalpolitik, sondern auch durch ihren Einfluß auf die regionalen Schulungsmaßnahmen der Partei und teilweise auch durch alltägliche Pression beträchtliche Machtmöglichkeiten entstanden waren¹⁵.

¹² Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13), Stuttgart 1966, S.224ff.

¹³ Ebd., S.227.

¹⁴ Vgl. Johnpeter Horst Grill, Robert Wagner, in: Ronald Smelser, Enrico Syring, Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite II*, Darmstadt 1993, S.254–267, hier S.262. Vgl. Klaus Tellenbach, *Die Badische Innere Verwaltung im Dritten Reich*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 134 (1986), S.377–412, S.390. Zu Bürckel vgl. auch Hans Fenske, Josef Bürckel und die Verwaltung der Pfalz (1933–1940), in: Dieter Rebenitsch u. Karl Tepe (Hg.), *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers*, Göttingen 1986, S.153–173. Allgemein zur Verwaltungsgeschichte der nördlichen Rheinlande vgl. Horst Romeyk, *Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914–1945* (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 63), Düsseldorf 1985.

¹⁵ Vgl. auch Hans Fenske, *Bürokratie in Deutschland*, Berlin 1985, S.41 ff. Martin Hirsch, Diemut Majer, Jürgen Meinck (Hg.), *Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften*, Köln 1984.

Das Problem einer Personalunion von Kreisleiter und Landrat wurde, wie schon Hans Mommsen dokumentiert hat, selbst vom Stab des Stellvertreters des Führers etwa seit Anfang des Jahres 1940 durchaus kritisch gesehen. Die Diskussion einer Unterscheidung zwischen „Aufgaben der Menschenführung“ einerseits, die von der Partei (vor allem durch die Kreisleiter) wahrzunehmen seien, und den Verwaltungsaufgaben der Landräte andererseits, war zwischen dem Reichsinnenminister und dem Stellvertreter des Führers schon in vollem Gange. Sie war in den letzten Jahren besonders Gegenstand der Forschungen von Dieter Rebentisch und Karl Teepe¹⁶. Dabei hat sich ergeben, daß die Gauleiter die Frage einer Personalunion von Kreisleiter und Landrat nicht ganz so gesehen haben, wie dies im Stabe des Stellvertreters des Führers der Fall war. Für sie war es eine Machtfrage, daß sie in wenigstens einigen Fällen einen ihrer Kreisleiter, mindestens als kommissarischen Landrat, durchsetzen und so ihren Einfluß auf die Verwaltung im Gaugebiet stärken konnten. Zwar hatte der Stab des Führers das Machtinteresse der Gauleiter wahrgenommen und diesem durch ein besonderes Informationsrecht der Kreisleiter und eine Informationspflicht des Landrats gegenüber dem Kreisleiter sowie durch den Plan zu einem politischen Weisungsrecht des Kreisleiters gegenüber dem Landratsamt zu entsprechen gesucht. Aber die Gauleiter selbst sahen dies eher als Einschränkung ihrer Macht an, auch wenn Bormann noch im August 1942 als Leiter der Parteikanzlei „eine Belastung der Partei mit Funktionen der Exekutive“¹⁷, auch in der Form einer Personalunion von Kreisleiter und Landrat, ablehnte: „Das Amt des Oberbürgermeisters oder eines Landrats verlangt einen Mann, der die nötigen Verwaltungsfähigkeiten besitzt, das Amt des Kreisleiters jedoch einen Parteigenossen, der Menschen führen kann“¹⁸. Elemente dieser Kunst der Menschenführung waren danach: Instinkt, Intuition und „dynamischer Schwung“¹⁹. Die Gauleiter erkannten nicht immer, daß der „Schwung“ der Kreisleiter sie im Landratsamt, selbst wenn sie zu diesem Amt qualifiziert waren, verlassen könnte.

Im Stab des Stellvertreters des Führers hielt man es dagegen auf der Ebene der Gauleiter eher für möglich, mit diesem Parteiamt auch ein Staatsamt zu verbinden, etwa als Reichsstatthalter. Das Bemühen des Gauleiters Simon im Gau Moselland war im Krieg darauf gerichtet, wenn schon nicht zum Reichsstatthalter, so doch wenigstens zum Leiter eines „Reichsgaues“ ernannt zu werden, um so eine größere Unabhängigkeit vom Reichsinnenminister zu gewinnen. Sein Argument gegenüber dem Reichsinnenminister, aber auch gegenüber der Parteileitung, war dabei, daß mit der Besetzung Luxemburgs und der Eingliederung dieses wirtschaftlich wichtigen Nachbarlandes in den im Januar 1941 umbenannten Gau Moselland das politische und ökonomische Gewicht dieses Gaues so gewachsen sei und die Zuständigkeit des Gauleiters und Chefs der Zivilverwaltung in Lu-

¹⁶ Vgl. Rebentisch u. Teepe, *Verwaltung. Zur Frage der Personalunion von Parteiamt und Landrat* vgl. auch Dieter Rebentisch, *Innere Verwaltung. Die Behörden, ihre Aufgaben und ihr Verhältnis zur NSDAP und deren Gliederungen*, in: Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg Chr. von Unruh (Hg.), *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. IV, Stuttgart 1985, S. 732–774, hier S. 757; zum Gesamtzusammenhang Ders., *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik, 1939–1945* (Frankfurter historische Abhandlungen 29), Stuttgart 1989.

¹⁷ Dazu vgl. Mommsen, *Beamtentum*, S. 239.

¹⁸ Ebd., S. 241.

¹⁹ Vgl. auch Horst Romeyk, *Der preußische Regierungspräsident im NS-Herrschaftssystem. Am Beispiel der Regierung Düsseldorf*, in: Rebentisch, K. Teepe, *Verwaltung*, S. 121–140.

xemburg – ein neues Amt Simons seit Juli 1940 – so sehr zugenommen habe, daß nur durch eine Anerkennung als „Reichsgau“ dieser Tatsache Rechnung getragen werden könne²⁰. Auch die aufgrund des Ostmarkengesetzes vom 14. April 1939 zustande gekommenen sieben österreichischen Reichsgaue schienen dabei für Simon ein Vorbild zu sein. Simons Pläne mißlangen, obwohl er wiederholt Druck auf die Reichsleitung auszuüben versucht hatte, sei es z. B. dadurch, daß er sich gegenüber dem Reichserziehungsministerium weigerte, in seinem Gau die Richtlinien für die deutschen Lehrerbildungsanstalten einzuführen, sei es, daß er, wie ihm gar ein fanatischer HJ-Gebietsführer noch im Oktober 1944 in einem Schreiben, vermutlich an Kaltenbrunner oder sogar an Hitler, vorwarf, auch andere „partikularistische Maßnahmen“ und immer wieder „die Autorität des Führers schädigende, reichsleitungsfeindliche Handlungen“ begangen habe²¹. Simon habe aus seinem Hoheitsgebiet eine „moselländische, hermetisch abgeschlossene Gaueinheit“ gemacht²².

Geht man diesen dramatisch zugespitzten Vorwürfen eines höheren HJ-Führers nach, der immerhin zu diesem Zeitpunkt 36 Jahre alt war, so sind viele der machtpolitischen Aktionen der Gauleiter unter einem bestimmten sicherheitspolitischen Gesichtspunkt zu sehen, nämlich als Abwehr gegenüber dem Sicherheitsdienst der SS. Das gilt auch in diesem Fall. Die meisten Gauleiter suchten, ihren Gaustab und die Kreisleiter ihres Gaues „hermetisch“ gegen den SD der SS abzuschirmen. Die Klagen der Gauleiter, daß der SD in Parteisachen „herumschnüffele“, wie es die Gauleiter Florian und Weinrich einmal bezeichneten²³, ließen sich in der Sache vielfach belegen und brachten die meisten Gauleiter dazu, ihren Gaustab und die Kreisleiter fest auf sich zu verpflichten. In dem genannten Fall ging Simon so weit, „daß er in seinem Stab und in den Kreisen durch den Kreisleiter jeden politischen Leiter vor die ultimative Forderung stellte, entweder sein Parteiamt sofort niederzulegen oder ehrenwörtlich zu erklären, daß er nicht Mitarbeiter des SD sei“²⁴. Unter der von Himmler seit 1943/44 gewonnenen Machtstellung der SS wurde dieser Abwehrkampf der Gauleiter aber immer schwieriger, zumal sie gleichzeitig auch von Seiten der Parteikanzlei Bormanns unter zunehmenden Druck gerieten. Eines der Mittel Bormanns war dabei das neue Amt des „Gaustabsamtsleiters“.

²⁰ Auf diese Zusammenhänge wird in Kürze Herr Dr. Emile Krier in einer größeren Arbeit über die wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs unter der deutschen Besatzung eingehen. Vgl. auch Horst Romeyk, *Der Gau Moselland in der nationalsozialistischen Reichsreform*, in: *JbWLG* 11 (1985), S. 247–269, hier bes. S. 254 und S. 267f., sowie Paul Dostert, *Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe*, Luxemburg 1985, S. 78–84. Zur Bedeutung der während des Kriegs errichteten Gauwirtschaftskammern vgl. auch die Fallstudie von Gerhard Kratzsch, *Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP Menschenführung, „Arisierung“, Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat* (Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe 27), Münster 1989, S. 480ff.

²¹ BA, Außenstelle Berlin-Zehlendorf (früher BDC), Schreiben des HJ-Gebietsführers Moselland vom 5. Oktober 1944, Nr. 1050059566 und 9570 Parteikorrespondenz.

²² Ebd.

²³ Vgl. Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 176. Zu Bürckels ambivalenten Beziehungen zum SD vgl. Dieter Wolfanger, Anton Dunckern, der erste Gestapochof des Saarlandes und spätere Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Lothringen und Saarpfalz, in: *JbWLG* 18 (1992), S. 303–324, bes. S. 311f.

²⁴ Zitat aus dem erwähnten Bericht des in Anm. 21 schon angegebenen HJ-Gebietsführers.

Gaustab und Kreisleiter

Die meisten Gauleiter hatten ihre Macht schon in der „Kampfzeit“ allmählich auf- und ausbauen können. Einige waren in dieser Bewährungsphase sogar noch, wie Josef Bürckel 1926 im alten Gau „Rheinpfalz“, von den Kreisleitern gewählt worden²⁵. Wie Bürckel gewannen viele Gauleiter in den folgenden Jahren ihren Gaustab („Gauclique“) und ihre Gefolgsleute unter den Kreisleitern, so daß hier ein festes Gefüge entstand. Aber nicht immer kam es dabei zu der verschworenen Gemeinschaft, die sich wohl jeder Gauleiter wünschte. Als z. B. im Oktober 1935 der Gauleiter des Gau^s Magdeburg-Anhalt und Reichsstatthalter für Braunschweig und Anhalt, Wilhelm Friedrich Loeper, starb, hatte es in diesem Gau schon zuvor scharfe Auseinandersetzungen innerhalb des Gaustabs gegeben. Diese Konflikte wirkten sich auch auf die Kreisleiterebene aus. Loeper hatte noch die Auseinandersetzungen, die auch von finanziellen Mißständen des Gaukassenwesens begleitet waren, dadurch zu beheben gewußt, daß er einen früheren Bezirksleiter der Partei aus dem Bezirk Bergisch-Land/Niederrhein, der 1933 aus Düsseldorf nach Dessau gekommen war und als ehemaliger Kaufmann und Fakturist über solide Kenntnisse im Buchhaltungs-, Bilanz- und Revisionswesen verfügte, als Gauschatzmeister gewann. Fritz Härtl, ein Deutsch-Böhme, erledigte dann auch seine Aufgaben fachlich zufriedenstellend, war aber als ehemaliger Bezirksleiter eine sehr selbstbewußte Persönlichkeit, die die von ihm bei der Konsolidierung des Gau^s Magdeburg-Anhalt befolgten Grundsätze einer strengen Rechnungslegung und Kontrolle der einzelnen Kostenstellen auch dann noch weiter machtbewußt durchzusetzen suchte, als 1937 der neue Gauleiter Rudolf Jordan, zuvor Gauleiter in Halle-Merseburg, die Leitung des Gau^s übernahm. Jordan bekam Schwierigkeiten mit Härtl. Die etwas bürokratische Art des alten Gauschatzmeisters schien dem Elan des neuen Gauleiters Fesseln anzulegen, so daß es zu Spannungen sowohl mit Jordan als auch dem Gaustab und den Kreisleitern kam. Der Gauschatzmeister überwachte gestreng die Verwendung der parteieigenen Kraftwagen, den Raumbedarf der Gauamtsleiter, die Ausgaben bis hin zu Schrankanschaffungen, zur Kontrolle der Rundschreiben der Gauamtsleiter, der Telefonkosten der Kreisleiter und zur Führung der Portokasse. Die Kreiskassenleiter waren vom Gauschatzmeister angeblich sogar dazu angehalten worden, die Telefongespräche der Kreisleiter zu überwachen.

Andererseits forderten viele Gauamts- und Kreisleiter vom Gauschatzmeister, den sie als ihresgleichen ansahen, die Offenlegung der Ausgaben aus dessen Dispositionsfonds. Es war daher z. T. verständlich, daß der neue Gauleiter Jordan dieses sach- aber auch machtbetonte Agieren des alten Gauschatzmeisters zum Anlaß nahm, am 13. Oktober 1937 einen langen Klagebrief an den Reichsschatzmeister der Partei, Franz Xaver Schwarz, zu richten, in dem er nicht nur die schon genannten Gravamina gegen den Gauschatzmeister auflistete²⁶. Zusätzlich wurden Vorwürfe auf Disziplinlosigkeit des Gauschatzmeisters gegenüber dem Gauleiter, gegenüber Reichs- und „Stoßtrupprednern“, die der Gauschatzmeister u. a. als „Singvögel“ bezeichnet hatte, erhoben und ständige Klagen

²⁵ Zu Bürckel vgl. außer Hüttenberger, Gauleiter, passim, auch die neueren Arbeiten von E. D. R. Harrison, Gauleiter Bürckel and the Bavarian Palatinate, 1933–1940, in: Proceedings of the Leeds Philosophical and Literary Society, Literary and Historical Section, 20,3, 1986, S. 271–291; Fenske, Bürckel, sowie Gerhard Paul, Josef Bürckel – Der rote Gauleiter, in: Smelser u. a., Elite II, S. 51–65.

²⁶ BA, Außenstelle Berlin-Zehlendorf (früher BDC), Personalakte Härtl.

der Kreisleiter gegen den Gauschatzmeister zitiert. Wenn dabei auch die fachliche Kompetenz des Gauschatzmeisters nicht bezweifelt wurde, so wurde doch das Regiment Härtils vom Gauleiter als „unnatürlich sozialistisch“ bezeichnet und ihm vorgeworfen, daß sein Verhalten auf die Kreiskassenleiter „abgefärbt“ habe²⁷.

Es erwies sich in dieser Phase 1937, daß der Reichsschatzmeister inzwischen durch die ihm von Hitler erteilten Vollmachten im Finanzwesen der Partei eine Art Kernverwaltung aufgebaut hatte, die in gerader Folge vom Münchener Zentrum über die Gauschatzmeister bis hin zu den Kreiskassenleitern reichte. Der Reichsschatzmeister hatte um diese Zeit sein Recht fast durchgesetzt, die Gauschatzmeister und über sie mehr oder weniger auch die Kreiskassenleiter zu ernennen und über sie eine straffe Finanzkontrolle über alle Gauen zu erhalten. Hüttenberger sprach daher schon 1969 von einer „einheitlichen vertikalen Bürokratie“, „der einzigen wirklich funktionierenden hierarchischen Parteibürokratie in der NSDAP, die infolgedessen auch über Finanzfragen hinaus zum Gerüst der allgemeinen Parteiverwaltung wurde“²⁸. Doch der schon erwähnte Dessauer Vorgang von 1937 und ähnliche Fälle in den Gauen Rheinpfalz und Sachsen²⁹ zeigen, daß dieser Durchsetzungsprozeß erst um 1939 zugunsten des Reichsschatzmeisters abgeschlossen war. Insofern endete die Auseinandersetzung in Magdeburg-Anhalt 1937/38 noch mit einem Achtungserfolg des Gauleiters.

Während dieser Kraftprobe, bei der es dem neuen Gauleiter in Dessau darauf ankommen mußte, seinen Gaustab gegen den alten Gauschatzmeister gewissermaßen „einzuschwören“, verfiel schließlich – denn ein Sonderbeauftragter des Reichsschatzmeisters hatte in einem Geheimbericht den Dessauer Gaufinanzchef z.T. in Schutz genommen – nur noch ein Argument, das in der Tat eine Schwachstelle in der Arbeit des Gauschatzmeisters deutlich machte: Er habe es versäumt, die 1937 im Gau Magdeburg-Anhalt nötigen organisatorischen Vorbereitungen für die neuen Aufnahmen in die Partei zu treffen, rechtzeitig Prüfungsausschüsse für Neuaufnahmen zu bilden, an denen auch die Kreisleiter beteiligt werden sollten, und dergleichen mehr. Natürlich hätte das Ende der Aufnahmesperre für Parteieintritte 1937 für den Gauschatzmeister ein besonderes Signal zu intensiven Vorbereitungen sein müssen. Durch diese Verzögerung, so Gauleiter Jordan, sei der Gau in Rückstand geraten und hinke hinter den anderen Gauen her: „Schuld daran trägt allein der Gauschatzmeister, der sie nicht abwälzen kann auf die Ortsgruppenleiter und Kreisleiter“³⁰. Dies war natürlich ein Argument, dem sich ein an neuen Mitgliederbeiträgen interessierter Reichsschatzmeister der Partei nicht entziehen konnte, auch wenn es sein primäres Motiv sein mußte, die Aufnahmesperre erst dann aufzuheben, wenn die Finanzverwaltung der Partei unter zentraler Kontrolle stand.

Jordan beantragte die Untersuchung des Falles und erreichte immerhin, daß der extrem sparsame und zugleich machtbewußte Dessauer Gauschatzmeister, der u. a. die Annahme von Schreiben verweigert hatte, die an ihn „nur“ als „Gauamtsleiter“ adressiert waren³¹, zum 1. April 1938 in die Reichsleitung der Partei nach München „befördert“ wurde, dort im August zum Beauftragten des Reichsschatzmeisters für die Finanz- und Parteiverwal-

²⁷ Ebd.

²⁸ Hüttenberger, Gauleiter, S. 126.

²⁹ Ebd., S. 127f.

³⁰ Ebd.

³¹ Im Bericht Jordans hieß es, er habe „Schreiben zurückgehen lassen, da er nicht Gauamtsleiter, sondern Gauschatzmeister“ sei. Ebd.

tung ernannt und im Krieg dann im Reichsrevisions- und Rechnungsamt der Partei für den Gau Wien zuständig und schließlich Bereichsleiter im Hauptamt VI des Reichsschatzmeisters wurde. Dabei spielten offensichtlich fachliche Gründe eine Rolle, daneben wohl aber auch der Gesichtspunkt, daß Härtl zehn Jahre zuvor schon einmal in der „Kampfzeit“ als Bezirksleiter im alten Gau Rheinland direkt der Reichsleitung unterstanden und sich in ihren Augen bewährt hatte. So griff sie in dieser Konfliktlage innerhalb des Gaus Magdeburg-Anhalt wieder auf ihn zurück und holte ihn in die Zentrale. Dadurch gewann der Reichsschatzmeister einen akkuraten Rechnungs- und Revisionsfachmann, den er schätzte und auf diese Weise zugleich befördern konnte, und andererseits gelang es dem Gauleiter und Reichsstatthalter Jordan, den Gaustab seiner Region zu „homogenisieren“ und auch die Kreisleiter stärker einzubinden.

Dieser Fall war singulär, aber er zeigt, daß die Fluktuation der Gauleiter von der Reichsleitung wohl auch deshalb sehr gering gehalten wurde, weil es für jeden neuen Gauleiter in einem Gau sehr schwer sein mußte, sich gegen die dort vorgefundenen personellen Kräfte, finanz- und verwaltungstechnischen Strukturen durchzusetzen. Andererseits bedurfte die oft antagonistische Zusammensetzung des Gaustabs oder dessen gestörtes Verhältnis zu den Kreisleitern (in diesem Falle auch zu den Kreiskassenleitern) auch aus der Sicht der Parteileitung einer personellen Veränderung, um die Effizienz der gesamten Arbeit im Gau einigermaßen zu gewährleisten.

Aus der Sicht der Gauleiter selbst mußte natürlich die Festigung der eigenen Machtposition die unerläßliche Voraussetzung für jede Effizienz der Parteiarbeit im Gau sein. Im Krieg hat jedoch die Parteikanzlei unter Bormann ab 1942 versucht, den Prozeß einer „hermetischen“ Abschließung der Gauen durch die Einsetzung von Gaustabsamtsleitern in jedem Gau zu stoppen – eine Konkurrenz auch zu den stellvertretenden Gauleitern³². Junge Kreisleiter und Gauamtsleiter, die wegen des niedrigen Durchschnittsalters der amtierenden Gauleiter kaum Chancen sahen, in der Partei schnell aufsteigen zu können, drängten sich zu diesem neuen Amt und hofften, durch die Schulungskurse der Parteikanzlei und durch den direkten Kontakt mit der Münchener Zentrale ihre Karriere zu befördern. Vielfach gelang es zwar dem Gauleiter, das neue Amt durch einen seiner Vertrauensleute zu besetzen, aber in vielen Fällen konnte Bormann Einfluß auf die Auswahl der Kandidaten nehmen oder doch in der Folge die neuen Gaustabsamtsleiter – oft frühere Kreisleiter – durch die Schulungskurse der Parteikanzlei als eigene Vertrauensleute in den Gauen etablieren und so die Gauleiter wenigstens teilweise besser beaufsichtigen.

Dennoch sollte das oben schon erwähnte Bewegungsmoment der Partei erhalten bleiben. Hitlers bekanntes Diktum „Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat!“ gewann während des Kriegs immer stärkere Aktualität, vor allem dadurch, daß die Parteikanzlei immer stärkeren Einfluß auf die Führung der Reichskanzlei nehmen konnte, ja sich mehr und mehr verselbständigte und Bormann seit dem 12. April 1943 als „Sekretär des Führers“ eine zusätzliche Schlüsselposition erhielt. Während sich daraus für die Gauleiter, trotz ihrer vermehrten Macht als Reichsverteidigungskommissare, eine Gegenkraft entwickelte, die die Position dieser Regionalgewalten einschränkte, wurde die Macht der Kreisleiter als verlängerter Arm des Gauleiters, aber auch als Repräsentanten

³² Vgl. Hüttenberger, Gauleiter, S.205. Zur Rolle der stellvertretenden Gauleiter, die noch einer besonderen Untersuchung bedürfte, vgl. die Fallstudie von Dieter Wolfanger, Ernst Ludwig Leyser, Stellvertretender Gauleiter der NSDAP in der Saarpfalz. Eine biographische Skizze, in: JbWLG 14 (1988), S.209–217.

der Partei vor Ort, davon zunächst weniger berührt, wenn man von der besonderen Stellung der Kreiskassenleiter und ihrer Unterordnung unter den Reichsschatzmeister einmal absieht. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß von seiten des Reichsschatzmeisters und von seiten des Sicherheitsdienstes der SS die Stellung der Gau- und der Kreisleiter aber schließlich doch von zwei Fronten zugleich Angriffen ausgesetzt war, so daß die strategische Linie der Parteikanzlei, eine funktionale Arbeitsteilung mit der inneren staatlichen Verwaltung zu suchen und die Besetzung z. B. der Landratsstellen und anderer Verwaltungspositionen eher dem Reichsminister des Innern zu überlassen, folgerichtig war. Die Gau- und Kreisämter für Kommunalpolitik verloren dadurch zwar an Einfluß, doch das Verhältnis der Parteikanzlei zur staatlichen Verwaltung wurde verbessert, und Bormann gewann einen Partner im antagonistischen Kräftegerangel des NS-Staates. Erst als Himmler im August 1943 ohne jede zivile Verwaltungserfahrung auch Reichsminister des Innern wurde, erwies sich die Verständigungsstrategie der Parteikanzlei als Schwachpunkt, da sie nun ungewollt der SS zugute kam. Aber die negativen Auswirkungen dieser Fehlkalkulation blieben wegen der Kriegsumstände für die Parteikanzlei begrenzt. Dadurch daß z. B. weit mehr Landräte als Kreisleiter der Partei zum Fronteinsatz berufen wurden, wuchs sogar die Macht der Kreisleiter, die nun in vielen Fällen zugleich zu kommissarischen Landräten ernannt wurden. Sie waren, wie die Gauleiter meist erklärten, „unabkömmlich“. Aber auch die Gauamtsleiter der Partei wurden meist „uk“ gestellt. Der oben erwähnte HJ-Gebietsführer³³ beschwerte sich am 5. Oktober 1944 darüber, daß der stellvertretende Gauleiter, der Gauinspekteur, der Gaupersonalamtsleiter, der Gauarbeitskammerpräsident, der Gauamtsleiter und Regierungsvizepräsident von Luxemburg, und Regierungsvizepräsident von Trier, der Gauamts- und Gauverlagsleiter, der Gaurevisor – „alle nicht im Fronteinsatz gewesen“ seien, obwohl alle nach dem Stichjahr 1900 geboren seien. Dies war sozusagen die andere Seite der „Sicherung der Einheit von Partei und Staat“, die der Nationalsozialismus 1933 postuliert hatte.

³³ Vgl. Anm. 21. Vgl. dazu auch meinen Aufsatz Regionalismus und Nationalsozialismus am Beispiel des Rheinlands, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 59 (1995).

Heinz-Jürgen Priamus

Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer

I.

Für alle Beobachter überraschend verzichtete Dr. Alfred Meyer, seit 1929 führender Repräsentant der Gelsenkirchener NSDAP¹, Anfang Januar 1931 auf seine Funktion als Leiter des zum Gau Westfalen zählenden NSDAP-Bezirks Emscher-Lippe. Ebenso legte er sein Mandat in der Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung nieder – das einzige, das die Nationalsozialisten bei den Kommunalwahlen des Jahres 1929 hier hatten plazieren können². Er hatte sich damit aber keineswegs, wie Zeitgenossen fälschlicherweise vermuteten, ins Privatleben zurückgezogen. Im Gegenteil: Alfred Meyer war von Adolf Hitler zum Leiter des neuen Gaus Westfalen-Nord ernannt worden. Er gehörte damit zu den nur 29 Gauleitern, die bereits vor 1933 in diese Funktion eingesetzt worden waren³.

In den Augen führender Nationalsozialisten galt er weithin als „schwacher“ Vertreter der keineswegs homogenen Funktionärselite der Gauleiter⁴, was allerdings nicht verhinderte, daß er im Gegensatz zu anderen Unterführern dieser Kategorie sehr wohl auch außerhalb der Partei im NS-Staatssystem aufstieg. Meyer hatte dennoch jenseits der Grenzen des Gaus Westfalen-Nord zeit seines Lebens nicht aus der Rolle des weitgehend „unbekannten“ Gauleiters heraustreten können, ein Attribut, das ihm in der historischen Aus-

¹ Zu Meyer liegen nur vereinzelte Veröffentlichungen vor, die sich mit unterschiedlichen Aspekten seiner Biographie befassen. Vgl. Karl Teppe, *Provinz, Partei, Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich untersucht am Beispiel Westfalens*, Münster 1977; Karl Teppe, *Der Reichsverteidigungskommissar. Organisation und Praxis in Westfalen*, in: Dieter Rebentisch u. Karl Teppe (Hg.), *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*. Göttingen 1986, S. 278–301; Karl Teppe, *Die preußischen Oberpräsidenten 1933–1945*, in: Klaus Schwabe (Hg.), *Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945*, Boppard a. Rh. 1985, S. 219–248; Hans-Jürgen Sengotta, *Der Reichsstatthalter in Lippe 1933 bis 1939. Reichsrechtliche Bestimmungen und politische Praxis*, Detmold 1976; Jutta Ciolek-Kümper, *Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933*, München 1976. Vgl. auch meine eigenen in den nachfolgenden Anmerkungen erwähnten Aufsätze. Der vorliegende Aufsatz stellt eine weitere Teilstudie einer von mir gegenwärtig erarbeiteten politischen Biographie Alfred Meyers dar.

² Zu den organisatorischen Veränderungen in der NSDAP Gelsenkirchens vgl. Staatsarchiv Münster (STAM), *Regierung Münster VII-67*, Bd. 1. Zu Sauer vgl. Stadtarchiv Gelsenkirchen, Bestand 0/XXIX-2, 31, sowie STAM, *Gauleitung Westfalen-Nord (GLWN)*, Gauschatzamt 91.

³ Vgl. Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19), Stuttgart 1969, S. 221ff.

⁴ So nachzulesen bei Alfred Rosenberg, *Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution*. Göttingen 1955, S. 145ff. u. 149. Zur Frage der Heterogenität der Gruppe der Gauleiter vgl. Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 7.

einandersetzung auch heute noch zukommt⁵. In seinem eigenen Gau dagegen war Alfred Meyer keineswegs ein Unbekannter, vielmehr sorgte er dafür, daß er stets und allüberall präsent war. Was sein Ansehen bei der Bevölkerung betrifft, muß man ihn als durchaus beliebt charakterisieren⁶.

Die folgende Untersuchung soll insbesondere die Methoden zeigen, mit denen die Nationalsozialisten Politik in der Öffentlichkeit inszenierten, um die Massen zwecks Affirmation und Legitimation des Herrschaftssystems zu gewinnen. Wichtigste Elemente dieser Politikinszenierung waren Feier, Kult und Propaganda, mit deren Hilfe der Nationalsozialismus alltägliche Wünsche, Sehnsüchte und Phantasien der Gesellschaft einzufangen und in seinem Sinne inhaltlich zu besetzen suchte⁷.

Den Gauleitern kam in diesem Kontext eine besondere Mittlerrolle bzw. Funktion als Multiplikator zu. Das NS-System bediente sich zur Schaffung, Erhaltung und Verfestigung der von ihm angestrebten „neuen“ politischen Kultur gerade der Funktionärselite der Gauleiter. Angesichts noch nicht vorhandener bzw. noch nicht hinreichend ausgefeilter Kommunikationstechnologien und graduell eingeschränkter Mobilität kam dem unmittelbaren Kontakt der nationalsozialistischen Führungseliten aller Ebenen zur Bevölkerung besondere Bedeutung zu. Die Gauleiter als „allgemein bekannte Exponenten des Nationalsozialismus“ und als „besonders charakteristischer Funktionärs- und Führertyp der NSDAP“, wie sie bereits 1969 von Hüttenberger charakterisiert werden⁸, stellten so nicht nur in organisationspolitischer Hinsicht ein wichtiges Bindeglied zwischen Parteiführung und „Reichsleitung“ auf der einen und den regionalen und lokalen Organisationseinheiten auf der anderen Seite dar. Sie waren ein wichtiges kommunikatives Relais zwischen der obersten Partei- und Staatsführung und der breiten Masse der Bevölkerung.

Zur Erfüllung dieses Teils ihrer Aufgabe konnten sie sich einerseits der zentral vorgegebenen „Feier-Propaganda“ bedienen. Dies geschah, indem sie allenthalben, d. h. an verschiedenen Orten weitestgehend zeitgleich und nach gleichen oder zu großen Teilen ähnlichen Inszenierungsschemata Ereignisse wie den Muttertag, den 1. Mai oder den sog. „Heldengedenktag“ im nationalsozialistischen Sinne feiern ließen. Andererseits konnten sie aber auch regional spezifische (Kultur- und Feier-)Elemente aufgreifen und in die von ihnen betriebene Politikinszenierung einbringen. Solche Elemente konnten durch ihren direkten, das Lebensumfeld des einzelnen unmittelbar berücksichtigenden Bezug besonders identitätsbewahrend und -stiftend wirken und waren somit im Ergebnis für den Nationalsozialismus und seine Repräsentanten besonders positiv zu bewerten. Die von den Gauleitern auf diese Weise wahrgenommene Mittlerrolle bzw. Relaisfunktion wirkte einerseits machtsedierend und stellte somit eine wesentliche Grundlage der eigenen funktio-

⁵ Als ein Indiz für den vergleichsweise geringen Bekanntheitsgrad Meyers mag exemplarisch die Tatsache gewertet werden, daß im Register der von Thamer 1986 veröffentlichten Arbeit wohl Josef Terboven, nicht aber Alfred Meyer aufgeführt wird. Vgl. Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986, S. 822ff.

⁶ Die Bewertung Meyers als „beliebt“ wurde immer wieder von Zeitzeugen in Interviews, die der Autor mit ihnen führte, genannt. Alle Zeitzeugen gehören der „HJ-Generation“ an. Vgl. die Bestätigung dieser Einschätzung auch bei Rosenberg, *Aufzeichnungen* S. 146. Zur Biographie und zum Gesamtkomplex der Selbstdarstellung Meyers vgl. Heinz-Jürgen Priamus, Alfred Meyer. *Selbstinszenierung eines Gauleiters*, in: Heinz-Jürgen Priamus u. Stefan Goch, *Macht der Propaganda oder Propaganda der Macht? Inszenierung nationalsozialistischer Politik im „Dritten Reich“ am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen*. Essen 1993, S. 48–67.

⁷ Vgl. Priamus u. Goch, *Macht*, S. 7.

⁸ Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 7.

nalen Existenzsicherung des Gauleiters dar, andererseits verhalf sie gleichzeitig einem jeden Gauleiter grundsätzlich auch zur eigenen Profilierung und zielte so auf einen Zueginn an Macht ab.

Am Beispiel des Gauleiters Alfred Meyer soll im folgenden nach der Instrumentalisierung regionaler Aspekte im Kontext der von ihm im Gau Westfalen-Nord betriebenen Politik gefragt werden. Region wird in diesem Zusammenhang – wie es z. B. Karl Bosl definiert – als „eine gewachsene historische Einheit“⁹ betrachtet. Diese Einheit sei nicht als ein auf einen willkürlich gewählten geographischen Raum bezogenes administratives Konstrukt verstanden. Vielmehr sei Region als ein geschlossenes Ganzes definiert, das eine weitgehende ethnische, kulturelle und sprachliche Einheit – Elemente, die nicht alle gleichzeitig wirken müssen – zur Voraussetzung hat¹⁰, sich letztlich aber erst auf der Basis weitgehend übereinstimmender „Vorstellungswelten und Wahrnehmungsmaßstäbe, [die] als sogenannte ‚mental maps‘ in den Köpfen von Menschen existieren“, konstituiert¹¹. Das (eigene) Zugehörigkeitsgefühl zu einem bestimmten Raum als individueller Faktor bestimmt damit nicht unwesentlich die Identität einer Region.

II.

Der Gau Westfalen-Nord¹² der NSDAP umfaßte mit dem nördlichen Teil der Provinz Westfalen und dem Land Lippe nahezu 15000 qkm. Auf seinem Gebiet lebten wenig mehr als 2,8 Millionen Menschen. Die hier ansässigen NSDAP-Mitglieder wurden seit 1935 organisatorisch in 19 Kreisen zusammengefaßt¹³, die sich 1943 in 908 Ortsgruppen, mehr als 3000 Zellen und nahezu 18000 Blocks untergliederten. Der Gau rechnete damit zu den NSDAP-Gauen mittlerer Größe¹⁴. Entstanden war er im Januar 1931 als Folge der Teilung des erst im Oktober 1928 gebildeten Gaus Westfalen. Vorausgegangen war in dieser kurzen Phase ein nahezu explosionsartiger Anstieg der Mitgliederzahlen der NS-Partei und – daraus resultierend – der diese organisatorisch erfassenden Basisseinheiten. Er grenzte im Südwesten an den Gau Essen und im Westen an die Niederlande, im Norden und Osten an die NSDAP-Gaue Weser-Ems und Süd-Hannover-Braunschweig, im Südosten an den Gau Kurhessen und schließlich im Süden an den Gau Westfalen-Süd¹⁵. In regionalspezifischer Hinsicht war der Gau (mindestens) dreigeteilt. Unter dem Dach der administrativen Einheit fanden sich das katholische, im Kern agrarische Münsterland, der ungeachtet der Grenzen des Landes Lippe als regionale Einheit zu betrachtende Raum Ostwestfalen-Lippe, der im wesentlichen agrarisch-kleinstädtisch ausgerichtet und protestantisch dominiert war, sowie die hochindustrialisierte von den verschiedenen Mi-

⁹ Karl Bosl, *Der deutsche, europäische und globale Sinn einer modernen Regionalgeschichte*, in: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 36 (1977), S. 1–18, hier S. 4.

¹⁰ Vgl. Manfred G. Schmidt, *Regionalismus*, in: Dieter Nohlen (Hg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 2, München 1983, S. 380–390.

¹¹ Jürgen Reulecke, *Stadtgeschichte, Urbanisierungsgeschichte, Regionalgeschichte. Einige konzeptionelle Bemerkungen*, in: Heinz-Jürgen Priamus u. Ralf Himmelmann (Hg.), *Stadt und Region, Region und Stadt. Stadtgeschichte, Urbanisierungsgeschichte, Regionalgeschichte*, Essen 1994, S. 13–25, hier S. 21.

¹² Eine umfassende Geschichte des Gaus Westfalen-Nord existiert bislang ebensowenig wie die eines anderen NSDAP-Gaus.

¹³ Vgl. zur Organisationsentwicklung: STAM, GL WN, Hauptleitung, *Findbuch C2, Einleitung*.

¹⁴ Vgl. das Organisationsbuch der NSDAP 1943, München o. J., S. 84.

¹⁵ Vgl. Wilfried Böhnke, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1993*, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 147.

lieus der Arbeiterbewegung – dem katholischen, dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen – in starkem Maße getragene Emscherzone¹⁶.

Der an der Spitze des Gaus stehende Alfred Meyer war vergleichsweise spät zu den Nationalsozialisten gestoßen, ein Sachverhalt, den zu kaschieren er später stets bemüht war¹⁷. Dabei half ihm die niedrige NSDAP-Mitgliedsnummer 28 738, wonach er schon zwischen dem September 1925 und dem Januar 1926 in die Partei hätte eingetreten sein müssen. Tatsächlich aber war er erst am 1. April 1928 – gerade noch rechtzeitig, um sich später als zur „Alten Garde“ zugehörig bezeichnen zu dürfen¹⁸ – zusammen mit anderen Mitarbeitern der Zeche „Graf Bismarck“, bei der er seit 1922 beschäftigt war, der NSDAP beigetreten, nachdem er zuvor als Vorsitzender eines Gelsenkirchener Kriegervereins, der dem bürgerlich-reaktionären „Kyffhäuserbund“ angeschlossen war, politische Aktivitäten entfaltet hatte¹⁹. Aus familiären Verhältnissen stammend, in denen sich Besitz- und Bildungsbürgertum vereinten²⁰, brauchte Meyer vom Zeitpunkt seines Parteieintritts an keine drei Jahre, um vom Leiter der NSDAP-Ortsgruppe „Groß-Gelsenkirchen“ über die Funktion des Bezirksleiters Emscher-Lippe in die des Gauleiters aufzusteigen²¹. Er war sich darüber im klaren, daß er mit der Übertragung dieser Funktion auch einen politisch und sozial außerordentlich heterogenen und schwierigen Gau übernommen hatte²². Neben seiner Eigenschaft als Gauleiter schöpfte Meyer seine Machtfülle aus dem Amt des

¹⁶ Vgl. Hans-Joachim Behr, Die Provinz Westfalen und das Land Lippe 1813–1933, in: Wilhelm Kohl (Hg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2: Das 19. und das 20. Jahrhundert. Politik und Kultur, Düsseldorf 1983, S. 45–164, hier S. 149f. Zur wirtschaftsräumlichen Aufteilung Westfalens insgesamt, aus der sich auch die auf diesem Gebiet vorhandene Dreiteilung des Gaus ableiten läßt, vgl. Alois Mayr, Die Wirtschaftsräume Westfalens im Überblick, in: Wilhelm Kohl (Hg.), Westfälische Geschichte, Bd. 3: Das 19. und das 20. Jahrhundert. Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1984, S. 1–39, hier S. 15ff. Vgl. auch Arno Klönne, Die Alltäglichkeit des Faschismus, in: Wolfgang Eimer, Uwe Horst, Helga Schuler-Jung (Hg.), Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe, Bielefeld 1984, S. 291–300, hier S. 293f. und Wolfgang Köllmann, Die Bevölkerung des Regierungsbezirks Münster im 19. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen 40 (1990), S. 195–222, hier S. 212f., sowie Stefan Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchens, Düsseldorf 1990.

¹⁷ So ist z. B. im Zusammenhang mit der Ernennung Meyers zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in einem kurzen biographischen Abriss, den die National-Zeitung (NZ) am 17. 11. 1938 abdruckt, davon die Rede, daß Alfred Meyer „schon früh . . . den Weg zur nationalen Bewegung [fand] und . . . bald ein glühender Kämpfer für den Nationalsozialismus [wurde]“.

¹⁸ Siehe Berlin Document Center (BDC), Personalakte Meyer sowie die Aussage August Mietz', der behauptet, zusammen mit Meyer am 1. April 1928 der NSDAP beigetreten zu sein, in: STAM, GL WN, Gauschatzamt 176. Zur zeitlichen Vergabe der Mitgliedsnummern vgl. Albrecht Tyrell, „Führer befiehl . . .“. Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP, Düsseldorf 1969, S. 352. Inwieweit Meyer möglicherweise im nachhinein die niedrige Mitgliedsnummer zugewiesen worden sein könnte, ist nicht zu ermitteln.

¹⁹ BDC, Personalakte Meyer. Vgl. in Ergänzung BDC, Personalakten Böhmer u. Mietz. Siehe außerdem STAM, Gauschatzamt 176 u. 178. Zu den Aktivitäten Meyers als Vorsitzender des Kriegervereins vgl. NZ, 20. 2. 1934 sowie NZ, 22. 6. 1936.

²⁰ Vgl. zum folgenden Priamus, Alfred Meyer, S. 49ff.

²¹ Vgl. Heinz-Jürgen Priamus, Die Reihen noch nicht fest geschlossen. Entstehung und Aufstieg der NSDAP in Gelsenkirchen, in: Ders. (Hg.), Deutschlandwahn und Wirtschaftskrise. Gelsenkirchen auf dem Weg in den Nationalsozialismus, Teil 1: Die antidemokratische Allianz formiert sich, Essen 1991, S. 75–130, hier S. 106.

²² Vgl. hierzu NZ, 7. 7. 1935 u. 1. 1. 1941. Siehe auch Arno Schröder, Mit der Partei vorwärts. Zehn Jahre Gau Westfalen-Nord, Münster 1940, S. 9ff.

Reichsstatthalters von Lippe und Schaumburg-Lippe (seit 16.5. 1933), als Staatsminister für Lippe und Schaumburg-Lippe und schließlich als Oberpräsident der Provinz Westfalen (seit 1938).

Den Höhepunkt der Karriereleiter erklimmte Meyer im Jahre 1941. Ebenso überraschend wie die von Hitler vollzogene Ernennung ausgerechnet Alfred Rosenbergs zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete²³ kam für die meisten die Entscheidung, Meyer zu dessen ständigem Vertreter zu machen – und dies, ohne daß jener seine Funktionen als Gauleiter, Reichsstatthalter und Oberpräsident aufzugeben brauchte²⁴. Formal übte Meyer dieses Amt bis zum Zerfall des Regimes im Jahre 1945 aus. Wenngleich festzuhalten ist, daß diesem „Querschnittministerium“, das – als Ministerium offensichtlich zunächst gar nicht geplant – im Kompetenzgerangel des NS-Regimes zu ersticken drohte, nur geringe Bedeutung zugemessen werden darf. Das spezifische Image Alfred Rosenbergs ebenso wie die faktisch kurze Existenzdauer des neuen Ministeriums – tatsächlich endete seine Aufgabe mit dem Rückzug der deutschen Truppen aus sowjetischem Gebiet – unterstreichen eine solche Bewertung nachhaltig²⁵. Nichtsdestoweniger zählt Meyer durch die Übernahme der Funktion des Ministervertreters damit zu jenen führenden Nationalsozialisten, die die Verantwortung für die Verschleppung sowjetischer Zwangsarbeiter nach Deutschland trugen. Als Ständiger Vertreter war er zudem einer von zwei Teilnehmern, die das sog. Ostministerium bei der den Holocaust bürokratisch regelnden „Wannseekonferenz“ stellte²⁶.

III.

Alfred Meyer war ein von „preußischen Offizierstugenden“ wie Treue, Pflichterfüllung und Ehrgefühl geprägter²⁷, zutiefst überzeugter Nationalsozialist. Dieses Bild entspricht nicht nur der NSDAP-offiziellen, von ihm selbst wie von der Münchner Parteiführung in der Öffentlichkeit verbreiteten Legende²⁸, sondern darf durchaus als Faktum betrachtet werden²⁹. Daraus resultierend ergab sich eine unverbrüchliche Bindung an Adolf Hit-

²³ Vgl. Dieter Rebenisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945*, Stuttgart 1989, S. 311.

²⁴ Vgl. Rosenberg, *Aufzeichnungen*, S. 149. Zur Ämterhäufung Meyers, die dieser betrieb, ohne darauf zu achten, ob er die erworbenen Ämter auch zeitlich ausfüllen konnte, vgl. Teppe, *Provinz*, S. 88.

²⁵ Vgl. Bundesarchiv Abteilungen Potsdam, Einleitung zum Findbuch „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“.

²⁶ Siehe z. B. bei: Leon Poliakov u. Joseph Wulff, *Das Dritte Reich und die Juden*, 2. Aufl., Frankfurt/M., Wien u. Berlin 1983, S. 119ff.

²⁷ Vgl. NZ, 12.10. 1941.

²⁸ Vgl. verschiedene offizielle Lebensläufe: Die braune Post, 24.6. 1934, in: Privatbesitz Dorothee Z. (eine Tochter Meyers). Vgl. des weiteren: *Völkischer Beobachter*, 18.11. 1941, den im BDC befindlichen Lebenslauf („Eigenmaterial Partei-Kanzlei Zusammenstellung und Fassung II P“); *Männer im Dritten Reich*. Hg. von der Orientalischen Cigaretten-Compagnie „Rosma“ GmbH, Bremen o.J., S. 160 (Es handelt sich hierbei um ein Album zum Sammeln von „Zigarettenbildchen“).

²⁹ Vgl. das Bekenntnis zum Nationalsozialismus aus dem Jahre 1929, das sich in tagebuchartigen Aufzeichnungen Meyers und seiner Ehefrau findet, in: Privatbesitz Dorothee Z.; Rosenberg, *Aufzeichnungen*, S. 149. Siehe auch die aus dem engeren NS-Führungszirkel stammende Bewertung Meyers, der „zum Guten zu schwach und zur Sünde zu feige“ sei. (Alexander Dallin, *German Rule in Russia 1941–1945. A Study of Occupation Policies*, 2. Aufl. London 1981, zit. nach: Rebenisch, *Führerstaat*, S. 318.)

ler als (seinem messianischen) „Führer“³⁰, gepaart mit einem Sendungsbewußtsein, das von einem volkserzieherischen Impetus getragen wurde. Entsprechend war Meyers Selbstverständnis als Gauleiter. Exemplarisch sei dies an einem am 15. April 1937 im Berliner Hotel Adlon „vor der auswärtigen Diplomatie und Presse“ gehaltenen Vortrag verifiziert, der mit dem Titel „Aus der Arbeit eines Gauleiters und Reichsstatthalters“ überschrieben war³¹. Meyer, der sich als „Hitlers westfälische[r] Vertrauensmann“³² bzw. „Stellvertreter des Führers in Westfalen-Nord“³³ betrachtete, definierte seine Rolle so: „Parteilich gesehen ist der Gauleiter dem Führer dafür verantwortlich, daß die Partei als Garant der Volksgemeinschaft in Deutschland ein jederzeit schlagfertiges (!) Instrument des Führers ist“³⁴. Hierzu bedürfe es dessen, was er in seinen Ausführungen als „die entscheidendste Aufgabe des Gauleiters“ apostrophierte – der „Menschenführung“. „Diese Aufgabe“, führte Meyer weiter aus, „kann man nicht vom grünen Tisch aus lösen. Der Gauleiter muß sich die Herzen, das Vertrauen und den Glauben der ihm vom Führer anvertrauten Volksgenossen eigentlich täglich wieder erobern. Und so müssen wir immer wieder als Redner und Prediger der nationalsozialistischen Idee mitten ins Volk hineingehen, um in Städten und Dörfern bald in Großkundgebungen, bald aber auch in den kleinsten Dorfversammlungen zu sprechen“³⁵. Oberstes Ziel müsse es sein, „die Maßnahmen des Führers und Staates von Mund zu Mund [zu erklären,] und so die deutschen Volksgenossen langsam zum Nationalsozialismus [zu erziehen]“³⁶.

In diesem Zusammenhang bedeutete aus der Sicht Meyers gerade die Kultur ein herausragendes Mittel der Volkserziehung³⁷. Die Kultur, der Meyer wohl ohnehin sehr verbunden war, erwies sich unabhängig von ihrer (angeblichen) erzieherischen Wirkung wohl auch als eine gewisse „Nische“, ein noch nicht völlig besetzter politischer Freiraum, der ihm gewisse Karrierechancen und eine damit verbundene persönliche Ausweitung der Macht zu versprechen schien³⁸. Kultur – das war vor allem die sogenannte „deutsche Volkskultur“, die sich abgrenzte von der europäischen Kulturgemeinschaft³⁹. In ihr und mit ihrer Hilfe bot sich den Nationalsozialisten zudem die Möglichkeit, „die schichtspezifisch unterschiedliche Kulturteilhabe zu überwinden und der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, den Zugang zur Kultur materiell zu erleichtern“⁴⁰. „Die Partei hat sich . . . mit allen Kräften bemüht,“ führte Meyer im Rahmen seines Referates vor ausländischen Diplomaten und Pressevertretern weiter aus, „um wahre Kunst an das Volk heran-

³⁰ So soll Meyer in einem dem Verf. nicht vorliegenden politischen Testament, das er bei seinem Selbstmord hinterließ, noch einmal ein eindeutiges Bekenntnis zu Adolf Hitler abgelegt haben. Interview des Verf. mit Dorothee Z. im März 1991.

³¹ Staatsarchiv Detmold (StaDt), Bestand D 72, „Aus der Arbeit eines Gauleiters und Reichsstatthalters“ [.] Vortrag des Gauleiters und Reichsstatthalters Dr. Alfred Meyer vor der auswärtigen Diplomatie und Presse am 15. April 1937“. Vgl. auch NZ, 23. 6. 1937.

³² So die Formulierung in NZ, 17. 5. 1933 anlässlich der Amtseinführung Meyers als Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe.

³³ NZ, 15. 8. 1933. Vgl. auch NZ, 5. 10. 1933: Aus Anlaß des Geburtstages Meyers erscheint ein Artikel über ihn, in dem er als „der getreue Ekkehard unseres großen Volksführers“ bezeichnet wird.

³⁴ StaDt, D 72, Aus der Arbeit eines Gauleiters, S. 3.

³⁵ Ebd., S. 10.

³⁶ Ebd., S. 3.

³⁷ Vgl. ebd., S. 4.

³⁸ Vgl. Priamus, Alfred Meyer, S. 63.

³⁹ Vgl. Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988, S. 152 u. 157.

⁴⁰ Ebd., S. 155.

zutragen. Die Auffassung, daß die Kunst nur für die Gebildeten da sei, ist längst abgetan.“ Und zuvor hatte er festgestellt: „In vielen Theatervorstellungen wurde dem schaffenden Menschen durch reine und sehenswerte Volkskunst ein bisher nie gekanntes Erlebnis vermittelt. Einen sehr schönen Besuch hatten auch die volkstümlichen Veranstaltungen im Gau zu verzeichnen; Veranstaltungen, in denen westfälisches Brauchtum, alte Volkstänze, Laienspiel und volkstümliche Musik den Arbeitern wieder nahegebracht wurden“⁴¹. „Es ist das überhaupt eine der schönsten Aufgaben des Gauleiters,“ schloß Meyer seine Ausführungen über seine kulturellen Aufgaben ab, „wahrer und reiner Kunst die Bahn zu brechen, [!] und die Kunst an die Menschen heranzutragen“⁴². Auf der Basis eines solchen Selbstverständnisses verband Meyer seine kulturell-volkserzieherischen Intentionen mit einer regionalen Ausrichtung und Orientierung. Damit suchte er zugleich den Gau Westfalen-Nord von anderen Gauen positiv abzuheben. So schrieb etwa die National-Zeitung, das offizielle Parteiorgan des Gaus, im Jahre 1938, daß Meyer trotz der „starken Beanspruchung mit den Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus seines Gaugebietes . . . noch Zeit [findet], sich in weitgehendem Maße mit den Fragen der *Neugestaltung des kulturellen Lebens* zu beschäftigen. Und gerade auf diesem Gebiet kann er Erfolge verzeichnen, die für andere Gauen beispielgebend geworden sind“⁴³. Solche Äußerungen deuten an, daß Meyer in der Beachtung der regionalen und lokalen Komponente eine Schlüsselfunktion für die Akzeptanz des Nationalsozialismus in der Bevölkerung sah. Nun war sich Meyer offenkundig bereits frühzeitig der regionalen sozio-ökonomischen und politischen Unterschiede innerhalb des Gaus bewußt⁴⁴. Die je spezifische Beachtung der Regionen des Gaus Westfalen-Nord mußte daher ein stetiger Bestandteil der von ihm nach innen betriebenen Politik sein, ohne daß damit allerdings eine Aussage über die Wirkung dieser Politik zugelassen wäre.

Eine herausragende Rolle für den Aufstieg der NSDAP im Gau spielte das Gebiet von Lippe und Schaumburg-Lippe. Immerhin hatten hier die Landtagswahlen vom 15. Januar 1933 der NSDAP beknähtlich einen Stimmenanteil von 39,5 Prozent gebracht und sie vor den Sozialdemokraten zur stärksten Fraktion erhoben. Und Meyer hatte zudem mit der Übertragung des Amtes des Reichsstatthalters persönlich von dieser Region erheblich profitiert. Meyer trug diesem Sachverhalt politisch Rechnung, indem er den errungenen Sieg in Form der alljährlich wiederkehrenden „Lippe-Feiern“ commemorieren ließ⁴⁵. Neben der Aufwertung Meyers eigener Position innerhalb des NS-Systems trug dies sicherlich auch zu einer Stärkung des Selbstwertgefühls der Region und damit auch zur Schaffung eines spezifisch nationalsozialistischen Identitätsgefühls der Bevölkerung bei. Mit

⁴¹ StaDt, D 72, Aus der Arbeit eines Gauleiters, S. 8.

⁴² Ebd., S. 8.

⁴³ NZ, 17. 11. 1938. Vgl. auch STAM, GL SN, Hauptleitung 6, Stimmungs- und Lagebericht für August und September 1938, Pkt. 17, wo es heißt: „Die kulturellen Veranstaltungen des Gaus Westfalen-Nord, welche in ihrer traditionellen Folge und unter sorgfältigster Beachtung der wichtigsten politischen Partei- und Volkstage in das Jahresprogramm eingereiht sind, haben erfolgreiche Arbeit im Sinne einer wirklich alle Schichten des Volkes verbindende[n] Gemeinschaft geleistet. Diese Arbeit ist umso [!] höher einzuschätzen, weil sie wirtschaftlich gesehen, [!] eine Belebung für die betreffenden Orte bedeutet, [!] und rein ideell betrachtet, volkserzieherisch garnicht [!] hoch genug bewertet werden kann.“

⁴⁴ Vgl. zur Rolle Meyers und zur problematischen Struktur des Gaus: Arno Schröder, Westfalen-Nord, Berlin 1940, S. 9 u. 21ff.

⁴⁵ STAM, GL WN, Hauptleitung 2, Stimmungs- und Lagebericht für den Monat Januar 1939, Pkt. 7 a, wo es heißt: „Das nunmehr zur Tradition gewordene *Lippische Erinnerungstreffen* . . .“.

der frühzeitigen Traditionalisierung dieses Geschehens bewegte sich Meyer zudem im Kontext einer allgemein auf seiten des Nationalsozialismus feststellbaren Tendenz zur (unangemessen) frühen Historisierung der eigenen Aktivitäten⁴⁶.

Die Gedenkveranstaltungen verliefen in ritualisierter Form und immer nach dem gleichen Schema. Nach der „Begrüßung“ der formiert angetretenen „Lippe-kämpfer“, also jener Nationalsozialisten, die – aus den verschiedensten deutschen Provinzen und NSDAP-Gauen kommend – 1933 am „Lippewahlkampf“ teilgenommen hatten, vor dem Detmolder Rathaus durch Alfred Meyer und neben den ebenfalls von den „Lippe-kämpfern“ veranstalteten Umzügen waren Großkundgebungen mit NS-Prominenten fester Bestandteil der Feierfolge⁴⁷. Höhepunkte der Inszenierung gelangen Meyer dabei in den Jahren 1934 und 1936, als er Adolf Hitler selbst zu einer Teilnahme an den Feierlichkeiten bewegen konnte⁴⁸. Aber selbst in jenen Jahren, als Hitler nicht teilnahm, wußte sich Meyer dessen Unterstützung zu versichern, indem er Hitler gewissermaßen telegraphisch in das Geschehen einbezog. So auch beispielsweise 1938: „Mein Führer!“ telegraphierte Meyer am 15. Januar. „Zum fünften Male begeht der Gau Westfalen-Nord sein Erinnerungstreffen im Lande Lippe, anlässlich Ihres großen entscheidenden Wahlkampfes im Jahre 1933. Wir gedenken Ihrer, mein Führer, Ihres einzigartigen Kampfes und Sieges. Der Gau Westfalen-Nord und Ihre alten Lippekämpfer sind glücklich in dem Bewußtsein, unter Ihnen als Vorkämpfer diesen entscheidenden Wahlsieg erstritten zu haben. Der Gau Westfalen-Nord und das Land Lippe grüßen Sie in Treue und fester Einsatz- und Opferbereitschaft. Heil mein Führer!“ Hitler antwortete: „Für Ihre Grüße von dem Erinnerungstreffen im Lande Lippe sage ich Ihnen meinen wärmsten Dank. Auch ich erinnere mich bewegten Herzens immer wieder jener Tage, da es mit einer seltenen Kraftanstrengung gelang, die scheinbare Krise in der Entwicklung der Bewegung zu bannen und einen neuen, damals entscheidenden Sieg zu erringen. Die Zusammenarbeit und Opferbereitschaft aller Führer und Mitglieder der Partei halfen dadurch mit, die Uebernahme der Macht am 30. Januar vorzubereiten. gez.: Adolf Hitler.“ Der Telegrammwechsel wurde tags darauf in allen (gleichgeschalteten) Zeitungen des Gaus Westfalen-Nord in vollem Umfang abgedruckt⁴⁹.

Gewissermaßen eine Art Synonym für das Land Lippe bildete „Hermann, der Cherusker“, auf den die Lipper namentlich allenthalben verwiesen wurden und noch werden⁵⁰. Schon aus Anlaß des Wahlkampfes im Vorfeld des 15. Januar 1933 war deshalb das regional-lippische Motiv „Hermanns, des Cheruskers,“ bewußt in die Wahlkampfstrategie der Nationalsozialisten aufgenommen worden. Dieser über die Römer siegreiche Fürst des Germanenstammes der Cherusker, dessen Name eigentlich „Arminius“ lautete, errang erstmalig Symbolkraft in der sich im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert formierenden und artikulierenden nationalen Einheitssehnsucht und vaterländischen Be-

⁴⁶ Als exemplarisch für die von den Nationalsozialisten schon sehr frühzeitig unternommenen Versuche, ihre eigene außerordentlich kurze Geschichte zu traditionalisieren, mögen die sich von 1933 bis zum Kriegsbeginn allorts häufigen Jubiläums- bzw. Gründungsfeierlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Bestehens lokaler NS-Gruppen angeführt werden. Vgl. Priamus, Alfred Meyer, S. 66f.

⁴⁷ An den „Lippe-Feiern“ nahmen als Gastredner u. a. teil: Viktor Lutze, Wilhelm Frick, Robert Ley, Alfred Rosenberg, Wilhelm Börger, Bernhard Rust wie auch Prinz August Wilhelm von Preußen. Vgl. NZ vom 13., 14. u. 15. 1. 1934, 11. u. 16. 1. 1936, 12. u. 17. 1. 1937, 11., 15. u. 16. 1. 1938 sowie 20. 12. 1938.

⁴⁸ Vgl. NZ, 14. 1. 1934 u. 16. 1. 1936.

⁴⁹ Vgl. z. B. die Berichterstattung in der NZ vom 16. 1. 1938.

⁵⁰ Noch heute weisen etwa Straßennamen oder die Bezeichnungen von Hotels auf „Hermann“ hin.

geisterung. Die Errichtung des Hermannsdenkmals auf der Grotenburg bei Detmold im Teutoburger Wald, das am 16. August 1875 eingeweiht worden war, symbolisierte schließlich die Verbindung zwischen dem Cheruskerfürsten und dem Land Lippe, dem jetzt so genannten „Hermannsland“⁵¹.

Bereits ein halbes Jahr vor der für die Nationalsozialisten so entscheidenden Wahl war die Idee zur Nutzung dieses Motivs von Walter Steinecke, dem neu ernannten Landesleiter der lippischen NSDAP, Hitler selbst in einem Gespräch in der Münchner Parteizentrale offeriert worden, der sie begeistert aufgegriffen haben soll⁵². Vier Punkte dürften hierfür ausschlaggebend gewesen sein: 1. Die Bildhaftigkeit des Motivs der Befreiungsschlacht wurde vom Wähler leicht verstanden. 2. Die Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart war unschwer möglich und erlaubte eine Parallelisierung der Intentionen des Arminius und jener der NSDAP. 3. „Hermann“ wie auch die Schlacht waren positive Identifikationsobjekte und „Führersymbole“. Arminius und Adolf Hitler ließen sich unschwer in eine parallele Beziehung setzen. Als lokal- bzw. regionalpatriotisches Symbol konnte leichthin die Verbindung zwischen Land und Wahlkampf hergestellt werden. Die Bezüge zu diesem Symbol wurden so in der Folgezeit über Plakataktionen, Veranstaltungen und nicht zuletzt über Pressepublikationen, stets und ständig hergestellt⁵³. Und nach dem nationalsozialistischen Sieg hatte Meyer formuliert: „In Lippe zerschlug Hermann der Cherusker die römischen Fesseln und schenkte den einigen deutschen Stämmen die Freiheit der Heimat wieder. In Lippe erhielt die römische Weltherrschaft den ersten Stoß zum Niedergang cäsarischer Weltmacht. In Lippe führte der Volkskanzler und Staatsmann Adolf Hitler als Führer der deutschen Freiheitsbewegung im Januar dieses Jahres den größten Wahlkampf aller Zeiten durch. Sein Sieg, nach einer gigantischen Kraftentfaltung von ihm persönlich in vorderster Linie erstritten, wurde zum leuchtenden Mahnmal für ganz Deutschland“⁵⁴. Zudem wohnte dem Hermanns-Motiv ein kultischer und mythologischer Aspekt inne, an den die Nationalsozialisten gerne anknüpften. Er haftete auch den Externsteinen an, jener germanischen Kultstätte, die Meyer z. B. für eine „Weihestunde“ anlässlich des westfälischen Landesbauerntages des Jahres 1936 verwandte⁵⁵.

Darüber hinaus bemühte sich Meyer, den von ihm im Auftrage Hitlers beherrschten Zwergstaat Lippe zu einer Art kultureller Zentralregion des Gaus auszubauen⁵⁶. Auch hier griff er – wenigstens partiell wie im Falle der von ihm initiierten, aus Anlaß des 100jährigen Todestages 1936 erstmalig, dann alljährlich durchgeführten „Grabbe-Tage“⁵⁷ – auf regionale Spezifika zurück. War doch der Dramatiker Christian Dietrich Grabbe 1801 in Detmold geboren worden, wo er auch nach einem bewegten Leben, das ihn über Aufenthalte in Frankfurt und Düsseldorf an seinen Geburtsort zurückgeführt hatte, 1836 verstarb⁵⁸. Grabbe war aber nicht nur der regional verwurzelte, jedoch über die Grenzen

⁵¹ Vgl. Ciolek-Kümper, *Wahlkampf*, S. 226ff.

⁵² Vgl. den Hinweis auf die persönliche Äußerung Steiners, ebd., S. 228.

⁵³ Ciolek-Kümper, *Wahlkampf*, S. 228ff.

⁵⁴ Sammlung von Erinnerungen und Aufzeichnungen, in: Privatbesitz Dorothee Z.

⁵⁵ NZ, 30. 8. 1936.

⁵⁶ Vgl. dazu ausführlicher Priamus, Alfred Meyer, S. 62f.

⁵⁷ Vgl. grundlegend Werner Broer u. Detlev Kopp (Hg.), *Grabbe im Dritten Reich. Zum nationalsozialistischen Grabbe-Kult*, Bielefeld 1986.

⁵⁸ Zu den biographischen Daten Herbert A. Frenzel u. Elisabeth Frenzel, *Daten deutscher Dichtung. Chronologischer Abriß der deutschen Literaturgeschichte*, Bd. II: *Vom Biedermeier bis zur Gegenwart*, 12. Aufl. München 1976, S. 390.

seiner Heimat hinaus bekannt gewordene Dramatiker, er bot Meyer auch inhaltliche Ansatzpunkte, die sich propagandistisch positiv für das nationalsozialistische Herrschaftssystem vermarkten ließen. So ließ sich Grabbes Bemühen um eine originale deutsche Dramatik ebenso zu dem nationalsozialistischen Ideologiekonglomerat in Beziehung setzen wie dessen in seinen Geschichtsdramen angelegte Versuche, die eigene Epoche mit Hilfe einer überhöhten Heroendarstellung zu erfassen⁵⁹. „Mit Recht begehrt die Heimat Grabbes auch in diesem Jahre wieder Tage zu Ehren des Dichters. Sie gelten dem Gedächtnis eines Deutschen, der in seiner nationalpolitischen Kraft unseren bedeutenden schöpferischen Menschen in nichts nachsteht, weil er in einer Zeit tiefster völkischer Verzagtheit als nahezu Einziger (!) heldische Gesinnung trug“, zitierte die National-Zeitung im Oktober 1938 in diesem Sinne „Reichsdramaturg Dr. Rainer Schlösser“, den Vorsitzenden der Grabbe-Gesellschaft. Und Alfred Meyer bezeichnete Grabbe bei gleicher Gelegenheit gar als „tiefgründige[n] Kämpfer für ein größeres Deutschland“⁶⁰.

Die „Grabbe-Tage“ umfaßten ein Bündel unterschiedlichster Veranstaltungen. In der Regel begannen sie in Anwesenheit der lokalen und regionalen HJ und des BDM mit einer Feierstunde, die z. B. im Jahre 1938 am Fuße des Hermanns-Denkmal vorstatten ging und bei der der „Reichsjugendführer“ Baldur von Schirach die Hauptansprache hielt. Ein eigens für diesen Anlaß komponiertes Chorwerk begleitete die Feierstunde. Daran schlossen sich Fachtagungen wie die des „Reichsbundes der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele“, aber auch Lesungen – 1938 von Heinrich George – aus den Werken Grabbes an. Den Höhepunkt bildeten schließlich die Dramen Christian Dietrich Grabbes, die von den verschiedensten Theatern aufgeführt wurden. 1938 etwa präsentierten die Bühnen Bochum, Münster und Bielefeld die Grabbe-Dramen „Hannibal“, die „Hohenstaufendramen“ „Friedrich Barbarossa“ und „Heinrich VI.“ sowie – damit den unvermeidlichen Bezug zur Region herstellend – die „Hermannsschlacht“⁶¹. Auf der Basis derartiger Veranstaltungen „führen wir im Gau Westfalen-Nord das breite und gesunde Volk zur deutschen Kunst hin“, wie Meyer – wenn auch im Zusammenhang mit den gleichfalls alljährlich im Land Lippe durchgeführten „Richard-Wagner-Festwochen“ – im Jahre 1938 konstatierte⁶².

Wenn Meyer in Detmold seine Präsenz als Reichsstatthalter für regional orientierte politisch-kulturelle Aktionen nutzen konnte, so bot sich ihm diese Möglichkeit im Prinzip auch in der zweiten zu seinem Gau zählenden Region – dem Münsterland. Seit Oktober 1932, als die Gauleitung von Gelsenkirchen nach Münster verlegt worden war, residierte er in dieser Stadt: bis zu seiner im November 1938 erfolgten Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in der Parteizentrale, seither in dem im Zentrum der Stadt gelegenen Schloß, das Dienstsitz des Oberpräsidenten war.

Die Region Münsterland erwies sich im Gegensatz zu Lippe für Meyer jedoch als außerordentlich schwieriges Terrain. Tief verwurzelt im Katholizismus, sperrte sie sich vehem-

⁵⁹ Vgl. Fritz Martini, Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 15. Aufl. Stuttgart 1968, S. 393ff.

⁶⁰ NZ, 15. 10. 1938.

⁶¹ Vgl. STAM, GLWN, Hauptleitung 6, Stimmungs- und Lagebericht für August und September 1938, Pkt. 17. Vgl. auch NZ, 15. 10. 1938.

⁶² NZ, 25. 6. 1938. Vgl. auch STAM, GLWN, Hauptleitung 25, Stimmungs- und Lagebericht für den Monat April 1937, Pkt. 17. Auf die einen wesentlich größeren Stellenwert im Kanon der Meyerschen Kultur(erziehungs)politik einnehmenden Wagner-Festwochen kann im Kontext der vorliegenden Problemstellung nicht eingegangen werden.

ment gegen die stereotypen Vereinnahmungsbemühungen des Nationalsozialismus⁶³. Daran hatte auch die 1937 bewußt in Münster – der Stadt, die man von seiten der Nationalsozialisten realistisch als den „sprichwörtlich katholisch-politischen Zentralpunkt Nord- und Mitteldeutschlands“ bezeichnete – erfolgte Errichtung des neuen „Gauhauses“ nichts geändert⁶⁴. Verschärft wurde die Situation dadurch, daß sich Meyer außerordentlich stark im nationalsozialistischen Kirchenkampf engagierte. Er führte ihn insbesondere an der Seite Alfred Rosenbergs, dem er offensichtlich spätestens seit dem „Lippe-Wahlkampf“ in einer Art Geistesverwandtschaft aufs engste verbunden war.

So bejubelte die nationalsozialistische Presse z. B. zwar den Empfang Rosenbergs anläßlich des Gautreffens in Münster im Jahre 1934, als dieser in seiner Eigenschaft als „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ „zu tausenden deutscher Volksgenossen“ zum Thema „Die Weltanschauung des Nationalsozialismus“ sprach⁶⁵. Und auch ein Jahr darauf lautete eine sich auf das seinerzeitige Gautreffen beziehende Presseschlagzeile: „Münster jubelt Rosenberg zu!“⁶⁶ In Wirklichkeit aber war gerade wegen der Kirchenfrage die allgemeine Stimmungslage in der Bevölkerung sehr schlecht. „Weite Kreise der Bevölkerung sind . . . mit der Haltung des Staates in der Kirchenfrage nicht einverstanden und geben ihrer Mißstimmung unverhohlenen Ausdruck“, hieß es im Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für den Monat April 1935. „Dazu kommt, daß durch das Verhalten der im hiesigen Bezirk untergebrachten Legionäre und der HJ wiederholt die religiösen Gefühle der Katholiken verletzt worden sind, so daß es nicht wundert, wenn insbesondere weite Kreise der katholischen Bevölkerung noch abseits stehen und zum Teil sogar staatsfeindlich eingestellt sind“⁶⁷. „Und was Rosenberg angeht, so hatte sein Erscheinen in Münster keineswegs so großen Jubel ausgelöst, wie die Nationalsozialisten hatten verbreiten lassen. „Konnte in den vorhergehenden Monaten eine mehr und mehr zunehmende Aktivität des politischen Katholizismus festgestellt werden“, schrieb die Staatspolizei in ihrem Bericht für Juli 1935, „so traten im Berichtsmonat die gegensätzlichen Auffassungen des Staates und großer Teile der kath. Geistlichkeit anläßlich der Rede des Reichsleiters Rosenberg . . . offen zutage.“ Man teile in katholischen Kreisen in keiner Weise „die Auffassung des Staates und der Bewegung in religiösen Fragen . . . Man identifiziert vielmehr ganz allgemein das sogen. Neuheidentum mit der NSDAP und weist in diesem Zusammenhang weiter darauf hin, daß man unmöglich einen Unterschied machen könne zwischen dem Privatmann Alfred Rosenberg und Rosenberg als Leiter für die weltanschauliche Schulung der NSDAP“⁶⁸. Meyer selbst trug

⁶³ Siehe Joachim Kuropka (Hg.), *Meldungen aus Münster 1924–1944. Geheime und vertrauliche Berichte von Polizei, Gestapo, NSDAP und ihren Gliederungen, staatlicher Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Wehrmacht über die politische und gesellschaftliche Situation in Münster*, Münster 1992, S. 154–164 sowie Kap. 13. Vgl. auch STAM, GLWN, Hauptleitung 24, Stimmungs- und Lagebericht für den Monat März 1937, wo es – sicherlich teilweise beschönigend – heißt: „Wir sehen aus allen Berichten sehr klar, dass wirtschaftliche Schwierigkeiten keinerlei massgebliche Rolle spielen und Unzufriedenheit sich nur mehr auf dem durch kirchl. Beeinflussung vorbereiteten Boden breitmacht.“

⁶⁴ STAM, GLWN, Hauptleitung 24, Stimmungs- und Lagebericht für den Monat März 1937.

⁶⁵ NZ, 16. 9. 1934.

⁶⁶ NZ, 7. 7. 1935.

⁶⁷ Vgl. Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster für April 1935, in: Kuropka (Hg.), *Meldungen*, S. 153.

⁶⁸ Ebd., 163f.

nichts Wesentliches dazu bei, die Stimmungslage zu ändern, obgleich sie ihm schwerwiegende Probleme bereitete, was er in internen Stellungnahmen der NSDAP-Führung gegenüber unzweideutig zugab. „Ich habe auf der letzten Gauleitertagung mit grosser Genugtuung feststellen können, dass der Stellvertreter des Führers mit der von meinem Gaugebiet bisher verfolgten Kirchenpolitik durchaus einverstanden ist. Ich habe erst kürzlich auf einer grösseren Führertagung zu diesen Fragen eingehend Stellung genommen und dabei auch die Frage der Kirchenaustritte berührt. Ich habe jeden irgendwie gearteten Druck auf Entschlüsse in dieser Richtung verboten und habe festgestellt, dass diese Frage eine rein persönliche Frage ist. In meinem Gaugebiet würden wir uns an vielen massgebenden Stellen des Gaus das Vertrauen der Bevölkerung verscherzen, wenn die politischen Leiter in diesen Kirchenfragen eine verständnislos und gewaltsame Haltung einnehmen würden,“ schrieb Meyer der Parteiführung im März 1937⁶⁹. Und weiter unten in dem gleichen Bericht hiess es: „Die Lage in meinem Gau ist deshalb besonders schwierig, weil der grösste Teil der kath. Bevölkerung vollständig kirchlich gebunden ist. Die Westfalen in ihrer starrköpfigen und zäh am Alten hängenden Art sind nur mit der Zeit zu Nationalsozialisten zu machen. Es wäre falsch, hier eine Umwandlung mit Gewalt zu versuchen“⁷⁰.

Andererseits verfocht Meyer die offizielle nationalsozialistische Linie und machte – dabei unmißverständlich auf den Münsteraner Bischof Kardinal Clemens August Graf von Galen hinzielend – ohne Umschweife deutlich: „Wenn aber Staat und Partei beleidigt werden und wenn Geistliche sich offensichtlich auf politischem Gebiet schädigend bewegen, dann wollen wir eisern zugreifen und nichts ungetan lassen. Im übrigen haben wir gar kein Interesse daran, Märtyrer zu machen“⁷¹. Einer propagandistischen Vereinnahmung der Region standen diese antiklerikalen Aktivitäten freilich entgegen⁷².

Im Gegensatz dazu schien die Distanz zwischen der münsterländischen Heimatbewegung und der NS-Ideologie gering. Begriffe wie „Heimat“, „Deutschland“ oder auch „Volksgemeinschaft“ wiesen neben einer gewissen Nähe der Wurzeln der Heimatbewegung und des Nationalsozialismus scheinbare Berührungspunkte auf. Diese boten sich trotz gewisser Unterschiede, die vor allem in den für den Nationalsozialismus kontraproduktiven regionalistischen Bestrebungen der Heimatschutzbewegung lagen, zur Nutzung für propagandistische Zwecke gewissermaßen geradezu an. So ist es nicht erstaunlich, daß auch der Gau Westfalen-Nord und Alfred Meyer die Heimatschutzbewegung frühzeitig für sich vereinnahmten⁷³. Insbesondere die vor 1933 vom Westfälischen Heimatbund, nunmehr aber von der Gauleitung in Verbindung mit dem Provinzialverband durchgeführte Organisation des alljährlich stattfindenden „Westfalentages“ bot der NSDAP und Alfred Meyer ein breites Feld politischer Indoktrination. „*Wir alle sind stolz, Westfalens Söhne und Westfalens Töchter zu heißen*“, äusserte er sich z. B. anlässlich des 1935 im ostwestfälischen Enger stattfindenden Westfalentages. „*Wenn wir uns hier versammelten, so folgten wir der Stimme des Blutes*. Hier, wo einst unser großer Ahne, der Sachsenherzog Widukind für das von seinen Vätern ererbte Kulturgut gegen eine große Uebermacht kämpfte,

⁶⁹ STAM, GL WN, Hauptleitung 24, Stimmungs- und Lagebericht für den Monat März 1937.

⁷⁰ STAM, GL WN, Hauptleitung 24, Stimmungs- und Lagebericht für den Monat März 1937.

⁷¹ Vgl. NZ, 7.7. 1935. U. a. hatte der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen den Auftritt und die Rede Rosenbergs, die dieser im Sommer 1935 in Münster gehalten hatte, vergeblich zu verhindern gesucht.

⁷² Vgl. allgemein die verschiedenen Aktivitäten Meyers im Kontext des Kirchenkampfes, nach NZ, 16.9. 1934, 7.7. 1935, 6.8. 1935, 19.8. 1935, 17.10. 1935, 30.10. 1935, 16.12. 1935, 2.12. 1937.

⁷³ Vgl. zum folgenden Ditt, Raum, S.206–240.

wollen auch wir alles das ablegen, was fremde Gesetzgebung schuf. . . . Wenn jemand sagt, der Nationalsozialismus hätte dem Westfalen seine Eigenart geraubt und wenn es jemand behauptet, die Männer des Dritten Reiches messen mit einem besonderen Maß, dann wissen wir, daß das genaue Gegenteil der Fall ist. . . . So wie einst der Stamm der Sachsen Widukind auf den Schild erhob, daß man einen Führer hatte, geradeso haben wir Menschen von heute gehandelt⁷⁴. Zwei Jahre später eröffnete Meyer in Enger zudem eine „Widukindgedächtnisstätte“, die „die Gestalt des Sachsenherzogs lebendig machen“ sollte⁷⁵.

Ob die Region auf diese Weise auf breiter Basis für den Nationalsozialismus gewonnen werden konnte, ist gegenwärtig nicht abschließend zu entscheiden, mag jedoch allein mit Blick auf die Teilnehmerzahl der Westfalentage nach 1933 bezweifelt werden. War es, nachdem die Veranstaltungen der Vorjahre jeweils nur einige hundert Teilnehmer gezählt hatten, den Nationalsozialisten 1933 noch gelungen, auch auf diesem Feld massenmobilisierend zu wirken und zum Westfalentag dieses Jahres 150 000 Menschen zur Teilnahme zu bewegen⁷⁶, so kamen 1934 nur noch 31 000 Teilnehmer und 1935 waren es gar nur 1500. Die „Großveranstaltung“ sank damit auf das Niveau der Weimarer Zeit ab⁷⁷.

Eine den Detmolder Grabbe-Tagen vergleichbare „Institution“ sollten im Münsterland nach Meyers Vorstellungen die seit 1938 veranstalteten Annette-von-Droste-Hülshoff-Tage werden⁷⁸. Meyer war zu diesem Zeitpunkt, als sich der Todestag der Dichterin zum 90. Male jährte, von der seit 1928 bestehenden Droste-Gesellschaft die Schirmherrschaft angetragen worden, was mit nahezu unumschränkten Vollmachten bis hin zur Ernennung des Vorsitzenden und bis zu vier weiteren Vorstandsmitgliedern durch den Gauleiter verbunden war. Meyer übernahm damit die Führung der Gesellschaft, nachdem er erst im September 1937 gewünscht hatte, „daß er und das Reichspropagandaamt in ein engeres Verhältnis zur Droste-Gesellschaft treten möchten“⁷⁹. Wie im Falle der Grabbe-Tage war Meyer bestrebt, die Persönlichkeit der Literaturgeschichte zur Selbstdarstellung der Partei und seiner selbst zu nutzen. Gleichzeitig erfolgte der Versuch, das Werk der Dichterin umzuwerten und angebliche Kontinuitätslinien hin zur NS-Ideologie darzulegen. Seit den 1920er Jahren wurde die Droste von Literaturhistorikern als im Westfälischen verwurzelt charakterisiert, nachdem sie in den vorhergehenden Jahrzehnten, d. h. seit der Zeit des Kulturkampfes als katholische Dichterin reklamiert worden war. Die Nationalsozialisten knüpften an die Sicht der 20er Jahre an und erweiterten die Interpretation in unzulässiger Weise. National, sozial, bluts-, boden- und volkstumsbewußt sei sie gewesen, der nordischen Rasse zugehörig. Mit ihrer „germanisch-niederdeutschen“ Haltung wurde sie z. B. Heinrich Heine, der als jüdischer Literat apostrophiert wurde, gegenübergestellt⁸⁰. Die Droste-Hülshoff-Tage erreichten jedoch nicht den herausgehobenen Stellenwert der Grabbe-Tage, wohl nicht zuletzt deshalb, weil das nationalsozialistische „Interpretationsangebot“ wenig Anklang fand, Annette von Droste-Hülshoff weiterhin traditionell interpretiert und keineswegs als irgendgeartete Vorläuferin des Nationalsozialismus betrachtet wurde⁸¹. Die vom Katholizismus in der Region ausgehende Widerwilligkeit ge-

⁷⁴ NZ, 25. 6. 1935.

⁷⁵ STAM, GL WN, Hauptleitung 25, Stimmungs- und Lagebericht für den Monat April 1937, Pkt. 17.

⁷⁶ Ditt, Raum, S. 208 f.

⁷⁷ Ebd., S. 219.

⁷⁸ Vgl. zum gesamten Droste-Hülshoff betreffenden Abschnitt, ebd., S. 349–362.

⁷⁹ Zit. nach ebd., S. 352.

⁸⁰ Ebd., S. 358.

⁸¹ Ebd., S. 354 u. 361 f.

genüber dem Nationalsozialismus und seinem Gauleiter bewirkte, daß Münster als Ort der Gauparteitage zunehmend ungeeignet erschien. Vor allem aus diesem Grunde wurden sie 1936 nach Gelsenkirchen verlegt⁸² und nicht, wie die National-Zeitung ihre Leser am 29. April 1936 glauben machen wollte, als Dank des Gauleiters für „Gelsenkirchens Treue am 29. März“, der sogenannten „Reichstagswahl“ des Jahres 1936. In Gelsenkirchen, der als Zentrum des Emscher-Lippe-Raums zu betrachtenden Ruhrgebietsstadt, die zudem als „Wiege“ des Gaus galt, fanden die Gauparteitage bis zum Kriegeausbruch statt.

Auf eine Dauer von zwei bis drei Tagen ausgerichtet, bestanden diese ritualisierten Parteifeiern aus einer aneinandergereihten Zahl von Tagungen der verschiedenen Gausonderorganisationen der NSDAP wie z. B. RAD, HJ, NSKK u. a. m. Im Mittelpunkt jedoch standen auch für die breite Bevölkerung zugängliche Großkundgebungen mit Parteigrößen wie Goebbels, Rosenberg und Ley sowie dem Gauleiter Alfred Meyer. Als Vorbild für die Gautreffen dienten die Reichsparteitage; hinzu kamen Vorbeimärsche, Fackelzüge und diverse sportliche und kulturelle Rahmenveranstaltungen⁸³. Außer der Selbstdarstellung der NSDAP und der Demonstration der Macht⁸⁴ dienten sie - ähnlich den „Lippe-Feiern“ - nicht zuletzt der zielgerichteten Herausbildung einer neuen nationalsozialistischen Identität dieser industriell wichtigen Region⁸⁵. Diese war aus der Sicht der Nationalsozialisten angesichts von Kriegsplanung und damit verbundener Rüstung hier aus Gründen der Verlässlichkeit und Sicherheit wohl unabdingbar.

Im Unterschied zu Lippe und Schaumburg-Lippe war die politische Ausgangslage in der Emscher-Lippe-Region jedoch eine grundlegend andere. Nicht auf einen frühzeitigen starken Zuspruch, sondern auf eine überdurchschnittliche Ablehnung waren die Nationalsozialisten hier gestoßen⁸⁶. Damit bestand eine oberflächliche Ähnlichkeit zur Münsteraner Region. Anders aber als im katholischen Milieu des Münsterlandes, wo die Ablehnung des Nationalsozialismus dem Grunde nach zumindest während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft über eine mit Hilfe der Kirche permanent vollzogene Reproduktion religiös fundierter, dem Nationalsozialismus entgegenstehender Werte nachhaltig vollzogen werden konnte, verfügte das Ruhrgebiet nach der frühzeitigen Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die zudem ohnehin keine vollständige Einheit gebildet, sondern sich auf das kommunistische, sozialdemokratische und katholische Milieu aufgeteilt hatte, über kein (breites) intaktes ethisch-moralisches antinationalsozialistisches Bollwerk. Die Bevölkerung schien also im Unterschied zum katholischen Münsterland, wo der Zusammenhalt zwischen Kirchenvolk und Amtskirche kaum erschütterbar erschien, hinsichtlich neuer Werte und Normen wenigstens beeinflussbar, ein Überwechseln aus den Arbeiterbewegungsorganisationen in die „nationalsozialistische Bewegung“ nicht ausgeschlossen. „Der Kreis Emscher-Lippe besteht zum grössten Teil aus einer handarbeitenden Bevölkerung. Der Bergarbeiter beklagt sich über die geringe Bezahlung, die in keinem Verhältnis zu der zu leistenden Arbeit steht. Grundsätzlich wäre es aber falsch,

⁸² NZ, 29. 4. 1936. Vgl. Stefan Goch, Parteifeiertage. Feiern der Staatspartei, in: Priamus u. Goch, Macht S. 16–20, hier S. 16.

⁸³ Vgl. die Berichterstattung z. B. in: Gelsenkirchener Zeitung (GZ), 27. 6. 1936, Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung (GAZ), 27. 6. 1936, GZ, 25. 6. 1937, GAZ, 26. 6. 1937, GAZ, 27. 6. 1937, GZ, 23. 6. 1938, GZ, 24. 6. 1938, GAZ, 27. 6. 1938, GZ, 17. 6. 1939. Vgl. auch das „Minuten-Programm des Gautreffens 1937“, in: Chronik der Stadt Gelsenkirchen 1937, S. 150ff.

⁸⁴ Vgl. Goch, Parteifeiertage, S. 16.

⁸⁵ Vgl. Priamus, Alfred Meyer, S. 60f.

⁸⁶ Vgl. Goch, Arbeiterkultur, S. 340ff.

wenn man aus dieser Klagestellung heraus annehmen wollte, dass diese Haltung aus einer nazifeindlichen Einstellung geboren wäre. Der Arbeiter im Industriegebiet ist weltanschaulich aufgeschlossen und auch bereit, die arteigene nationalsozialistische Auffassung nicht nur ganz in sich aufzunehmen, sondern hierüber hinaus auch zu vertreten“, hieß es in einem Bericht der NSDAP-Kreisleitung Emscher-Lippe vom Spätsommer 1938, den Meyer in seinem Bericht im wörtlichen Zitat und unkommentiert der Parteispitze zuleitete und in dem man fortfuhr: „Mit Recht möchte der Bergmann seine Existenz gesichert sehen und dann wird es leicht sein, ihn von der Richtigkeit der nationalsozialistischen Idee zu überzeugen. Im übrigen ist es ja auch ganz natürlich, dass der Mensch um das ihm für seine Arbeit zustehende Brotrecht ringt. Alles in allem bedeutet das für den Kreis Emscher-Lippe folgendes: Die Weltanschauung des Nationalsozialismus fest zu verankern wird hier im Augenblick leichter sein, wo man dem schwer arbeitenden Menschen den ihm zustehenden Lebensstandard einräumt“⁸⁷. Auf dieser Grundlage propagierte Meyer die These vom verführten Volk. Verführer waren die untereinander zerstrittenen und sich heillos bekämpfenden Parteien vor allem der Arbeiterbewegung, die das Volk durch falsche Versprechungen und Ideologien auf Abwege gebracht hätten. Möglich geworden sei diese Verführung aber nur vor dem Hintergrund der gerade in dieser Region herrschenden außerordentlichen sozialen Not. Erst die Nationalsozialisten hätten dann tatsächlich Abhilfe geschaffen. So ließ Meyer seine Rede auf dem ersten in Gelsenkirchen abgehaltenen Gautreffen 1936 in den pathetischen Worten gipfeln: „Nach der Machtergreifung übernahm die Bewegung hier ein Trümmerfeld, eine völlig zerstörte Wirtschaft. Wir haben in diesen Jahren oft die schwersten Sorgen gehabt, um über die Schwierigkeiten der Ernährung und der Arbeitsbeschaffung hinwegzukommen. Trotzdem ist es uns gelungen, Tausende und Abertausende Arbeiter der Stirn und der Faust, die sich zu Moskau oder Amsterdam oder sonst einer Internationale bekannt hatten, wieder nach Deutschland zurückzuführen“⁸⁸. Tatsächlich schien sich die Stimmungslage in der Bevölkerung dieser Region mit steigenden (Nominal-)Löhnen nach 1936 positiv zugunsten der Nationalsozialisten zu verändern⁸⁹.

Die Presseberichterstattung über die Gauparteitage durchzog eine manieriert-romantisierende Darstellung des Ruhrgebiets als „Heimat der deutschen Arbeiter“. Dabei stand das die Region verkörpernde Bild des Bergarbeiters stets im Mittelpunkt. So wird z. B. schwülstig „das schwarze, von Schweißstrahlen durchfurchte Gesicht des Bergmannes“ beschrieben, „der tief im Schacht der Erde im härtesten Kampf um Deutschlands Geltung Stellung bezogen hat und hier treu und brav seine Pflicht tut“⁹⁰. Und die Grubenlampe gewinnt bei dieser pathetisch-salbungsvollen Interpretation eine geradezu überhöhte Bedeutung, wenn es heißt: „Vom dunklen Schacht zum hellen Tageslicht nimmt der Bergmann jeden Tag hoffnungsvoll seinen Weg. . . . So wird für uns die *Grubenlampe zum leuchtenden Symbol des deutschen Aufstiegs*, ein Zeichen für die Ehre schwerer Arbeit, ein Sinnbild der niemand ausschließenden Kameradschaft und Volksgemeinschaft“⁹¹. Gelsenkirchen als der eigentliche Ort des Treffens wird stereotyp als die „Stadt der tausend Feuer“

⁸⁷ STAM, GLWN, Hauptleitung 6, Stimmungs- und Lagebericht für August und September 1938, Pkt. 18.

⁸⁸ GAZ, 27. 6. 1936.

⁸⁹ Vgl. STAM, GLWN, Hauptleitung 25, Stimmungs- und Lagebericht für den Monat April 1937, Pkt. 19.

⁹⁰ GZ, 18. 6. 1939.

⁹¹ GAZ, 26. 6. 1937.

bezeichnet. Insgesamt verschmolz in einer derartigen Berichterstattung gleichsam der Anspruch der NSDAP, eine Arbeiterpartei zu sein, mit dem Ziel, eine vollendete „Volksgemeinschaft“ zu schaffen⁹².

Über die glorifizierte Figur des Bergmanns hinaus stellte der Fußballverein Schalke 04, der allein zwischen 1933 und 1945 sechs Mal deutscher Fußballmeister wurde, eines der wenigen regional verwurzelten Elemente dieses Raumes dar, das dennoch – wie im Falle des „Hermanns-Motivs“ und der „Grabbe-Tage“ in Lippe – einen über die Region weit hinausgehenden Bekanntheitsgrad genoß und sich daher für nationalsozialistische Propagandazwecke besonders eignete⁹³. Durch Besuche von Spielen der Mannschaft in der heimischen „Glückaufkampfbahn“, insbesondere aber mit Hilfe von Ehrung und Empfang der Sieger reklamierte Meyer den sportlichen Ruhm auch für sich und den Nationalsozialismus⁹⁴. „Wir im Gau Westfalen-Nord sind stolz auf unsere Schalker Jungen“, würdigte Meyer in diesem Sinne die erneute Meisterschaft des FC Schalke 04 im Jahre 1940. „Auch im Kriege, unter erschwerten Umständen, haben sie es geschafft, wo ein Teil der Mannschaft das Ehrenkleid der Soldaten trägt und sich an der Front tapfer schlug. . . Die Anwesenheit von Vertretern des Staates, der Partei und der Wehrmacht soll Schalke ein Beweis dafür sein, wie eng wir uns alle mit ihm verbunden fühlen. Auch in den schwersten Stunden dürfen sie das Bewußtsein haben, daß ganz Westfalen hinter ihnen steht“⁹⁵.

Im Unterschied zu den Regionen Lippe und Münsterland wirkten in der Emscher-Lippe-Zone darüber hinaus in den 30er Jahren infolge des industriellen Strukturwandels kaum noch spezifische, regional fest verwurzelte traditionale Elemente nach⁹⁶, die sich im Sinne des Nationalsozialismus von Meyer hätten „umwerten“ lassen. An die Stelle der „Umwertung“ vorhandener Traditionen trat deshalb in dieser Region der Versuch, eigene Traditionen neu zu begründen. Dies sei am Beispiel der alljährlich am 21. Juni im NSDAP-Bezirk Emscher-Lippe veranstalteten „Ludwig-Knickmann-Gedenkfeiern“ dargestellt.

Ihren Namen bezogen diese regionalen Feierlichkeiten von Ludwig Knickmann, einem frühen, aus (Gelsenkirchen-)Buer stammenden Nationalsozialisten, der während der Ruhrbesetzung an Sabotageakten gegen die Besatzungsmächte beteiligt war. Am 21. Juni 1923 war Knickmann bei dem Versuch, die Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Teil des Ruhrgebiets illegal zu überqueren, um einen „Verräter zu stellen“, der mit den Besatzern kollaborierte, von belgischen Besatzungssoldaten getötet worden. Ob Knickmann tatsächlich aus politischen Gründen zu Tode kam, wie die NS-Propaganda späterhin glauben machen wollte, oder deshalb erschossen wurde, weil die Belgier ihn und seinen Begleiter Karl Jackstien⁹⁷ beim Schmuggel von Lebensmitteln ertappt hatten,

⁹² Vgl. Goch, Parteifeiern, S. 20.

⁹³ Vgl. Stefan Goch, FC Schalke 04. Instrumentalisierung des Zuschauersports, in: Priamus u. Goch, Macht, S. 81–92, hier S. 81.

⁹⁴ Vgl. NZ, 27.06. 1937 mit einem Bericht über den gemeinsamen Besuch Viktor Lutzes und Meyers in der Glückaufkampfbahn, wo beide über die Bedeutung des Sports sprechen. Gleichzeitig ehrt Meyer Schalke 04 wegen der deutschen Meisterschaft. Vgl. zu den Ehrungen allgemein Goch, Schalke, S. 90ff.

⁹⁵ Westfälische Tageszeitung, 11.8. 1940.

⁹⁶ Vgl. Behr, Westfalen, S. 122.

⁹⁷ Jackstien stieg später in der SA bis zum „Oberführer“ auf und übernahm 1943 das Kommando der SA-Brigade 21 in Gleiwitz. Er kam im Jahre 1943 bei einem „Kampfeinsatz“ zu dem er sich angeblich selbst gemeldet hatte, ums Leben. Vgl. BDC, Akte Jackstien; STAM, GLWN, Gauschatzamt 106 sowie NZ, 17.10. 1943.

ist heute nicht mehr eindeutig zu entscheiden⁹⁸. Für die vorliegende Fragestellung ist es letztendlich sogar gleich, wie die Ereignisse sich abgespielt haben mochten. Wichtig ist nur, daß der Vorfall den Nationalsozialisten die Chance bot, Ludwig Knickmann propagandistisch als „Märtyrer der Bewegung“ darzustellen. Damit gewinnt die um Knickmann betriebene Legendenbildung deutliche Ähnlichkeit mit der bekannten Glorifizierung Albert Leo Schlageters und Horst Wessels. Im Unterschied zu diesen bot Knickmann als der Region entstammendes „Opfer“ der Masse der Bevölkerung indes viel eher die Möglichkeit zur Entwicklung persönlicher Betroffenheit und damit zur Identifikation⁹⁹. Die Feierlichkeiten selbst verliefen stets in ritualisierter Form, ihr Ablauf war streng geregelt und enthielt quasi-liturgische Elemente. Hierzu zählte die am Morgen des alljährlichen Gedenktages stattfindende Trauerstunde am Grab des „nationalsozialistischen Blutzugegen“, wie ihn die gelenkte Presse in bewußter, aber unerlaubter Assoziation an die NS-Bezeichnung der anlässlich des nationalsozialistischen Putschversuches vom 9. November 1923 zu Tode gekommenen Hitler-Anhänger bezeichnete¹⁰⁰. Des weiteren zählte hierzu die Kranzniederlegung an dem Denkmal, das man zu Ehren Knickmanns an der Stelle errichtet hatte, wo er zu Tode gekommen war¹⁰¹. Darüber hinaus verharrte den ganzen Tag über eine Ehrenwache der SA an seinem Grab – üblicherweise die nach Ludwig Knickmann benannte SA-Standarte 137. Zur Ausstattung dieser Ehrenwache zählten Fahnen, Standarten und „trauerumflorte Feldzeichen“. Dabei müssen Fahnen als eine der wichtigsten Requisiten nationalsozialistischer Massenregie eingestuft werden. Auch Hitler hatte in „Mein Kampf“ der Fahne ein ganzes Kapitel gewidmet. Und Goebbels schätzte den Wert von Fahnen gar höher ein als den jeder Zeitung, da sie eben nicht an den Intellekt, sondern ausschließlich an das Gefühl appellierten¹⁰².

Die Inszenierung mußte zudem stets den Charakter einer „schlichten“, allenfalls aber einer „schlichten und innerlich großen Feier“ aufweisen. Im Gegensatz zur pompösen Feierveranstaltung dürfte dies, wie es die Nationalsozialisten selbst auszudrücken pflegten, wohl dem „gesunden Volksempfinden“ entsprochen haben und ließ somit aus den Reihen der Bevölkerung positive Resonanz erwarten. Die NSDAP nahm damit – eingedenk ihrer zu großen Teilen kleinbürgerlichen Herkunft – ganz bewußt die Ansprüche der einfachen Leute an den Staat auf. Hierzu zählten eben auch Sparsamkeit und Schlichtheit¹⁰³.

Der Intention eines Kunstwerks durchaus vergleichbar, sollten diese Inszenierungselemente den „Betrachter“ weniger auf der kognitiven als vielmehr auf der emotional-affektiven Ebene ansprechen. Andererseits muß der symbolhafte Charakter dieser Gedenkfeiern besonders betont werden. Die einzelnen Elemente der Inszenierung verschmolzen, nicht

⁹⁸ Die vormalig selbständige Stadt „Buer in Westfalen“ ist heute ein Teil Gelsenkirchens. Buer wurde im Zuge der kommunalen Neuordnung 1928 mit Gelsenkirchen zusammengelegt. Vgl. auch zu den Vorgängen um Knickmann sowie den nachfolgenden Aspekten Priamus, Reihen, S. 78, 80f. u. 97 sowie Heinz-Jürgen Priamus, Helden- und Totenfeiern. Normiertes Totengedenken als Feiertag, in: Priamus u. Goch, Macht, S. 21–38.

⁹⁹ Nur zufällig fiel dieser regionale Gedenktag mit dem von den Nationalsozialisten ebenfalls gefeierten Tag der Sommersonnenwende zusammen. Dennoch dürfte damit der spirituell-religiöse Charakter dieses Tages zusätzlich akzentuiert worden sein.

¹⁰⁰ Vgl. GZ, 22. 6. 1940.

¹⁰¹ Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf einer Analyse der GAZ, GZ und NZ zwischen 1933 und 1943. Da die gleichen Sprachmuster alljährlich von neuem auftraten, sei allgemein nur auf die jeweilige Berichterstattung der genannten Zeitungen am 22. 6. verwiesen.

¹⁰² Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 170f.

¹⁰³ Vgl. Gerhard Bauer, Sprache und Sprachlosigkeit im „Dritten Reich“, Köln 1988, S. 53.

zuletzt wegen ihrer stereotypen Wiederholung, zu einer Art Gesamtsymbol. Mit Hilfe eines solchen Symbols, das sich aus einer Anzahl verschiedenster bildhafter Zeichen zusammensetzte, ließen sich komplexe intellektuelle Gebilde, wie geistige Werte und Utopien, den Massen gegenüber besser vermitteln als es je mit Worten möglich gewesen wäre. Schließlich haben Symbole zudem noch eine identitätsstiftende Funktion, indem sie, wie Gerhard Paul es formuliert, „das Gefühl von Zusammengehörigkeit unter einer übergeordneten Idee vermitteln“¹⁰⁴. Die anlässlich dieser Veranstaltungen gehaltenen Reden, „Gedenkansprachen“ genannt, unterstrichen zusätzlich die auf der emotional-affektiven Symbolebene angestrebten Intentionen durch eine weniger konkrete als vielmehr assoziative Rhetorik.

Als Ausdruck des „Kulturwille[ns] des Gaus Westfalen-Nord“, wie es der Leiter des Gaupresseamtes, Arno Schröder, 1940 formulierte¹⁰⁵, betrachtete Meyer auch die von ihm geplanten großen Bauvorhaben des Gaus, mit deren Hilfe er sich offenbar selbst – eine gewisse Nachahmung Hitlers ist nicht zu übersehen – ein Denkmal zu setzen beabsichtigte¹⁰⁶. Dabei bemühte er sich offenbar, auch auf diesem Feld der regionalen Dreiteilung des Gaus Rechnung zu tragen. So waren es folgerichtig drei großangelegte städtebauliche Projekte, die Meyer im Jahre 1938 anstrebte.

Der erste Plan sah einen gigantomanischen Ausbau Münsters vor, „der Stadt, in der das gesamte Verwaltungs- und Behördenleben nicht nur des Gaus, sondern auch des ganzen Raumes Westfalen zusammenströmt, der Gauhauptstadt der Bewegung im Gau Westfalen-Nord. Wie München und Nürnberg, Berlin, Weimar und Hamburg und andere Städte im Reich begonnen haben, durch großzügige städtebauliche Umgestaltung ihrer Stadt ein neues lebensfrisches Gesicht zu geben, so wird auch Münster . . . neu geformt werden. Erst die nationalsozialistische Bewegung, entsprechend der Größe ihrer Weltanschauung und ihres fanatischen Willens und Glaubens, ist berufen, ein neues Stadtgebiet . . . entstehen zu lassen.“ Meyers Absicht, die er mit Speer und Hitler bereits abgestimmt hatte, war es, insgesamt einen riesigen Parteibeizirk entstehen zu lassen. „In dieser baulichen Anlage wird der Sitz der Organisationen und Formationen sein, die den nationalsozialistischen Menschen führen und betreuen.“ Dominiert werden sollte der Raum von einem „aus dem Wasser steigenden, weithin sichtbaren, gewaltigen *Glockenturm*“. Des weiteren sollte Münster ein neues, sich an den Parteibeizirk anschließendes Behördenviertel erhalten. Und nicht zuletzt bestand die Absicht, neue Wohnviertel, „geschlossene Straßenzüge in drei- und viergeschossiger Bebauung . . . mit luftigen Grün- und Innenhöfen“ entstehen zu lassen. „Wir sind glücklich“, hieß es abschließend resümierend, „in den Tagen Adolf Hitlers den Grundstein zu einer neuen Stadt, mit dem Platz des Dritten Reiches als lebendigem Mittelpunkt, legen zu können“¹⁰⁷.

Gerade in dem auf den Wohnungsbau ausgerichteten Teil des Münsteraner Projekts suchte Meyer seine soziale Haltung bzw. das, was die Nationalsozialisten den „Sozialis-

¹⁰⁴ Paul, *Aufstand*, S. 165f. Vgl. auch Volker Ackermann, *Nationale Totenfeiern in Deutschland: von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauß; eine Studie zur politischen Semiotik*, Stuttgart 1990, S. 284, der den Ritus in Anlehnung an den französischen Religionswissenschaftler Albert Réville als die „Syntax“ bezeichnet, die die einzelnen Symbole, die gleichsam Sprachelemente bilden, erst zu einer Aussage zusammenfaßt.

¹⁰⁵ Schröder, *Westfalen-Nord*, S. 44.

¹⁰⁶ Vgl. NZ, 7. 4. 1938, wo es über Meyer heißt, daß „dessen unermüdliche[r] Initiative allein die großen Bauvorhaben der Partei im Gau Westfalen-Nord zu verdanken sind“.

¹⁰⁷ Alle Zitate in NZ, 7. 4. 1938.

mus der Tat“ nannten, zum Ausdruck zu bringen. Dieses war auch die zentrale Intention des von ihm geplanten zweiten Großprojekts, dem Um- und Ausbau Gelsenkirchens¹⁰⁸. Ausgangspunkt dieser Bemühungen war der in dieser Region seit Jahren herrschende katastrophale Wohnraummangel. So verkündete die National-Zeitung am 25. Juni 1938: „Um in der Stadt Gelsenkirchen aber, der Hochburg nationalsozialistischer Arbeit, auch die wirtschaftliche Freiheit zu erringen, werden wir die Zeugnisse des liberalistischen Geistes in Gestalt von schauerhaften Wohnvierteln mit häßlichen Elendshöhlen und Straßenzügen niederlegen und eine moderne Arbeiterstadt bauen, die das beredteste Zeugnis des deutschen Sozialismus der Tat und der nationalsozialistischen Sehnsucht sein soll“¹⁰⁹. Bestandteil des Gesamtprojekts war auch der Bau einer Einfamilienhaussiedlung im Gelsenkirchener Stadtteil Resse¹¹⁰, deren Grundstein am 25. Juni 1938 vom Leiter der DAF, Robert Ley, dessen Namen die Siedlung auch tragen sollte, gelegt wurde¹¹¹. Im „Ortsteil Buer-Resse an der Münster Straße [!] [wird] ein Akt vollzogen“, berichtete die Presse über die Grundsteinlegung, „der über Gelsenkirchen hinaus größte Bedeutung hat. Es ist ein Akt, der vor aller Welt zeigt, wie ernst es der Nationalsozialismus mit der Verwirklichung des deutschen Sozialismus nimmt. Mitten im Industriegebiet wird sich eine neue Siedlung erheben, die von der Liebe und Fürsorge des Nationalsozialismus zum deutschen Arbeiter Zeugnis ablegt. Ist es nicht wahrhaft symbolisch, daß dieser Akt in Gelsenkirchen vollzogen wird, einer Stadt, die in ihrem unorganischen Aufbau und ihren Mietskasernen die Schäden des Wirtschaftsliberalismus verkörpert? Gerade von hier, dem Brennpunkt des Industriegebietes, der Hochburg des Wirtschaftsliberalismus, geht die Erneuerung aus. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley ... hat im Verein mit Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Meyer die Pläne lange erwogen, wie man Licht und Luft in diese Stadt bringt, wie man den Arbeitern helle, freundliche Wohnungen bauen kann. Nun sind die Pläne fertig, es ist ein gewaltiges Projekt geworden, das Schule machen wird“¹¹². Als drittes Großprojekt plante Meyer schließlich die Errichtung einer megalomanen Kultstätte auf dem Hiddeser Berg bei Detmold, die die permanente, in Stein gegossene Erinnerung an den Sieg im Lippewahlkampf des Jahres 1933 manifestieren sollte. Das Großvorhaben war von dem Münsteraner Architekten Bartels, der auch die Pläne für die SS-Ordensburg Wewelsburg entwickelt hatte, und dem in Recklinghausen ansässigen Architekten Ganteführer entworfen worden. Auch hier sollte, wie in Münster, ein riesiges Hallengebäude, eine „Halle der Volksgemeinschaft“, mit einem vorgelagerten Aufmarschplatz errichtet werden. „In Architektur und Formgebung entspricht sie in schlichter, klarer, klassischer Haltung unserer Kunstauffassung“, formulierte ein Journalist, der die Pläne in seiner Zeitung der Öffentlichkeit präsentierte. „Eine Hochschule germanischen Geistes, das „Ahnenerbe“¹¹³, wird in unmittelbarer Nähe dieser Halle stehen. Die Adolf-Hitler-Schule, die Gauschulungsborg, eine Freilichtbühne und eine Pflegestätte deutscher Musik und

¹⁰⁸ Vgl. hierzu ausführlich: „Das Wohnungsbauprogramm des Gauleiters“, in: Stadtarchiv Gelsenkirchen, Bestand 0/XII-6,1.

¹⁰⁹ NZ, 25. 6. 1938.

¹¹⁰ Vgl. „Das Wohnungsbauprogramm des Gauleiters“, S. 4ff.

¹¹¹ Vgl. Hildegunde Bussen, Die Entstehung und Entwicklung der Arbeitersiedlung Resser Mark zu einem Stadtteil Gelsenkirchens (unveröff. Prüfungsarbeit der Pädagogischen Akademie Münster), Münster 1957, S. 3ff.

¹¹² Sammlung von Erinnerungen und Aufzeichnungen in Privatbesitz Dorothee Z.

¹¹³ Vgl. zum „Ahnenerbe“ Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 178ff.

Kunst, werden diese Gesamtanlage unterhalb des Hermann-Denkmal zu einer neuen ‚Akropolis‘ werden lassen“¹¹⁴. Eine Straße sollte von Detmold hinaufführen, wobei auf der Höhe des Berges das „Tor des ‚15. Januar‘, eine große Säulenarkade, liegt“¹¹⁵.

Wegen des Krieges wurde keines der von Meyer intendierten Großbauprojekte im geplanten Gesamtumfang realisiert.

IV.

Zusammenfassend seien die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie festgehalten:

1. Der 1931 entstandene NSDAP-Gau Westfalen-Nord stellte ein administratives Konstrukt dar und umfaßte nach sozio-kulturellen Gesichtspunkten die drei disparaten Regionen Ostwestfalen-Lippe, Münsterland und die Emscher-Lippe-Zone als den nördlichen Teil des Ruhrgebiets. Dem von ihm persönlich formulierten Selbstverständnis nach, an dem aufgrund seiner Biographie nicht zu zweifeln ist, sah sich der nordwestfälische Gauleiter Alfred Meyer in erster Linie als von einem ausgeprägten Sendungsbewußtsein getragener Volkserzieher bzw. in der Rolle eines Multiplikators des nationalsozialistischen Ideologiekonglomerats, das in der breiten Masse der Bevölkerung auf Dauer zu verankern und zu verfestigen er als zutiefst überzeugter Parteigänger der NSDAP als sein primäres Ziel erachtete.

2. Alfred Meyer betrachtete – damit keineswegs von der „ideologischen“ Norm des Nationalsozialismus abweichend – Elemente des regional fundierten Brauchtums als probaterweise einsetzbare Instrumentarien zur Erreichung dieses Ziels. Er stieß dabei in den drei Regionen seines Gaus allerdings auf graduell abstufbare unterschiedliche Ansatzpunkte und Voraussetzungen. So bot das ostwestfälisch-lippische „Hermanns-Motiv“ einen hohen Grad an Verwertbarkeit in einer Region, die im Rahmen der „Lippewahlen“ bereits eine frühzeitige Akzeptanz des Nationalsozialismus hatte erkennen lassen. Die im Münsterland als der zweiten Region des Gaus starke Heimatschutzbewegung lieferte nach außen hin augenscheinlich ähnlich positive Zugangsmöglichkeiten. Diese Ansätze wurden jedoch von Abstoßungseffekten des regional tief verwurzelten Katholizismus überlagert. In dem soziologisch von der Arbeiterschaft dominierten Emscher-Lippe-Raum schließlich wirkten infolge der im Zuge der Industrialisierung vollzogenen strukturellen Veränderungen kaum noch spezifische, regional fest verwurzelte traditionale Elemente nach, so daß eine Umnutzung und Umwertung von Brauchtumselementen im Sinne des Nationalsozialismus mit Blick auf die Akzeptanz durch breite Teile der Bevölkerung hier von vornherein ausgeschlossen war.

3. In der – sicherlich nicht im Sinne der hier vor 1933 starken Arbeiterbewegung, wohl aber im nationalsozialistischen Sinne – „traditions- und brauchumslosen“ Emscher-Lippe-Region bemühte sich Meyer, der Gepflogenheit einer frühzeitigen Historisierung der eigenen Politik folgend, um die Genese neuer NS-Traditionen. Die ständige Abhaltung der Gautreffen in Gelsenkirchen ist in diesem Kontext ebenso zu nennen wie die Durchführung der Knickmann-Feiern. Eine ebensolche Traditionalisierung fand seit 1934 gleichfalls in Form der „Lippe-Feiern“ in Detmold und Umgebung statt.

4. Darüber hinaus griff Meyer in der Region verwurzelte, jedoch über sie hinausweisende Elemente aus den Bereichen Kunst, (Hoch-)Kultur und Sport auf, um sie in die spezifi-

¹¹⁴ NZ, 25. 6. 1938.

¹¹⁵ NZ, 20. 3. 1938.

sche Form nationalsozialistischer Propaganda zu integrieren. Waren es im Emscher-Lippe-Raum die siegreichen Fußballspieler des FC Schalke 04, so wurden im Münsterland die Dichterin Annette von Droste-Hülshoff und in der Lippe-Region Christian-Dietrich Grabbe in die auf Legitimation und Affirmation des Herrschaftssystems ausgerichtete Politikvermarktungsstrategie eingebaut.

5. Meyer war bei allen diesen Aktivitäten, die neben der Verfestigung des Systems sicherlich auch der Machtsedierung und spezifischen Profilierung seiner selbst dienten, an einer gleichgewichtigen Behandlung der drei Regionen seines Gaus gelegen, was nicht zuletzt auch in der Gewichtung seiner Großbauvorhaben zum Ausdruck kommt. Dies muß auch als ein Ausdruck der von ihm betriebenen Kanalisierung regionaler Interessen gewertet werden, um daraus erwachsenden möglichen regionalistischen Bestrebungen von Anfang an entgegenzutreten.

6. Eindeutige Aussagen hinsichtlich der Wirkung dieses Politikkonzepts lassen sich kaum machen. Zumindest ansatzweise erkennbar ist jedoch, daß die von Meyer intendierten Ziele am ehesten in der Region Ostwestfalen-Lippe erreicht worden sein dürften. Die geringste Wirkung zeigte dieser Politikansatz wahrscheinlich in der Region Münsterland. In der dritten Region des Gaus, der Emscher-Lippe-Zone, erwies sich der regionale Politikansatz wegen fehlender eindeutig regionaler Elemente als wenig tragfähig. Deshalb betonte Meyer in diesem Raum in stärkerem Maße die soziale Komponente seiner Politik.

IV. Soziale Milieus, lokale Gesellschaft und Nationalsozialismus

Wolfram Pyta

Ländlich-evangelisches Milieu und Nationalsozialismus bis 1933

I.

Das evangelische Land war diejenige Sozialformation, welche der NSDAP seit 1930 weit überdurchschnittliche Wahlerfolge bescherte¹. In den protestantischen Dörfern konnte die Hitler-Partei auf einen festen Wählerstamm bauen, der sie in die Lage versetzte, dem konjunkturellen Auf und Ab in der Wählergunst gelassener gegenüberzutreten als viele ihrer politischen Konkurrenten. Als Landbevölkerung wird im folgenden die Einwohnerschaft solcher Orte bezeichnet, die weniger als zweitausend Insassen zählten. Eine solche Landgemeinde soll dann das Kriterium „protestantisch“ verdienen, wenn mindestens 70 % ihrer Mitglieder einer der evangelischen Landeskirchen angehörten. Eine solche Unterteilung nach konfessionellen Kriterien gebietet der gar nicht hoch genug zu veranschlagende Umstand, daß in der Weimarer Republik die konfessionelle Zugehörigkeit als der wichtigste wahlbeeinflussende Faktor einzustufen ist². So wiesen trotz weitgehend identischer Sozialstruktur geschlossen katholische Dörfer ein von ihren evangelischen Nachbardörfern im Regelfall kraß abweichendes Wahlverhalten auf. Denn hier dominierte gewohnheitsmäßig die Zentrums-*partei*, während auf dem evangelischen Land seit 1930/31 die NSDAP den Ton angab.

Im Jahre 1925 lebte noch jeder dritte Deutsche auf dem Lande, wobei schätzungsweise zwei Drittel dieser Landleute evangelisch getauft gewesen sein dürften³. Insgesamt war damit vermutlich mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung zum evangelischen Landvolk zu rechnen. Natürlich reichte dieses Elektorat allein nicht aus, damit die NSDAP an den Wahlurnen zur bei weitem stärksten deutschen Partei aufrücken konnte. Der Schlüssel für diesen Wählerzuspruch lag zweifellos darin, daß die NSDAP anders als ihre politischen Mitbewerber gezielt und mit großem propagandistischen Aufwand um Wähler aus *allen* sozialen Schichten ungeachtet deren konfessioneller Zugehörigkeit warb und diese auch in nennenswertem Umfang an sich zu binden vermochte⁴.

¹ Dazu die grundlegende Untersuchung von Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, vor allem S. 163–167 u. S. 255.

² Vgl. ebd., insbes. S. 177ff., S. 184ff. u. S. 278.

³ Nach der Volkszählung des Jahres 1925 lebten von den 62,4 Millionen Bewohnern des Deutschen Reiches in Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern 22,2 Millionen (= 35,6 %); siehe dazu die Angaben bei Jürgen Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik*, München 1986, S. 35. Eine exakte konfessionelle Aufschlüsselung der Landbevölkerung ist nicht möglich, da die Reichsstatistik entsprechende Angaben nicht ausweist. Man geht jedoch nicht fehl in der Vermutung, daß die Konfessionsverteilung auf Reichsebene – 64 % evangelisch, 32 % katholisch – ungefähr auch das konfessionelle Verhältnis innerhalb der Landbevölkerung widerspiegelte. Damit dürften vermutlich gegen 60 % aller Landbewohner einer der evangelischen Landeskirchen angehört haben.

⁴ Hierzu Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, 3. Aufl. München 1993, S. 226; Heinrich August Winkler, *Weimar 1918–1933*, München 1993, S. 389f.

Die Bedeutung ihrer ländlich-evangelischen Stammwählerschaft erschöpfte sich aber nicht darin, daß das protestantische Dorf einen erheblichen Anteil am NS-Gesamtstimmenaufkommen – etwa 30 % – beisteuerte. Es bildete obendrein das politische Rückgrat der Hitler-Partei, auf das diese Partei auch nach Wahlrückschlägen wie anlässlich der Reichstagswahl vom November 1932 bauen konnte. Nur weil die NSDAP auf dem evangelischen Land so überdurchschnittliche Wahlerfolge davontrug, konnte sie ihr unübersehbares Defizit bei der Erfassung gewerkschaftlich organisierter Industriearbeiter und kirchentreuer Katholiken kompensieren.

Hinzu kam, daß die Eroberung gerade des ländlichen Ostelbiens einen überproportionalen Nutzen beim Ringen um die politische Macht in Berlin abwarf. Denn Reichspräsident Hindenburg besaß stets ein offenes Ohr für die Partikularinteressen der ostelbischen Grundbesitzer. Dieser Umstand verschaffte den Agrarverbänden Ostelbiens ein erhebliches politisches Gewicht und wirkte sich insofern positiv für die Hitler-Partei aus, als der Reichslandbund seit 1932 immer stärker das politische Einvernehmen mit der NSDAP suchte. Das bei den Reichstagswahlen in Ostelbien angesammelte Kapital an Wählerstimmen warf damit für die Hitler-Partei gleich doppelte Rendite ab: zum einen setzte sie sich gestützt auf dieses Wählervotum in den Führungsgremien der meisten Landbundorganisationen fest – und dieser organisatorische Rückhalt zahlte sich zum anderen gesamtpolitisch vor allem bei der Einfädung der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 aus⁵.

Gewiß wog die Stimme eines ostpreußischen Bauern für die NSDAP beim Zustandekommen der Wahlergebnisse *quantitativ* nicht mehr als das Votum eines Leipziger Industriearbeiters für die SPD oder eines Kölner Handwerkers für die Zentrumsparlei. Aber in *qualitativer* Hinsicht war unter den Bedingungen eines immer weiter fortschreitenden Präsidialregimes von ungleich größerem Gewicht, welche politische Formation den Anspruch geltend machen konnte, die ostelbische Landbevölkerung repräsentieren zu können.

Welche Partei als Sprachrohr des protestantischen Landvolks auftreten konnte, muß somit als ein Politikum ersten Ranges eingestuft werden. Von daher gewinnt die Frage nach den Ursachen der nationalsozialistischen Verwurzelung im evangelischen Dorf ihre Berechtigung. Warum vermochte sich ausgerechnet die NSDAP als protestantische Agrarparlei zu profilieren, wo doch die Ursprünge dieser Bewegung in den Städten des überwiegend katholischen Bayern lagen und sie zudem mit der in bäuerlichen Kreisen eher abschreckenden Bezeichnung einer „National-Sozialistischen Arbeiterparlei“ aufwartete?

Ein Blick auf die Karte der NS-Hochburgen genügt, um zu dem Befund zu gelangen, daß mit regionalen Spezifika allein der reichsweite Durchbruch der Hitler-Partei auf dem evangelischen Dorf nicht adäquat zu erklären ist. Denn die NSDAP erwies sich fast überall im evangelisch-ländlichen Deutschland als Wählermagnet. Ob in Ostpreußen oder Holstein, ob in Mittelfranken oder in Oberhessen – in nahezu sämtlichen evangelischen Landgebieten vermochte der NSDAP spätestens seit 1932 keine andere politische Gruppierung den Spitzenrang in der Wählergunst abzulaufen⁶. Zwar legten die rein bäuerlich strukturierten Agrarregionen eine besondere Hinneigung zur Hitler-Partei an den Tag. So verzeichnete die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 in den überwie-

⁵ Zur Rolle der ostelbischen Großgrundbesitzer bei der Vorbereitung der Reichskanzlerschaft Hitlers nachdrücklich Winkler, Weimar, S. 607.

⁶ Vgl. die entsprechenden Angaben bei Falter, Hitlers Wähler, S. 163–185.

gend bäuerlichen und nahezu rein evangelischen Kreisen Mittelfrankens ihre Spitzenwerte⁷. Aber auch das gutswirtschaftlich geprägte Land war ein fruchtbares soziales Terrain für den Nationalsozialismus: in weiten Teilen Ostpreußens, Pommerns, Brandenburgs und Schlesiens fuhr die Hitler-Partei bei Wahltagen ebenfalls reiche Ernte heim.

Die NSDAP erzielte mithin so flächendeckende Wahlerfolge in der evangelischen Landbevölkerung, daß bei der Ursachenforschung der Verweis auf regionale Eigenheiten nicht zu überzeugen vermag. Dabei ist natürlich unbestritten, daß solche Besonderheiten den allgemeinen Trend hin zum Nationalsozialismus abschwächen oder noch verstärken konnten.

Es bietet sich daher an, auf andere Erklärungsmuster zurückzugreifen, wobei vor allen Dingen der sogenannte „Milieuansatz“ einen besonders reichhaltigen heuristischen Ertrag verspricht. Demnach läßt sich in relativ homogenen gesellschaftlichen Ensembles politisches Verhalten, insbesondere die Stimmabgabe bei Wahlen, deuten als Ausdruck der tiefen Verwurzelung der Wählerschaft in ihrer soziokulturellen Umgebung. Der Wahlakt ist demnach in erster Linie die Manifestation einer engen Bindung an eine bestimmte, „Milieu“ genannte Lebensweise. Verwendet man in Anlehnung an Lepsius⁸ einen weit gefaßten Milieubegriff, der die Beengtheit eines sozio-ökonomischen Klassenbegriffs vermeidet und genügend Raum bietet, um die kulturell-lebensweltliche Dimension menschlicher Existenz einzufangen, dann erweist sich der Milieuansatz als ergiebig, um weitreichenden Erkenntnisgewinn auch bei der Untersuchung des Wahlverhaltens in den evangelischen Landgebieten abzuwerfen.

„Milieu“ ist also nicht gleichzusetzen mit der Bezeichnung einer bestimmten Sozialformation, die sich lediglich aus der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ableitet. Der hier verwendete Milieubegriff greift über das rein Ökonomische weit hinaus. Er geht davon aus, daß die Zuweisung zu einem bestimmten Sozialgebilde nach einem das Ökonomische übersteigenden Kriterium zu erfolgen hat: ob deren Angehörige eine spezifische Lebensweise teilen, ob sie sich durch eine relativ gleichförmige Lebensführung auszeichnen, ob sie sich über das Ökonomische hinaus durch gemeinsame Wertvorstellungen und soziale Verhaltensweisen verbunden fühlen. „Milieu“ steht damit für die Umschreibung einer homogenen Lebenswelt, die bei ihren Insassen die Ausbildung einer spezifischen Kollektivmoral begünstigt und sie auf diese Weise zu einer charakteristischen Gleichförmigkeit der alltäglichen Lebensgestaltung erzieht⁹. In intakten Milieus bleibt eine individuelle Abweichung vom geltenden Verhaltenskanon natürlich möglich, sie wird allerdings durch den herrschenden Konformitätsdruck erschwert. „Milieus“ bilden damit feste Sozialgehäuse mit einem engmaschigen Netz sozialer Regulierungsmechanismen, die tief in das Alltagsleben der Menschen eingreifen und deren Lebensablauf in hohem Maße strukturieren.

⁷ Rothenburg (Tauber) 83 % der abgegebenen Stimmen; Uffenheim 81 %; Neustadt (Aisch) 79 %; Ansbach 76 %; alle Angaben nach Falter u. a., *Wahlen und Abstimmungen*, S. 133.

⁸ Vgl. dessen bahnbrechenden Aufsatz: *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft* (zuerst 1966), in: M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 25–50, hier S. 38.

⁹ Grundlegend zur Ergiebigkeit des Milieuansatzes für die Wahl- und Parteiengeschichte ist die Studie von Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, Frankfurt/M. 1992, insbes. S. 9f. u. S. 13–21. Als gelungenes Beispiel für die Anwendung des Milieukonzeptes in einer historischen Fallstudie siehe Cornelia Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ertlingen 1918–1939*, Sigmaringen 1991, vor allem S. 16f.

II.

Für die verhaltensreglementierenden Effekte einer fest verankerten Milieubindung bietet vor allem das evangelische Dorf der 20er und 30er Jahre reiches Anschauungsmaterial¹⁰. Denn in den ländlichen Ortschaften – fernab vom lebhaften Treiben der Großstädte und verkehrsmäßig nur unzureichend an die andersartige Lebenswelt der Städte angeschlossen – hatte sich eine Form sozialen Zusammenlebens erhalten, die mit bemerkenswerter Zähigkeit den in den Städten faßbaren Tendenzen zu gesellschaftlicher Pluralisierung und Individualisierung zu trotzen suchte: die *Dorfgemeinschaft*. Das Dorf dieser Zeit kann als ein sozial weithin abgeriegelter Lebensraum gelten, in dem die Milieuverhaftetheit intensiv ausgeprägt war und auch in politicis nachhaltig durchschlug. Denn im Geflecht innerdörflicher Sozialbeziehungen gedieh eine kollektive Lebensweise im Regelfall besonders gut. Dafür sorgte zum einen der eng umgrenzte Schicksalsraum des dörflichen Siedlungsverbandes. Die Dorfbewohner standen in solchen überschaubaren Wohneinheiten in einem tagtäglichem Sozialkontakt miteinander, dessen Dichte nicht selten das Ausmaß wachsender Sozialkontrolle erreichte und die Schaffung von Rückzugszonen bürgerlich anmutender Privatheit erschwerte. Eine funktionierende Dorfgemeinschaft schützte gegen soziale Vereinzelung und Vereinsamung; aber sie schnürte dabei in aller Regel die Freiheit zu individuellen Lebensentwürfen drastisch ein. Gemeinschaftliche Impulse gingen zum anderen auch von dem innerdörflichen Wirtschaftsverbund aus, welcher in vielen Fällen die Angehörigen sämtlicher Berufsgruppen umspannte. Ungeachtet ihres Hauptberufes waren doch vielfach die meisten Dorfbewohner auf die eine oder andere Weise aufs engste mit der Bewirtschaftung von Grund und Boden befaßt. So betätigten sich Handwerker und Industriearbeiter im Nebenerwerb als Landwirte: sie bestellten ihr eigenes Stück Land oder verdingten sich als Aushilfskräfte bei den Vollerwerbsbauern. Diese Existenz einer dorfumgreifenden Produktionsgemeinschaft begünstigte die Ausprägung eines dörflichen Wertekanons, der in seinem Kern um ein prononciertes Arbeitsethos kreiste.

Bei der Zuteilung sozialen Ansehens stand daher die Arbeitsleistung jedes einzelnen an vorderster Stelle. Besitz zählte nur in Verbindung mit einem entsprechenden, nach außen gekehrten und damit jederzeit überprüfbareren Arbeitseinsatz. Wer aus dieser dörflichen Sozialmoral ausscherte, der setzte sich nicht selten der sozialen Ächtung aus, riskierte die soziale Isolierung. Per Saldo hatte das Dorf der 20er und 30er Jahre trotz aller Auflösungserscheinungen eine kollektive Lebensweise konserviert, die seine Bewohner ganzheitlich gefangennahm und mit vorgefertigten sozialen Deutungsmustern auszustaffieren suchte. In dieser gegen äußere Einflüsse weitgehend abgeschotteten Lebenswelt konnten sich die herrschenden Milieueinflüsse ohne lästige Einfälle konkurrierender Lebensstile auch in politischer Hinsicht relativ störungsfrei entfalten. So war also der soziale Boden beschaffen, dem eine bemerkenswerte politische Gleichförmigkeit erwuchs, aus der ab 1930 die NSDAP den Hauptnutzen zog.

¹⁰ Die Verzahnung zwischen dörflich-protestantischem Sozialmilieu und Politik hat der Verfasser in seiner Habilitationsschrift nachzuzeichnen versucht: *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1995. Die Ausführungen dieses Aufsatzes zu dörflichem Sozialmilieu und ländlichem „policy-making“ stützen sich auf besagte Habilitationsschrift, weswegen an dieser Stelle auf gesonderte Einzelnachweise weitgehend verzichtet werden soll.

Mithin muß jeder Erklärungsversuch für den Aufstieg des Nationalsozialismus auf dem Lande zu kurz greifen, der von diesen Milieubedingungen absieht. Die Zahl öffentlicher Auftritte der Hitler-Partei, die Masse und Qualität der von ihr in den Dörfern verteilten Flugblätter geben dazu wenig her. Wer Ursachenforschung allein aus der Perspektive propagandistisch ausgerichteter Wahlkämpfe betreibt, geht an der soziokulturellen Verwurzelung der NS-Wahlerfolge vorbei. Keine Partei – und auch nicht die NSDAP – konnte sich auf dem protestantischen Lande dauerhaft festsetzen, die sich nicht als Milieupartei zu profilieren vermocht hätte: als eine Partei, deren Votum als Bejahung der dörflichen Lebensweise aufgefaßt wurde, als politisch gefaßtes Bekenntnis zugunsten des dörflichen Normensystems. Die „große Politik“ war auf dem Lande eben kein von der Sphäre des alltäglichen Sozialverkehrs abgenabelter Prozeß, sie führte kein von der dortigen Lebenswelt abgelöstes Eigenleben.

Dies wirft die Kardinalfrage auf, warum es ausgerechnet der NSDAP vorbehalten blieb, sich in den evangelisch-ländlichen Lebensraum als Milieupartei so einzunisten, daß sich ihre Wahlerfolge zu einem Gutteil aus den Stimmen des protestantischen Landvolks speisten. Wenden wir uns dazu zunächst der *politischen* Beschaffenheit des dörflichen Sozialmilieus zu, d. h. der Nahtstelle, an welcher sich die Umsetzung der Milieuverwurzelung in eine milieugerechte Politik abspielte. Wir haben unsere Aufmerksamkeit also auf die dörfliche Spielart des Politischen zu richten: Auf welche Weise fand Politik Eingang in den dörflichen Sozialverkehr? Gab es eine bestimmte Zugangsweise der Landbewohner zur Politik, ein spezifisches Einstellungsmuster zum Bereich des Politischen, wie es in der Politikwissenschaft als „political culture“ definiert wird¹¹?

Die meisten Dorfbewohner gingen zur Sphäre des Politischen auf innere Distanz, weil die fürsorgliche, in sich gekehrte Dorfgemeinschaft geistige Selbstgenügsamkeit und Selbstabschließung hervorbrachte, die für die übergreifenden Anliegen des staatlichen Gemeinwesens, mithin für die große Politik, in erster Linie gelangweilte Indifferenz übrig hatten. Im sozial autarken Mikrokosmos des Dorfes dominierte eine ausgesprochene Kirchtumperspektive, wie sie gering ausdifferenzierten Sozialgebilden üblicherweise anhaftet. Die „political culture“ auf dem Lande wies somit einen stark parochialen Überhang auf¹², was erhebliche Auswirkungen auf die politische Willensbildung nach sich zog.

Weil Politik, insofern sie den rein heimatbezogenen Rahmen sprengte, als ein Fremdkörper im dörflichen Lebenskreis erschien, wurde sie an die wenigen Dorffinsassen „delegiert“, welche man aufgrund ihres Berufs und ihrer Ausbildung am besten für den Umgang mit solchen außerdörflichen Mächten gewappnet hielt. Politik auf dem Lande war mithin weder eine Herzensangelegenheit partizipationshungriger Einheimischer, noch fiel sie in die Zuständigkeit dorffremder Berufspolitiker. Der politische Prozeß auf dem Dorfe verlief vielmehr entlang den bestehenden Autoritätsstrukturen des dörflichen Sozialge-

¹¹ Zum Begriff der „political culture“ vgl. die Begriffsbestimmung in der mittlerweile zum Klassiker gewordenen Studie von: Gabriel Almond u. Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton/N.J. 1963, in erster Linie S.14–21; siehe auch Dirk Berg-Schlösser, *Politische Kultur*, München 1972, vor allem S.49–53, sowie Wolf Michael Iwand, *Paradigma Politische Kultur*, Diss. phil. Aachen 1983, insbes. S.51–84. Der Ansatz der Politischen Kulturforschung ist bislang von den sich mit der Weimarer Republik beschäftigenden Historikern kaum aufgegriffen worden; als Ausnahme siehe die ergiebige Studie von Eike Hennig u. Manfred Kieserling, *Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik*, Kassel 1990.

¹² So auch der Befund von Hennig u. Kieserling, *Zwischen Fabrik und Hof*, S.73–78.

füges¹³: den sozialen Führungskräften fiel die Aufgabe zu, die „große Politik“ gewissermaßen für den Dorfgebrauch zu übersetzen. Diese Umsetzung sozialen Ansehens in politische Meinungsführerschaft unterstreicht, wie sehr das deutsche Dorf der 20er und frühen 30er Jahre noch ein vormoderner, vorgesellschaftlicher Sozialkörper war.

Damit aus dem ländlichen Sozialmilieu ein bestimmtes politisches Verhalten erwachsen konnte, mußte also eine Zwischenstation eingeschaltet werden: die Dorfautoritäten bildeten das Bindeglied zwischen Milieu und Politik, sie entschlüsselten die politischen Botschaften und speisten sie in den dörflichen Lebensalltag ein. Diese Erkenntnis bahnt uns den Weg, um dem Erfolgsrezept, wie eine politische Partei das ländliche Sozialmilieu zu okkupieren vermochte, auf die Spur zu kommen.

III.

Der Erfolg von Parteien hing demnach ganz entscheidend davon ab, in welchem Ausmaß es ihnen glückte, möglichst viele solcher Mentoren auf ihre Seite zu ziehen und deren soziales Ansehen in politische Fürsprache umzumünzen. Dementsprechend kann der Durchbruch der NSDAP auf dem Lande nur *mit* Unterstützung einer Vielzahl der lokalen Dorfgrößen – keineswegs *gegen* deren geschlossene Ablehnungsfront – erfolgt sein.

Zu diesen tonangebenden Autoritäten zählten in erster Linie Gutsbesitzer (in den hauptsächlich in Ostelbien anzutreffenden Gutsdörfern), Großbauern, Dorfpfarrer und Landlehrer. Zu fragen ist also nach den politischen Dispositionen dieser dörflichen Führungsschicht: Ließ sie politische Neigungen erkennen, welche sie besonders empfänglich für die Botschaft der Hitler-Partei machten?

Auf den ersten Blick fällt es schwer, die politischen Vorstellungen von Bauern und Gutsherren, Lehrern und Geistlichen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Wurde das Binnenverhältnis dieser ungleichen Paare nicht durch Rivalität und Konkurrenzneid getrübt? Hatte sich nicht vor allem in der spannungsgeladenen Beziehung zwischen Dorflehrer und Landpfarrer soviel sozialer Zünstoff angehäuft, daß politische Parteien immer nur einen der beiden Widerparte für sich zu gewinnen vermochten, niemals aber beide zusammen?

Auch innerhalb der deutschen Landwirtschaft war eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Interessen versammelt, die einem geschlossenen berufsständischen Auftreten im Wege standen. Nicht nur die Betriebsgröße trennte den bäuerlichen Kleinstbetrieb von unter 5 Hektar vom mehr als 100 Hektar zählenden Rittergut¹⁴; auch die verschiedenartige wirtschaftliche Ausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe sorgte für innere Spannungen in der nur äußerlich einig erscheinenden „Grünen Front“.

So war etwa ein nordwestdeutscher Schweinezüchter im Regelfall darauf bedacht, seine Futtermittel zu möglichst günstigen Preisen zu erstehen, weswegen er ein ausgeprägtes Eigeninteresse am ungehinderten Import billiger ausländischer Futtermittel besaß. Ein pommerscher Bauer hingegen, auf dessen kargen Böden nur Roggen und Kartoffeln gediehen,

¹³ Karl Rohe hat dafür die prägnante Bezeichnung geprägt, „daß Politik mehr oder minder als eine Ausbuchtung des normalen zivilen Verkehrs begriffen“ wird: Karl Rohe, Zur Typologie politischer Kulturen in westlichen Demokratien, in: Heinz Dollinger, Horst Gründer, Alwin Hanschmidt (Hg.), Weltpolitik – Europagedanke – Regionalismus, Münster 1982, S. 581–596, Zitat S. 588.

¹⁴ Zur regionalen Differenzierung der Agrarstruktur vgl. die informative Studie von Heinrich Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990, vor allem S. 53–61.

stand der Einfuhr solcher Erzeugnisse ablehnend gegenüber, weil er davon eine preissenkende Auswirkung auf die eigenen Produkte befürchtete.

Weiterhin hatte die zum Teil bis 1923 andauernde Zwangswirtschaft für Zerealien, eine Folge der Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg, zum Teil tiefe Gräben zwischen Klein- und Großbesitz aufgerissen. Viele Bauern hielten den Gutsherren vor, daß diese es wegen ihrer eingespielten Verbindungen zur Verwaltung verstanden hätten, sich vor der Bewirtschaftung ihrer Erzeugnisse weitgehend zu drücken, während die staatlichen Requirierungskommandos den nicht-protégierten Kleinbauern den letzten Sack Getreide aus dem Speicher geholt hätten¹⁵.

Vor allen Dingen aber behinderten mentale Barrieren die Herausbildung von landwirtschaftlichem Standesbewußtsein. Die geistige Verschanzung der meisten Bauern im Schutzraum des Heimatdorfes war der Sensibilisierung für das Schicksal ihrer auswärtigen Berufsgenossen alles andere als zuträglich. Warum sollte sich ein Weidemäster aus Dithmarschen dem Wohlergehen eines märkischen Roggenbauern verpflichtet fühlen, wenn sich sein Solidaritätsempfinden in seinem engsten Lebenskreis – der eigenen Familie, der Nachbarschaft und der Dorfgemeinschaft – erschöpft und selbst das Dorf im Nachbarkreis für ihn bereits strukturelle Fremdheit ausstrahlte?

Erst unter dem Einfluß der seit 1928/29 immer massiver durchschlagenden Agrarkrise begannen die inneren Gegensätze in der deutschen Landwirtschaft allmählich zu verschwimmen, kristallisierte sich ein echtes berufsständisches Bewußtsein heraus. Die meisten Landwirte hatten eine beträchtliche gedankliche Wegstrecke zurückzulegen, ehe sie sich zu der Ansicht durchrangen, daß das eigene Wohl untrennbar mit dem Schicksal des gesamten Berufsstandes verbunden sei. Es bedurfte erst der nachhaltigen Erfahrung der eigenen Existenzgefährdung, um die eigenbrötlerischen Landwirte aller Größenklassen in einer ständischen Front zusammenzuführen. Auf einen Schuldigen für ihre Misere hatten sie sich dabei schnell geeinigt: der Staat im allgemeinen mit seinen übertriebenen Steuerforderungen und die verhaßte Weimarer Republik im besonderen hätten die deutsche Landwirtschaft in den Ruin getrieben. Dabei übersahen die meisten der protestierenden Landwirte geflissentlich, daß nicht zuletzt ihre in den Jahren 1923 und 1924 zumeist leichtfertig eingegangene Verschuldung den Hauptanteil an ihrer prekären Wirtschaftslage trug. Doch sie suchten die Verantwortung nicht bei sich selbst, sondern beim Staat. Im protestantischen Norden und Osten des Reiches schlossen sich seit 1928 Hunderttausende von Bauern zu sogenannten „Notgemeinschaften“ zusammen¹⁶, die ihre frisch erworbene berufsständische Schlagkraft dadurch demonstrierten, daß sie den gemeinschaftlichen Steuerboykott propagierten und gegen Abweichler aus den eigenen Reihen schonungslos mit dem Mittel des Sozialboykotts voringen.

Die Wucht und Militanz dieser Aktionen, der darin zum Ausdruck kommende Grad an Staatsverachtung und Nötigung waren ein nicht zu übersehender Fingerzeig dafür, daß sich die parochiale Fixierung vieler Bauern langsam aufzulockern begann. Die Agrar-

¹⁵ Beispiele dafür bei Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, 2. Aufl. Göttingen 1978, S. 98f.

¹⁶ Gründlichster Überblick über diese bäuerliche Protestwelle bei Jürgen Bergmann u. Klaus Megerle, *Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924–1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich*, in: Jürgen Bergmann u. a., *Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1989, S. 200–287, in erster Linie S. 221–228; siehe auch das Standardwerk von Dieter Gessner, *Agrarverbände in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1976, S. 96–128.

krise setzte bei ihnen einen Politisierungsschub frei, der jedoch nicht in staatsbürgerlich gezähmten Bahnen verlief, sondern sich vielmehr in unkontrollierten Attacken gegen die Staatsgewalt entlud, weil die meisten Bauern von der Stufe staatsbürgerlichen Bewußtseins wegen ihrer quasi autarken Lebensführung noch weit entfernt waren. Diese destruktive Mobilisierung war gleichzeitig ein erster Schritt auf dem Wege ihrer Befreiung von der politischen Vormundschaft des Großgrundbesitzes, unter welcher die Bauernschaft Ostelbiens traditionell gestanden hatte. Doch die soziale Hierarchie in den Gutsdörfern geriet durch diese Aktionen noch nicht ins Wanken; der Gutsherr als ungekrönter Dorfkönig wurde von politisierten Bauern nicht vom Throne gestürzt. Denn das Aufbegehren der Bauern richtete sich in erster Linie gegen die sogenannten landfremden Mächte, die man in seltener Einmütigkeit für die zu weiten Teilen selbstverschuldete Krisis der Verantwortung zieh: den internationalen Kapitalismus und die als landwirtschaftsfeindlich titulierten politischen Bewegungen im Innern, vor allem die Linksparteien.

Das damit verbundene Aufflammen ständischen Zusammengehörigkeitsgefühls wirkte innerhalb der deutschen Landwirtschaft zweifellos in hohem Maße integrierend und half, die Kluft zwischen Klein- und Großbesitz weitgehend zu schließen. Auf diese Weise erhielt auch der Großgrundbesitz in der selbsternannten Kampf- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Landvolkes eine feste Position zugewiesen, für die sich aufgrund seiner Tradition und seiner Kapazitäten nur der Spitzenplatz anbot. Allem Anschein nach war ein Teil des Großgrundbesitzes auch bereit, diejenigen Führungsstellen zu bekleiden, welche die politisch erwachte Bauernschaft aus Mangel an geeignetem Personal in den eigenen Reihen nicht mit bäuerlichen Kräften besetzen konnte.

Das dörfliche Sozialgefüge wurde durch diese bäuerliche Mobilisierungswelle noch nicht zum Wanken gebracht – dazu verlief sie zu sehr in berufsständischen Bahnen. Sie brachte zwar eine erste geistige Abnabelung vieler Bauern von einer sich selbst genügenden Selbstbespiegelung in den vier Wänden des eigenen Hofes und zwischen den Grenzsteinen des Heimatdorfes zum Ausdruck, stieß aber von dort nur zur nächsthöheren Orientierungsmarke des eigenen Standes vor. Damit trennte das Gros der Bauern vom staatlichen Gemeinwesen und einer bürgerlich verstandenen Nation immer noch ein tiefer mentaler Graben.

Die meisten Landwirte konstituierten sich eben nur als Stand und nicht als Teil der Nation. Wenn sich ihre Agrarverbände nationaler Schlagworte bedienten, ließ sich deren berufsständische Schlagsseite nicht verbergen. Denn was sie als Heilmittel beschworen – die Abkehr von einer exportorientierten Außenwirtschaftspolitik und die Hinwendung zu einer Binnenmarktpolitik mit rigoroser Kontingentierung ausländischer Importe¹⁷ –, lief auf eine privilegierte Sonderbehandlung der Agrarinteressen hinaus, der die Belange der exportorientierten Industriezweige und der städtischen Verbraucher strikt untergeordnet werden sollten.

Aus dem begrifflichen Arsenal eines dezidiert vorbürgerlichen Agrarkonservatismus entlieh sich die bäuerliche Protestbewegung ein ständisch verformtes Nationsverständnis, welches agrarische Partikularinteressen vermittels nationaler Weihe zu heiligen suchte, indem es den sogenannten Nährstand zum Urgrund und Quell des Volksganzen aufwertete. Die Landwirtschaft im protestantischen Norden und Osten focht ihren politischen Kampf

¹⁷ Zu entsprechenden Forderungen des Reichslandbundes vom Januar 1933 vgl. Winkler, Weimar, S. 570ff.

mit denselben ideologischen Waffen aus, mit denen sich der „Bund der Landwirte“ knapp vierzig Jahre zuvor gerüstet hatte¹⁸.

Doch so sehr sich die Parolen auch gleichen mochten – die politische Qualität dieser zweiten agrarischen Protestwelle hatte eine deutliche Akzentverschiebung erfahren. Besaßen im „Bund der Landwirte“ die ostelbischen Gutsherren noch ein eindeutiges Übergewicht, so tobte sich Ende der 20er Jahre erstmals ein genuin bäuerlicher Unmut aus, der vom Großgrundbesitz nicht erzeugt wurde, sondern den dieser lediglich in von ihm selbst zu kontrollierende Bahnen zu lenken trachtete.

Dies machte politisch insofern einen entscheidenden Unterschied aus, als daß nun unterschiedliche Parteien daraus ihren Nutzen ziehen konnten. Noch bis Mitte der 20er Jahre konnte der agrarische Protest im evangelischen Deutschland von einer konservativen Partei aufgefangen werden: bis 1914 ging der „Bund der Landwirte“ eine enge Bindung mit der „Deutsch-Konservativen Partei“ ein¹⁹; in der Weimarer Republik trat die sozial viel weiter ausgreifende „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) das Erbe des preußischen Agrarkonservatismus an²⁰. In beiden Fällen waren es die mit den jeweiligen konservativen Parteien personell liierten großagrarischen Führungsschichten, welche die immer wieder einmal aufflackernden agrarischen Proteste steuerten und unter Kontrolle hielten.

Ende der 20er Jahre hingegen ging die Initialzündung für das agrarische Aufbegehren von der bäuerlichen Basis aus. Dabei wich die tradierte parochiale Passivität und Unterwürfigkeit gegenüber dem gutsherrlichen Patron allmählich einem wachsenden bäuerlichen Selbstbewußtsein – parallel dazu vollzog sich eine fortschreitende Emanzipation von den ehemals bevorzugten politischen Ansprechpartnern. Ohne ihre konservative, auf Bewahrung von „Gemeinschaft“ zielende Grundorientierung aufzugeben, wandten sich mehr und mehr Bauern von der „alten Rechten“ ab und der „neuen Rechten“ zu, in der man eine sozial aufgeschlossener Version des Agrarkonservatismus zu erblicken vermeinte.

Damit eröffnete sich einer neuen Rechtspartei, die ohne Berührungsängste vor politisch erwachten bäuerlichen Massen geschickt auf solche politischen Sehnsüchte einging, die einmalige Gelegenheit, die traditionellen Rechtsparteien auf dem evangelischen Lande zu beerben. Die NSDAP stieß geschickt in diese Marktlücke, weil sie sich als die zeitgemäßere Agrarpartei zu profilieren verstand und peinlichst den Eindruck vermied, an den Fundamenten der dörflichen Sozialordnung rütteln zu wollen.

Eine solche Partei konservativen Zuschnitts konnte auch auf die Sympathien vieler evangelischer Landpfarrer zählen. Zwar waren die meisten Dorfgeistlichen weit davon entfernt, die Dorfgemeinschaft zu verklären – sie registrierten im Gegenteil sehr genau, daß das christliche Liebesgebot wegen der parochialen Horizontverengung auf dem Lande zu einer Exklusivmoral zu verkümmern drohte, deren Verbindlichkeit sich auf den eigenen dörflichen Lebenskreis reduzierte. Doch die nicht selten anzutreffende Verstocktheit der Herzen und die offensichtliche Ausgrenzung alles Fremden aus der geschlossenen Solidargemeinschaft des

¹⁸ Unentbehrlich zum „Bund der Landwirte“ immer noch Hans-Jürgen Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914)*, Hannover 1966, vor allem S. 83–110.

¹⁹ Siehe Puhle, *Interessenpolitik*, S. 213–273.

²⁰ Zur DNVP siehe Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, Düsseldorf 1956, insbesondere S. 12f.; Lewis Hertzman, *DNVP, Lincoln/Neb.* 1963, S. 180–186; Jens Flemming, *Konservatismus als „nationalrevolutionäre Bewegung“*. Konservative Kritik an der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1933, in: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt, Peter-Christian Witt (Hg.), *Deutscher Konservatismus im 19 und 20. Jahrhundert*, Bonn 1983, S. 295–311, vor allem S. 305.

Dorfes ließen die Mehrzahl der Dorfpastoren nicht von ihrer Auffassung abrücken, daß die Dorfgemeinschaft trotz ihrer unübersehbaren Schattenseiten einer milieugepaßten Pastoral immer noch förderlicher sei als jede andere Form des ländlichen Zusammenlebens.

Denn zu abschreckend waren für sie die Erfahrungen, welche die evangelischen Landeskirchen mit den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen gesammelt hatten. Der Verweis auf die Großstädte und industriellen Zentren, in denen die Botschaft des Pfarrers nur noch eine verschwindende Minderheit der Getauften erreichte, diente ihnen als Memento für den drohenden Zerfall der Volkskirche unter den Bedingungen einer fortschreitenden Pluralisierung der Lebensformen. Daß die evangelische Kirche Volkskirche zu bleiben habe, stand für sie dabei außer Diskussion.

Denn die jahrhundertelange Allianz mit der staatlichen Obrigkeit hatte in den Landeskirchen den volkskirchlichen Anspruch befestigt, obschon es auch im 19. Jahrhundert nicht an deutlichen Anzeichen dafür gefehlt hatte, daß christliche Monarchen an der Spitze von Staat und Kirche den Säkularisierungsprozeß innerhalb der Gesellschaft nicht rückgängig machen können. Nichtsdestoweniger war der volkskirchliche Geltungsanspruch der evangelischen Kirchen bei Beginn der Weimarer Republik noch weitgehend ungebrochen²¹. Die Landeskirchen gaben die Auseinandersetzung mit den Säkularisierungserscheinungen keineswegs verloren; die Pfarrer maßen ihr pastorales Wirken weiterhin am hohen Maßstab der Volkskirche.

Aus dieser Perspektive heraus mußte der soziale Wurzelboden der Dorfgemeinschaft trotz aller ihm innewohnenden Unzulänglichkeiten als bewahrenswert erscheinen, weil er wegen seiner stärkeren Sozialkontrolle in weit höherem Maße Kirchlichkeit zu speichern imstande war als das Pflaster der sozial zerrissenen Stadt mit ihrer verlorenen Schar von wenigen Überzeugungschristen. Der Erhalt des dörflichen Sozialkörpers – also eine genuin *politische* Aufgabe – geriet auf diese Weise zu einem seelsorglich begründeten Anliegen; die Dorfkirche verbündete ihr Schicksal mit dem der Dorfgemeinschaft.

Entsprach die Sympathie der meisten Landpfarrer für diese vorgesellschaftliche Lebensform noch traditionell konservativen Vorstellungen, so wohnten dem politischen Engagement vieler Dorfgeistlicher jedoch auch Tendenzen inne, welche über den klassischen Konservatismus hinauswiesen. Es war gerade ihr Unbehagen an der abweisenden Außenseite der Dorfgemeinschaft, welches sie Ausschau danach halten ließ, ob nicht die Dorfgemeinschaft dieser rauhen Schale entkleidet zu werden vermochte, ohne daß ihr gemeinschaftlicher Kern Schaden nahm. Aus originär pastoralen Gründen nahmen daher viele Landpastoren Zuflucht zum politischen Programm der „Volksgemeinschaft“.

Sie erhofften sich eine christliche Läuterung dörflicher Engherzigkeit dadurch, daß die Dorfbewohner sich geistig aus der Beschränkung auf das Heimatdorf lösten. Durch das Einfließen von echtem „Volksgemeinschaftsgeist“ sollte sich eine Horizonterweiterung vollziehen, damit in den eher verschlossenen Herzen des Landvolks wenigstens eine Kammer für dorffremde „Volksangehörige“ freigeräumt würde. Die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu registrierende nationale Aufladung des protestantischen Konservatismus²² erhielt aus Sicht vieler Dorfpastoren damit eine zusätzliche seelsorgliche Legitimation.

²¹ Informativste Übersicht dazu bei Kurt Nowak, Protestantismus und Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, Bonn 1987, S. 218–237, insbes. S. 222.

²² Dazu siehe die glänzende Übersicht bei Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, München 1990, S. 486–495.

Mit dieser Aufwertung des Volksbegriffs büßte der Konservatismus der Landpfarrer jedoch seine ursprüngliche Trennschärfe gegenüber den völkisch-rassistischen Vorstellungen der „neuen Rechten“ ein. Er lieferte sich der Gefahr aus, die aus christlicher Sicht untragbare rassenbiologische Substanz jeder völkischen Ideologie als akzidentielle Beigabe abzutun und damit in einer mit dem Programm der „Volksgemeinschaft“ werbenden Bewegung völkischen Zuschnitts eine lediglich modernisierte Ausgabe einer nationalkonservativen Partei zu erblicken. Genau aus diesem Grunde war das Gros der protestantischen Landgeistlichen nicht imstande, den politischen Verlockungen zu widerstehen, welche der Volksgemeinschaftsgedanke des Nationalsozialismus auf sie ausübte.

Eine vergleichbare Anziehungskraft übte diese Parole auch für weite Teile der Landlehrerschaft aus. Denn sie visierte geschickt den psychologisch empfindlichsten Punkt bei einer Berufsgruppe an, welche mehr noch als die Volksschullehrer in der Stadt um sozialen Aufstieg und Anerkennung rang. Das Gros der Landlehrer glaubte sich nämlich ständig der Gängelungen durch den akademisch gebildeten Dorfpfarrer und der Mißachtung durch ihre städtische Kollegenschaft erwehren zu müssen. Trotz des Wegfalls der geistlichen Schulaufsicht im Gefolge der Revolution von 1918 wollte das Pfarrhaus den Dorflehrer immer noch unter Kuratel stellen. Die Kollegen in der Stadt hielten sich ihre angeblich größere pädagogische Befähigung zugute und hatten für die oftmals frustrierenden Bemühungen des Lehrers an einer einklassigen Dorfschule, unter extrem ungünstigen Bedingungen seinem Erziehungsauftrag auch unter der wenig lernbereiten bäuerlichen Jugend gerecht zu werden, nicht selten nur mitleidigen Spott übrig.

Dabei konnten die Landlehrer zu Recht darauf verweisen, daß im Unterschied zur Stadt sich ihre Tätigkeit nicht im reinen Schuldienst erschöpfte. Denn auf dem Lande waren viele Lehrer praktisch immer im Einsatz: als Experten für Schriftverkehr mit den Behörden, als Ratgeber in allen möglichen Lebenslagen, die bäuerliches Wissen überforderten, als Organisatoren von Dorffesten und Kulturveranstaltungen – ihre außerschulische Inanspruchnahme kannte kaum Grenzen.

Gerade weil der Landlehrer um seine Bedeutung als oft einziger dörflicher Kulturträger wußte, packte ihn die Parole von der „Volksgemeinschaft“ an seiner sensibelsten Stelle. Denn sie implizierte aus Sicht nicht weniger Landlehrer die Verheißung, endlich nicht mehr nur als belächelter Dorfschulmeister abschätzig behandelt, sondern als *Volkserzieher* gewürdigt zu werden.

Besonders zu Anfang der 30er Jahre lechzten viele Dorflehrer geradezu nach solcher Anerkennung, da ihnen eine materielle Vergütung ihrer außerdienstlichen Leistungen nicht mehr gewährt werden konnte. Denn im Zuge der von der Reichsregierung initiierten allgemeinen Sparmaßnahmen wurde den Landlehrern deren geringe pekuniäre Vergünstigungen, die als kleine finanzielle Trostpflaster für die Nachteile des Landlebens gedacht waren, ersatzlos gestrichen²³.

Die NSDAP profitierte nicht nur von der Proteststimmung, welche dieser unpopuläre Sparkurs hervorrief. Mit ihrer gezielten Werbung um den Landlehrer in seiner Bedeutung als Volkserzieher traf sie vor allem psychologisch den richtigen Ton, so daß nicht wenige Dorfschullehrer über ihre kulturpolitischen Differenzen mit der Hitler-Partei in der Frage der Konfessionsschule hinwegsahen.

²³ Zur Sparpolitik bei den Lehrerbezügen vgl. die materialreiche Studie von Wilfried Breyvogel, Die soziale Lage und das politische Bewußtsein der Volksschullehrer 1927–1933, Königstein/Ts. 1979, S. 136–182.

IV.

Alles in allem präsentierte sich die NSDAP auf dem evangelischen Lande als eine national-konservative Partei und ließ dabei ihre völkischen Ansichten bewußt in den Hintergrund treten. Ihr programmatisches Angebot war geschickt auf die Gewinnung der dörflichen Multiplikatoren zugeschnitten. Ein konservatives Erscheinungsbild verschaffte sie sich mit ihrem Eintreten für die Bewahrung der ländlichen Lebensweise. Der Landwirtschaft versprach sie eine Rangerhöhung gegenüber Industrie und Handel; das Bauerntum wertete sie zur wichtigsten Säule deutscher Schaffenskraft auf. Den Dorfpfarrern sicherte sie die Bekämpfung der politischen Träger des Säkularismus zu. Diese originär konservative Botschaft reicherte die Hitler-Partei jedoch – und dies machte ihr eigentliches Profil aus – durch die nationale Verheißung einer klassenübergreifenden „Volksgemeinschaft“ an, die insbesondere bei Pfarrern und Lehrern eine Vielzahl von Erwartungen weckte. Viele Dorfgeistliche erhofften sich eine christliche Läuterung der Schattenseiten der Dorfgemeinschaft, wenn Volksgemeinschaftssinn die dörfliche Kirchtumperspektive erweiterte. Nicht wenige Landlehrer fühlten sich als ein bedeutsamer Kulturträger ernstgenommen, der endlich die gebührende soziale Anerkennung für seine bislang im Stillen geleistete Volksbildungsarbeit ernten konnte.

Damit vermochte die NSDAP als einzige reichsweit operierende Partei *sämtlichen* Dorfautoritäten ein attraktives Angebot zu unterbreiten. Die Linksparteien taten sich nach wie vor wegen ihrer Klassenkampfparolen schwer mit der Anerkennung der dörflichen Lebenswelt. Die konservativen Parteien, vor allem die DNVP, hatten soviel Vertrauen bei den politischen Mentoren der Landbevölkerung eingebüßt, daß sie das Feld mehr und mehr einer Partei überlassen mußten, welche sie programmatisch nachahmte, aber mit dem Startvorteil der Unverbrauchtheit antreten konnte.

Daß die Hitler-Partei das evangelisch-ländliche Milieu besser als ihre konservativen Vorläufer politisch ausbeutete, war aber nicht zuletzt auch das Ergebnis einer Organisationsarbeit, die kein politischer Konkurrent vorweisen konnte. Konsequenter als jeder Mitbewerber stellte sich die NSDAP auf die spezifischen Mechanismen der ländlichen Willensbildung ein und zog daraus politische Nutzenwendung. Nur die NS-Bewegung besaß die Fähigkeit, die mit ihr sympathisierenden ländlichen Multiplikatoren organisatorisch so zu erfassen, daß sie jederzeit für die Partei einsetzbar waren. Der programmatischen Profilierung als Agrarpartei stand eine vergleichbare Organisationsleitung zur Seite.

Der zuständige Abteilungsleiter in der NS-Reichsorganisationsleitung, der Diplomlandwirt Richard Walther Darré, stampfte innerhalb von wenig mehr als einem Jahr einen agrarpolitischen Apparat aus dem Boden, der die NS-Landwirte vom Gau bis hinab ins Bauern- und Gutsdorf in den Dienst der Hitler-Partei stellte²⁴. Darré legte strenge Maßstäbe bei der Auswahl dieser landwirtschaftlichen Vertrauensleute an: sie mußten sich unter ihren Berufskollegen Ansehen erworben haben, d.h. sich in ihrem Beruf als Landwirt bewährt haben. Zur Mitte des Jahres 1932 verfügte die NSDAP über einen Kader von landwirtschaftlichen Fachberatern, der etwa 10 000 Mitarbeiter gezählt haben dürfte und an den sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht keine andere Partei heranreichte.

²⁴ Zu Darrés Tätigkeit nach wie vor grundlegend Horst Gies, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil. Frankfurt/M. 1966; vgl. auch Gustavo Corni, Hitler and the Peasants, New York u. a. 1990, S. 21–32.

Mit Hilfe dieses agrarischen Funktionärskorps gelang es Darré zudem, das Gros der agrarischen Interessenverbände in den protestantischen Regionen des Reiches – die Landbünde – von innen her zu erobern und auf Linie zu bringen. Dies erwies sich nicht nur bei den 1932 abgehaltenen Wahlen als unschätzbare Vorteil, weil die NSDAP sich vielerorts der Landbündorganisationen bedienen konnte. Ihre starke Stellung im „Reichslandbund“, der Dachorganisation der regionalen Landbünde, trug außerdem im Vorfeld der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler Früchte²⁵: denn auf diese Weise konnte der agrarische Einfluß mobilisiert werden, um dem Reichspräsidenten Hindenburg den von ihm wenig geschätzten NS-Parteiführer als Kanzler schmackhaft zu machen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Einnistung der NSDAP in das evangelisch-ländliche Milieu nicht zuletzt auch das Werk einer politischen Professionalisierung war, die nicht aufgesetzt wirkte, weil sie sich milieugerechter Methoden bediente. Die Hitler-Partei ging jedoch nicht in der Rolle eines bloßen politischen Vollstreckers des ländlichen Sozialmilieus auf. Denn mit ihr hielt eine neue Qualität des Politischen auf dem Dorfe Einzug: ihre politische Agitation sparte selbst entlegene Weiler nicht aus; vor dem Einfluß der Parteipolitik auf das dörfliche Sozialleben gab es selbst in intakten Dorfgemeinschaften kaum ein Entrinnen.

Dieser eigentlich dorffremde Politisierungsschub wurde – und das war das Erfolgsrezept der NSDAP – aber nicht als ein landwidriger Eingriff in die dörfliche Lebenssphäre abgewiesen, weil die politischen Einfallstore des Nationalsozialismus im Regelfall identisch mit den vertrauten sozialen Dorfautoritäten waren. Die Hitler-Partei setzte ihren Fuß *in* das Dorfleben also mit Hilfe der bewährten politischen Mentoren, welche sie allerdings ihrerseits in einem bislang unbekanntem Ausmaß zu Botschaftern ihrer Losungen umfunktionierte. Auch wenn sie mit neuen politischen Mechanismen experimentierte und auch bislang abseits stehende Gruppen zu politischen Führungsaufgaben zu erziehen suchte – im Endeffekt hielt sich die NSDAP weitgehend an die eingefahrene Spielregel, auf dem Lande im Verein mit den herkömmlichen Dorfeliten Politik zu treiben²⁶.

Insgesamt vollzog sich damit eine Politisierung durch die Hintertür, die in die traditionellen Strukturen dörflichen Politiktransfers eingebettet war, aber bereits Elemente in sich trug, die auf einen Stilbruch mit hergebrachter Honoratiorenpolitik hindeuteten. Diese im Nationalsozialismus steckenden milieuzerstörenden Potenzen kamen bis 1933 jedoch – nicht zuletzt aus Wahrücksichten – nicht richtig zur Entfaltung. Der Zwang zu konservativer Bemäntelung fiel jedoch nach der Eroberung und Konsolidierung der Regierungsmacht weg. Daß der Nationalsozialismus bei der Umgestaltung der ländlichen Lebenswelt nach seinen völkisch-rassischen Leitvorstellungen nicht über erste Ansätze hinauskam, schmälert nicht dessen entsprechende Absichten.

Obwohl eine Sozialgeschichte des evangelischen Landes im „Dritten Reich“ noch aussteht, dürfte aber die Vermutung nicht von der Hand zu weisen sein, daß der Nationalsozialismus in seiner Regimephase durchaus Energien entfesselte, welche darauf ausgerichtet waren, die sich selbst genügende dörfliche Sozialordnung in einer politisierten, rassistisch verstandenen „Volksgemeinschaft“ einzuschmelzen²⁷. Der ländliche Lebensmittel-

²⁵ Siehe Winkler, Weimar, S. 606f.

²⁶ Darauf verweist auch die bislang gründlichste Regionaluntersuchung über die nationalsozialistische Durchdringung des Landes: Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande, München 1979, vor allem S. 343–349.

²⁷ Dies zeigt am Beispiel der Rhön die materialreiche Arbeit von Joachim S. Hohmann, Landvolk unterm Hakenkreuz. Agrar- und Rassenpolitik in der Rhön, Teil 1, Frankfurt/M. 1992, insbes. S. 28, S. 112f., S. 169, S. 183–189 u. S. 210f.

punkt sollte von der Fixierung auf das Heimatdorf verlagert werden zugunsten der Hingabe an eine alles umwölbende rassische Blutsgemeinschaft. Ein konsequenter völkischer Nationalismus drohte in jedem Fall, das Koordinatensystem der ländlichen Werteordnung gründlich zu verschieben, auch wenn er an der Sperrigkeit und Beharrungskraft der dörflichen Lebenswelt noch weithin folgenlos abgeprallt sein dürfte.

Die wenigen Friedensjahre reichten eben nicht aus, um eine so konservative Sozialformation wie das Dorf aufzubrechen – zumal die NS-Agrarideologen wie Darré, der es zum Landwirtschaftsminister brachte, schon bald den ernährungswirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen Tribut zollen und daher ihre gesellschaftsverändernden Pläne zur Schaffung einer neuen bäuerlichen Führungsschicht „aus Blut und Boden“ zurückschrauben mußten²⁸.

²⁸ Daß solche Pläne Darrés weithin Stückwerk blieben, unterstreichen: Friedrich Grundmann, *Agrarpolitik im Dritten Reich*, Hamburg 1979, vor allem S.115–121 u. S.152–157; Anna Bramwell, *Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's „Green Party“*, Bourne End (Buckinghamshire), 1985, S.204ff.; Corni, *Hitler and the Peasants*, S.248–264.

Cornelia Rauh-Kühne
Katholisches Sozialmilieu, Region
und Nationalsozialismus

I. Forschungslage

„Region“ als Ansatzpunkt wissenschaftlicher Forschung hat derzeit in den Humanwissenschaften Konjunktur¹. Auch in der Geschichtswissenschaft kann man das beobachten². Seit etwa zwei Jahrzehnten entwickelt sich hierzulande eine „Regionalgeschichte“ neuen Typs, die sowohl in Frankreich wie in den angelsächsischen Ländern Vorbilder hat³. Ihr Aufgabenverständnis erschöpft sich nicht darin, als eine Art forschungspragmatische Verlegenheitslösung Fallstudien zur Klärung des Ablaufs von Prozessen auf der Makroebene beizusteuern⁴. Regionalgeschichte geht es um den begrenzten Untersuchungsraum, den sie sich wählt, an sich. Kontinuität und Wandel *dort* sind ihr Thema, durchaus in ihrer Bedingtheit durch und ihren Rückwirkungen auf übergreifende Strukturen und Entwicklungen. Dabei interessiert sie sich auch – aber nicht nur – für den Wandel der *Lebensbedingungen* „vor Ort“, für sozio-ökonomischen Strukturwandel im Mikrobereich. Es geht ihr ebenfalls um die von der Geschichtswissenschaft lange vernachlässigte subjektive Dimension von geschichtlichem Wandel. Regionalgeschichte will Gesellschaftsgeschichte im umfassenden Sinne und daher immer *auch Erfahrungsgeschichte* sein. Sie bedient sich analytischer ebenso wie hermeneutischer Methoden, verwendet aggregierte quantitative In-

¹ Mit weiterführender Literatur aus verschiedenen Disziplinen Peter Weichhart, *Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation*, Stuttgart 1991.

² Vgl. den Aufriß bei Jürgen Reulecke, *Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte*, in: *Geschichte im Westen* 6 (1991), S.202–207; zur Theoriediskussion, vor deren Hintergrund die Hinwendung zur Region zu sehen ist, Ute Daniel, „Kultur“ und „Gesellschaft“. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S.69–99; und Detlef Briesen, „Kultur“ oder „Gesellschaft“ als Paradigmen für die Regionalgeschichte? Eine Replik, in: *Westfälische Forschungen*, 43 (1993), S.572–587; sowie Otto Ulbricht, *Mikrogeschichte: Versuch einer Vorstellung*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 45 (1994), S.347–367, bes. S.363 ff. Dieser Beitrag zeigt auch, wie unscharf noch die begrifflichen, aber auch methodischen Unterscheidungen sind etwa zwischen Mikrogeschichte in ihrer sozialgeschichtlich und kulturgegeschichtlich orientierten Variante, Alltagsgeschichte, Geschichte von unten und Beiträgen der Historischen Anthropologie. Zu regionalgeschichtlichen Forschungen zur NS-Zeit mit weiterer Literatur Ulrich von Hehl, *Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Probleme einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 56 (1993), S.111–129.

³ Zum Einfluß der französischen und angelsächsischen Forschung Friedrich Prinz, *Regionalgeschichte – Landesgeschichte*, in: Gerhard A. Ritter u. Rudolf Vierhaus (Hg.), *Aspekte der historischen Forschung in Frankreich und Deutschland. Schwerpunkte und Methoden*, Deutsch-Französisches Historikertreffen Göttingen 3.–6.10.1979, Göttingen 1981, S.202–216; Axel Flügel, *Der Ort der Regionalgeschichte in der neuzeitlichen Geschichte*, in: Stefan Brakensiek u. a. (Hg.), *Kultur und Staat in der Provinz. Perspektiven und Erträge der Regionalgeschichte*, Bielefeld 1992, S.1–28.

⁴ So Flügel, *Ort*; kritisch hierzu Briesen, „Kultur“ oder „Gesellschaft“.

formationen, zugleich aber auch qualitatives Quellenmaterial. Regionalgeschichte zeichnet sich so neben ihrem kleinräumigen Zugriff vor allem durch Methodenpluralismus aus. Sie zielt sowohl auf Struktur- als auch auf Prozeß- und Ereignisgeschichte. Ihr geht es um die Menschen als Subjekte wie Objekte des historischen Wandels, um soziales Handeln in historischen Kontexten ebenso wie um die Ausbildung gruppen-, schicht- oder klassenspezifischer Identitäten, Normen und Interaktionsformen.

Gegenüber den Abläufen und Konstellationen der Makroebene können die lokalen oder regionalen Zustände und Entwicklungen durch erhebliche Abweichungen, zeitliche Verzögerungen und Verwerfungen gekennzeichnet sein. Regionalgeschichte bedarf daher komplexer Ansätze und Methoden. Nur so ist es möglich, beides zu erforschen, die Existenz- und Handlungsbedingungen einerseits, kollektive Erfahrungen und Deutungsmuster andererseits. Regionalgeschichte befaßt sich – kurz gesagt – mit all jenen Aspekten des historischen Wandels und der Kontinuität, die der „institutionell und aggregiert beschränkten“ Forschung⁵ der Makroebene nicht faßbar sind, weil sie sich nur aus der Perspektive „von unten“ einfangen lassen.

Je nach Fragestellung und Untersuchungszeitraum kann Region dabei geographische Räume sehr unterschiedlichen Umfangs und Charakters meinen. Außer durch spezifische sozio-ökonomische Strukturen, die quantitativ meßbar sind, ist Region immer auch durch einen bestimmten, nur qualitativ erfassbaren gemeinsamen Traditionsbestand charakterisiert, eine durch Erfahrung vermittelte historische Tiefendimension. Regionen können ehemalige Herrschaftsterritorien ebenso sein wie moderne Wirtschafts- und Kommunikationsräume, Städte, Dörfer, politische Gemeinden, Pfarrgemeinden oder auch Stadtteile.

Soll Regionalgeschichte dabei für einen komplexen, die Erfahrungsgeschichte einbeziehenden Ansatz stehen und der Anspruch, etwas qualitativ Neues zu bieten, nicht bloßer Etikettenschwindel sein, so kommt alles darauf an, daß die Untersuchungseinheit so gewählt wird, daß sie den Interaktions- und Erfahrungsräumen von Menschen *im zu untersuchenden Kontext* entspricht und damit einen Zugriff auf *lebensweltliche Problemkonstellationen und ihre Veränderung in der Zeit* ermöglicht. Den Wandel nationaler Feindbilder etwa wird man *im Rahmen einer Regionalgeschichte* in Form einer Studie zu einem territorialen Grenzgebiet untersuchen, einer Gegend, in der solchen Stereotypen und ihrem Wandel lebenspraktische Bedeutung zukam. Will man Politik im Alltag, in ihren lebensweltlichen Vollzügen und Bedeutungen zu fassen bekommen, empfehlen sich Gemeindestudien, wie sie von französischen Historikern schon früh in vorbildlicher Form vorgelegt, aber auch von deutschen Historikern und Soziologen durchgeführt wurden⁶. Denn politisches Verhalten, seine Kontinuitäten und Zäsuren lassen sich zwar auf Wahlkreisebene bequem quantifizieren, alltagspraktische Bedeutung hatte es aber auf dieser Ebene bestenfalls sporadisch, vor Wahlen. Den rein verwaltungstechnischen, ganze Länder umfassenden Reichstagswahlkreisen der Weimarer Republik kam gewiß keine lebensweltliche Bedeutung zu. Auch religiöse Identitäten, ihr Zustandekommen und ihr alltagspraktischer Bedeutungswandel im Verlauf des Prozesses der Modernisierung wird man eher im

⁵ So schon 1980 mit Bezug auf die „Faschismusforschung“ Eike Hennig, Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für „Mikroanalytische Studien“ zur Erforschung der NSDAP, in: Politische Vierteljahresschrift 21 (1980), S. 152–173, hier S. 152.

⁶ Zur soziologischen Gemeindeforschung Conrad M. Arensberg, Die Gemeinde als Objekt und Paradigma, in: René König (Hg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 4: Komplexe Forschungsansätze, S. 82–116; z. T. auch historische Literatur bei René König, Neuere Strömungen der Gemeindeforschung, ebd., S. 117–141.

lokalen oder parochialen Erfahrungsraum zu ergründen haben denn auf Bistums- oder gar Landesebene, auch wenn die Quellen der Diözesan- und Staatsarchive einen schnelleren – jedoch nur institutionell aggregierten – Zugang gewähren⁷.

Die Erforschung des katholischen Sozialmilieus stellt ein besonders dringliches Desiderat moderner regionalgeschichtlicher Forschung dar⁸. Denn „das katholische Milieu in seiner sozial- und alltagsgeschichtlichen Verankerung wie Wirksamkeit“ ist noch weitgehend eine „terra incognita“. Dies verwundert vor allem für das Ende der Weimarer Republik und die Jahre nationalsozialistischer Herrschaft, ist doch die Literatur zum Verhältnis zwischen Katholischer Kirche und NS-Staat mittlerweile ins Unüberschaubare angewachsen. Aber die meisten dieser Arbeiten sind dem „katholischen Kirchenkampf“, der Kirchen- und Religionspolitik des Regimes mit der damit verbundenen Verfolgung von Kirchen und Katholiken gewidmet. Sie kranken in der Regel daran, daß sie den Katholizismus aus seinen sozialgeschichtlichen Bezügen herauslösen und ihn auf seine ekklesiologische und religiös-weltanschauliche Dimension reduzieren⁹.

So entsteht bei ihrer Lektüre der Eindruck, mit gelegentlichen zeitlichen und wenigen inhaltlichen Unterschieden zwischen Stadt und Land sei das Verhältnis zwischen Katholiken und NS-Staat von den Aufstiegsjahren der NSDAP bis zum Zusammenbruch 1945 einem einheitlichen (Konflikt-)Muster gefolgt, das nur in nebensächlichen Aspekten regionale Abweichungen kannte.

Auf den vehementen Widerstand *der* Katholiken bzw. *der* Kirche gegen die nationalsozialistische Bewegung im Vorfeld von Hitlers Machtübernahme folgt die Phase willkürlicher Übergriffe örtlicher Regimevertreter auf Repräsentanten des Katholizismus und sukzessiver Einschränkung der kirchlichen Organisationen. Nach vergeblichen Hoffnungen auf das Konkordat erscheint das Kirchenvolk spätestens ab 1934 als geschlossene Front. Weder die öffentliche Diskreditierung des Klerus aus Anlaß der Sittlichkeitsprozesse noch die gezielte Diskriminierung kirchlich gebundener Katholiken im Berufsleben oder andere Schikanen ließ sie in ihrer Haltung schwanken. Im Kampf um die Bekenntnisschule und das Kruzifix in den Schulen, als es vielerorts zu offener Opposition kam, stellten – so liest man häufig –

⁷ Auf den Zusammenhang sozialräumlicher Wahrnehmung und konfessioneller Identität hat schon früh Karl Rohe aufmerksam gemacht, indem er darauf hinwies, daß „die Möglichkeit zur positiven Erfahrung der eigenen Konfession“ in hohem Maß ortsgebunden sei. Rohe bezeichnete „Konfession als kulturelle und soziale Realität“ und zugleich als „eine vorrangig lokale Angelegenheit“. Karl Rohe, *Konfession, Klasse und lokale Gesellschaft als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens – Überlegungen und Problematisierungen am Beispiel des historischen Ruhrgebiets*, in: Lothar Albertin u. Werner Link (Hg.), *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, Düsseldorf 1981, S. 109–126, hier S. 119.

⁸ Zu Begriff und Konzept des Sozialmilieus M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft* (1966), in: Ders., *Demokratie in Deutschland soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 25–50. Zur Verwendung des Milieubegriffs in der Katholizismusforschung Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG), *Münster, Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe*, in: *Westfälische Forschungen* 43 (1993), S. 588–654.

⁹ Inzwischen werden diese Defizite auch von Vertretern der Kirchengeschichte moniert. Vgl. Thomas Breuer, *Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg, Mainz 1992*, S. 2 ff.; überzogen dagegen m. E. die Kritik von Gerhard Paul, „... gut deutsch, aber auch gut katholisch“. *Das katholische Milieu zwischen Selbstaufgabe und Selbstbehauptung*, in: Ders., Klaus-Michael Mallmann, Hans-Walter Herrmann, *Milieu und Widerstand* (im Druck). Gerhard Paul danke ich für die Überlassung des Manuskripts.

die Katholiken ihre Regimegegnerschaft unter Beweis, ein „Widerstand“, der im Krieg durch die erneute Einschränkung kirchlicher Rechte und Bräuche noch verstärkt wurde¹⁰.

Regionale Studien, so scheint es, machen hier nur aus forschungspraktischen Gründen Sinn, um die oft unentwirrbar erscheinende Politik der NS-Polykratie und die nicht weniger disparaten Reaktionen des deutschen Episkopats und deren Wirkung auf „das Kirchenvolk“ für jeweils überschaubare Untersuchungsräume darstellen zu können. Nur selten werden unterschiedliche Verhaltens- und Erfahrungsräume in ihrer zeitlichen Veränderung ausgemessen, um vor diesem Hintergrund nach der Stabilität des katholischen Sozialmilieus zu fragen.

Als Träger der kirchenfeindlichen Maßnahmen erscheinen in aller Regel „der“ auf seine personelle und schichtspezifische Zusammensetzung vor Ort nicht näher untersuchte Nationalsozialismus, „die“ SA oder Gestapo oder einzelne NS-Funktionäre: „der“ Kreisleiter, „der“ Ortsgruppenleiter usw. Das ist meist selbst bei Untersuchungen der Mikroebene der Fall. Aus welchen konfessionellen Gruppen, welchen sozialen Schichten oder ehemaligen politischen Lagern die Nationalsozialisten sich in katholischen Gegenden rekrutierten, welche lebensweltlichen Konfliktlagen sich mit der Gegnerschaft zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus vor Ort überlagerten, bleibt meist ebenso im dunkeln wie die soziale Zusammensetzung des katholischen Kirchenvolks. Das gleiche gilt für das komplexe Problem, wie sich das Leben der Katholiken unter dem Hakenkreuz in religiös-kirchlichen, aber auch in außerkirchlichen lebensweltlichen Zusammenhängen nach 1933 allmählich veränderte, etwa im nachbarschaftlichen Beziehungsnetz der Großstadt, im Dorf- oder Kleinstadtleben, am Arbeitsplatz oder im geselligen Umgang während der Freizeit. So bleibt auch außer Acht, wo Katholiken sich ungeachtet ihrer fortwährenden Kirchenbindung national-sozialistischen Verhaltensanforderungen anpaßten, wo sie zur Kirche auf Distanz gingen, inwieweit sie dazu freiwillig bereit waren oder gezwungen wurden, ob sie Gefährdungen ihrer katholischen Identität bemerkten oder ob diese so schleichend vor sich gingen, daß sie den Beteiligten nicht bewußt wurden. All das wird selten problematisiert, ebenso wie die Prozeßhaftigkeit, mit der sich das Regime etablierte, dynamisierte und zuletzt an Kredit bei den Massen einbüßte, was schließlich auch Folgen für das Verhältnis von Katholiken zum NS-Staat gehabt hat.

Gänzlich unbeachtet bleibt die geschlechtergeschichtliche Dimension von Wandel und Stabilität des Katholischen Milieus: daß es seit etwa der Jahrhundertwende mehrheitlich Frauen waren, die sich aktiv am kirchlichen Leben beteiligten, findet ebenso wenig Beachtung wie der Beitrag, den Katholikinnen durch ihr Wahlverhalten zur Stabilisierung der Weimarer Demokratie geleistet haben. Auch der Anteil, den Frauen nach 1933 an oppositionellen Verhaltensformen von Katholiken hatten, wurde von der katholischen Forschung noch nie systematisch untersucht¹¹.

¹⁰ Zur Forschungslage zum katholischen Milieu und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus vgl. Cornelia Rauh-Kühne, *Anpassung und Widerstand? Kritische Bemerkungen zur Erforschung des Katholischen Milieus*, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.), *Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich* (im Druck).

¹¹ Vgl. dazu jetzt Cornelia Rauh-Kühne, *Katholikinnen unter dem Nationalsozialismus: Voraussetzungen und Grenzen von Vereinnahmung und Resistenz*, in: Christl Wickert (Hg.), *Frauen gegen die Diktatur. Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland*, Berlin 1995, S. 34–51; wichtig hierzu auch Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945*, Oxford 1983, S. 349 ff.

Die Kirchenkampfhistorie bestätigt alles in allem den Eindruck, als müsse – wie erst jüngst wieder in einer solchen Darstellung betont wurde – die Geschichte der Katholiken unter nationalsozialistischer Herrschaft vor allem „im Zusammenhang mit den Vorgängen im katholischen Deutschland und besonders in ihrer Bindung an die Weltkirche, die römisch geprägt ist“, gesehen werden: von oben also, gefiltert durch den perspektivischen Blick von Kurie, Bischöfen und Generalvikariaten¹².

„Das Leben der Kirche und der Gläubigen geht“ indes „nicht in Kirchenpolitik auf“. Das wurde jüngst auch von einem Vertreter der kirchennahen Zeitgeschichtsforschung hervorgehoben. Nur weil sie „besser als die Realität des alltäglichen Lebens dokumentiert ist“, sollten Historiker nicht der Gefahr erliegen, „sie für das Ganze zu halten“¹³. Als „Sozialgeschichte von unten“ betrieben, kann Regionalgeschichte zum Katholizismus während des Aufstiegs und der Herrschaft des Nationalsozialismus indessen weitaus mehr leisten als bloß neue Beispiele für bereits bekannte kirchenpolitische Auseinandersetzungen zu liefern.

Das hat vor allem das Werk „Bayern in der NS-Zeit“ gezeigt¹⁴. Martin Broszat, Leiter des vom Münchner Institut für Zeitgeschichte durchgeführten Projekts, hat den Erkenntniszuwachs, den die Hinwendung zur Region verspricht, in einem einleitenden Aufsatz zutreffend umrissen: Erst der Blick auf die Region mache deutlich, „daß die nationale Geschichte [und Vorgeschichte – so ließe sich ergänzen –] des Dritten Reiches [...] von der Perspektive der Bevölkerung her keineswegs ein und dieselbe Geschichte gewesen und als solche empfunden und erlebt worden ist.“ Die „große allgemeine Geschichte“ löst sich, so Broszat, im erfahrungsgeschichtlich erweiterten Zugriff einer Sozialgeschichte „von unten“ „zu einer Vielzahl unterschiedlicher Teilgeschichten auf“¹⁵. Diese Feststellung gilt auch dann noch, wenn man die NS-Zeit und ihre Vorgeschichte „von der Perspektive“ regionaler katholischer Milieus her in den Blick nimmt und deren Erfahrungsgeschichte erforscht. Vereinzelt haben das in den vergangenen Jahren verschiedene Arbeiten deutlich gemacht, deren Methoden und Ergebnisse im folgenden näher vorgestellt werden sollen. „Nationalsozialismus und Region“ bilden dabei mehr in methodischer denn inhaltlicher Hinsicht den Fokus. Denn einen auch nur groben Überblick über die sozialgeschichtlichen Voraussetzungen und Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft in den katholisch geprägten Regionen des Deutschen Reichs läßt der defizitäre Forschungsstand nicht zu¹⁶.

¹² So Joachim Köhler u. Jörg Thierfelder, *Anpassung oder Widerstand? Die Kirchen im Bann der „Machtergreifung“ Hitlers, in: Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken*, hg. v. der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg durch Thomas Schnabel, Ulm 1994, S.53–94, Zitat S.55.

¹³ Heinz Hürten, *Deutsche Katholiken 1918–1945*, Paderborn 1992, S.271.

¹⁴ *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde., hg. v. Martin Broszat u. a., München u. Wien 1977–1983.

¹⁵ Martin Broszat, Vorwort zu: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 11–19, hier S. 13.

¹⁶ Selbst die regionale Geschichte des Kirchenkampfes ist bislang noch ein Desiderat. Vgl. Walter Ziegler, *Nationalsozialismus und kirchliches Leben in Bayern 1933–1945*, in: Georg Schwaiger (Hg.), *Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft*, 2 Bde. München u. Zürich 1984, Bd.1, S.49–76, S.70, Anm.31.

II. Das katholische Milieu in der Krise der Weimarer Demokratie

Weitaus intensiver als Sozialhistoriker haben sich bislang Politologen und Vertreter der traditionell auf kleinste Untersuchungsräume spezialisierten historischen Wahlforschung mit den regionalen und lokalen Ausprägungen des Katholischen Sozialmilieus in der Weimarer Republik befaßt¹⁷.

Vor allem die Ergebnisse der wahlgeschichtlichen Forschung bilden auch für sozialgeschichtliche Studien „von unten“ eine wichtige Grundlage¹⁸. Für das katholische Wählerlager weisen sie – bei lokal z. T. bemerkenswerten Abweichungen¹⁹ – regional übergreifend eine einheitliche Tendenz auf: Katholiken zeigten gegenüber dem Nationalsozialismus eine „beträchtlich größere Immunität“ als Protestanten. Unabhängig von der Schichtzugehörigkeit und gleichgültig, ob man städtische oder ländliche Verhältnisse betrachtet, wählten Protestanten etwa doppelt so häufig NSDAP wie Katholiken²⁰. Als resistent gegenüber der NSDAP erwiesen sich dabei nicht nur jene Katholiken, die Zentrum oder BVP wählten und somit der „katholischen Wahlnorm“ genügten, sondern auch nur nominelle Katholiken, die keine erkennbare Kirchenbindung mehr aufwiesen.

Übereinstimmend haben mehrere Regional- und Lokalstudien gezeigt, daß katholische Arbeiter, soweit sie nicht mehr in das katholische Sozialmilieu integriert waren, ebenso wie protestantische Arbeiter nach links tendierten: und zwar in traditionsreichen Industriestädten wie Augsburg oder Ettlingen vornehmlich zur Sozialdemokratie; dagegen überproportional häufig zur KPD, wo plötzliche Industrieansiedlung oder Wanderungsbewegungen soziale Entwurzelung zur Folge hatten, etwa in einigen fast rein katholischen Landkreisen des Regierungsbezirks Aachen, im Saargebiet oder in Teilen der Münchner Arbeiterschaft²¹. Der katholische Mittelstand hingegen scheint – soweit er sich

¹⁷ Frühe methodische Anregungen zur möglichst kleinräumigen Analyse historischer Wahlen bei Wolfgang Abendroth, Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 300–306. Zu neueren Beispielen politikgeschichtlicher Milieuanalyse vgl. den Forschungsüberblick von Thomas Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte (AFS) 33 (1993), S. 481–547, hier S. 509 ff.

¹⁸ Eine primär strukturgeschichtliche Arbeit zu vier regionalen hessischen Milieus bietet die demnächst als Band der Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft erscheinende Dissertation von Siegfried Weichlein. Der Autor geht von einer vollständigen teilräumlichen Trennung der Milieus im lokalen Bereich aus. Der konfliktreiche Umgang des katholischen Milieus mit der – sich weitgehend aus katholischen Arbeitern rekrutierenden-sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Fulda bleibt so z. B. außerhalb seines Fragehorizonts. Politisch-soziale Interaktion wird in dieser Arbeit nur spärlich beleuchtet. Die Darstellung des katholischen Milieus verbleibt auf einer lebensweltliche Aspekte kaum berührenden institutionellen Ebene. Siegfried Weichlein, Sozialmilieu und Politische Kultur in Weimar. Hessische Kreise im Vergleich, Diss. phil., Freiburg o. J. Dem Verfasser habe ich für die Überlassung des noch ungedruckten Manuskripts zu danken.

¹⁹ Vgl. etwa Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936, München 1979, S. 18 u. S. 28.

²⁰ Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991. S. 169–193, Zitat S. 179.

²¹ Zu Augsburg: Gerhard Hetzer, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 3, S. 1–234, S. 72 ff.; zu Ettlingen: Cornelia Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991, S. 124 ff.; zum Regierungsbezirk Aachen: Günter Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen,

von der Kirche distanzierte und außerhalb des katholischen Milieus begab – zunächst bei interessenpolitischen Splitterparteien sein Heil gesucht zu haben, um dann jedoch meist bald zur NSDAP abzudriften²². Aber bei diesen zur radikalen Rechten abwandernden katholischen Dissidenten handelte es sich um eine Minderheit im katholischen Lager. Jürgen Falter zog denn unlängst auch das Fazit: „Hätte es [im Deutschen Reich] [. . .] nur Katholiken gegeben, wäre es wohl nie zu einer nationalsozialistischen Machtübernahme gekommen [. . .]“²³.

Signifikante Unterschiede gab es innerhalb der katholischen Wählerschaft zwischen Männern und Frauen. Die katholische Resistenz gegenüber den Werbungen der NSDAP war nämlich vor allem den Katholikinnen zu verdanken. Als treue Anhängerinnen von Zentrum oder in Bayern der BVP wahrten sie in der Regel bis zur Märzwahl 1933 nicht nur Distanz zur Hitlerpartei, sondern hatten zugleich maßgeblichen Anteil an der Stabilität des Milieus und der Beharrungskraft des politischen Katholizismus²⁴.

So bestechend diese Befunde der quantifizierenden Wahlforschung sind, so lassen sie doch viele nur mit qualitativen Quellen und hermeneutischen Methoden zu beantwortende Fragen offen. Die Befolgung der „katholischen Wahlnorm“ läßt nämlich nur bedingt Schlüsse auf die politischen Einstellungen der katholischen Bevölkerung zu. Denn das Votum für Zentrum oder BVP bedeutete nicht notwendig eine bewußt getroffene Stellungnahme für ein demokratisches Verfassungswesen. Darin stimmen verschiedene Regionalstudien

Stuttgart 1972, S. 31 ff.; zum Saargebiet: Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag, Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 23; zu München: Hartmut Mehinger, Alle Räder stehen still? Die Münchner Arbeiterbewegung und der Nationalsozialismus, in: Björn Mensing u. Friedrich Prinz (Hg.), Irrlicht im Leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der Hauptstadt der Bewegung, Regensburg 1991, S. 154–177, S. 155. Vgl. auch die Tabellen 3.2.4.2 und 3.2.4.3 in: Jürgen Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 177 f., wonach in Katholikenhochburgen mit wachsender Gemeindegroßeklasse die Stimmenanteile von SPD und KPD bedeutend zunahm.

²² Plum, Gesellschaftsstruktur, S. 34 f.; Zofka, Ausbreitung, S. 60; Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 213. Für die kleinbäuerliche katholische Landbevölkerung vgl. das Beispiel des oberfränkischen Bezirks Ebermannstadt. 43 % der bei der Reichstagswahl vom September 1930 im Bezirk abgegebenen NSDAP-Stimmen stammten aus Gemeinden, deren Bevölkerung zu über 85 % aus Katholiken bestand. Bei der Märzwahl 1933 erreichte die NSDAP in mehreren rein katholischen Gemeinden über 60 % der Stimmen. Martin Broszat, Ein Landkreis in der Fränkischen Schweiz. Der Bezirk Ebermannstadt 1929–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 1, S. 21–192, S. 44 u. S. 49; auch im Amtsbezirk Konstanz waren die Gemeinden mit dem höchsten NSDAP-Anteil im März 1933 Orte mit über 95 % katholischer Bevölkerung. Auch hohe Kirchlichkeit machte – wie sich am Beispiel einiger Orte des Konstanzer Bezirks zeigen läßt – nicht immer resistent gegen die NSDAP. Vgl. Peter Müller, Katholische Standesvereine als Teil des Politischen Katholizismus. Untersucht am Beispiel der katholischen Gesellen-, Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine des Amtsbezirks Konstanz, Diss. rer. soc., Konstanz 1973, S. 110.

²³ Falter, Hitlers Wähler, S. 179; einige Mikrostudien bestätigen diesen Befund auf lokaler Ebene. So stellt Gerhard Hetzer fest: „Als katholische Arbeiterstadt bewahrte Augsburg bis zum März 1933 ein Resistenzpotential gegen die NSDAP (wie gegen die KPD), das unter lokalen Bedingungen groß genug gewesen wäre, um eine Machtergreifung zu verhindern.“ Hetzer, Industriestadt Augsburg, S. 71. Auch in der badischen Kleinstadt Ettlingen, deren Bevölkerung zu 71 % katholisch war, errangen die Parteien der Weimarer Koalition noch im März 1933 50 % der abgegebenen Stimmen, während die NSDAP es nur auf 32 % brachte. Vgl. Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 13.

²⁴ Falter, Hitlers Wähler, S. 140; zu den emanzipatorischen Beweggründen, die Katholikinnen an das katholische Milieu binden konnten, Doris Kaufmann, Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechterspezifische Verhaltensräume, Düsseldorf 1984.

überein²⁵. Man wird es vielmehr häufig lediglich als Ausdruck der Bindekraft des katholischen Sozialmilieus interpretieren müssen, ohne daraus allgemeine Schlüsse über die politischen Optionen ableiten zu können. Welche politischen Einstellungen die Masse der Katholikinnen und Katholiken zur demokratischen Verfassungsordnung und zu Staat und Gesellschaft von Weimar hegten, ist daher ebenso noch weitgehend ungeklärt wie ihr Verhältnis zur nationalsozialistischen Bewegung im Vorfeld von Hitlers Machtübernahme. Da sich aber Einstellungen und gesellschaftliche Leitbilder im allgemeinen nur langfristig verändern, nicht dagegen ad hoc durch politische Umbrüche, kommt diesen Fragen auch für die Erforschung des Verhältnisses der Katholiken zum etablierten Nationalsozialismus Bedeutung zu²⁶. Hier vor allem haben Regionalstudien in den vergangenen Jahren neue Ergebnisse erbracht, wobei gezielt epochenübergreifend vorgegangen wurde, um zunächst überhaupt einmal festzustellen, mit welchem „weltanschaulichen Gepäck“ (Volker Berghahn) Katholiken in den verschiedenen regionalen bzw. lokalen Milieus die NS-Zeit begannen, was das Epochenjahr 1933 für sie brachte und wie die Durchsetzung der NS-Herrschaft ihren Alltag, möglicherweise aber auch ihre Haltung zum Nationalsozialismus veränderte.

Soweit aus den bisher vorliegenden Untersuchungen erkennbar ist, war die Kohäsion des katholischen Milieus überall dort besonders ausgeprägt, wo Katholiken noch in traditionellen ländlichen Verhältnissen lebten, wo Urbanisierung und Säkularisierung noch wenig fortgeschritten waren, der Ortspfarrer die unumstrittene Autorität verkörperte und wo es daher noch nicht einmal der organisatorischen Abstützung des Milieus durch katholische Vereine bedurfte²⁷. So lagen die Verhältnisse z. B. in Eichstätt und in weiten Teilen Bayerns, aber auch in der Eifel. Nicht minder stark, wenngleich von geringerer Reichweite in bezug auf die katholische Gesamtbevölkerung, war die politische Verhaltenswirksamkeit des katholischen Milieus da, wo im Laufe der Industrialisierung eine konfessionelle Durchmischung stattgefunden hatte, die zur Überlagerung sozialer und konfessioneller Unterschiede und zum raschen organisatorischen Ausbau konkurrierender Sozialmilieus geführt hatte. Lokale Untersuchungen haben das etwa für Augsburg, Nürnberg und Ettlingen gezeigt, und auch für das Saarland sind die Ergebnisse ähnlich. Die Abschottung gegenüber den weltanschaulichen Gegnern spielte hier auch für die Integration der Katholiken ins eigene Milieu eine wichtige Rolle²⁸. Aber sie verhinderte – wie erwähnt – nicht, daß vor allem Arbeiter in den Industriezentren sich zur Sozialdemokratie oder seit Mitte der zwanziger Jahre zur KPD hinwandten.

Hier wie da, im ländlichen ebenso wie im städtischen Kontext zeichnete sich das katholische Milieu durch eine brauchgestützte, das Alltagsleben ritualisierende Kultur aus, die individuelle Lebensführung und katholisches Wert- und Normensystem ständig miteinander vermittelte und das Individuum auf einer vorbewußten Ebene in das katholische Nor-

²⁵ Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu*, S. 282 f.; Breuer, *Verordneter Wandel?* S. 73 f.; Werner K. Blessing, „Deutschland in Not, wir im Glauben...“. Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform*, München 1988, S. 3–112, S. 16.

²⁶ Diese Überlegungen bildeten schon die Grundlage der 1972 erschienenen Studie von Günter Plum, *Gesellschaftsstruktur*, S. 11.

²⁷ Vgl. Zofka, *Die Ausbreitung*, S. 168; Breuer, *Verordneter Wandel?*, S. 17 u. S. 184 und Evi Kleinöder, *Verfolgung und Widerstand der Katholischen Jugendvereine. Eine Fallstudie über Eichstätt*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 175–236, S. 187.

²⁸ Hetzer, *Industriestadt Augsburg*, S. 57 u. S. 63; Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu*, bes. S. 51 ff. u. S. 282 f.; Breuer, *Verordneter Wandel?*, S. 60 u. S. 68; und implizite: Blessing, „Deutschland...“, S. 15 u. S. 40.

men- und Glaubenssystem integrierte²⁹. Das politische Verhalten war Bestandteil dieses Normensystems, und die erfolgreiche Abschottung des katholischen Milieus hatte somit die paradoxe Wirkung, daß die subkulturelle Einbindung der Politik, die auf Makroebene die Ausbildung eines allgemeinen Staatsbürgertums und eine frühzeitige Parlamentarisierung Deutschlands behindert hatte, an der Basis doch zugleich eine Schwelle gegen die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie durch den Nationalsozialismus bildete³⁰.

Gleichwohl konnten der Rückzug auf das angestammte Milieu und somit auch die Stimmabgabe für das Zentrum – wie Günter Plum schon Anfang der siebziger Jahre in einer methodisch allerdings umstrittenen Studie zum Regierungsbezirk Aachen nachzuweisen versucht hat – Ausfluß von Ressentiments gegen eine pluralistisch organisierte Gesellschaft sein³¹. Plums Zweifel an der demokratischen Gesinnung vieler Zentrum-wählenden Katholiken wurden indes durch neuere lokal- und regionalgeschichtliche Arbeiten erhärtet. Werner K. Blessing etwa urteilte über die Katholiken im Erzbistum Bamberg: „Die Kirche vermittelte Achtung vor dem Staat, aber kaum Vertrauen in die Republik“³². Und Martin Broszat zog aus einem qualitativen Vergleich des politischen Verhaltens von Katholiken und Protestanten im oberfränkischen Landkreis Ebermannstadt 1930–1944 das Fazit, man dürfe aus der spätestens 1932 auch regional manifesten Polarisierung des Wahlverhaltens in evangelische NSDAP-Hochburgen und katholische BVP-Festen weder folgern, daß der Nationalsozialismus nach 1933 im evangelischen Teil der Bevölkerung „eine in jeder Hinsicht verlässliche oder gar fanatisch überzeugte Anhängerschaft gefunden hatte“, noch könne umgekehrt „die bis zum März 1933 bewahrte Stellung der BVP unter der katholischen Bevölkerung des Bezirks [. . .] als Kriterium dafür gelten, daß die katholische Bevölkerung des Bezirks gegenüber den Verlockungen und der Propaganda des Nationalsozialismus immun gewesen sei.“ Broszat warnte denn auch davor, die Aussagekraft der politischen Wahlstatistik für das „reale politische Verhalten“ zu überschätzen, „zumal wenn es sich um eine Bevölkerung handelt, deren Politisierungsgrad schwach und unterentwickelt war“³³.

²⁹ Vgl. dazu: Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu*; wichtige methodische Anregungen verdanke ich in diesem Punkt der Studie von Herbert Kühn, *Lokalpartei und Kirche. Zur Geschichte und gegenwärtigen Bedeutung ihres Verhältnisses in einer industrialisierten Region*, in: Ders. u. Klaus Simon (Hg.), *Lokalpartei und vopolitischer Raum*, Melle 1982, S. 13–218. Kühns Hinweise zum katholischen Milieu wurden neuerdings auch vom Arbeitskreis für Kirchliche Zeitgeschichte in Münster aufgegriffen und in anregender Weise methodisch erweitert. Vgl. AKKZG, *Katholiken*; vgl. neuerdings auch Karl Gabriel, *Christentum zwischen Tradition und Postmoderne*, Freiburg u. a., 1992, S. 102 f.

³⁰ Lepsius, *Parteiensystem*; vgl. auch Thomas Nipperdey, *Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918*, München 1988, S. 31.

³¹ Plum war einer der ersten, die sich für die breite Masse der Katholiken und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus interessierten und gegenüber der reduktionistischen Fragestellung der Kirchenkampf-Forschung „Unbehagen“ artikulierten. Aber sein Ansatz wurde zu Recht heftig kritisiert. Der Versuch, die Strukturanalyse einer katholischen Region mit der Darstellung politischer Leitbilder „im Katholizismus“ einfach additiv zu verknüpfen, war methodisch nicht ausgereift. Die von der neueren Regionalgeschichte thematisierten komplexen lebensweltlichen Bezüge von Religion, Kirche und Politik waren bei Plum noch nicht erkennbar. Für ein so umfangreiches und heterogenes Untersuchungsgebiet wie den Aachener Regierungsbezirk, der für Katholiken in den 1920/30er Jahren weder in ökonomischer noch politischer noch kirchlich-religiöser Hinsicht einen einheitlichen Erfahrungsraum bildete, wäre das wohl auch kaum möglich gewesen. Zur Kritik an Plum vgl. Helga Grebing, Rezension von Plum, *Gesellschaftsstruktur*, in: AfS 13 (1973), S. 776–778; und das Vorwort von Hans Rothfels zu Plum, *Gesellschaftsstruktur*.

³² Blessing, „Deutschland. . .“, S. 16; dazu auch Breuer, *Verordneter Wandel?*, S. 39 ff.

³³ Broszat, *Ebermannstadt*, Zitate S. 52; zur zweifelhaften Haltung auch des katholischen Milieus gegenüber der Weimarer Republik Weichlein, *Sozialmilieus*.

Das „Politische als Nebensache“ zu erachten, diese „in den agrarischen Lebensverhältnissen und Traditionen wurzelnde unpolitische Grundhaltung“ charakterisierte das katholische Milieu offenbar vielerorts. Wie das Bayernprojekt gezeigt hat, entsprach dieser Haltung zugleich oft „eine dem Parteienpluralismus gegenüber skeptische“ Einstellung. Und es scheint, als ob auch in den Städten viele „Unpolitische“ die Gefolgschaft des Politischen Katholizismus gebildet hätten, mit Ausnahme wohl vor allem der durch die permanente Frontstellung zur Sozialdemokratie schon seit der Jahrhundertwende hochpolitisierten organisierten katholischen Industriearbeiter.

Mit deren Politisierung hatte es freilich – jedenfalls gewinnt man diesen Eindruck aus den vorliegenden Lokal- und Regionalstudien – eine eigene Bewandnis. Denn sie beruhte nicht zuletzt auf einer Perpetuierung der seit den 1860er Jahren entfachten und zunächst gegen den Liberalismus gerichteten Kulturkampfstimmung und der darin gründenden aggressiven Abgrenzung gegen konfessionelle und kulturpolitische Gegner des Katholizismus³⁴. Die Sozialdemokraten, mit denen das Zentrum immerhin im Reich ebenso wie in mehreren Landtagen, u. a. in Baden, lange Zeit die Regierung bildete, wurden z. B. in Ettlingen während der zwanziger und frühen dreißiger Jahre vom katholischen Presseorgan, mitunter aber auch in kirchlichen Gemeindeblättern oder gar von der Kanzel oder im Beichtstuhl abklassifiziert und z. B. als „Todfeinde der Religion und der guten Sitte“ oder als „Neuheiden“ beschimpft, obwohl die in religiösen Fragen tolerante und reformistische Politik der Sozialdemokratie in Baden realhistorisch der immer wieder aufs neue geschürten Angst vor den „Religionsgegnern“ keine Nahrung gegeben hatte³⁵. Von daher sollten ähnliche – im Vorwurf des Neuheidentums gipfelnde – Vorwürfe gegen die aufstrebende NSDAP von katholischer Seite nicht von vornherein als Ausweis demokratischer Überzeugungstreue der Katholiken und Treue zum Staat von Weimar bewertet werden³⁶.

Die detaillierte, anhand von quantitativem und qualitativem Quellenmaterial vorgenommene Analyse des katholischen Milieus der Kleinstadt Ettlingen hat die Sozialisations- und Integrationsmechanismen des Milieus erkennbar gemacht und so gezeigt, in welchem Maße die kirchlich gebundenen Katholiken in ihrem politischen Verhalten außengesteuert waren und welche große Bedeutung – jedenfalls in einer Kleinstadt – dem Konformitätsdruck für das politische Verhalten zukam³⁷.

³⁴ Vgl. dazu schon Lepsius, Parteiensystem; zu den kollektiven Erfahrungen, die den Hintergrund der Politischen Kultur in Ettlingen bildeten, vgl. Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 28 ff. u. 42 ff.; zur permanenten Kulturkampfstimmung als Mobilisierungsstrategie des politischen Katholizismus in Augsburg: Hetzer, Industriestadt Augsburg, S. 35; im Bistum Bamberg: Breuer, Verordneter Wandel?, S. 59 f. u. 77.

³⁵ Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 132–134; ähnlich für den schwäbischen Bezirk Günzburg: Zofka, Die Ausbreitung, S. 24 f.; für Bamberg: Breuer, Verordneter Wandel?, S. 60; für Augsburg: Hetzer, Industriestadt Augsburg S. 57 u. S. 63; für das Saargebiet: Paul, „... gut deutsch“. Im Saargebiet, in Augsburg und in Ettlingen rangen Sozialdemokratie und Politischer Katholizismus um dieselbe Wählerschicht: die katholische Arbeiterschaft!

³⁶ Zum Vorwurf des Neuheidentums bzw. der Religionsfeindlichkeit gegen die NSDAP: Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 274 f.; Zofka, Die Ausbreitung, S. 171; Breuer, Verordneter Wandel? S. 73 f. u. S. 128 ff.

³⁷ Ähnlich zu Eichstätt Kleinöder, Verfolgung, S. 182; und Zofka, Die Ausbreitung, der festgestellt hat, daß das Zentrum in den Kleinstädten des Bezirks Günzburg, wo ein intaktes Sozialmilieu existierte, stabiler war als in manchen umliegenden Dörfern ohne Milieuorganisation, S. 168. Auch Breuer, Verordneter Wandel? S. 68.

Vor politischen Wahlen war es z. B. üblich, daß nicht nur Wahlanzeigen der katholischen Parteien kirchliche Anliegen zu ihrer Sache machten. Von den Kanzeln wurden vielmehr durch die Pfarrer, bei wichtigen Wahlgängen sogar durch den Episkopat unmißverständliche Wahlempfehlungen zugunsten der katholischen Partei gegeben. Und kirchliche Vereine traten – oft im Anschluß an den Besuch der heiligen Messe – geschlossen zur Stimmabgabe im Wahllokal an. Dissidenten drohte, falls sie z. B. den katholischen Freizeit- und Geselligkeitsvereinen „liberal gerichtete“ Organisationen vorzogen, nicht nur die soziale Ächtung ihrer „gut katholischen“ Mitbürger, sondern z. T. auch der geschäftliche Boykott³⁸.

Es brauchte daher nicht immer politische Informiertheit oder gar weltanschauliche Überzeugung, um dem Zentrum zu Stimmen zu verhelfen. Vor allem Frauen waren es, die auch unter den katholischen Stadtbewohnern durch innere Distanz zur Politik auffielen, eine Sphäre, die ihnen im Laufe ihrer katholischen Sozialisation als Männerdomäne vorgestellt worden war. Übten sie ihr Wahlrecht im Sinne einer katholischen Partei aus, genügten sie subjektiv einer religiösen Pflicht, an die sie als treue Kirchgängerinnen im Vorfeld jeder Wahl durch Bischof, Pfarrer und Vereinspräsidenten besonders eindringlich erinnert wurden³⁹. Eine größere Zahl von Katholikinnen, möglicherweise jene, deren Verhältnis zur Kirche nicht mehr allzu eng war, hatte aus ihrem Desinteresse an der Politik aber auch die Konsequenz gezogen, den Wahlen gänzlich fernzubleiben, um schließlich dann aber doch ihre Stimme Hitler zu geben. Unter diesen ehemaligen Nichtwählerinnen machte z. B. im März 1933 in Augsburg, der katholischen Arbeiterstadt mit extrem hohem Anteil weiblicher Beschäftigter, die NSDAP ihren – gegenüber den vorherigen Wahlen – größten Stimmenfang⁴⁰.

Freilich wäre es ein Mißverständnis anzunehmen, es habe sich bei den Katholikinnen und Katholiken, die 1932 oder im März 1933 die NSDAP wählten, nur um Unpolitische oder doch um politisch Uninformierte gehandelt, die sich über die zu erwartenden Konsequenzen einer Machtübernahme der NSDAP nicht im klaren waren. Nicht wenige waren von „vaterländischen“ Gefühlen bewegt und wollten sich von der nationalen Massenbewegung, deren „Führer“ versprach, den „Parteihader“ endlich zu beseitigen, nicht ausgeschlossen fühlen. Sie träumten von neuer nationaler Größe, vom christlichen „Reich“, und stellten Bedenken gegenüber der gewalttätigen nationalsozialistischen Bewegung bewußt hintan⁴¹.

Besonders eindringlich zeigt das das Beispiel der saarländischen Katholiken. Diese erlebten die nationalsozialistische Machtübernahme im Reich und die Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft als Außenstehende, unter Verwaltung des Völkerbunds, verfügten also über Distanz und freie Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Trotzdem entstand seit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler in der mehrheitlich katholischen Saar-

³⁸ Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu*, S. 160 u. S. 270; vgl. ähnlich Breuer, *Verordneter Wandel?*, S. 58.

³⁹ Zum a-politischen Leitbild katholisch sozialisierter Frauen Rauh-Kühne, *Katholikinnen. Ein weiterer Beleg bei Ulrich Wagener, Glaubenszeugnis und Widerstand. Pfarrer Wilhelm Ochse (1878–1960)*, Siegen 1990, S. 26.

⁴⁰ Hetzer, *Industriestadt Augsburg*, S. 72 f. Die tendenziell reichsweit seit 1930 von Wahl zu Wahl abnehmende Resistenz von Katholikinnen gegenüber der NSDAP kann auch darauf hindeuten, daß vor allem Erst- und ehemalige Nichtwählerinnen sich der Hitler-Partei zuwandten.

⁴¹ Klaus Breuning, *Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934)*, München 1969.

bevölkerung⁴² ein massives Bestreben nach nationaler Gleichschaltung. Im Oktober 1933 konnte sich auch die zunächst auf ihre organisatorische Selbständigkeit bedachte Zentrumspartei des Saargebiets, die 1932 bei der Landratswahl mit 45,2 Prozent der Stimmen ihr seit Beginn der zwanziger Jahre bestes Ergebnis erzielt hatte, „der Überführung in die von der NSDAP beherrschte Deutsche Front“ nicht mehr widersetzen⁴³. Die Christlichen Gewerkschaften lösten sich auf. Parallel zur Selbstgleichschaltung von Partei und Gewerkschaft erfolgte die der katholischen Presse, die sich nun – erfolgreich – zum Sprachorgan der Rückgliederungsfront machte. Mehr als ein Jahr nach Hitlers Machtübernahme, als das Konkordat bereits vielfach gebrochen und in allen Diözesen politisch engagierte Pfarrer durch den Nazi-Terror aus ihren Gemeinden vertrieben waren, als mit Ausnahme der NSDAP alle politischen Parteien im Reich verboten, die Gewerkschaften aufgelöst, jüdische und politisch mißliebige Beamte schon entlassen und einige Konzentrationslager mit politischen Gegnern des Regimes gefüllt waren, schrieb die katholische Saarbrücker Landeszeitung: „Da die Saar-Katholiken ‚Fleisch vom Fleische, Blut vom Blute des deutschen Volkes‘ seien, würde man einer Rückgliederung selbst dann zustimmen, wenn man befürchten müsse, ‚nach der Rückgliederung selbst schwersten Schaden an Person und Besitz erleiden zu müssen‘“⁴⁴. Als 1935 die Saarabstimmung bevorstand, wandten sich schließlich auch die katholischen Standesvereine in einem öffentlichen Appell an ihre Mitglieder mit der Aufforderung, für Deutschland zu stimmen. „Wer seinem Vaterland die Treue bricht“, so hieß es darin, „hält sie auch unserem Herrgott nicht. Ein jeder, der sich verleiten ließe, am 13. Januar seine Stimme nicht für Deutschland zu geben, wäre nicht berechtigt, sich noch deutsch und katholisch [!] zu nennen (. . .)“⁴⁵.

III. Das katholische Milieu unter nationalsozialistischer Herrschaft

Das Verhalten der Katholiken an der Saar, die ihre Glaubensgenossen im Reich an Anpassungsbereitschaft noch übertrafen, muß allerdings vor dem Hintergrund der Kehrtwende gesehen werden, die der deutsche Episkopat im Frühjahr 1933 vollzog. Exemplarisch wird hier bei der Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Katholiken im Jahr 1933 die Erfordernis eines komplexen, auch die Kirchenpolitik aus der Erfahrungsperspektive miteinbeziehenden Ansatzes deutlich. Erfahrungsgeschichte des katholischen Milieus muß *auch* Kirchengeschichte von unten sein, sie geht aber nicht darin auf!

Noch wenige Monate bevor der Politische Katholizismus des Saargebiets, nicht zuletzt auch aufgrund kirchlicher Pressionen, vor dem Zeitgeist kapituliert hatte, war jeder Katholik, der der NSDAP beitrug, Gefahr gelaufen, durch seinen Ortsgeistlichen von der Teilnahme an den Sakramenten, also auch der sonntäglichen Kommunion ausgeschlossen

⁴² Der Katholikenanteil betrug 1939 71,5%. Nach ihrer Stellung im Beruf gehörten die Katholiken mehrheitlich den Beschäftigten in Industrie und Handwerk, vor allem der Arbeiterschaft an. Vgl. Mallmann, Paul, *Herrschaft und Alltag*, S. 22 u. S. 35; Klaus-Michael Mallmann, *Ultramontanismus und Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Überlegungen am Beispiel des Saarreviers*, in: Wilfried Loth (Hg.), *Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne*, Stuttgart u. a. 1991, S. 76–94, S. 79.

⁴³ Mallmann, Paul, *Herrschaft und Alltag*, S. 21; das Zitat nach Paul, „. . . gut deutsch“.

⁴⁴ Saarbrücker Landeszeitung, 24. 4. 1934, zit. n. Paul, „. . . gut deutsch“. Diese Haltung erscheint freilich erst dann in rechtem Licht, wenn man auch die Reaktion der politischen Basis der Linken ins Visier nimmt. Denn: „deutlicher noch als beim Zentrum gelang es dem Nationalsozialismus, durch seine Besetzung der nationalen Frage während des beginnenden Abstimmungskampfes in die „marxistische Front“ einzudringen“. Mallmann, Paul, *Herrschaft und Alltag*, S. 23.

⁴⁵ Zit. n. Paul, „. . . gut deutsch“.

und somit vor der Gemeinde gebrandmarkt zu werden⁴⁶. Vor dem Nationalsozialismus, so lautete das u. a. von den Bischöfen der Kölner Kirchenprovinz im März 1931 ausgesprochene Verdikt, müsse gewarnt werden, „solange und soweit er kulturpolitische Anschauungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind“⁴⁷. Im März 1933 aber hatten die Bischöfe ihre zuvor gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung ausgesprochenen Verbote und Warnungen öffentlich als „nicht mehr notwendig“ bezeichnet⁴⁸ und anschließend, im Sommer 1933 in einem gemeinsamen Hirtenbrief erklärt: „Es fällt [...] uns Katholiken [...] keineswegs schwer, die neue, starke Betonung der Autorität im deutschen Staatswesen zu würdigen und uns mit jener Bereitschaft ihr zu unterwerfen, die sich nicht nur als eine natürliche Tugend, sondern [...] als eine übernatürliche kennzeichnet, weil wir in jeder menschlichen Obrigkeit einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes erblicken“⁴⁹.

Die Politik der Amtskirche stieß an der kirchlichen Basis auf unterschiedliche Reaktionen, die von Ort zu Ort und innerhalb der verschiedenen Altersgruppen und Organisationen verschieden ausfallen konnten. Überwiegend herrschte zunächst im Reich wie an der Saar Erleichterung und der Wille zur „freudigen Mitarbeit“ im „neu erwachten Deutschland“⁵⁰. Die katholisch organisierte Arbeiterschaft wurde von dieser Stimmung wohl ebenso erfaßt wie die Landbevölkerung und das Bürgertum und vereinzelt sogar katholische Geistliche. Das haben Arbeiten wie Gerhard Hetzers sozialtopographische Untersuchungen zu Augsburg, Werner K. Blessings Beobachtungen zur fränkischen Industriestadt Forchheim und Gerhard Pauls Ergebnisse für das Saarland gezeigt. Die stärkste Resistenzkraft entwickelten – das verdeutlicht vor allem das Augsburger Beispiel, jene (dort vorwiegend katholischen) Arbeiter, die in sozialistische Milieus mit langer örtlicher Tradition eingebunden waren⁵¹.

Immerhin, Ian Kershaw, der für ganz Bayern die Entwicklung der Stimmungslage der Bevölkerung in den Jahren nach 1933 untersucht hat, behauptet: „Contrasted with the initial enthusiasm of the Protestants, Catholic coolness and reserve towards Nazism was striking“⁵². Aus der Mikroperspektive wird auch dies durch Hetzers Ergebnisse für Augsburg bestätigt. Bei den Plebisziten, die nach Ausschaltung oppositioneller Kräfte 1933–1938 durchgeführt wurden, dokumentierte sich die katholische Opposition jeweils an den Stimmergebnissen der katholischen Krankenhaus-Stimmbezirke. Im August 1934

⁴⁶ Zur Kirchenpolitik an der Saar Paul, „... gut Deutsch“; allgemein Hürten, *Deutsche Katholiken*, S. 164 ff.; vgl. auch *Das Bischöfliche Ordinariat Mainz und der Nationalsozialismus bis 1933. Eine Dokumentation*, bearb. v. Sigrid Duchhardt-Bösken, Mainz 1983.

⁴⁷ *Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930–1935*, bearb. v. Hans Müller, München 1963, Dok. Nr. 7, S. 25; vgl. auch Hürten, *Deutsche Katholiken*, S. 164 f.

⁴⁸ Diese Kurskorrektur wurde ausdrücklich vorgenommen im Vertrauen auf kulturpolitische Äußerungen und kirchenfreundliche Versprechungen Hitlers in seiner Regierungserklärung vom 23. 3. 1933. Die bischöfliche Erklärung stellte also einen Wechsel auf eine ungewisse politische Zukunft dar, auch wenn sie unter dem Vorbehalt erfolgte, „die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer [nicht] aufzuheben“. Der Wortlaut der Erklärung in: *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, Dok. Nr. 30, S. 76–78. Zitat S. 77.

⁴⁹ *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, Dok. Nr. 64, S. 152–161, S. 154.

⁵⁰ Zum Stimmungsumschwung nach Hitlers Machtübernahme: Kershaw, *Popular Opinion*, S. 190 f.

⁵¹ Zur Arbeiterschaft Hetzer, *Industriestadt Augsburg*, S. 71, Blessing, „Deutschland...“, S. 24 f. Zum Bürgertum ebd., S. 25; zu katholischen Geistlichen Gerhard Hetzer, *Kulturkampf in Augsburg 1933–1945. Konflikte zwischen Staat, Einheitspartei und christlichen Kirchen*, dargestellt am Beispiel einer deutschen Stadt, Augsburg 1982, S. 47 u. S. 52 f.; u. Paul, „... gut deutsch“.

⁵² Kershaw, *Popular Opinion*, S. 192.

etwa, als das evangelische Diakonissenhaus der Stadt die Übernahme des Reichspräsidentenamtes durch Hitler zu 96,6 Prozent guthieß, erreichten die katholischen Anstaltsbezirke „nur“ 77 Prozent Ja-Stimmen⁵³. 1936 bei der „Reichstagswahl im Anschluß an Hitlers Rheinlandbesetzung sollte sich das – wenn auch mit schwächerer Tendenz – wiederholen. Und noch 1938 nach der „Heimholung“ Österreichs, als nur noch wenige wagten, ihre oppositionelle Haltung zum Regime an der Wahlurne zu dokumentieren, wiesen einige katholische Textilarbeiterviertel, die vor 1933 zu den Hochburgen der BVP gehört hatten, die höchsten Ablehnungsquoten auf, die sich sowohl in Nichtteilnahme an der Abstimmung wie in Nein-Stimmen und ungültigen Stimmen ausdrücken konnte⁵⁴.

Aber in Eichstätt z. B., einer mittelständisch dominierten fränkischen Kleinstadt, die als Bischofssitz mit hoher Organisationsdichte katholischer Verbände ein bis dahin besonders stabiles katholisches Milieu vorzuweisen hatte, notierte ein Führer des katholischen Jungmännervereins im April 1933 in sein Tagebuch: „... Wir jungen, nicht hitlerischen Menschen stehen z. Zt. ganz frei und verlassen da. Die Alten, vor allem Lehrer, Beamten usw. laufen alle zu den Nazis über (des Gehalts wegen) und wir???.“⁵⁵.

Der Drang in die Partei war, wo berufliche Existenzen auf dem Spiele standen, besonders stark. Und die Absetzung sowohl des Eichstätter Bezirksamtmanns wie des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken mögen – neben der Verhaftung katholischer Honoratioren – das Ihre dazu beigetragen haben, das Eichstätter Bürgertum, allen voran die stark vertretenen Staatsbeamten, gefügig zu machen. Dennoch war die Anpassungsbereitschaft auch in Anbetracht des wenig vertrauenserweckenden personellen Erscheinungsbildes der örtlichen NSDAP bemerkenswert. Evi Kleinöders Untersuchungsergebnissen zufolge waren in der zu 93 Prozent von Katholiken bewohnten Stadt „soziale, politische, vereinsmäßige und kirchliche ‚gute Gesellschaft‘ nahezu identisch.“ Die nationalsozialistische Partei hatte sich „außerhalb und gegen dieses Milieu“ entwickelt und ihre Aktivisten ebenso wie die Mitglieder der SA waren „fast ausschließlich Angehörige der Unterschicht oder des [...] vom sozialen Abstieg bedrohten Handwerks“⁵⁶.

In Ettligen mit seiner gemischtkonfessionellen Einwohnerschaft (1933: 70 Prozent Katholiken) lagen die Dinge ähnlich: Nach einer Mitteilung des katholischen Stadtpfarrers an das Ordinariat vom Sommer 1933 setzten sich die lokalen Vertreter der NSDAP bis dahin zumeist aus „landfremden Elementen“ zusammen, fast ausnahmslos Protestanten, allenfalls randständigen Katholiken, die der Geistliche z. T. auch wegen ihres bekannt lockeren Lebenswandels zum Bodensatz der Gesellschaft („faex plebis“) rechnete⁵⁷. Wenn Ettligen katholisches Milieu im Gegensatz zu jenem in Eichstätt 1933 nicht sogleich Erosionserscheinungen aufwies, so hatte das aber noch andere Gründe. Eine bedeutende Rolle spielte die Überlagerung sozialer, konfessioneller und politischer Unterschiede, die schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Politische Kultur der Stadt geprägt und

⁵³ Hetzer, Industriestadt Augsburg, S. 143. Ganz ähnliche Beobachtungen zum Katholischen Marienhospital in Düsseldorf, wo bei vergleichbarer Zahl der Wahlberechtigten 1934 51 % Nein-Stimmen gezählt wurden, gegenüber 100 % Ja-Stimmen in den Diakonischen Anstalten Kaiserswerth. Peter Hüttenberger, Düsseldorf in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Hugo Weidenhaupt (Hg.), Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, 3 Bde., Bd. 3, Düsseldorf 1989, S. 422–738, S. 601.

⁵⁴ Hetzer, Industriestadt Augsburg, S. 143–146.

⁵⁵ Kleinöder, Verfolgung, S. 195.

⁵⁶ Kleinöder, Verfolgung, Zitate S. 183 f.; ähnlich waren die Verhältnisse im unterfränkischen Leidersbach, vgl. Kershaw, Popular Opinion, S. 199.

⁵⁷ Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 260.

die Stabilität des katholischen Milieus begünstigt hatte. Die lokale Wählerschaft der NSDAP rekrutierte sich vor allem aus dem protestantischen Bürgertum, jenen „Zugezogenen“ und „Besseren“, gegenüber denen die „gut katholischen“ Alt-Ettlinger, Kleinbürger und Textilarbeiter seit je Abstand gehalten hatten. Wohl noch entscheidender aber war das seit Jahren gespannte Verhältnis zwischen lokalen Vertretern der NSDAP und dem mit viel Autorität ausgestatteten katholischen Stadtpfarrer. Dieser Konflikt kulminierte Anfang Juli 1933 in einer von den lokalen Parteichargen inszenierten „Volksempörung“, die schließlich zur erzwungenen Versetzung des seit mehr als zehn Jahren in Ettlingen wirkenden Priesters führte⁵⁸.

Erfahrungen wie diese sorgten dafür, daß in Ettlingen und manch anderer Gemeinde die Katholiken das Dritte Reich ganz und gar nicht mit Euphorie begrüßten. Und sie machen deutlich, daß Regionalstudien zum Verhältnis von Katholizismus und Nationalsozialismus nicht erst im Jahre 1933 einsetzen dürfen. Vor allem sollten sie die nationalsozialistische Bewegung als Widerpart der katholischen Organisationen in ihrem örtlichen Sozialprofil untersuchen und Aufstieg bzw. Mißerfolg der Hitlerbewegung, aber auch Auseinandersetzungen im Rahmen der Gleichschaltung von Kommunen und Vereinen unter Einbeziehung dieser Faktoren zu erklären versuchen.

Die Ettlinger, auch wenn sie 1933 voll Skepsis das politische Geschehen verfolgten, waren doch weit entfernt, sich der neuen Ordnung oder ihren örtlichen Repräsentanten offen zu widersetzen. Mißtrauisch fügte man sich in die von oben, den Bischöfen, Verbandsleitungen und vom Präsidium der badischen Zentrumsparterie dekretierte Anpassung. Wie man es früher zur Stimmabgabe für das Zentrum getan hatte, gingen am 12. November 1933 katholische Verbände geschlossen zur Abstimmung, nun allerdings, um Hitlers Politik mit einem „doppelten Ja“ abzusegnen⁵⁹. Die demonstrativ zur Schau getragene Bereitschaft der Katholiken zur Einordnung in den neuen Staat konnte jedoch nicht verhindern, daß sämtliche katholischen Honoratioren bis 1935 ihre Ehrenämter verloren, die traditionsreiche katholische Presse zur Aufgabe gezwungen und katholische Bräuche, Symbole und Organisationen aus der Öffentlichkeit verdrängt oder verboten wurden, während eine kultisch zelebrierte politische Ersatzreligion, die nicht zuletzt Mittel zur Verführung der Jugend war, im Alltag der Kleinstadt einen festen Platz einnahm⁶⁰. Auch das katholische Gruppenleben blieb keineswegs unberührt, wie anhand der lokalen Quellen zur Kolpingsfamilie nachgewiesen werden kann. Immer mehr schmolz im Laufe der zwölfjährigen NS-Herrschaft der Kreis der Aktiven zusammen, bis nur noch einige wenige sich regelmäßig trafen und im Schutzraum der Kirche in weltanschaulich-religiösen Fragen kritische Distanz wahrten. Gegenüber den Jahren der Weimarer Republik jedoch fristeten die katholischen Vereine eine passive, zurückgezogene Existenz und waren – je länger, je mehr – von Auszehrung ihrer Mitgliedschaft bedroht⁶¹.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt Gerhard Hetzer für Augsburg, während in den von Zdenek Zofka untersuchten Gemeinden des Kreises Günzburg das personelle Revirement sowohl in den kommunalen Ämtern wie in den Vereinsvorständen verglichen mit Ettlin-

⁵⁸ Rauh-Kühne, Katholisches Milieu; konfessionelle Gründe spielten auch im Bezirk Günzburg eine Rolle für die klar ablehnende Haltung vieler Katholiken gegenüber der NSDAP. Zofka, Die Ausbreitung, S. 172. Zum solidarisierenden Effekt, den nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahmen gegen Geistliche vielfach hatten vgl. Kershaw, *Popular Opinion*, S. 201.

⁵⁹ Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 382; Parallelen bei Breuer, *Verordneter Wandel?*, S. 91 u. S. 95.

⁶⁰ Vgl. Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 390–392.

⁶¹ Ebd., S. 368–384.

gen erheblich moderater ausfiel⁶². Auch in Augsburg kam es unter den Mitgliedern von Arbeitervereinen und Kolpingsfamilie zur Bildung von Aktivistengruppen, die religiöse Vorwände für regelmäßige Zusammenkünfte benutzten. „Allen solchen Versuchen zum Trotz“ – so Hetzer – „zerfraß das Dasein am Rande der Legalität im Laufe der Jahre die Substanz der Vereine“⁶³.

Aber nicht nur gezielte Benachteiligung oder sogar Unterdrückung und Verfolgung sorgten dafür, daß die Organisationsstrukturen der katholischen Milieus unterhöhlt wurden. Auch die seit Mitte der 1930er Jahre bemerkenswert starke Binnenwanderung bewirkte, daß Bindungen an das Herkunftsmilieu abgeschwächt oder zerstört wurden. Katholische Gebiete waren von den Abwanderungstendenzen überproportional stark betroffen, während die Gebiete mit Wanderungsgewinnen – von Ausnahmen wie den Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben abgesehen – traditionell protestantisch dominierte Gegenden waren, wo die katholischen Organisationen – sofern solche bis 1933 existiert hatten – im Rahmen der Entkonfessionalisierung aus der Öffentlichkeit verdrängt worden waren. Abwanderung bedeutete für Katholiken daher mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht nur Verlust der Heimat, sondern Freisetzung aus dem katholischen Sozialmilieu überhaupt⁶⁴.

Auch die Organisationen der katholischen Jugend, die in den Städten der Gleichschaltung noch den entschiedensten Widerstand entgegengebracht hatten, büßten infolge der Lockungen der HJ, vor allem aber staatlicher Pressionen gegen die Eltern, ihre einst bemerkenswert starke Position rasch vollständig ein⁶⁵. In den bayerischen Dörfern, wo häufig nur der Katholische Burschenverein, oft aber auch gar keine Jugendorganisation existiert hatte, gelang es der Hitlerjugend schnell, Fuß zu fassen. „Von einem Kampf der Jugend konnte“ – Breuer zufolge – hier „keine Rede sein“. Dennoch hat die Hitlerjugend in Anbetracht des „antimodernen Traditionalismus“ und der paternalistischen Verhältnisse, die auf dem Lande herrschten, einen schweren Stand gehabt⁶⁶. Für das Erzbistum Bamberg stellte Werner K. Blessing fest: „Von den bedeutenden Verbänden des katholischen ‚Lagers‘ überlebte [. . .] allein der Caritasverband“⁶⁷.

Binnen weniger Jahre gelang es dem Nationalsozialismus durch schrittweise Aus- und Gleichschaltung, die traditionellen sozio-kulturellen Integrationsinstanzen des Milieus zu beseitigen oder doch schwer zu beeinträchtigen. Indem er die Vereine und Verbände ihres Nachwuchses beraubte, indem er die Schulen gleichschaltete und – wo noch Bekenntnisschulen existierten – diese in „Gemeinschaftsschulen“ umwandelte und die Erziehung im

⁶² Zofka, Die Ausbreitung, S. 351.

⁶³ Hetzer, Industriestadt Augsburg, S. 232; zu den Arbeitervereinen der Erzdiözese Bamberg: Blessing, „Deutschland. . .“, S. 39 f.

⁶⁴ Zu diesem von der Forschung bislang völlig unbeachteten Komplex Zahlenmaterial bei Hermann Josef Schmitt, Binnenwanderung und katholische Kirche (Wandernde Kirche), in: Kirchliches Handbuch für das Katholische Deutschland, 22 (1943), S. 220–238.

⁶⁵ Vgl. neben Kleinöder, Verfolgung, und Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 139–156 u. S. 368–381, Klaus Heidel u. Christian Peters, Nicht nur ein Kampf um Seelen: Die Kirchen und das „Dritte Reich“ in Heidelberg, in: Jörg Schadt u. Michael Caroli (Hg.), Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985, S. 51–342, S. 142 ff.; und Breuer, Verordneter Wandel?, S. 202 ff.; dort auch zur Jugend auf dem Land, S. 198–201.

⁶⁶ Ebd., S. 195–201, Zitat S. 201. Zur emanzipatorischen Funktion, die HJ und BDM in der patriarchalischen ländlichen Welt für Jugendliche haben konnten: Arno Klönne, Jugendprotest und Jugendopposition. Von der HJ-Erziehung zum Cliqueswesen der Kriegszeit, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4, S. 527–620, S. 548 ff.

⁶⁷ Blessing, „Deutschland. . .“, S. 41.

Elternhaus mit derjenigen durch die Staatsjugend konfrontierte, unterhöhlte der Nationalsozialismus die Fundamente des katholischen Milieus⁶⁸. Doch gerade das Ettlinger Beispiel verdeutlicht: Wenn auch auf lange Sicht das katholische Milieu in seinen einstigen städtischen Hochburgen ausgezehrt zu werden drohte, so erwies es sich – gestützt auf die Pfarrgemeinde und verankert in einer ritualisierten Alltagskultur – doch als ein bedeutender gesellschaftlicher Machtfaktor, der dem nationalsozialistischen Gleichschaltungsstreben bis zum Ende des Regimes hinderlich blieb. Die Resistenzkraft des Milieus war groß genug, um in der Nachkriegszeit nicht nur den unbeirrten Katholiken, sondern auch vielen durch den verlorenen Krieg und den Sturz des Regimes desorientierten Mitläufern erneut Schutz gegen eine bedrohlich empfundene Außenwelt zu geben. Kirchenbindung und Milieuzusammenhalt beruhten auf sozial langfristig eingeübten Verhaltensweisen, die auch angesichts äußeren Drucks nicht von heute auf morgen verschwanden.

Für die agrarische Provinz galt das in noch stärkerem Maße als für die Städte, wo das NS-Regime dichter, der Konformitätsdruck im Sinne der NS-Ideologie größer und die Säkularisierung schon 1933 weiter fortgeschritten war, so daß etwa Formen brauchgestützter Frömmigkeit und die Bindung an den Pfarrer eine geringere Rolle spielten⁶⁹. Die Statistik zur Entwicklung der Kirchlichkeit spiegelt diese Unterschiede zwischen Stadt und Land deutlich wider. Zwar ließen sich selbst auf dem Höhepunkt der Kirchenaustrittskampagne 1936/1937 nur wenige Katholiken und vermutlich noch weniger Katholikinnen zum offiziellen Bruch mit der Kirche bewegen. Doch in den Industriezentren, wo die Kirchlichkeit in den zwanziger Jahren bereits stark nachgelassen hatte, waren die Austrittsrate ebenso wie der Rückgang des sonntäglichen Messebesuchs und der Osterkommunion verhältnismäßig hoch⁷⁰. Vergleicht man etwa für die Jahre 1938 und 1942 in einigen bayerischen Bistümern die gemeinhin als Minimalnachweis der Kirchenbindung erachtete Teilnahme an der Osterkommunion, erkennt man deutlich, daß die Entkirchlichung auch vor der Provinz nicht Halt machte, daß sie aber beispielsweise in den noch traditional geprägten ostbayerischen Diözesen Passau (Empfänger der Osterkommunion unter den Katholiken 1938: 79,9 %) und Regensburg (1938: 80,9 %) von einem weitaus höheren Niveau aus erfolgte⁷¹ als etwa im Bistum Augsburg, das neben dem agrarischen Umland eine der bedeutendsten bayerischen Industriestädte einschloß (1938: 70,9 %; 1942: 64,5 %). In der Erzdiözese München-Freising mit der bayerischen Metropole lag der Anteil der Osterkommunikanten 1938 bei 52,3 Prozent und sank 1942 auf 44,7 Prozent, noch etwas niedriger war die Kirchlichkeit im Erzbistum Köln⁷².

⁶⁸ So auch ebd., S. 30.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 53; ähnlich Hetzer, *Kulturkampf*, S. 213.

⁷⁰ Die Austrittsrate der Industriezentren lag um ein Zifaches höher als in den Dekanaten der Provinz. Vgl. *Kirchliches Handbuch* 22 (1943), S. 301 f. Unter den Großstädten mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung erreichte demnach 1939 Düsseldorf (Katholikenanteil 58 %) mit einem Anteil der „Nichtchristen“ (differenziert nach Deutschgläubigen, Gottgläubigen, Glaubenslosen u. solchen ohne Angaben) von 11 % den Spitzenwert. In Augsburg und Aachen mit einem jeweils traditionsreichen katholischen Milieu betrug er nur 2,6 bzw. 4 %; in ländlichen Kreisen lag er meist unter 1 %. Unter den protestantisch dominierten Großstädten war Braunschweig mit einem Anteil der Nichtchristen von 19,8 % Spitzenreiter, noch vor Leipzig und Berlin.

⁷¹ Für 1942 liegt nur eine für beide ostbayerischen Bistümer aggregierte Zahl vor: 74 %.

⁷² Vgl. Joachim Seiler, *Statistik des Erzbistums München und Freising in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: Schwaiger, *Erzbistum München und Freising*, Bd. 1, S. 285–332, S. 300 f. Zu Köln: Ulrich von Hehl, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln. 1933–1945* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 23), Mainz 1977, S. 251.

Blessing schätzt, daß im Erzbistum Bamberg der Anteil derjenigen Katholikinnen und Katholiken, die ihren Glauben praktizierten und damit zugleich öffentlich zu dokumentieren bereit waren, unter Einfluß der nationalsozialistischen Kirchen- und Religionspolitik seit 1935 bis Kriegsbeginn durchschnittlich um etwa zehn Prozent sank. Aber diese Angaben basieren auf aggregierten statistischen Angaben für die ganz Mittel- und Oberfranken umfassende Erzdiözese und nivellieren damit die Unterschiede zwischen dem „traditionellen, vorwiegend bäuerlich-kleinbürgerlichen katholischen Milieu, das den Grundton gab und stark unterschichtengebundener katholischer Teilkultur“ in den Industriestädten Nürnberg und Fürth, wo Katholiken eine Minderheit bildeten⁷³. Zweifellos waren die Einbußen in den Industriestädten erheblich höher⁷⁴.

In der ländlichen Lebenswelt fand die religions- und kirchenfeindliche Politik des Nationalsozialismus geringere Resonanz als in den Städten, denn hier verkehrten sich nicht selten die Bedingungen für weltanschaulich abweichendes Verhalten. „Innerhalb dieser kleinräumigen Strukturen fiel“, wie Thomas Breuer zutreffend bemerkt hat, „die Rolle des Nicht-Angepaßten [. . .] demjenigen zu, der [. . .] die Bevölkerung [. . .] von der neuen Heilslehre des Nationalsozialismus überzeugen wollte“⁷⁵.

Wie schon das Bayernprojekt deutlich gemacht hat, konzentrierten sich denn auch jene Formen beharrlicher Verweigerung vor allem auf das ländliche Milieu. Wo das Regime unverhüllt versuchte, überlieferte Glaubenselemente oder traditionelle Autoritätsstrukturen, die die Gläubigen an ihre Geistlichen banden, zu zerstören, konnten sie vereinzelt zum offenen – oft von Frauen getragenen – Protest umschlagen⁷⁶.

Wo Milieubindungen noch in einer dörflichen oder kleinstädtisch-homogenen Lebenswelt aufgingen, löste die von Land zu Land zu unterschiedlichen Zeitpunkten angeordnete Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen den Höhepunkt der öffentlichen Erregung und spontanen oppositionellen Regungen aus, während der „Symbolkampf“ (Gerhard Paul) in Städten nur selten Resonanz fand⁷⁷. Hier herrschte – ebenso wie in protestantischen Gebieten – meist bereits ein säkulareres Glaubensbewußtsein mit weniger ausgeprägtem Symboldenken, so daß sich die Empörung über die Entfernung der Schulkreuze in Grenzen hielt, oder die Macht der Partei war so präsent, daß die Katholiken offenen Protest nicht wagten. In Ettlingen z. B. verschwanden die Kreuze 1937 ohne Aufhebens aus den Schulhäusern, ähnlich scheint es in Düsseldorf gewesen zu sein, wäh-

⁷³ Während z. B. im Dekanat Nürnberg-Fürth die Osterkommunionsrate 1931 nur noch bei 30,8 % lag, überstieg sie in manchen ländlichen Dekanaten Ober- und Mittelfrankens die 70 %-Rate. Blessing, „Deutschland. . .“, S. 12 f., Zitat S. 6.

⁷⁴ Ebd., S. 43.

⁷⁵ Breuer, *Verordneter Wandel?*, S. 371; ähnlich schon Kershaw, *Popular Opinion*, S. 193.

⁷⁶ Das Fazit des Bayernprojekts bei Martin Broszat, *Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 691–710; zur Rolle der Frauen Rauh-Kühne, *Katholikinnen*; zur „mothers' revolt“ als Reaktion auf die Entfernung der Kruzifixe in bayerischen Schulen Kershaw, *Popular Opinion*, S. 349 f.; Beispiele auch bei Breuer, *Verordneter Wandel?*, S. 289, und bei Johannes Merz, *Der Protest gegen die Schulkreuzentfernungen 1941 in Unterfranken*, in: *Würzburger Diözesangeschichtsblätter* 52 (1990), S. 409–434, S. 430.

⁷⁷ Vgl. Breuer, *Verordneter Wandel*, S. 289; sowie Merz, *Der Protest*, S. 425. Hier auch der Hinweis auf eine Ausnahme unter den Mittel- und Großstädten: In Regensburg, der oberpfälzischen Bischofsstadt mit seit jeher ungewöhnlich stark ausgeprägter Kirchlichkeit der Bevölkerung, löste die Entfernung der Kruzifixe eine vielbeachtete Protest-Demonstration aus, an der sich rund 1000 Frauen beteiligten. Vgl. *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943*, bearb. v. Walter Ziegler Bd. 4, Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz, Mainz 1973, S. 297.

rend der Protest der Katholiken im noch agrarisch geprägten, katholisch dominierten Oldenburger Münsterland ein Jahr zuvor so vehement ausgefallen war, daß Staats- und Parteistellen gezwungen waren, zurückzustecken und die Kreuze an Ort und Stelle zu belassen.

Auch in dem nur rund tausend Einwohner zählenden saarländischen Bergmannsdorf Frankenholz hob Anfang des Jahres 1937 ein Sturm der Entrüstung an, als dort, wo bisher an der Stirnseite eines jeden Klassenzimmers das Kreuz seinen Platz gehabt hatte, das Porträt des „Führers“ angebracht werden sollte, die Schulkreuze hingegen auf Veranlassung des Ortsgruppen- und Schulleiters mit einem bescheidenen Platz über der Tür hätten Vorlieb nehmen sollen. Die Frankenholzer Eltern organisierten daraufhin einen Schulstreik, und, als zu befürchten stand, daß der Ortspfarrer von der Gestapo verhaftet werden sollte, eilten rund hundert Männer und Frauen zur Kirche, um notfalls einzuschreiten⁷⁸. In Frankenholz blieben gewalttätige Ausschreitungen aus, weil Partei und Staat auch im Saarland in der Kruzifixfrage schnell einlenkten. Aber im ländlich-katholischen Bezirk Parsberg in der bayerischen Oberpfalz schlug 1941 eine etwa 500-köpfige Menge in Velburg den Bürgermeister und Ortsgruppenleiter zu Boden und verschaffte sich so Zutritt zum Schulhaus, um dort die Kreuze wieder anzubringen⁷⁹.

Für Bayern, wo der „Kampf um das Kreuz“ erst 1941 geführt wurde, besteht in der Forschung Einigkeit: „Nichts beeinträchtigte das Verhältnis zwischen der katholischen Landbevölkerung und der NS-Bewegung stärker und nachhaltiger“ als der Angriff auf das Kruzifix⁸⁰, und manche Autoren wollen darin gar den Beginn einer anhaltenden Entfremdung zwischen Kirchenvolk und NS-Regime sehen. „Noch vor dem militärischen Niedergang“, so etwa Blessing, habe „die Herausforderung der Religiosität die Zustimmung zur NS-Herrschaft“ untergraben⁸¹.

Doch wie weit die „Irritation“ (Blessing) der Katholiken reichte, ist umstritten. Und schwer läßt sich auch entscheiden, inwieweit der vielfach dokumentierte Unmut der katholischen Landbevölkerung in der zweiten Kriegshälfte aus den immer größer werdenden Kriegslasten und Entbehrungen resultierte, die nicht zuletzt die Bäuerinnen trafen⁸². Gerhard Paul bewertet Vorfälle wie jenen 1937 in Frankenholz als antimodernistischen Protest, Ausdruck von Säkularisierungskonflikten, wie sie im Katholischen Milieu seit Mitte des 19. Jahrhunderts an der Tagesordnung gewesen seien, ohne im engeren Sinne politisches Motiv und ohne politische Folgen für die Akzeptanz des Regimes⁸³. Ian Kershaw zufolge waren hingegen seit Mitte der dreißiger Jahre „some catholic rural areas [. . .] practically ‚no-go-areas‘ for the Nazis, where the Party suffered a complete loss of authority as a result of the ‚Church struggle‘“. Zugleich betont Kershaw jedoch auch, daß der ungewöhnlich verbreitete und offen vorgetragene Protest gegen die Entfernung der Schulkreuze im Krieg einen „conflict *within* the parameters of Nazi rule“ bildete, in den viele in ihrer Gefolgsbereitschaft gegenüber dem Regime auch weiterhin unbeirrte Anhänger des

⁷⁸ Zu Ettlingen Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu*, S.423; zu Düsseldorf Hüttenberger, *Düsseldorf*, S.608 f.; zu Frankenholz Paul, „. . . gut deutsch“.

⁷⁹ Kershaw, *Popular Opinion*, S.346.

⁸⁰ Breuer, *Verordneter Wandel*, Zitat S.291; Kershaw, *Popular Opinion*, S.340 ff.; Blessing, „Deutschland. . .“, S.58 f.; Broszat, *Resistenz*, S.702.

⁸¹ Blessing, „Deutschland. . .“, S.60.

⁸² Broszat, *Ebermannstadt*, S.154 f., (Monatsbericht des Landrats v. 31.1.1942 u.d. Gendarmeriekreisführers v. 28.3.1942).

⁸³ Paul, „. . . gut deutsch“; vgl. dazu meine kritischen Bemerkungen in Rauh-Kühne, *Katholikinnen*.

Naziregimes involviert gewesen seien: „Such people were often still unwilling to recognize the innate anti-Christian essence of Nazism and were happy to support practically all Nazi aims except those of the few hotheads who maintained the uncalled-for attack on the church“⁸⁴.

Ob der Konflikt um die Entfernung der Schulkreuze und die Häufung anderweitiger antikirchlicher Maßnahmen tatsächlich die Akzeptanz des Regimes dauerhaft untergraben haben, bleibt eine der drängendsten Fragen, die künftige Regionalforschung zu klären hätte. Im Hinblick auf den in anderen Regionen folgenlos verpufften Protest früherer Jahre sollte man vorerst den Legitimitätsverlust, den der Nationalsozialismus seit 1941 durch seine Kirchenpolitik in Bayern erfuhr, nicht überschätzen. Der Ansehensverlust, den Partei und Staat im Saarland oder im Oldenburger Münsterland Mitte der 1930er Jahre erlitten hatten, beeinträchtigte dort die Massenloyalität des Regimes und seines „Führers“ auf dem Höhepunkt seiner Machtstellung 1938–1941 in keiner Weise.

Wenn Kirchenvolk und Kirche in den Berichten der Geheimen Staatspolizei jener Regionen, in denen ein nennenswerter katholischer Bevölkerungsanteil lebte, übereinstimmend und im Laufe der zwölfjährigen Herrschaft des Regimes nahezu unverändert als „der gefährlichste Gegner“ firmieren, „den die nationalsozialistische Herrschaft noch nicht bezwungen hatte“⁸⁵, so lag dem eine Fehlperzeption zugrunde, die allerdings für den totalitären Charakter des Nationalsozialismus typisch war: Aus der Perspektive der Machthaber stellten die über Generationen gewachsene Innenbindung des katholischen Milieus sowie die im Katholizismus traditionell praktizierte symbolische Demonstration des Gruppenzusammenhalts eine vermeintlich *politische* Absage an die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“, ja an den nationalsozialistischen Staat dar, als die sie gar nicht gemeint waren⁸⁶. Auch das Desinteresse, das man dem politischen Aktivismus der Partei und ihrer Nebenorganisationen vielerorts entgegenbrachte, drückte oft weniger weltanschaulichen Dissens aus als eine traditionell unpolitische Haltung der Landbevölkerung bzw. im katholischen Milieu der Städte einen verbreiteten Unwillen, von überkommenen bürgerlichen Verhaltensstilen Abschied zu nehmen⁸⁷. Die Resistenz jener „mächtigen traditionellen katholischen „Struktur“, von der Martin Broszat für Bayern sprach, konnte in antimodernistischem Traditionalismus und unpolitischem Parochialismus gründen, einer Haltung, die sich ebenso in geringer Ideologiebereitschaft wie in Ignoranz gegenüber allen die eigenen Interessen nicht unmittelbar berührenden Fragen äußerte. Ian Kershaws Studien über die Reaktionen der Bevölkerung auf die Judenverfolgung in Bayern haben das klar gezeigt: Weder vor 1933 noch danach kam der „Judenfrage“ in der Wahrnehmung der meisten Menschen große Bedeutung zu. Der Antisemitismus hatte für die Anziehungskraft, die der Nationalsozialismus vor 1933 auf viele ausgeübt hatte, eine nur geringe Rolle gespielt, und in den Jahren danach bemängelten die Berichte von Gestapo und Partei immer wieder das fehlende „Rassebewußtsein“ vor allem bei der ländlichen Bevölkerung. Dennoch fielen die Reaktionen, die die Verfolgung und schließlich der Abtransport der Juden in die Vernichtungslager auslöste, – vor allem wenn man sie mit den

⁸⁴ Kershaw, *Populat Opinion*, Zitate S. 222 u. S. 355.

⁸⁵ Hürten, *Deutsche Katholiken*, S. 532; vgl. auch Mallmann, *Paul, Herrschaft und Alltag*, S. 252 u. S. 464, Anm. 31 mit Beispielen aus mehreren Regionen.

⁸⁶ Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu*, S. 424; vgl. auch Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1980, S. 107.

⁸⁷ Zur dominant unpolitischen Landbevölkerung in Bayern Broszat, *Ebermannstadt*, S. 28; als Beispiel für das städtische Umfeld Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu*, S. 401.

fast zur gleichen Zeit stattfindenden Protesten gegen die Entfernung der Kruzifixe vergleicht – beschämend gleichgültig aus⁸⁸.

Selbst wo es um kirchliche und religiöse Anliegen im engeren Sinne ging, wurde Resistenz im oben beschriebenen Sinne nur unter bestimmten Voraussetzungen die Basis von religiös-weltanschaulich motiviertem partiellem Dissens⁸⁹. Eine künftige Regionalgeschichte zum Katholischen Milieu unter nationalsozialistischer Herrschaft müßte diese Bedingungen näher untersuchen. Und noch seltener boten Resistenz oder Dissens den Rückhalt für oppositionelles Verhalten, das fast ausschließlich die Sache der geistlichen Führer des Katholizismus blieb, des niederen Klerus vor allem, dessen Wirken unter nationalsozialistischer Herrschaft bislang noch kaum erforscht ist⁹⁰, nicht zuletzt weil Pfarr- und Personalakten, z. T. selbst Visitationsakten noch immer nicht zugänglich sind⁹¹.

IV. Forschungsaufgaben

Schon früh wurde Martin Broszat und seinen Mitarbeitern vorgeworfen, sie seien „den Formen alltäglicher Partizipation [...] an der nationalsozialistischer Herrschaft nicht genügend nachgegangen“. Statt dessen stelle das Projekt über „Widerstand und Verfolgung in Bayern“ den großangelegten Versuch dar, „den „kleinen Mann“ und das katholisch-konservativ geprägte ländliche Milieu gegenüber seiner faschistischen Vergangenheit“ zu entlasten⁹².

Diese Kritik wurde neuerdings auch auf Arbeiten ausgeweitet, die sich wie jene von Blessing oder *Rauh-Kühne* methodisch am Bayernprojekt orientieren und für ihr Untersuchungsgebiet zu ähnlichen Ergebnissen bezüglich der Resistenz des katholischen Milieus gelangt sind. Gerhard Paul moniert an diesen Studien eine „exkulperierende Umdeutung opportunistischen Mitläufertums und milieuegoistisch-katholischer Selbstbehauptung in Widerstand“, – Folge eines unkritischen Umgangs mit den Quellen, der aus der Blickverengung auf Widerstand und Dissens zu erklären sei⁹³. Inwieweit diese Kritik berechtigt ist,

⁸⁸ Ian Kershaw, Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 2, S. 281–348, S. 317, S. 338 u. S. 344 f. (Ebenfalls abgedruckt in englischer Sprache in: Ders., *Popular Opinion*).

⁸⁹ Zur begrifflichen Unterscheidung von Resistenz und Dissens vgl. Rauh-Kühne, *Katholikinnen*.

⁹⁰ Vgl. Hürten, *Deutsche Katholiken*, S. 535; ähnlich Kershaw, *Antisemitismus*, S. 311. Neuere Arbeiten, die das Verhalten des niederen Klerus untersuchen sind: Breuer, *Verordneter Wandel?*; und Klaus Fettweis, *Zwischen Herr und Herrlichkeit. Zur Mentalitätsfrage im Dritten Reich an Beispielen aus der Rheinprovinz, Aachen 1989*; reich an Beispielen zu Konflikten zwischen Geistlichen und NS-Staat, z. T. mit Angaben zu den sozialgeschichtlichen Rahmenbedingungen: Ludwig Hellriegel (Hg.), unter Mitarbeit von Peter Fleck und Christof Duch, *Widerstehen und Verfolgung in den Pfarreien des Bistums Mainz 1933–1945*, 3 Bde., Mainz 1989–1990.

⁹¹ Zur Unzugänglichkeit der Quellen des Erzbistums Bamberg Breuer, *Verordneter Wandel?*, S. 6 f.; für ganz Bayern außerdem der Hinweis Broszats im ersten Band der Bayernstudien, wonach den Mitarbeitern des Bayernprojekts nur von evangelischer Seite kirchliche Akten zur Verfügung standen, Broszat, Vorwort zu: Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, S. 16. Offenbar galt das aber nicht für alle im weiteren Verlauf im Rahmen des Projekts erarbeiteten Studien. Vgl. z. B. Kleinöder *Verfolgung*.

⁹² Hennig, *Regionale Unterschiede*, Zitate S. 159. Moderater, aber in die gleiche Richtung zielend Ian Kershaw, „Widerstand ohne Volk?“ Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: Jürgen Schmädcke u. Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, 2. Aufl. Zürich 1986, S. 779–798, hier S. 780.

⁹³ Paul, „... gut deutsch“; die Kritik am Resistenz-Begriff auch in: Mallmann, Paul, *Herrschaft und Alltag*, S. 416.

soll hier nicht diskutiert werden, immerhin ist anzumerken, daß Pauls eigene Darstellung den angekündigten „sozialgeschichtlichen Perspektivenwechsel“ schuldig bleibt.

Was es zu klären gälte, ist jene vom Bayernprojekt in der Schwebe gelassene Frage, was die „Resistenz“ jener „mächtigen traditionellen katholischen ‚Struktur‘“ für die Herrschaftspraxis des Regimes bedeutete. Bestand die „wirksame Herrschaftsbegrenzung“, die Broszat vor allem „den überwiegend kirchenfrommen Teilen der bayerischen Landbevölkerung“ attestierte, nur gemessen an den totalitären ideologischen und kirchenpolitischen Herrschaftszielen des Nationalsozialismus? Oder fielen die tatsächlichen Auswirkungen nationalsozialistischer Herrschaft vor Ort, die Dynamik ihrer Radikalisierung⁹⁴ in „katholischen Regionen“ vergleichsweise gemäßigter aus als in Gegenden, die der NS-Ideologie geringeren Widerstand entgegenzusetzen vermochten? Und welche Bedeutung kam dabei der Konfession, welche der sozio-kulturellen Tradition der Bevölkerung im jeweiligen Untersuchungsraum zu?

Ian Kershaws Untersuchungen zur Volksmeinung in Bayern, die – anders als die Bayernstudien – zumindest ansatzweise regional und konfessionell vergleichend angelegt ist, deuten immerhin an, daß die Katholizität einer Region zwar beileibe keinen Schutzwall gegen Antisemitismus darstellte, daß aber doch festgestellt werden kann, daß die Manifestationen des Rassenhasses in den von ihm untersuchten katholischen bayerischen Territorien nirgendwo jene Formen annahmten wie in Mittelfranken, wo die protestantische Konfession dominierte⁹⁵. Andere Autoren haben darauf hingewiesen, daß SD, Gestapo und Partei in katholischen Gegenden im Krieg immer wieder einen „zu humanen“ Umgang mit ausländischen Zwangsarbeitern beklagten⁹⁶. Auch der mit zunehmender Dauer des Krieges nachlassende Einsatzwille vor allem der Landbevölkerung wurde in Stimmungs- und Lageberichten als konfessionelles Problem bewertet und dem defätistischen Einfluß des „Politischen Katholizismus“ zugeschrieben. Ob dies bloße Fehlperzeptionen waren, die sich aus der „antikonservativen Tendenz des Nationalsozialismus“ (Hetzer) erklären lassen, oder ob in protestantischen Agrarregionen und dort, wo der Katholizismus nie ein stabiles Milieu hatte etablieren können, die inhumane Politik des Nationalsozialismus noch effizienter war, muß noch erforscht werden.

Soweit vorliegende regionalgeschichtliche Arbeiten beurteilen lassen, versprechen vor allem sehr kleinräumig angelegte, methodisch komplexe Studien weiteren Gewinn⁹⁷. Indem sie räumliche Lebensgemeinschaften zum Untersuchungsgegenstand machen, sind sie am ehesten in der Lage, Erfahrungs- und Strukturgeschichte des Nationalsozialismus und seiner Vorgesichte miteinander zu verbinden. So wird zum einen die lebensweltliche Bedeutung des Eingebundenseins in ein katholisches Milieu deutlich, wird erkennbar, wie weit die Wirkungen der nationalsozialistischen Gleichschaltung aus der Erfahrungs-

⁹⁴ Hans Mommsen, Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker (Hg.), Der Führerstaat. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1980, S.43–72.

⁹⁵ Kershaw, Antisemitismus, S.294, S.298, S.310.

⁹⁶ Blessing, „Deutschland...“, S.55 f.; Breuer, Verordneter Wadel?, S.303–305.

⁹⁷ Neben den hier mehrfach zitierten Arbeiten zum katholischen Milieu von Zofka, Die Ausbreitung; Hetzer, Industriestadt Augsburg; und Rauh-Kühne, Katholisches Milieu; stellt die Mikrostudie von Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd.4, S.1–382; ein eindrucksvolles Beispiel methodisch innovativer und inhaltlich weiterführender Forschung zum Nationalsozialismus und den Bedingungen seines Aufstiegs dar.

perspektive dieses Milieus reichten. Zum anderen lassen solche Mikrostudien für ihren begrenzten Untersuchungsraum aussagekräftige Vergleiche zwischen dem Verhalten unterschiedlicher Primärgruppen, sozialer Schichten, politischer Lager, konfessioneller Gruppen oder sozio-kultureller Milieus zu.

Dabei wird auch deutlich, daß die Erfahrungswelt der Zeitgenossen sowohl eingeschränkter wie auch komplexer war als sich die Vergangenheit dem analytischen Zugriff von Historikern erschließt. Eingeschränkter insofern, als den Miterlebenden durch totalitär beschnittene Informationsmöglichkeiten, propagandistische Vereinnahmung und „Atomisierung der Verärgerung“ (Sopade) meist verborgen blieb, wie widersprüchlich die Politik des Regimes war⁹⁸. Komplexer war die subjektive Wahrnehmung der Zeitgenossen insofern ihnen noch offen, vieldeutig und gestaltbar erschien, was im historischen Rückblick in seiner Entwicklung determiniert wirken mag und Gegenstand eindeutig wertender Beurteilung geworden ist.

⁹⁸ Zur per se – nicht nur unter Bedingungen totalitärer Herrschaft – eingeschränkten Erklärungskraft erfahrungsgeschichtlicher Quellen und Darstellungen Jürgen Kocka, Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme, 2. Aufl., Göttingen 1986, S.171.

Jeremy Noakes

Nationalsozialismus in der Provinz: Kleine und mittlere Städte im Dritten Reich 1933–1945*

Wer versucht, die Entwicklungen der kleinen und mittleren Städte im Dritten Reich nachzuzeichnen, wird alsbald mit zwei Problemen methodischer Art konfrontiert. Erstens: obwohl inzwischen eine ganze Reihe von Studien über Städte dieser Größenordnung erschienen ist, differiert deren wissenschaftliche Qualität doch erheblich. Auch arbeiten nur wenige dieser Untersuchungen mit einem sozialgeschichtlichen Ansatz. Die meisten liefern zwar nützliche Beispiele für die allgemeinen Entwicklungen im Dritten Reich, ohne jedoch die besonderen Eigenschaften ihres Ortes herauszuarbeiten. Schließlich beschränken sich viele Darstellungen lediglich auf den Aufstieg des Nationalsozialismus und die sogenannte Machtergreifung, d. h. auf die Zeit nur bis etwa 1935. Für den vorliegenden Beitrag galt es deshalb, die wenigen ausgezeichneten Studien, die über einzelne Klein- und Mittelstädte bislang erschienen sind, heranzuziehen. Deren Forschungsergebnisse sollen nun im folgenden, soweit wie möglich im Lichte eigener Untersuchungen, zusammengefaßt und kommentiert werden. Bei diesem Vorhaben zeigt sich indes sogleich das zweite methodische Problem. Wie lassen sich allgemeingültige Schlüsse ableiten bei einer Reihe von Städten, die so unterschiedlich sind bezüglich ihrer historisch-politischen Erfahrungen, ihrer ökonomischen Bedingungen, bezüglich auch ihrer gesellschaftlichen Schichtung und sozio-kulturellen Traditionen? Denn jede Stadt, gleich welcher Größe, hatte doch im Lauf ihrer Geschichte eine spezifisch eigene politische Kultur herausgebildet. Darüber hinaus waren die Städte in ganz unterschiedlicher Weise von den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen des Dritten Reiches betroffen, abhängig vor allem von ihrer jeweiligen Rolle im Geschehen der allgemeinen Aufrüstung. Daß also ein Vergleich von kleinen und mittleren Städten sich schwierig gestaltet, schwieriger wohl noch als der von Großstädten, mag ein Beispiel verdeutlichen. Was haben nämlich Universitätsstädte wie Tübingen oder Marburg mit einer kleinen Bergarbeiterstadt wie Penzberg in Oberbayern gemeinsam, abgesehen davon, daß sie allesamt Gegenstand ausgezeichneter Lokalstudien sind¹? Trotz dieser nur kurz angedeuteten offenkundigen Schwierigkeit, stichhaltige Verallgemeinerungen zu treffen, sollen einige vorsichtige Thesen formuliert werden. Ziel ist dabei, so weit wie möglich, die Entwicklungen in kleinen und mittleren Städten von denen in Großstädten abzugrenzen.

*Der Alexander von Humboldt-Stiftung und der British Academy bin ich für ihre finanzielle Unterstützung sehr dankbar.

¹ Zu Marburg siehe Rudy Koshar, *Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg 1880–1935*, Chapel Hill/N. C. 1986; zu Tübingen siehe Benigna Schönhagen, *Tübingen im Dritten Reich*, Tübingen 1991; zu Penzberg siehe Klaus Tenfelde, „Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1930–1945“, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, hg. v. Martin Broszat, u. a. München u. Wien 1981, S. 1–382.

1. Die nationalsozialistische Machtergreifung

Die zentrale Frage ist hier natürlich, wie die Machtergreifung so schnell und glatt durchgeführt werden konnte, vor allem angesichts der Tatsache, daß Anfang 1933 in vielen, wahrscheinlich sogar in den meisten Städten die lokalen Parteiorganisationen noch relativ klein waren und lediglich eine Minorität der Bevölkerung hinter sich hatten.

Ein Grund lag wohl in der in Deutschland allenthalben verbreiteten Ratlosigkeit und Verzweiflung. „Es ist dem deutschen Volk vollkommen gleichgültig, wer es rettet, wenn es nur gerettet wird“, so beschrieb damals Werner Schenkendorf, Chefredakteur der liberalen „Konstanzer Zeitung“ diese Stimmung². Ein weiterer, entscheidender Grund ist in einer Disposition des deutschen Bürgertums zu suchen: in seiner Anfälligkeit für NS-Parolen wie „Führertum“, „Volksgemeinschaft“ und „nationale Erhebung“. Hinzu kam oft auch eine Unterstützung durch verschiedene Kräfte, sei es nun durch deutschnationale Honoratioren, durch die evangelische Geistlichkeit oder die bürgerliche Presse. In Städten wie Konstanz konnten die Nationalsozialisten vor allem auf die Sympathie vieler lokaler Honoratioren zählen. Ebenfalls von Bedeutung ist schließlich die Vorgehensweise der Machtergreifung vor Ort.

Um die eingangs gestellte Frage zu klären, haben verschiedene Lokalstudien untersucht, inwieweit die Machtergreifung von oben gesteuert oder vielleicht relativ unabhängig davon mehr von den örtlichen Kräften mit Rücksicht auf die lokalen Gegebenheiten durchgeführt wurde. Die Autoren sind hierbei zu ganz unterschiedlichen Schlüssen gelangt. In seinem Buch über Osterode hebt Walter Struve die entscheidende Rolle der Reichs- und preußischen Regierung hervor und spielt dagegen lokale Initiativen herunter: „Selbst bis hinunter zu den Einzelheiten des kommunalen Ergebnisses war die ‚nationale Erhebung‘ von oben inszeniert.“³ Heide Fogel charakterisiert in ihrer Studie über die Dreieichgemeinden die lokalen Machtergreifungen gleichfalls als „planvolle Aktionen, die mit den Ereignissen der Machtergreifungen in den Institutionen des Volksstaates Hessen offensichtlich koordiniert waren“. Sie kommt zu dem Schluß: „Es kann daher kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die Machtergreifung in den Kommunen Teil eines auf der Ebene der NSDAP-Parteizentrale des Gaues Hessen-Nassau geplanten und von dort gelenkten Vorhabens war.“⁴ Dagegen haben andere Autoren, wie William S. Allen in seiner Untersuchung über Northeim, die relative Autonomie der lokalen Parteigruppen betont⁵. Das Bild, das sich aus der Literatur und aus eigenen Forschungen über die Kleinstadt Kronach in Oberfranken ergibt, zeigt, daß der breite Rahmen der Machtergreifung durch die Maßnahmen der Reichs- und Länderregierungen abgesteckt wurde. Dabei kam dem entschlossenen Einsatz staatlicher Gewaltmittel entscheidende

² Zit. n. Werner Trapp, „Konstanz in der Zeit des Nationalsozialismus“, in: Lothar Burchardt, Dieter Schott, Werner Trapp, Konstanz im 20. Jahrhundert. Die Jahre 1914 bis 1945, Konstanz 1990, S. 221.

³ Siehe Walter Struve, Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918–1945, Essen 1992, S. 180; siehe jedoch die einschränkenden Bemerkungen in der Zusammenfassung, S. 517–520.

⁴ Heide Fogel, Nationalsozialismus in der Dreieich. Aufstieg und Herrschaft der NSDAP im heterogen strukturierten Lebens- und Erfahrungsraum des südlichen Frankfurter Umlandes, Darmstadt u. Marburg 1991, S. 89.

⁵ Siehe William S. Allen, The Nazi Seizure of Power: the experience of a single German town 1922–1945, London 1984, S. 294.

Bedeutung zu⁶. Von oben gesteuert waren zum Teil wohl auch Einzelheiten. So ist es faszinierend zu beobachten, wie einheitlich vor allem manche der symbolischen Handlungen der lokalen Parteigruppen erfolgten wie zum Beispiel das Anbringen von Hakenkreuzen auf öffentlichen Gebäuden oder das Zeremoniell bei den ersten Sitzungen der neuen Gemeinderäte. Trotz Kontrolle und entschlossenen Einsatzes der staatlichen Machtapparate durch die NSDAP für die Machtergreifung auf Gemeindeebene war gleichwohl die Art und Weise, wie die lokale Partei sie durchführte, für den reibungslosen Ablauf außerordentlich wichtig.

Hier taucht die weitere wichtige Frage auf, inwieweit durch den Gleichschaltungsprozeß neue Kräfte an die Macht gelangten und in welchem Umfang sich das alte lokale Establishment in seiner Position halten konnte. Welchen Stand hatten die „Alten Kämpfer“? Waren sie Außenseiter oder wenigstens Teile der alten Elite? Sodann ist zu fragen, von wem die Partei nach 1933 schließlich repräsentiert wurde. Behaupteten die „Alten Kämpfer“ noch die Führung oder wurden sie durch die in den ersten Monaten in die Partei strömenden Kräfte verdrängt⁷?

Die Machtergreifung auf lokaler Ebene hing von einer Reihe von Faktoren ab. Zunächst von der Größe und der gesellschaftlichen Zusammensetzung der NSDAP-Ortsgruppe. Stand ihr genug qualifiziertes, aber auch angesehenes Personal zur Verfügung, um die Übernahme der führenden Positionen in der Gemeinde zu bewerkstelligen? Des weiteren war die NS-Führung auf Gau-, Kreis- und Ortsgruppenebene von erheblicher Bedeutung. Denn oftmals konnten Politik und Persönlichkeit einzelner Parteiführer eine entscheidende Rolle spielen. Überaus wichtig war außerdem der Charakter der Gemeinde selbst, hier vor allem der Grad ihrer sozialen bzw. kulturellen Homogenität. Schließlich war die Machtergreifung in Mittel- und Kleinstädten in weiten Teilen geprägt durch sehr unterschiedliche, teils einander widerstreitende Interessenlagen. Zum einen versuchte die Partei, die totale Kontrolle über Regierung und Verwaltung der Kommunen, aber auch über die soziale Infrastruktur der Gemeinden in Form der Vereine und Innungen zu erlangen. Zum anderen gab es jedoch den Drang der lokalen Partei, die Möglichkeiten der Macht vor Ort für sich auszunutzen, bedeutete doch gerade die Macht auf Kommunalebene eine wichtige Quelle für Patronage jeglicher Art. Es waren Stellen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Betrieben zu besetzen, sodann Aufträge an Handwerker und Gewerbetreibende zu vergeben für die Lieferung von Waren und das Erstellen von Dienstleistungen für städtische Einrichtungen wie zum Beispiel für Schulen; darüber hinaus lockten das Verfügungsrecht für Stadtwohnungen, die Genehmigung von Baurechten und anderes mehr. Die lokalen Parteiführer waren nicht nur durch ihren privaten Drang nach Amt, Status, Macht und Beute getrieben, sondern sie hatten darüber hinaus die Klientel der „Alten Kämpfer“ zu versorgen. In Konstanz etwa wurden vor allem SPD-Mitglieder entlassen. Eine Neuanstellung erhielten 103 Personen einschließlich 57 der „Alten Kämpfer“⁸. In den Dreieichgemeinden wurden eigens, ungeachtet ihrer schlechten Finanzlage, neue Stellen geschaffen, um die „Alten Kämpfer“ zu versorgen⁹.

⁶ Die klassische Studie über die NS-Machtergreifung ist nach wie vor: Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung: Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln 1960.

⁷ Tenfelde zum Beispiel beschreibt die Konflikte zwischen „Alten Kämpfern“ und „Märzgefallenen“; Tenfelde, *proletarische Provinz*, S.267 ff.

⁸ Siehe Trapp, *Konstanz*, S.244 f.

⁹ Siehe Fogel, *Nationalsozialismus*, S.100 ff., S.124 ff. u. S.140 ff.

Wenn das Regime seine zukünftige Stabilität sichern wollte, war es aber auch nötig, die lokale Opposition zu begrenzen und einen möglichst breiten Konsens zu schaffen. Deshalb durfte man die Gemeindebevölkerung, vor allem das lokale Establishment, nicht zu sehr vor den Kopf stoßen. Vor allen Dingen galt es, möglichst schnell Ergebnisse vorzuweisen, d. h. die Lage zu verbessern. Das erforderte wiederum den Einsatz von leistungsfähigen Leuten. In den Dreieichgemeinden mußten deshalb einige der neu eingestellten „Alten Kämpfer“ bald wieder entlassen werden, weil man auf qualifiziertes Personal nicht verzichten konnte. Enttäuscht wurden zahlreiche „Alte Kämpfer“ in Konstanz, weil es die Finanzlage aufgrund der Pensionsrechte dort nicht zuließ, allzuviele Beamte zu entlassen. Festzustellen ist, daß das öffentliche Erscheinungsbild der Partei auf Lokalebene stark unter der Korruption der vielen politischen Leiter und der Zerstrittenheit unter den Hoheitsträgern gelitten hat, vor allem unter den Streitigkeiten zwischen den „Alten Kämpfern“ und den mehr technokratisch orientierten, nach 1933 eingetretenen Parteiführern.

Das relative Gewicht dieser genannten Faktoren bestimmte weitgehend die Art der Macht ergreifung in den einzelnen Städten. Dort, wo ein besonders ehrgeiziger und radikaler Ortsgruppenleiter an der Spitze stand oder wo eine gut ausgebaute NSDAP-Organisation mit einer Vielzahl von Parteigenossen, die zum Zuge kommen wollten, vorherrschte, war der Druck zu einer rigorosen Säuberung am größten. Galt es doch, Plätze für die „Alten Kämpfer“ freizumachen. Beides zugleich traf z. B. auf die Stadt Northeim zu. In Northeim hatte sich eine relativ extreme politische Kultur entwickelt. Die Bevölkerung war scharf getrennt in eine bürgerliche Majorität und eine starke SPD/KPD-Minorität. Gewaltsame politische Konfrontationen prägten deren Verhältnis in den Jahren 1930–33, als, wie Allen es charakterisiert, Politik gleichbedeutend war mit Klassenkampf¹⁰. An die Stelle des schnell abgesetzten Bürgermeisters trat ein ebenso ehrgeiziger wie rabiater Ortsgruppenleiter; ein Viertel der Arbeitnehmer der Stadtverwaltung wurde dann infolge der NS-Machtübernahme entlassen¹¹. Konzessionen an Andersdenkende gab es kaum und die Sozialdemokraten waren einer scharfen Verfolgung ausgesetzt. Dieser harte Kurs wurde letztlich auch deshalb ermöglicht, weil sich die bürgerliche Majorität der Stadt im großen und ganzen damit einverstanden zeigte.

Wo sich hingegen das Milieu in besonderer Weise resistent gegenüber der NSDAP erwiesen hatte, etwa in Gegenden, die entweder von linken oder katholischen Parteien dominiert wurden, war die NSDAP gezwungen, einerseits ihre Macht durch gezielten Terror zu sichern, andererseits aber auch Mißtrauen und Feindschaft abzubauen, um Sympathie zu gewinnen. Das konnte dann wie in Penzberg oder Günzburg zu einer überraschend gemäßigten Macht ergreifung führen. In der Bergarbeiterstadt Penzberg, in der die NSDAP nur sehr wenige Mitglieder zu verzeichnen hatte und vor 1933 lediglich eine sehr geringe Anhängerzahl fand, wo sich überdies die Bevölkerung äußerst skeptisch, wenn nicht sogar feindselig, dem neuen Regime gegenüber verhielt, hat sich die Partei, wie Klaus Tenfelde nachgewiesen hat, bemüht, nach der Inhaftierung von KPD- und SPD-Funktionären, ehemalige Sozialdemokraten zu versöhnen und zu integrieren, sofern jene überhaupt dazu bereit waren, sich mit der neuen Ordnung abzufinden¹².

¹⁰ Siehe Allen, *The Nazi Seizure*, S. 24 ff.

¹¹ Allen, *The Nazi Seizure*, S. 183 ff.

¹² Zu Günzburg siehe Zdenek Zofka, *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Macht ergreifung der NSDAP 1928–1936*, München 1979, S. 238 ff.; zu Penzberg siehe Tenfelde, *Proletarische Provinz*, S. 228 ff.; siehe auch Fogel, *Nationalsozialismus*, S. 91.

Studien über die NS-Machtergreifung in kleinen und mittleren Städten haben gezeigt, daß die Machtübernahme vor allem durch Flexibilität charakterisiert war. Man ging schrittweise, manchmal sogar nur zögernd vor. In vielen Fällen läßt sich von einer „schleichenden Machtergreifung“ sprechen. Hauptziel war, die totale Macht zu erlangen, dies jedoch mit möglichst wenig Störung für die Gemeinde, da jegliche Störung einer Konsolidierung der Macht nur hinderlich sein konnte. Diese Taktik zeigte sich unter anderem in der Bereitschaft, auch Nicht-Nationalsozialisten, wenigstens vorläufig und manchmal – wie in Tübingen –, bis zum Ende ihrer Dienstzeit im Amt des Bürgermeisters zu belassen. Voraussetzung für diese Toleranz war jedoch, daß der jeweilige Gemeindeleiter sich nur als Fachmann betätigte und sich politisch loyal gab oder sich zumindest zurückhielt¹³. In solchen Fällen wurde oft ein NS-Führer als zweiter Bürgermeister oder als erster Beigeordneter in der Rolle eines Aufpassers oder der politisch eigentlich entscheidenden Figur eingesetzt. In Konstanz bestimmte Reichsstatthalter Murr den bis dahin parteilosen Kommunalbeamten Dr. Albert Herrmand als „Mann des Ausgleichs“ zum Oberbürgermeister. Gleichzeitig mit Herrmand, der die Nähe zu den Kreisen des katholischen Bürgertums suchte, wurde jedoch der „Alte Kämpfer“ Leopold Mager zum ersten Bürgermeister ernannt¹⁴. Einen besonders bemerkenswerten Fall stellt der Tübinger Oberbürgermeister Adolf Scheef dar, der früher Landtagsabgeordneter der DDP gewesen war. Nachdem er im Jahre 1931 zum Oberbürgermeister avanciert war, legte er jedoch sein Mandat nieder, gab seine Parteiämter auf und bezog eine streng parteineutrale Stellung. So konnte Scheef sogar bis 1939 im Amt des Oberbürgermeisters verbleiben.

Sicherlich stellt Adolf Scheef ein besonders prominentes Beispiel für die Flexibilität der NS-Machtergreifung in kleinen und mittleren Städten dar, er war jedoch keineswegs ein Einzelfall. Horst Mazerath hat gezeigt, daß es eine direkte Korrelation gab zwischen der Gemeindegröße und den Chancen eines Gemeindeoberhauptes, seine Stellung zu behalten¹⁵. Während nur 14,3 % der Oberbürgermeister von Städten mit über 200 000 Einwohnern und 17,4 % mit über 100 000 Einwohnern bis Ende 1933 im Amt blieben, waren es 34,8 % der Oberbürgermeister in Städten mit 50–100 000 Einwohnern und 46,5 % in denen mit 20–50 000 Einwohnern, die ihr Amt behielten. Stünden Daten von Städten mit weniger als 20 000 Einwohnern zur Verfügung, würde sich zweifelsohne ein noch höherer Prozentsatz der im Amte belassenen Gemeindeleiter zeigen.

Für diese flexible und einigermaßen zurückhaltende Politik in den kleineren Städten im Vergleich zu den Großstädten bieten sich mehrere Gründe an. Erstens war der Handlungsdruck eine Frage von relativer Bedeutung: die Notwendigkeit nämlich, schnelle und totale Kontrolle über eine Großstadt und ein Verwaltungszentrum wie Köln zu erreichen war viel größer als bei einer kleineren Stadt wie Tübingen. Zum zweiten stand der NSDAP oft kein geeigneter Ersatz für den Oberbürgermeister zur Verfügung, der ja zugleich fachlich qualifiziert sein und dazu über das nötige Ansehen in der Gemeinde verfügen mußte. Drittens war es für die lokale NS-Führung auch oft deshalb sinnvoller, einen Bürgermeister, der allgemein geachtet war, fachlich als kompetent galt und sich politisch gefügig zeigte, im Amt zu belassen, da die Tatsache, daß jener kein Mitglied war oder daß er keine niedrige Parteinummer besaß, ihn wehrloser gegen Parteidruck machen wür-

¹³ Siehe Schönhausen, Tübingen, S. 99–100, S. 101 ff. u. S. 128 ff.

¹⁴ Trapp, Konstanz, S. 240–241.

¹⁵ Für das Folgende siehe Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970, S. 79 ff.

de als einen „Alten Kämpfer“. Zudem konnte er dann als Aushängeschild für Kontinuität und Normalität fungieren, somit die Radikalität der Entmachtung der alten Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen kaschieren. In Tübingen, wo sich die NSDAP vor der Machtübernahme hauptsächlich aus Studenten zusammensetzte, wirkten sich, wie Benigna Schönhagen gezeigt hat, alle drei genannten Faktoren aus¹⁶. Die Frage der relativen Bedeutung einer Stadt wie Tübingen wurde oben bereits angesprochen. Sodann gab es keinen annehmbaren Ersatz für Scheef. Doch sicherte sich die Partei einen entscheidenden Einfluß auf die Gemeindepolitik durch die Ernennung des „Alten Kämpfers“ Ernst Weinmann zum Bürgermeister und indem sie ihm wichtige Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung übertrug.

Schließlich gibt es noch einen weiteren Grund dafür, warum die Machtergreifung in kleinen und mittleren Städten relativ gemäßigt ausfiel: die Enge der sozialen Beziehungen in solchen Städten, vor allem in Kleinstädten. Diese mögen eine weniger extreme Politik gefördert haben, weil die am politischen Spiel Beteiligten sich und ihre Familien mehr oder weniger gut kannten und sich darüber bewußt waren, daß sie auch in weiterer Zukunft zusammenleben mußten. Allen erwähnt sogar Fälle in Northeim, in denen sich Nazis für ehemalige SPD-Leute eingesetzt hatten, unter anderem auch der sonst so rabiate Ortsgruppenleiter Ernst Girmann, der den prominentesten SPD-Führer vor Ort namens Querfurt unbehelligt ließ¹⁷. Allen meint abschließend: „It seems probable, for example, that the general lack of violence during the first months of the Third Reich was due to the nature of Northeim as a small town. Much as the Nazis hated all that the Socialists stood for, both sides knew each other too well for cold and systematic violence to occur.“¹⁸ Walter Struve berichtet in seiner Studie über Osterode von Fällern, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten nach dem Krieg manchmal sogar bereit waren, den lokalen Nazis aufgrund persönlicher oder familiärer Beziehungen Persilscheine auszustellen¹⁹. Andererseits macht Heide Fogel darauf aufmerksam, daß in den Dreiecksgemeinden SA-Trupps oft von außerhalb eingesetzt wurden, um auszuschließen, daß „die Peiniger ihnen persönlich bekannte NS-Gegner schonten oder mit ihnen private Rechnungen beglichen“²⁰.

Viel hing natürlich auch von den Personen ab, gegen die die Verfolgung gerichtet war. Galten diese innerhalb der Gemeinde schon als Außenseiter, wie dies z. T. bei KPD-Anhängern, Zeugen Jehovas oder gar Juden der Fall war, dann erschien die Anwendung von Gewalt annehmbarer²¹. Hingegen bei BVP- oder sogar SPD-Führern, die integrierte oder gar angesehene Mitglieder in ihrer Gemeinde darstellten, hätten – obwohl man doch mit ihren Ansichten nicht übereinstimmte – übermäßig harte Maßnahmen negative Reaktionen seitens der lokalen Bevölkerung hervorrufen können. Rücksicht schien in diesen Fällen geboten. Durch solche Rücksichtnahme war in kleineren Städten die Hemmschwelle für die Nazis, Gewalt anzuwenden, wohl auch höher als in Großstädten, wo soziale Beziehungen mit Ausnahme von bestimmten Arbeitervierteln weniger ausgeprägt waren und wo auch die Bevölkerung schichtenmäßig noch getrennter lebte als in Kleinstädten. Hier

¹⁶ Schönhagen, Tübingen, 101 ff.

¹⁷ Allen, *The Nazi Seizure*, S. 198.

¹⁸ Allen, *The Nazi Seizure*, S. 299.

¹⁹ Struve, *Aufstieg*, S. 229–230.

²⁰ Fogel, *Nationalsozialismus*, S. 93.

²¹ Zu den Zeugen Jehovas siehe Struve, *Aufstieg*, S. 242 ff.; zu den Juden siehe insbes. Struve, *Aufstieg*, S. 346 ff. und Fogel, *Nationalsozialismus*, S. 240 ff., v. a. S. 286 u. S. 303.

ließen sich extreme Maßnahmen sowohl für die Partei als Organisation als auch für Mitglieder als einzelne leichter durchführen.

Natürlich darf dieses Argument nicht überbewertet werden, und es wäre auch falsch, in der relativ gemäßigten Politik in vielen kleinen und mittleren Städten etwas anderes zu sehen als eine zeit- und ortsgebundene Taktik. Denn durch seinen Terrorapparat konnte das Regime sehr schnell eine effektive Kontrolle auf Lokalebene etablieren, selbst in Gemeinden wie Penzberg oder Günzburg, die anfänglich größte Resistenz gegen den Nationalsozialismus an den Tag gelegt hatten. Und während 1933 der Druck zur Auswechslung der Gemeindeleiter in Großstädten höher war als in Kleinstädten, kehrte sich dieses Verhältnis in den folgenden Jahren eher um, als nun die lokalen Parteiorganisationen die totale Machtübernahme nachzuholen versuchten. So wurden in den nächsten Jahren die meisten Bürgermeister aus der Zeit vor 1933 ausgewechselt. Bis Ende 1934 waren 22 weitere Bürgermeister und Oberbürgermeister von Städten mit 20–50 000 Einwohnern ausgeschieden, während sämtliche Oberbürgermeister von Städten mit über 100 000 Einwohnern, die vor 1933 amtiert hatten und bis Ende 1933 im Amt belassen wurden, ihre Position behaupten konnten²².

Hatte die NSDAP ihren totalen Machtanspruch auf die Zusammensetzung der Magistrate durch die Bestimmung von Parteigenossen oder „Alten Kämpfern“ auch in Mittel- und Kleinstädten ziemlich rigoros durchgesetzt, waren dagegen die Gemeinderäte meistens immer noch durch den Mittelstand – Handwerker, Kaufleute, Beamte – beherrscht. Die Partei zeigte sich auch flexibel und kompromißbereit in bezug auf die Gleichschaltung der Vereine. Bei vielen Vereinen gaben sich die Nationalsozialisten wegen bestehender politischer Affinitäten mit der formalen Neuwahl des alten Vorstandes zufrieden oder damit, daß einige Vorstandsmitglieder in die Partei eintraten. Dies war vor allem dort der Fall, wo fähige und angesehene Ersatzleute fehlten. Die Gleichschaltung der Innungen erfolgte jedoch nicht immer nach demselben Prinzip. In vielen Städten verblieben die Obermeister zwar größtenteils im Amt, mußten aber über kurz oder lang der NSDAP beitreten. Was dadurch entstand, war eine oftmals erstaunliche Kontinuität im Führungspersonal. In Tübingen z. B. waren nach der Gleichschaltung 37 Pflichtinnungen vertreten, zehn mehr als 1930²³. Lediglich bei sieben Innungen kam es zu einer völligen Neubesetzung der Vorstände, bei sieben weiteren wurde nur ein Vorstandsmitglied ausgetauscht. Hier wie bei den Vereinen konnten so anerkannte Honoratioren in das neue Gemeinderegime eingebunden werden. Im Kreis Stade jedoch erfolgte eine Schließung sämtlicher Innungen und dafür eine Neuerrichtung von Pflichtinnungen mit Sitz in Stade. Davon wurden 1933/34 nur fünf nicht mit neuen Obermeistern besetzt. Elf Innungen bekamen 1933, fünf weitere 1934 einen neuen Obermeister²⁴. Das unterschiedliche Vorgehen in diesen beiden Fällen war wohl durch lokale Zustände bestimmt.

Flexibilität und eine oft bemerkenswerte Kontinuität lassen sich also als wesentliche Aspekte der NS-Machtübernahme in vielen Klein- und Mittelstädten erkennen. Im allgemeinen lief sie auch etwas langsamer und gemäßigter ab verglichen mit einer Vielzahl von Großstädten. Der Gleichschaltungsprozeß hing letztlich entscheidend von der Stärke der lokalen Parteiorganisationen sowie vom Charakter und der Einstellung der lokalen

²² Matzerath, Nationalsozialismus, S. 88, Anmerkung 149.

²³ Schönhagen, Tübingen, S. 138 ff. Siehe auch Fogel, Nationalsozialismus, S. 106.

²⁴ Siehe Hartmut Lohmann, „Hier war doch alles nicht so schlimm“. Der Landkreis Stade in der Zeit des Nationalsozialismus, Stade 1991, S. 171–172.

Parteiführung, vor allem aber auch von den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Eigenschaften der jeweiligen Gemeinden ab²⁵. In protestantisch-bürgerlichen und mittelständischen Städten wie Northeim, Marburg, Eutin oder Tübingen begegneten viele Mitglieder des lokalen Establishment – Vereins-, Innungsvorstände, Beamte und Akademiker – der NSDAP zumindest mit Wohlwollen, sofern sie nicht ohnehin Parteimitglieder waren²⁶. Hier konnte die Machtergreifung also relativ reibungslos ablaufen. Aber, wie Zofka gezeigt hat, sogar in Städten wie Günzburg im katholischen Schwaben, wo die BVP bislang unangefochten in Führung lag und die NSDAP vor 1933 durch den Einfluß der Kirche verpönt war, verlief die Machtergreifung unerwartet glatt²⁷. Das lag teils daran, daß sich die lokale Partei anfangs ausgesprochen konzilient zeigte, und teils daran, daß sich einige der BVP-Honoratioren der NSDAP anschlossen in der Hoffnung, somit ihre traditionellen Führungspositionen in der Gemeinde behaupten zu können. Dagegen wurde die Machtergreifung in Bamberg, einer erzkatholischen Stadt mit einer starken BVP, vergleichsweise radikal durchgeführt, da sich dort die NSDAP schon vor 1933 auf starke antiklerikale Strömungen innerhalb von Teilen des Bürgertums stützen konnte²⁸.

Hier stellt sich nun die Frage nach dem Verhältnis zwischen der neuen Parteilite und dem alten lokalen Establishment, ein Problem, das eng verknüpft ist mit der weiteren Frage nach der sozialen Zusammensetzung der neuen Parteilite. Den bereits veröffentlichten Studien über Mittel- und Kleinstädte zufolge scheinen die Aktivisten unter den „Alten Kämpfern“ häufig Außenseiter gewesen zu sein. Denn entweder waren sie erst vor relativ kurzer Zeit zugezogen oder sie standen deshalb gesellschaftlich am Rande, weil sie nicht zum lokalen Establishment zählten oder weil sie oft nur einen niederen sozialen Status besaßen²⁹. Daß dies jedoch nicht immer der Fall war, zeigt sich am Beispiel von Kronach. Dort waren die führenden Nazis der ersten Stunde zum großen Teil Einheimische. Vor allem waren es häufig Honoratioren, die wichtige Vermittler- und Multiplikatorfunktionen innehatten.

Mit der Machtergreifung indes hat sich durch den Andrang der „Märzgefallenen“ die soziale Zusammensetzung der Partei deutlich verändert. Die „Märzgefallenen“ bestanden zu einem guten Teil aus Mitgliedern der alten Elite, die durch die Stimmung der „nationalen Erhebung“ mitgerissen wurden und/oder sich darum bemühten, ihren Frieden mit dem neuen Regime zu schließen, um dadurch ihre Positionen zu sichern. Nach oft bitteren Kämpfen zwischen den „Alten Kämpfern“ und den Neuhinzugekommenen ergab sich eine Fusion von alter und neuer Elite wie beispielsweise in Günzburg oder machmal sogar eine partielle Vereinnahmung der Partei durch die alte Elite bzw. einen Teil davon³⁰. Manchmal spielten die lokalen Vereine bei diesem Prozeß eine wichtige Rolle. So vollzog sich in Lemgo die Annäherung von einflußreichen Mitgliedern der lokalen Elite

²⁵ Siehe auch Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerzung und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982, S. 114–115.

²⁶ Für Eutin siehe Laurence D. Stokes (Hg.), *Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918–1945*, Neumünster 1984.

²⁷ Zofka, *Die Ausbreitung*, S. 238 ff.

²⁸ Siehe Werner K. Blessing, „Deutschland in Not, wir im Glauben. . .“. Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949“, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988, 20 ff., S. 3–111.

²⁹ Peukert, *Volksgenossen*, S. 114–115; Struve, *Aufstieg*, S. 289 ff.

³⁰ Zofka, S. 260; Struve, *Aufstieg*, S. 300.

an das neue Regime innerhalb des Traditionsvereines „Freischießen-Gesellschaft“. An dessen Spitze wurden die verschiedenen Gruppierungen zusammengeführt³¹. Das Resultat des Einigungsprozesses zwischen alter und neuer Elite unterschied sich jedoch entsprechend den lokalen Verhältnissen.

Am eingehendsten untersucht diesen Vorgang Cornelia Rauh-Kühne in ihrer ausgezeichneten Studie über Ettlingen (Baden)³². Sie definiert dort das neue lokale „Establishment“ vor allem als die Politischen Leiter der NS-Organisationen und zeigt, daß sich bis 1938 die überwiegende Mehrheit davon aus „Märzgefallenen“ aus dem protestantischen Bürgertum rekrutierte. Diese Beamten, Angestellten und Freiberufler waren meistens Neuzuzügler und für Ettlingen völlig unrepräsentativ, da in der badischen Stadt weniger als 30% der Einwohner evangelisch waren. In diesem Falle stellte die NS-Machtübernahme also einen Sieg der bürgerlich protestantischen Minderheit über die bisher dominanten katholischen und sozialdemokratischen Milieus dar, die dann während des Dritten Reiches stark unterminiert wurden.

2. Die Kommunalpolitik

Zu fragen ist nun, wie sich die Beziehung zwischen Partei und Kommune gestaltete, sodann wie die Partei ihre Macht ausübte. In welcher Weise haben sich hier die Verhältnisse in den Mittel- und Kleinstädten von denen in Großstädten, wenn überhaupt, unterschieden?

Das Verhältnis zwischen NSDAP und Kommune wie das Verhältnis von Partei und Staat im allgemeinen bedeutete ein Strukturproblem des Dritten Reiches, das sich auf allen Ebenen wiederfand. Konfrontationen zwischen Bürgermeister und Ortsgruppenleiter in kleinen und mittleren Städten geschahen häufig. Sie rührten z. T. aus den unklaren Zuständigkeitsbereichen beider Stellen und nährten sich zudem aus den unterschiedlichen Perspektiven und Mentalitäten der Gemeindebeamten einerseits und der politischen Leiter der NSDAP andererseits.

Aber noch weitere Faktoren schürten den Prozeß der Konfrontation. So gab es das starke Bestreben der Nationalsozialisten nach Macht und materiellem Vorteil, um so mehr noch, als manche Parteiorganisationen nicht sonderlich gut finanziert wurden. Also versuchten sie, die Kommunen durch unersättliche Forderungen auszubeuten. Dazu gehörten SA-Schulen, HJ-Heime, die Verfügung über Stadtpersonal für Parteizwecke, die Begleichung von Telefonrechnungen, unentgeltliches Heizmaterial, Subskriptionen von Zeitschriften und vieles mehr. Die Liste der Forderungen war endlos³³. Der Versuch der Aufsichtsbehörden, den Kommunen zu Hilfe zu kommen und der Ausbeutung einen Riegel vorzuschieben, hatte wenig Erfolg. Nach den Forschungen von Horst Matzerath kann festgehalten werden: je tiefer die Stufe der kommunalen Hierarchie war, mit desto geringem Widerstand hatte die Partei in ihren Forderungen zu rechnen. Auf höherer Ebene einer Großstadt war es für einen Oberbürgermeister, der obendrein wahrscheinlich über

³¹ Hanne Pohlmann u. Klaus Pohlmann, Kontinuität und Bruch: Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo (Forum Lemgo, Schriften zur Stadtgeschichte, Heft 5) Bielefeld 1990, S. 77 ff.

³² Cornelia Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991, S. 330 ff.

³³ Siehe z. B. die Lage in Tübingen bei Schönhagen, Tübingen, S. 196 ff., und allgemein Matzerath, Nationalsozialismus, S. 369 ff.

gute Parteibeziehungen verfügte, einfacher, mit Hilfe der Ministerialbehörden die Unterstützung der Kommunalbehörde einzufordern. Ein Landrat dagegen war exponierter und leichter von der Kreis- bzw. Gauleitung unter Druck zu setzen. Allgemein läßt sich feststellen, daß sich Bürgermeister, von Kleinstädten insbesondere, in einer schwachen Position befanden und deshalb oft entlassen oder versetzt wurden. Im Volksmund kursierte die Redewendung, „für Bürgermeister gäbe es schon Wandergewerbescheine“³⁴. Ein zugegeben extremes Beispiel bietet die Stadt Calbe an der Saale. Sie hatte 1939 bereits den siebten Bürgermeister seit der Machtergreifung, als dieser erneut ausscheiden sollte³⁵. Machtstreben und Ausbeutungssucht liefern jedoch nur einen Schlüssel zum Verständnis der NS-Bewegung. Denn trotz aller derartiger Begehrlichkeiten handelte es sich um eine politische Bewegung mit einem ideologischen Programm. Diese ideologischen Ziele bildeten einen wesentlichen Teil der ungeheueren Dynamik der NS-Bewegung. Die ideologischen Imperative – die Schaffung einer Volksgemeinschaft unter rassistischen, eugenischen und leistungsorientierten Kriterien – lieferten die Grundlage für den Versuch, jeglichen Bereich der deutschen Gesellschaft zu kontrollieren. Die Gleichschaltungsphase bildete indes nur das erste Stadium eines Totalisierungsprozesses, wodurch die Partei ihren Anspruch auf „Menschenführung“ durchzusetzen gedachte.

In den Städten manifestierten sich die Imperative der Nationalsozialisten vor allem im Bemühen ihrer Organisationen, gewisse Dienstleistungen und Tätigkeiten zu übernehmen, die bisher in den Händen der Kommunen oder der freien Verbände wie dem Caritas-Verband lagen³⁶. Daneben machte die HJ ihren Autoritätsanspruch auf Jugendorganisationen zunehmend geltend. Vor allem gab es die Ersatzleistungen der NSV wie Kindergärten, Krankenschwesternstationen, Jugendfürsorge, die Organisation „Mutter und Kind“, die Tuberkulose-Fürsorge und anderes mehr. Solche Einrichtungen boten dem Regime zusätzlich zum Wohlfahrtsaspekt, der auf Popularität zielte, die Möglichkeit, ihre Weltanschauung durch die Einführung von ideologischen Kriterien für die Klienten und die Indoktrinierung des Pflegepersonals zu verbreiten. Tatsächlich ist es den lokalen NS-Organisationen dann auch gelungen, in zunehmendem Maße ihren Anspruch auf die Kontrolle von all den kommunalen Tätigkeiten, die auch nur die geringsten politischen Implikationen hatten, durchzusetzen. Die Kommunen bekamen schließlich Angst, daß ihnen nur noch die Müllabfuhr bleiben würde.

Der Deutsche Gemeindetag, die Kommunalabteilung des Innenministeriums und sogar das NS-Amt für Kommunalpolitik waren bestrebt, gegen diesen Totalisierungsprozeß der Partei anzukämpfen. Doch nutzten schließlich alle Anordnungen und Vereinbarungen nichts gegen den schier unersättlichen Zuständigkeitshunger der Parteiorganisationen. Es erscheint wiederum wahrscheinlich, daß je kleiner die jeweilige Stadt war, sich dieser Trend um so mehr durchsetzen konnte. Die Gründe hierfür lagen, wie oben bereits angedeutet, teils im Mangel an politischen Beziehungen, teils aber auch darin, daß im Vergleich zu Großstädten die Mittel- und Kleinstädte weniger gut ausgebaute Kommunaldienstleistungsapparate besaßen. Deshalb fiel es dort der Partei sowohl organisatorisch wie auch finanziell leichter, die kommunalen Organisationen durch ihre eigenen zu ersetzen. Eigenen Forschungen über Kronach zufolge ist es z.B. schwerlich möglich, die lokale Bedeutung der NSV in einer Kleinstadt zu überschätzen – vor allem in der Kriegs-

³⁴ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 287.

³⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 288.

³⁶ Zum Folgenden siehe Matzerath, Nationalsozialismus, S. 381 ff.

zeit, wo sie die Funktionen des Jugendamtes in Pflegekind- und Fürsorgeerziehungssachen weitgehend usurpiert und die Verantwortung für die Betreuung der Ausgebombten, die nach Kronach evakuiert waren, zum größten Teil übernommen hatte³⁷.

Solche polykratischen Konflikte zwischen Partei und Kommunalbehörden schufen indes auch gewisse Freiräume, die zusammen mit den besonderen Eigenschaften und Einstellungen der örtlichen Staats- und Parteiführer bewirkten, daß das Regime im allgemeinen und der Nationalsozialismus im besonderen lokal jeweils in etwas anderer Form erfahren wurde. Manche Landräte bzw. Bürgermeister agierten strenger, manche Ortsgruppen- bzw. Kreisleiter traten fanatischer auf als andere. Bei manchen wie dem Kreisleiter in Kronach hatte der Kampf gegen die Juden, bei anderen wie in Northeim der Vorgehen gegen die Kirchen den Vorrang³⁸. Gerade die Judenverfolgung erfuhr durch solche ortsbedingten Zustände ihre je eigene Prägung³⁹. Bei Parteiführern, die aus niedrigeren gesellschaftlichen Schichten kamen, konnten soziale Ressentiments zu einer gesteigerten Radikalität gegenüber Mitgliedern der alten Elite führen, wie zum Beispiel in Norheim, wo sich der NS-Ortsgruppenleiter und Bürgermeister für frühere Demütigungen seitens gewisser Honoratioren mit einem harten Vorgehen revanchierte⁴⁰. Im Gegensatz dazu war der Kronacher Kreisleiter, ein promovierter Tierarzt, frei von solchen Ressentiments und pflegte gute Beziehungen zu den lokalen Honoratioren, solange sie sich nicht seinen Machtansprüchen widersetzen.

Unterschiede dieser Art bzw. partielle Abweichungen von der in den Staatsanordnungen und Zentralanweisungen festgelegten Norm zeigten sich wohl besonders deutlich in Kleinstädten. Denn dort fielen sie nicht so sehr auf, und die Partei war auch durch ihre partielle Fusion mit dem lokalen Establishment zu mehr Zugeständnissen an das politisch-soziale Milieu gezwungen als in den Großstädten. Hier sind jedoch noch weit mehr Lokalstudien vonnöten, die gezielt in diese Richtung forschen, um etwas Stichhaltiges behaupten zu können.

Nach der Machtübernahme standen die lokalen NS-Führer trotz des Mangels an einer kritischen Öffentlichkeit unter starkem Legitimationsdruck. Sie hatten zu beweisen, daß sie imstande waren, etwas Besseres für ihre Stadt zu leisten als ihre Vorgänger. Dieser Druck war wahrscheinlich in den Mittel- und Kleinstädten höher als in den Großstädten, weil die neuen Machthaber viel enger mit ihren Mitbürgern zusammenleben mußten und dabei einfach mit denselben Problemen konfrontiert waren. Die vorliegenden Lokalstudien zeichnen ein recht widersprüchliches Bild. In manchen Städten wie in Norheim hatten die Nationalsozialisten einiges unternommen, vor allem jedoch in Bereichen, die sich propagandistisch ausschlachten oder auch ideologisch nutzen ließen, so z. B. in der Stadtverschönerung und der Siedlungspolitik⁴¹. Werner Trapp hat gezeigt, wie in Konstanz die Stadtverwaltung und die örtlichen Parteidienststellen den Versuch unternahmen, die Standortnachteile der Grenzstadt dadurch zu überwinden, daß sie den Fremdenverkehr als Schlüssel zur künftigen Stadtentwicklung wählten. Durch die Gleichschaltung des Verkehrsvereins und die Schaffung eines städtischen Verkehrsamtes wollte man die bisher von Honoratioren betriebene Fremdenverkehrspolitik durch ein „modernes und effizientes

³⁷ Siehe die vielen Beispiele im Bestand M 33 des Bayerischen Staatsarchivs Bamberg.

³⁸ Zum Kirchenkampf in Norheim siehe Allen, *The Nazi Seizure*, S. 284–286.

³⁹ Siehe Fogel *Nationalsozialismus*, S. 253 ff.

⁴⁰ Siehe Allen, *The Nazi Seizure*, S. 300–301.

⁴¹ Allen, *The Nazi Seizure*, S. 270 ff.

Management“ ersetzen. Mit Hilfe von groß angelegten Bauprojekten, die jedoch nur zum Teil ausgeführt wurden, durch ein gezieltes Image-Making – „Besucht Konstanz, die billige Stadt im Süden“ –, um den Ruf der Stadt als teures Pflaster abzubauen, und nicht zuletzt durch breitangelegte Kampagnen, die Bürger der Stadt auf die Gäste einzustellen, sollte Konstanz zur „Kultur- und Sportmetropole am Bodensee“, zur „Ehrenpfote des Reiches“ stilisiert werden⁴². Vorstöße leisteten diesen Maßnahmen die positive Wirtschaftsentwicklung und die Freizeit- und Fremdenverkehrspolitik des Regimes (KdF, mehr Urlaub). Jedoch schon 1938 zeigte sich trotz anfänglicher Erfolge klar, daß die großartigen Ambitionen der Konstanzer Kommunal- und Parteistellen gescheitert waren, und zwar aus mehreren Gründen: mangelnde Unterstützung von Reichsstellen, die eigene rüstungswirtschaftliche Prioritäten verfolgten; Veränderungen im Tourismusmarkt; dann der Anschluß Österreichs und die wachsende Abneigung des Auslandes gegenüber einem zunehmend aggressiven und antisemitischen Deutschland; und last but not least war von Bedeutung die „stille Weigerung“ der Bürger von Konstanz gegenüber „dem Fremdenrummel“, die so die Grenzen der Mobilisierung der lokalen Gesellschaft zeigten⁴³.

Die Bereiche, in denen die NS-Kommunalpolitiker am konsequentesten propagandistische und ideologische Ziele zu verbinden suchten, waren jedoch der Wohnungsbau und die Siedlungspolitik. So wurden in Stade von 1933 bis 1938 525 Wohnungen gebaut⁴⁴, der größte Teil davon unter der Regie der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft, einer gleichgeschalteten Einrichtung, die eigentlich auf die Weimarer Zeit zurückging. Auch die Pläne stammten hauptsächlich aus der Weimarer Republik. Der Hauptunterschied lag in der Bauweise. Während die Weimarer Pläne geschlossene Siedlungen mit Mehrfamilienhäusern, die nachbarschaftliche Kontakte begünstigen sollten, bevorzugten, errichteten die Nationalsozialisten Eigenheimsiedlungen mit dem Ziel, die städtischen Ballungsgebiete abzulösen und den Arbeiter „an die Scholle“ zu binden.

Für Ettlingen stellt Cornelia Rauh-Kühne jedoch eine nahezu völlige Stagnation der Bautätigkeit fest mit Ausnahme des durch die militärischen Zwänge erforderlichen Siedlungsbaus⁴⁵. Wie sehr die Siedlungsplanung in Tübingen unter dem Einfluß ideologischer Überlegungen stand, mit dem Ziel, eine zufriedene Arbeiterklasse zu schaffen, zeigt Benigna Schönhagen. Siedlerstellen wurden keineswegs ausschließlich an Parteigenossen oder gar an die „Alten Kämpfer“ vergeben, sondern auch oft und gezielt an ehemalige SPD-Mitglieder, nur an solche allerdings, die sich mit der neuen Ordnung abgefunden hatten⁴⁶.

In der Anfangszeit konzentrierten sich die NS-Kommunalpolitiker, zunächst vor allem propagandistisch, auf die Lösung des Arbeitslosenproblems. Dabei konnten sie auf die Pläne ihrer Weimarer Vorgänger zurückgreifen. Zugleich profitierten sie von den Maßnahmen der Reichsregierung und der steigenden Konjunktur im Lande. Die eintretende Abnahme der Arbeitslosigkeit hatte nicht nur für die Legitimation der neuen lokalen Machthaber entscheidende Bedeutung, sondern war gleichfalls für die Gemeindefinanzen von Vorteil. Denn den Städten war nicht mehr die Bürde der Wohlfahrtsverwerbslosen auferlegt. Doch dieser positive Trend in den Kommunal финанzen wurde teilweise wieder egali-

⁴² Trapp, Konstanz, S. 267 ff.

⁴³ Trapp, Konstanz, S. 331 ff.

⁴⁴ Lohmann, „Hier war...“, S. 210–211.

⁴⁵ Rauh-Kühne, Katholisches Milieu, S. 301 ff.

⁴⁶ Schönhagen, Tübingen, S. 203 ff.; zur kleinstädtischen Siedlungspolitik siehe auch Fogel, Nationalsozialismus, S. 147 ff.

siert durch die bereits oben erwähnten exzessiven Forderungen der Parteiorganisationen. Diese Anspruchshaltung ging dann oft auf Kosten dringend benötigter Kommunaleinrichtungen wie z. B. Schulen. Außerdem unterlagen die Kommunalfinanzen und Bauvorhaben im Interesse der Aufrüstung einem starken Reglement durch die Reichsregierung. Die Gemeinden waren dadurch weitgehend zur Untätigkeit verurteilt⁴⁷. So sahen sie sich z. B. zu großen Auflagen gezwungen, wodurch ihre Handlungsspielräume erheblich eingeengt wurden.

Obwohl gewisse Aspekte des Nationalsozialismus wie seine „Blut und Boden“-Ideologie als Unterstützung von lokalen Traditionen und als Heimatverbundenheit verstanden werden konnten – und sie wurden von vielen so (miß)verstanden –, zeigte das Regime tatsächlich keine Bereitschaft, der Individualität gewachsener Kleinstrukturen Raum zu gewähren. Wie Heide Fogel in ihrer Darstellung des 50. Jahrestages der Erhebung der Dreieichgemeinde Langen zur Stadt im August 1933 und der 1100-Jahrfeier als Gemeinde im August 1934 verdeutlicht: „die Individualität der kleinstädtischen Gemeinschaft mußte sich den Erfordernissen der zentralistischen NS-Ideologie und der vagen gleichmacherischen Propaganda von der ‚Volksgemeinschaft‘ unterordnen.“ Mit dem Zweck, den Nationalsozialismus zu glorifizieren, wurde die Geschichte der Stadt verfälscht, und verwässert wurden auch die lokalen Spezifika⁴⁸.

Wenn man also die Gewinne, die die Kommunen von der lokalen NS-Herrschaft erhielten, mit der Verschwendung vergleicht, die sich aus dem kontraproduktiven Handeln der verschiedenen Instanzen, der Korruption und Profilierungssucht der Partei und schließlich aus den Rüstungsimperativen des Reiches erklärt, dann erscheinen sie als relativ unbedeutend, selbst wenn das Terrorsystem in diesem Vergleich unberücksichtigt bleibt.

3. *Konsens und Opposition*

Die zuletzt getroffene Feststellung ist natürlich im nachhinein gesagt; sie entsprach nicht der Sichtweise vieler, wenn nicht sogar der meisten Bürger im Dritten Reich. Sie führt uns aber nun zum letzten Thema des vorliegenden Beitrages, zu dem Problem von Konsens und Opposition. Hierbei interessiert insbesondere die Frage, inwieweit sich das Regime in traditionell gewachsenen sozio-kulturellen Milieus durchzusetzen und diese zu untergraben vermochte. In der Forschung hat es grob gesagt bislang zwei Tendenzen gegeben: die eine etwas optimistischer, die andere mehr pessimistisch. Unter den Optimisten befinden sich etwa Edward Peterson, William S. Allen und Rudy Koshar. Peterson betonte die „Limits of Hitler's Power“ – so der Titel seines Buches –, indem er zu zeigen versuchte, wie verhältnismäßig ineffektiv und machtlos die Partei angesichts eines gewachsenen lokalen Milieus war⁴⁹. Allen hat, vor allem in der revidierten Fassung seines Buches über Norheim, für die späteren Jahre eine Art Pattsituation zwischen Partei und Bevölkerung konstatiert⁵⁰. Koshar zufolge hat die Partei in Marburg, dadurch daß sie die Vereine absorbiert hatte, zugleich deren apolitische Einstellung angenommen, welche die eigene Parteidynamik weitgehend neutralisierte⁵¹. Ludwig Eibers Buch über Hof und Selb,

⁴⁷ Schönhausen, Tübingen, S. 220 f.

⁴⁸ Fogel, Nationalsozialismus, S. 171 ff.

⁴⁹ Edward N. Peterson, *The Limits of Hitler's Power*, Princeton/N.J. 1969.

⁵⁰ Allen, *The Nazi Seizure*, S. 282 ff.

⁵¹ Koshar, *Social Life*, S. 270–271.

Klaus Tenfeldes Studie über Penzberg und das Bayern-Projekt im allgemeinen gingen mit dem Konzept der „Resistenz“ in diese z. T. mehr optimistische Richtung, indem sie den völlig verständlichen Versuch unternahmen, das damals vorherrschende grobe Totalitarismusbild zu korrigieren⁵². Neuere Studien haben jedoch damit begonnen, ein dunkleres Bild zu zeichnen. Cornelia Rau-Kühnes Buch über Ettlingen, Benigna Schönhagens Studie über Tübingen und die Arbeit von Klaus Mallmann und Gerhard Paul über das Saargebiet beschreiben eine Welt voller ideologischer Desorientierung, Entsolidarisierung, Anpassungstendenzen und Milieuverfall, in der die Denunziation, vor allem innerhalb des Milieus, weitverbreitet war⁵³. Hier muß allerdings wohl stark nach dem zeitlichen Verlauf und nach den verschiedenen Schichten der Gesellschaft differenziert werden.

Es liegt die Vermutung nahe, und dies ist auch mehrfach in der Literatur behauptet worden, daß die anonymen Großstädte den Opponenten des Regimes eher Unterschlupfmöglichkeiten boten, während hingegen in den kleineren Städten mit ihren engen Gemeinschaften die Denunziation grassierte⁵⁴. Hier sollen persönliche Animositäten, familiäre Zwistigkeiten, rechtliche Auseinandersetzungen, aber auch berufliche wie wirtschaftliche Zwistigkeiten besonders häufig auf dem Feld der Politik ausgetragen worden sein. Daß die Denunziation in Kleinstädten eine entscheidende Rolle in der Kontrolle der Bevölkerung spielte, dies haben schon vor einigen Jahren William Allen mit seinem Northeim-Buch und Dieter Rebentisch mit seiner Dokumentation über Neu-Isenburg und die Dreieichgemeinden belegt⁵⁵. Zu fragen ist jedoch, ob sie besonders häufig in kleineren Städten erfolgte. Die Tatsache, daß viele kleinstädtische Juden Zuflucht in einer Großstadt suchten, spricht eher dafür. Doch hat Gerhard Paul in seinem zweiten Saar-Buch festgestellt, daß denunziatorisches Handeln gerade in den Arbeitervierteln Saarbrückens verglichen mit den Dörfern und Kleinstädten des Kohlereviere überproportional oft vorkam⁵⁶. Es ist wohl zweifelhaft, ob die Frage nach der Häufigkeit der Denunziationen je geklärt werden kann.

Obwohl die Enge der Gemeinschaft in der Kleinstadt den Kontrollmechanismen des Regimes wohl eher förderlich war, konnte andererseits das Geflecht persönlicher Beziehungen für den Schutz einzelner von großem Vorteil sein⁵⁷. Hier spielten vor allem der Leumund und das Ansehen eine entscheidende Rolle, ob jemand letztlich geschützt oder verfolgt wurde. Gerade Kleinstädte, sofern sie eine weitgehend sozial bzw. kulturell homogene Gesellschaft bildeten, waren zu besonderer Resistenz gegenüber bestimmten ideologischen Zielen des Regimes fähig, wenn einmal die Grundwerte dieser Gemeinschaft bedroht waren. Dazu war jedoch das Weiterbestehen von Kommunikationsstrukturen ä-

⁵² Ludwig Eiber, Arbeiter unter der NS-Herrschaft. Textil- und Porzellanarbeiter im nordöstlichen Oberfranken 1933–1939, München 1979; Tenfelde, Proletarische Provinz, 335 f.; Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, S. 691–710.

⁵³ Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991; Rau-Kühne, Katholisches Milieu, S. 397 ff.

⁵⁴ Tenfelde, Proletarische Provinz, S. 344; Eiber, Arbeiter, S. 127.

⁵⁵ Dieter Rebentisch u. Angelika Raab, Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand. Dokumente über Lebensbedingungen und politisches Verhalten 1933–1945, Neu-Isenburg 1978; Dieter Rebentisch, Dreieich zwischen Parteipolitik und „Volksgemeinschaft“. Fünf Gemeinden in Dokumenten aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit, Frankfurt/M. 1984; zur Dreieich siehe jetzt Fogel, Nationalsozialismus.

⁵⁶ Mallmann, Paul, Herrschaft, S. 233.

⁵⁷ Struve, Aufstieg, S. 264.

ßerst wichtig. Hier ist an die Bergarbeiter in Penzberg zu erinnern, die die Möglichkeiten nutzten, die sich durch ihre Arbeitsbedingungen und ihre Wohnverhältnisse ergaben – so z. B. das Straßenparlament, um sich gegenseitig Rückhalt zu geben⁵⁸. Oder man denke an die katholische Bevölkerung in Städten wie Eichstätt in Bayern, Rottenburg in Württemberg oder Vechta und Cloppenburg in Süd-Oldenburg. Im Unterschied zu eng verbundenen Arbeitergemeinschaften wie Penzberg war der Zusammenhalt von konfessionellen Milieus stärker von der Anwesenheit einer Leitfigur wie die eines Priesters oder Pastors abhängig, die den Respekt der Bevölkerung genoß und zugleich bereit war, diese zu führen. Leitfiguren dieser Art waren Bischof Galen beim Kreuzkonflikt in Oldenburg im Herbst 1936, Bischof Sproll in Rottenburg, Bischof Rackl, sowie der Priester Johannes Kraus in Eichstätt und Pfarrer Steinbauer in Penzberg⁵⁹. Aus der größeren Autoritätsgläubigkeit der konfessionellen Milieus erklärt sich der oben genannte Unterschied zu den klassenbewußten Arbeitermilieus. Aber ebenso wie Denunziation nicht auf Kleinstädte beschränkt blieb, war der Zusammenhalt eines Milieus auch in Großstädten möglich, wie das Beispiel von Pastor Niemöller und seiner Gemeinde Dahlem zeigt⁶⁰. Andererseits aber war Dahlem wiederum eine Art Dorf mitten in Berlin. Das ganze Problem stellt eben ein sehr weites Feld dar.

⁵⁸ Tenfelde, *Proletarische Provinz*, S. 249 ff.

⁵⁹ Über den Kreuzkonflikt in Oldenburg siehe Joachim Kuroпка (Hg.), *Zur Sache – das Kreuz! Untersuchungen zur Geschichte des Konflikts um Kreuz und Lutherbild in den Schulen Oldenburgs. Zur Wirkungsgeschichte eines Massenprotestes und zum Problem nationalsozialistischer Herrschaft in einer agrar-katholischen Region*, 2. Aufl. Vechta 1987; zu Bischof Sproll siehe Paul Kopf, *Johannes Baptist Sproll, Leben und Wirken: zum 50. Jahrestag der Vertreibung des Rottenburger Bischofs am 24. August 1938*, Sigmaringen 1988, und Bernhard Hanssler, *Bischof Johannes Sproll: Der Fall und seine Lehren*, Sigmaringen 1984; zu Johannes Kraus siehe Peterson, *The Limits*, S. 309 ff.; zu Pfarrer Karl Steinbauer in Penzberg siehe Tenfelde, *Proletarische Provinz*, S. 348 ff.

⁶⁰ Zu Pastor Niemöller siehe Jürgen Schmidt, *Martin Niemöller im Kirchenkampf*, Hamburg 1971, und James Bentley, *Martin Niemöller: eine Biographie*, München 1985.

Detlef Schmiechen-Ackermann

Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945

1. Großstadt und Nationalsozialismus: ein ambivalentes Verhältnis

Gottfried Feder, einer der führenden Ideologen aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung und später Reichskommissar für das deutsche Siedlungswesen, bezeichnete 1934 die Stadt als den „Tod der Nation“¹. Die vom Nationalsozialismus aufgenommene antimoderne völkische Blut- und Boden-Ideologie stellte der modernen Großstadt als „Hort der Dekadenz, der Bindungslosigkeit und Vermassung“² gern die vermeintlich „heile Welt“ der ländlichen und kleinstädtischen Lebensverhältnisse gegenüber. Der von Goebbels organisierte „Kampf um Berlin“ gewann dabei eine herausgehobene propagandistische Bedeutung, galt doch die Reichshauptstadt den Nationalsozialisten in besonderem Maße als „entartet“, „rot“ und „jüdisch“³.

Horst Matzerath⁴ hat herausgearbeitet, wie widersprüchlich Ideologie und praktische Politik der Nationalsozialisten auch auf diesem Feld blieben. Auf drei Momente, die das ambivalente Verhältnis des Nationalsozialismus zur modernen Großstadt in besonderem Maße verdeutlichen, möchte ich hinweisen: Erstens war die nationalsozialistische Bewegung, die sich unter spezifischen politischen Rahmenbedingungen aus der völkischen Subkultur Münchens heraus entwickelt hatte⁵, trotz aller anti-großstädtischen Affekte eben selbst in nicht geringem Maße ein auf städtischem Terrain gewachsenes Phänomen. Zweitens errang die NSDAP zwar zu Beginn der dreißiger Jahre ihre spektakulärsten Wahlerfolge in der protestantischen Provinz, gleichzeitig gelang es ihr aber auch, in städtischen Ballungsgebieten Fuß zu fassen. Immerhin erzielte sie bei der Reichstagswahl vom Sommer 1932 in sechs der 16 größten deutschen Städte⁶ Stimmenergebnisse, die über dem Reichsdurchschnitt lagen

¹ Zit. n. Marie-Luise Recker, *Die Großstadt als Wohn- und Lebensbereich im Nationalsozialismus. Zur Gründung der „Stadt des KdF-Wagens“*, Frankfurt u. New York 1981, S. 8.

² Ebd., S. 8.

³ Vgl. dazu Martin Broszat, *Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926–27*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 8 (1960), S. 85–118; Katrin Dördelmann, *Die Darstellung Berlins in der populären Zeitschriftenpresse, 1870–1933*, in: Gerhard Brunn u. Jürgen Reulecke (Hg.), *Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871–1939*, Bonn u. Berlin 1992, S. 127–150, hier besonders S. 142 f.

⁴ Horst Matzerath, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik: Anspruch und Realität*, in: *Die Alte Stadt* 5 (1978), S. 1–22; ausführlicher: Ders., *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung*, Stuttgart 1970.

⁵ Vgl. dazu Karl-Ludwig Ay, *Von der Räterepublik zur Ordnungszelle Bayern. Die politischen Rahmenbedingungen für den Aufstieg Hitlers in München*, in: Björn Mensing u. Friedrich Prinz (Hg.), *Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“*, Regensburg 1991, S. 9–26, sowie Peter Longerich, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989, S. 9 ff.

⁶ Es handelte sich um Breslau (43 %), Wuppertal (43 %), Hannover (40 %), Frankfurt am Main (39 %), Dresden (38 %) und Nürnberg (38 %). Im Reichsdurchschnitt lag das Stimmenergebnis der NSDAP bei 37,4 %.

(vgl. Diagramm 1). Schließlich war drittens auch auf dem Gebiet der Stadtplanung ein Nachlassen der Großstadtfeindschaft zu konstatieren, wie Marie-Luise Recker am Beispiel der „Stadt des KdF-Wagens“ exemplarisch nachgewiesen hat. Wolfsburg sollte nach Hitlers Worten sogar eine „vorbildliche deutsche Arbeiterstadt“ werden⁷. Auch wenn dieser hochgeschraubte Anspruch aufgrund der materiellen Möglichkeiten schließlich fallengelassen werden mußte, so ist doch der Paradigmenwechsel von der Ablehnung der Großstadt zur nun angestrebten Optimierung der großstädtischen Lebensweise im nationalsozialistischen Sinne bemerkenswert. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch in den gigantomanen Planungen für die „Führerstädte“⁸ und in den seit 1943 entwickelten Konzepten zum Wiederaufbau der durch den Bombenkrieg zerstörten Städte feststellen⁹. Insgesamt ist also festzuhalten, daß die Nationalsozialisten trotz der vorhandenen ideologischen Vorbehalte letztlich ein funktionales Verhältnis zum Phänomen Großstadt entwickelten.

Wie die Nationalsozialisten vor 1933 in den Großstädten Fuß fassen konnten und in welcher Weise sie sich mit den lokal dominierenden Milieus auseinandersetzen, soll im folgenden untersucht werden. Ich gehe dabei von einer zunächst abstrakten Betrachtung der Großstadt als eines spezifischen sozialen Raumes aus und werde erst danach die Bedeutung konkreter lokalspezifischer Besonderheiten am Beispiel einiger ausgewählter Städte diskutieren. Angesichts des momentanen Forschungsstandes, der dadurch gekennzeichnet ist, daß inzwischen zwar eine Vielzahl von Lokalstudien über die NS-Zeit vorliegen, diese aber in aller Regel die jeweilige Situation isoliert darstellen oder bestenfalls oberflächlich mit der reichsweiten Entwicklung vergleichen, dagegen aber komparative Untersuchungen, durch die lokalspezifische und allgemein wirksame Faktoren stärker konturiert werden könnten, bislang weitgehend fehlen, muß betont werden, daß sich die anschließenden Überlegungen als erster Versuch einer systematischen und vergleichenden Betrachtung deutscher Großstädte im Nationalsozialismus verstehen¹⁰.

2. „Machtergreifung“ als Besetzung des sozialen Geländes der Großstadt

Die Etablierung der nationalsozialistischen Bewegung kann charakterisiert werden als ein offensichtlich in fast allen Großstädten ähnlich verlaufender, stufenweiser Prozeß der Besetzung eines spezifischen sozialen Geländes. Die Entwicklung bis 1933 kann an dieser Stelle nur knapp skizziert werden:

⁷ Zit. n. Recker, *Großstadt*, S. 7.

⁸ Vgl. dazu Jost Dülffer, Jochen Thies u. Josef Henke, *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation*. Köln u. Wien 1978; Hans J. Reichhardt u. Wolfgang Schäche, *Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen*, 5. Aufl. Berlin 1990.

⁹ Werner Durth u. Niels Gutschow, *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950*, Braunschweig u. Wiesbaden 1988.

¹⁰ Da mein Forschungsvorhaben zum Thema „Großstadt und Nationalsozialismus“ noch nicht abgeschlossen ist, können hier zunächst nur Zwischenergebnisse präsentiert und ausgewählte Aspekte diskutiert werden. Zeitlich konzentriere ich mich auf die Jahre bis 1939 und – aus rein pragmatischen Gründen – auf Großstädte mit mehr als 400 000 Einwohnern, wobei Berlin, Hannover, Düsseldorf, Leipzig und Stuttgart besondere Berücksichtigung finden. Auf detailliertere Quellennachweise wurde in einigen Fällen verzichtet, da noch eine umfangreichere Darstellung zu diesem Thema vorgesehen ist.

Regelmäßige Zusammenkünfte von NSDAP-Gliederungen, meist in bestimmten Gastwirtschaften, fanden vor 1930 typischerweise in kleinbürgerlich geprägten Wohnvierteln statt¹¹. Die bemerkenswerten Erfolge, die die NSDAP bei der Reichstagswahl 1930 (vgl. dazu Diagramm 2) in diesen Quartieren erzielen konnte, sind als Reflex auf das Fußfassen in diesem sozialräumlichen Segment der Großstadt zu verstehen. In einem zweiten Schritt wurden zu Beginn der dreißiger Jahre Vorposten – die berüchtigten SA-Kneipen und SA-Heime – in sozial gemischte „Kleine-Leute-Viertel“, in deklassierte Altstadt-Quartiere und bisweilen auch schon in traditionelle Arbeiterviertel mit einer entfalteten Arbeitervereinskultur geschoben. Das offensive Auftreten der SA-Trupps führte in diesen Bereichen zur Ausbreitung von gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit. In den Monaten Januar bis März 1933 erreichten die Straßenkämpfe ihren Höhepunkt. Durch provozierende Propagandamärsche unterstrichen die Nationalsozialisten ihren Machtanspruch und forcierten damit den Angriff auf die innerstädtischen Hochburgen des sozialistischen Lagers.

Bemerkenswert ist, daß sowohl die Nationalsozialisten als auch KPD und SPD diese Straßenkämpfe sozialräumlich interpretierten: als einen Kampf um Terrain. In Hannover verkündete das lokale Parteiblatt der NSDAP Anfang Januar 1933 nach einem Propagandamarsch durch traditionelle Arbeiterquartiere, „daß die Straßen im roten Linden auch für uns, für unsere Braunhemden da sind. Wer will, kann sich die Zähne an den braunen Bataillonen ausbeißen, wir halten den einmal gewonnenen Boden fest und werden niemals weichen“¹². Der kommunistische Kampfbund gegen den Faschismus konterte mit der Aufforderung, die „Faschisten aus den Wohnvierteln“ zu vertreiben¹³. Zwar entbehrte dieser Verbalradikalismus angesichts der aus der parteiinternen Berichterstattung¹⁴ deutlich ablesbaren Schwäche und der katastrophalen Desorganisation der kommunistischen Kampforganisationen zu diesem Zeitpunkt bereits jeder Grundlage, aber er verdeutlicht die den Straßenkämpfen zugrunde liegende Wahrnehmungsstruktur. Übrigens ging auch die sozialdemokratische Lokalzeitung von einer sozialräumlichen Segmentierung der Stadt in eigenes und feindliches Terrain aus und stellte Überlegungen an, was wohl passieren würde, wenn sich, nach dem Vorbild der SA-Trupps, Gruppen von Kommunisten und Sozialdemokraten in eines der vornehmen Villenviertel begeben würden und „dort die Häuser der reichen Leute belagerten, um aus- und eingehende Personen blutig zu schlagen“¹⁵.

Festzuhalten ist, daß die Etablierung der nationalsozialistischen Bewegung in den Großstädten idealtypisch in drei Etappen vor sich ging: sie nahm ihren Ausgang in den klein-

¹¹ Dazu exemplarisch für Marburg: Rudy Koshar, *From Stammtisch to Party: Nazi Joiners and the Contradictions of Grass Roots Fascism in Weimar Germany*, in: *Journal of Modern History* 59 (1987), S. 1–24, sowie Ders., *Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg, 1880–1935*, Chapel Hill/N. C. 1986.

¹² Niedersächsische Tageszeitung, 9. 1. 1933.

¹³ Zit. n. Gerda Zorn, *Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946*, Frankfurt/M. 1977, S. 49.

¹⁴ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (SAPMO-BA, ZPA) I 3/1–2, Nr. 107 und 108; I 3/8–10, Nr. 148, 153–155, 168 und 169; I 3/14, Nr. 40; I 3/16, Nr. 66 und 67; I 3/17, Nr. 39; I 3/18–19, Nr. 68; I 3/20, Nr. 44; I 3/21, Nr. 45 und 46; I 3/23, Nr. 47 und 48; I 3/26, Nr. 40; I 3/27, Nr. 39; I 3/28, Nr. 34 (Berichte über die „Tätigkeit der Bezirksparteiorganisation während der Illegalität“). Die im Bestand „Politbüro“ ebd. I 2, Nr. 96–109 als ergänzende Überlieferung erhaltenen Berichte bestätigen dieses Bild.

¹⁵ Volkswille, 8. 2. 1933.

und großbürgerlichen Stadtvierteln, erstreckte sich in einem zweiten Schritt auch auf sozial gemischte „Kleine-Leute-Viertel“, deklassierte proletarische Quartiere und Arbeiterviertel mit einer nur schwach ausgeprägten Vereins- und Milieustruktur und wurde schließlich mit der Eroberung der sozialistischen Hochburgen abgeschlossen. Diese fortschreitende Besetzung des sozialen Geländes der Großstadt spiegelt sich – wie für Hannover exemplarisch gezeigt werden kann¹⁶ – auch in den Wahlergebnissen der unterschiedlichen Wohnquartiere wider (vgl. dazu die Diagramme 2 bis 6).

Nach den Märzahlen 1933 lief die institutionelle Ausschaltung der politischen Gegner bekanntermaßen parallel mit einem „wildem Terror“ der SA. Eine doppelte Funktion erfüllten dabei die zahlreichen Razzien in den Arbeiterquartieren und Laubenkolonien, eine vor allem in den Großstädten angewandte Methode nationalsozialistischer Verfolgungspraxis. Zum einen wurden hierdurch Regimegegner aufgefunden gemacht, die nicht bereits aufgrund ihrer Parteitätigkeit verhaftet worden waren, zum anderen gewann das Abriegeln und Durchkämmen von „roten“ Kiezen und Schrebergärten den Charakter der symbolischen Besetzung des traditionellen „Geländes“ der Arbeiterbewegung.

Während sich Organisation und Ablauf offensichtlich stark ähnelten, variierte der Zeitpunkt der Razzien nach den lokalen Gegebenheiten. In Hannover kam es im April, in Essen seit Ende Mai, in Leipzig und Bremen vor allem im August 1933 zu groß angelegten Polizeiaktionen. Unter Einsatz von rund 3000 Polizeibeamten und Hilfspolizisten fand am 5. Mai 1933 in Düsseldorf-Gerresheim die vermutlich umfangreichste Durchsuchungsaktion statt. Seit dem Spätsommer 1933 verzichtete die Politische Polizei allerdings weitgehend auf Großrazzien, bei denen sehr personalintensiv ganze Häuserblöcke oder Laubenkolonien abgeriegelt werden mußten, und ging dazu über, gezielte kleinere Durchsuchungsaktionen durchzuführen. Für Hamburg sind allein für die Monate März bis Juli 1933 850 Haussuchungen und Razzien belegt, für Bremen von Mai 1933 bis März 1934 rund 950 Aktionen¹⁷. Trotz seines beträchtlichen Umfangs blieb dieser erste aus der Machtposition heraus geführte Schlag gegen die Milieustrukturen in seiner Reichweite begrenzt. Er richtete sich gezielt gegen die Segmente des sozialen Geländes der Großstadt, in denen die gewachsenen Strukturen des sozialistischen Milieus auffällig dicht und noch weitgehend intakt waren.

Die Verbotschwelle des Jahres 1933 betraf neben den politischen Organisationen der Arbeiterbewegung zunächst vor allem diejenigen Vorfeldorganisationen, die sich im Kampf gegen die Nationalsozialisten politisch exponiert hatten. Zahlreiche Milieuvereine blieben dagegen zunächst, manche auch dauerhaft bestehen: neben den Konsum- und Baugenossenschaften konnten auch zahlreiche Arbeiterchöre und selbst ein Teil der als besonders gefährlich eingeschätzten Arbeitersportvereine ihre Arbeit fortsetzen. Es ist sogar festzustellen, daß es zwischen den Verfolgungsinstanzen nicht selten zu heftigen Konflikten um die Optionen Ausschaltung oder Gleichschaltung kam. In der Regel forderten die lokalen

¹⁶ Die hier gewählten Beispiele (vgl. Diagramme 2 bis 6) beziehen sich alle auf die Stadt Hannover. Die Ergebnisse meiner Untersuchung über den Wahlerfolg der Nationalsozialisten in sozial unterschiedlich geprägten Wohnquartieren werden in differenzierterer Form im Rahmen einer größeren Veröffentlichung zu „Widerstand und Verweigerung gegen den Nationalsozialismus in Hannover“ publiziert werden.

¹⁷ Karl Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches, Hamburg 1984, S. 46; Inge Maršolek u. René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986, S. 121.

Dienststellen von Partei und SA ein scharfes Vorgehen gegen alle sozialdemokratisch und kommunistisch beeinflussten Vereine. Hinzu kamen zahlreiche, oft weit übertriebene oder gar bewußt falsche Denunziationen durch Privatpersonen, wobei sich nicht nur Parteimitglieder der NSDAP hervortaten, sondern auch viele unauffällige Bürger die politische Verfolgung nutzten, um private Rechnungen zu begleichen.

Die Gestapo nahm dagegen in der Behandlung des oppositionellen sozialistischen Arbeitermilieus eine eher pragmatische Position ein und löste die nach der ersten Verbotswelle im Zuge der Machtübernahme noch erhaltenen oder wiederzugelassenen Vereine nur dann auf, wenn ihr konkrete Beweise für eine staatsfeindliche Tätigkeit vorlagen. Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die neugebildeten Staatspolizeistellen in der Formierungsphase des Regimes¹⁸ unter Desorganisation und Überlastung litten, gleichzeitig aber die Ausschaltung der wichtigsten politischen Gegner und des sich organisierenden Arbeiterwiderstandes gewährleisten sollten. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß aufgrund der polykratischen Herrschaftsstruktur Konflikte um Kompetenzbereiche im Dritten Reich prinzipiell angelegt waren, so werden in den unterschiedlichen Lagebeurteilungen der radikaler auftretenden lokalen Parteifunktionäre und SA-Führer einerseits und der Geheimen Staatspolizei, Deutschen Arbeitsfront, Reichssportführung und Reichskulturkammer andererseits auch unterschiedliche Positionen zum nationalsozialistischen Arbeiterdiskurs deutlich. Eberhard Heuels These, daß die nationalsozialistische Führung sich in der Formierungsphase des Dritten Reiches ernsthaft und zumindest teilweise auch erfolgreich um eine ideologische Integration der ihr bislang distanziert gegenüberstehende Arbeiterkreise bemüht hat¹⁹, läßt sich für die sozialistischen Milievereine bestätigen.

Aus den Akten des Reichssicherheitshauptamtes²⁰ ergibt sich erst für die Konsolidierungsphase des Regimes ein tiefergehender Angriff auf die vermeintlich „unpolitischen“ Bindungen des sozialistischen Milieus. Noch nicht aufgelöste Organisationen, vom Volksthor bis zum Arbeitersportverein, von den Freidenkern bis zur Konsumgenossenschaft, wurden nun häufig erneut durchleuchtet und zunehmend kritischer überprüft, ob sie tatsächlich eine Gleichschaltung im nationalsozialistischen Sinne vollzogen hatten oder unter dem Deckmantel oberflächlicher Anpassung die alte Gesinnungsgemeinschaft aufrecht zu erhalten versuchten. Informelle Kontaktkreise von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gerieten nach der weitgehenden Zerschlagung des organisierten Arbeiterwiderstandes zunehmend in das Blickfeld der Verfolgungsbehörden.

3. Soziale Milieus und Nationalsozialismus

Anhand von lokalen Beispielen soll im folgenden nach der Bedeutung der Milieubindungen für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im großstädtischen Kontext gefragt werden. Dabei werden das sozialistische und das katholische Sozialmilieu herausgegriffen, da beiden im allgemeinen eine besonders starke Resistenz gegenüber dem

¹⁸ Zur Periodisierung vgl. Norbert Frei, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1987.

¹⁹ Eberhard Heuel, *Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933–1935*, Frankfurt/M. u. New York.

²⁰ Ausgewertet wurden rund 50 Akten zur Überwachung von Milievereinen, die in den im Bundesarchiv Koblenz und im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, verwahrten Teilbeständen enthalten sind.

Nationalsozialismus zugeschrieben wird. Theoretisch beziehe ich mich auf das seinerzeit von Lepsius in die Wahlforschung eingeführte Konzept der „sozial-moralischen Milieus“²¹, das die Möglichkeit bietet, die wirtschaftliche und soziale Lage mit subjektiven Faktoren, wie z. B. kulturellen Orientierungen und konfessionellen oder regionalen Traditionen, zu verknüpfen. Dabei ist unbestritten, daß das von Lepsius entworfene idealtypische Modell nicht beanspruchen kann, die soziale Realität der Weimarer Jahre noch in gleichem Maße zu rekonstruieren, wie dies für die stark segmentierte Gesellschaft des Kaiserreichs zutreffen mag. Vielmehr ist davon auszugehen, daß sich während der Weimarer Republik alle traditionellen Sozialmilieus in einem Prozeß der fortschreitenden Erosion befanden. Wenn also eingeräumt werden muß, daß das hier angewandte Milieu-Konzept nur ein Analyseinstrument mit begrenzter Reichweite ist, so scheint es mir beim gegenwärtigen Stand der Forschung dennoch ein sinnvolles und pragmatisch anzuwendendes Hilfskonstrukt darzustellen.

3.1 Sozialistisches Milieu und Nationalsozialismus

Aus der aktenmäßig belegten Überwachungstätigkeit der Gestapo ist zu schließen, daß das milieugebundene Verweigerungsverhalten der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft²² in den hier betrachteten Großstädten eine sehr unterschiedliche Intensität und Qualität erreichte. So berichteten die zuständigen Staatspolizeistellen noch 1936/37 mehrfach darüber, daß sich bekannte Sozialdemokraten zu Wanderungen in der Umgebung Hamburgs und Bremens trafen. Frühere Mitglieder der Arbeiterjugend unternahmen regelmäßig, zum Teil in ihren alten SAJ-Uniformen, verbotene Wanderfahrten. Bei den vom ehemaligen Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Künstler organisierten Konzerten der „Berliner Liederfreunde“ in der Neuköllner „Neuen Welt“ pflegten Sozialdemokraten und Gewerkschafter zum Teil recht ungeniert ihre Kontakte. V-Leute der Gestapo berichteten, man habe offen von einem „Parteiervgnügen“ gesprochen und vereinzelt seien im Ballsaal sogar illegale Flugschriften von Hand zu Hand gegangen.

Die nicht aufgelösten Konsum- und Baugenossenschaften, mancher Kleingartenverein sowie ein Teil der weiterbestehenden Kultur- und Sportvereine des sozialistischen Milieus stellten in den traditionellen Hochburgen der Arbeiterbewegung etwa bis Kriegsbeginn eine legale Infrastruktur für eine informelle sozialdemokratische Solidargemeinschaft²³ dar. Beerdigungen bekannter Funktionäre der SPD wie der KPD gewannen häufig den

²¹ M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966), in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50, hier S. 37f.

²² Wenn im folgenden vom „sozialistischen Milieu“ gesprochen wird, so meint dies den durch grundlegende Einstellungen und Traditionen sowie durch alltägliche Lebenspraxis vermittelten Milieuzusammenhang derjenigen Menschen, die sich dem sozialistischen (Wähler-)Lager zuordneten. Ich beziehe mich damit also auf aktive Sozialdemokraten und Kommunisten ebenso wie auf parteipolitisch unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, sofern diese in die Kommunikations- und Organisationsstruktur der sozialistischen Arbeiterbewegung eingebunden waren.

²³ Zum Konzept der Solidargemeinschaft: Peter Lösche u. Michael Scholing, Sozialdemokratie als Solidargemeinschaft. Eine Fallstudie, in: Richard Saage (Hg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt/M. 1986, S. 365–383; Dies., Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über „Blick in die Zeit“, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 19 (1983), Heft 4, S. 517–561; Peter Lösche (Hg.), Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, 4 Bde., Bonn 1990ff.

Charakter von „stummen Demonstrationen“²⁴. Zu einem solchen Akt kollektiver Selbstbehauptung kam es beispielsweise am 1. Januar 1937, dem Todestag zweier 1931 ermordeter Reichsbannerleute, als sich nach Aufforderung durch ein Flugblatt rund 200 Berliner Sozialdemokraten in kleinen Gruppen von 5 bis 10 Personen auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde einfanden, um den Toten die Ehre zu erweisen²⁵. Waren diese Formen einer milieugebundenen Verweigerungshaltung in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft typisch für traditionsbewußte Sozialdemokraten, so ist festzustellen, daß nach dem Zusammenbruch der organisierten Widerstandstätigkeit sich auch kommunistische Kreise in zunehmendem Maße auf die Aufrechterhaltung informeller Gesinnungsgemeinschaften zurückzogen.

Insbesondere für Berlin, Hamburg, Leipzig und Bremen, in etwas schwächerem Maße auch für Hannover, Stuttgart und die rheinisch-westfälischen Großstädte, ergeben sich aus den erhaltenen Überwachungsberichten der Gestapo²⁶ eindeutige Hinweise auf ein zwar ohne feste Organisationsstrukturen, aber doch kollektiv auftretendes Resistenzpotential in der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft. Notwendige Voraussetzung für diese Form der Verweigerung war ein entfaltetes und dichtes Netz von Milievereinen und Traditionsbindungen. Allerdings führte die in einigen Städten noch relativ hohe Bindekraft dieser sozialistischen Milieustrukturen auch zu einer verstärkten Aufmerksamkeit der Verfolgungsbehörden. In den Kriegsjahren wurden die bis etwa 1937 vorhandenen Handlungsspielräume stark eingeeengt und die traditionellen Milieubindungen zunehmend zerstört.

Was für die informellen Verweigerungsformen gilt, kann auch auf den organisierten Arbeiterwiderstand übertragen werden. Aus der vergleichenden Durchsicht der parteiinternen Berichterstattung der KPD ergibt sich, daß der kommunistische Widerstand in der Regel in jenen Großstädten am umfangreichsten war, wo die Partei auch in der legalen Zeit ihre Schwerpunkte gehabt hatte²⁷. So verfügte die illegale KPD im Jahre 1934 in Berlin über rund 5000 und in Düsseldorf immerhin über 500 bis 700 kassentechnisch erfaßte Mitglieder, während sie in Hannover nur 200 bis 350, in Stuttgart 250 und in München zwischen 80 und 150 Personen zählte. Durchgängig ist in allen von mir betrachteten Parteibezirken eine starke Konzentration der kommunistischen Widerstandstätigkeit auf die Großstädte, die jeweils auch als Sitz der Bezirksleitung fungierten, festzustellen. Die meisten der kleinstädtischen und ländlichen Ortsgruppen stellten ihre Arbeit bereits lange

²⁴ Vgl. dazu: Richard Albrecht, Berlin, am 16. September 1942: Rekonstruktion einer „stummen“ Demonstration im Krematorium Baumschulenweg, in: IWK 22 (1986), Heft 1, S. 71–78. Zur Beisetzung des im KZ ermordeten Gewerkschaftsfunktionärs Fritz Husemann in Bochum vgl. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Katalog zur Ständigen Ausstellung und Dokumentation im Auftrage des Rates der Stadt Dortmund, 2. Aufl. Dortmund 1981, S. 111.

²⁵ Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (BAP), St 3/327, Bl. 1–4, Bericht des Gestapa vom 4. 1. 1937.

²⁶ Bundesarchiv Koblenz (BAK), Bestand R 58, sowie BAP, Bestände St 3 und PSt 3.

²⁷ Auswertung der Berichte zur „Tätigkeit der Bezirksparteiorganisationen während der Illegalität“, in: SAPMO-BA (wie Anm. 14). Eine wichtige Ausnahme bildete Essen, wo trotz eines vergleichsweise großen Wählerpotentials die kommunistischen Kampforganisationen schon vor der Machtübernahme ausgesprochen schwach waren und die illegale Parteiorganisation bereits 1933/34 durch umfangreiche Verhaftungsaktionen so nachhaltig zerschlagen wurde, daß die illegale Arbeit schwächer blieb als in vergleichbaren Großstädten (SAPMO-BA, ZPA I 3/18–19, Nr. 68; vgl. dazu auch BAP, St 3/760). Dagegen hatte der KPD-Widerstand in Leipzig, gemessen an der gegenüber der SPD schwächeren Position vor 1933, mit rund 1000 kassierten Mitgliedern 1934 noch eine außergewöhnlich starke Position (ZPA I 3/8–10, Nr. 168 und 169).

vor dem weitgehenden Zusammenbruch der organisierten Widerstandstätigkeit im Jahre 1935 ein. Auffällig ist, daß in den beiden Großstädten, in denen die Sozialdemokratie bis zum Ende der Republik gegenüber der KPD eine klar dominierende Position halten konnte (vgl. Diagramm 7), außergewöhnlich umfangreiche und aktive sozialdemokratische Widerstandsorganisationen entstanden: in Leipzig die „Kampfstaffeln“ und in Hannover die „Sozialistische Front“²⁸. In Zuspitzung der für informelle Verweigerungshaltungen formulierten These ist somit zu konstatieren, daß eine starke Milieubasis eine notwendige Voraussetzung für einen umfangreicheren politischen Widerstand der Arbeiterparteien darstellte.

3.2 Katholisches Sozialmilieu und Nationalsozialismus

Ein ähnlicher Befund ergibt sich für das katholische Sozialmilieu. Nach der Zerschlagung des Politischen Katholizismus und der Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1933 erfolgte ein forciertes Angriff auf die zunächst weiterbestehenden Milieustrukturen, vor allem die Jugend-, Gesellen- und Arbeitervereine, aber auch auf das katholische Schulwesen, wiederum erst in der Konsolidierungsphase des Regimes. Entscheidend für die Intensität der nationalsozialistischen Maßnahmen war dabei der lokale Stellenwert des katholischen Milieus. Ein Indiz dafür ist das vergleichsweise scharfe und kompromißlose Vorgehen gegen die Oberbürgermeister von Köln und München, den beiden Städten mit einer starken katholischen Bevölkerungsmehrheit (vgl. Diagramm 8). Mit Adenauer und Scharnagl wurden im Rahmen der Gleichschaltung eben nicht nur mißliebige Spitzenbeamte ersetzt, sondern führende Vertreter des Politischen Katholizismus und der lokalen Eliten getroffen. Die Tatsache, daß Scharnagls Erklärung, er weiche nur der Gewalt, sogar im Völkischen Beobachter veröffentlicht²⁹ und gegen Adenauer eine breite Hetzkampagne organisiert wurde³⁰, unterstreicht, in welchem Maße dieses rigorose Vorpreschen auf öffentliche Wirkung berechnet war. Ganz im Kontrast dazu bemühte man sich in anderen Städten³¹, wo die Ablösung des Oberbürgermeisters nicht die Qualität eines symbolischen Angriffes auf ein lokal dominierendes Sozialmilieu und seine führenden Repräsentanten hatte, eher um eine möglichst unspektakuläre Auswechslung der kommunalen Spitzenbeamten. So wurde beispielsweise in Stuttgart der populäre Oberbürgermeister Lautenschlager durch einen „geräuschlosen Umbau“ aus dem Amt komplimentiert³². In Leipzig und Hannover blieben mit Goerdeler und Menge gar rechtskonservative Oberbürgermeister im

²⁸ Zu den Kampfstaffeln“: Hans-Dieter Schmid, Der organisierte Widerstand der Sozialdemokraten in Leipzig 1933–1945, in: ders. (Hg.), Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994, S. 26–70. Zur „Sozialistischen Front“: Herbert Obenaus, Probleme der Erforschung des Widerstandes in der hannoverschen Sozialdemokratie 1933 bis 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 62 (1990), S. 77–95, sowie Bernd Rabe, Die „Sozialistische Front“. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933–1936, Hannover 1984.

²⁹ Siehe Helmut Hanko, Kommunalpolitik in der „Hauptstadt der Bewegung“ 1933–1935. Zwischen „revolutionärer“ Umgestaltung und Verwaltungskontinuität, in: Bayern in der NS-Zeit, hg. v. Martin Broszat u. a., Bd. 3, München u. Wien 1981, S. 329–441, hier S. 348.

³⁰ Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945. Katalog zur Ausstellung des historischen Archivs der Stadt Köln, 2. Aufl. Köln 1981, S. 53 ff.

³¹ Beispiele hierfür sind Dortmund und Duisburg sowie auch Berlin, wo Oberbürgermeister Sahn zwar 1933 nicht aus dem Amt geworfen, aber durch den Staatskommissar Lippert effektiv kaltgestellt wurde.

³² Roland Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, S. 43 ff.

Amt, so daß auf Drängen der lokalen Parteihierarchie eine echte Gleichschaltung erst 1937 „nachgeholt“ wurde³³.

Auf der anderen Seite ist festzustellen, daß gläubige Katholiken, die dem Nationalsozialismus reserviert gegenüberstanden, sich z. B. in Hamburg oder Hannover relativ unbehelligt in eine „Nische“ des Systems zurückziehen konnten. Das katholische Sozialmilieu befand sich in der Diaspora meist im „Windschatten“³⁴ der Herrschaftskonflikte. Die potentiellen Konfliktfelder waren in katholisch geprägten Großstädten naturgemäß breiter und vielfältiger, der Anpassungsdruck der nationalsozialistischen Machthaber auf ein dominantes katholisches Milieu stärker, weil eben zur Herrschaftssicherung notwendig³⁵. So wurde die steigende Beteiligung an den Wallfahrten und den Bekenntnisfeiern der katholischen Jugend³⁶ von der Kölner Gestapo sicher nicht zu Unrecht als Ausdruck einer partiellen Verweigerungshaltung verstanden, der aus ihrer Sicht entgegengearbeitet werden mußte. In Düsseldorf wurden die aufgedeckten Kontakte des Kaplans Joseph Rossaint zu Mitgliedern des illegalen kommunistischen Jugendverbandes zu einer groß angelegten Pressekampagne gegen die katholische Kirche genutzt³⁷. Generell ist allerdings festzuhalten, daß die Ermessensspielräume der lokalen Verfolgungsbehörden gegenüber resistenten Kreisen aus dem katholischen Sozialmilieu und der kirchlichen Opposition wesentlich größer waren als bei der Verfolgung des Arbeiterwiderstandes. Dies macht ein Vergleich benachbarter Orte deutlich: während die hannoversche Staatspolizeistelle gegen christlich motivierte Verweigerungshaltungen generell sehr moderat vorging, wurde in den benachbarten Regionen um Hildesheim und Salzgitter gegen katholische Systemgegner mit aller Härte eingeschritten.

4. Spezifische lokale Traditionen und ihre Bedeutung für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Abschließend soll der Stellenwert lokalspezifischer Faktoren an vier Beispielen diskutiert werden: Düsseldorf wird als Beispiel einer sich dynamisch entwickelnden und stark modernisierenden Großstadt herangezogen, Stuttgart und Duisburg repräsentieren die Ex-

³³ Zu Goerdeler: Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 3. Aufl. Stuttgart 1950, sowie aus lokaler Sicht: Martin Habicht, Verfolgung und Widerstand nichtproletarischer Kräfte im Raum Leipzig-West Sachsen 1933–1945, unveröff. Diss., Leipzig 1989, S. 155 ff. Zu Menge: Waldemar R. Röhrbein, „... damit in der Stadt Hannover endlich klare Verhältnisse geschaffen werden“. Zum politischen Ende des Oberbürgermeisters Dr. Arthur Menge, in: Dieter Brosius u. Martin Last (Hg.), Beiträge zur niedersächsischen Landesgeschichte. Zum 65. Geburtstag von Hans Patze, Hildesheim 1984, S. 500–523, sowie Klaus Mlynek, Machtübernahme und Kommunalpolitik, in: Hannover 1933. Eine Stadt wird nationalsozialistisch. Beiträge zur Ausstellung des Historischen Museums, Hannover 1981, S. 100–133.

³⁴ So Bernd Nellessen, Das mühsame Zeugnis. Die katholische Kirche in Hamburg im zwanzigsten Jahrhundert, Hamburg 1992.

³⁵ Vgl. dazu die folgenden Lokalstudien: Georg Denzler, „Ein Gebetssturm für den Führer“. Münchens Katholizismus und der Nationalsozialismus, in: Mensing u. Prinz (Hg.), Irrlicht, S. 124–153; Gerhard Hetzer, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 3, S. 1–234, hier S. 218 ff.; Peter Hüttenberger, Düsseldorf in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Band 3: Die Industrie- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert), Düsseldorf 1989, S. 421–658, hier S. 599 ff.

³⁶ Widerstand und Verfolgung in Köln, S. 248 ff.

³⁷ Hüttenberger, Düsseldorf, S. 604 ff.; Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933–1945, Ausstellungskatalog der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, hg. v. der Landeshauptstadt Düsseldorf, Düsseldorf 1990, S. 60 ff.

tremfälle unterschiedlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und schließlich wird München in seiner Sonderrolle als „Hauptstadt der Bewegung“ betrachtet.

4.1 Düsseldorf als „Insel der Moderne“

Seit der wilhelminischen Zeit wurde in Düsseldorf eine dynamische Stadtentwicklungspolitik betrieben, durch die sich der Vorort des rheinisch-westfälischen Industriereviere als eine „Insel der Moderne“³⁸ profilierte. Dieser Strukturwandel war naturgemäß mit einer Infragestellung der kommunalpolitischen Traditionen und einer Aufweichung der gewachsenen Sozialmilieus verbunden. Hüttenberger charakterisiert Düsseldorf als die vielleicht „amerikanisierteste“ Stadt im deutschen Reich. Stärker und früher als in vergleichbaren Großstädten seien hier die lokalen Traditionen, die als Widerlager gegen die Standardisierungstendenzen der Industrialisierung fungiert hätten, abgeschliffen worden. Die Inflations- und Besatzungszeit brachte allerdings einen spürbaren Einbruch in der Stadtentwicklung³⁹ der erst durch die konsequenten Modernisierungsmaßnahmen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wieder aufgefangen werden konnte. Nach 1933 wurden modernisierende Initiativen zwar partiell fortgesetzt, Spielräume für eine eigenständige Stadtpolitik gab es aber kaum, wie das Scheitern mehrerer Oberbürgermeister, die in der polykratischen Konfliktstruktur zwischen den rivalisierenden Gauleitern Florian und Terboven zerrieben wurden, belegt⁴⁰.

4.2 Stuttgart und Duisburg: die „Oase im Wirtschaftsleben“ und die „Hauptstadt der Erwerbslosen“

Um sich der Frage zu nähern, welchen Einfluß die lokalen wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hatten, bietet es sich an, die beiden Extremfälle unter den deutschen Großstädten in den Blick zu nehmen. Vergleichen wir Stuttgart, das als „Oase im Wirtschaftsleben“ bezeichnet worden ist⁴¹, mit der „Hauptstadt der Erwerbslosen“, Duisburg⁴². Stuttgart wies 1933 von allen hier untersuchten Städten mit großem Abstand die niedrigste, Duisburg die höchste Erwerbslosenquote auf (vgl. Diagramm 9). Als Gründe für die vergleichsweise günstige wirtschaftliche Situation in Stuttgart sind die ausgewogene industrielle Struktur, ein hoher Grad an Dezentralisierung, die Spezialisierung der Wirtschaft auf hochwertige Produkte und die vergleichsweise enge Verflechtung mit dem Umland zu nennen⁴³. Duisburg dagegen wurde, wie alle Ruhrgebietsstädte mit einseitigem Wirtschafts- und Sozialaufbau⁴⁴, von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen.

Relative Prosperität und tiefe Krise lassen sich auch in Zahlen ausdrücken: Stuttgart nahm im Jahr 1933 bei sogar etwas geringerer Einwohnerzahl als Duisburg das Andert-

³⁸ Hüttenberger, Düsseldorf, S. 224.

³⁹ Ebd. u. S. 274 ff., spricht von einer „Stadtentwicklung des Elends“.

⁴⁰ Dazu ebd., S. 512 ff.; Horst Matzerath, Oberbürgermeister im Dritten Reich, in: Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker (Hg.), *Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zu Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981, S. 228–254, sowie Jeremy Noakes, Oberbürgermeister and Gauleiter. *City Government between Party and State*, in: ebd., S. 194–227.

⁴¹ Dazu Müller, Stuttgart, S. 9.

⁴² Rudolf Tappe u. Manfred Tietz (Hg.), *Tatort Duisburg 1933–1945. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus*, Essen 1989, S. 21.

⁴³ Müller, Stuttgart, S. 5 ff.

⁴⁴ Vgl. dazu für Dortmund: Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945*, Hannover 1969, S. 20.

halbfache an Gemeindesteuern ein⁴⁵, war aber trotz des von Oberbürgermeister Lautenschlager verfolgten ausgabenintensiven Kurses einer modernisierenden Stadtentwicklungspolitik weitaus geringer verschuldet: 1934 betrug die Pro-Kopf-Verschuldung hier 204 RM, in Duisburg dagegen 345 RM. Die Massenarbeitslosigkeit trat in Stuttgart verhältnismäßig spät und abgeschwächer als in anderen Großstädten auf, und sie wurde auch nach 1933 schneller aufgefangen als anderswo: noch im Jahr 1938 kamen in Duisburg 46 Arbeitslose auf 1000 Einwohner, in Stuttgart dagegen nur noch 6⁴⁶. Erst durch die nationalsozialistische Kriegswirtschaft wurden die konjunkturellen Unterschiede relativiert.

Welche politischen Auswirkungen hatten diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen? Bei den letzten unter halbwegs normalen Bedingungen stattfindenden Reichstagswahlen, im November 1932, unterstützte jeder vierte Wähler in Stuttgart wie in Duisburg die NSDAP. Die beiden Arbeiterparteien zusammen erreichten in beiden Städten etwas mehr als 40 % der Stimmen. Stuttgart hatte sich somit in der Endphase der Republik als relativ weniger anfällig für den Nationalsozialismus gezeigt als vergleichbare protestantische Großstädte, aber auch in der konfessionell gemischten Arbeiterstadt Duisburg hatten die Nationalsozialisten keineswegs überproportional von der hohen Erwerbslosigkeit profitiert⁴⁷.

Da sich der von den Nationalsozialisten eingesetzte Oberbürgermeister Karl Strölin bemühte, flexibel auf die lokalen Verhältnisse einzugehen und die traditionellen Eliten der Stadt einzubinden, reihte sich die württembergische Metropole im Juli 1933 als Aufmarschort für die gleichgeschaltete Deutsche Turnerschaft und später als „Stadt der Auslandsdeutschen“ – allen liberalen Traditionen zum Trotz – problemlos in den neuen Staat ein. Aber auch für Duisburg, wo sich die wirtschaftlichen Probleme besonders zugespitzt hatten und dementsprechend von einer sehr hohen sozialen Sprengkraft auszugehen ist, kann eine herausgehobene Sonderentwicklung nicht konstatiert werden: Die Zerschlagung des Arbeiterwiderstandes und der unorganisierten Arbeiteropposition unterschied sich qualitativ nicht von anderen Industriestädten.

4.3 Die „Hauptstadt der Bewegung“: München

München hatte als Zentrum der „Ordnungszelle Bayern“ und schließlich als „Hauptstadt der Bewegung“ für die Nationalsozialisten eine herausgehobene Bedeutung gewonnen. Sehr treffend hat Hellmuth Auerbach allerdings auch den bemerkenswerten Bedeutungswandel der Stadt auf eine knappe Formel gebracht: „1923 wollte Hitler von München aus Berlin erobern, 1933 aber hat er von Berlin aus München erobert.“⁴⁸

Diese Relativierung der Sonderrolle Münchens läßt sich durch verschiedene Indizien belegen: Trotz der in den zwanziger Jahren weit überdurchschnittlichen Wahlergebnisse

⁴⁵ Unter den „Gemeindesteuern“ werden in der Statistik die Bürger-, Grund-, Gewerbe-, Vermögensverkehrs-, Verbrauchs- und Aufwandssteuer zusammengefaßt. Die Überweisungen aus Reichssteuern sowie die Hauszinssteuer bleiben unberücksichtigt. Die Berechnung erfolgte auf der Basis der im Statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden, 30. Jg., Jena 1935, S. 229 ff. zur Verfügung stehenden Daten.

⁴⁶ Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 485.

⁴⁷ Die These, daß hauptsächlich die Arbeitslosen Hitler zur Macht verholfen hätten, wurde durch die wahlsoziologischen Untersuchungen von Jürgen W. Falter überzeugend widerlegt; zuletzt und zusammenfassend: Hitlers Wähler, München 1991.

⁴⁸ Hellmuth Auerbach, Vom Trommler zum Führer. Hitler und das nationale Münchener Bürgertum, in: Mensing u. Prinz (Hg.), Irrlicht, S. 67–91, hier S. 89.

für die völkische und nationalsozialistische Bewegung wurde bei den Reichstagswahlen des Jahres 1932 das Münchener Ergebnis der NSDAP in Hannover, Leipzig, Hamburg und selbst in Berlin übertroffen (vgl. Diagramm 1). Im Zusammenhang mit der auch propagandistisch immer stärker herausgestellten Fixierung auf den „Kampf um Berlin“ hatten die Nationalsozialisten ihr Handlungszentrum in zunehmendem Maße in die Reichshauptstadt verlagert, auch wenn München als Geburtsstätte des Nationalsozialismus und später als „Hauptstadt der Deutschen Kunst“ immer wieder zum Bezugspunkt für nationalsozialistische Masseninszenierungen wurde⁴⁹. Schließlich unterschied sich das Vorgehen gegenüber dem politischen Katholizismus und dem in München dominierenden katholischen Sozialmilieu qualitativ nicht von dem in Köln oder Düsseldorf. Für München gilt also letztlich in ähnlicher Weise wie für die anderen deutschen Großstädte, daß sich der an die Macht gelangte Nationalsozialismus erfolgreich bemühte, lokale Traditionen in seinem Sinne aufzunehmen, aber gleichzeitig auch die in seine Herrschaftspraxis nicht integrierbaren lokalen Spezifika wirkungsvoll zurückzudrängen.

5. Großstadt und Nationalsozialismus – Versuch einer vorläufigen Zwischenbilanz

Als Fazit meiner Überlegungen zu einigen ausgewählten Aspekten des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Großstadt ergibt sich:

1. Die Bedeutung lokaler bzw. regionaler Traditionen wurde in den Großstädten aufgrund von Modernisierungsbestrebungen bereits in der Weimarer Republik relativiert. Die Tatsache, daß die NSDAP auch in den Großstädten Wahlerfolge verbuchen und über das nationale Lager hinaus Stimmen aus dem katholischen und dem sozialistischen Wählerlager gewinnen konnte, verweist auf den Erosionsprozeß der traditionellen Wählerlager und sozialmoralischen Milieus. Man wird die NSDAP daher mit Rohe⁵⁰ als eine Partei verstehen müssen, die ihren Erfolg einerseits ihrer Fähigkeit verdankte, sich als Milieupartei des nationalen Lagers zu profilieren, aber andererseits eben auch über die Grenzen der traditionellen Sozialmilieus hinweg als „Volkspartei des Protestes“⁵¹ erfolgreich zu sein. Die hier skizzierten langfristigen Strukturveränderungen waren unmittelbar auch mit einer Zurückdrängung lokalspezifischer Traditionen verbunden, denn in der segmentierten Gesellschaft des Kaiserreiches konnten prägende lokale Traditionen nur im Kontext von spezifischen lokalen Mikromilieus wachsen.

2. Unmittelbar nach der Machtübernahme ging es für die Nationalsozialisten vorrangig um die Ausschaltung potentiell gefährlicher politischer Gegner und noch nicht um die forcierte Auflösung von Milieustrukturen. Daher konzentrierte man sich 1933 zunächst auf die Zerschlagung der politischen Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung sowie in den katholischen Großstädten auch des Politischen Katholizismus. Viele der politisch nicht exponierten Milieuorganisationen, die in der alltäglichen Lebenswelt der organisierten Arbeiterschaft eine zentrale Rolle spielten, blieben daher zunächst bestehen. Wo allerdings der nationalsozialistische Machtanspruch spürbar in Frage gestellt schien, er-

⁴⁹ Vgl. dazu auch Ulrike Haerendel, *Das Rathaus unterm Hakenkreuz – Aufstieg und Ende der „Hauptstadt der Bewegung“ 1933 bis 1945*, in: Richard Bauer (Hg.), *Geschichte der Stadt München*, München 1992, S. 369–393, hier S. 377 ff.

⁵⁰ Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1992.

⁵¹ Falter, *Hitlers Wähler*, S. 364–373.

griff das Regime sofort weitergehende Maßnahmen. Dies war vor allen Dingen in den Großstädten der Fall, wo durch großangelegte Razzien in „roten“ Arbeitervierteln und Laubenkolonien eine symbolische Besetzung des sozialen Geländes stattfand, die wirkungsvoll mit der Verfolgung tatsächlicher und potentieller politischer Gegner verbunden wurde.

3. Erst in den Jahren der Konsolidierung seiner Herrschaft verschärfte das Regime das Vorgehen gegen die noch bestehenden Milievereine und informellen Gesinnungsgemeinschaften und vollzog etwa gleichzeitig an der Spitze der kommunalen Verwaltung eine „nachholende“ Gleichschaltung, wo dies nötig erschien.

4. Zusammenfassend ist festzustellen, daß zwischen 1920 und 1950 die Bedeutung regionaler und lokaler Traditionen in den Großstädten stark relativiert wurde. Allerdings ist dieser Prozeß nicht ausschließlich, möglicherweise noch nicht einmal hauptsächlich auf die skizzierte nationalsozialistische Offensive gegen die traditionellen Milieustrukturen zurückzuführen. Zu berücksichtigen sind einerseits die Konsequenzen der in den Weimarer Jahren forcierten gesellschaftlichen Modernisierung, andererseits die Zerstörung der gewachsenen städtischen Strukturen durch den Bombenkrieg und die mancherorts weitgehende Neukonstitution der Bevölkerung in der Nachkriegszeit. Freilich versuchte der Nationalsozialismus bewußt und oftmals auch erfolgreich, an lokal- und regionalspezifische Besonderheiten anzuknüpfen und diese für seine politischen Ziele zu funktionalisieren, soweit dies opportun war. Dagegen bemühte man sich konsequent, traditionelle Orientierungen, die sich mit der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht verbinden ließen, zurückzudrängen. Wenn man also insgesamt davon sprechen kann, daß lokale Elemente und regionale Traditionen während der und durch die nationalsozialistische Herrschaft relativiert wurden, so bedeutet dies aber nicht, daß alle lokalen „Bezugsgrößen“ eingeebnet worden wären. Die Nationalsozialisten mißbrauchten regionales Sonderbewußtsein und lokale Tradition für ihre Zwecke, aber sie konnten sie nicht völlig verbrauchen.

Abkürzungen zu den folgenden Diagrammen

- BLN Berlin
- HH Hamburg
- KÖL Köln
- MÜN München
- LEI Leipzig
- ESS Essen
- DRE Dresden
- FFM Frankfurt am Main
- DTM Dortmund
- DÜS Düsseldorf
- HAN Hannover
- DUI Duisburg
- STU Stuttgart
- NBG Nürnberg
- WUP Wuppertal
- BRE Bremen

- WL Wahllokal

- RTW 1930 Reichstagswahl am 14.9. 1930
- RTW 1932I Reichstagswahl am 31.7. 1932
- RTW 1932II Reichstagswahl am 6.11. 1932
- RTW 1933 Reichstagswahl am 5.3. 1933

Diagramm 1: NSDAP-Wähler bei den Reichstagswahlen 1930-1933 (zusammengestellt nach den lokalen Überlieferungen)

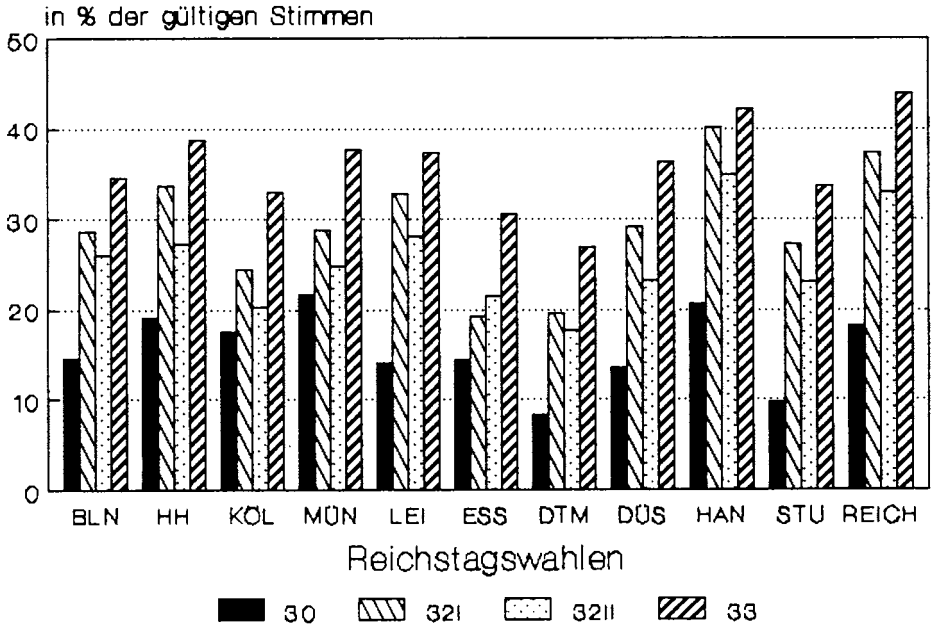
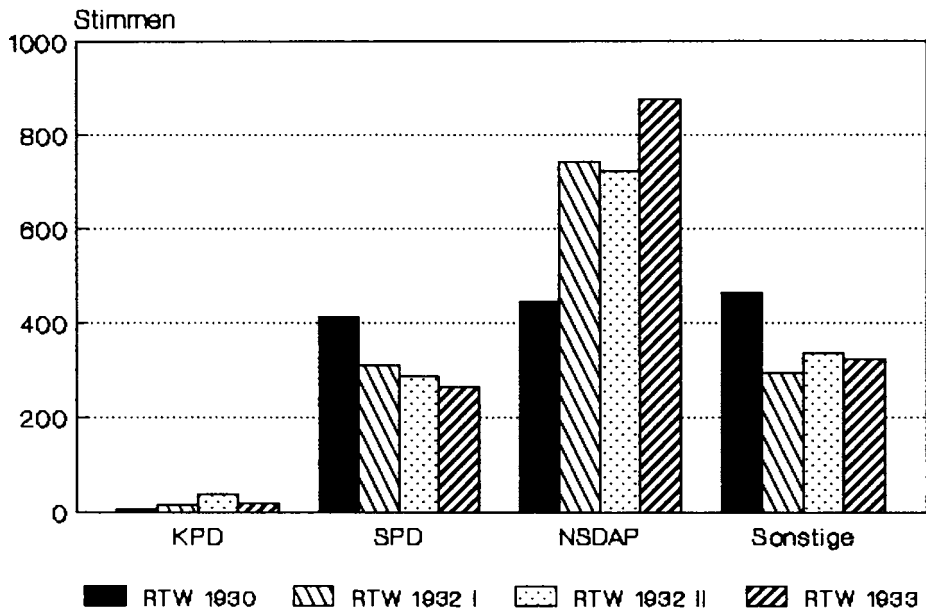
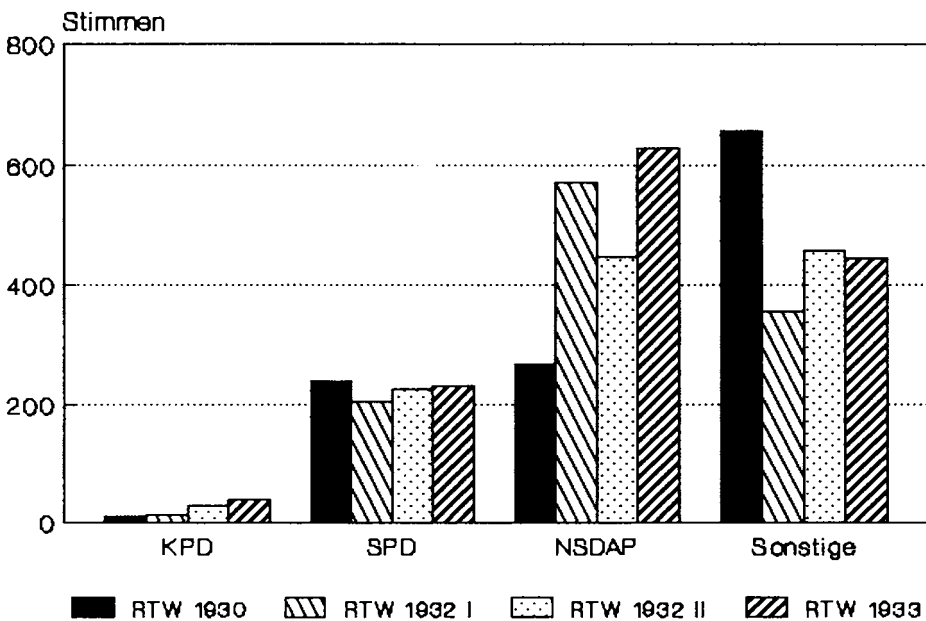


Diagramm 2: WL [= Wahllokal] 79 (im Stadtteil Hannover-Südstadt), kleinbürgerl. Quartier



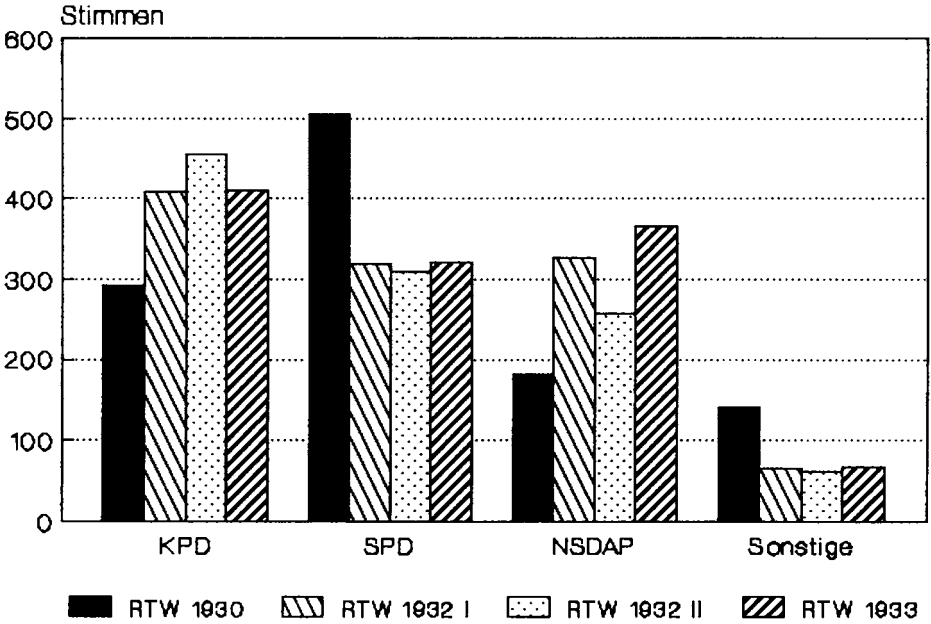
Quelle: hannoversche Tageszeitungen

Diagramm 3: WL 103 (im Hindenburgviertel), großbürgerliches Quartier



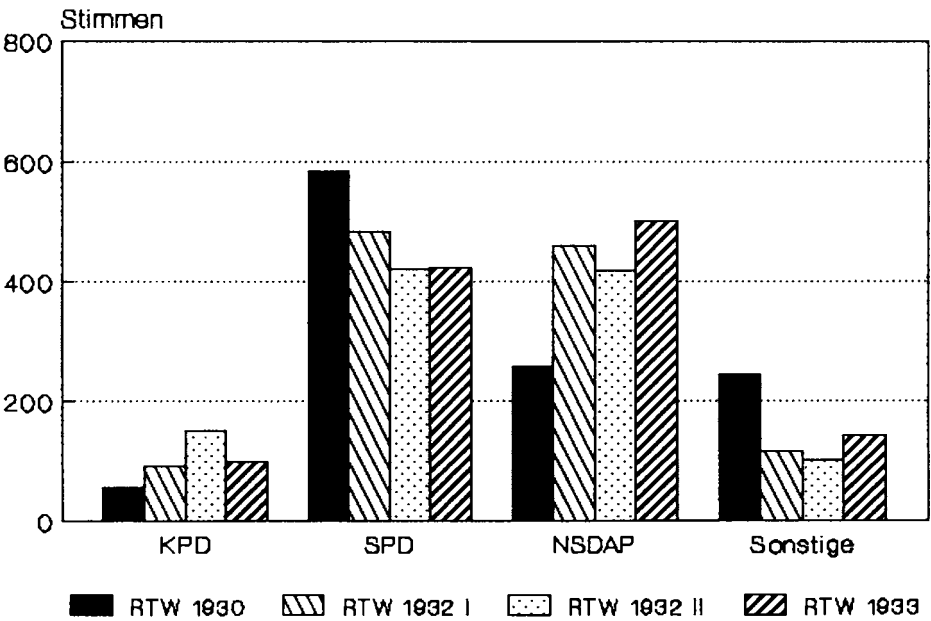
Quelle: hannoversche Tageszeitungen

Diagramm 4: WL 59 (in der Altstadt), sozial deklassiertes Altstadtquartier



Quelle: hannoversche Tageszeitungen

Diagramm 5: WL 22 (in der Nordstadt), sozial gemischtes „Kleine-Leute-Viertel“



Quelle: hannoversche Tageszeitungen

Diagramm 6: WL 223 (in Linden-Nord), entfaltetes sozialistisches Milieu

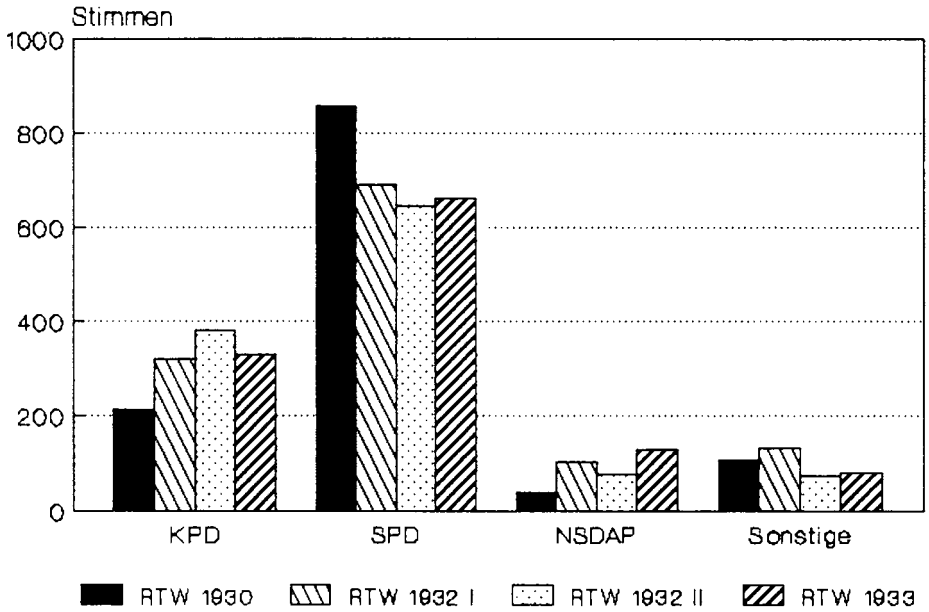


Diagramm 7: SPD- und KPD-Wähler bei der Reichstagswahl 1932 II (zusammengestellt nach den lokalen Überlieferungen)

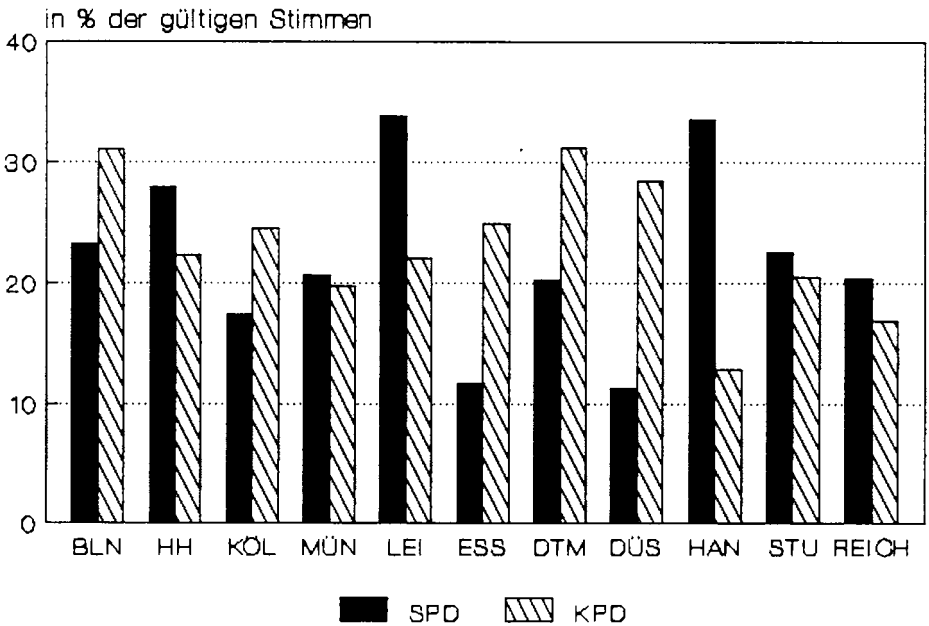
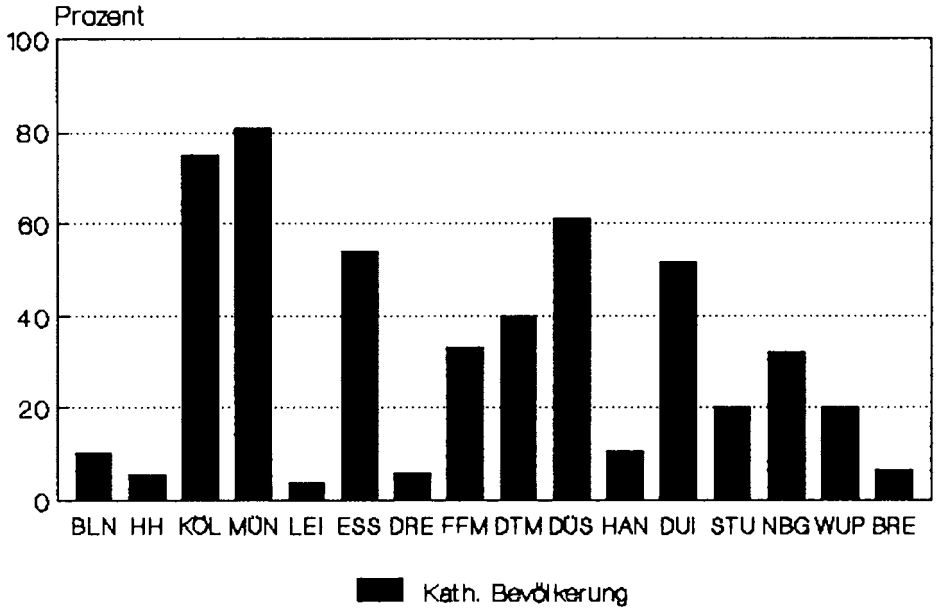
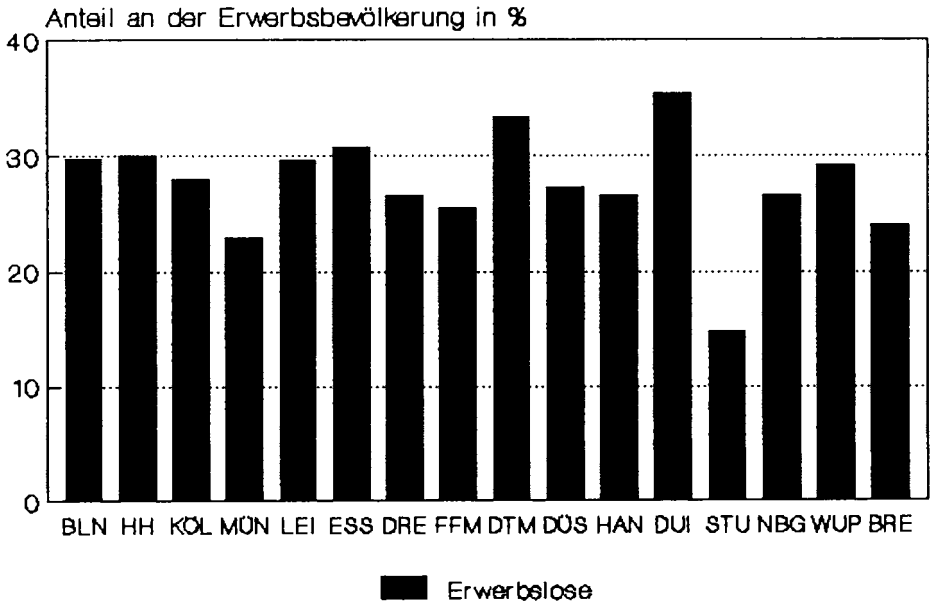


Diagramm 8: Katholiken-Anteil in deutschen Großstädten 1933



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, Bd. 461.3

Diagramm 9: Erwerbslosenquote in deutschen Großstädten 1933



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches (1934)

V. Nationalsozialistisches „Zentrum“ und auslandsdeutsche „Peripherie“

Christoph Boyer/Jaroslav Kučera

Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der Nationalsozialismus

I.

1938 wurde das Sudetenland aus dem Staatsverband der böhmischen Länder herausgelöst und in das Deutsche Reich eingegliedert. Der Annexion war ein in mehreren Schüben verlaufender Prozeß der Annäherung der deutsch besiedelten Gebiete Böhmens an Deutschland vorangegangen, von dem diese lange Zeit durch eine politische Grenze getrennt gewesen waren; die Gemeinsamkeiten hatten sich auf ethnisch-kulturelle beschränkt.

Gegenstand der folgenden Ausführungen ist die letzte und intensivste Phase der Zuwendung der deutschen Volksgruppe in Böhmen zum Deutschen Reich in den Jahren zwischen 1933 und 1938. Sie ging einher mit der nationalsozialistischen Formierung der sudetendeutschen Gesellschaft unter der sich mehr und mehr durchsetzenden Hegemonie der Sudetendeutschen Heimatfront, später Sudetendeutsche Partei (SHF/SdP). Diese nazifizierte sich ihrerseits unverkennbar. Unsere Untersuchung der Antriebskräfte und des Umfelds, der Phasen und Verlaufsformen dieser Entwicklung ist geleitet von der äußerst bedeutsamen Frage nach dem Verhältnis, in dem sich hier autochthone Antriebskräfte mit dem – mehr oder weniger direkten – Einfluß des „Großen Bruders“ im Reich mischten. In engem Zusammenhang damit steht die Frage nach dem Charakter der Henlein-Bewegung, auf die die Literatur bislang sehr unterschiedliche Antworten gegeben hat: Vor allem die Zeitzeugen neigen aus durchsichtigen Gründen eher der These von der Eigenständigkeit der SHF/SdP zu und interpretieren folgerichtig die parteiinternen weltanschaulichen und personellen Konflikte als eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen genuinen Nationalsozialisten und Vertretern anderer ideologischer Observanz¹. Am anderen Ende des Meinungsspektrums findet sich das Verdikt einer engen Geistesverwandtschaft mit dem reichsdeutschen Nationalsozialismus bzw. einer weitgehenden politisch-organisatorischen Abhängigkeit der Partei von diesem – eine These, in deren Konsequenz die Richtungskämpfe eher als „Bruderzwist, durchaus im großdeutschen Hause und bei grundsätzlicher Verehrung Hitlers“ zu begreifen sind².

¹ Walter Brand, *Auf verlorenem Posten*, München 1985; Walter Becher, *Der Blick aufs Ganze*, München 1985; Ders., *Zeitzeuge*, München 1990; Hans Neuwirth, *Der Weg der Sudetendeutschen von der Entstehung des tschechoslowakischen Staats bis zum Vertrag von München*, in: *Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. Bericht über d. Vorträge u. Aussprachen d. Wissenschaftl. Fachtagung d. Collegium Carolinum in München-Grünwald am 1.–3. Juni 1959*, München 1962, S. 122–179.

² Dies die Formulierung Seibts, der vor allem auf die ideologischen Affinitäten abhebt. Vgl. Ferdinand Seibt, *Unterwegs nach München*, in: Wolfgang Benz, Hans Buchheim, Hans Mommsen (Hg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt/M. 1993, S. 133–152, hier S. 140. Am dezidiertesten betonen die politische Abhängigkeit Jaroslav César u. Bohumil Černý, *Politika německých buržoazních stran v Československu*, 2 Bd., Prag 1962 und Otto No-

Wir versuchen im folgenden, anhand neu zugänglich gewordener Quellen aus den Prager Archiven die Auffassung zu untermauern, daß die Ideologie der SHF/SdP in manchen Punkten zwar auf die spezifischen Bedürfnisse und Erwartungen der Deutschen im tschechoslowakischen Staat zugeschnitten war, daß sie von Anfang an und in zentraler Position aber auch die meisten wesentlichen Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung enthielt; die Unterschiede reduzieren sich letztlich auf Nuancen. Ebenso waren die Organisation und die politische Praxis der SHF/SdP in mancher Hinsicht zwar von der „Umwelt“, der parlamentarischen Demokratie der ČSR, geprägt; auch hier aber sind die Gemeinsamkeiten mit der NSDAP mit Händen zu greifen. Diese „totalitäre Disposition“ war ausschlaggebend dafür, daß die Partei unter geeigneten Rahmenbedingungen – nach dem „Anschluß“ Österreichs und im Zeichen der Internationalisierung der „Sudetenfrage“ – in der kurzen Frist von wenigen Monaten sich einer verkleinerten Kopie der NSDAP engstens annäherte und die Sudetengesellschaft noch im Vorfeld von „München“ einer „Vervolksgemeinschaftung“ unterwerfen konnte, die der Machtergreifung im Reich in vielem ähnelte. Wir konzentrieren uns, nach einer Skizze der „Vorgeschichte“ bis 1933 und einem Abriss der generellen Züge der sudetendeutschen Politik und Gesellschaft in den dreißiger Jahren, auf die beiden, durch eine Zäsur etwa Ende 1937 getrennten Hauptphasen dieser Entwicklung, die schließlich in die Annexion der Sudetengebiete durch das „Dritte Reich“ mündete.

Identitätsstiftende Klammer der kulturell, ökonomisch und politisch keineswegs homogenen deutschen Bevölkerung in Böhmen war unter der Habsburger Monarchie allein das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur „deutsch-österreichischen Staatsnation“ – im Verein mit der Loyalität zur Dynastie – und der Verschiedenheit von den Tschechen gewesen. Wirtschaftlich und politisch gravitierten die damals noch so genannten Deutschböhmern vor 1918 mehrheitlich nach Wien. Der Zerfall der Donaumonarchie bedeutete auch das Ende dieses Koordinatensystems. Prägende Erfahrung der Staatsgruppe wurde nun ihre Position als Minderheit in einem Nationalstaat „tschechoslowakischer Identität“. Erblickte das Sudetendeutschtum, nach einer kurzen Phase des Irredentismus, seine politische Heimat auch mehrheitlich in der Tschechoslowakischen Republik, so war das Verhältnis zu den Tschechen doch von schweren politischen Konflikten um das Selbstbestimmungsrecht, von Konkurrenz auf dem Gebiet der Wirtschaft und von Spannungen in der Schul- und der Sprachenfrage charakterisiert. Die Folge war eine zunehmende Orientierung auf das Deutsche Reich, die einzig verbliebene potentielle Schutzmacht. Zu den traditionellen kulturellen Bindungen kamen nach 1918 deshalb politische Beziehungen – wenn das Reich auch generell Zurückhaltung wahrte, um den Eindruck der Einmischung in innertschechoslowakische Verhältnisse zu vermeiden. Moralische Rückendeckung und finanzielle Unterstützung der Volksgruppenarbeit leisteten das Auswärtige Amt und die Volkstumsorganisationen im Regelfall durch unterirdische Kanäle³.

vák, Henleinovci proti Československu, Prag 1987. Eine vermittelnde Position beansprucht Ronald M. Smelser, *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933–1938*, München 1980. Er überschätzt u. E. aber die ideologische Komponente der parteiinternen Auseinandersetzung von 1936. Auf Smelser aufbauend kürzlich auch Reinhard Schmutzer, *Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei: Die Legende von der faschistischen Bekenntniswahl*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 41 (1992), S. 345–384.

³ Das Standardwerk zu dieser Frage ist nach wie vor Rudolf Jaworski, *Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR*, Stuttgart 1977.

Befand sich die deutsche Volksgruppe in den zwanziger Jahren im Spannungsfeld zwischen den Polen Prag und Berlin, so waren die dreißiger Jahre durch eine deutlich zunehmende Entfremdung vom tschechoslowakischen Staat und eine wachsende Anlehnung ans Reich gekennzeichnet. Angesichts der Herausforderung durch die Weltwirtschaftskrise wirkte die Prager Politik hilflos; daß es ihr nicht gelang, den Verdacht des „antideutschen Ressentiments“ zu entkräften, war einerseits auf unbestreitbare reale Defizite – fehlende oder irrige Konzepte, politische und bürokratische Blockaden – zurückzuführen, hatte in nicht unerheblichem Maße aber auch mit dem ohnehin weitgehend zerrütteten Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen sowie den propagandistischen Tönen zu tun, die aus dem Reich herüberklangen. Im Vergleich dazu erschien die Arbeitsbeschaffungspolitik des NS-Regimes – ungeachtet ihrer fatalen Zielsetzung – im böhmischen „Industriefriedhof“ als Schulbeispiel erfolgreicher Krisenbekämpfung. Der nationalsozialistische Machtstaat verstand es überhaupt, die Innenseite von Terror und Gewalt zurücktreten zu lassen und sich als attraktives, dynamisches Gegenmodell zu der zersplitterten und verzankten sudetendeutschen Parteipolitik zu präsentieren, welche hinsichtlich der Wahrung des „nationalen Besitzstandes“ nur mit mäßigen Erfolgen aufwarten konnte. Das Vorbild des Nationalsozialismus kam autoritären Neigungen und irredentistischen Sehnsüchten entgegen, die latent wohl immer vorhanden gewesen waren. Attraktiv erschien nicht zuletzt die von der NS-Propaganda verbreitete Vision einer alle Deutschen in einem Staat einigenden Schicksalsgemeinschaft.

Mit der zunehmenden Orientierung der Sudetendeutschen auf das Reich ging, unter der Regie der SHF/SdP, eine Nazifizierung nicht nur der sudetendeutschen Politik, sondern auch der Gesellschaft Hand in Hand. Im gleichen Atemzug verloren die „aktivistischen“, d. h. sich um loyale Mitarbeit in der Regierung und um Ausgleich mit den Tschechen bemühenden deutschen Parteien – in erster Linie die Deutschen Sozialdemokraten, die Christlich-Sozialen und der Bund der Landwirte – an Substanz und Anziehungskraft. Der Aufstieg der SHF/SdP war zweifelsohne zu einem wesentlichen Teil vom „Dritten Reich“ beeinflusst, das die ideologischen Blaupausen lieferte, auf verschlungenen Pfaden zur Finanzierung der „Bewegung“ beitrug und ein Auffangbecken für politische Flüchtlinge bereitstellte, denen in der CSR der Boden zu heiß geworden war. Ab Ende 1937 hemmte Deutschland dann durch das Einschüchterungspotential seiner Militärmacht ein energisches Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden gegen die „Bewegung“ und trieb durch seine ökonomische Übermacht die auf die Handelsbeziehungen zum Reich existentiell angewiesene sudetendeutsche Wirtschaft in die Arme der SdP. Trotzdem war die Ideologie der SdP kein bloßer Import, und die Sudetengesellschaft näherte sich erst in den letzten Monaten vor der Annexion einer Miniaturversion des „Dritten Reiches“ an. Da die Partei über autochthone programmatische Wurzeln verfügte, auf die spezifischen Probleme der deutschen Minderheit im „Volkstumskampf“ eine Antwort zu finden hatte und ihre politischen Aktivitäten zudem in den Rahmen einer – ungeachtet autoritärer Wandlungen – funktionierenden parlamentarischen Demokratie eingepaßt werden mußten, wies ihre Physiognomie zumindest bis Ende 1937 eine eigenständige Prägung auf.

II.

In Böhmen hatte mit der „Deutschen Arbeiterpartei in Österreich“ (DAP) bereits seit 1903/04 eine völkisch ausgerichtete politische Arbeiterorganisation existiert. Diese Partei, die 1918 ihren Namen in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) än-

derte, verfolgte bis zum Ende der zwanziger Jahre eine durchaus eigenständige, von der NSDAP weitgehend unabhängige politische und ideologische Linie. Die Weltwirtschaftskrise und die unglückliche Nationalitätenpolitik brachten dann jedoch ab etwa 1930 eine Welle der Radikalisierung im sudetendeutschen Lager mit sich, die der DNSAP Mitglieder in großer Zahl zuführte; im gleichen Atemzug verdichteten sich nun auch die Beziehungen zum reichsdeutschen Nationalsozialismus⁴.

Die DNSAP wurde 1933 als staatsfeindliche Organisation aufgelöst. Von ihr führten jedoch personelle und organisatorische Fäden zu der im Oktober des gleichen Jahres gegründeten Sudetendeutschen Heimatfront (SHF), die sich dann im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Mai 1935 aus taktischen Gründen in „Sudetendeutsche Partei“ (SdP) umbenannte. In der SHF/SdP sammelten sich nicht nur genuine Nationalsozialisten; die Partei erfuhr vielmehr Zulauf von Wählern aus allen Richtungen der deutschen politischen Landschaft, die mit ihrem Votum der Enttäuschung über die deutschen Regierungsparteien, ihrer Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage, ihren antitschechischen Ressentiments und ihren irredentistischen Sehnsüchten Ausdruck verliehen. Dies war die Voraussetzung dafür, daß die SdP in den Maiwahlen von 1935 einen erdrutschartigen Sieg verbuchen konnte: Mit etwa 66 Prozent aller deutschen Stimmen wurde sie nicht nur zur stärksten deutschen, sondern zur stärksten Partei in der ČSR überhaupt. Die Aufwärtsentwicklung der Organisation kulminierte nach dem „Anschluß“ Österreichs – im Juli 1938 gehörten ihr 1,3 Millionen Sudetendeutsche (44 Prozent der Volksgruppe) an – und fand nach der Annexion des Sudetenlandes ihr „natürliches Ende“ mit der Eingliederung in die NSDAP.

In ihrer kurzen Geschichte brachte es die SHF/SdP nie zu einem schriftlich fixierten, verbindlichen Programm. An dessen Stelle traten die Verlautbarungen der Spitzenfunktionäre, vor allem die Konrad Henleins, dessen Reden allerdings zum Teil nicht aus seiner eigenen Feder stammten bzw. zumindest einer redaktionellen Überarbeitung durch die Hauptleitung der Partei unterzogen wurden. Hinzu kamen die in großen Auflagen im Verlag des SdP-Hauptleitungsmitglieds K.H.Frank publizierten Propagandaschriften⁵. Nicht einmal in Kombination mit dem parteiinternen Schriftgut – Protokolle von Gremiensitzungen, Richtlinien, unveröffentlichte Manuskripte, Korrespondenz – liefern diese Quellen ein klares ideologisches Profil der SHF/SdP. Zu der taktisch motivierten Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung und die Staatsmacht einerseits, die parteiinternen Machtverhältnisse und die Heterogenität der Mitglieder und Anhänger andererseits kam die wachsende Abhängigkeit vom reichsdeutschen Nationalsozialismus – Umstände, die über das gewohnte Maß hinaus inhaltlicher Unbestimmtheit Vorschub leisteten. Gleichwohl zeichnen sich auf zentralen Politikfeldern zumindest ansatzweise ideologische Konturen ab, die im Vergleich zum reichsdeutschen Nationalsozialismus Unterschiede, mehr aber noch Gemeinsamkeiten erkennen lassen.

1. Die Programmatik der SHF/SdP bestand im Kern aus der Legierung von Antimarxismus, Antiliberalismus, Antiindividualismus und Antikapitalismus, wie sie auch für den

⁴ Zur DNSAP vgl. Andres Luh, Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Sudetenland: Völkische Arbeiterpartei und faschistische Bewegung, in: *Bohemia* 32 (1991), S. 23–38.

⁵ Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront, 4 Auflagen in den Jahren 1934–1935; Konrad Henlein spricht, 2 Auflagen im Jahre 1935; Walter Brand, Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung, 2 Auflagen im Jahre 1935, 3 weitere Auflagen im Jahre 1937; Das Sudetendeutschtum im Kampf, 1936; alle diese Bücher erschienen im Verlag K.H.Frank in Karlsbad.

Nationalsozialismus charakteristisch war; als „positives“ Leitbild präsentierte sie eine alle „Volksgenossen“ erfassende Volksgemeinschaft ohne Parteien- und Klassenkonflikte. Unmißverständlich war der Anspruch auf Ein- und Unterordnung des Einzelnen formuliert: Bereits der Gründungsaufruf der SHF proklamierte das Ziel einer Zusammenfassung aller „bewußt auf dem Boden der Volksgemeinschaft“ stehenden Deutschen⁶. Wer sich, so Henlein bald darauf, aus Selbstsucht weigere, der Volksgemeinschaft persönliche Opfer zu bringen, habe in ihren Reihen keinen Platz⁷. Die „straffe“ politische Leitung dieser „Volksgemeinschaft“ und die „Gleichrichtung“ partikularer Interessen in allen Lebensbereichen war Aufgabe der SHF/SdP, die sich nicht als Partei unter anderen, sondern als „Bewegung“ mit dem Anspruch auf Unterordnung begriff. Eine grundstürzende Umgestaltung der sudetendeutschen Gesellschaft zur „Volksgemeinschaft“⁸ setzte nicht nur organisatorische Veränderungen, sondern auch eine neue geistige Grundhaltung voraus, die Henlein mit dem vorerst noch diffusen Begriff „deutsche Weltanschauung“ bezeichnete. Ob er hierunter bereits damals den Nationalsozialismus verstand, wie das im April 1938 dann eindeutig der Fall war, muß dahingestellt bleiben⁹.

Sind diese Charakteristika ein Indiz für die Geistesverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, so war die Affinität zu der „universalistischen“ Weltanschauung des Wiener Philosophen Othmar Spann zumindest anfänglich ein autochthones Element der Programmatik. Unter dem Einfluß des Universalismus betonte die SHF/SdP zunächst stärker als der Nationalsozialismus den ständischen Gedanken. Der Primat des „Standes“ über die „Klassen- und Kastenschichtung“ sollte die sozialen Interessengegensätze überwinden¹⁰. Praktisch fand dies seinen Ausdruck darin, daß die SHF/SdP auf allen Organisationsebenen vom Ort über den Bezirk und den Kreis bis zum Gesamtverband neben der politischen auch über eine ständische Organisation für die – 1935 – drei Stände Arbeiterschaft, Bauern, Handel und Gewerbe verfügte¹¹. Im Unterschied zu Spann und ähnlich wie die NSDAP beharrte die SdP jedoch immer auf dem Primat der politischen Führung: Das Gremium der Vorsitzenden der Standesgruppen auf jeder Ebene, das einen „gerechten Ausgleich“ widerstreitender Interessen anstrebte, fungierte nur als beratendes Organ¹². Dieses Gliederungsprinzip wurde 1937 zuerst de facto aufgehoben und verschwand im April 1938 auch aus den Satzungen.

Durch die spezifische Lage des Sudetendeutschtums im tschechoslowakischen Staat wurde die Idee der „Volksgemeinschaft“ in charakteristischer Weise abgewandelt. Dieser Begriff bezeichnete im gegebenen Kontext nämlich nicht in erster Linie die „Gemeinschaft aller Deutschen“, sondern nur die gegen die Tschechen geeinte, in der ČSR um ihren „nationalen Besitzstand“ kämpfende Volksgruppe. Das nationalsozialistische Leitbild der „gelenkten Wirtschaft“ unter dem Primat der politischen Führung konkretisierte sich denn auch folgerichtig als „Deutscher Volkswirtschaftskörper“, als „Wirtschaft in der Wirtschaft“ der Tschechoslowakei. Die Minderheitenposition der Deutschen verschaffte der Partei auch eine zusätzliche Legitimation für die von ihr in der Volksgruppe in An-

⁶ Aufruf Henleins vom 1. 10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, Karlsbad 1934, S. 5.

⁷ Rede Henleins am 8. 10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, S. 12.

⁸ Konrad Henlein spricht, S. 6.

⁹ Státní ústřední archiv, Prag (SÚA), Bestand: Sudetendeutsche Partei (SdP), Karton 68, 39 BdL 1934/38/1, Henlein an Spina, 14. 10. 1933.

¹⁰ Rede Henleins am 8. 10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, S. 11.

¹¹ Rundschau vom 22. 7. 1935.

¹² Die Satzungen der „Sudetendeutschen Heimatfront“, Karlsbad 1934, S. 33.

spruch genommene führende Rolle: Sie war „Speerspitze des Volkstumskampfes“. Dem tschechischen Volk müsse es lieber sein, den sudetendeutschen Stamm „unter einer klaren Führung“ zu sehen, denn dort, wo das Volk „geschlossen und durchorganisiert“ dastehe, könne man verbindlich „von Volk zu Volk“ sprechen¹³.

In all diesen Fällen handelte es sich offensichtlich nur um situationsbedingte Variationen der ideologischen Grundthemen des Nationalsozialismus, nicht um prinzipielle Divergenzen. Eine solche könnte man höchstens in der auffallend geringen Rolle erblicken, den der Antisemitismus in der Propaganda der Partei spielte; auch gab es – zumindest auf dem Papier, d. h. in den Satzungen – keinen „Arierparagrafen“. Eine plausible Erklärung für diese Tatsache läßt sich schwerlich finden, zumal Äußerungen der Parteiführung zur „Rassenproblematik“ praktisch nicht vorliegen. In einem Interview mit „La Stampa“ 1935 etwa übergibt Henlein die hierauf zielende Frage mit Stillschweigen¹⁴. Eine Ursache für das Zurücktreten des Antisemitismus könnte man etwa im Einfluß Spanns oder auch dem des italienischen Faschismus suchen. „Der Tscheche“ war auch nicht das Äquivalent zum „Juden“ in seiner Funktion als „Sündenbock“: Diese sozialpsychologische Hypothese greift deshalb zu kurz, weil sich die zweifellos vorhandene Geringschätzung gegenüber den Tschechen „nur“ aus dem Bewußtsein einer angeblichen „kulturellen Überlegenheit“ speiste; von rassistischen Konnotationen war sie frei. Erst die letzte Phase der Parteigeschichte zeigte dann, daß der rassistische Antisemitismus in die völkische Gedankenwelt der Partei problemlos einzubauen war.

2. Autoritäre, ja diktatorische Züge waren in der Organisation der SHF/SdP wohl vorhanden, wenn auch, im Vergleich zum Nationalsozialismus, abgeschwächt. Der Aufbau der „straff geführte(n) Organisation des Sudetendeutschums“, die in Henleins Augen unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der „neuen Partei“ war, wurde sofort nach der Gründung in Angriff genommen. Die 1934 veröffentlichten Satzungen weisen mit ihrem Ineinander von Wahl-, Ernennungs- und Führerprinzip eine Mischung demokratischer und autoritärer Elemente auf: Einerseits wurden die Leiter der untersten Stufe von den Mitgliedern der Ortsgruppe, Bezirks- und Kreisleiter durch die Amtsträger der jeweils nächstniedrigen Ebene gewählt. Andererseits „erwählte und entließ“ jeder Leiter seine Mitarbeiter; diese bildeten zusammen mit ihm die Leitung der jeweiligen Organisationsebene, die als „Beratungs-, Beschluß- und Durchführungsorgan“ fungierte. Weiterhin kam im Interesse der „Stabilität von oben“ das Recht der Abberufung von Funktionären ausschließlich den übergeordneten Leitern zu. Leiter konnten ihr Amt zudem nur dann antreten, wenn die übergeordnete Ebene nicht binnen 15 Tagen nach Kenntnisnahme der Wahl Einwände erhob. Die Verteilung der Gewichte bildete sich auch in der unterschiedlichen Länge der Amtsperioden ab: Auf Orts- und Bezirksebene wurde jedes Jahr, auf Kreisebene alle zwei Jahre gewählt, während der Parteivorsitzende alle drei Jahre zur Wahl anstand. Die Ortsleitung konnte „dauernd oder zeitweise“ ihre Rechte dem Ortsleiter übertragen.

Der „Führer der Sudetendeutschen Heimatfront“ hatte eine besonders starke Stellung, denn er konnte laut Statuten nicht abberufen werden. Henlein hatte sich 1933 aufgrund eigener Machtvollkommenheit an die Spitze der Bewegung gestellt¹⁵; in der einzigen dann stattfindenden Wahl im Jahre 1936 wurde er mit 3506 bei drei Gegenstimmen bestä-

¹³ SÚA, SdP, Karton 68, 39 BdL 1934–38/1, Henlein an Spina am 14.10. 1933.

¹⁴ Text des Interviews in: SÚA, SdP, Karton 3, KH 1933–38/6.

¹⁵ Aufruf Henleins vom 1.10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, S. 5.

tigt¹⁶. Auch in anderen Punkten prägte das Führerprinzip die Statuten: So waren etwa Beschwerden gegen Entscheidungen des Vorsitzenden ausgeschlossen. Henlein trug den Titel „Führer der SHF“, von dem er vermutlich nur aus Rücksicht auf Hitler – bzw. um in der tschechischen Öffentlichkeit nicht mit diesem identifiziert zu werden – zurückhaltend Gebrauch machte. Letzteres dürfte übrigens auch der Grund dafür gewesen sein, daß das Führerprinzip in den frühen programmatischen Verlautbarungen der Partei nicht *expressis verbis* auftauchte. Als Henlein im Herbst 1934 in einem Interview mit dem „Venkov“, dem Organ der Tschechischen Agrarier, gar behauptete, über keinerlei Entscheidungskompetenzen zu verfügen, erhob sich in der SHF Befremden über diese Absage an „den Grundpfeiler unserer Partei“¹⁷.

Nach dem Wahlsieg von 1935 wurde das Führerprinzip deutlicher akzentuiert und das Verhältnis zwischen „Führer“ und „Gefolgsmann“ als Treueband, beruhend auf der gemeinsamen Idee, gefaßt¹⁸. Schulungsmaterialien der Partei vom November 1935 legiti- mierten die unbedingte Autorität der Führung damit, daß diese immer „nur auf Grund der Lebensnotwendigkeiten des Volkes“ entscheide und nur Geschlossenheit und Unter- ordnung Erfolg im politischen Kampf verhießen. Führung und Gefolgschaft seien den Deutschen zutiefst wesensgemäß; eine „straffe deutsche Organistion“ sei angesichts der ungeheuren Not im sudetendeutschen Gebiet „für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung geradezu unentbehrlich“¹⁹.

An der Spitze der Partei funktionierte das Führerprinzip allerdings auch jetzt nur recht und schlecht. Dies mag damit zusammenhängen, daß die meisten Mitglieder der Hauptlei- tung sich aus dem Kameradschaftsbund rekrutierten, einem elitären Geheimbund von In- tellektuellen, in dem das Führerprinzip kaum Fuß gefaßt hatte. Hinzu kamen wohl auch mangelnde Führungsqualitäten Henleins, zu dessen engstem Mitarbeiterkreis nicht weni- ge ihm an Erfahrung, Intellekt und Dynamik überlegene Persönlichkeiten zählten. Daß Henlein dies wußte, zeigen die Sitzungen der Hauptleitung, deren mehr oder weniger kollektive Entscheidungen mit der Führer-Autorität nur bemäntelt wurden²⁰. Ein weiterer Grund liegt natürlich darin, daß mit der wachsenden Abhängigkeit vom Nationalsozialis- mus immer weniger Platz für „regionale“ Führer blieb. Henleins Autorität war in dieser Hinsicht keine originäre Größe, sondern von Hitlers Charisma abgeleitet. Henlein war al- lerdings immer eine unentbehrliche Symbol- und Integrationsfigur, wie sich etwa im Wahlkampf von 1935 zeigte, obwohl er nicht einmal selbst kandidierte. Um die Kontinui- tät zwischen SHF und SdP zu veranschaulichen, wurde sein Name sogar offizieller Be- standteil des Parteinamens, der nun „Sudetendeutsche Partei, Vorsitzender Konrad Hen- lein“ lautete. Auf Henlein setzten im Interesse der Stabilität im übrigen auch die maßge- benden Parteistellen“ im Reich, die im Zuge der internen Auseinandersetzungen des Früh-

¹⁶ Novák, Henleinovi, S. 94. Der Vorsitzende der SHF wurde durch eine Versammlung aller Orts-, Bezirks- und Kreisleiter sowie Mitglieder der Hauptleitung, die er übrigens selbst bestimmte, ge- wählt.

¹⁷ SÚA, SdP, Karton 4, KH 1934–38/7, Brief der Kameraden des Reichenberger Bezirkes vom 10. 10. 1934.

¹⁸ Rede Brands am 2. 6. 1935, in: Walter Brand: Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung, Karlsbad 1935, S. 13.

¹⁹ SÚA, SdP, Karton 30, 15 AA SCHF 1935–37/1, Was will die SdP, Grundsätze und Forderungen der sudetendeutschen Einheitsbewegung, 7. 11. 1936.

²⁰ Ronald M. Smelser: Die Henleinpartei. Eine Deutung, in: Karl Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslo- wakische Republik als multinationaler Parteienstaat, München u. Wien 1979, S. 187–201, S. 191.

jahrs 1936 allein diesem „Satrapen“ „das volle Vertrauen jetzt und für die Zukunft bedingungslos“ aussprachen²¹.

3. Die Gretchenfrage war in den Augen tschechischer wie deutscher politischer Beobachter die Einstellung der SHF/SdP zum nationalsozialistischen Deutschland. Ihre Solidarität mit dem „deutschen Mutterland“ hatten die sudetendeutschen Parteien seit 1918 durchwegs betont; auch im Gründungsaufwurf der SHF vom Oktober 1933 fehlte deshalb das Bekenntnis zur „deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft“ nicht²². Um eine eindeutige Antwort auf die Frage nach der Haltung der SdP zur „nationalen Erhebung“ im Reich drückte sich die Partei jedoch. Ein Indiz hierfür war die Geschichte der Programmrede Henleins in Böhmisches Leipa im Oktober 1934: Deren Urfassung schwelgte in Formulierungen à la „Überwindung des Liberalismus, des öden Materialismus, des vernichtenden Kapitalismus, des marxistischen Klassenkampfes“. Auch mit dem Antisemitismus beschäftigte sich der Text und machte in bewährter Manier für diesen die Juden selbst verantwortlich. Da diese Topoi, ebenso wie die Rede vom „sudetendeutschen Lebensraum“, verdächtige Anklänge an ideologische Kernformeln des Nationalsozialismus aufwiesen und trotz aller genereller Bekundungen der Ablehnung die Entwicklung im Reich in einigen Punkten doch positiv gezeichnet wurde²³, sprach sich die Hauptleitung dafür aus, klar gegen den „Imperialismus“, den „Faschismus“, den „Faschismus im Nationalsozialismus“ und für die Demokratie Stellung zu nehmen. Beschlossen wurde, in diesem Sinne die Erklärung neu zu fassen²⁴.

Die Umarbeitung des Textes löste die Probleme jedoch nicht. Wie der deutsche Gesandte Koch nach Berlin berichtete, nahmen Presse und Behörden die wohlklingenden Bekenntnisse zu Demokratie und „Liberalität“, d. h. zur Achtung des selbstverantwortlich handelnden Individuums und seiner Rechte²⁵, zum tschechoslowakischen Staat sowie die Absage an den Nationalsozialismus mißtrauisch auf. „Nur ein Narr“, so etwa das „České slovo“, könne den „Einfluß des Hitlerismus übersehen“. Koch selbst bewertete die Rede zwar als „Verzichtsleistung auf den großdeutschen Gedanken“, gab jedoch zu bedenken, ob eine solche „angesichts des über seiner (gemeint: Henleins, die Verf.) Bewegung stets schwebenden Damoklesschwertes der Auflösung“ überhaupt zu vermeiden gewesen wäre²⁶. Auf der anderen Seite waren bereits vor Leipa aus Kreisen der Partei Proteste gegen Henleins demonstrative Loyalitätsbekundungen gegenüber dem tschechoslowakischen Staat laut geworden, welche „weit das noch mit deutscher Ehre und Würde in Einklang zu bringende Maß“ überstiegen²⁷.

²¹ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C, Bd. V/2, Dokument Nr. 364, S. 567, Legationsrat Renthe-Fink an die Gesandtschaft in Prag.

²² Aufruf Henleins vom 1. 10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, S. 5.

²³ SÚA, SdP, Karton 1, KH 1933–35/1, Ursprüngliche Fassung der Rede Henleins. Die Autoren der Rede waren der Chefredakteur der „Morgenpost“, H. Stief, und die Hauptleitungsmitglieder H. Neuwirth und K. H. Frank. Der Abschnitt über die Unterschiede zwischen der SHF und dem Nationalsozialismus, der von Neuwirth stammte, wurde gegen den Protest Franks in die Endfassung aufgenommen: Vgl. Novák, Henleinovci, S. 43.

²⁴ SÚA, SdP, Karton 7, 2K-KH 1934–37/4, Protokoll der Hauptleitungssitzung am 20. 9. 1934.

²⁵ Rede Henleins am 21. 10. 1934, in: Konrad Henlein spricht, S. 23.

²⁶ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. IV, München 1991, S. 158–159, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 22. 10. 1934. Siehe auch ebd. S. 162f., Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 23. 10. 1934.

²⁷ SÚA, SdP, Karton 4, KH 1934–38/7, Brief der Gruppe der Aufrechten in der SHF „Konrad Henlein hat uns verraten“, 18. 10. 1934. Der Brief reagierte auf Henleins Ausführung in Interviews für die tschechische agrarische Presse.

Daß die SHF/SdP sich dann trotzdem bis 1938 zu – wenn auch halbherzigen und vagen – Bekenntnissen zur demokratisch-republikanischen Staatsform der Tschechoslowakei genötigt fühlte, mag zum einen mit dem permanent drohenden Verbot, zum anderen mit der erwähnten Heterogenität ihres Anhangs zu tun gehabt haben. Die Anbahnung enger Kontakte zwischen der SHF/SdP und dem Reich, die Anfang 1935 mit Verhandlungen über eine finanzielle Unterstützung im Wahlkampf begann, wurde durch all diese Winkelzüge und Vorbehalte offensichtlich nicht gestört. Für die Kampagne stellte das Reich über 330 000 RM (3 Millionen Kronen) zur Verfügung²⁸. Diese Hilfe war natürlich nicht die Hauptvoraussetzung von Henleins überwältigendem Wahlsieg, kann aber auch nicht bagatellisiert werden. Nach den gewiß unvollständigen Angaben²⁹ über die Spenden aus der Wirtschaft und aus anderen Quellen läßt sich der von der Partei für den Wahlkampf aufgebrauchte Betrag auf vielleicht eine Million Kronen ansetzen; die Hilfe des Reichs war also keineswegs unbedeutend. Das gleiche traf zu für die im Herbst 1935 verabredete, von der Prager Gesandtschaft bis August 1938 regelmäßig ausbezahlte Unterstützung in der Höhe von 30 000 RM monatlich, die der Parteiarbeit und der im Oktober 1935 neugegründeten Tageszeitung „Die Zeit“ zugutekam³⁰. Überhaupt gestaltete sich seit den Wahlen das Verhältnis zum Reich immer positiver, und im Juni 1936 konnte Henlein selbstbewußt formulieren: „Ich will eher mit Deutschland gehaßt werden, als daß ich aus dem Hasse gegen Deutschland Vorteile zöge.“³¹

III.

Ende 1937 hatte Henlein beteuert, das Sudetendeutschtum sei bereits „ausgerichtet“ und die SdP selbst bekenne sich zum Nationalsozialismus, auch wenn sie dies nicht öffentlich deutlich machen könne; er mußte jedoch zugeben, daß immer noch sudetendeutsche Parteien, Verbände und Gewerkschaften existierten, die die Führungsrolle der SdP nicht anerkannten³². Auch war der Prozeß der Verschmelzung von Anhängern und Mitgliedern der Partei aus verschiedensten politischen Lagern keineswegs abgeschlossen. Erst die Internationalisierung der „Sudetenfrage“ und der „Anschluß“ Österreichs, die eine Angliederung der Sudetengebiete an das Reich als eine realistische Aussicht für die nahe Zukunft erscheinen ließen, waren dann im Frühjahr und Sommer 1938 der Auslöser für einen sich geradezu überstürzenden Prozeß der Nazifizierung der sudetendeutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Diese „Vervolksgemeinschaftung“ unter den länger werdenden Schatten des Reiches und unter dem Vorzeichen einer weitgehenden Abdankung der tschechoslowakischen Staatsmacht erinnert mit ihrer Mischung von naiver Massenbegeisterung, Opportunismus und vorlaufendem Gehorsam, von Gewalt und Terror in vielem an die Machtergreifung im Reich. Auch die Partei selbst verwandelte sich im Zuge dieser Entwicklung ganz offen in eine nationalsozialistische Organisation.

Henlein hatte sich bereits am 28. Februar 1937 in Aussig zu „Volkstum“ und „Deutschtum“ als höchsten menschlichen Werten bekannt und die Anerkennung der Selbstverwal-

²⁸ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA), R 30 502 k, Henlein unterzeichnete eine nachträglich, am 28. 8. 1935 ausgestellte Empfangsbescheinigung.

²⁹ Novák, Henleinovci, S. 60 bzw. S. 96.

³⁰ PA, R 30502 k, Aufzeichnung von Renthe-Fink, 3. 10. 1935; Empfangsbescheinigungen über einzelne Zahlungen zwischen Mai 1936 und August 1938 vgl. PA, Gesandtschaft Prag, A II geheim Bd. 2.

³¹ SÚA, SdP, Karton 2, KH 1936/3, Rede Henleins am 21. 6. 1936.

³² ADAP, Serie D, Bd. II, Dokument Nr. 23, S. 45 bzw. 47, Henlein an von Neurath vom 19. 11. 1937, Anlage: Bericht für den Führer.

tung innerhalb der jeweiligen Volkstumsgrenzen gefordert³³. Dieses Konzept einer Eingliederung aller Staatsbürger in Körperschaften des öffentlichen Rechts auf der Basis nationaler Kataster, der Autonomie der Volksgruppe und einer nationalen Sektionierung der Zentralbehörden wäre im Endergebnis sicherlich auf einen deutschen Staat im tschechoslowakischen Staate hinausgelaufen³⁴. Die Ende April 1937 in die politische Diskussion eingebrachten Entwürfe von „Volksschutzgesetzen“ fußten auf dieser Konzeption³⁵.

Die eigentliche Zäsur zur letzten Phase der Entwicklung aber war im November 1937 ein Brief Henleins an Hitler, in dem offen von einer „Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes in das Reich“ die Rede war³⁶. Im Februar 1938 proklamierte Henlein den „totalen Verteidigungskampf“ der Volksgruppe und forderte im typisch nationalsozialistischen „Gemeinnutz-vor-Eigennutz-Jargon“ die „Ausrichtung“ auch der angeblich unpolitischen Bereiche des Volkslebens³⁷. Diese „Aufgabe“ wurde nun zügig in Angriff genommen. Die nationalsozialistische Durchdringung der sudetendeutschen Gesellschaft vollzog sich seit dem „Anschluß“ in einer von offenem Terror geprägten Atmosphäre des Ausnahmezustandes. Die massenhaft in die Partei eintretenden neuen Mitglieder waren teilweise auch mit Drohungen gegen Leib und Leben „geworben“ worden. SdP-Patrouillen nahmen eigenmächtig Haussuchungen vor. Die Partei organisierte im Zusammenspiel mit reichsdeutschen Funktionären staatsfeindliche Kundgebungen und ignorierte das Verbot öffentlicher Aufmärsche, ihre Propaganda hielt nach deutschem Muster die Öffentlichkeit pausenlos unter Druck. Das Straßensbild der Städte im deutschen Gebiet ähnelte aufgrund der Beflaggung und der öffentlich angebrachten NS-Parolen und -Embleme dem der Städte im Reich. Der „von der Propaganda der SdP mitgerissene Teil der Bevölkerung“ befand sich, so das Resümee einer Denkschrift der Deutschen Sozialdemokraten, „psychologisch bereits außerhalb der Grenzen der Republik“, und der sozialdemokratische Abgeordnete Taub bescheinigte Anfang Mai den Anhängern der SdP eine „ganz außergewöhnliche Zuversicht auf den Endsieg, das heißt den Einmarsch der deutschen Truppen“, dem, so die Hoffnung im „einfachen Volk“, die materielle Besserstellung folgen werde. Mitte April schon hatten sozialdemokratische Beobachter festgestellt, in SdP-Kreisen herrsche – „nicht nur geflüstert“ – der Glaube, „daß die Autonomie zur Ausschaltung jedes anderen politischen Einflusses benützt werden soll“ und das Übergangsstadium zur Gleichschaltung mit Deutschland sein werde³⁸. Mitte Mai wurde, ohne daß die Behörden dies verhindert hätten, zur Gründung des FS („Freiwilliger Selbstschutz“) nach dem Vorbild der SS aufgerufen. Diese auf den Bürgerkrieg trainierte

³³ „Völkische Selbstverwaltung für das Sudetendeutschtum!“, Rede Henleins am 28. 2. 1938, in: Konrad Henlein, Heim ins Reich, hg. v. Ernst Tscherne, Reichenberg 1939, S. 7–21.

³⁴ ADAP, Serie C, Band 6/1, Dokument Nr. 240, S. 519, Aufzeichnung des Gesandten von Erdmannsdorff vom 2. 3. 1937.

³⁵ Die Gesetzesanträge der Sudetendeutschen Partei, Karlsbad-Leipzig 1937. Entwurf am 27. 4. 1937 überreicht vom Parlamentarischen Klub der SdP i. A. Henleins, gemäß der bei der Haupttagung am 28. 2. 1937 in Aussig verkündeten Thesen. Joseph Gmelch, Die Gesetzesanträge Konrad Henleins vom April 1937, Würzburg 1940.

³⁶ ADAP, Serie D, Bd. II, Dokument Nr. 23, S. 45 bzw. 47, Henlein an von Neurath vom 19. 11. 1937, Anlage: Bericht für den Führer.

³⁷ SÚA, SdP, Karton 2, KH 1937-4/21, „Appell“ Henleins an die sudetendeutsche Wirtschaft auf der Wirtschaftstagung der SdP am 6. 2. 1938. Leitsätze der Wirtschaftspolitik der SdP, Karlsbad-Leipzig 1938, S. 1–26.

³⁸ Archiv Kanceláře presidenta republiky, Prag (AKPR), D 13 444/38, Karton 144, von Taub gesammelte Stimmungsberichte, hier aus Tachau, 14. 4. 1938.

Truppe provozierte nach dem Vorbild der „Reichstagsbrand-Taktik“ „Zwischenfälle“, um die „Voraussetzungen für das In-Gang-Kommen der NS-Dynamik“ zu schaffen. Die Gemeindewahlen fanden in einer emotional aufgeladenen Stimmung statt. Propaganda, aber auch die Einschüchterung gegnerischer Wahlhelfer und Kandidaten sowie unmittelbare Wahlbeeinflussung machten die SdP-Ergebnisse von über 90 Prozent erklärlich. Die Behörden und die deutschen demokratischen Parteien waren machtlos. Staatspolizei und Gendarmerie waren zu schwach, um gegen Gesetzesverstöße bzw. zum Schutz deutscher Demokraten einzuschreiten. Manche staatliche Organe übten aber auch, so die zitierte Denkschrift der Sozialdemokraten, eine „Benevolenz“, die gegen die wohlverstandene Staatsräson verstoße. Neben Voreingenommenheit gegen die Arbeiterbewegung spielten bei der Zurückhaltung der Behörden gerade in den kritischen Wahlwochen, als die SdP unverhüllt staatsfeindlich aufgetreten war, außenpolitische Rücksichten eine Rolle³⁹.

Mit Zuckerbrot und Peitsche gelang auch der Einbruch in die Wirtschaft. Nicht mit Henlein sympathisierende Unternehmer und Gewerbetreibende, die sich der Gleichschaltung widersetzen, wurden boykottiert und gesellschaftlich isoliert⁴⁰. Oft waren die SdP-Anhänger in den Belegschaften die treibende Kraft der Nazifizierung. Dies galt insbesondere für die Angestellten, die – oft mit dem stillschweigenden Einverständnis von Eigentümern und Direktoren – Agitation für die Partei betrieben⁴¹. Solche Aktivitäten fanden sogar in Betrieben jüdischer oder tschechischer Inhaber statt. Ein Erlaß der Regierung gegen „wirtschaftliche Unterdrückung“ vom 13. Mai 1938 verpuffte wirkungslos, ja die Zahl der einschlägigen Fälle nahm in der Folgezeit sogar noch zu⁴². Praktisch alle großen Betriebe im Grenzland, auch die von tschechischem Kapital beherrschten, sah die tschechische Presse Anfang Juli als Hort staatsfeindlicher Umtriebe⁴³.

Die Wirtschaftskrise tat das ihre, den Widerstand zurückzudämpfen. Die Arbeiter seien, so sozialdemokratische Stimmen, bei der immensen Arbeitslosigkeit gezwungen, „die Waffen zu strecken oder als Judas zu handeln“, d. h. „zum Schein“ der SdP beizutreten, um der Drohung mit der Entlassung oder der Aufnahme in die angeblich bereits angelegten Schwarzen Listen zu entgehen. Das „Modell Deutschland“, wo die Löhne, ja sogar die Arbeitslosenunterstützung wesentlich höher waren als in der Tschechoslowakei, übte zweifellos eine Sogwirkung aus. Beim Antritt eines Beschäftigungsverhältnisses auf der anderen Seite der Grenze wurde allerdings der Nachweis der SdP-Mitgliedschaft verlangt⁴⁴.

³⁹ Institut für Zeitgeschichte, NG 4381, 386678f., Eisenlohr an AA, 1. 4. 1938. AKPR, D 13 444/38, Karton 144, Taub an Sobota, 6. 5. 1938, mit Bericht aus Neudeck vom 3. 5. 1938 in der Anlage. Taub an Sobota, 7. 5. 1938, mit Bericht aus Böhmisches-Leipa vom 3. 5. 1938 in der Anlage. Denkschrift der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, auf der Grundlage der Berichte auf einer Tagung der Sozialdemokraten mit anderen Koalitionsparteien, am 9. 6. 1938 an Minister Mlčoch übersandt. SOPADE vom 5. 8. 1938, „Nachtrag“, S. 833ff.

⁴⁰ Archiv ministerstva zahraničních věcí (AMZV), sekce III, Karton 609, č. j. 127 229, Hubert Ripka, Henleinovská autonomie v praxi, eine vom Außenministerium verantwortete Aufklärungsschrift.

⁴¹ SÚA, Ministerstvo průmyslu, obchodu a živnosti (MPOŽ), Karton 196, p 2301/37-2, Bericht der Parlamentarierdelegation der Kommunistischen Partei vom 30. 4. 1938. AKPR, D 13 444/38, Karton 144, Taub an Sobota, 7. 5. 1938.

⁴² SÚA, MPOŽ, Karton 249, p 4126/35–40, Präsidium des Ministerrats (PMR) an alle Ministerien, 13. 5. 1938.

⁴³ Večerník Práva lidu, 11. 7. 1938.

⁴⁴ AKPR, D 13 444/38, Karton 144, von Taub gesammelte Stimmungsberichte, hier Sonnberg 6. u. 24. 4. 1938. SÚA, MPOŽ, Karton 196, p 2301/37-2, Sozialdemokratische Denkschrift gegen den Ausnahmezustand.

Zu der allenthalben in Gang gekommenen Formierung und Unterwerfung der sudetendeutschen Gesellschaft lieferte der am 23./24. April auf der Karlsbader Amtswaltertagung in acht Punkten vorgelegte Forderungskatalog der SdP nachträglich noch einmal das Programm⁴⁵. Zentral war hier Henleins Forderung nach „volle(r) Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung“. Der Nationalsozialismus habe die Wiedergeburt des deutschen Volkes eingeleitet und das Leben der gesamten Nation geordnet, als deren Teil die Sudetendeutschen, ungeachtet der Staatsgrenzen, sich verstünden. Die Partei erklärte sich zur Volksorganisation, „der jeder, der sich dem Volke verpflichtet fühlt, [...] angehören muß“⁴⁶. Fritz Köllner, der Organisationsleiter der SdP, konstatierte, diese habe nun den „aufgezwungenen Parteirahmen gesprengt“. Dieser sei ohnehin nie Selbstzweck, sondern immer nur der organisatorische Rahmen der Bewegung gewesen und werde nun durch die sudetendeutsche „Volksorganisation“ ersetzt. Köllner proklamierte die „Ausrichtung“ aller Lebensbereiche im Sudetendeutschtum und das Ende des „Spuks“ der Unterscheidung einer politischen von einer unpolitischen Lebenssphäre⁴⁷. Unter dem Druck dieses Anspruchs unterstellten sich eine lange Reihe politischer und unpolitischer Verbände der Partei⁴⁸. Satzungsänderungen kodifizierten nun die zum Teil schon vollzogenen Veränderungen wie den „in der Praxis bereits durchgeführte(n) Arierparagrafen(en)“ und die Abschaffung des ständischen Aufbaus der Organisation im Jahr 1937. Eine ebenfalls bereits in Kraft befindliche „Kameradschaftsordnung“, die „die ständige und lebendige Verbindung der Dienststellen der höheren Gliederungen bis hinunter in den einzelnen Haushalt des entferntesten Gebirgsdorfes“ sicherstellen sollte, gliederte die Ortsgruppen bis zu den „kleinsten Zelle(n) der Volksgemeinschaft“, den Sprengeln, Kameradschaften und Haushalten hinunter⁴⁹.

„Karlsbad“ war auch die endgültige Absage an die Linie der aktivistischen Parteien. Der Minderheitenschutz sei, so Henlein, gänzlich ungenügend; das Sudetendeutschtum werde sich nun auch nicht mehr mit einem „Minderheitenstatut“ abfinden. Henlein reklamierte stattdessen eine konsequente, alle Lebensbereiche umfassende „völkische Autonomie“ und läutete mit dem Ruf nach Entschädigung für alle seit 1918 am „nationalen Besitzstand“ erlittenen Verluste eine aggressive „Rekuperationspolitik“ ein. Die Autonomiekonzeption beinhaltete die Abgrenzung eines deutschen Siedlungsgebiets und die Aufteilung der legislativen und administrativen Kompetenzen des Gesamtstaates zwischen dessen Organen und der völkischen Selbstverwaltung. Das Budget war national zu gliedern, in der Zentralverwaltung sollten die Stellen nach dem nationalen Proporz besetzt werden, in den Ministerien waren nationale Sektionen einzurichten.

„Karlsbad“ war in Prag unannehmbar, weil es den Zerfall der ČSR bedeutet hätte. Das von der SdP offensichtlich bewußt ins Kalkül gezogene Scheitern der Autonomieverhandlungen stand bereits unter der Zielperspektive der Vereinigung aller Deutschen in einem

⁴⁵ AKPR, D 1016, Karton 130, Skizze zur Neuordnung der innerstaatlichen Verhältnisse auf Grundlage der 8 Punkte aus der Rede des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, in Karlsbad am 24. April 1938, undat., an Ministerpräsident Hodža überreicht am 7. 6. 1938.

⁴⁶ Rede Henleins („Wir wollen nur als Freie unter Freien leben!“), Haupttagung der SdP am 23./24. 4. 1938 in Karlsbad, in: Der Lebenswille des Sudetendeutschums, Karlsbad-Leipzig 1938, S. 63–94.

⁴⁷ Rede Fritz Köllners („Die Ausrichtung der Bewegung“), Haupttagung der SdP am 23./24. 4. 1938 in Karlsbad, in: ebd. vor allem S. 55 f., S. 60 f.

⁴⁸ SÚA, MPOŽ, Karton 196, p 2301/37-2, Denkschrift über den Ausnahmezustand im deutschen Gebiet, am 9. 6. 1938 von Taub an Handelsminister Mlčoch übersandt.

⁴⁹ Rede Köllners auf der Haupttagung in Karlsbad, 23.–24. 4. 1938, in: Lebenswille, S. 58 bzw. S. 60–61.

großdeutschen Machtstaat, unter der nun auch die Sudetenwirtschaft bereits als Teil einer autarken „deutschen Großraumwirtschaft“ begriffen wurde.

Für die Zeit nach der Annexion des Sudetenlandes müßten zwei gegenläufige Entwicklungslinien verfolgt werden: Zum einen die Fortführung und der Abschluß der Gleichschaltung, insbesondere die Eingliederung der SdP in die NSDAP und die Zerschlagung der neben der SdP noch existierenden Parteien, die Auflösung der Verbände und Gewerkschaften bzw. ihre „Überführung“ in die einschlägigen nationalsozialistischen Einheitsorganisationen. Die Verfolgung der verbliebenen politischen Gegner konnte sich jetzt zudem des ungehemmten Terrors der nationalsozialistischen Staatsmacht bedienen. Zu fragen wäre aber auch, ob es unter dem „Mantel der Einheit“ nicht eine Kontinuität sudeten-spezifischer Sonderentwicklungen gab. Dies hätte die Forschung allerdings erst in empirischer Kleinarbeit zu erweisen, denn das Sudetenland zwischen 1938 und 1945 ist bis heute weitgehend terra incognita.

Cornelia Wilhelm

„Deutschamerika“ zwischen Nationalsozialismus und Amerikanismus

Als Gravitationszentrum einer globalen, blutsgebundenen und von Staatsgrenzen unabhängigen Volksgemeinschaft griff der nationalsozialistische Staat weit über Europa hinaus. Bindeglied und gleichzeitig Rechtfertigung für ein nationalsozialistisches Überschreiten staatlicher Grenzen und ein regionales Ausgreifen nach Übersee, stellten die dort lebenden Volks- und Auslandsdeutschen dar. Als argumentatorische Basis für eine organisatorische und politisch-emotionale Anbindung deutscher Volksgruppen in Übersee diente der NSDAP das Recht jeder ethnischen Gruppe auf kulturellen Individualismus. In besonders diametralem Gegensatz stand der nationalsozialistische Volksbegriff einer schicksalhaft blutsgebundenen Herkunft zum pluralistischen und multiethnischen Selbstverständnis der US-amerikanischen Nation, die jeder ihrer Einwanderergruppen die größtmögliche Freiheit zur Verwirklichung ihrer kulturellen Identität einen weiten Spielraum ließ¹. Unter dem Vorwand, nichts anderem als dem Recht zur Wahrung der individuellen Kultur Vorschub zu leisten, bemühte sich die nationalsozialistische Volkstumspolitik vom Zentrum Deutschland aus, das „Deutschtum“ in Amerika politisch an das Reich zu binden und gesellschaftlich aus dem „Schmelztiegel“ herauszulösen.

Die Absicht einer Re-nationalisierung und organisatorischen Anbindung deutschstämmiger Amerikaner seitens der Nationalsozialisten beruhte auf der gravierenden Unkenntnis der amerikanischen Gesellschaft, des Akkulturationsprozesses und -willens der Deutschamerikaner. Der Willen der Amerikaner, ihre politischen Ideale sowie ihr staatliches Selbstverständnis zu verteidigen, wurde von den Nationalsozialisten grundlegend unterschätzt.

In bezug auf die USA verfügten Hitler und die NSDAP in den zwanziger und dreißiger Jahren nur über sehr ungenaue Kenntnisse. Amerika verkörperte einerseits die abschreckende Entwicklung des modernen Kapitalismus und einer multikulturellen Gesellschaft, andererseits jedoch spiegelte es mit der „kultivatorischen Leistung“ des „nordischen“ amerikanischen Frontierbauern die agrarischen Ideale der Nationalsozialisten wider. Hitler betrachtete bereits in den zwanziger Jahren die Möglichkeit eines Verschmelzens einer nationalsozialistischen deutschamerikanischen NS-Bewegung mit den ebenso „rassisch wertvollen“ Farmern des Mittleren Westens als Chance, um eine regional weitreichende „nordische Schicksalsgemeinschaft“ zu festigen². Nur so könne die Dominanz und der Einfluß der Juden und die wachsende „rassische Überfremdung“ in diesem beneidenswert großem Land

¹ Yehoshua Arieli, *Individualism and Nationalism in American Ideology*, Cambridge/Mass. 1964, S. 32 u. 87ff. Die amerikanische Identität gründete sich nicht auf eine ethnische oder historische Einheit, sondern auf einen ideologischen Konsens, nämlich „Liberty“, die einer freiwillig geschaffenen Gesellschaftsordnung zugrunde lag, um die Rechte des Individuums zu schützen.

² Gerhard Weinberg, *Hitler's Image of the United States*, in: *American Historical Review* 69 (1964), S. 1006–1021, hier S. 1008ff. Hitler bezog sich auf das gesamte Deutschtum der Amerikas(!).

mit seinem Überfluß an Ressourcen und Siedlungsraum gebrochen werden³. Noch von Legenden eines mächtigen „Deutschamerika“ aus dem Kaiserreich⁴ beeinflusst, überschätzte Hitler, ähnlich wie viele andere Deutsche, sowohl die Zahl als auch den Mobilisierungswillen der deutschstämmigen Amerikaner bei weitem. Er ging von einer großen Zahl Deutschstämmiger aus, die wertvolle rassische und kulturelle Grundlagen besäßen und deren deutsche Identität ungebrochen sei⁵. Der nationalsozialistischen Weltanschauung folgend, meinten die völkisch-nationalsozialistischen Ideologen, daß dieses Deutschamerikanertum zu großen Teilen aus Bauern bestehe, aus deren kultivatorischen Diensten deutscher Kulturboden, ein „Deutsches Amerika“ in Abgrenzung zum anglo-amerikanischen Amerika hervorgegangen sei⁶. Für eine spätere Generation, so schien es, könnte ein durch diese Volksgruppe bestimmtes Amerika den Stabilisator für Hitlers Weltmachtpläne darstellen⁷. Zur Programmschrift der nationalsozialistischen Vorstellung eines „Deutschen Amerikas“ wurde das von Colin Ross, Reiseschriftsteller und enger Freund Karl Haushofers, 1936 veröffentlichte Buch „Unser Amerika“. Ross unterstrich die vermeintliche „Tatsache“, daß die Deutschen aufgrund ihrer Pionierleistungen und kulturellen Verdienste Anspruch auf den Kontinent hätten und forderte einen „deutschen Thomas Paine“⁸ als politischen „Führer“, um mit dem Deutschtum Amerikas eine entsprechende politische Wendung einzuleiten⁹.

Die Nationalsozialisten übersahen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschamerikaner aus den deutschen Staaten beziehungsweise aus dem Deutschen Reich ausgewandert war, um tatsächlich Amerikaner zu werden, und daß dies der Mehrheit der deutschen ethnischen Gruppe bis zu einer gewissen Stufe der Akkulturation auch überraschend schnell gelang¹⁰.

³ Alfred Rosenberg, *Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus, Grundlagen der deutschen Wiedergeburt*, München 1932, S. 14; und Weinberg, *Hitler's Image*, S. 1008 ff.

⁴ Vgl. zum Beispiel Julius Goebel, *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika* (hg. vom Alldeutschen Verband), München 1904; Guido A. Dobbert, *German-Americans between new and old Fatherland, 1870–1914*, in: *American Quarterly* 19 (1967), S. 676; Reinhard R. Doerries, *Washington-Berlin 1908/1917*, Düsseldorf 1975.

⁵ Die Nationalsozialisten gingen gerne von allen Deutschstämmigen aus und errechneten so eine ungerechtfertigt hohe Zahl derer, die noch „deutsch“ sein sollten. Tatsächlich gab es 1920–1930 etwa sieben Millionen „Deutschamerikaner“, die selbst oder von denen mindestens ein Elternteil in Deutschland geboren war und von denen man noch eine emotionale Verbundenheit zur alten Heimat erwarten konnte. Vgl. auch die Beurteilung des deutschen Botschafters Dieckhoff in Washington: Bericht Dieckhoff an das Auswärtige Amt (AA), 7. 1. 1938: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, (PA) IX, Po 2, Bd. 5. U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census (Hg.), *Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1970, Part I*, New York 1976, S. 116 f.

⁶ Heinz Kloss, *Über die mittelbare kartographische Erfassung der jüngeren deutschen Volksinseln in den Vereinigten Staaten*, in: *Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung* 3 (1939), S. 453–474; Ders., *Brüder vor den Toren des Reiches. Vom volksdeutschen Schicksal* (Nationalpolitische Aufklärungsschriften 18), Berlin 1941, S. 18; Max Hildebert Boehm, *Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften*, Göttingen 1932, S. 82 f. u. 85. Matthes Ziegler, *Volkskunde auf rassischer Grundlage* (Deutsches Volkstum), München 1939.

⁷ Günther Moltmann, *Weltherrschaftsideen Hitlers*, in: Otto Brunner und Dietrich Gerhard (Hg.), *Europa und Übersee, Festschrift für Egmont Zechlin*, Hamburg 1961, S. 197–240, hier S. 201 ff. u. S. 218; Andreas Hillgruber, *Hitler und die USA 1933–1945*, in: Othmar Franz (Hg.), *Europas Mitte*, Göttingen 1987, S. 130 ff.

⁸ Thomas Paine: Verfasser der am 10. Januar 1777 veröffentlichten politischen Schrift „Common Sense“, in der erstmals von einer amerikanischen Unabhängigkeit von Großbritannien die Rede war.

⁹ Colin Ross, *Unser Amerika*, Leipzig 1936, S. 300.

¹⁰ Frederick Luebke, *The Germans in the New World*, Urbana u. Chicago/Ill. 1990.

„Deutschamerika“ existierte nur als Begriff des geistig-kulturellen Zusammenhaltes einer „Community“, deren Strukturen um die Jahrhundertwende immer stärker zerfielen. Selbst diejenigen Staaten, die einen besonders hohen Anteil deutscher Einwanderer besaßen, verloren zunehmend ihre deutsche kulturelle Eigenart und paßten sich der anglo-amerikanischen *mainstream Culture* an. „Deutschamerika“ repräsentierte sich nur noch durch deutschamerikanische Presse, Traditionsvereine, Liederkränze, Landsmannschaften, Kirchensynoden, Arbeiterkrankenkassen und Hilfsvereine, deren Mitglieder nun überwiegend innerhalb dieser Kreise ihre Gruppenzugehörigkeit als *ethnic community* fanden. Durch den Zerfall der Sicherheit spendenden Community, die Prohibition, die außenpolitischen Konflikte mit dem Reich und die Veränderung der amerikanischen Gesellschaft durch die „new immigration“¹¹ wurde der Assimilierungsprozeß vieler Deutschamerikaner jedoch erschwert. Eine sozial unflexible, aber in der Community häufig politische Führungspositionen einnehmende Minderheit flüchtete sich deshalb in einen extremen deutschen Kulturchauvinismus und Nationalismus und suchte ihre Identität in einem politisch starken Deutschen Reich¹². So fand zunehmend eine Politisierung des deutschen Vereinswesens statt: Ähnlich der Reichseinigung im Jahre 1871 suchte man eine „Einheit“ und „Eini-gung“ des Vereinswesens zu verwirklichen, ja sogar „die deutschen Staaten“¹³ in Amerika zu vereinen¹⁴. Als Ergebnis dieser Entwicklung entstanden erstmals überregionale Dachverbände, die 1895 zum 25 Jahrestag des deutschen Sieges von Sedan den traditionellen „Pastorius Tag“ zu einem „Deutschen Tag“ umtaufen. Während des Ersten Weltkriegs betrachteten es Deutschturnvereine wie die *German-American National Alliance* als ihre Pflicht, um Verständnis für die deutsche Sache zu werben. Die ungeschickte kaiserliche Propaganda versuchte deutschamerikanische Agenten wie Georg Sylvester Viereck für Deutschland zu mobilisieren¹⁵. Dies hatte zur Folge, daß das gesamte Deutschamerikanertum stark darunter litt, daß Regierungskreise und die amerikanische Öffentlichkeit an seiner Loyalität zweifelte. Deutsche Sprache und Kultur wurden in Folge dieser Hysterie aus dem amerikanischen Gesellschaftsleben überwiegend verbannt und „Deutschamerika“ ging aus dem Ersten Weltkrieg in seiner Identität gedemütigt und größtenteils zwangsakkulturiert hervor¹⁶.

Bereits in den frühen zwanziger Jahren begann das alte Deutschamerikanertum sein Vereinswesen zu reorganisieren¹⁷. Die Dachverbände entstanden und ebenso zwei große nationale Organisationen, die *Steuben Society of America* und der *Bürgerbund*¹⁸. Ihr Pro-

¹¹ New Immigration: Hiermit sind die Einwandererströme aus Süd- und Osteuropa gemeint, die nach der Jahrhundertwende in die USA kamen und eine große Zahl Einwanderer in die USA führten. Diese verfügten über völlig andere kulturelle Wurzeln als die Mehrheit der im 18. und 19. Jahrhundert eingewanderten Mittel- und Westeuropäer.

¹² Guido A. Dobbert, *The Disintegration of an Immigrant Community: The Cincinnati Germans, 1870–1920*, New York 1980, S. 170.

¹³ Hier sind diejenigen Bundesstaaten der USA gemeint, die einen verhältnismäßig hohen Anteil deutscher Einwanderer haben: Wisconsin, Michigan, Ohio, Pennsylvania, New York und Teile Dakotas.

¹⁴ Dobbert, *Disintegration*, S. 170ff. Vgl. hierzu auch John A. Hawgood, *The Tragedy of German-America*, New York 1940.

¹⁵ Guido A. Dobbert, *Disintegration*, S. 170ff.

¹⁶ Theodore Huebner, *The Germans in America*, Philadelphia/Pa. 1962, S. 149 u. 153; Luebke, *Germans*, S. 58; Franz Xaver Geyer, *Bei den Deutschamerikanern*, Bad Godesberg o. J., S. 156ff.

¹⁷ Huebner, *Germans*, S. 153, und Barbara Wiedemann-Citera, *Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Deutsch-Amerikaner im Spiegel der New Yorker Staatszeitung, der New Yorker Volkszeitung und der New York Times 1914–1926*, Frankfurt/M. u. a. 1993, S. 173ff.

¹⁸ Luebke, *Germans*, S. 58.

gramm war materielle Hilfe für das durch den Versailler Vertrag gedemütigte und finanziell ruinierte Deutschland zu leisten; zugleich sollte das Werben der Deutschen für eine Revision des Versailler Vertrages unterstützt werden. Denjenigen, die sich ihres Deutschseins noch bewußt waren, blieb in ihrer Desintegration aus der amerikanischen Gesellschaft, die alles Deutsche ablehnte, nun endgültig die Identitätssuche in der alten Heimat. Diese wich jedoch mit der Weimarer Republik so gravierend von Glanz und Stärke des ehemaligen Kaiserreiches ab, daß sie von der neuen deutschen Staatsform häufig enttäuscht waren.

Die neu einsetzende Auswanderung aus Deutschland, häufig von politischer Enttäuschung über das Weimarer System begleitet, importierte nun einen Mikrokosmos der deutschen Parteienlandschaft in die deutschen Viertel der Großstädte, wie New York, Chicago oder Detroit¹⁹. 1924 wurde in Chicagos deutschem Viertel eine der ersten nationalsozialistischen „Ortsgruppen“ gegründet. In New York City soll sich bereits eine sogenannte „NSDAP-Ortsgruppe“ befunden haben²⁰. Auch Stahlhelm und Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband (DHV) eröffneten Stützpunkte und waren bis 1930 in allen größeren amerikanischen Städten vertreten²¹. Für die Nachkriegseinwanderer mit völkischen und nationalsozialistischen Grundüberzeugungen war es schwer, sich in der boomenden amerikanischen Großstadt der zwanziger Jahre zurechtzufinden. Die deutsch-amerikanische Community als Orientierungs- und Eingliederungshilfe, in Größe und Bedeutung von fast allen überschätzt, hatte sich teils akkulturiert, teils befand sie sich auf der Suche nach neuen Identitätsmustern. Sie war nicht in der Lage, den Neueingewanderten Hilfe bei der gesellschaftlichen Eingliederung zu bieten²². Dies führte zur übersteigerten Wahrnehmung eines häufig bereits „importierten“ eigenen Nationalismus²³. Aus der Perspektive der entstehenden völkischen Organisationen fehlte es dem Vorkriegsdeutsch-amerikanertum an völkischem Bewußtsein und kulturellem Selbstwertgefühl. Eine Demütigung, wie sie im Krieg erfolgt war, habe nur durch die mangelnde politische Stärke Deutschamerikas erfolgen können. Als ihr Ziel beschrieb die Teutonia, eine politisch führende Gruppierung aus Chicago, in der ersten Nummer ihrer seit 1930 erscheinenden Zeitung, dem „Vorposten“: „Fern der Heimat . . . halten wir die Wacht und gehen zum Angriff vor, . . . um ein wahres deutsches Volkstum zu schaffen in Amerika. [Wir] wollen

¹⁹ Hartmut Bickelmann, Die Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Hamburg 1978, S. 26. Ebenso: Bericht Simon, Deutsches Generalkonsulat Chicago, an AA, 28. 5. 1928, in PA III, Po 25, Bd. 2.

²⁰ Sander A. Diamond, The Years of Waiting: National Socialism in the United States 1922–1933, in: American Jewish Historical Quarterly 59 (1970), S. 256–271, hier S. 265.

²¹ Der DHV hatte bereits seit 1902 einen Stützpunkt in New York. Fritz Zeglin, Bewegung oder Versicherungsgesellschaft?, in: Der deutsche Kaufmann in Nord-Amerika, Monatsschrift des Kreises Nordamerika im DHV, 22. Jg., No. 5, Mai 1931, National Archives and Record Administration, Washington, D. C. (NARA), RG 131, Deutschamerikanische Berufsgemeinschaft, Periodical Collection, Box 1. Zum DHV und seinem weltweiten völkischen Sendungsbewußtsein vgl. auch Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, Frankfurt/M. 1967, S. 125 ff. Zum Stahlhelm-USA vgl. House of Un-American Activities Hearings (HUAC), 73 rd Congress, 2nd Session, New York, June 1–2, 1934: Aussage Benno von Stulpnagel.

²² Richard Kolm, The Change of Cultural Identity. An Analysis of Factors Conditioning the Cultural Integration of Immigrants, New York 1980, S. 92 ff.

²³ Klaus Schwabe, Anti-Americanism within the German Right, 1917–1933, in: Jahrbuch für Amerikastudien 21 (1978), S. 89–107; Georg Elwert, Nationalismus und Ethnizität, Über die Bildung von Wir-Gruppen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41 (1989), S. 440–464, und Gerhard Weidenfeller, VDA, Verein für das Deutschtum im Ausland, Frankfurt/M. 1976, S. 78.

... die Fehde wagen gegen alles Undeutsche, gegen alles Artfremde, das sich im Laufe der Jahrzehnte in das Deutchamerikanertum eingeschlichen hat.“²⁴

Die einzelnen Gruppen, die bis 1930 von der Parteizentrale der NSDAP völlig unabhängig agierten, bemühten sich zunehmend um Unterstützung und Akzeptanz des Reiches. Diese erhielten sie von der Auslandspresseabteilung der NSDAP-Reichsleitung in München, die der amerikaerfahrene Ernst Hanfstängel leitete²⁵. Die neugegründete Auslandsabteilung der NSDAP in Hamburg übernahm die Aufgabe der politischen Steuerung und Organisation der vielen um die Anerkennung durch die NSDAP konkurrierenden Gruppen. Sie schuf, um die einzelnen Gruppen und Mitglieder zusammenzufassen, den sogenannten „Gau USA“, der unter der politischen Leitung eines sogenannten Landesvertrauensmannes stand und den politischen Willen der NSDAP in den USA repräsentierte²⁶. Nach der Machtergreifung 1933 spitzte sich die Konkurrenzsituation um die Führungsrolle unter den nationalsozialistischen Gruppen stark zu. Schließlich gelang es einem Vertreter der Teutonia, Heinz Spanknöbel, den Posten des Landesvertrauensmannes an sich zu ziehen und im Einvernehmen mit der Auslandsorganisation (AO) der NSDAP eine amerikadeutsche, von der Partei anerkannte NS-Bewegung zu gründen, den „Bund der Freunde des Neuen Deutschland“ (= Friends of the New Germany, FONG)²⁷.

Für die Durchsetzung ihrer Ziele fehlte den nationalsozialistischen Amerikadeutschen²⁸ jedoch die nötige politische Durchschlagskraft. Sie konnte nur durch den Rückhalt derjenigen Deutschamerikaner erhalten werden, die bereits vor dem Kriege eingewandert waren. Das sogenannte „Vorkriegsdeutschamerikanertum“ hatte mittlerweile viele seiner alten oder diesen vergleichbare Organisationen wiederhergestellt. Im Jahre 1932 hielten die maßgebenden Dachverbände eine Tagung ab, auf der beschlossen wurde, eine politisch entschlossene deutschamerikanische Einigungsbewegung ins Leben zu rufen: einen Volksbund²⁹. Nur eine starke politische Repräsentation könne Deutschamerika vor einer dem Weltkrieg vergleichbaren Demütigung bewahren. Auf der Suche nach einer neuen deutschen Identität schienen vielen von ihnen die Projektionen eines neuen, nationalen und stolzen Deutschland erstrebenswert. Die ferne Führerfigur Hitlers wurde ähnlich wie im Reich als Messias gefeiert. Kritischen Stimmen der amerikanischen Öffentlichkeit hielt man entgegen, daß diese die deutschen Verhältnisse nicht beurteilen könnten³⁰. Wäh-

²⁴ „Zum Geleit“, in: Vorposten, No. 1, 1. 10. 1930, S. 1, American Jewish Archives (AJA), Manuscript Collection (Mss. Coll.) # 202, Box 1.

²⁵ Sister M. Champion Kuhn, *The Activities of the Foreign Press Service of the NSDAP in the United States*, Diss. Catholic University, Washington, D. C., 1961.

²⁶ Sander A. Diamond, *Germany and the Bund Movement in the United States, 1923–1938*, Diss. New York State University Binghamton, N. Y., 1971, S. 62, und Hans Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt/M. 1968, S. 93. Zur Rolle der AO gegenüber den Auslandsgruppen: Donald Mc Kale, *The Swastika outside Germany*, Kent/Ohio 1977.

²⁷ Spanknöbel (Würzburg) an Strauss (Gaulleiter Kanada, Detroit), 31. 5. 1933, PA III, Po 26, Bd. 21.

²⁸ Der Begriff des „Amerikadeutschen“ wurde von den Nationalsozialisten in Abgrenzung zum „Deutschamerikaner“ geprägt. Der Begriff sollte die „deutsche Art“ und das bestehende „völkische Bewußtsein“ des Auswanderers betonen und hervorheben, daß dieser nicht „Amerikaner“ geworden ist.

²⁹ Heinz Kloss, Überlegungen zu einem zweiten deutschamerikanischen Kongreß in Philadelphia am 6. Oktober 1933, in: *Volk und Reich 1* (1934), S. 67–69; Fritz O. Evers, *Plan eines deutschen Volksbundes*, in: *German-American Congress* (Hg.), *Sitzungsberichte und Erläuterungen*, New York 1932, New York Public Library.

³⁰ Luebke, *Germans*, S. 73; Walther A. Maier, *Pygmies in Parvitude*, *The Walther League Messenger*, Vol. 41, No. 9, April 1933, Concordia Historical Institute St. Louis/Mo.

rend nun das alte Deutschamerika respektvoll und bewundernd auf die nationale Erneuerung im Reich blickte, lehnte es dagegen die neueingewanderten Nationalsozialisten in den USA noch überwiegend ab. Den alten Herren der bürgerlichen Vereine erschienen Teutonia und Freunde des Neuen Deutschland als „Hotheads“ und politische „Krawallrowdies“, denen man sein politisches Geschick nicht anvertrauen wollte³¹. Auch hier wirkte Hitlers Machtergreifung erheblich auf die Wahrnehmung: Aus den früheren „Hotheads“ wurden nun offizielle Repräsentanten der NSDAP. Obwohl sich deren Benehmen meist nicht verändert hatte, konnten sie nun als offizielle Vertreter der Partei Kontakte mit den deutschen Vertretungen aufnehmen und repräsentierten die deutsche Erneuerungsbewegung im Ausland; zwei der einflußreichsten Persönlichkeiten des „alten“ Deutschamerika, Victor Ridder, Herausgeber der Staatszeitung und Theodore Hoffmann, Präsident der *Steuben Society*, bemühten sich nun um eine Audienz beim „Führer“³².

Die amerikadeutsche NS-Bewegung des „Bundes der Freunde des Neuen Deutschland“ trat an die Spitze der politischen Einigungsbewegung des Deutschamerikanertums und folgte einigen typischen Handlungsmustern der Nationalsozialisten zur totalitären Gleichschaltung Deutschamerikas:

1. Die Einführung des Führerprinzips.

Der Einflußbereich des Bundes, der von New York aus geleitet wurde, erstreckte sich über vier Gaue, nämlich den Osten, den Westen und den Mittleren Westen der USA und zunächst auch Kanada³³. Der Landesvertrauensmann der NSDAP-AO war in Personalunion Bundesführer. Er verfügte über eine absolute Weisungsbefugnis über Kreis-, Bezirks- oder Ortsgruppenleiter. Parallel entstand zunächst ein uniformierter und bewaffneter³⁴ Ordnungsdienst, eine Jugendorganisation und eine Frauengruppe, die ihre Wochenenden, Feste und paramilitärischen Aktivitäten in den – damals noch geringfügig vorhandenen – Freizeitcamps der Organisation verbrachten³⁵.

2. Die Errichtung eines Nachrichtendienstes und Propagandaapparates.

Da das eigene Organ, „Das neue Deutschland“, nur über eine beschränkte Auflage verfügte³⁶ und zudem als Parteizeitung klar zu erkennen war, suchte der Bund Fühlung mit alteingeführten deutschamerikanischen Presseorganen, die einem „nationalen“ Kurs nicht

³¹ „Erneuerung des Amerika-Deutschtums“, in: Vorposten, No.2, 1.11. 1930, S.3, AJA, Mss. Coll. # 202, Box 1; und Manuskript „We and America“, New Yorker Staatszeitung, 13.6. 1934: State University of New York (zukünftig SUNY), German Intellectual Emigre Collection, Friedrich Hare Tetens Papers, Ridder Files.

³² Gernot Heinrich Graessner, Deutschland und die Nazis in den USA 1933–1939, Phil. Diss. Bonn 1973, S.74; Sander A. Diamond, The Nazi Movement in the USA, Ithaca/N. Y., 1974, S. 169ff.; Bericht William Dodd and Cordell Hull, 26.7. 1935, NARA, RG 59, Box 5077.

³³ Kempff, Dt. Generalkonsulat Montreal, an AA 4.10. 1933, PA III, Po 26, Bd.16. Zur Entwicklung der Bewegung in Kanada vgl. auch Johnathan F. Wagner, Brothers beyond the Sea, National Socialism in Canada, Waterloo/Ontario, 1981.

³⁴ Die Bewaffnung wurde nicht durch Reichsbehörden gestellt, sondern basierte auf dem Recht zur privaten Bewaffnung, das in der amerikanischen Verfassung verankert ist. Vgl. The Constitution of the United States, Amendments to the Constitution of the United States, Bill of Rights 1791, Amendment II.

³⁵ Leland V. Bell, Anatomy of a Hate Movement: The German-American Bund, 1936–1941, Diss. Morgantown/V. A., 1968, S. 83 ff.

³⁶ Die Auflage des „Neuen Deutschland“ ist nicht bekannt. „Die Deutsche Zeitung“ dagegen erschien bereits 1933/34 mit einer Auflagenhöhe von 20–21 000 Exemplaren. HUAC-Hearings, H. R. 73 rd Congress, 2nd Session, New York City, October 16 and 17, 1934: Aussage Kruppa.

abgeneigt waren. Zunächst bot sich die „Deutsche Zeitung“ an, ein alt eingeführtes Blatt völkisch-nationalsozialistischer Kreise, die bereits für des Kaisers Propaganda verantwortlich waren. Ihre hauptsächlichsten Repräsentanten waren Georg Sylvester Viereck, Colonel Emerson und Frederick F. Schrader³⁷. Über die Leserschaft der „Deutschen Zeitung“ bot sich den „Freunden“ die Möglichkeit, in interessierte Leserkreise einzudringen, die der jungen Bewegung bisher noch kritisch gegenüberstanden. Eingeleitet wurde die Annäherung der Zeitung zu den Nationalsozialisten dadurch, daß der Leiter der „Bundesnachrichtenstelle“, Walter Kappe, dort Chefredakteur wurde. Die Herausgeber standen dieser politischen Haltung prinzipiell freundlich gegenüber und ließen gerne zu, daß das Deutsche Reich der finanziell in Schwierigkeiten geratenen Zeitung eine größere Summe über das Generalkonsulat in New York übersandte³⁸.

Versuche, andere große bürgerliche Tageszeitungen, wie die New Yorker Staatszeitung oder die Chicagoer Abendpost mit Gewaltandrohung zu einer freundlichen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zu nötigen, scheiterten zunächst. Später wurde auch diesen Blättern nachgewiesen, daß sie häufig kritiklos die Meldungen des Deutschen Nachrichtenbüros und des Transocean News Service, beide vom Propagandaministerium kontrolliert, veröffentlichten³⁹. Neben den Deutschen Volkstumsorganisationen, wie dem Verband des Deutschtums im Ausland (VDA) und dem Deutschen Ausland-Institut (DAI), das nun verstärkt seine propagandistische Aufmerksamkeit auch auf Deutschamerika lenkte⁴⁰, trugen vor allem einige Konsulate in den Hafenstädten wie in New York, Los Angeles oder San Francisco für die Verbreitung nationalsozialistischer Propagandaschriften die Verantwortung⁴¹.

3. Die Gleichschaltung deutschamerikanischer Großorganisationen.

Die Nationalsozialisten begannen Ende 1933 die Dachverbände der deutschamerikanischen Verbände gleichzuschalten. Anlaß dazu gab oftmals die Debatte um die Form der Feier des „Deutschen Tages“. In Verbindung mit völkischen Gruppen wie dem Stahlhelm hatten die Nationalsozialisten den Verband Völkischer Vereine (VVV)⁴² gegründet. Aufgrund der damit erreichten Mitgliederstärke beanspruchten sie eine höhere Delegiertenzahl, die die Stimmenmehrheit in den Vorständen der deutschamerikanischen Dachorganisationen ausmachte. Da sich die Delegiertenzahl der einzelnen Vereine tatsächlich über deren Mitgliederstärke errechnete, herrschte in den Großorganisationen teils Ratlosigkeit darüber, wie man einer nationalsozialistischen Delegiertenmehrheit begegnen sollte. Teilweise wurde jedoch der politische Coup des Bundes zunächst gar nicht als solcher wahrgenommen. In fast allen Großorganisationen des Deutschamerikanertums fielen nach De-

³⁷ Viereck, Emerson und Schrader stellten bereits 1914 ihre publizistischen Möglichkeiten in die Dienste des neugegründeten deutschen „Pressebüros“ in New York City, das für das deutsche Konsulat arbeitete.

³⁸ HUAC-Hearings, 73rd Congress, 2nd Session, New York City, Oct. 16 and 17, 1934: Aussage Kruppa.

³⁹ Memorandum R. E. Massey of conference held in office of Col. Mac Cormack, 17. 10. 1933, NARA, RG 59 Box 4729. Louis Nizer, *My Life in Court*, New York 1961.

⁴⁰ G. Moshack, DAI, an Dr. O. Schmidt (Chicago), 27. 10. 1933, Chicago Historical Society, O. Schmidt Collection, Box 14, Folder 11.

⁴¹ Ernst A. Hamburger, *A Peculiar Pattern of the Fifth Column: the Organization of German Seamen*, in: *Social Research* 9 (1942), S. 495–509. Summary Report on Activities of Nazi Groups and their Allies in Southern California, Vol. 1, Dec. 1936–1938, S. 44 ff. u. 83 ff.: California State University (CSUN), Community Relations Committee (CRC), Part I, Series V, Box 109.

⁴² Borchers, Dt. Generalkonsulat New York, an AA, 10. 7. 1935, PA III, Po 25, Bd. 5.

legiertenwahlen die Ämter des Vorsitzenden oder des Schatzmeisters führenden Bundesmitgliedern zu⁴³. Die häufig beträchtlichen Verbandsvermögen gerieten auf diese Weise fast immer in die Hände eines nationalsozialistischen Schatzmeisters und stockten so den Propagandaetat des „Bundes“ auf.

Der traditionelle „Deutsche Tag“ der Vereine entwickelte sich in der Jahren 1933/34 in der Öffentlichkeit zur Plattform eines Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung um das Vereinswesen. Die Nationalsozialisten wollten in möglichst authentischen deutschen SA- und HJ-Uniformen an der Parade teilnehmen, das Horst-Wessel Lied anstelle des Deutschlandlieds singen und die Hakenkreuzfahne als offizielle Fahne des Dritten Reiches hissen. Neben dem örtlichen diplomatischen Vertreter des Reiches bestanden sie darauf, den Festtagshauptredner zu stellen. Vereine, die auf eine politisch liberale, sozialdemokratische Tradition zurückblickten und später auch die Organisationen der Emigranten oder manche bürgerliche Vereine, die die Gefahr des Nationalsozialismus frühzeitig erkannten, hielten demgegenüber demonstrativ einen „German Anti-Nazi Day“ ab⁴⁴. Viele Großorganisationen und German Day Committees zerbrachen bereits im Vorfeld des Festes, da die Auseinandersetzungen über dessen Form unüberbrückbar wurden.

Je mehr die amerikadeutsche NS-Bewegung in der Öffentlichkeit auftrat, desto stärker reagierte die amerikanische Gesellschaft; und zwar zunächst diejenigen, die unmittelbar davon betroffen waren: Deutschamerikaner, die sich deutlich von den Nationalsozialisten abgrenzen wollten, und Juden⁴⁵.

Die amerikanische Regierung betrachtete das Problem der nationalsozialistischen Propaganda zunächst als eine außenpolitische, zwischenstaatliche Angelegenheit. Immerhin waren viele Mitglieder des Bundes der Freunde des Neuen Deutschlands noch deutsche Staatsbürger. Nur wenige der Neueingewanderten waren zu Beginn der dreißiger Jahre bereits naturalisierte Amerikaner. Die Protestnoten des Department of State konzentrierten sich deshalb zunächst auf die Tatsache, daß die volkspolitische Mobilisierung der Deutschamerikaner durch den Bund als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der USA“ betrachtet wurde⁴⁶. Das Deutsche Reich reagierte auf die Proteste der Vereinigten Staaten mit einem Verbot der Mitgliedschaft deutscher Reichsbürger im Bund der Freunde des Neuen Deutschland. Mitglieder der NSDAP, so hieß es, könnten nur noch als Einzelmit-

⁴³ Borchers, Dt. Generalkonsulat New York, an AA, 4. 11. 1933, PA III, Po 25, Bd. 4; Heuser, Dt. Generalkonsulat San Francisco, an AA, 25. 10. 1934: PA III, Po 25, Bd. 5. Dieter Berninger, Milwaukee's German-American Community and the Nazi Challenge in the 1930s, in: Wisconsin Magazine of History, Winter 1987/88, S. 118–142; Summary Report on the Activities of Nazi Groups and their Allies in Southern California, Vol. I, S. 177 ff., CSUN, CRC, Part I, Series V, Box 109.

⁴⁴ „Anti-Nazi German Day 1937“, Flugblatt der German-American League for Culture, NARA, RG 131, GAB-LAU, Box 1; vgl. auch Berninger, Community, und Stefan Heym, Nachruf, München 1988, S. 162; Nizer, Life; Jan-Christopher Horak, Anti-Nazi Filme der deutschsprachigen Emigration von Hollywood, Diss. Münster 1984, S. 58 ff. u. 106 ff.

⁴⁵ Pressemitteilung des „Staats-Herold“: „Julius Klein Resigns Editorship in Protest to Hitler-Editorial“, 31. 10. 1933, AJA, Mss. Coll. # 8, Box 3. Moshe Gottlieb, The First of April Boycott and the Reaction of the American Jewish Community, in: American Jewish Historical Quarterly 57 (1968), S. 516–556, hier S. 520, sowie Henry Friedländer u. Sybil Milton (Hg.), Archives of the Holocaust, Bd. 6: „Non Sectarian Anti-Nazi League to Champion Human Rights“, New York 1990.

⁴⁶ Raymond E. Murphy, National Socialism. Basic Principles, their Application by the Nazi Party's Foreign Organization, and the Use of Germans Abroad for Nazi Aims, Washington/D.C., 1943, S. 23 ff. u. 67 ff.; Jacobsen, Außenpolitik, S. 533.

glieder der Partei geführt werden, solange sie sich in den USA aufhielten. Dem Bund wurde hierdurch ein schwerer Schlag versetzt. Da NSDAP-Mitglieder nur noch als Einzelmitglieder von der AO geführt werden konnten, verlor er seine organisatorische Anbindung an die NSDAP im Reich und wurde so zum amerikanischen Verein⁴⁷. Über ein Drittel seiner Mitglieder, gerade die politisch besonders überzeugten und aktiven, waren deutsche Staatsbürger, die sich alle als „alte Kämpfer“ fühlten und nun dazu gezwungen waren, aus dem „Bund“, ihrem „Lebenswerk“, auszutreten⁴⁸.

Da die NSDAP jedoch das bisher Erreichte, eine Bewegung von ca. 15 000 im Deutschamerikanertum, keinesfalls preisgeben wollte, zumal diese bereits eine beachtliche Eigendynamik entwickelt hatte, arbeiteten Vertreter des Auswärtigen Amtes, verschiedener Deutschtumsinstitute und Parteistellen eine umfassende Konzeption für eine amerikadeutsche Volkstumspolitik aus. Nationalsozialistische Volkstumspropaganda wurde nun nicht mehr direkt über Parteivertreter in die USA geleitet, sondern gelangte – nach italienischem Vorbild – getarnt als „Kulturarbeit“ über die Initiative privater Kulturinstitute in die USA⁴⁹. Führend in der „praktischen Amerikaarbeit“ wie in der Kontaktnahme mit den USA wurde das DAI in Stuttgart, der Stadt der Auslandsdeutschen. Als eines der wenigen Volkstumsinstitute konkurrierte das DAI nicht mit der AO, sondern stand ihr auch aufgrund personeller Verflechtungen besonders nahe. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit verfügte das DAI über umfassendes Datenmaterial über die deutschen Auswanderer nach Übersee und hatte so institutionellen Zugriff sowohl auf Volks- wie auch Auslandsdeutsche⁵⁰. In umfassenden wissenschaftlichen Projekten sollten unter der Leitung des wissenschaftlichen Amerikaexperten im DAI, Heinz Kloss, Existenz und Identität eines Deutschamerika nachgewiesen werden. Anders als viele andere namhafte Amerikaexperten, etwa des Berliner Amerikainstitutes, wurde Kloss, der einer sozialwissenschaftlichen Richtung der Geschichtswissenschaft angehörte, die versuchte die deutsche Geschichte als „Volksgeschichte“ zu interpretieren⁵¹, in seinem Ansatz von den Nationalsozialisten politisch unterstützt. Schulen, Museen, Universitäten, sprach- und sippenkundliche Forschungen wurden von Kloss vorgeschlagen und in Zusammenarbeit mit deutschamerikanischen Vereinen und Instituten auf Anregung der Volksdeutschen Mittelstelle verfolgt. Historische, sippenkundliche und kartographische Forschungsergebnisse, wie sie beispiels-

⁴⁷ G. A. Müller, Dt. Generalkonsulat New York, an Josef Schuster, 31. 10. 1935, Bundesarchiv Koblenz (BAK), NS 20/127-1; Bohle an AA, 15. 6. 1934, PA III, Po 26, Bd. 19.

⁴⁸ Diamond, Germany, S. 131 und Arthur L. Smith, The Kameradschaft USA, in: Journal of Modern History 34 (1962), S. 398–408, hier S. 398.

⁴⁹ Botschafter Luther (Washington) an AA, 28. 6. 1935, Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C, Band IV, 1, Dok. 184, inkl. Anlage „Niederschrift über kulturpolitische Fragen in den Vereinigten Staaten“. Konträr zu Luthers Empfehlungen weist Strölin, ein überzeugtes NSDAP-Mitglied und Präsident des DAI, auf die Möglichkeiten einer explizit nationalsozialistischen Kulturpolitik hin: Bericht Strölins über seine Reise in die USA im September/Oktober 1936, PA IX, Po 2, Bd. 1. Aufzeichnung des VLR Freytag im AA, 11. 10. 1937: PA IX, Po 25, Bd. 3.

⁵⁰ Klaus Kipphan, Deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten, 1933–1941 (Amerikastudien, Beiheft 31), Heidelberg 1971, S. 44 ff. Ernst Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945, Ein Beispiel der deutschen Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976, S. 37 u. 41. Vgl. zur Systematik der Erfassung auch Götz Aly u. Karl-Heinz Roth, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984.

⁵¹ Vgl. Willi Oberkrome, Volksgeschichte, Methodologische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 101), Göttingen 1993.

weise aus dem erst 1975 veröffentlichten „Atlas-Projekt“⁵² hervorgingen, dienten dazu, deutschamerikanische Siedlungsgebiete in den USA akribisch zu verzeichnen und auf die angeblichen kultivatorischen und kultureltherhaltenden Verdienste besonders des deutschamerikanischen „Bauerntums“ hinzuweisen, die immer wieder mit den Leistungen des deutschen Bauern im Osten verglichen wurden⁵³.

Aus den Resten der FONG wurde der Amerikadeutsche Volksbund gegründet. Dies ging wahrscheinlich auf die Tagungsergebnisse des Vorkriegsdeutschamerikanertums von 1932 in New York zurück, die damals von Heinz Kloss als Mitarbeiter des DAI mit Interesse wahrgenommen wurden. Der neue Bund sollte das Konzept volkscultureller und politischer Elemente vereinigen und als Massenorganisation das gesamte Deutschamerikanertum zusammenfassen. Zu diesem Zweck erweiterte der Volksbund, der seinem Vorgänger stark ähnelte, in erster Linie seine soziale Attraktivität. Er entwickelte ein dichtes Netz sozialer Unterorganisationen und Programme zur Freizeitgestaltung, die der KdF-Bewegung glichen und den Volks- und Auslandsdeutschen einen Hauch „deutscher Gemütlichkeit“ vermittelten. Der „Volkserziehung“, besonders unter der amerikadeutschen Jugend, leisteten eigene Materialien wie auch Lehrbücher der reichsdeutschen Volkstumsorganisationen, mit denen der Volksbund überschüttet wurde, ihre Dienste. Paramilitärisches Training, aber auch die „gelebte Volksgemeinschaft“ in kleinen preisgünstigen Feriendörfern, wurden nun auf mehreren riesigen Privat-Grundstücken, den sogenannten Freizeitcamps ermöglicht. Bis 1938 gelang es dem Amerikadeutschen Volksbund, rund 30000 Deutschamerikaner zu organisieren⁵⁴, von denen die meisten ihr Naturalisierungsverfahren eingeleitet hatten und damit bereits teilweise über Bürgerrechte verfügten, eine Tatsache, die den Volksbund immer wieder zu der Behauptung verleitete, er sei eine rein amerikanische Organisation. Mit dieser Zahl repräsentierte der Volksbund die größte deutschamerikanische Organisation, die aus Einzelmitgliedern zusammengesetzt war. Ihre Mitgliederzahl entsprach etwa der der damaligen Communist Party of America⁵⁵. Die politische Führungselite des Volksbundes setzte sich weiterhin aus Nationalsozialisten zusammen. Der „Führer“ Fritz Kuhn liebte bombastische Rednerauftritte. Sein Verständnis von der seitens den US-Behörden geforderten Amerikanisierung der Organisation beschränkte sich auf die Kooperation und Öffnung gegenüber originär amerikanischen faschismusähnlichen Organisationen, die nun gemeinsam das Ziel einer politischen „christlichen Front“

⁵² Heinz Kloss, Atlas der im 19. und frühen 20. Jahrhundert entstandenen deutschen Siedlungen in den USA, Marburg 1975.

⁵³ Heinz Kloss an Stahmer, VOMI, 15. 2. 1938, Library of Congress, German Captured Records, DAI, Reel 474. Protokoll einer Sitzung des Amerika-Ausschusses des DAI, 3. 12. 1935, BAK, R 57 neu/912. Schreiben Stahmer (VOMI) an Fritz Kuhn, 20. 11. 1937, PA Kult VIA, Bd. 13. „Vorschläge für eine aktive Amerikaarbeit“, 28. 4. 1938 (freundliche Überlassung durch Sander A. Diamond). Heinz Kloss, Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika, 2 Bde., Essen 1940, S. 920; Katharina Reimann, Der Stand der Forschung über das Deutschtum in Wisconsin, in: Auslandsdeutsche Volksforschung 2 (1938), S. 533–543; Heinz Kloss, Entsprechungen im Nationalitätentengefüge Westeuropas und Nordamerikas, in: Volksforschung 4 (1940), S. 1–8; Ders., Geschichte der landwirtschaftlichen Zusammenschlüsse der Sprachdeutschen in Übersee, Braunschweig 1957.

⁵⁴ Der Vorsitzende des Un-American Activities Committee sprach von einer Zahl bis zu 100000 Mitgliedern; die genaue Mitgliederstärke ist extrem schwer festzustellen, da die Mitgliederlisten zerstört wurden und Schätzungen, wie die Martin Dies' von einem großen Sympathisantenkreis ausgehen, der auch Familienmitglieder und soziales Milieu der tatsächlichen Mitglieder einschließt. Vgl. Martin Dies, The Trojan Horse in America, New York 1940, S. 306.

⁵⁵ Harvey Klehr, The Heyday of American Communism. The Depression Decade, New York 1984, S. 365. Die Mitgliederzahl der Communist Party of America betrug 1935 circa 30000.

verfolgten⁵⁶, aber auch faschistoiden Gruppen des Auslandsitalienertums, der Weißrussen und Ukrainer in den USA⁵⁷. Den Charakter einer rein „volkulturellen“ Organisation konnte der Volksbund unter diesen Umständen nicht länger wahren. Infolge seines aggressiven Auftretens und seiner klaren politischen Ziele schwand aber auch sein Wert als Instrument des Reiches. Der Volksbund stand unter schärfster Überwachung und konnte den Verdacht, als Fünfte Kolonne der Nationalsozialisten zu agieren, nicht entkräften. Für die unmittelbaren Interessen des Reiches, nämlich die Amerikaner aus einem europäischen Krieg herauszuhalten, mußte eine andere politische, stärker „amerikanische“ Kraft gefunden werden.

Über die 1938 in Chicago, dem Zentrum der amerikanischen isolationistischen Bewegung, gegründeten *German American National Alliance* (GANA) aus über 300 einzelnen Vereinen mit rund 2000000 Mitgliedern versuchten weniger berichtigte politische Führer des nationalsozialistischen Deutschamerikanertums an die Tradition der National Alliance des Ersten Weltkrieges anzuknüpfen und gezielt über das Deutschamerikanertum in der Präsidentschaftswahl 1940 Stimmzettelpolitik zu betreiben. Äußerlich als amerikanische Organisation – ohne jegliche nationalsozialistische oder militaristische Ausprägung – auftretend, waren de facto auch hier nur „arische“ Mitglieder deutscher Abkunft zugelassen, die die amerikanische Staatsbürgerschaft besaßen⁵⁸. Ziel der GANA war es, ohne explizit die nationalsozialistische Weltanschauung zu propagieren, auf der politischen Ebene vor einer „Wiederholung des Unrechtes gegen die Deutschamerikaner von 1917“ vorzugehen. Die Alliance übte besonders über Presse und Rundfunk Einfluß auf das Deutschamerikanertum aus, das sich nicht mit der immer stärker diskreditierten und kriminalisierten Bewegung des Volksbundes solidarisieren wollte, sondern sich ähnlich wie ihr Vorgänger vor dem Ersten Weltkrieg mit überwiegend isolationistischer und antibritischer Propaganda befaßte. Die Alliance wurde im Jahre 1941 vom militärischen Geheimdienst G-2 folgendermaßen eingeschätzt. „The G.A.N.A. constitutes just about the most subversive un-American influence which has ever been discovered in this country by Dies Committee of anyone else interested in American democracy. And I venture to say the G.A.N.A. is a thousand times more dangerous and vicious than the Bund has ever been or will ever be. The Bund has never denied the reason for its existence.“⁵⁹

Für die von einem multiethnischen Konsens getragene Gesellschaft der Vereinigten Staaten und die amerikanische Regierung stellten der Volksbund und verwandte Organisatio-

⁵⁶ Glenn Jeansonne, Gerald L. K. Smith, Minister of Hate, Yale/Conn. 1988; Suzanne C. Ledeboer, The Man who would be Hitler: William Dudley Pelley, in: California History 65 (1986), S. 126–136; David H. Bennett, The Party of Fear, From Nativist Movements to the New Right in American History, Chapel Hill/N. C. 1988; Ders., Demagogues in the Depression, American Radicals and the Union Party 1932–1936, New Brunswick/N. J. 1969; Charles Higham, American Swastika, New York 1985. Bericht über die „American Christian Conference“ in Kansas City unter dem Vorsitz von George Deatherage, 20. 8. 1937, AJA, Mss. Coll. # 8, Box 1.

⁵⁷ Philip V. Cannistraro, Fascism and Italian Americans (Perspectives in Italian Immigration and Ethnicity), New York 1977; John J. Stephan, The Russian Fascists, Tragedy and Farce in Exile 1925–1945, New York 1978.

⁵⁸ HUAC-Hearings, 78th Congress, 1st Session, H. Res. 282, Appendix Part VII, Report on the Axis Front Movement in the U. S., 1st Session: Nazi Activities, Washington/D. C. 1943.

⁵⁹ Confidential Memorandum on German American National Alliance by S. V. Constant, Acting Chief of Staff G-2, Headquarters Second Corps Area N. Y., 17. 7. 1941, NARA, RG 165, MID, 10110-2723, Box 2857. Der republikanische Abgeordnete Martin Dies war Vorsitzender des zweiten, häufig nach ihm benannten „Committee to Investigate Un-American Activities“.

nen zunehmend ein erhebliches Bedrohungspotential für die staatsbürgerliche Loyalität der deutschen Volksgruppe dar. Mit der Annexion des Sudetenlandes 1938 und der wachsenden Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges verschärfen sich diese Befürchtungen. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt untermauerte amerikanische Ängste gegenüber einem Zusammenwirken der antidemokratischen Kräfte auch in ihrem Lande⁶⁰. Mit der wachsenden Erkenntnis, daß nationalsozialistische Propaganda in den Vereinigten Staaten zu einem innenpolitischen Problem wurde, erhoben die amerikanische Regierung, aber auch gesellschaftliche Kräfte den Begriff *Americanism* zum Schlagwort für Toleranz, Pluralismus, nationalen Zusammenhalt und die Aufrechterhaltung des demokratischen Wertesystems. Der Begriff bot den Ansatzpunkt dazu, einen eigenen nationalen Mythos zu propagieren und gleichzeitig ein schärferes rechtliches Vorgehen gegen *aliens* in der amerikanischen Gesellschaft zu legitimieren. Nicht zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte war der Nation vor Ausbruch eines internationalen Konfliktes *Americanism* als nationaler Einigungsfaktor vor Augen geführt worden. Bereits während des Ersten Weltkrieges überzog die USA eine nationalistische Welle, die sich gegen alles richtete, was nicht „100 % American“ war; und bereits damals bildeten Deutschamerikaner und deutsche Propaganda einen bevorzugten Angriffspunkt⁶¹. *Un-Americanism* wurde zum Gegenmodell des amerikanischen Ideals gebrandmarkt. So wurde das vom demokratischen Abgeordneten Samuel Dickstein Ende des Jahres 1933 ins Leben gerufene Untersuchungskomitee des Repräsentantenhauses, des *Committee to Investigate Nazi and Other Propaganda Activities*, das den nationalsozialistischen Einfluß auf Deutschamerika aufdecken sollte, 1937 umbenannt zum ersten *Committee to Investigate Un-American Activities*⁶².

Vor dem welt- wie vor dem innenpolitischen Hintergrund geriet die Justiz der Vereinigten Staaten unter Handlungsdruck. In der amerikanischen Öffentlichkeit entbrannte eine Diskussion um die Frage, wie man „un-amerikanische“ Bewegungen bekämpfen könne, ohne dabei Grundrechte und Grundwerte wie das Recht zur freien Meinungsäußerung oder der Versammlungsfreiheit zu verletzen⁶³. Immerhin war das mögliche Bedrohungspotential aus amerikanischer Sicht groß. Neben die rund neun Millionen Amerikaner, die noch in Deutschland geboren waren, traten Ukrainer, Italiener und Iren, deren Loyalität aufgrund faschistischer oder antibritischer Bewegungen fragwürdig war. Ihre Zahl betrug insgesamt ca. 20 Millionen⁶⁴. Man befürchtete nicht zuletzt interethnische Konflikte in

⁶⁰ Bradley Smith, *The Shadow Warriors, O.S.S. and the Origins of the C.I.A.*, New York 1983, S. 65; Frank C. Hanighen, *Foreign Political Movements in the United States*, in: *Foreign Affairs* 16 (1937), S. 1–20; „Axis Voices among the Foreign-Born“, in: *Propaganda Analysis* IV, No. 9, 1. 8. 1941, S. 1–10.

⁶¹ Jörg Nagler, *Victims of the Home Front: Enemy Aliens in the United States during the First World War*, in: Panikos Panayi (Hg.), *Minorities in Wartime*, Oxford 1993, S. 191–215. John Higham, *Strangers in the Land, Patterns of American Nativism 1860–1925*, New York 1984, S. 195.

⁶² Vgl. Dies, *Trojan Horse*; Walter Goodman, *The Committee: The Extraordinary Career of the House Committee on Un-American Activities*, New York 1968. August R. Ogden, *The Dies Committee. A Study of the Special House Committee for the Investigation of Un-American Activities 1938–1944*, Washington/D. C. 1945.

⁶³ „How shall we meet Nazi propaganda?“, in: *The Nation*, 8. 11. 1933, S. 526; Sinclair Lewis, *It can't happen here*, New York 1935; George Britt, „Poison in the Melting Pot“, in: *The Nation*, 1. 4. 1939, S. 374–376. Vgl. auch *The Constitution of the United States, Amendments to the Constitution of the United States, Bill of Rights 1791, Amendment I, Freedom of Religion, Speech and the Press, Right of Assembly*.

⁶⁴ Memorandum der Military Intelligence Division G-2, War Department, o. D., NARA, RG 165, Entry 77, Box 3211. Louis Gerson, *The Hyphenate in Recent American Politics and Diplomacy. Lawrence/Kansas 1964*, S. 132 ff.

den städtischen Ballungszentren der verschiedenen Communities⁶⁵. Die identitätsbildenden liberalen Traditionen des Landes verboten es, Grundwerte wie das Recht zur freien Meinungsäußerung kurzerhand außer Kraft zu setzen. Ausländer, Privatpersonen oder Einzelmitglieder einer Partei, die „ausländische Propaganda“ betrieben, konnten nur dann als solche ausgewiesen werden, wenn sie gegen ein amerikanisches Bundesgesetz verstießen. Selbst die Tatsache, daß ein ausländischer Staatsbürger in den USA Propaganda für eine fremde Regierung betrieb, stellte noch keinen Tatbestand für eine Deportation dar. Voraussetzung hierfür war der Nachweis, daß diese Propaganda den Umsturz der amerikanischen Regierung und ein Außerkraftsetzen der Verfassung bezwecke. Trotz der umfangreichen Ergebnisse des Dies-Untersuchungsausschusses gelang es nicht, einem der Führer des Volksbundes dieses Ziel nachzuweisen. Während auf Bundesebene lange über ein mögliches gesetzgeberisches Vorgehen beraten wurde, erließen die besonders betroffenen Einzelstaaten wie New York und New Jersey eigenständig Gesetze, die die Handlungsfähigkeit des Volksbundes beschränkten, ihm die soziale Attraktivität nahmen und diesem gleichzeitig enorm hohe Verfahrens- und Anwaltskosten auferlegten. Im April 1935 verabschiedete der Staat New Jersey die „Rafferty Bill“, die erstmals Propaganda, die zur Diskriminierung sozialer Gruppen aufrief oder diese diffamierte, unter Strafe stellte⁶⁶. Wie umstritten diese Einschränkung der Redefreiheit war, zeigt, daß im Jahre 1940, als der Bundesleiter des „Gauges Ost“ des Volksbundes, August Klapprott wegen der Verbreitung von „hate propaganda“ und Rassenhaß in New Jersey angeklagt und paradoxerweise von der hochgeachteten und amerikanischen Idealen verpflichteten *American Civil Liberties Union* verteidigt wurde⁶⁷. So gelang es den amerikanischen Gerichten auch nicht, den „Führer“ des Amerikadeutschen Volksbundes und Kopf der Bewegung, Fritz Kuhn, aus politischen Gründen aus dem Verkehr zu ziehen. Erst im Dezember 1939 hatte der New Yorker Anwalt und republikanische Präsidentschaftskandidat Thomas Dewey Erfolg damit, Kuhn in einem Verfahren wegen Veruntreuung von Vereinsgeldern und Steuerhinterziehung für mehrere Jahre hinter Gitter zu bringen⁶⁸.

Auf der Basis der Ergebnisse, die das *Committee to Investigate Un-American Activities* erarbeitet hatte, leitete das State Department 1938 juristische Maßnahmen zur Erfassung derjenigen Personen ein, die als „Agenten ausländischer Regierungen“ bezeichnet werden konnten und die im Rahmen des *McCormack Act* im Juni 1938 gezwungen wurden, sich als solche registrieren zu lassen⁶⁹. In den Jahren 1939 und 1940 folgte die amerikanische Regierung diesem Muster mit der Verabschiedung des *Hatch Act*, der *La Follette Bill* und des *Selective Service Act*, die alle eine Ausgrenzung von Mitgliedern des Volksbundes

⁶⁵ Ronald H. Bayor, *Neighbors in Conflict, The Irish, Germans, Jews and Italians of New York City, 1929–1941*, Baltimore u. London 1978.

⁶⁶ Morris Schonbach, *Native American Fascism during the 1930s and 1940s*, New York 1985, S. 369 und Gesetzentwurf des State of New Jersey, Assembly No. 257, introduced Jan. 28, 1935 by Mr. Rafferty and referred to Committee on Judiciary, NARA, RG 131, GAB, Entry 1, Box 22.

⁶⁷ Vgl. Brief of American Civil Liberties Union as Amicus Curiae, State of New Jersey vs. August Klapprott et al., n.D., NARA, RG 131, GAB, Entry 7, Box 2. Der Fall Klapprott hat in der rechtswissenschaftlichen Literatur als „Präzedenzfall“ Beachtung gefunden, da sich das Rechtssystem bisher nur in Fällen der persönlichen Beleidigung, nicht aber in Fällen einschaltete, in denen gesellschaftliche Gruppen diffamiert wurden. Schonbach, *Native American Fascism*, S. 374 ff.

⁶⁸ C. J. Russel, Treasury Department to Attorney General, 22. 10. 1937, NARA, RG 60, 235343 (3)–(8). Bell, *Anatomy*, S. 240.

⁶⁹ United States Statutes at Large vol. 52 (1938), hg. v. U. S. Congress, Washington/D. C., 1938, S. 631 ff., Public Law, No. 583.

oder verwandter Organisationen aus dem öffentlichen Dienst, dem Außenhandel und staatlichen *Work Projects* bedeuteten. Ihren Höhepunkt erreichte die amerikanische Gesetzgebung Mitte 1940 im *Alien Registration Act*, der jeden Ausländer in den USA einer polizeilichen Meldepflicht unterstellte⁷⁰. Neben der Registrierung derjenigen Deutschamerikaner, deren Naturalisierung noch nicht eingeleitet oder abgeschlossen war, brachte auch die zunehmende geheimdienstliche Überwachung deutscher Viertel und Vereine eine Vorstufe zur *Enemy Alien Control*, die mit dem Kriegszustand im Dezember 1941 einsetzte.

Problematisch erwies sich jedoch die Einschätzung und Kontrolle deutschfreundlicher Bewegungen, die sich äußerlich noch im Rahmen der amerikanischen Gesetze bewegten. Hierunter fielen die *GANAs*, die *Steuben Society* und viele alteingesessene Organisationen, die amerikanische Bewegungen wie den Isolationismus unterstützten.

Offensichtlich konnte nur über eine intensive geheimdienstliche Überwachung durch das *Office of Strategic Services* (OSS), FBI und militärischen Geheimdienst die politische Zuverlässigkeit eines „Deutschamerika“ überprüft werden. Abschreckendes „Vorbild“ zur Rechtfertigung dieser Maßnahmen waren die Aktivitäten der nationalsozialistischen Auslandsgruppen in Europa, in der Schweiz, Holland, der ČSR und Polen. Auch wenn die Befürchtungen der Amerikaner bezüglich deutschamerikanischer Loyalitätsprobleme sicherlich weit übersteigert waren, so schien es ihnen unerlässlich, regelmäßig detaillierte Informationen über deren politische Befindlichkeit einzuholen⁷¹. Während explizit nationalsozialistische Organisationen seit dem Kriegseintritt verboten waren, betätigten sich deren frühere politische Köpfe doch häufig noch in anderen Vereinen im Schutze des Milieus der Community innerhalb des ethnischen Viertels im Untergrund. Heimatverbundenheit, Kulturpflege und Traditionsbewußtsein, wie sie von der deutschen Vereinswelt traditionell repräsentiert wurden, waren nun kaum noch vom Tatbestand des „Loyalitätsbruches“ zu unterscheiden. Häufig waren deutschamerikanische Einrichtungen seit 1933 zum Instrument nationalsozialistischer Propaganda geworden. Dies lag selten an einer willentlichen Unterstützung des Nationalsozialismus, sondern an der mangelnden Kritikfähigkeit gegenüber dem wirklichen Charakter des NS-Regimes und seiner Taktik. So veröffentlichte etwa ein Großteil der deutschamerikanischen Presse kritik- und kommentarlos die Meldungen der deutschen Nachrichtenbüros⁷².

Im Februar 1942 teilte ein Bericht des Foreign Nationalities Branch des OSS die Deutschen von Yorkville, dem deutschen Viertel Manhattans, in fünf Gruppen ein, die landesweit als repräsentativ gelten konnten: „American Patriots“, „those with a guilty conscience“, „the family and business minded“, „German socialists and democrats“ und „Refugees“⁷³. Besonders auffallend, so der Beobachter, sei, daß der lautstark demonstrierte ameri-

⁷⁰ Ebd., vol. 54 (1939–1941), S. 670ff.: Alien Registration Act, Public No. 670, 28. 6. 1940.

⁷¹ Smith, *Warriors*, S. 20 u. 97.

⁷² Zur politischen Tendenz der New Yorker Staatszeitung: Friedrich Wilhelm Förster und Tete Hare Tetens, *Open Letter to the „Loyal Americans of German Descent“*, New York 1943; Nizer, *Life*; Anklageschrift Louis Nizer: Summary of Louis Nizer made to the Jury in the case of Dr. Friedrich Wilhelm Förster vs. Victor F. Ridder: SUNY, GIEC, Tetens papers, (unprocessed) Ridder Files. Als weiterer großer pro-nationalsozialistischer Presse-Konzern können die „National Weeklies“ mit Sitz im Mittleren Westen der USA gelten, hierzu: Walter Kappe, *Die Deutsche Presse in Übersee*, in: *Deutschtum im Ausland*, Sonderheft: *Deutsche Presse 21* (1938), S. 334–364; und Bericht Lt. Julius Klein, 33 rd Division „Behind the Nazi Activities“, 27. 10. 1941: NARA, RG 226, Int. 13 GE 192.

⁷³ Memorandum der FNB (Foreign Nationalities Branch) vom 5. 2. 1942, NARA, RG 226, Int. 13 GE 510.

kanische Patriotismus hier „brandnew“ sei, gleichwohl aber die Zahl der unorganisierten Befürworter des Nationalsozialismus als sehr hoch eingeschätzt werden könne. Dieser Personenkreis sei nun unter denjenigen „Patrioten“ zu finden, die sich für die isolationistische Bewegung einsetzten und statt den nationalsozialistischen Propagandablättern, diejenigen amerikanischer, faschismusähnlicher „Führer-Bewegungen“ rezipierten. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Berichte aus dem Mittleren Westen, z.B. aus Chicago, dessen rund 900 deutsche Vereine mit 100 000 Mitgliedern zu 50 % als „fascistminded“ betrachtet wurden⁷⁴ – auch hier verblaßten die Grenzen zwischen einer „amerikanischen“ isolationistischen Grundhaltung, wie sie bei vielen Farmern im Mittleren Westen vertreten war und der Meinung der zur Amerikanisierung gedrängten Deutschamerikaner.

Eine große Zahl organisierter Deutschamerikaner zog sich völlig verunsichert aus der Vereinswelt zurück. Bis zum Ende des Jahres 1942 wurde von keinem der großen bürgerlichen Traditionsvereine oder Dachorganisationen, die in den vorhergehenden Jahren das „Neue Deutschland“ zuweilen bewunderten und sich von diesem gerne als Teil der „Volksgemeinschaft“ betrachten ließen, einen Versuch unternommen, sich deutlich vom nationalsozialistischen Deutschland, das nun Kriegsgegner war und über das hinreichend Informationen vorlagen, abzugrenzen.

Deutschamerikanisches Leben war noch während des Krieges vom Gespenst des „Nazi“, des illoyalen Deutschen, geprägt. Während sich Vertreter der sozialdemokratischen Vereine aus dem Vorkriegsdeutschamerikanertum vom FBI anwerben ließen und deutsche Emigranten in großer Zahl dem OSS und dessen Foreign Nationalities Branch ihren Sachverstand liehen, hielten es diejenigen, die sich bis zur Kriminalisierung nationalsozialistischer Aktivitäten mindestens im Umfeld nationalsozialistischer Volkstumspolitik bewegt hatten, erst 1942 für angebracht, sich vom Nationalsozialismus deutlich zu distanzieren und als loyale Amerikaner auszuweisen. Die Organisation der *Loyal Americans of German Descent* sollte nun ein deutliches politisches Zeichen setzen. Das Gegenteil trat ein und beschrieb die politische Zerrissenheit „Deutschamerikas“ und dessen mangelnde politische Kritikfähigkeit nach einem Jahrzehnt nationalsozialistischer Volkstumspropaganda: Zwei politische Emigranten, Friedrich Hare Tetens und Friedrich Wilhelm Förster, beide verfügten über langjährige Erfahrungen im Kampf gegen deutsche Auslandspropaganda und „deutschen Militarismus“, zogen gegen die neue „loyale“ Organisation vor ein amerikanisches Gericht. Sie konnten den Gründungsvätern, in erster Linie der einflußreichen New Yorker Verlegerfamilie Ridder, beweisen, daß diese selbst als Herausgeber der „Staatszeitung“ für die Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda verantwortlich waren⁷⁵. Jede Glaubwürdigkeit gegenüber denjenigen, die nun versuchten, ihre politische Haltung ins rechte Licht zu rücken, war damit geschwunden.

Bis heute bestimmen die Vorgänge der Jahre 1933–1941 die deutschamerikanische Identität: Das Image des deutschen Einwanderers als illoyaler „Nazi“ hat eine große Zahl von Deutschamerikanern zu einer raschen Amerikanisierung bewogen⁷⁶, die so versuchten, ihre staatsbürgerliche Treue zu unterstreichen. Damit haben die nationalsozialistischen Versuche, das Deutschamerikanertum zu renationalisieren, ihr Ziel verfehlt. Aber auch

⁷⁴ Memorandum der FNB, gez. M. W. Fodor, 4. 4. 1942: NARA RG 226, Int. 13 GE 70.

⁷⁵ Nizer, *Life*.

⁷⁶ Helmut Kuhn, *Die Deutschen von Manhattan*, in: *Die Zeit*, Nr. 25, 19. 6. 1992, S. 19 und Stephen Loewenstein, *Frankfurt on the Hudson: the German-Jewish community of Washington Heights, 1933–1983. Its structure and culture*, Detroit/Milw., 1989.

diejenigen, die sich ihrer deutschen Herkunft noch bewußt sind, leben heute durch die nationalsozialistischen Ereignisse getrennt. Als bestes Beispiel hierfür kann die Entwicklung zweier Viertel Manhattans gelten, die von ihren deutschen Bewohnern geprägt wurden, aber zwei getrennte Welten darstellen: das alte deutsche Viertel Yorkville, wo die ehemalige Hauptgeschäftsstelle des Volksbundes residierte und das, strikt getrennt vom Leben des in den dreißiger Jahren parallel in Manhattan entstandene „Washington Heights“, dem Einwandererviertel jüdischer deutscher Emigranten, noch heute existiert. Obwohl die Bewohner der beiden Viertel ihre „deutsche“ Kultur pflegen, unterscheidet sich deren Umgang mit Beriffen wie „Heimat“ und „Kultur“ bis heute und verbietet jede Annäherung.

VI. Regionalismus und Zentralismus
in außerdeutschen faschistischen Bewegungen
und autoritären Regimen

Roger Engelmann

Regionalismus und Zentralismus in der faschistischen Bewegung Italiens

Italien war Mitte des 19. Jahrhunderts lediglich ein geographischer Begriff und seine Landkarte war territorial fast ebenso bunt wie die des Deutschen Bundes. Zwar hatte sich seit der Renaissance so etwas wie eine italienische Kulturnation herausgebildet, doch der italienische Nationalstaat, der 1859–1870 als Ergebnis eines ausgeprägten Machtwillens des sardisch-piemontesischen Königshauses und einer bürgerlichen Volksbewegung entstand, war gesellschaftlich und kulturell ein äußerst heterogenes Gebilde. Diese Heterogenität fand allerdings keinen Ausdruck im politischen System des jungen Staates. Anders als in Deutschland, wo ein großer Teil der Dynastien den Einigungsprozeß überstand und das föderale Prinzip damit in der Reichsverfassung verankert wurde, fegte die Einigungsbewegung in Italien mit Ausnahme des Hauses Savoia, das sich an ihre Spitze gestellt hatte, die Obrigkeiten des Ancien Regime – Bourbonen, Habsburger und den Kirchenstaat – hinweg.

Das gleichsam logische Resultat dieses Prozesses war ein ausgeprägter staatlicher Zentralismus nach französischem Muster – als Ausdruck der gewonnenen nationalen Einheit und als Mittel zur politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Vereinheitlichung¹. In den einzelnen Provinzen walteten mit erheblichen Machtmitteln ausgestattete, prinzipiell nicht in der Region beheimatete Präfekten als Vertreter der Regierung. Bürgermeister und kommunale Vertretungen hatten vergleichsweise geringe Kompetenzen; sie konnten zudem kurzerhand abgesetzt und durch einen staatlichen Kommissar ersetzt werden, wenn sie sich Verfehlungen zuschulden kommen ließen. Für die öffentliche Ordnung sorgten die Carabinieri, eine streng militärisch organisierte Polizei, die gleichzeitig Teil der Armee war und bei der Einheiten und Offiziere grundsätzlich nicht in ihrer Heimatregion eingesetzt wurden.

Das politisch bürgerlich-liberale, strukturell obrigkeitsstaatliche Königreich Italien war nur begrenzt erfolgreich bei der Einbindung breiter Bevölkerungskreise in den Nationalstaat. Zentralistische staatliche Strukturen und die überkommene Verhaftung großer Teile der Gesellschaft in lokalistisch-regionalistischen sozialen Zusammenhängen und kulturellen Orientierungen begründeten einen bis heute erkennbaren politisch-sozialen Spannungszustand zwischen „paese legale“ und „paese reale“, zwischen Staat und Gesellschaft.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war Italien bis auf einige industrielle Zentren im Norden noch vorwiegend agrarisch strukturiert². Die ländliche Bevölkerung aber verharr-

¹ Zum Ursprung des italienischen Verwaltungszentralismus Giorgio Candeloro, *Storia dell'Italia moderna*, Bd. 5: *La costruzione dello Stato unitario*, 9. Aufl. 1979, S. 401–414; Guido Pescosolido, *Stato e Società 1870–1898*, in: Renzo De Felice (Hg.), *Storia dell'Italia contemporanea*, Bd. 1, Neapel 1976, S. 66–70; Ernesto Ragionieri, *La storia politica e sociale*, in: *Storia d'Italia. Dall'Unità a oggi*, Bd. 4, Turin 1976, S. 1685–1705.

² Vgl. Emilio Gentile, *L'età giolittiana 1899–1914*, in: Renzo De Felice (Hg.), *Storia dell'Italia contemporanea*, Bd. 2, Neapel 1977, S. 43–60.

te mehrheitlich in Distanz zum Staat, nationale Identität war auf dem Lande – wie auch in der Industriearbeiterschaft – schwach ausgebildet. Eine „Nationalisierung der Massen“³ war weitgehend ausgeblieben. Diese Bevölkerungsschichten, in der italienischen Terminologie treffend „classi subalterne“ genannt, orientierten sich, wenn sie nicht politisch indifferent waren, entweder in traditioneller Weise am Katholizismus oder an den verschiedenen sogenannten subversiven politischen Strömungen: Anarchismus, Syndikalismus, Sozialismus. Es handelte sich um politisch-kulturelle Orientierungen, die von Staatsferne oder gar Staatsfeindlichkeit und von einem zumindest distanzierten Verhältnis zur Nation zeugten. Im primär agrarisch und kleingewerblich strukturierten Italien dominierten kleinere soziale Bezugssysteme: die Familie, die Gemeinde und zunehmend die Genossenschaft und der Arbeiterverein.

Daß große Teile der Bevölkerung wenig Anteil an den sogenannten nationalen Schicksalsfragen nahmen, zeigte sich nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Es bedurfte eines geheimdiplomatischen Ränkespiels der Regierung Salandra/Sonnino und des unerhörten Aktivismus eines neuartigen politischen Konglomerats, der sogenannten Interventionisten, um den Kriegseintritt gegen die Mehrheit der Neutralisten in Parlament und Bevölkerung durchzusetzen⁴.

Bei den Interventionisten fanden unterschiedlichste politische Kräfte zusammen: Das Spektrum reichte von der jungen Gruppierung der Nationalisten sowie nationalistisch und kulturpessimistisch gewendeten Rechtsliberalen über eine kleine rechtssozialistische Gruppierung um Leonida Bissolati und die linksdemokratischen, in der Tradition von Mazzini und Garibaldi stehenden Republikaner bis hin zu den sorelianisch beeinflussten Ideologen und Aktivisten des revolutionären Syndikalismus, zu denen sich vereinzelt auch geistesverwandte Angehörige der radikalen, sogenannten „maximalistischen“ Strömung der Sozialisten gesellten – als Prominentester der Chefredakteur des sozialistischen Zentralorgans „Avanti!“, Benito Mussolini.

So unterschiedlich die politische Herkunft der einzelnen Gruppierungen des interventionistischen Lagers auch war, es schälte sich im Verlauf des Krieges, durch den gemeinsamen Kampf an der „inneren Front“ gefördert, viel Gemeinsames heraus. Nach dem Durchbruch deutscher und österreichischer Truppen bei Caporetto im Oktober 1917 waren ideologische Unterschiede gerade zwischen den Nationalisten und den ehemaligen Revolutionären, also den extremen Flügeln des interventionistischen Lagers, kaum noch zu erkennen. Gemeinsam war der Ruf nach dem starken Staat, der den vermeintlichen oder tatsächlichen Defätismus mit unbarmherziger Härte bekämpfen und die totale Mobilisierung der Gesellschaft für den Krieg gewährleisten sollte⁵. Diese als „Jakobinertum“ ausgegebene Haltung, die an der Wiege der faschistischen Bewegung stand und schon im Keim „totalitäre“ Züge trug, wurde in der Friedenszeit perpetuiert; sie implizierte einen starken zentralistischen Staat und ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber sozialer und regionaler Autonomie, waren dies doch in den Augen der Faschisten und Nationalisten zersetzende Elemente, die eine maximale nationale Kraftentfaltung – im Krieg wie im Frieden – behinderten.

³ Begriff in lockerer Anlehnung an George L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich*, Berlin 1976.

⁴ Gute Überblicksdarstellung bei Giorgio Candeloro, *Storia dell'Italia moderna*, Bd. 8: *La prima guerra mondiale, il dopoguerra, l'avvento del fascismo*, 2. Aufl. Mailand 1979, S. 35–117.

⁵ Vgl. Renzo De Felice, *Mussolini il rivoluzionario (1888–1920)*, Turin 1965, S. 386–399.

Die Präferenz für einen ausgeprägten staatlichen Zentralismus war freilich nicht explizit in der wenig substantiellen und sehr fluiden Programmatik des Ursprungsfaschismus enthalten, sie ergab sich aber aus dem politischen Primat der „italianità“, dem nationalistischen Grunddogma der Bewegung, das ihren Ausdruck in der Parole: „Die Nation vor allem, die Nation über allem!“ fand⁶. Hierbei handelte es sich um die einzige programmatische Aussage des Faschismus, die wirklich langfristigen Bestand hatte.

Die organisatorische Struktur der faschistischen Bewegung entwickelte sich dagegen alles andere als zentralistisch. Schon die ursprüngliche politisch-strategische Konzeption der „Fasci di Combattimento“, die an die „Einheitsfront“ der Interventionisten der Kriegszeit anknüpfte und die Doppelmitgliedschaft in anderen „nationalen“ Gruppierungen und Parteien ausdrücklich vorsah, widersprach einem rigiden Zentralismus. Auch das Verhältnis des Zentralkomitees der „Fasci“ in Mailand zur Peripherie der jungen und heterogenen Bewegung war in der Frühzeit naturgemäß locker, handelte es sich doch um eine „Antipartei“, die den Bewegungscharakter herauskehrte, um als Bindeglied und Avantgarde im „nationalen“ Lager fungieren zu können⁷.

Doch diese Politik war wenig erfolgreich, wie sich bei den Parlamentswahlen im November 1919 zeigte. Nahezu in jedem Wahlkreis stellten sich die „Fasci“ in einem anders gearteten Bündnis zur Wahl. Eine Ausnahme bildete Mailand, wo sich das interventionistische Lager heillos zerstritten hatte und die Faschisten sich stark genug fühlten, allein anzutreten. Ungeachtet der unterschiedlichen Listenkonstellationen endeten die Wahlen mit einem großen Fiasko für alle interventionistischen Gruppierungen, Parteien und Wahlbündnisse. Die großen Sieger waren der katholische „Partito popolare“ und die Sozialisten, also jene Parteien die von den Interventionisten als defätistisch und antinational gebrandmarkt worden waren⁸.

Obwohl es sich bei den Sozialisten und dem Partito popolare um große, landesweit organisierte Parteien handelte und die sozialistische Partei zudem den Internationalismus auf ihr Banner geschrieben hatten, war das Bekenntnis zum politischen Credo des politischen Katholizismus oder der sozialistischen Bewegung nicht selten mit einer Verhaftung in lokalen und regionalen Zusammenhängen und Traditionen verbunden. Etwas überspitzt formuliert, könnte man von „vor-risorgimentalen“ oder gar „anti-risorgimentalen“ Orientierungen sprechen. Bei der katholisch geprägten Landbevölkerung Venetiens etwa drückte sich die Verbundenheit mit regionalen Traditionen zuweilen in einer gewissen K.-und-K.-Nostalgie aus, im „austriacantismo“, wie es abschätzig in der Propaganda der Nationalisten hieß. Auch die sozialrevolutionäre Unruhe der Landarbeiterligen der Poebene stand stärker in der Tradition lokalistischer Rebellionen des 19. Jahrhunderts als so manche weltrevolutionäre Verbrämung der sozialistischen Propaganda vermuten läßt.

⁶ Benito Mussolini, *La prima adunata fascista*, in: *Il Popolo d'Italia*, 6. 10. 1919, zit. n. Emilio Gentile, *Storia del partito fascista 1919–1922. Movimento e milizia*, Rom 1989, S. 48.

⁷ Vgl. De Felice, *Mussolini il rivoluzionario*, S. 504–571; Gentile, *Partito fascista*, S. 21–59; Adrian Lyttelton, *The Seizure of Power, Fascism in Italy 1919–1926*, London 1973, S. 42–52.

⁸ Alle Parteien, deren Ursprung auf das Risorgimento zurückgingen, mußten bei den Wahlen des Jahres 1919 herbe Verluste einstecken: Gegenüber 1913 fiel die Zahl der Abgeordneten der Liberalen und Demokraten von 310 auf 179, die des Partito radicale von 73 auf 38, die des Partito repubblicano von 17 auf 9. Im interventionistischen Lager konnten lediglich die Sozialreformisten mit 17 Abgeordneten den Stand von 1919 halten. Die Wahlliste des Kriegsteilnehmerverbandes, der den Faschisten in dieser Zeit relativ nahestand, erhielt lediglich 17 Abgeordnete. Die Sozialisten hingegen verbesserten sich von 52 auf 156 Abgeordnete und der 1919 gegründete katholische Partito popolare erhielt aus dem Stand 100 Abgeordnete; Zahlen bei Gentile, *Partito fascista*, S. 60.

Wie immer man aber das soziale Substrat der katholischen und der sozialistischen Massenpartei definieren mag, in der Sicht des nationalistischen Lagers und insbesondere der Faschisten bedeutete ihr Erfolg den Sieg der zentrifugalen, die nationale Einheit beeinträchtigenden Kräfte.

Das politische Scheitern des Ursprungsfaschismus, der 1919 vergeblich versucht hatte, auf der Grundlage eines wirtschaftspolitisch liberalen, verfassungs- und sozialpolitisch gemäßigt linken Programms die nationalen Kräfte gegen die „antinationalen“ zu sammeln, führte zu einer pragmatischen Neuorientierung nach rechts und zu einer noch stärkeren Entkoppelung der „Fasci“ in den Provinzen von der Mailänder Zentrale. Diese Tendenz zeigte sich zunächst besonders deutlich in Julisch-Venetien, wo die „Fasci di Combattimento“ ihre Dynamik und Militanz aus der doppelten Frontstellung des italienischen Bürgertums gegen den ethnischen Selbstbehauptungswillen der slawischen Bevölkerungsteile und gegen die sozialistische Bewegung gewannen⁹. Dieser ethnisch und sozial bestimmte Konflikt führte den lokalen „Fasci“ erstmals massenhaft Mitglieder zu, begründete endgültig den paramilitärischen Charakter ihrer Organisation und schuf eine Verbindung von nationalrevolutionärer Militanz und bürgerlichen Interessen, die den Faschismus in der folgenden erfolgreichen Phase seiner Bewegungsgeschichte kennzeichnen sollte.

Noch stärker zeigte sich die Hinwendung des Faschismus zu den sozialen und wirtschaftlichen Anliegen lokaler und regionaler Eliten in der Emilia, wo eine katalytische Wirkung ethnischer Konflikte nicht gegeben war, dafür aber eine hochpolarisierte Klassenkampfsituation¹⁰. Das brachiale und erfolgreiche Vorgehen der faschistischen Squadren gegen die Machtstellung der Arbeiterbewegung in den agrarsozialistischen Hochburgen der Poebene bedingte eine Regionalisierung des Faschismus, die sich schon allein in der finanziellen Abhängigkeit der einzelnen „Fasci“ von lokalen Geldgebern ausdrückte. Das „Primat örtlicher Belange“ – so die Formulierung von Adrian Lyttelton – war für den expandierenden Provinzfascismus der Jahre 1920 bis 1922 konstitutiv¹¹.

Die starke Verankerung des Faschismus in den lokalen und regionalen Interessen und Konflikten¹² hatte natürlich Folgen für den inneren Zusammenhalt der Bewegung, was sich vor allem darin zeigte, daß die Mailänder Zentrale an Einfluß verlor und die ursprüngliche, auf die nationale Politik hin ausgerichtete Strategie an Bedeutung einbüßte. Hinzu kam, daß die Faschisten in ihren Hochburgen schon vor dem „Marsch auf Rom“ die lokalen und regionalen Machtorgane des Staates weitgehend lahmlegten und partiell sogar substituierten. In den Provinzen entstanden rudimentäre faschistische Herrschafts-

⁹ Vgl. Lyttelton, *Seizure*, S. 53 f.; Gentile, *Partito fascista*, S. 132–135; Elio Aphi, *Italia, fascismo e antifascismo in Venezia Giulia (1918–1943)*, Bari 1966, S. 114–143.

¹⁰ Zum „klassischen“ Agrarfaschismus Paul R. Corner, *Fascism in Ferrara*, Oxford 1975; Alessandro Roveri, *Le origini del fascismo a Ferrara, 1918–1921*, Mailand 1974; Antony L. Cardoza, *Agrarian Elites and Italian Fascism. The Province of Bologna 1901–1926*, Princeton/N.J. 1981.

¹¹ Vgl. Adrian Lyttelton, *Faschismus und Gewalt: Sozialer Konflikt und politische Aktion in Italien nach dem Ersten Weltkrieg*, in: Wolfgang Mommsen u. Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 303–324, hier S. 316.

¹² Überblick über die Lokal- und Regionalstudien zum italienischen Faschismus bei Ivano Granata, *Storia nazionale e storia locale: alcune considerazioni sulla problematica del fascismo delle origini 1919–1922*, in: *Storia contemporanea* 11 (1980), S. 503–544; Ders., *Il regime fascista nella storiografia locale. Prospettive della ricerca e primi bilanci*, in: Paolo Corsini u. Gianfranco Porta (Hg.), *Aspetti della società bresciana tra le guerre*, Brescia 1985, S. 385–421.

gebilde unter der Leitung der Sekretäre der einzelnen Provinzorganisationen, für die sich bald die illustrative Bezeichnung der äthiopischen Stammesfürsten „Ras“ einbürgerte¹³.

Die politische Praxis der faschistischen Bewegung in den Regionen stand teilweise in einem eklatanten Gegensatz zur Strategie Mussolinis, die auf eine Koalition der politischen Mitte und die Einbindung der Massenparteien in eine nationalistische Politik zielte. Der latente Konflikt zwischen den äußerst gewalttätigen, tendenziell schon „totalitären“ Provinzfaschismen und Mussolini brach im Zusammenhang mit seinem Versuch, eine Pazifizierungspolitik einzuleiten, offen aus. Die Vertreter des Agrarfaschismus vor allem der Poebene rebellierten gegen den sogenannten „Patto di pacificazione“, den von Mussolini im Juli 1921 mit den Sozialisten geschlossenen Befriedigungspakt¹⁴. In diesem Konflikt verteidigten die Provinzfaschismen das Gewaltprinzip, welches die Grundlage ihrer lokalen und regionalen Machtstrukturen und damit ihrer Autonomie bildete. Auf dem Papier zogen die „Ras“ dabei den kürzeren gegen Mussolini – der Pakt wurde unterschrieben –, in der Praxis aber setzten sie sich durch: Das Gewaltregiment der Faschisten wurde in den Regionen unter Mißachtung des Pakts aufrechterhalten und ausgebaut, die Strukturen der faschistischen Provinz- und Lokalherrschaften verfestigten sich. Daran änderte Ende 1921 auch die Umwandlung der „Bewegung“ der „Fasci di Combattimento“ in den „Partito Nazionale Fascista“ (PNF) und die formale Einbindung der Squadren in die Hierarchie einer nationalen Miliz nichts Wesentliches. Die nationalen Führungsgremien der Partei – Segreteria, Direzione und Consiglio nazionale – waren schwach, und die Befehlsstruktur der Miliz war kaum mehr als eine Absichtserklärung; in Konfliktfällen zeigte sich, daß über den alten lokalen „Capi squadra“ keine funktionierende Hierarchie bestand¹⁵.

Vor allem in Nord- und Mittelitalien, aber auch in Apulien entstanden 1922–24 zahlreiche, erstaunlich in sich geschlossene regionale „Ras“-Herrschaften. Es erscheint legitim, in diesem Zusammenhang von einem Prozeß der regionalen „Herrschaftsbildung“ zu sprechen. Die lokalen faschistischen Parteiorganisationen, ihre Squadren und ihre Syndikate bildeten ein Herrschaftsgebilde, einen heterogenen, organisatorisch kaum miteinander verbundenen Staat im Staat, der aber Kraft und Dynamik genug besaß, das alte politische System auszuhöhlen und schließlich aus den Angeln zu heben¹⁶.

Die faschistischen „Provinzfürstentümer“ antizipierten im kleinen Maßstab eine Ordnung, die im nationalen Rahmen frühestens mit dem Jahr 1925 verwirklicht wurde. Sie waren der Hort des faschistischen Extremismus, von dem die radikalisierenden Impulse zur Ausbildung des Regimes ausgingen. Gleichzeitig waren sie eine Art politisch-soziales Laboratorium, in der die „totalitäre“ Ordnung erprobt wurde.

Die Bedeutung dieser regionalen Machtzentren für die Ausformung des faschistischen Regimes war freilich ambivalent: Einerseits bildeten sie die eigentliche Machtgrundlage der faschistischen Partei, das radikale Druckpotential, auf dem Mussolinis politische Handlungsfreiheit gegenüber den traditionellen Eliten und der Krone beruhte. Auf der anderen Seite aber waren sie ein Unruhefaktor erster Ordnung: Lokale Konflikte und Rivalitäten

¹³ Zum Begriff des „Ras“ siehe: Lyttelton, Seizure, S.166–175, und den Beitrag von Antony L. Cardoza, in: Philip V. Cannistraro (Hg.), *Historical Dictionary of Fascist Italy*, Westport/Conn. 1982, S. 448 f.

¹⁴ Vgl. Renzo De Felice, *Mussolini il fascista*, Bd. 1: *La conquista del potere 1922–1925*, Turin 1966, S. 139–153; Gentile, *Partito fascista*, S. 257–313.

¹⁵ Vgl. hierzu Roger Engelmann, *Provinzfaschismus in Italien. Politische Gewalt und Herrschaftsbildung in der Marmorregion von Carrara 1921–1924*, München 1992, S. 207–212 u. S. 230–236.

¹⁶ Ebd., S. 15.

spielten eine außerordentliche und nicht selten destabilisierende Rolle auf der Ebene der nationalen Politik. Das Jahr 1923 stand im Zeichen von Machtkämpfen im Innern vieler Provinzfaschismen, die man politisch auf keinen gemeinsamen Nenner bringen kann, bei denen es aber primär um lokale Fragen ging. Die jeweils unterlegene Fraktion, „dissidenti“ genannt, wurde zumeist an den Rand oder gar aus der Organisation gedrängt. In diesen Auseinandersetzungen nahmen die nationalen Gremien des PNF keine wirkliche Schiedsrichterfunktion wahr, zumeist sanktionierten sie nur den Sieg der lokal überlegenen Fraktion¹⁷.

Italien war so in der ersten Phase nach dem Machtantritt Mussolinis bis 1925 in vieler Hinsicht das Gegenteil eines starken zentralistischen Staates; angesichts der großen Autonomie der einzelnen „Ras“-Herrschaften könnte man in gewisser Weise sogar von einer quasi-föderalen Struktur und der Dominanz regionaler und lokaler Interessen sprechen – einer Sachlage, die nicht in Einklang mit der nationalistischen Ideologie und den ursprünglichen Zielen des Faschismus stand und daher zwangsläufig auf Widerspruch in der nationalen Führungsriege der Partei stieß. Die sogenannten Revisionisten um den Ursprungsfaschisten Massimo Rocca formulierten schärfste Kritik an dieser Entwicklung. Sie warfen den Lokalpotentaten vor, sie hätten „ihre Parteaufgaben mit politischen Aufgaben [verwechselt], die der Regierung und den Präfekten zugeordnet“ seien. Mit ihrer „Kirchturmpolitik“ hätten sie Provinz- zwiste zu nationalen Problemen erhoben. Die Kritik gipfelte in dem Vorschlag, die faschistische Partei aufzulösen, wenn sie zu einer grundlegenden Erneuerung nicht fähig sei¹⁸.

Zur Jahreswende 1924/25 gingen von den Vertretern des extremistischen Provinzfaschismus die entscheidenden Anstöße zur Herstellung einer offenen Diktatur mit tendenziell „totalitärem“ Charakter aus. Die schwere politische Krise des Faschismus 1924, die durch die Ermordung des sozialistischen Parlamentsabgeordneten Matteotti ausgelöst worden war, mündete in eine Rebellion der intransigenten Faschisten der „schwarzen“ Regionen gegen die Schaukelpolitik Mussolinis. Dieser – durch die Matteotti-Affäre persönlich belastet – war zunehmend weniger in der Lage, die verschiedenen politischen Kräfte, die sein Regierungsbündnis in den ersten beiden Jahren getragen hatten, unter einen Hut zu bringen¹⁹. In den Jahren 1923/24 hatte sich die Regierung Mussolini zwangsläufig auf eine parlamentarische Kompromißpolitik mit den „alten“ politischen Kräften einlassen müssen, was zu einem latenten Spannungszustand zwischen faschistischer Peripherie und der Hauptstadt geführt hatte. Als die sogenannte Matteotti-Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, kündigten die Extremisten eine revolutionäre „zweite Welle“ an²⁰. Curzio Malaparte, gleichsam der „Theoretiker“ der Intransigenten, forderte den Sprung in die offene Diktatur mit den Worten, der Duce habe sein Mandat von den faschistischen Provinzen erhalten, es sei ein revolutionäres Mandat, das ihn zur Verwirklichung des revolutionären Volkswillens verpflichte²¹.

Die Politik des Provinzfaschismus führte zum Erfolg. Im Januar 1925 brach Mussolini endgültig mit der Tradition des liberalen Staates, er leitete die offene Unterdrückung der

¹⁷ Vgl. die Fallstudie von Mauro Canali, *Il dissidentismo fascista. Pisa e il caso Santini 1923–1925*, Rom 1983; außerdem Engelmann, *Provinzfaschismus*, S. 212–247; siehe auch Lyttelton, *Seizure*, S. 176–178.

¹⁸ Anonymer Artikel „Governo e fascismo nella realtà politica“ aus dem regierungsoffiziösen „Corriere Italiano“, zit. n. De Felice, *Mussolini il fascista* 1, S. 548; allgemein zum „Revisionismus“ siehe auch Lyttelton, *Seizure*, S. 179–188.

¹⁹ Vgl. De Felice, *Mussolini il fascista* 1, S. 682–706; Lyttelton, *Seizure*, S. 250–267.

²⁰ Spezifisch hierzu Adrian Lyttelton, *The Second Wave*, in: *Journal of Contemporary History* 1 (1966), S. 75–100.

²¹ Ebd., S. 92.

Opposition durch die Staatsorgane und eine genuin faschistische Gesetzgebung ein. Erst jetzt begann der eigentliche Aufbau des faschistischen Regimes²². Der Sieg der Intransigenten wurde durch die Ernennung des „Ras“ von Cremona, Roberto Farinacci, zum Generalsekretär des PNF besiegelt.

Damit war der Wortführer der extremistischen Lokalpotentaten zwar in das höchste Parteiamt eingerückt, die Provinzfaschisten hatten aber den Zenit ihrer Machtentfaltung gleichzeitig schon überschritten. Die „Ras“-Herrschaften standen nunmehr der Ausformung eines einheitlichen diktatorischen Regimes ebenso im Wege wie die Opposition, und so stellte Mussolini der illegalen Gewalt der lokalen Parteiführer die Mittel des Polizeistaates entgegen. Der Dualismus von Partei und Staat äußerte sich 1925/26 gleichsam in der Auseinandersetzung zwischen den „Ras“ und dem Innenministerium²³.

Der Machtkampf endete mit dem Sturz Farinaccis und der weitgehenden Entmachtung der „Ras“ durch ein neues Parteistatut, das die Ernennung der Parteifunktionäre von oben vorsah²⁴. Die späteren, Mussolini ergebenden Generalsekretäre der Partei waren befugt, die PNF-Provinzchefs, die sogenannten „Federali“, von einer Provinz in die andere zu versetzen. Die „Federali“ wurden gewissermaßen – wie Farinacci abschätzig formulierte – zu „Partei-Präfekten“²⁵. Ein unumkehrbarer Zentralisierungs- und Bürokratisierungsprozeß war eingeleitet.

Mit dem weiteren Ausbau des Regimes war die Festschreibung der Unterordnung der Partei unter den Staat und damit die sukzessive Zurückdrängung des regionalen Eigenlebens der Provinzfaschisten verbunden²⁶. Im Januar 1927 bekräftigte Mussolini kategorisch den Vorrang der Staatsautorität gegenüber der Partei. Als Konzession an den PNF wurden zwar einige etatistisch gesinnte Faschisten zu Präfekten ernannt, aber diese verhielten sich gegenüber den lokalen Parteiführern kaum anders als ihre altgedienten Kollegen. Ein bezeichnender Fall ist etwa der von Reggio Emilia, wo der Präfekt Perrone Compagni, der ehemalige PNF-Regionalsekretär der Toskana, den berüchtigten „Ras“ der Provinz Fabbricci nicht nur entmachtete, sondern darüber hinaus unerbittlich verfolgte und schließlich sogar seinen Ausschluß aus der Partei erwirkte²⁷.

Ob das faschistische System autoritär oder vollkommen bzw. unvollkommen totalitär war, diese Frage kann im Rahmen dieses kurzen Beitrags nicht diskutiert werden²⁸. Sie ist für das hier behandelte Thema auch nicht von vorrangigem Interesse. Geht man, wie es

²² Noch immer die solideste Darstellung dieses Prozesses auf der staatsrechtlichen und institutionellen Ebene Alberto Aquarone, *L'organizzazione dello Stato totalitario*, Turin 1965. Siehe außerdem Renzo De Felice, *Mussolini il fascista*, Bd. 2: *L'organizzazione dello Stato fascista 1925–1929*, Turin 1968, passim; Lyttelton, *Seizure*, S. 269–332.

²³ Vgl. Aquarone, *Stato totalitario*, S. 47–49.

²⁴ Parteistatut von 1926, in: ebd., S. 386–392.

²⁵ Zit. n. Lyttelton, *Seizure*, S. 295.

²⁶ Vgl. Emilio Gentile, *Il problema del partito nel fascismo italiano*, in: *Storia contemporanea* 15, (1984), S. 347–370; Aquarone, *Stato totalitario*, S. 47–181; Lyttelton, *Seizure*, S. 293–307.

²⁷ Ebd., S. 301.

²⁸ Zur Anwendung des Totalitarismusbegriffs auf den italienischen Faschismus einschlägig: Jens Petersen, *Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien*, in: Manfred Funke (Hg.), *Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*, Düsseldorf 1978, S. 105–128; Meir Michaelis, *Anmerkungen zum italienischen Totalitarismusbegriff. Zur Kritik der Thesen Hannah Arendts und Renzo De Felices*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 62 (1982), S. 270–302; Enzo Collotti, *Lo Stato totalitario*, in: Guido Quazza u. a., *Storografia e fascismo*, Mailand 1985, S. 25–48.

die meisten Autoren tun, von einer wie auch immer gearteten Doppelherrschaft aus, so bewirkten letztlich beide Elemente – das traditional-etatistisch-autoritäre wie das revolutionär-massenpolitisch-totalitäre – die Einebnung von regionaler Selbständigkeit und Differenzierung. Mit der Abschaffung der Wählbarkeit von Kommunalvertretern und Bürgermeisterern steigerte der Faschismus den ohnehin schon aus vorfaschistischer Zeit gegebenen institutionellen Zentralismus des italienischen Staatswesens. Außerdem untergrub der durch die Weltwirtschaftskrise bedingte ökonomische Konzentrationsprozeß, der mit der Schaffung eines weitverzweigten und zentralisierten Systems staatlicher Intervention durch den Faschismus einherging, die lokalistisch-regionalistischen Gesellschaftsstrukturen von der sozioökonomischen Seite her²⁹. Und auch wenn natürlich ein gewisses lokales und regionales Eigenleben im Rahmen der faschistischen Organisationen wie auch in den peripheren Bereichen des Herrschaftssystems fortbestand³⁰, förderte nicht zuletzt gerade auch das Bewegungselement der Herrschaft den regionalen Entdifferenzierungsprozeß durch die Formierung der italienischen Gesellschaft in Partei, Miliz, Syndikaten, Jugend- und Freizeitorganisationen.

Mit der umfassenden Ausgestaltung des faschistischen Regimes schließt sich in gewisser Weise der Kreis zum Ursprungsfaschismus, der die „Nationalisierung der Massen“ auf seine Fahnen geschrieben hatte. Die Phase, in der der Provinzfaschismus eine herausgehobene Rolle spielte, war in dem Moment überwunden, als die „Machtfrage“ grundsätzlich zugunsten der faschistischen Integralisten beantwortet war. Das „Primat örtlicher Belange“ verwandelte sich – im Lichte der faschistischen Ideologie folgerichtig – in das „Primat nationaler Belange“. Schließlich war die faschistische Bewegung im Kern niemals eine regionalistische, sondern immer eine nationalistische Bewegung gewesen, auch wenn sich ihre politische Dynamik in der Aufstiegs- und Konsolidierungsphase zu einem erheblichen Teil aus sozialen Konflikten im lokalen und regionalen Maßstab gespeist hatte.

²⁹ Grundlegend hierzu Rolf Petri, *La frontiera industriale. Territorio, grande industria e leggi speciali prima della Cassa per il Mezzogiorno*, Mailand 1990; siehe auch Traute Rafalski, *Italienischer Faschismus in der Weltwirtschaftskrise (1925–1936). Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf der Schwelle zur Moderne*, Opladen 1984.

³⁰ Vgl. Granata, *Regime fascista*, passim.

Walther L. Bernecker

Regionalismus und Zentralismus im spanischen „Faschismus“ bzw. im Franco-Regime

Falangismus und Franquismus

Untersucht man im spanischen Fall das Verhältnis zwischen dem zentralistischen Franco-Regime und den Regionen bzw. dem Regionalismus, so muß sich die Analyse vor allem mit den Beziehungen zwischen dem autoritären „Neuen Staat“ Francos und den einzelnen Landesteilen beschäftigen, während die Frage Zentralismus – Region in der politischen Praxis der faschistischen Einheitspartei Falange eine nur untergeordnete Bedeutung beanspruchen kann. Denn obwohl die faschistische Falange nach ihrer Vereinigung mit anderen Rechtsorganisationen mitten im Bürgerkrieg (1937) zur einzig zugelassenen politischen Organisation im Franco-Lager erklärt wurde, blieb der Einfluß dieser Einheitspartei auf das Regime gering. Daß die Falange nur als eine Kraft neben anderen am Machtkartell des Franquismus partizipieren konnte und ihre eigenen Interessen stets denen des franquistischen „Neuen Staates“ unterzuordnen hatte, hing mit mehreren Faktoren zusammen¹:

Zum einen ist darauf hinzuweisen, daß im Franco-Regime die faschistische Partei als eine der „politischen Familien“ von Anfang an neben der dominierenden traditionell-oligarchischen und militärischen Herrschaftsgruppe, später auch anderen kirchlichen und technokratischen Gruppen in untergeordneter Position ko-existieren mußte. Die relative Bedeutungslosigkeit des faschistischen Elements hängt damit zusammen, daß bei der „Machtergreifung“ Francos nicht eine faschistische Massenpartei, sondern das Militär der ausschlaggebende Faktor war. Das politische Gewicht der Falange blieb im Machtapparat des Franquismus relativ gering, da sie für den Diktator kein notwendiges Instrument zur Erlangung der Macht gewesen war. In Spanien erlangte das Militär während des Bürgerkriegs eine Bedeutung, die es bei der Zerstörung der Demokratie in Deutschland und Italien nicht gehabt hatte; sein Übergewicht relegierte die Falange auch machtpolitisch von Anfang an auf den zweiten Rang.

Zum anderen gab die Falange aus Einsicht in die realen Machtverhältnisse ihre Unabhängigkeit schnell auf und ordnete sich der Kontrolle des Militärdiktators unter. Eine derartige Haltung erklärt sich mit dem falangistischen Bestreben, den militärischen Sieg nicht durch interne Auseinandersetzungen zu gefährden, das übergeordnete Ziel – den Sieg über die Linke – nicht aus dem Auge zu verlieren, vor allem aber: ihre politische Zukunft zu sichern. Denn was sie auf demokratischem Wege nicht hatte erreichen können – die „Eroberung des Staates“ –, sollte durch ihre Zwangserhebung in den Rang einer Einheitspartei ermöglicht werden. Das Zusammengehen mit anderen Kräften und die Rolle des Juni-

¹ Zum folgenden vgl. Walther L. Bernecker, Spaniens ‚verspäteter‘ Faschismus und der autoritäre ‚Neue Staat‘ Francos, in: Geschichte und Gesellschaft 12 (1986), S. 183–211.

orpartners in der „Allianz“ mit dem Militär war, im Vergleich zu den sich eröffnenden Chancen, ein geringer Preis, den die ohnehin opportunistische Partei zu zahlen bereit war².

Schließlich nahm die Zwangsvereinigung mit traditionalistischen und monarchistischen Gruppierungen der Falange schlagartig zwei der wichtigsten faschistischen Charakteristika: den eigenen Führer und die spezifisch „totalitäre“ Ideologie. Da die Falange ihrer ideologischen Eigen- und politischen Selbständigkeit beraubt wurde, mußte sie ihre autonome Entwicklungsmöglichkeit aufgeben und sich konservativ-traditionalistischen Kräften anpassen. Die neue Einheitspartei zeichnete sich fortan durch drei Charakteristika aus: Unterordnung unter die in Franco personifizierte militärische Macht, eingeschränkter interner Pluralismus (vom Karlismus bis hin zum Faschismus), Ausübung vieler Funktionen im Dienste nicht der Partei, sondern des „Neuen Staates“.

Daß die Falange es akzeptierte, im „Neuen Staat“ Francos nach 1939 keine dominante Rolle zu spielen, bedeutet allerdings nicht, daß sie völlig einflußlos gewesen wäre. Im Gegenteil: Sie erhielt außerordentliche Privilegien und Garantien. Keine andere Organisation war so stark wie die Falange in den Machtorganen des Franco-Regimes vertreten; keine andere Organisation konnte ihre Struktur aus der Vorkriegszeit (Aufbau, Bezeichnung, Pressewesen), ihre Symbolik und ihren Gesellschaftsentwurf so relativ intakt bewahren; keine Organisation war im öffentlichen Bewußtsein so allgegenwärtig wie die Falange³. Ihre Parteisymbole, die Pfeilebündel und das Joch, waren überall zu sehen; Generationen von Schülern mußten die Falangehymne *Cara al Sol* singen. Die Partei verfügte über eine Jugendorganisation (*Frente de Juventudes*), eine Frauenabteilung unter der Führung von Pilar Primo de Rivera (*Sección Femenina*) und eine Studentenorganisation (*Sindicato Estudiantil Universitario*), der seit 1943 offiziell alle Studenten angehörten. Zur wichtigsten Einflußdomäne entwickelten sich für die Falangisten nach dem Bürgerkrieg der Aufbau und Ausbau der Syndikate⁴, das Zensurwesen und ein weitverzweigtes Propagandanetz.

Die falangistischen Programmpunkte von 1934 wurden für unveränderlich erklärt. Die ersten zwei Punkte lassen über das Verhältnis zwischen Zentralgewalt und Regionen keinen Zweifel aufkommen. Punkt I heißt: „Wir glauben an die hohe Wesenheit Spaniens. Seine Stärke, Größe und Macht zu mehren, ist die vordringliche Gemeinschaftsaufgabe aller Spanier. Dieser Aufgabe haben sich unerbittlich Einzel-, Gruppen- und Klasseninteressen unterzuordnen.“ Punkt II: „Spanien stellt im Weltgeschehen eine Schicksalsgemeinschaft dar. Jeder Anschlag auf diese Gemeinschaft ist verwerflich. Separatismus ist ein unverzeihliches Verbrechen. Die geltende Verfassung richtet sich, da sie zur Zersplitterung aufhetzt, gegen die schicksalhafte Einheit Spaniens. Wir verlangen daher ihre völlige Abschaffung.“ Ergänzend sei noch auf die Punkte VI und VII verwiesen, in denen es heißt: „Unser Staat soll ein alles umfassendes Werkzeug im Dienste der Unversehrtheit des Vaterlandes sein [. . .] Niemandem wird erlaubt sein, seine eigene Freiheit zum Schaden der Einheit, der Stärke und der Freiheit des Vaterlandes zu gebrauchen. Eine strenge Diszi-

² Hierzu ausführlich Sheelagh Ellwood, *Spanish Fascism in the Franco Era*, London 1987; vgl. auch die älteren Studien von Stanley G. Payne, *Falange. A History of Spanish Fascism*, Stanford/Cal. 1961; Ders., *El Fascismo*, Madrid 1982; Bernd Nellessen, *Die verbotene Revolution. Aufstieg und Niedergang der Falange*, Hamburg 1963.

³ Zum Stellenwert der Falange im Machtapparat des Franquismus vgl. Walther L. Bernecker, *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München 1988.

⁴ Hierzu ausführlich Walther L. Bernecker, *Gewerkschaftsbewegung und Staatssyndikalismus in Spanien. Quellen und Materialien zu den Arbeitsbeziehungen 1936–1980*, Frankfurt/M. 1985.

plin wird jeden Versuch der Vergiftung, Entzweiung oder der Aufhetzung der Spanier zu einem Handeln gegen die Berufung des Vaterlandes verhindern.“⁵

Der Staat wurde somit als ein Instrument zur Erfüllung einer Mission gedeutet, eines geschichtlichen Auftrags, zu dem der Name Spanien verpflichtete. Er verlangte – als innenpolitische Prämisse – eine in soldatischem Geist und dynamischem Willen geeinte Nation. Die Falange sprach von der Schicksalsgemeinschaft; offen blieb allerdings das Problem ihrer erbitterten Frontstellung gegen all jene, die sich nicht mit ihren Zielen identifizierten, vielleicht nicht einmal der spanischen Nation zugehörig fühlten. Die Ausfälligkeiten gegen die damals geltende Verfassung von 1931, die angeblich „zur Zersplitterung aufhetzte“, waren vor allem gegen Katalanen und Basken gerichtet, deren Autonomiewille ungebrochen war. Geistige Anleihen für ihre Haltung nahm die Falange aus der Geschichtsdeutung Ortega y Gasset, der die spanische Geschichte als einen sich über Jahrhunderte hinziehenden Zersetzungsprozeß darstellte. Die im Weltreich zusammengeführten Teile fielen wieder auseinander, und die Zersetzung setzte sich im 20. Jahrhundert im Mutterland fort. Ortega y Gasset sprach von Partikularismus, die Falange im gleichen Sinne von Separatismus⁶.

Die unbedingte Ablehnung des Separatismus ist nicht mit Unterdrückung regionaler Besonderheiten gleichzusetzen. José Antonio Primo de Rivera geht in seinen Schriften vielmehr von der Verschiedenheit der hispanischen Völker aus, deren Zusammenwirken erst geschichtsgestaltend sei. Den einzelnen Regionen könne (und solle) durchaus autonome Selbstverwaltung zugestanden werden; diese dürfe sich aber nie gegen die Einheit Spaniens richten. Die Vielfältigkeit Spaniens habe nie im Widerspruch zur historischen Größe des Landes gestanden. Was bekämpft werden müsse, sei die Zerrissenheit der spanischen Gesellschaft; die nationale Einheit sei unantastbar. 1933 schrieb der Falange-Gründer: „Alle Bestrebungen des neuen Staates könnten in einem Wort zusammengefaßt werden: Einheit.“⁷ Die Bestimmung von „Nation“ nach ethnischen, geographischen oder kulturellen Kriterien lehnte er ab; damit stellte er sich der Argumentation der katalanischen und baskischen Nationalisten entgegen. Das geistige Prinzip, das die politische Einheit der verschiedenen Volksgruppen Spaniens herbeiführte, war die „gemeinsame Bestimmung“. Das gesamte Volk wurde somit als Einheit, eine Art Volksgemeinschaft, aufgefaßt.

So wichtig und richtig der Hinweis auf das Falangeprogramm und andere falangistische Dokumente ist, um viele Aspekte des franquistischen Staates zu verstehen, so schwer fällt es andererseits, genau festzulegen, welche Elemente der franquistischen Politik auf falangistisch-faschistische und welche auf militärisch-traditionale Vorbilder zurückzuführen sind. Im ersten Aufruf Francos zu Beginn des Bürgerkrieges hatte es schon am 17. Juli 1936 geheißen: „Die Einheit des Vaterlandes wird durch territoriale Zersplitterung bedroht, unser Land ist nicht mehr unversehrt.“⁸ Und noch wenige Wochen vor seinem Tod schrieb Franco, im Herbst 1975, in sein politisches Testament: „Aus Liebe zu unserem Vaterland bitte ich Euch, weiter der Einheit und dem Frieden zu dienen [...] Erhalte die Einheit Spaniens.“⁹ Die scheinbaren Gegner der Einheit Spaniens verfolgte der Diktator jahrzehnte-

⁵ Das Falangeprogramm bei Nellessen, *Verbotene Revolution*, S. 163–168.

⁶ Die Interpretation Ortega y Gasset zieht sich durch viele seiner Schriften. Vgl. etwa *España invertida* („Spanien ohne Rückgrat“), *La rebelión de las masas* („Der Aufstand der Massen“) oder zahlreiche Artikel: José Ortega y Gasset, *Obras completas*. Bd. 1, Madrid 1953; Bd. 3, Madrid 1955.

⁷ José Antonio Primo de Rivera, *Obras completas*, Madrid 1943, S. 532, zit. n. Norman Meuser, *Nation, Staat und Politik bei José Antonio Primo de Rivera*. Diss. phil., Mainz 1993, S. 50.

⁸ *La guerra de España en sus documentos*, hg. v. Fernando Díaz-Plaja, Barcelona 1969, S. 11–13.

⁹ Zit. n. Bernecker, *Spaniens Geschichte*, S. 207.

lang ebenso pathologisch wie die angeblichen Freimaurer und Kommunisten. Die Forderung nach regionaler Autonomie wurde mit Separatismus, damit mit Hochverrat gleichgesetzt und strengstens geahndet.

Zentralgewalt und politischer Regionalismus: ein Rückblick

Das Verhältnis zwischen Zentralgewalt und politischem Regionalismus sollte nach 1939, im Vergleich zu den Jahren der Zweiten Republik, eine erhebliche Verschärfung erfahren. Die Spannung zwischen dem kastilischen Zentrum und der (vor allem baskischen beziehungsweise katalanischen) Peripherie hatte eine lange Vorgeschichte; sie resultierte vor allem daraus, daß die wirtschaftlich entwickelteren Randregionen politisch der Hauptstadt und dem Regierungssitz Madrid untergeordnet waren. Die zentralistischen Regierungen haben in der Geschichte Spaniens kaum einmal Verständnis für die wirtschaftlich, sozio-politisch und kulturell ganz anders gearteten Regionen am Atlantik oder Mittelmeer aufgebracht. Im 18. und dann vor allem im 19. Jahrhundert wurden Katalonien und die beiden baskischen Küstenprovinzen Vizcaya und Guipúzcoa zu den beiden Regionen, die ökonomisch die Spitzenpositionen in Spanien einnahmen.

Die Zweiteilung der spanischen Wirtschaft in eine sich industrialisierende Peripherie und eine nach wie vor agrarisch strukturierte Hochebene hatte vielfältige Auswirkungen auf die politische Entwicklung und das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie: Katalonien und das Baskenland wiesen schon früh einen politischen Regionalismus auf und überschritten damit eindeutig die Stufe eines (primär sprachlichen) Kulturnationalismus. Dabei lag das Baskenland – parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung – in der regionalistischen Bewußtseinsentwicklung im Vergleich zu Katalonien durchweg um einige Jahrzehnte zurück. Während in der Mittelmeerregion der Durchbruch zum massenhaften Kulturnationalismus seit den 1840er Jahren und in den baskischen Provinzen etwa seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte, gelang die Durchsetzung einer politischen Massenbewegung in Katalonien um die Jahrhundertwende, im Baskenland deutlich greifbar erst nach Ausrufung der Zweiten Republik (1931). In beiden Fällen wiesen die Regionalismen überaus komplexe (soziale, historisch-politische und ideologische) Begründungszusammenhänge auf¹⁰.

Beide Regionen waren die reichsten und die am meisten entwickelten Gegenden Spaniens, deren wirtschaftlicher Fortschritt sich zu ihrem politischen Gewicht im gesamtspanischen Staat allerdings umgekehrt proportional verhielt: Die zentralistischen Regierungen Madrids hatten die Katalanen bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts und die Basken im Zuge der Karlistenkriege während des 19. Jahrhunderts ihrer politischen Sonderrechte und -verwaltungen beraubt: „Es ist diese Spannung zwischen der nie verwundenen politischen Entrechtung einerseits und wachsender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Prosperität andererseits, in der in beiden Regionen während der zweiten Hälfte des

¹⁰ Vgl. (aus der sehr umfangreichen Literatur zum katalanischen und baskischen Nationalismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert) Gerhard Brunn, Die Organisationen der katalanischen Bewegung 1859–1959, in: Theodor Schieder u. Otto Dann (Hg.), Nationale Bewegung und soziale Organisation. Bd. 1, München 1978, S. 281–571; Hans-Jürgen Puhle, Baskischer Nationalismus im spanischen Kontext, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Nationalismus in der Welt von heute, Göttingen 1982, S. 51–81; Peter Waldmann, Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs, Opladen 1989.

19. Jahrhunderts der Regionalismus sich ausgeprägt hat und allmählich auch politisch wirksam geworden ist.“¹¹

Betrachten wir zuerst Katalonien etwas genauer, dessen regionalistische Bewegung in gewisser Weise eine Art „Vorreiterfunktion“ für die anderen Autonomiebestrebungen in Spanien hatte¹²: Die Katalanen verloren im spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714), der für das Land südlich der Pyrenäen den Übergang vom habsburgischen zum bourbonischen Königshaus brachte, ihre auf das frühe Mittelalter zurückgehenden Sonderrechte (*fueros*) und Privilegien. Im 19. Jahrhundert begründeten sodann wirtschaftliche (Industrialisierung) und geistesgeschichtliche (Romantik) Faktoren einen katalanischen „Nationalismus“, der sich zuerst literarisch (Wiedergewinnung des Katalanischen als Schriftsprache) und kurze Zeit später auch politisch (Forderung nach Autonomie) äußerte. Die verschiedenen regionalistischen Tendenzen traten zuerst in Form des Traditionalismus auf, der als antiliberal-konservativer Regionalismus vergangenheitsorientiert war, des Föderalismus, der immer deutlicher demokratischen und republikanischen Ideen zuneigte, und des konservativen Autonomismus, der ein Zusammenfluß unterschiedlicher autonomistischer Strömungen war.

Gegen die Übermacht der konservativ-bürgerlichen Erscheinungsformen des katalanischen Regionalismus konnte sich erst gegen Ende des Ersten Weltkriegs ein „linker“ Katalanismus herausbilden, der zuerst unter der Führung von Francesc Maciá die Unabhängigkeit Kataloniens anstrebte und zu Beginn der Zweiten Republik in die linkskatalanistische republikanische Partei *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC) einmündete; diese war bestrebt, die katalanische Frage im Rahmen des republikanisch-demokratisch organisierten gesamtspanischen Staatsverbandes zu lösen.

Im Gegensatz zu den Katalanen mußten die Basken erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts, nach der endgültigen Niederlage des Karlismus, auf ihre *fueros* verzichten; bis 1876 verloren sie ihre eigenen Parlamente, ihre Verwaltungs-, Zoll- und Steuerhoheit. Außerdem wurde die Befreiung vom spanischen Militärdienst – die noch aus der mittelalterlichen Fiktion vom kollektiven Adel der baskischen Gesellschaft hervorging – abgeschafft. Dem Baskenland blieben lediglich einige Steuervorteile nach den Bestimmungen der mit Madrid vereinbarten „Wirtschaftskonzerte“.

Zu den ersten Trägern eines baskischen Regionalbewußtseins gehörten die Karlisten, die aus den (ursprünglich dynastischen) Kämpfen um den spanischen Thron nach 1833 hervorgingen und sich sehr bald zu Verteidigern kirchlicher Privilegien und mittelalterlicher Sonderrechte der verschiedenen Regionen und Völker Spaniens unter einer absolutistischen, aber dezentralisierten Monarchie machten. Der aufkommende baskische Regionalismus ist im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region und den entsprechenden Wandlungen der Klassenstruktur zu sehen: Vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildeten sich auf der einen Seite eine Finanz- und Industriebourgeoisie heraus, die eng mit dem politischen Zentrum in Madrid zusammenarbeitete, auf der anderen Seite ein Industrieproletariat, das von Anfang an infolge interner Wanderungsbewegungen arbeitssuchender Kräfte stark nicht-baskisch geprägt und sozialistisch beeinflusst war.

¹¹ Hans-Jürgen Puble, Ein Staat – vier Sprachen – drei Nationalitäten, in: Das Parlament Nr. 3, 19. 1. 1980, S. 12.

¹² Dieter Nohlen, Regionalismen in Spanien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/80, 22. 3. 1980, S. 39–60.

Die „traditionellen“ baskischen Mittelschichten und das agrarische Hinterland erhoben daraufhin Forderungen, die als Reaktion auf den Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß des Landes zu verstehen sind. Zu dieser baskischen „Erneuerung“ gehörte die Rückbesinnung auf die ethnisch-rassische Einzigartigkeit ebenso wie die Wiederbelebung der baskischen Sprache (Vereinheitlichung der verschiedenen Dialekte) und die Schaffung baskischer Symbole, einer eigenen Hymne und Flagge („Ikurriña“). Auch die Wortneuschöpfung „Euzkadi“ für Baskenland geht auf diese nationalbaskische Renaissance zurück.

Der eigentliche gesamtbaskische Nationalismus, der sich sehr bald vom Karlismus distanzierte, ging Ende des 19. Jahrhunderts aus der kulturnationalen Erweckungsbewegung unter Sabino de Arana hervor, der 1895 die Baskische Nationalistische Partei (*Partido Nacionalista Vasco*, PNV) gründete. Während die Hochburgen des Karlismus die beiden „Inlands“-Provinzen Alava und Navarra waren, hatte der PNV seinen ursprünglichen Schwerpunkt in den Küstenprovinzen Guipúzcoa und Vizcaya. Zur Zeit seiner Entstehung war der baskische Nationalismus eine in doppelter Hinsicht antimoderne Bewegung: Zum einen richtete er sich gegen die Industrialisierung und Modernisierung (mit all ihren Folgen), zum anderen gegen den politisch-zentralistischen Liberalismus, der von Madrid aus für die Abschaffung der baskischen Sonderrechte verantwortlich war.

Die ursprüngliche PNV-Forderung nach Selbständigkeit von *Euzkadi* wurde allmählich zugunsten einer umfassenden Autonomie und „Baskisierung“ der Gesellschaft aufgegeben; 1931 entschied sich die Partei, trotz ihrer ständisch-konservativen, antiliberal-klerikalen Orientierung für die Republik, da nur von dieser die erstrebte Regionallösung zu erwarten war.

Die übrigen Regionalismen – etwa die Galiciens oder Andalusiers – waren vor dem Bürgerkrieg bei weitem nicht so ausgeprägt wie die Bewegungen in Katalonien und dem Baskenland. Die galicischen Regionalisten konnten nicht mehr erreichen, daß das von ihnen vorgelegte Autonomiestatut in Kraft trat, und als „regionale Frage“ Andalusiers wurden sowieso weit mehr Probleme der Agrarstruktur und der ungerechten Eigentumsverhältnisse als Aspekte des politischen Antizentralismus diskutiert.

Für die Zeit vor dem Bürgerkrieg gilt somit, daß das Regionalismusproblem vor allem als Auseinandersetzung zwischen Peripherie und Zentrum auftrat, zwischen industriell weit überdurchschnittlich entwickelten, politisch aber entrechteten Randregionen einerseits und einem agrarisch geprägten, industriewirtschaftlich rückständigen, politisch aber dominierenden Zentrum andererseits. Dabei blieb der baskische Regionalismus konservativ und religiös geprägt, während der katalanische Nationalismus einen starken links von der Mitte stehenden Flügel besaß.

Bürokratische „Gleichschaltung“ im Franquismus

Alle Autonomie- und Regionalregelungen aus der Zeit der Zweiten Republik wurden noch während des Bürgerkrieges außer Kraft gesetzt, das gesamte „nationale“ Territorium einem rigiden Zentralismus unterworfen. Das aus dem Bürgerkrieg siegreich hervorgegangene Franco-Regime betrieb von Anfang an eine systematische und brutale Politik der Unterdrückung und Auslöschung des Katalanischen und des Baskischen. Die überaus harten Repressionsmaßnahmen lassen sich sowohl als Racheschläge gegen die im Bürgerkrieg auf der Seite der Republik kämpfenden Regionen wie als Versuch deuten, endgültig und

kompromißlos Spanien als zentralistischen Einheitsstaat zu etablieren¹³. Neben die direkte Repression und Unterdrückung in Form von Ausnahmezuständen, Verhaftungen und Verfolgungen trat die indirekte in Form systematischer Zurücksetzung bei der Aufstellung des Staatshaushalts. Als sie noch zur finanziellen Selbstverwaltung berechtigt gewesen waren, zählten die Baskenprovinzen Guipúzcoa und Vizcaya stets zu den Provinzen mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben der öffentlichen Hand für den Bürger. Von dem Augenblick an, da der Verwaltungsapparat in den beiden Provinzen vom Staatshaushalt abhängig wurde, gingen diese Beträge kontinuierlich zurück. Die von Guipúzcoa und Vizcaya an den Zentralstaat abgeführten Steuern lagen stets deutlich über den Summen, die den lokalen Körperschaften vom Finanzministerium zur eigenen Verfügung überlassen wurden. Hier liegt eine der entscheidenden Wurzeln für das Defizit an infrastrukturellen Einrichtungen (Gesundheitswesen, Verkehr), das in den 60er Jahren allgemein ins Auge sprang.

Der Zentralismus des Franco-Regimes traf allerdings nicht nur Katalonien und das Baskenland, sondern alle Regionen gleichermaßen, wenn auch die übrigen Landesteile ihre politische Unterordnung deshalb als nicht so gravierend empfanden, weil sie ohnehin über keine Tradition lokaler oder regionaler Selbstverwaltung verfügt hatten. Für das gesamte spanische Staatsterritorium gilt allerdings: Die bürokratische Zentralisierung nahm nach dem Bürgerkrieg Ausmaße an, die keinen Präzedenzfall in der Geschichte des Landes kannten¹⁴. Die „Zivilregierung“ (*gobierno civil*) einer jeden der 50 Provinzen, die im 19. Jahrhundert in Analogie zu den französischen Departements eingerichtet worden waren, übte die vollständige Macht im Namen und Auftrag der Zentralgewalt aus. Die Zivilgouverneure waren auf Provinzebene die letzte Instanz in nahezu allen Bereichen; da sie in Personalunion zugleich die Falange-Vorsitzenden in der jeweiligen Provinz (*Jefatura provincial del Movimiento*) waren, bedeutete dies in der Praxis eine Gleichschaltung auf politischem, ökonomischem, ideologischem und jedem anderen Gebiet. Das falangistische Übergewicht war erdrückend; die Falangisten organisierten eine massive Repression auf lokaler Ebene und schufen eine „bewachte Gesellschaft“. Allerdings ist darauf zu verweisen, daß bei der Auswahl der Zivilgouverneure der jeweilige Innenminister nicht bewährte Falangemitglieder berücksichtigte, sondern nach eigenem Gutdünken einen Gouverneur ernannte, der über sein staatliches Amt automatisch zum Provinzvorsitzenden der Falange wurde – ein erneuter Beleg dafür, daß nicht Parteiinteressen über den Staat, sondern dieser über die Partei bestimmte. Außerdem wurden die Zivilgouverneure nicht aus der „politischen Klasse“ der jeweiligen Provinz, sondern aus anderen Teilen Spaniens ausgewählt.

Auf lokaler Ebene wurden in den auf den Zweiten Weltkrieg folgenden Jahren alle die Regelungen getroffen, die bis zum Ende des Franquismus das *régimen local* bilden sollten. Die *Ley de Bases de Régimen Local* von 1945 – das Gesetz, auf dem fortan die Lokal-

¹³ Zur theoretischen Fundierung des falangistischen Konzepts von „Einheitsstaat“ vgl. Luis Jordana de Pozas, *El principio de unidad y sus consecuencias políticas y administrativas*, in: *Revista de Estudios políticos* 4, II (1941), S. 621–640 und 5, III (1942), S. 33–94.

¹⁴ Zum folgenden vgl. (exemplarisch für die Provinz Guipúzcoa, gültig aber für den gesamten Staat), Cándida Calvo Vicente, *Los gobernadores civiles en Guipúzcoa durante el primer franquismo*, in: Javier Tusell (Hg.), *El Régimen de Franco (1936–1975)*. Bd. 1: *Política y Relaciones Exteriores*, Madrid 1993, S. 19–27; in bezug auf die Lokalverwaltungen vgl. Martí Marín i Corbera, *Franquismo y poder local. La puesta en marcha de la democracia orgánica municipal en la Cataluña urbana, 1945–1957*, in: ebd., S. 569–580.

verwaltungen beruhen sollten – potenzierte die verwaltungsmäßige, finanzielle und politische Unterordnung der Kommunen unter die Zentralgewalt in einzigartiger Weise. Der Bürgermeister wurde zu einem auf unbestimmte Dauer ernannten Regierungsdelegierten, der ausschließlich und ohne Rekursmöglichkeiten vom Zivilgouverneur beziehungsweise dem Innenminister abhing. Dieser Bürgermeistertyp ähnelte dem faschistisch-italienischen *podestà*, der nach 1925 allmählich den traditionellen *sindaco* der Kommunen ersetzte¹⁵. Die Stadträte (*concejales*) wurden zu Delegierten oder Beratern des Bürgermeisters degradiert. Rein formal fand zwar eine „Wahl“ dieser Ämter statt, faktisch wurden sie aber durch Kooptation besetzt.

Die Vorstellung über die Rolle des Munizipiums unterschied sich damit deutlich vom traditionellen Zentralismus der spanischen Verwaltungspraxis. Zur politischen Unterordnung der Munizipien gesellte sich eine bis dahin unbekannte Verwaltungsunterordnung. Auch im Finanzbereich machte sich die vollständige Abhängigkeit bemerkbar: Alle Einnahmen, die die Kommunen bis dahin direkt erhalten hatten, wurden abgeschafft; die Kommunen waren fortan von den Zuweisungen durch das zentrale Finanzministerium abhängig.

Eine massive Veränderung auf lokaler Ebene erfolgte auch im Hinblick auf das kommunale Personal. Die juristischen Garantien, die Kontinuität und Stabilität in der Amtsausübung, die Sicherheiten im Hinblick auf den Arbeitsplatz – all das, was für das korrekte Funktionieren der lokalen Verwaltungen erforderlich ist –, wurden von einem Staat als potentielle Bedrohung empfunden, der eine strikte politisch-ideologische Kontrolle über jeden seiner Diener beanspruchte. Bis 1944 war die Säuberung des Verwaltungspersonals auf lokaler Ebene abgeschlossen. Den Lokalwahlen, die ab 1948 stattfanden, ging immer eine äußerst penible Auswahl der zur Wahl zugelassenen Kandidaten voraus, so daß es kaum einmal vorkommen konnte, daß sich ein vom Franquismus wenig überzeugter oder gar ein oppositioneller Kandidat einschlich.

Diese rigide Verwaltungsstruktur sollte bis zum Tode Francos im wesentlichen beibehalten werden. Die Reaktion der Regionen auf diesen extremen Zentralismus war unterschiedlich: Während sich der größte Teil der Regionen im bürokratischen Verwaltungsautoritarismus des Franquismus einrichtete, gingen Katalonien und das Baskenland wiederum Sonderwege.

Regionalistischer Widerstand

Im Zuge der politischen und ökonomischen Bestrafung Kataloniens und des Baskenlandes wurde nach dem Bürgerkrieg der wirtschaftliche Einfluß beider Regionen so weit wie möglich eingedämmt, beide Landesteile mußten in Form hoher Steuerabflüsse erhebliche finanzielle Opfer für die Entwicklung des restlichen, weit weniger industrialisierten Spanien erbringen. Der Ausbau der Infrastruktur stagnierte im Baskenland wie in Katalonien, das Gesundheits- und Erziehungswesen konnte den wachsenden Bedürfnissen bei weitem nicht gerecht werden. In beiden Regionen kam es nach 1939 zu massenhaften „Säuberungen“ in Verwaltung und öffentlichen Institutionen, alle Zeugnisse der Regional-

¹⁵ Vgl. Ettore Rotelli, *Le trasformazioni dell'ordinamento comunale e provinciale durante il regime fascista*, in: Sandro Fontana (Hg.), *Il fascismo e le autonomie locali*, Bologna 1973, S. 73–155. Bezüglich der Zusammenhänge zwischen den italienisch-faschistischen Erfahrungen und der franquistischen Praxis vgl. Francisco Ruiz Rodríguez, *Derecho local. Naturaleza, evolución histórica y régimen jurídico de la administración local española*, Santander 1962, bes. S. 145–191.

kultur wurden zerstört oder verboten, der Gebrauch der Regionalsprachen bei Behörden und in der Öffentlichkeit mit Strafen belegt; fortan mußte ausschließlich „christlich“ (*hablad cristiano*), d. h. kastilisch, die „Sprache des Reiches“ (*la lengua del Imperio*) gesprochen werden.

Trotz massiver Behinderungen entwickelten sich beide Regionen ökonomisch erfolgreich. In der baskischen Provinz Guipúzcoa erfolgte sogar die eigentliche Industrialisierung erst jetzt, in den 50er und 60er Jahren. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Klein- und Mittelbetriebe, die sich zum größten Teil im Hinterland der Provinz ansiedelten, somit in einer Region, die mit Einzelgehöften, dörflichen Gemeinschaften und stark verwurzelt Katholizismus noch stark traditionell geprägt war. Auch die Provinzen Alava und Navarra wurden industrialisiert. 1975 waren 53 % der aktiven Bevölkerung des Baskenlandes in der Industrie tätig (1955: 44 %), 36 % im Dienstleistungsbereich (1955: 31 %) und 11 % in der Landwirtschaft (1955: 25 %). Die Industrialisierung löste auch einen strukturellen Wandel aus, der sich in einem starken Rückgang der selbständig Erwerbenden äußerte; dies bedeutete, daß viele ehemals selbständige Bauern und kleine Handwerker vor allem in Guipúzcoa und Vizcaya sich in einen Großbetrieb eingliedern mußten. Die Strukturveränderungen fanden in einer sehr schnellen und anarchischen Weise statt, so daß die sozialen Kosten des Akkumulationsprozesses außerordentlich hoch waren.

Die massive Industrialisierung hatte vielerlei Folgen im urbanistischen und demographischen Bereich. Zuerst ist auf die gewaltige Zuwanderung aus anderen spanischen Regionen zu verweisen, was wiederum – auch infolge der repressiven Sprachpolitik des Franquismus – einen markanten Rückgang der baskischen Sprache zur Folge hatte. Durch die Zuwanderer war nicht nur die Sprache bedroht, auch die traditionelle Lebensweise wurde in Frage gestellt. Gegen diese Bedrohung setzte sich der neuere baskische Nationalismus zur Wehr, der somit als Reaktion auf die zunehmende Bedrohung der baskischen Ethnie und der traditionellen, vom Katholizismus geprägten dörflich-ländlichen Lebensformen durch die Industrialisierung, die Verstädterung, die Zuwanderung und den repressiven Zentralismus der Madrider Regierung entstand.

Eine ähnliche Entwicklung wie das Baskenland durchlief Katalonien nach dem Bürgerkrieg; auch hier kann von einer erneuten Phase beschleunigter Industrialisierung gesprochen werden. Die Zahl der im landwirtschaftlichen Sektor Beschäftigten schrumpfte, der schnell expandierende tertiäre Sektor nahm laufend neue Arbeitskräfte auf. Die 50er und 60er Jahre waren eine Periode wachsenden allgemeinen Wohlstands; das Durchschnittseinkommen gehörte im spanischen Vergleich zu den höchsten, und hinsichtlich anderer Modernisierungsindikatoren war Katalonien nach wie vor an der Spitze. Auch die mediterrane Region zog als wirtschaftlicher Wachstumspol einen breiten Strom von Zuwanderern aus anderen Teilen Spaniens an. Während des Booms der 60er Jahre konzentrierten sich die öffentlichen Investitionen und die massiv nach Spanien eindringenden Auslandsinvestitionen fast ausschließlich auf die Provinzen Madrid, Barcelona und Bilbao, somit auf die Hauptstadt, Katalonien und das Baskenland. Damit blieben diese drei Gegenden die wichtigsten Standorte von Handel, Banken und den Gesellschaftssitzen der bedeutendsten in- und ausländischen Industrieunternehmen.

Auf ihre systematische Diskriminierung und auf die Negierung ihrer kulturellen Eigenständigkeit reagierte die Bevölkerung beider Regionen zunächst in durchaus vergleichbarer Weise¹⁶. Sie verweigerte etwa dem Regime die politische Anerkennung, indem sie sich

¹⁶ Hierzu Salvador Giner, *La estructura social de España*, Madrid 1980, S. 58 ff.

bei Volksabstimmungen der Stimme weit mehr, als dies in anderen Regionen geschah, enthielt; dies war vorerst die einzige politische Möglichkeit, eine Protesthaltung zu artikulieren. Oft gerieten auch religiöse Feste (1947 etwa in der katalanischen Benediktinerabtei Montserrat, die später noch eine beachtliche Rolle als Kristallisationspunkt des katalanischen Nationalismus spielen sollte) zu politischen Ausbrüchen kollektiven Unmuts.

Eine andere Form der kulturell-ethnischen Selbstbehauptung war der Rückzug in die „zivile“ Gesellschaft, die Teilnahme an vielfältigen Vereinen, Clubs, Gesellschaften und Verbänden, die scheinbar unpolitisch waren, deren Aktivitäten und Dynamik aber Ausdruck eines lebendig gebliebenen und konsequent gepflegten Bewußtseins regionaler Eigenart waren. Viele dieser Organisationen entwickelten sich zu Durchgangsstationen und politischen Sozialisationsinstanzen oppositioneller Nationalisten.

Im Gegensatz zu diesen Formen des eher passiven Widerstandes, der sich in beiden Regionen ähnlich artikuliert, unterschieden sich das Baskenland und Katalonien wesentlich in den Artikulationsformen des aktiven, auf die Wiederherstellung der Autonomie hin orientierten Widerstandes. Während sich in Katalonien nämlich der Kampf im wesentlichen auf die Bewahrung und Verteidigung der Regionalsprache und Kultur konzentrierte und erst zu Beginn der 70er Jahre in der Gründung der *Asamblea de Catalunya* sich auch politisch äußerte, war es im Baskenland die Geheimorganisation ETA (*Euskadi Ta Askatasuna* – „Baskenland und Freiheit“), die durch Gewaltaktionen und ständig zunehmende Terrormaßnahmen das Regime in erhebliche Bedrängnis brachte, schließlich klar in die Defensive verwies. Trotz Diskriminierung und Benachteiligung erlebte das Katalanische ab den 50er Jahren wieder einen kontinuierlichen Aufschwung, schließlich wurde die kulturelle Renaissance Kataloniens – wichtige Initiativen waren die Gründung katalanischer Zeitschriften und Verlage, die Publizierung katalanischer Bücher, das Aufkommen der *Nova Canço*, die Popularisierung katalanischer Theaterstücke – zu einer Bewegung mit breiter Ausstrahlung. Insgesamt bewirkten Vertreter katalanischer Interessen in Madrid, daß die Benachteiligung der nordöstlichen Region weniger harte Formen annahm als die der Baskenprovinzen. In *Euskadi* nahm der kollektive politische Protest heftigere und dauerhaftere Formen an als in jedem anderen Landesteil. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich daher auf den regionalistischen Widerstand des Baskenlandes¹⁷.

Die Wiederbelebung des baskischen Nationalismus setzte Mitte der 50er Jahre ein. Sie stand in engem Zusammenhang mit der Gründung und dem Aufstieg der baskisch-radikalen Organisation ETA, die sich 1959 aus einer Abspaltung des *Partido Nacionalista Vasco*, der alten Partei des baskischen Nationalismus, konstituierte¹⁸ und in den 60er und früher 70er Jahren zum erfolgreichsten Träger des baskischen (gewaltsamen) Widerstandes gegen das Franco-Regime entwickelte.

¹⁷ Als Vergleich zwischen den Widerstandsformen Kataloniens und des Baskenlandes vgl. Peter Waldmann, Katalonien und Baskenland. Historische Entwicklung der nationalistischen Bewegungen und Formen des Widerstands in der Franco-Zeit, in: Peter Waldmann, Walther L. Bernecker, Francisco López-Casero (Hg.), Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos, Paderborn 1984, S. 155–192.

¹⁸ Zum *Partido Nacionalista Vasco* vgl. Stanley G. Payne, *El Nacionalismo Vasco*, Barcelona 1974; Juan José Linz, *Early State-Building and late peripheral Nationalism against the State: The case of Spain*, in: Samuel N. Eisenstadt u. Stein Rokkan (Hg.), *Building States and Nations*. Bd. 2, London 1973, S. 32–116; Juan José Solozábal, *El primer Nacionalismo Vasco*, Madrid 1975; Pedro González Blasco, *Modern Nationalism in old Nations as a Consequence of earlier State-Building: The Case of Basque-Spain*, in: Wendell Bell u. Walter E. Freeman (Hg.), *Ethnicity and Nation Building*, London 1974, S. 341–373.

Die baskische Regierung, die sich nach dem verlorenen Bürgerkrieg im Exil etabliert hatte, war nach 1945 von der Annahme ausgegangen, daß Franco leichter durch internationalen Druck als durch eine Erhebung des baskischen Volkes zum Abdanken zu bewegen sein würde. Dementsprechend konzentrierte sich der Exil-Regierungschef José Antonio de Aguirre bis zu seinem Tod (1960) auf die Mobilisierung der Weltmeinung; er trachtete danach, die Unterstützung der USA zu gewinnen, und vernachlässigte dementsprechend den Aufbau und die gezielte Förderung von Oppositionsbewegungen im Baskenland selbst. Diese Strategie hatte in den 40er Jahren einen gewissen Erfolg, war nach der internationalen Anerkennung des Franco-Regimes aber zum Scheitern verurteilt. Die Exilregierung schwankte zwischen Resignation und utopischem Zweckoptimismus hin und her, verstand es aber nicht, ihre Politik den veränderten Umständen der 50er Jahre anzupassen.

In dieser für die Realisierung der baskischen Autonomiebestrebungen wenig aussichtsreichen Situation begannen ab 1952 einige von der geistigen Strömung des Existentialismus geprägte Studenten der Jesuiten-Universität von Bilbao, sich regelmäßig zu treffen; sie kritisierten die Passivität der Exilregierung und wollten etwas gegen die Unterdrückung des baskischen Volkes unternehmen. Anfangs ging die Gruppe besonders vorsichtig vor, sie bemühte sich um Zusammenarbeit mit anderen „nationalistischen“ Kräften und schlug dem PNV die Bildung einer gemeinsamen patriotischen Front vor. Das Verhältnis zur „Mutterpartei“ PNV verschlechterte sich aber zusehends, ein Generationenkonflikt zwischen der patriotischen Gruppe baskischer Jugendlicher und den „Alten“ des PNV vergrößerte vorhandene Gräben, das Bestreben nach radikaler Erneuerung ließ ein Zusammenwirken stets schwieriger erscheinen, schließlich kam es zum Bruch. Die neue Gruppe nannte sich „Euskadi Ta Askatasuna“; 1960 tauchte die Bezeichnung erstmals auf Hauswänden und Gebäuden im Baskenland auf.

Jahrelang lag der Aktionsschwerpunkt der neuen Kampforganisation, die sich ursprünglich „patriotisch, demokratisch und akonfessionell“ titulierte, auf dem Bemalen von Wänden mit autonomistischen Sprüchen und der Verteilung von Propagandamaterial, während in der Theorie- und Strategiediskussion der ETA schon viel früher der Terror als wichtigstes Instrument zur Bekämpfung des zentralistischen Staates akzeptiert worden war. Gewaltmodelle und -methoden, die die ETA aufgriff und sich nutzbar zu machen suchte, waren die kubanische Revolution, die Guerrillalehren Mao-Tsetungs, die Lehren aus dem algerischen und vietnamesischen Befreiungskampf. Bis Mitte der 60er Jahre hatte die ETA ziemlich klare Vorstellungen über die politischen und gesellschaftlichen Ziele ihres Kampfes sowie über die einzuschlagende Taktik entwickelt. Ihr wichtigstes Ziel war ein nach innen wie nach außen souveräner baskischer Staat, in dem die französischen und die spanischen Baskenprovinzen zu einem Staatsgebilde vereinigt sein müßten; dessen künftige Gesellschaftsordnung sollte „sozialistisch“ sein. Ihre wichtigste Kampfmethodik wurde die Guerrillataktik, insbesondere die Technik der Stadtguerrilla. Der Staat sollte durch Attentate auf Amtsträger und Sicherheitskräfte zu repressiven Maßnahmen provoziert werden, da die sodann zu erwartende Verfolgungswelle der aufständischen Bewegung immer mehr Anhänger zutreiben würde, die Situation im Baskenland für die Masse der Bevölkerung immer unerträglicher und schließlich eine Massenerhebung des Volkes gegen seine Unterdrücker die Spirale von Aggression und Repression, von Terror und Gegenterror beenden würde.

Fast alle ETA-Angehörigen, über die genauere Angaben vorliegen, entstammten den Küstenprovinzen Guipúzcoa und Vizcaya; zum überwiegenden Teil wuchsen sie in einem baskischen Familienmilieu auf, das sich in vielen Fällen der unteren Mittelschicht zuordnen

läßt. Diese Hinweise geben bereits einige wichtige Anhaltspunkte zur Erklärung der Entstehungsgründe der ETA. Um deren Ausbreitung in der baskischen Gesellschaft verstehen und analysieren zu können, muß man eine Vielzahl von Faktoren und Umständen berücksichtigen, insbesondere die tiefgreifenden Strukturveränderungen, denen das Baskenland in den 60er und frühen 70er Jahren in wirtschaftlicher, sozialer, demographischer, aber auch kulturell-sprachlicher, religiöser und ethisch-moralischer Hinsicht ausgesetzt war.

Zu diesen Veränderungen zählten die sozialen Abstiegsprozesse, die für viele Basken mit dem Rückgang der Landwirtschaft und der Zunahme der abhängig Beschäftigten in anderen Sektoren verbunden waren. Die sozialen und ökonomischen Verschiebungen gingen mit einer Zunahme des Säkularisierungsprozesses und einem Rückgang des Baskischen einher. Hinzu kam die Unzufriedenheit mit der als ungerecht empfundenen Verteilung des erwirtschafteten Reichtums. Diese Faktoren steigerten das baskische Aggressionspotential, da die angesprochenen Entwicklungen auf einem Hintergrund systematischer politischer Unterdrückung vor sich gingen. Diese bewirkte eine Politisierung der baskischen Gesellschaft, deren Unzufriedenheit sich gegen das Zentralregime wandte.

Die ETA wurde weit über die Grenzen Spaniens hinaus bekannt wegen ihrer Widerstands- und Gewaltaktionen gegen den Zentralstaat und seine franquistischen Vertreter. Daß dieser gewaltsame Protest über die ursprüngliche, allein gegen die zentralistische Diktatur zielende Stoßrichtung hinaus eine soziale bzw. sozialistische Komponente erhielt, hängt mit einem besonderen Phänomen zusammen: Die Basken stellten nämlich nicht nur einen überproportional hohen Anteil an den von Franco Verfolgten und Eingesperrten; sie waren auch in den Führungskadern des Regimes, unter Ministern und Staatsanwälten, Bischöfen und der ökonomisch-finanziellen Elite des Landes überrepräsentiert. Diese baskische Wirtschafts- und Finanzoligarchie, die das Baskenland verlassen und sich in die führende Madrider Gesellschaftsschicht integriert hatte, wurde nun des Verrats an der baskischen Sache bezichtigt. Ohne diese Allianz zwischen dem spanischen Staat und der aus dem Baskenland stammenden Großbourgeoisie wäre es bei den baskischen Widerstandsaktionen kaum zu jener explosiven Mischung nationalistischer und sozialistischer Motive, zu jenem wiederholten Zusammengehen von Kleinbürgertum und Arbeiterschaft gekommen, das durch die Generalstreiks zu Anfang und Mitte der 70er Jahre augenfällig dokumentiert wurde.

Dabei läßt sich seit 1968 eine zwar unregelmäßige, jedoch deutliche Steigerung des Gewaltaufkommens feststellen; terroristische Anschläge mit tödlichem Ausgang nahmen im Baskenland vor allem nach Francos Tod zu. Der „quantitativen“ Zunahme an Menschenopfern entsprach dabei eine auch „qualitative“ Steigerung an Brutalität des Gewalthandelns. Denn während die ETA bis ungefähr 1966 ihre Ziele im wesentlichen mit friedlichen Mitteln verfolgte – es wurden demonstrativ baskische Lieder gesungen, die verbotene Flagge *Ikurriña* gehißt, nationalistische Broschüren verteilt –, ging sie ab 1967 zur Sachzerstörung (Bombenanschläge) und sodann auch zur Tötung von Menschen über. 1968 tötete sie zum ersten Mal einen Polizisten; im folgenden Jahrfünft griff sie immer häufiger zum Mittel eines „selektiven“ Terrors, d.h. sie wählte ihre Opfer sorgfältig aus, erschoss einen besonders grausamen Polizeieinspektor, nahm wiederholt Großindustrielle in ihren Gewahrsam oder entführte den deutschen Konsul in San Sebastián, wenn sie mit derartigen Aktionen konkrete Ziele zu erreichen hoffte. Zu systematischem Terror griff die Organisation sodann erst in den allerletzten Jahren des Franco-Regimes.

Zur Popularität und zum Bekanntheitsgrad der Organisation trugen Polizei und Staatsorgane mit ihren Verfolgungen und Massenverhaftungen, mit Folterungen und Prozessen,

mit der wiederholten Verhängung des Kriegs- und Belagerungszustandes über die Baskenprovinzen, mit ihren ständigen Vorwürfen des Separatismus und Sozialismus nicht unwesentlich bei. Das Jahr 1970 ist ein Schlüsseljahr in der Geschichte der ETA wie, allgemein, der Opposition gegen den Franquismus. Im Dezember jenes Jahres fand in Burgos der spektakulärste Prozeß der Franco-Ära statt. Ein Militärgericht sollte ein abschreckendes Beispiel an 16 *etarras* statuieren, denen in der 5000 Seiten starken Anklageschrift Aufruhr, Besitz und Weitergabe von Sprengstoff, illegale Propaganda, die Ermordung des Polizeinspektors Melitón Manzanas und viele andere Straftaten zur Last gelegt wurden.

Der 18 Monate lang vorbereitete Prozeß nahm jedoch einen unerwarteten Verlauf; er wurde – so die *New York Times* – zum „Mittelpunkt des ernstesten politischen Sturmes, den Spanien seit dem Bürgerkrieg erlebt hat“. Allen Einschüchterungsversuchen der Staatsanwaltschaft zum Trotz benützten die angeklagten *etarras* den Prozeß dazu, schwere Vorwürfe gegen die Regierung, gegen die Politik der Entrechtung und Knebelung des baskischen Volkes, gegen die Foltermethoden der Polizei zu erheben. Die Unerschrockenheit der Angeklagten hinterließ in der spanischen, vor allem in der baskischen, aber auch in der Weltöffentlichkeit tiefen Eindruck.

Der Prozeß mobilisierte Spaniens gesamte Opposition gegen den Franquismus. Die Basken solidarisierten sich mit den ETA-Revolutionären, auch wenn sie deren Militanz nicht billigten. Studenten und Professoren, Arbeiter und Anwälte, Priester und Klöster protestierten gegen den Regimeterror, im In- und Ausland kam es zu massenhaften, nicht endenden antifranquistischen Demonstrationen. Spanien erlebte die schwersten Unruhen seit zehn Jahren.

Schon einige Tage vor Verkündung der Urteile hatten sich in der katalanischen Benediktinerabtei Montserrat, die selbst ein Symbol für kulturelle Autonomie und Eigenständigkeit Kataloniens war, fast 300 Intellektuelle, Schriftsteller, Professoren, Sänger, Maler, unter ihnen Juan Miró und Antoni Tapies, zum Protest gegen Todesstrafe und Diktatur versammelt und ein weltweit beachtetes „Manifest von Montserrat“ verkündet. Die Unterzeichner verurteilten den Burgosprozeß, forderten eine Nichtigkeitserklärung der Urteile, eine Generalamnestie für alle politischen Häftlinge, die Abschaffung der Sondergerichtsverfahren sowie der Todesstrafe. Sie beendeten das Manifest mit den Worten: „Ein wahrhaft demokratischer Staat ist zu schaffen, der die Ausübung der demokratischen Freiheiten und der Rechte der Völker und Nationalitäten, die den spanischen Staat bilden, einschließlich dem Recht auf Selbstbestimmung, gewährleistet. Schließlich möchten wir dem baskischen Volk unsere brüderliche Anteilnahme ausdrücken und seine Forderungen, die auch die unsrigen sind, voll unterstützen.“

Mit der Montserrat-Aktion erfuhr die traditionelle baskisch-katalanische Solidarität gegen die Zentralregierung eine neue Belebung. Das Ansehen des Regimes erlitt durch den Burgosprozeß ernsthaften Schaden, die ETA erfreute sich größerer Popularität denn je und erlebte großen Zulauf, der Widerstand gegen das Regime nahm zu; die Repräsentanten des Systems aber waren über das weitere Vorgehen uneins, ja zerstritten.

Zur Dysfunktionalität des zentralistischen Autoritarismus

War die geschichtliche Phase der Zweiten Republik in Spanien durch intensive Spannungen und offene Konflikte gekennzeichnet gewesen, so waren demgegenüber unter dem Franquismus nationale Einheit und soziopolitische Eintracht die dominierenden Leit-

ideen. Insbesondere sollte der franquistische Nationalismus, der sich als starrer politischer Zentralismus äußerte, die Grundlage einer politischen Integration und starker Autorität bilden, wie sie dem Diktator zur Eindämmung der durch die Reformen und Veränderungen der Zweiten Republik geschaffenen Spannungen und Konflikte notwendig schienen. Die franquistische Propaganda setzte von Anfang an alle modernisierungswilligen Kräfte und Strömungen – zu denen auch die gemäßigten Regionalisten gehörten – mit dem ewigen „Antispanien“ gleich. Franco selbst bezeichnete sein Regime als eine „Rückkehr zu den ureigensten Elementen des spanischen Wesens“. Die bewußte „Abkoppelung“ der politischen Entwicklung Spaniens von den westlichen Gesellschaften und die Betonung spanischer Geschichte und Tradition als Grundlage des „Neuen Staates“ – und hierzu zählte auch die Ablehnung jeglicher Form regionalistischer Selbstentfaltung – stellten Charakteristika der ideologischen Argumentationsstruktur Francos dar¹⁹. Das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie sollte durch die drastische Repression des kulturell-politischen Partikularismus des Baskenlandes und Kataloniens und durch die systematische Förderung „zentraler“ Regionen radikal verändert werden. Erreicht worden ist allerdings das Gegenteil.

Denn die autoritäre Unterdrückung offener Auseinandersetzungen, d. h. die mangelnde Institutionalisierung von Konflikten sowie das Fehlen einer Vermeidungsstrategie, und die ideologische Überbetonung sowie gewaltsame Durchsetzung der (eher fiktiven als tatsächlichen) „Einheit“ heizten in den Wachstumsjahren der Franco-Ära die Feindseligkeiten an und schufen in den regionalistischen Nationalisten „Fremdgruppen“ in der eigenen Gesellschaft, deren Interessen nicht in das politische System des Franquismus integriert werden konnten. Damit war im Gegensatz zu den zentralisierenden Intentionen des Franquismus dessen Politik insofern dysfunktional, als die Beziehungen zwischen Zentralgewalt und Regionen nicht zur Stabilisierung, sondern zur Destabilisierung des gesamten Systems führten.

Der wesentliche Grund für die Zunahme des Konfliktpotentials dürfte darin gelegen haben, daß die Modernisierungsmaßnahmen des Regimes sich in den 50er und vor allem den 60er Jahren ausschließlich auf den ökonomischen Bereich bezogen und den soziopolitischen Sektor aussparten. In der sozialwissenschaftlichen Literatur ist wiederholt auf die destabilisierenden Auswirkungen schnellen ökonomischen Wachstums hingewiesen worden, das – vor allem, wenn es nicht mit politischer Partizipation einhergeht – nicht größere gesellschaftliche Stabilität, sondern im Gegenteil eher wachsende soziale und politische Spannungen hervorruft²⁰. „Die Intensivierung von Teilprozessen der sozialen Mobilisierung und Modernisierung seit Ende der 50er Jahre führte zu einer Verschärfung der Klassegegensätze und der Regionalismusproblematik. Da die Ideologie des ‚Movimiento‘ eine Artikulation gesellschaftlicher Problemlagen unter Gesichtspunkten einer Klassenanalyse nicht zuließ und außer im ökonomisch-kapitalistischen und urbanistischen Sektor weitergehende Modernisierungsprozesse verhinderte – von emanzipatorisch-sozialen Mobilisierungsprozessen außer denen der Wanderung ganz zu schweigen – führte Spaniens ‚verspäteter Faschismus‘ seit Ende des Bürgerkrieges bzw. des Zweiten Weltkrieges zu einem

¹⁹ „Archiv der Gegenwart“, 13. 5. 1943, S. 5935; vgl. auch E. Ramón Arango, *The Spanish Political System: Franco's Legacy*, Bolder/Col. 1978, S. 111–120.

²⁰ Vgl. Mancur Olson, *Rapides Wachstum als Destabilisierungsfaktor*, in: Klaus von Beyme (Hg.), *Empirische Revolutionsforschung*, Opladen 1973, S. 205–222; Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, London 1973.

„Problemstau“. Einmal mehr zeigte sich, daß Prozesse der sozialen Mobilisierung und Modernisierung nicht teilbar sind.“²¹

Das Ergebnis der franquistischen Politik widersprach in nahezu allen Bereichen den ursprünglichen Intentionen. Am Ende der Franco-Herrschaft war die spanische Gesellschaft politisierter und säkularisierter denn je, die Arbeiter und Studenten waren so aufsässig wie noch nie, die Autonomie- und Selbständigkeitsbewegungen der Regionen ausgeprägter als zu jedem anderen Zeitpunkt der neueren spanischen Geschichte. Jedem Kenner der politischen Landschaft Spaniens war bei Francos Tod 1975 klar, daß das jahrzehntelang ungelöste, ja: verschärfte Regionalismusproblem zu den schwierigsten Hypotheken gehörte, die der Diktator dem Land hinterließ. Der Weg Spaniens in die Demokratie mußte zugleich ein Prozeß der Regionalisierung, der Rekonstruktion der demokratischen Institutionen wie auch der Emanzipation einer demokratischen Kultur in den einzelnen Landesteilen sein. Dieses Problem sollte zu einer erheblichen Belastung des Demokratisierungsprozesses werden; endgültig gelöst ist es bis heute nicht²².

²¹ Jorge García-Petit u. Bernhard Schäfers, Sozialer Wandel in Spanien. Über einige Prozesse der Modernisierung und sozialen Mobilisierung, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 6 (1980), S. 87–108, hier S. 106.

²² Auf die Regionalismusproblematik nach 1975 wird nicht näher eingegangen, da sie nicht mehr in den zeitlichen Rahmen des Beitrages gehört. Vgl. hierzu zusammenfassend (mit weiterführenden Literaturangaben) Andreas Hildenbrand u. Dieter Nohlen, Regionalismus und politische Dezentralisierung in Spanien nach Franco, in: Walther L. Bernecker u. Josef Oehrlein (Hg.), Spanien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt/M. 1993, S. 41–75; Andreas Hildenbrand, Das Regionalismusproblem, in: Walther L. Bernecker u. Carlos Collado Seidel (Hg.), Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 67), München 1993, S. 104–126.

Ernst Hanisch

Peripherie und Zentrum: die Entprovinzialisierung während der NS-Herrschaft in Österreich

I.

Lucie Varga, die Mitarbeiterin und Freundin von Lucien Febvre, hat 1936 für die „Annales“ einen Aufsatz über ein Vorarlberger Tal mit dem programmatischen Nebentitel „Zwischen Vorgestern und Heute“ geschrieben. Ihren klugen Beobachtungen zufolge erwiesen sich die Nationalsozialisten als beharrliche Vorkämpfer des Fortschritts im Tal. Fortschritt meinte: neue Hotels, ein Kino, einige Rundfunkapparate. Varga verdichtete ihre Analyse in die These: „Der Nationalsozialismus auf dem Dorf ist also eine Etappe bei der Urbanisierung des Landes.“¹

Ohne den Aufsatz von Varga zu kennen, habe ich vor einigen Jahren versucht, ähnliche Beobachtungen unter dem Theorem der „Entprovinzialisierung“ zu fassen². Diese Interpretation bezieht sich auf zwei Ebenen:

a) Auf die Erwartungshaltungen vor allem der Mittelschichten in der österreichischen Provinz. In diesen Schichten brach 1938 die Hoffnung auf, endlich das geistig Kleinliche und ökonomisch Enge der Provinz loszuwerden. Das Experiment des katholischen Ständestaates, mit seiner rückwärtsgewandten, am Beispiel des Bauernhofes orientierten Ideologie, hatte diese Sehnsüchte noch angeheizt. Aber bereits der Strukturbruch des Jahres 1918, der Zerfall der Habsburgermonarchie, der Sturz in den Kleinstaat, band die „deutsche Sehnsucht“ der Provinzösterreicher verstärkt an das „Reich“. Karl Springenschmid, der Chefideologe des Salzburger Nationalsozialismus, hat diese Erwartungen der Provinzbürger recht präzise artikuliert: „Wie ich zur Politik gekommen bin? [. . .] Ein einfacher Volksschullehrer, wie tausend andere auch, ohne Einfluß, ohne Geltung, doch erfüllt von Gedanken und Plänen [. . .] arbeiten mit den Mitteln des Reiches! Schluß mit der Kleinkrämerei, mit dem ewigen Gebettel!“³

b) Die These bezieht sich auf die meßbaren Ergebnisse der nationalsozialistischen Herrschaft in der Provinz. Der Wirtschaftsboom 1938/39 brachte eine Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes von jährlich jeweils 13 Prozent⁴. Dieser markante Industrialisierungsschub verteilte sich jedoch ungleich, signalisierte eine klare Ost-West-Verschiebung. Zwischen 1937 und 1947 nahmen die Industriebeschäftigten in Oberösterreich um

¹ Lucie Varga, *Zeitenwende. Mentalitätshistorische Schriften 1936–1939*, hg. v. Peter Schöttler, Frankfurt/M. 1991, S. 163.

² Ernst Hanisch, *Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich*, Salzburg 1983.

³ Zit. n. ebd., S. 11.

⁴ Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945*, Wien 1978, S. 65.

106 Prozent, in Wien lediglich um 26 Prozent zu⁵. Die Zahlen über die Mechanisierung der Landwirtschaft waren ebenfalls beeindruckend. Die Anzahl der Traktoren stieg von 750 (1930) auf 4900 (1945), die der Elektromotoren von 50000 auf 110000. Der Kunstdüngerverbrauch verdreifachte sich bis 1940⁶.

Die Entprovinzialisierungsthese argumentiert im Rahmen einer kritischen Modernisierungstheorie. Es ist hier nicht der Ort, die Fallen und Tücken einer Modernisierungstheorie à la Rainer Zittlmann oder Götz Aly und Susanne Heim zu diskutieren⁷. Es ist aber festzuhalten, daß meine Überlegungen sich am Modell einer „regressiven Modernisierung“ orientieren, dem „hochtechnisierten Romantizismus“, wie es Thomas Mann genannt hat, der Verschränkung von revolutionären und traditionellen Elementen, dem Nebeneinander von Modernisierung und Antimoderne, von „Auslese“ und „Ausmerzen“ im Nationalsozialismus⁸.

Um die Dynamik dieses Prozesses zu verstehen, muß man ein weiteres Modell miteinbeziehen: die Zentrum-Peripherie-Spannung, wie sie am klarsten der norwegische Sozialwissenschaftler Stein Rokkan entwickelt hat⁹. Wie nirgends sonst, wird die Zentrum-Peripherie-Spannung in der österreichischen Ersten Republik von einer monocephalitischen Struktur geprägt. Es gab nur *ein* Zentrum, im Gegensatz etwa zur Schweiz oder der Weimarer Republik, wo mehrere Zentren figurierten. Wien sammelte demographisch ein Drittel der Bevölkerung des Staates und ökonomisch 80 Prozent des Grundkapitals der Aktiengesellschaften¹⁰. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Wien war das Zentrum eines 50 Millionen-Reiches gewesen, eine Metropole, die nun, vielfach überfunktional, an den Rand eines Landes geschoben wurde, in dem nur mehr 6,5 Millionen Menschen lebten. Zwei Phasen lassen sich herausheben, wo die Spannungen eruptiv aufbrachen: die Phase 1918–1920 und die Phase 1938–1940.

Adolf Hitler selbst kann in vielfacher Weise als österreichischer Provinzbürger gesehen werden. Die Metropole Wien blieb eine negative Folie seiner Existenz. Der hellsichtige Haß des Provinzbürgers trieb den Reichskanzler zu der Feststellung: „Im alten Österreich besaß Wien eine so unerhörte kulturell dominierende Stellung, daß man den Haß versteht, der in der Provinz gegen Wien bestand, einen Haß, den es gegen Berlin in dieser Art nicht gegeben hat.“¹¹ Gleichzeitig fürchtete Hitler die „ungeheure magische Wir-

⁵ Norbert Schausberger, Die Auswirkungen der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1938–1945 auf die soziale und ökonomische Struktur Österreichs, in: Friedrich Forstmeier u. Hans-Erich Volkmann (Hg.), Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945, Düsseldorf 1977, S. 219–255, S. 251.

⁶ Michael Mooslechner, Robert Stadler, Landwirtschaft und Agrarpolitik, in: Emmerich Tólos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988, S. 69–94, S. 80.

⁷ Norbert Frei, Wie modern war der Nationalsozialismus?, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 367–387.

⁸ Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994. Kapitel: „Regressive Modernisierung“.

⁹ Stein Rokkan, Territories, Centres and Peripheries: Toward a geoethnic-geoeconomic-geopolitical Model of Differentiation within Western Europe, in: Jean Gottmann (Hg.), Centre and Periphery. Spatial Variation in Politics, London 1980, S. 163–204.

¹⁰ Ernst Hanisch, Provinz und Metropole. Gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven der Beziehungen des Bundeslandes Salzburg zu Wien (1918–1934), in: Eberhard Zwink (Hg.), Beiträge zur Förderalismusdiskussion, Salzburg 1981, S. 73, S. 76. Emmerich Tólos, Ernst Hanisch, Herbert Dachs (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995.

¹¹ Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1980, S. 74.

kung“ von Wien, daher müsse die Millionenstadt „in die Rolle einer Provinzstadt zurückgedrängt werden“¹².

Stand Wien vor 1918, aus der Sicht der Provinz, für Habsburg, Judentum, Intellektualität, Dekadenz, so gewann das „rote Wien“ der Zwischenkriegszeit – das Experiment einer konsequenten, sozialdemokratischen Reformpolitik in allen Lebensbereichen – eine neue Dimension. Marxismus, Judentum und Wien wurden nun in eins gesehen. Beide faschistischen Bewegungen in Österreich, Heimatwehren und NSDAP, waren in der Provinz stärker verankert als in Wien. Von den NSDAP-Mitgliedern lebten knapp vor dem „Anschluß“ 14 Prozent in Wien und Niederösterreich, aber 39 Prozent in Südösterreich¹³. Beide faschistischen Bewegungen richteten einen Teil ihrer Energie gegen das „rote Wien“.

II.

1938/39 erfolgte der zweite Aufstand der Provinz gegen die Metropole. Das Ostmarkgesetz vom 14. April 1939 zerschlug die Sonderstellung von Wien. Wien war Reichsgau wie jeder andere Reichsgau. Jeder Versuch, in Wien eine für alle Ostmarkgaue zuständige Verwaltungsinstanz zu errichten, wurde von den übrigen Gauleitern erbittert – und zumeist erfolgreich – bekämpft. Zufrieden räsionierte Adolf Hitler 1941 im Führerhauptquartier: „Für den Bereich der Ostmark war es das Richtige, den Zentralstaat auf Kosten von Wien zu zerschlagen und die Kronländer wiederherzustellen. Mit einem Schlag ist damit eine Unzahl von Reibungsflächen verschwunden. Jeder Gau ist glücklich, sein eigener Herr zu sein.“¹⁴ Freilich tauschte man teilweise nur die Abhängigkeit von Wien durch die Abhängigkeit von Berlin aus.

Was jedoch entscheidend war: Die historischen Länder blieben auch während der NS-Herrschaft im großen und ganzen bestehen – sieht man von den Rändern (Burgenland und Vorarlberg) und von einigen Grenzverschiebungen ab. So prekär das österreichische Nationalgefühl auch immer war, zwischen dem Pol „deutsch“ und dem Pol „österreichisch“ oszillierend, das Länderbewußtsein blieb in all den Brüchen relativ unbeschädigt und paßte sich dem jeweiligen politischen Regime an. 1918 wie 1945 bildeten die Länder wichtige Akteure der Staatsbildung¹⁵.

Die traditionelle, ländliche Volkskultur, zumindest auf der Ebene der Brauchtumpflege, wurde vom Nationalsozialismus umstandslos amalgamiert. Weiße Stutzen und kurze Lederhosen gehörten zum Erkennungsmerkmal illegaler Nationalsozialisten. In der Herrschaftsphase trat die Landestracht neben die Parteiuniform als offizielle Kleidung. (Den Juden freilich verbot man, Tracht zu tragen.) „Tausendjährige Jodler und Juchezer“, wie es pathetisch hieß, untermalten die Heil-Hitler-Rufe. Das ländliche Schützenwesen wurde in die Wehrziehung eingebaut; in Tirol firmierte noch der Volkssturm offiziell als Standschützen¹⁶.

¹² Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hg. von Elke Fröhlich, Bd. 5, München u. a. 1987, S. 539f.

¹³ Gerhard Botz, Soziale Basis und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, Faschismus in Österreich und international, 1980/81, S. 15–56, S. 36.

¹⁴ Hitler, Monologe, S. 57.

¹⁵ Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Sozialhistorische Aspekte ihrer Entwicklung, Wien 1984.

¹⁶ Gert Kerschbaumer, Faszination Drittes Reich. Kunst und Alltag der Kulturmetropole Salzburg, Salzburg o. J.; Thomas Albrich, Arno Gisinger, Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943–1945, Innsbruck 1992, S. 223.

Aber es gab noch eine andere Seite der Volkskultur: Zwischen 1933 und 1938 hatten Staat und Kirche noch einmal das alte Spiel der Gegenreformation gespielt. Die illegalen Nationalsozialisten beriefen sich auf die revolutionäre Tradition der Bauernkriege; ihrer Interpretation nach standen sie auf der Seite des unterdrückten Volkes – gegen Staat und Kirche, gegen die „Obrigkeit“ schlechthin. Im März 1938 wechselten dann die Positionen radikal. Die Nationalsozialisten übernahmen die Macht im Staat und begannen die Kirche mit zunehmender Intensität zu unterdrücken. Nun zeigte sich, daß die ländliche Volkskultur zutiefst katholisch eingefärbt war. Als die Nationalsozialisten begannen, die Kreuze aus den Schulen zu entfernen, die Priester in KZ zu sperren, die Feiertage zu reduzieren, reaktivierten sie ungewollt jene Einheit von Österreich und Katholizismus, die sich seit dem Barock von oben her durchgesetzt hatte und die nun – in der Verfolgungssituation – von unten her spontan zusammenfand. Die alte bäuerliche Widersetzlichkeit kam der Kirche zu Hilfe¹⁷.

III.

Die Resistenz des katholisch bäuerlichen Milieus darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zustimmung zum Nationalsozialismus in der Provinz weitaus länger anhielt, der organisierte Widerstand weitaus schwächer war als in Wien¹⁸. Die Wiener vermochten sich mit dem Verlust der metropolitanen Funktion, mit der Herabstufung zu einer deutschen Provinzstadt, nicht abzufinden. Das „Rauzen“, im NS-Jargon „Meckern“ genannt, wurde in Wien als genußvolle Kunst zelebriert. Die Wiener Parteilite war heillos zerstritten. Der 1940 nach Wien beordnete Reichsjugendführer Baldur von Schirach verstand als Reichsstatthalter und Gauleiter, die Wiener „gute Gesellschaft“ für eine Zeit zu beeindrucken. Glanzvolle Kulturfeste, ein Staraufgebot in der Oper und dem Burgtheater, eine etwas liberalere Kunstauffassung, die gelegentlich gegen das Tabu „entartete Kunst“ verstieß, all das sollte Wien als Kunstmetropole gegen Berlin aufrichten. Das erregte rasch den Zorn von Hitler und Goebbels¹⁹.

In eben dieser Kulturmetropole begannen die Eichmann-Männer die radikalere Form der Judenverfolgung auszuprobieren²⁰. Während in der Wiener Oper große Kunst gezeigt wurde, führen von den Bahnhöfen die deportierten Juden in den Osten. Jener kulturbewußte Mäzen Baldur von Schirach erklärte vor der versammelten faschistischen Jugend Europas: „Jeder Jude, der in Europa wirkt, ist eine Gefahr für die europäische Kultur! Wenn man mir den Vorwurf machen wollte, daß ich aus dieser Stadt, die einst die europäische Metropole des Judentums gewesen ist, Zehntausende und aber Zehntausende von Juden ins Ghetto abgeschoben habe, muß ich antworten, ich sehe darin einen aktiven Beitrag zur europäischen Kultur.“²¹

Den Abtransport der Juden nahm die Wiener Bevölkerung mit Gleichgültigkeit hin. Was sie aufbrachte, war der reichsdeutsche Einfluß. Die alte Ansicht, daß die Reichsdeut-

¹⁷ Ernst Hanisch, *Bäuerliches Milieu und Arbeitermilieu in den Alpengauen: ein historischer Vergleich*, in: Rudolf G. Ardelt u. Hans Hautmann (Hg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich*, Wien 1990, S. 583–598.

¹⁸ Gerhard Botz, *Wien vom „Anschluß“ zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39*, Wien 1978; Radomir Luza, *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*, Wien 1983.

¹⁹ Oliver Rathkolb, *Führertreu und gottbegnadet. Künstlereliten im Dritten Reich*, Wien 1991.

²⁰ Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien 1993.

²¹ Michael Wortmann, *Baldur von Schirach. Hitlers Jugendführer*, Köln 1982, S. 212.

schen wie ein Heuschreckenschwarm Österreich überfielen und alle höheren Posten der Verwaltung besetzten, ist von der neueren Forschung deutlich relativiert worden. Unbestritten ist, daß der deutsche Kapitalanteil stark anstieg, von 9 Prozent (1938) auf 57 Prozent (1945)²². Doch die politische Herrschaft wurde wesentlich von den Österreichern selbst getragen. Von 18 Positionen der Wiener Gauleitung war nur eine mit einem Nicht-österreicher besetzt. Das Führungspersonal der Gestapo Wien setzte sich zu 70–80 Prozent aus österreichischen Beamten zusammen²³. Doch zunehmend entwickelte sich vor allem in Wien ein antipreußischer Reflex. Im Witz, im Lied, im Gerücht, in den alltäglichen kleinen Klagen, auf der Straße, neben der „Bassena“, kristallisierte sich das Spottbild des „Piefke“ heraus. Wie nun war der Stereotyp Piefke konturiert? Als besonders auffällig wird der harsche Befehlston, das zackige Wesen der Reichsdeutschen empfunden. Die Bewunderung für die deutsche Tüchtigkeit und Überlegenheit schlug um in eine Kritik der deutschen Überheblichkeit; die Wiener beriefen sich auf eine alte österreichische Lebenskultur, die sich der deutschen weit überlegen fühlte. Die Deutschen waren in dieser Perspektive „erdäpfelesende Barbaren“, Marmeladinger, die den Österreichern die Gansel und Hendel „wegfressen“, und sich groß machen:

„Wir haben Gemüt und haben Kultur
Wir lieben die Kunst und die Natur
Von uns stammt ein Schubert, Mozart, Strauß und Ziehrer
Und das Altreich bekam von uns seinen Führer.“²⁴

Der antipreußische Reflex darf nicht mit einem Widerstand gegen den Nationalsozialismus verwechselt werden; er darf auch nicht einfach mit einem österreichischen Nationalbewußtsein gleichgesetzt werden; nur Ansätze dazu konnte er liefern²⁵. Teile der österreichischen Mittelschichten hofften durchaus, von den Raubzügen im Osten zu profitieren. Das Sich-Absetzen vom „Deutschen“ – wie Fritz Fellner richtig anmerkte, geschah dabei eine Verengung des „Deutschen“ auf das „Preußische“²⁶ – war das eine, das andere war, daß Teile der Österreicher, aus dem traditionellen Inferioritätsgefühl heraus, Züge eines „Überpreußentums“ entwickelten, die typische Überanpassung der Konvertiten. Ein Beispiel dafür ist Gauleiter Friedrich Rainer von Salzburg, später von Kärnten.

Bei einer Inspektionsreise im Herbst 1944 konstatierte Ernst Kaltenbrunner einen markanten Unterschied der Stimmung in Wien und in der Provinz. Während in Wien eine „defaitistische Grundstimmung“ vorherrsche, die Bevölkerung für „Österreich-Tendenzen“ besonders empfänglich sei, überwiege in der Provinz noch die Zustimmung²⁷.

²² Otto Klambauer, Die Frage des deutschen Eigentums in Österreich, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, 1978, S. 127–174, S. 148.

²³ John A. Bernbaum, „The New Elite“: Nazi Leadership in Austria 1938–1945, in: Austrian History Yearbook 14 (1978), S. 145–188; Franz Weisz, Die personelle Zusammensetzung der Führungskräfte der Wiener Gestapo-Einstellung zwischen 1938 und 1945, in: Zeitgeschichte 20 (1993), S. 234–248.

²⁴ Bruno Frei, Der kleine Widerstand, Wien 1978, S. 61; Franz Danimann, Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz, Wien 1983.

²⁵ Ernst Hanisch, Gab es einen spezifisch österreichischen Widerstand?, in: Peter Steinbach (Hg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987, S. 163–176.

²⁶ Fritz Fellner, Das Problem der österreichischen Nation nach 1945, in: Otto Büsch u. James J. Sheehan (Hg.), Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart, Berlin 1985, S. 193–220, S. 198.

²⁷ Radomir Luža, Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, Wien 1977, S. 213; Evan B. Bukey, Between Stalingrad and the Night of the Generals: Popular Opinion in the „Danubian

IV.

Zur Kernfrage der Zentrum-Peripherie-Spannung zurückkehrend, läßt sich abschließend wohl die These verteidigen: Die NS-Herrschaft in Österreich beschleunigte den bereits in der Ersten Republik beginnenden Prozeß der tendenziellen Angleichung von Provinz und Metropole. Die ökonomischen Startchancen der Zweiten Republik waren allein deshalb günstiger als 1918. Die Gesellschaft wurde sozial kräftig durchmischt. Das Prinzip der Leistungsgesellschaft fand in der Provinz einen starken Widerhall. Österreich stieg nun definitiv aus der deutschen Geschichte aus. Dabei war viel Opportunismus im Spiel. Die „Opferthese“ galt nach 1945 als Grundprinzip der Zweiten Republik – bis sie 1986 in der Waldheim-Affäre einstürzte.

Die „Entprovinzialisierung“ kostete auch einen hohen Preis. Ich nenne nur einen Faktor: Die Vertreibung und Vernichtung des intellektuellen jüdischen Potentials von Wien löste eine Kulturkatastrophe größten Ausmaßes aus²⁸. Die Folge davon war eine kulturelle Verprovinzialisierung Wiens.

and Alpine Regions“, in: William W. Wright (Hg.), *Austria 1938–1988. Anschluss and Fifty Years*, Ariadne Press 1995, S. 167–196.

²⁸ *Vertriebene Vernunft Bd.2: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft. Internationales Symposium 19.–23.10. 1987 in Wien*, hg. v. Friedrich Stadler, Wien 1988; *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 bis 1945*, hg. v. Gernot Heiß u. a., Wien 1989.

Auswahlbibliographie

- Allen, William S., *The Nazi Seizure of Power. The Experience of a Single German Town 1922–1945*. 2. Aufl., London 1984 (dt. u. d. T. „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930–1935, Gütersloh 1965)
- Alltagsgeschichte der NS-Zeit. Neue Perspektive oder Trivialisierung? Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte am 17.11. 1983, München 1984
- Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte Münster, *Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe*, in: *Westfälische Forschungen* 43 (1933), S. 588–654
- Auerbach, Hellmuth, *Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–1923, Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 1–45
- Bajohr, Frank, *Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 267–295
- Bajohr, Frank (Hg.), *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Hamburg 1993
- Barbian, Jan-Pieter, *Literaturpolitik im Dritten Reich. Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder*. Frankfurt/M. 1993
- Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., hg. v. Martin Broszat u. a., München u. Wien 1977–1983
- Beer, Helmut, *Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933–1945*, Nürnberg 1976
- Behr, Hans-Joachim, *Zeitgeschichte in Land und Region. Anmerkungen und Hinweise*, in: *Geschichte im Westen* 4 (1989), S. 181–197
- Bergmann, Jürgen u. a., *Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1989
- Blessing, Werner K., „Deutschland in Not, wir im Glauben . . .“. *Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949*, in: Martin Broszat / Klaus-Dietmar Henke / Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform*, München 1988, S. 3–112
- Bludau, Kuno, *Gestapo-geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945*, Bonn-Bad Godesberg 1973
- Boese, Engelbrecht, *Das öffentliche Bibliothekswesen im Dritten Reich*. Bad Honnef 1987
- Böhnke, Wilfried, *Die NSDAP im Ruhrgebiet, 1920–1933*, Bonn-Bad Godesberg 1974
- Bollmus, Reinhard, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Stuttgart 1970
- Borst, Otto (Hg.), *Das Dritte Reich in Baden und Württemberg*, Stuttgart 1988
- Bosl, Karl, *Der deutsche, europäische und globale Sinn einer modernen Regionalgeschichte*, in: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 36 (1977), S. 1–18
- Botwinick, Rita S., *Winzig, Germany 1933–1946. The History of a Town under the Third Reich*, Westport/Conn. 1992
- Braknsiek, Stefan u. a. (Hg.), *Kultur und Staat in der Provinz. Perspektiven und Erträge der Regionalgeschichte*, Bielefeld 1992
- Bramke, Werner, *Widerstandsforschung in der Regionalgeschichtsschreibung der DDR. Eine kritische Bilanz*, in: Klaus Schönhoven u. Dietrich Staritz (Hg.), *Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag*, Düsseldorf 1993, S. 451–466
- Brenner, Hildegard, *Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus*, Reinbek bei Hamburg 1963
- Bretschneider, Heike, *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933 bis 1945*, München 1968

- Breuer, Thomas, *Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg, Mainz* 1992
- Briesen, Detlef, „Kultur“ oder „Gesellschaft“ als Paradigmen für die Regionalgeschichte? Eine Replik, in: *Westfälische Forschungen* 43 (1993), S. 572–587 (bezieht sich auf den Aufsatz von Flügel)
- Broer, Werner u. Kopp, Detlev (Hg.), *Grabbe im Dritten Reich. Zum nationalsozialistischen Grabbe-Kult, Bielefeld* 1986
- Broszat, Martin, *Reichszentralismus und Parteipartikularismus. Bayern nach dem Neuaufbau-Gesetz vom 30. Januar 1934*, in: *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, hg. von Ursula Büttner, Bd. 1, Hamburg 1986, S. 178–202
- Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969 (zahlreiche Neuauflagen)
- Broszat, Martin, Henke, Klaus-Dietmar u. Woller, Hans (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988
- Buchloh, Ingrid, *Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg. Eine Fallstudie*, Duisburg 1980
- Buck, Hans-Robert, *Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945*, München 1969
- Büttner, Ursula u. Jochmann, Werner, *Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931–1933*, Hamburg 1983
- Ciolek-Kümper, Jutta, *Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933*, München 1976
- Corni, Gustavo, *Hitler and the Peasants*, New York 1990
- Daniel, Ute, „Kultur“ und „Gesellschaft“. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 69–99
- Dick, Hans-Gerd, *Die Zeit des Nationalsozialismus in Kreisgeschichten. Bestandsaufnahme und neue Fragestellungen*, in: *Geschichte im Westen* 9 (1994), S. 75–83
- Diehl-Thiele, Peter, *Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis der NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945*, München 1969
- Dietz, Wolfgang, *Der Landkreis Neuwied. Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Nachkriegszeit*, Neuwied 1991
- Ditt, Karl, *Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945*. Münster 1988
- Ditt, Karl, *Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches*, Hamburg 1984
- Dohnke, Kay, Hopster, Norbert u. Wirrer, Jan (Hg.), *Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus*, Hildesheim 1994
- Dorn, Barbara u. Zimmermann, Michael, *Bewährungsprobe. Herne und Wanne-Eickel 1933–45. Alltag, Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus*, Bochum 1987
- Douglas, Donald Morse, *The Early Ortsgruppen: The Development of National Socialist Local Groups 1919–1923*, Phil. Diss. Kansas State University 1968
- Dussel, Konrad, *Ein neues, ein heroisches Theater? Nationalsozialistische Theaterpolitik und ihre Auswirkungen in der Provinz*, Bonn 1988
- Düwell, Kurt, *Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur „Praxis im kleinen Bereich“*, in: *Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte* 9 (1983), S. 287–344
- Düwell, Kurt, *Vergleichende Strukturfragen einer Regionalgeschichte der NS-Zeit*, in: *Staatliches Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz* (Hg.), *Studienmaterialien*, H. 25, Speyer 1979, S. 92–116
- Eiber, Ludwig, *Arbeiter unter der NS-Herrschaft. Textil- und Prozellanarbeiter im nordöstlichen Oberfranken 1933–1939*, München 1979
- Eichholtz, Dietrich (Hg.), *Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente*, Berlin 1993

- Eimer, Wolfgang, Horst, Uwe u. Schuler-Jung, Helga (Hg.), *Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe*, Bielefeld 1984
- Falter, Jürgen W., *Hitlers Wähler*, München 1991
- Faust, Anselm (Hg.), *Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945*, Köln 1992
- Fettweis, Klaus, *Zwischen Herr und Herrlichkeit. Zur Mentalitätsfrage im Dritten Reich an Beispielen aus der Rheinprovinz*, Aachen 1989
- Flügel, Alex, *Der Ort der Regionalgeschichte in der neuzeitlichen Geschichte*, in: Stefan Brakensiek u. a. (Hg.), *Kultur und Staat in der Provinz. Perspektiven und Erträge der Regionalgeschichte*, Bielefeld 1992, S. 1–28
- Fogel, Heide, *Nationalsozialismus in der Dreieich. Aufstieg und Herrschaft der NSDAP im heterogen strukturierten Lebens- und Erfahrungsraum des südlichen Frankfurter Umlandes*, Darmstadt u. Marburg 1991
- Franke, Volker, *Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt*, Essen 1987
- Frei, Norbert, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980
- Fremdling, Rainer u. Tilly, Richard H. (Hg.), *Industrialisierung und Raum*, Stuttgart 1979
- Fried, Pankraz (Hg.), *Probleme und Methoden der Landesgeschichte*, Darmstadt 1978
- Fritzsche, Peter, *Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany*, Oxford 1990
- Gasten, Elmar, *Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–1944*, Frankfurt/M. 1993
- Geertz, Clifford, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt/M. 1983
- Gollwitzer, Heinz, *Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 27 (1964), S. 523–552
- Grill, Johnpeter Horst, *Local and Regional Studies on National Socialism. A Review*, in: *Journal of Contemporary History* 21 (1986), S. 253–294
- Grill, Johnpeter Horst, *The Nazi Movement in Baden, 1920–1945*, Chapel Hill/N. C. 1983
- Halter, Helmut, *Stadt unterm Hakenkreuz. Kommunalpolitik in Regensburg während der NS-Zeit*, Regensburg 1994
- Hambrecht, Rainer, *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933)*, Nürnberg 1976
- Hanisch, Ernst, *Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich*, Salzburg 1983
- Hauptmeyer, Carl-Hans (Hg.), *Landesgeschichte heute*, Göttingen 1987
- Haupts, Leo v. Mölich, Georg (Hg.), *Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft im Rheinland (Geschichte in Köln, Sonderheft 3)*, Köln 1983
- Heberle, Rudolf, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932*, Stuttgart 1963
- Hehl, Ulrich von, *Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Probleme einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 56 (1993), S. 111–129
- Hehl, Ulrich von, *Die nationalsozialistische Zeit in Handbüchern der Landesgeschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 127 (1991), S. 91–114
- Heilbronner, Oded, *The Role of Nazi Antisemitism in the Nazi Party's Activity and Propaganda. A Regional Historiographical Study*, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* 35 (1990), S. 397–439
- Heilbronner, Oded, *Der verlassene Stammtisch. Vom Verfall der bürgerlichen Infrastruktur und dem Aufstieg der NSDAP am Beispiel der Region Schwarzwald*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 178–201

- Heinacher, Peter, *Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933)*, 2 Bde., Flensburg 1986
- Hellriegel, Ludwig (Hg.), unter Mitarbeit von Peter Fleck und Christof Duch, *Widerstehen und Verfolgung in den Pfarreien des Bistums Mainz 1933–1945. Dokumentation*, 3 Bde., Mainz 1989–1990
- Hennig, Eike (Hg.), *Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen*, Frankfurt/M. 1983
- Hennig, Eike, *Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für „Mikroanalytische Studien“ zur Erforschung der NSDAP*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 21 (1980), S. 152–173
- Hetzer, Gerhard, *Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 3, S. 1–234
- Hetzer, Gerhard, *Kulturkampf in Augsburg 1933–1945. Konflikte zwischen Staat, Einheitspartei und christlichen Kirchen, dargestellt am Beispiel einer deutschen Stadt*, Augsburg 1982
- Heyen, Franz Josef, *Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz – Koblenz – Trier*, Boppard a. Rh. 1967
- Hinrichs, Ernst u. Norden, Wilhelm, *Regionalgeschichte. Probleme und Beispiele, mit einem Beitrag von Brigitte Messen und Anna-Margarete Taube*, Hildesheim 1980
- Hirschfeld, Gerhard u. Kettenacker, Lothar (Hg.), *Der „Führerstaat“, Mythos und Realität. Studien zu Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981
- Hochmuth, Ursel u. Meyer, Gertrud, *Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945*, Frankfurt/M. 1969
- Hoffmann, Erich u. Wulf, Peter (Hg.), *„Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein*, Neumünster 1983
- Hohmann, Joachim S., *Landvolk unterm Hakenkreuz. Agrar- und Rassenpolitik in der Rhön*, Frankfurt/M. 1992
- Höner, Sabine, *Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928–1934*, Bochum 1984
- Hüttenberger, Peter, *Düsseldorf in der Zeit des Nationalsozialismus*, in: *Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Band 3: Die Industrie- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert)*, Düsseldorf 1989, S. 421–658
- Hüttenberger, Peter, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969
- Isenberg, Wolfgang (Hg.), *Debatten um die lokale Zeitgeschichte. Methoden, Träger, Themen, Formen*, Bergisch Gladbach 1990
- Jochmann, Werner, *Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente*, Frankfurt/M. 1963
- Kaufmann, Doris, *Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechterspezifische Verhaltensräume*. Düsseldorf 1984
- Kershaw, Ian, *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1980
- Kershaw, Ian, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945*, Oxford 1983
- Kieserling, Manfred, *Faschisierung und gesellschaftlicher Wandel. Mikroanalyse eines nordhessischen Kreises, 1928–1935*, Wiesbaden 1991
- Klein, Adolf, *Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933–1945*, Köln 1983
- Klein, Arnold, *Katholisches Milieu und Nationalsozialismus. Der Kreis Olpe 1933–1939*, Siegen 1994
- Klein, Thomas, *Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945*, Darmstadt u. Marburg 1988
- Klenner, Jochen, *Verhältnis von Partei und Staat 1933–1945. Dargestellt am Beispiel Bayerns*, München 1974
- Klotzbach, Kurt, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945*, Hannover 1969

- Kocka, Jürgen, Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme, 2. erweiterte Aufl., Göttingen 1986
- Koca, Jürgen, Sozialgeschichte – Strukturgeschichte – Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 1–42
- Köllmann, Wolfgang, Die Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeption, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 43–50
- Koshar, Rudy, Two „Nazisms“: the social context of Nazi mobilization in Marburg and Tübingen, in: Social History 7 (1982), S. 27–42
- Koshar, Rudy, Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg 1880–1935, Chapel Hill/N.C. 1986
- Koshar, Rudy, From Stammtisch to Party: Nazi Joiners and the Contradictions of Grass Roots Fascism in Weimar Germany, in: Journal of Modern History 59 (1987), S. 1–24
- Kratzsch, Gerhard, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung – „Arisierung“ – Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd, Münster 1989
- Krause, Thomas, Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP von 1921–1933, Hamburg 1987
- Kühnel, Franz, Hans Schemm, Gauleiter und Kultusminister (1891–1935), Nürnberg 1985
- Küppers, Heinrich, Zum Begriff der Landeszeitgeschichte, in: Geschichte im Westen 7 (1992), S. 23–27
- Le Bars, Michelle, Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928–1932, Bern u. Frankfurt/M. 1986
- Lehnert, Detlef u. Megerle, Klaus (Hg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990
- Lepsius, M. Rainer, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966), in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50
- Lohmann, Hartmut, „Hier war doch alles nicht so schlimm“. Der Landkreis Stade in der Zeit des Nationalsozialismus, Stade 1991
- Lösche, Peter u. Walter, Franz, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidarische Gemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 511–536
- Lüdtke, Alf (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/M. u. New York 1989
- Mallmann, Klaus-Michael u. Paul, Gerhard, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991
- Mallmann, Klaus-Michael u. Paul, Gerhard, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit. Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993), S. 99–116
- Marßolek, Inge u. Ott, René, Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986
- Matthias, Erich u. Weber, Hermann (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984
- Matzerath, Horst, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970
- Mausbach-Bromberger, Barbara, Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933–1945, Frankfurt/M. 1976
- Medick, Hans, „Missionare im Ruderboot“. Ethnologische Erkenntnisweisen als Herausforderung an die Sozialgeschichte (1984), in: Alf Lüdtke (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/M. u. New York 1989, S. 48–84
- Mensing, Björn u. Prinz, Friedrich (Hg.), Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“, Regensburg 1991
- Miesbeck, Peter, Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition, Rosenheim 1994
- Mühlberger, Detlef, Hitler's Followers. Studies in the sociology of the Nazi movement, London/New York 1991
- Müller, Roland, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988
- München – „Hauptstadt der Bewegung“. Ausstellungskatalog, München 1993

- Nestler, Gerhard und Ziegler, Hannes (Hg.), *Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau/Pfalz 1993*
- Niethammer, Lutz (Hg.), *„Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute einsetzen soll“. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin u. Bonn 1983*
- Noakes, Jeremy, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933, Oxford 1971*
- Oberndörfer, Dieter u. Schmitt, Karl (Hg.), *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991*
- Paul, Gerhard, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990*
- Paul, Gerhard, *Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987*
- Peukert, Detlev, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980*
- Plum, Günter, *Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen, Stuttgart 1972*
- Pohl, Hans (Hg.), *Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986*
- Pollard, Sidney (Hg.), *Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte, Göttingen 1980*
- Pollnick, Casten, *Die Entwicklung des Nationalsozialismus und Antisemitismus in Aschaffenburg 1919–1933, Aschaffenburg 1984*
- Priamus, Heinz-Jürgen (Hg.), *Deutschlandwahn und Wirtschaftskrise. Gelsenkirchen auf dem Weg in den Nationalsozialismus. Teil 1: Die antidemokratische Allianz formiert sich, Essen 1991*
- Priamus, Heinz-Jürgen u. Goch, Stefan (Hg.), *Macht der Propaganda oder Propaganda der Macht? Inszenierung nationalsozialistischer Politik im „Dritten Reich“ am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen. Essen 1993*
- Priamus, Heinz-Jürgen u. Himmelmann, Ralf (Hg.), *Stadt und Region, Region und Stadt. Stadtgeschichte, Urbanisierungsgeschichte, Regionalgeschichte, Essen 1993*
- Pridham, Geoffrey, *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923–1933, London 1973*
- Prinz, Friedrich, *Regionalgeschichte – Landesgeschichte, in: Gerhard A. Ritter u. Vierhaus, Rudolf (Hg.), Aspekte der historischen Forschung in Frankreich und Deutschland. Schwerpunkte und Methoden, Deutsch-Französisches Historikertreffen Göttingen 3.–6.10. 1979, Göttingen 1981, S.202–216*
- Rauh-Kühne, Cornelia, *Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991*
- Rauh-Kühne, Cornelia u. Ruck, Michael (Hg.), *Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930 bis 1952, München 1993*
- Rebentisch, Dieter, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989*
- Rebentisch, Dieter u. Teppe, Karl (Hg.), *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Göttingen 1986*
- Reeken, Dietmar von, *Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der historischen Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich und Emden, Hildesheim 1991*
- Regionalgeschichte – ein Ansatz zur Erforschung regionaler Identität (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/1993), hg. v. der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung*
- Rennspieß, Uwe, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Eine vergleichende Lokalstudie der Bergbaustädte Ahlen und Kamen i. W., Essen 1993*
- Reuß, Thomas, *Öffentlichkeit und Propaganda. Nationalsozialistische Presse in Unterfranken 1922–1945, Bad Neustadt 1988*
- Reulecke, Jürgen, *Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S.202–208*
- Rischer, Walter, *Die nationalsozialistische Kulturpolitik in Düsseldorf 1933–1945. Düsseldorf 1972*

- Ritzler, Rudolf, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928), Neumünster 1982
- Rohe, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992
- Romeyk, Horst, Der Gau Moselland in der nationalsozialistischen Reichsreform, in: Zeitschrift für westdeutsche Landesgeschichte 11 (1985), S. 247–269
- Sahrhage, Norbert, Bünde zwischen „Machtergreifung“ und Entnazifizierung. Geschichte einer westfälischen Kleinstadt von 1929 bis 1953, Bielefeld 1990
- Schaap, Klaus, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933, Düsseldorf 1978
- Schadt, Jörg u. Caroli, Michael (Hg.), Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985
- Scherrieble, Joachim, Reichenbach an der Fils unterm Hakenkreuz. Ein schwäbisches Industriedorf in der Zeit des Nationalsozialismus, Tübingen u. Stuttgart 1994
- Schmid, Hans-Dieter (Hg.), Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945, Leipzig 1994
- Schnabel, Thomas (Hg.), Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, Stuttgart 1994
- Schnabel, Thomas (Hg.), Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Stuttgart u. a. 1982
- Schnabel, Thomas, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986
- Schön, Eberhart, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim a. Glan 1972
- Schönhagen, Benigna, Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1991
- Schorn-Schütte, Luise, Territorialgeschichte – Provinzialgeschichte – Landesgeschichte – Regionalgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung, in: Civitatum Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. Festschrift für Heinz Stob zu seinem 65. Geburtstag, hrsg. v. Helmut Jäger u. a., Teil 1, Köln u. Wien 1984, S. 390–416
- Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/M. u. a. 1975
- Schulze, Winfried (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994
- Schwaiger, Georg (Hg.), Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, 2 Bde. München/Zürich 1984
- Sengotta, Hans-Jürgen, Der Reichsstatthalter in Lippe 1933–1939. Reichsrechtliche Bestimmungen und politische Praxis, Detmold 1976
- Steinbach, Peter, Zur Diskussion über den Begriff der „Region“ – eine Grundsatzfrage der modernen Landesgeschichte, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 31 (1981), S. 185–210
- Steinberg, Hans-Josef, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969
- Stoltenberg, Gerhard, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962
- Stone, Lawrence, The Revival of Narrative: Reflections on a New Old History, in: Past & Present Nr. 85 (November 1979), S. 1–24
- Struve, Walter, Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918–1945, Essen 1992
- Tálos, Emmerich u. a. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988
- Tappe, Rudolf u. Tietz, Manfred (Hg.), Tatort Duisburg 1933–1945. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, Essen 1989
- Tenfelde, Klaus, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4, S. 1–382
- Teppe, Karl, Provinz – Partei – Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich untersucht am Beispiel Westfalens, Münster 1977

Thrams, Peter, *Brühl im Nationalsozialismus*, 2 Bde., Köln 1993

Tracey, Donald R., *The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924–30*, in: *Central European History* 8 (1975), S. 23–50

Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933–1945. Ausstellungskatalog der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, hg. von der Landeshauptstadt Düsseldorf, Düsseldorf 1990

Weidisch, Peter, *Die Machtergreifung in Würzburg 1933*, Würzburg 1990

Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Katalog zur Ständigen Ausstellung und Dokumentation im Auftrage des Rates der Stadt Dortmund, Dortmund, 2. Aufl., 1981

Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945. Katalog zur Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln, 2. Aufl., Köln 1981

Wolff, Eva, *Nationalsozialismus in Leverkusen*, Leverkusen 1988

Zehnter, Annette, *Widerstand und Verfolgung in Bochum und Wattenscheid 1933–1945*, Essen 1992

Ziegler, Walter, *Die nationalsozialistischen Gauleiter in Bayern*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 58 (1995), S. 427–460

Zofka, Zdenek, *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936*, München 1979

Zorn, Gerda, *Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946*, Frankfurt/M. 1977

Zweck, Erich, *Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922–1933*, in: *Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg* 124 (1984), S. 149–260

Register der Orte und geographischen Eigennamen

Begriffe wie Deutschland, Norddeutschland oder Süddeutschland wurden nicht aufgenommen.

- Aachen 21, 218, 221
Alava 318, 321
Amberg 72, 163
Andalusien 318
Angeln 89
Anhalt 150, 171
Anjou 10
Ansbach 51
Aschaffenburg 54
Augsburg 11, 72, 77, 79–82, 143, 155, 218, 220, 223, 225, 228
Augsburg (Bistum) 229
Augsburg (Gau) 146
Aurich 40
- Babenhausen 133
Bad Aibling 72
Bad Tölz 83
Baden 27, 30, 74, 76, 88, 115, 117f., 132f., 150, 222, 245
Baden (Gau) 119, 146, 148, 151, 155, 165
Ballenstedt 163
Bamberg 51, 54f., 84, 244
Bamberg (Erzbistum) 221, 228, 230
Barcelona 321
Baskenland 11, 46, 316–324, 326
Bayerische Ostmark (Gau) 52, 140, 143, 146, 148, 151, 163
Bayern 11, 14, 27, 29, 33, 50–55, 65, 72f., 75f., 81–85, 87, 92f., 115, 139, 142–144, 148, 150, 154–156, 168, 200, 217, 219f., 225, 231–234, 251, 263
Bayreuth 51, 53, 153, 155
Bayreuth (Gau) 163
Bensheim 163
Bergisches Land 14, 171
Bergstraße 163
Berlin 13, 20f., 66, 74f., 79, 80, 85, 93, 94, 96, 101, 106, 114f., 119, 128, 133, 142, 151, 192, 251, 253, 259, 263f., 275, 280, 330
- Berlin, Berlin-Brandenburg, Groß-Berlin (Gau) 142, 146
Bernau 72
Bernburg 163
Bielefeld 184
Bilbao 321, 323
Bochum 184
Bodensee 248
Böhmen 273–285
Böhmerwald 148
Böhmisch Leipa 280
Brandenburg 88, 142, 153, 201
Braunschweig 88, 95, 133f., 150, 171
Bremen 88, 150, 256, 258f.
Bretagne 10
Brünn 152
Buchenwald 154
Buer 190, 193
Burgenland 331
Burgos 325
- Calbe an der Saale 246
Caporetto 306
Chemnitz 133
Chicago 290, 297, 301
China 79
Cloppeburg 88, 251
Coburg 78, 83
Coburger Land 54
Cremona 311
ČSR s. u. Tschechoslowakei
- Danzig (Gau) 146
Danzig-Westpreußen (Gau) 116
Dessau 133, 163, 171, 172
Detmold 183f., 193f.
Detroit 290
Dieburg 163
Dithmarschen 205
Dortmund 32, 73, 74, 85

- Dreieich 238–240, 242, 250
 Dresden 75, 88, 133, 146f.
 Duisburg 32, 261–263
 Düsseldorf 75, 133, 171, 183, 230, 256, 259,
 261f., 264
 Düsseldorf (Gau) 165

 Ebermannstadt 221
 Eichstätt 51, 55, 220, 226, 251
 Eifel 220
 Elberfeld 93
 Elsaß 117, 146
 Emden 40
 Emilia 308
 Emscher-Lippe 175, 178, 188–190, 194f.
 Emsland 148
 Enger 186f.
 Erbach 163
 Erfurt 134, 148
 Erlangen 53
 Essen 32
 Essen (Gau) 142, 145, 165f., 177, 256
 Ertlingen 40, 218, 220, 222, 226–228, 230, 245,
 248, 250
 Eutin 244

 Fabbrici 311
 Flensburg 89
 Forchheim 225
 Franken 14, 51–54, 72f., 77f., 83
 Franken (Gau) 52, 142, 148, 154, 163
 Frankenholz 231
 Frankfurt am Main 75, 133, 183
 Frankreich 10, 15f., 19, 58, 87, 213
 Freising 83
 Fulda (Bistum) 88
 Fürth 53, 230

 Galicien 318
 Gelsenkirchen 184, 188–190, 193f.
 Georgien 12
 Göppingen 83
 Grevenbroich 72
 Guipúzcoa 316, 318f., 321, 323
 Günzburg 240, 243f.

 Halberstadt 163
 Halle an der Saale 73
 Halle-Merseburg (Gau) 139, 146, 171
 Hamburg 91f., 95, 116, 132f., 143, 150, 192, 256,
 258f., 261, 264, 291
 Hamburg (Gau) 145, 147
 Hannover 73–75, 85, 88f., 132f., 144, 148, 255f.,
 259–261, 264, 267–269
 Hannover (Gau) 143
 Harzburg 163
 Heidelberg 133

 Heppenheim 163
 Hessen 88f., 134, 143, 148, 150, 200, 238
 Hessen-Nassau 115, 148
 Hessen-Nassau (Gau) 155, 163, 238
 Hildesheim 261
 Höchststadt 163
 Hof 52, 249
 Hohenzollern-Sigmaringen 115
 Holland 300
 Holstein 200

 Illertissen 163
 Indien 79
 Italien 15, 305–313

 Jena 133
 Jugoslawien 12

 Kaiserslautern 155
 Kanada 292
 Karlsbad 284
 Karlsruhe 117, 165
 Kärnten (Gau) 146, 333
 Kassel 89
 Katalonien 46, 316–322, 325f.
 Kaufbeuren 163
 Kiel 75
 Kitzingen 73
 Koblenz-Trier (Gau) 142, 148, 164–168
 Kolbermoor 72
 Köln 21, 166, 241, 260, 264
 Köln (Erzbistum) 229
 Köln-Aachen (Gau) 142, 148, 164, 165, 167, 168
 Konstanz 238–241, 247f.
 Kronach 238, 244, 246f.
 Kurhessen (Gau) 142, 147f., 177
 Kurmark (Gau) 142, 148, 163

 Lampertheim 72
 Landsberg am Lech 72
 Landshut 72, 75, 82f.
 Langen (Dreieich) 249
 Leipzig 88, 133, 256, 259f., 264
 Lemgo 244
 Lille 132
 Limburg (Bistum) 88
 Linz 80, 153
 Lippe 95, 143, 150, 177, 179, 181–184, 188, 190,
 195
 Los Angeles 293
 Lothringen 148
 Lübeck 148
 Luxemburg 169f., 174

 Madrid 316, 317f., 321f.
 Magdeburg 133
 Magdeburg-Anhalt (Gau) 163, 171–173

- Mähren 152
 Mailand 307
 Mainfranken 154
 Mainfranken (Gau) 52, 134, 147, 153
 Manhattan 300, 302
 Mannheim 72f.
 Marburg 40, 89, 237, 244, 249
 Markt Bibart 72
 Mecklenburg 18, 84, 150
 Mecklenburg (Gau) 142, 146, 150
 Meiningen 73
 Merseburg 21
 Mittelfranken 27, 77, 84f., 88, 154, 200f., 226,
 230, 234
 Moers 165
 Montserrat 322, 325
 Moselland (Gau) 164, 166, 169
 Münchberg 163
 München 53, 65f., 68–72, 74f., 78, 80–85, 92f.,
 95, 133, 139, 143, 147f., 151, 155f., 161, 165f.,
 172, 192, 253, 259f., 263f., 274, 291
 München-Freising (Erzdiözese) 229
 München-Oberbayern (Gau) 145, 155
 Münster 184f., 188, 192f.
 Münsterland 177, 184, 187f., 190, 194f.
- Naila 163
 Nassau 148
 Navarra 318, 321
 Neu-Isenhagen 250
 Neustadt 155
 New Jersey 299
 New York 290, 292f., 296, 299
 Niederbayern 15, 82, 84
 Niederbayern (Gau) 142f., 146, 155
 Niederlande 177
 Niederösterreich 153, 331
 Niederösterreich (Gau) 152
 Niedersachsen 27, 87, 89, 93, 96, 139
 Niederschlesien (Gau) 146
 Nigeria 12
 Nordhausen 148
 Nordirland 11
 Nordrhein-Westfalen 13
 Northeim 27, 87, 238, 240, 242, 244, 247, 249
 Nürnberg 51, 53, 55, 75–78, 80, 82, 84, 143, 147–
 150, 154, 192, 220, 230
- Oberbayern 15, 66, 228, 237
 Oberbayern (Gau) 143, 148, 151
 Oberfranken 27, 52, 77, 88, 226, 230, 238
 Oberfranken (Gau) 52, 154
 Oberösterreich 330
 Oberösterreich (Gau) 153
 Oberpfalz 14, 84
 Oberpfalz (Gau) 155
 Odenwald 163
- Offenbach 167
 Oldenburg 88f., 91, 95, 150, 251
 Oldenburg Münsterland 88, 153, 231f.
 Oslo 132
 Ost-Hannover (Gau) 142
 Ostelbien 21, 200, 204, 206
 Osterode 238, 242
 Österreich 16, 45, 116, 121, 144f., 149f., 163,
 168, 226, 248, 274–276, 281, 329–334
 Ostpreußen 115, 200f.
 Ostpreußen (Gau) 145, 148, 163
 Ostwestfalen-Lippe 194f.
- Paris 10
 Parsberg 231
 Passau 11, 72, 75, 82
 Passau (Diözese) 229
 Penzberg 237, 240, 243, 250f.
 Pfalz 58, 59, 155 s. a. u. Rheinpfalz
 Pforzheim 72
 Poebene 307–309
 Poitou 10
 Polen 116, 300
 Pommern 115, 201
 Pommern (Gau) 148f.
 Posen 147, 148
 Potsdam 88
 Prag 132, 275, 284
 Preußen 17f., 20f., 50, 74, 76, 83, 104, 108, 115,
 148, 150
- Quedlinburg 163
- Recklinghausen 193
 Regensburg (Diözese) 229
 Reggio Emilia 311
 Reichenberg 134
 Rhein-Main-Gebiet 13
 Rhein-Ruhrgebiet 73f., 85 s. a. u. Ruhrgebiet
 Rheinland 58, 139, 142
 Rheinland (Gau) 173
 Rheinland-Nord (Gau) 93
 Rheinpfalz 59
 Rheinpfalz, Pfalz-Saar, Saarpfalz, Westmark
 (Gau) 116, 118, 142, 145, 148, 165, 166, 168,
 171, 172
 Rheinprovinz 13, 115, 148
 Rhön 152
 Rom 308
 Rosenheim 72, 82
 Rostock 133
 Rothenburg ob der Tauber 72
 Rottenburg 251
 Ruhr (Gau) 93, 142
 Ruhrgebiet 13, 70, 93, 145f., 188–190, 194
- Saar-Lor-Lux-Raum 13

- Saarbrücken 155, 165, 250
 Saarland 34, 116, 145, 148, 218, 220, 224f., 231f., 250
 Sachsen 14, 53, 88, 92, 132, 134, 143, 150
 Sachsen (Gau) 142, 145, 172
 Salzburg 76, 77, 333
 Salzburg (Gau) 146
 Salzgitter 261
 San Francisco 293
 San Sebastián 324
 Schaumburg-Lippe 179, 181, 188
 Scheinfeld 72, 163
 Schlesien 163, 201
 Schlesien (Gau) 144f., 147f.
 Schleswig-Holstein 21, 43, 87–89, 93, 96
 Schleswig-Holstein (Gau) 147f.
 Schneidemühl 134
 Schwabach 53
 Schwaben 15, 72f., 83, 155, 228, 244
 Schwaben (Gau) 148, 151, 163
 Schwabmünchen 163
 Schweinfurt 54
 Schweiz 300, 330
 Sedan 289
 Selb 249
 Sowjetunion 12, 117
 Spanien 15, 46, 313–327
 Spessart 54
 Speyer 155
 Stade 167, 243, 248
 Starnberg 72
 Steiermark 153
 Straßburg 10, 117
 Straubing 72
 Stuttgart 72f., 75, 85, 133, 259, 260–263, 295
 Süd-Hannover-Braunschweig (Gau) 139, 163, 177
 Sudetenland 45, 163, 273–285, 298
 Sudetenland (Gau) 116
 Sulzbach 163
 Sulzbach-Rosenberg 163

 Tegernsee 72
 Teutoburger Wald 183
 Thüringen 53f., 92, 95, 148, 150
 Thüringen (Gau) 116, 144f., 147f., 152
 Tilsit 133
 Tirol (Gau) 145
 Toskana 311

 Trier 165, 167, 174
 Tschechoslowakei 116, 273–285, 300
 Tübingen 237, 241–244, 248, 250

 Uffenheim 163
 Unterfranken 88
 Unterfranken (Gau) 148, 154
 USA (Gau) 291
 USA s. u. Vereinigte Staaten von Amerika

 Vechta 88, 251
 Velburg 231
 Vendée 10
 Venetien 307f.
 Vereinigte Staaten von Amerika 45, 287–302, 323
 Vizcaya 316, 318f., 321, 323
 Voralberg 331

 Wandsbek 133
 Wartheland 144, 163
 Wartheland (Gau) 116, 146, 168
 Washington Heights 302
 Weimar 192
 Werningerode 163
 Weser-Ems (Gau) 142, 148, 177
 Weser-Ems-Gebiet 88
 Westfalen 13, 21, 29, 59f., 131, 136, 149, 177, 179, 184, 186f., 190, 192
 Westfalen (Gau) 93, 145, 175, 177
 Westfalen-Nord (Gau) 31, 132, 142, 165f., 175–195
 Westfalen-Süd (Gau) 61, 132, 140, 142, 145, 149, 166, 177
 Westpreußen 148
 Wien 45, 76, 134, 152, 274, 330–334
 Wien (Gau) 146, 150, 173
 Wiesbaden 132
 Wolfsburg 254
 Wuppertal 133
 Württemberg 30, 44, 74, 76, 89f., 115f., 119, 134, 150, 155, 251
 Württemberg, Württemberg-Hohenzollern (Gau) 145, 148
 Würzburg 51, 55, 155
 Würzburg (Bistum) 54f.

 Yorkville 300, 302

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

- Prof. Dr. Albrecht, Dieter (Regensburg)
Auerbach, Hellmuth (München)
Prof. Dr. Bauer, Franz (Regensburg)
Dr. Beckstein Hermann (Bonn)
Prof. Dr. Bernecker, Walther (Erlangen-Nürnberg)
Prof. Dr. Blessing, Werner K. (Erlangen-Nürnberg)
Dr. Boberach, Heinz (Koblenz)
Dr. Boyer, Christoph (Dresden)
Prof. Dr. Brunn, Gerhard (Siegen)
Priv.-Doz. Dr. Büttner, Ursula (Hamburg)
Prof. Dr. Busley, Hermann-Joseph (München)
Prof. Dr. Conzemius, Victor (Luzern, Schweiz)
Dr. Dahm, Volker (München)
Prof. Dr. Düwell, Kurt (Trier)
Dr. Engelmann, Roger (Berlin)
Dr. Gelberg, Karl-Ulrich (München)
Haerendel, Ulrike (München)
Prof. Dr. Hanisch, Ernst (Salzburg)
Harrison, Ted (Salford, England)
Dr. Hartmann Christian (München)
Dr. Hecker, Hans-Joachim (München)
Dr. Henke, Josef (Koblenz)
Dr. Hetzer, Gerhard (Augsburg)
Hildebrand, Florian (München)
Prof. Dr. Hockerts, Hans Günter (München)
Prof. Dr. Hürten, Heinz (Eichstätt)
Husson, Edouard (Paris)
Prof. Dr. Kershaw, Ian (Sheffield, England)
Dr. Kießener, Michael (Karlsruhe)
Prof. Dr. Körner, Hans-Michael (Würzburg)
Priv.-Doz. Dr. Kramer, Ferdinand (München)
Priv.-Doz. Dr. Krauss, Marita (München)
Dr. Kučera, Jaroslav (Prag/München)
Dr. Lau, Eva (Bamberg)
Dr. Lepovitz, Helena (New York, USA)
Lukas-Götz, Elisabeth
Dr. Maltzahn, Christoph Freiherr von (München)
Dr. Martens, Stefan (Paris)
Prof. Dr. Matzerath, Horst (Erfstadt-Ahrem)
Dr. habil. Mehringer, Hartmut (München)
Mölich, Georg (Köln)
Prof. Dr. Möller, Horst (München)
Dr. Moll, Christiane (München)
Prof. Dr. Mommsen, Hans (Bochum)
Prof. Dr. Morsey, Rudolf (Speyer)
Dr. Mühdorfer, Friedbert
Prof. Dr. Noakes, Jeremy (Exeter, England)
Prof. Dr. Paul, Gerhard (Flensburg)
Prantl, Helmut (Böblingen)
Dr. Priamus, Heinz-Jürgen (Gelsenkirchen)
Prof. Dr. Reppen, Konrad (Bonn)
Prof. Dr. Reulecke, Jürgen (Siegen)
Prof. Dr. Ritter, Gerhard A. (München)
Dr. Röder, Werner (München)
Roth, Claudia (Elfershausen)
Dr. Rumschöttel, Hermann (München)
Schlemmer, Thomas (München)
Dr. Stäbler Wolfgang (Rosenheim)
Szejnmann, Claus-Christian (London)
Dr. Schmiechen-Ackermann, Detlef (Berlin)
Prof. Dr. Schulz, Gerhard (Tübingen)
Dr. Tausendpfund, Alfred (München)
Prof. Dr. Tenfelde, Klaus (Bielefeld)
Dr. Teppe, Karl (Münster)
Dr. Vollnhals, Clemens (Berlin)
Dr. Weber, Reinhard (München)
Weidisch, Peter (Bad Kissingen)
Weigand, Katharina (Würzburg)
Dr. Wengst, Udo (München)
Priv.-Doz. Dr. Wirsching, Andreas (München)
Prof. Dr. Ziegler, Walter (München)

Die Autoren

Auerbach, Hellmuth, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München

Bernecker, Walther, Dr.phil., Professor für Auslandswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg

Blessing, Werner K., Dr.phil., Professor für Fränkische Landesgeschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg

Boyer, Christoph, Dr.phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden

Brunn, Gerhard, Dr.phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität-Gesamthochschule Siegen

Büttner, Ursula, Dr.phil., Privatdozentin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Dahm, Volker, Dr.phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München

Düwell, Kurt, Dr.phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Düsseldorf

Engelmann, Roger, Dr.phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin, Abteilung Bildung und Forschung

Hanisch, Ernst, Dr.phil., Professor am Institut für Geschichte der Universität Salzburg, Österreich

Kučera, Jaroslav, Dr.phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München

Möller, Horst, Prof. Dr.phil., Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg

Noakes, Jeremy, PhD, Professor für Geschichte an der Universität Exeter, England

Priamus, Heinz-Jürgen, Dr.phil., Leiter des Instituts für Stadtgeschichte der Stadt Gelsenkirchen

Pyta, Wolfram, Dr.phil., Privatdozent, z.Zt. Förderstipendiat des Historischen Kollegs München

Rauh-Kühne, Cornelia, Dr.phil., wissenschaftliche Angestellte am Historischen Seminar der Universität Tübingen

Reulecke, Jürgen, Dr.phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität-Gesamthochschule Siegen

Ruck, Michael, Dr.phil., Privatdozent, Hochschuldozent für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim

Schmiechen-Ackermann, Dr.phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Institut für Grundlagen der Politik

Wilhelm, Cornelia, Dr.phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Amerika-Institut der Universität München

Wirsching, Andreas, Dr.phil., Privatdozent, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München

Ziegler, Walter, Dr.phil., Professor für Bayerische Geschichte an der Universität München